

|                |        |    |          |
|----------------|--------|----|----------|
| Name:          | ZS Nr. | Bd | Vermerk: |
| Nevenkow, Nolf | 2130   |    |          |

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

- Grupp. II - 1.05 (a)  
 " II - 1.08  
 " II - 1.10 Tischkarten  
 " IV - 2. Mannen

Personen:

Nevenkow, Nolf  
 Kulcer, Leopold  
 Kulcer, Ilse  
 Landau, Katja  
 Landau Kurt  
 Foucluy, Augustin

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

ZS 2930-2

Band 1:

Bollmus, Reinhard:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-2130 - 3

|                                       |                 |
|---------------------------------------|-----------------|
| Institut für Zeitgeschichte<br>ARCHIV |                 |
| Akz. 4659/79                          | Besl.           |
| Rep.                                  | Kat. <i>113</i> |

K O M M E N T A R  
 zu der Broschüre LE STALINISME EN ESPAGNE  
 - Brief von Herrn Dr. W. Röder vom 14. Juli 71

Die Broschüre behandelt im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und der ,vorwiegend in Katalonien beheimateten , Partei POUM ( Partido Obrero de Unificación Marxista) die Verfolgung kommunistischer Dissidenten während des spanischen Bürgerkrieges durch Dienststellen, die mehr oder minder von der sowjetischen GPU abhängig waren. Es geht dabei vornehmlich um Folterungen, einigen politischen Morden und der Entführung des jungen Marc Rein, dem Sohn des russischen Menschewiki-Führers Rein Raphael Abramowitsch. Ich kannte Abramowitsch persönlich aus Berlin in den zwanziger Jahren, hatte seinen Sohn Marc Rein mit einem Transport des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom Grenztort La Junquera nach Barcelona begleitet und habe, im Einvernehmen mit dem österreichischen Sozialistenführer Julius Deutch, den Versuch unternommen, mit dem Vater Abramowitsch den Fall an Ort und Stelle aufzuklären. Ein wenig später hat der junge Journalist Willy Brandt ,damals in Norwegen wohnhaft, im Auftrage der Exil-SAP, ~~ähnliche~~ <sup>Ähnliche/</sup> Versuche, ebenfalls ohne Ergebnis unternommen. Unterlagen hierüber finden sich im Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte.

Die anderen Fälle, soweit Namen genannt sind, wurden damals ebenfalls bekannt. In erweiterter Form habe ich das Problem des kommunistischen Terrorismus innerhalb der spanischen republikanischen Armee und der Internationalen Brigaden in meinem Kapitel "Terror im Bürgerkrieg" in meinem Buch SPANIEN IN DIESEM JAHRHUNDERT , Europa-Verlag Wien 1968 behandelt. Dabei ist, in Bezug auf diese Broschüre, zu unterscheiden zwischen den sozusagen spontanen Terrorakten, die aus der Bürgerkriegslage zu Beginn des Konflikts zu verzeichnen waren, und dem systematischen Terror des stalinistischen Apparats in der republikanischen Zone Spaniens ~~zu unterscheiden~~.

Hinsichtlich des Falles Kurt Landau kann, was die äußeren Umstände betrifft , Herr Augustin Souhy, Leonrodstr. 42 8 München 19 Auskunft geben, da er Landau kannte und zu jener Zeit in Barcelona für die anarcho-syndikalistische CNT tätig war.

Aus eigener Kenntnis habe ich zu dem was Katja Landau über ~~22~~ Leopold und Ilse

Kulcsar berichtet, folgendes zu sagen: Die Kulcsars wurden tatsächlich aus der KPÖ -stets ein kleiner Verein in Wien - nicht als Polizeispitzel ausgeschlossen, sondern weil sie sich im Dienste der Komintern auf dem Balkan mit der KP Überwarfen, nachdem Ilse Kulcsar in Rumänien verhaftet worden war und nach ihrer Befreiung sie und ihr Mann die bedenkenlosen Methoden <sup>des H.P. Ahnara Los</sup> ~~erkannten~~ und sich von der KP trennten. Leopold Kulcsar hat nie Geld unterschlagen, wohl aber Fonds der Österreichischen Eisenbahner nach 1943, die ihm für illegale Arbeit anvertraut wurden, teilweise für andere Aufgaben verwendet, als die Eisenbahner es geplant hatten. Diese Auskünfte bekam ich 1934/35 von dem Eisenbahnerführer König und vor allem von Otto Bauer, der niemals mit den Kulcsars persönlich verkehrt hätte, wenn auch nur das Mindesten an derartigen Vorwürfen glaubhaft gewesen wäre. In der ersten Zeit nach dem Bürgerkrieg in Österreich hatten die Kulcsars in Wien eine illegale Organisation aufgezogen, die jedoch bald hochging. Sie flüchteten nach Brünn, wo die Leitung der emigrierten Österreichischen Sozialdemokraten war und gaben dann, mit mir zusammen, die "SOZIALISTISCHE TRIBÜNE" heraus, von dem ich ein Exemplar dem Institut zur Verfügung stellte. In diesem Heft erscheinen Beiträge von L. Kulcsar unter dem Namen Paul Maresch.

Zu Beginn des spanischen Bürgerkriegs ging Ilse Kulcsar nach Spanien. Leopold Kulcsar wurde, etwas später, in der spanischen - republikanischen - Botschaft als Pressechef beschäftigt. Er hatte ein persönliches Vertrauensverhältnis zu dem Botschaftsleiter ~~Jiménez de Asúa~~ Jiménez de Asúa, ein bekannter Sozialist, Rechtslehrer und später Universitätsprofessor in Argentinien. Sein ~~an sich~~ aus seiner kommunistischen Zeit ererbtes sektiererisches Denken kann ihn in dieser Epoche, in der Ilse Kulcsar weit weg <sup>was</sup> und sich dann von ihm ganz löste, ~~schon~~ <sup>ihm</sup> zu einer Rolle geführt haben, wie sie von Katja Landau geschildert wird. Dessen ungeachtet war er mit Sicherheit kein stalinistischer Agent. Es existiert im Übrigen noch ein Zeugnis über diese von ihm in Barcelona geführten Vernehmungen. Der Spanier Arturo Barea, den Ilse Kulcsar in der Zensur für die internationale Presse während der Belagerung Madrids kennen lernte, hatte alsbald ihr Herz gewonnen. Sie beschloß, sich von Leopold Kulcsar zu trennen. Die Korrespondenz hierüber ist mir bekannt. Da Barea schwer unter den Wirkungen der Bombardements in Madrid im November und Dezember 1936 gelitten hatte, außerdem aber auch in Konflikt

einem kommunistischen Aparratschik namens Rubio Hidalgo im Außenministerium geraten war, wollte er mit Ilse Kulcsar Spanien verlassen. Das gelang ihm dann auch auf legalem Wege, was angesichts seines Alters im Kriege keineswegs selbstverständlich war. Zuvor kamen die drei in Barcelona zusammen. Arturo Barea, der später für die BBC in London arbeitete und eine autobiographische Roman-Trilogie verfaßte, schildert in einem dieser Bände im spanischen und in dem von Ilse Barea in Englische übertragenen Text die von Katja Landau erwähnten Verhöre durch Leopold Kulcsar. In der - verkürzten - deutschen Ausgabe, die 1955 im Europa-Verlag Wien unter dem Titel NICHT HAMMER NICHT AMBOSS SEIN erschien, fehlt diese Darstellung, wohl aber wird der politische Gegenstand in einem der letzten Gespräche zwischen Leopold und Ilse Kulcsar unterstrichen. Die englische Ausgabe des letzten Teils dieser Trilogie, <sup>IL</sup>unter dem Titel THE CRASH bei Faber and Faber Ltd. 1946 in London erschienen. Es handelt sich um die Seiten 296-301.

Arturo Barea, den ich das letzte Mal 1949 in Londo traf, starb vor Jahren. Ilse Barea war dann in England verlegerisch und politische, als Gemeinderat ihrer Wohnsitzgemeinde, tätig. Derzeit lebt sie ~~seit einigen Jahren~~ in Wien: Bernhardtstalgasse 38/4/4 A- 1100 Wien, Telefon 64 17 33. Soweit ihr prekärer Gesundheitszustand das zuläßt hält sie bei Bildungsveranstaltungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Vorträge. In London hat sie ein sehr bemerkenswertes Buch über Wien unter dem Titel VIENNA veröffentlicht. Sie gehört wieder <sup>ex</sup>SPÖ an und ist mit maßgebenden Persönlichkeiten dieser Partei, so insbesondere Nationalrat Dr. Karl Czernetz befreundet.

München, den 26. Juli 1971

Rolf Reventlow

( Rolf Reventlow )

|                             |                |
|-----------------------------|----------------|
| Institut für Zeitgeschichte |                |
| ARCHIV                      |                |
| Akz. 4659/77                | Best.          |
| Rep.                        | Kat. <i>Do</i> |

25-2730 -6

# SPARTACUS

Directeur : René LEPEUVRE  
140, Bd Saint-Germain, Paris (VI<sup>e</sup>)

Cahiers parus : 2 frs. Je cahier

Victor Serge : 16 Feuilles. Préf. de Magd. Paz.

Rosmar et Alonzo : Union sacrée 1914-193...

Jean Prudon : Au secours de l'Espagne Socialiste.

Rosa Luxembourge : La Révolution Russe.

Marcene Pivret, Herant, Monaxo : 4 Discours et un programme.

A. et D. DUBOIS-OLIVIER : Catalogue 1936-37. — Que sont la C.N.T. et la P.A.L.

Marcel OLIVIER : Le Guepéon en Espagne (1 fr.).

Victor SAOÛT : Lettre 1917... 20 ans après (3 fr.).

Marcene PIVRET : Action directe contre le fascisme et la guerre (1 fr. 50).

Gustave DEYSS : Comment on provoque une guerre.

Romain ROLLAND, Trotsky, Béranger, Gorki : La duplicité sanglante de l'union sacrée.

Paul LARIVIERE : Révolution et Contre-Révolution en Espagne.

France : 1 brochure 2 fr. 25 ; 5 brochures 8,50 ; 10 brochures : 16,50 ; 25 brochures : 37,50 ; 50 brochures : 67,50 ; 100 brochures : 120 francs.

### CONDITIONS DE VENTE

| Abonnements                     | France | Autres pays |
|---------------------------------|--------|-------------|
| Simplex (6 et 12 numéros)       | 14 »   | 20 »        |
| De propag. (tir. s'indiquent)   | 55 »   | 13 »        |
| De soutien (tirage s'indiquent) | 100 »  | 24 »        |
| Multiples (5 ex. de ch. tir.)   | 44 »   | 60 »        |
| 10 ex. de ch. tir.)             | 30 »   | 110 »       |
|                                 | 135 »  | 50 »        |
|                                 | 50 »   | 92 »        |
|                                 | 155 »  | 50 »        |
|                                 |        | 155 »       |

A adresser : J. LIEPEUVRE, 16, r. de la Michette, Paris-X<sup>e</sup>  
Chèque postal : Paris C. 633-75

Imp. CERONNET, 27, Rue de la Folie-Mégisserie, Paris (13<sup>e</sup>)

2 frs

## SPARTACUS

### Le stalinisme en Espagne

Témoignages de Militants  
Révolutionnaires saisis  
des prisons staliniennes

PRÉFACE D'ALFRED ROSMER

## PRÉFACE D'ALFRED ROSMER

Ce n'est pas la première fois que nous étions d'Espagne le récit atroces, de tortures perpétrées sur des prisonniers dans les geôles, d'assassinats féroces par les policiers ordinaires ou par des mères-mères spéculatives visant à la suppression systématique des militants ouvriers. Au cours de l'après-midi que les ouvriers socialistes révolutionnaires et anarchistes firent sous ripailles à la monarchie féodale et à la dictature, la répression se développa à maintes reprises d'une manière si sangnante, les violences commises sur les prisonniers étaient si féroces, les tortures si sauvages, que leur révolition sortait de l'oubli de la liberté et démocratique qui refusait de se faire par son silence complice des bourreaux, et provoquait la formation d'un mouvement de solidarité si puissant, en faveur des infirmes malades que les tortionnaires étaient et meurtriers se trouvaient contraints de cesser leur abominable besogne.

Mais c'est la première fois qu'une même répression, le recours systématique à des méthodes raffinées de torture des prisonniers, l'assassinat en Espagne, sous le couvert de la défense de la démocratie, de la lutte contre le fascisme de militants ouvriers par des « théoriciens » professionnels s'accomplissent dans l'indifférence ou le silence complice, parfois l'approbation ouverte des représentants de ces gouvernements et de leurs agents d'exécution.

Les faits rapportés dans cette brochure sont déjà connus, pour l'essentiel, sinon dans leur détail, de tous ceux qui ont voulu savoir ce qui se passait réellement en Espagne. Ils ne sont pas nouveaux et ne peuvent pas l'être. Mais, il faut les faire, parler serait servir l'ennemi en faisant le trouble dans les rangs antifascistes. Il faut débordant l'Espagne en faisant le trouble dans les rangs antifascistes, voir l'Espagne Franco. Mais après la victoire, il y aura, entre antifascistes socialistes, des répléments de comptes, et la Révolution reprendra sa marche en avant. Avant tout, elle doit avoir confiance dans la classe ouvrière. Comment s'imaginer en effet qu'une répression aussi étroitement dirigée et poursuivie avec une implacable persévérance puisse n'être qu'un fait secondaire, isolé, restant en marge de la bataille générale ? Il est évident au contraire qu'elle fait partie intégrante de la politique délibérée du gouvernement républicain. C'est, de cette politique, le communiqué le plus clair, l'explication la plus précise. Le simple rapport des événements qui se sont déroulés depuis mai 1935 suffit à le montrer.

Les ouvriers socialistes, socialistes, communistes, et ceux seuls, ceux sans armes, ont sauvé Madrid et Barcelone, et avec les leurs cap-

lides c'est le pays tout entier qui serait saisi si le gouvernement n'était effrayé par le caractère socialiste que prend aussitôt la défense de la République. Les ouvriers ne se sont pas jetés sur les multinationales par amour des chefs républicains... qu'ils ont déjà eus à l'époque de 1931 et 1932 — mais parce que la loi révolutionnaire les anime. Il est tout de suite évident que la lutte n'est plus cette fois entre les démocraties impuissantes d'Azana et les généraux rebelles mais entre le socialisme et le fascisme. Les grands exploitateurs, industriels et fondateurs agraires qui ne se font pas d'illusions ont tous passé chez Franco. Et Massoloni a aussi le comprend. Il craint uniquement du renfort, contribue à assurer le libre passage entre le Maroc et l'Espagne franquiste, ce qui permet à Franco de constituer cette troupe de choc, légionnaires et tirailleurs marocains, sans laquelle il aurait dû contourner de capituler rapidement.

Mais il y a les 8 grandes démocraties ? En France, le gouvernement qui est de Front populaire adopte la politique dite de « non-intervention » ; d'accord avec le gouvernement britannique.

Et l'Inde ? l'Amérique ? la méditerranée ? Massoloni a encouragé des années sans perdre un instant. Statine, lui, ne donnera d'abord au prolétariat espagnol, un mois plus tard, un autre droit, que le « ré-comport moral » du premier et procès de Moscou ? En cette fin de juillet 1936, il est tout occupé à le modifier — avec Taguin, le 4 et le 11 1936. Et jusqu'à fin septembre, c'est tout ce qu'il entreva sur deux espagnols, pourment armés et équipés devant lui attendre quel progrès idéologique. A cette date, il ne donne pas moins vingt des années au gouvernement républicain. Et il ne le fait pas sans poser des conditions : avec les armes, il faut prendre sa politique, celle-ci est essentielle dans la liquidation la plus rapide possible de la République socialiste. Pour Statine, en effet, il ne s'agit pas d'une lutte dérivée entre le socialisme et le fascisme. Il faut enlever, en attendant de la détruire complètement, tout ce qui fait que la révolution sociale, ne peut partir que de la défense de la démocratie, surtout lorsqu'elle porte le coup sur le terrain de l'antifascisme, donc d'arrêter la France et l'Angleterre, éviter le pire chauvinisme pour arrêter les gouvernements de ces deux pays à intervenir, transformer la grande bataille ouverte en bagarre entre impérialismes rivaux. Si il y a en Espagne des généraux, des hommes qui se moient en trahissant de celle l'indignation, il faut les supprimer, précédemment selon la méthode qui on vient d'inaugurer à Moscou avec ce premier procès des vieux bolchéviques. A cet effet, un personnel spécial arrive avec les trahisseurs et les généraux : il est placé sous la direction d'Antonov-Ovshenko — un « traître » cependant selon les dernières nouvelles — comme conseil général à Franco, lui justement on les 8 généraux et sont les plus nombreux, disposent d'une force armée imposante et ont le prestige qu'ils ont acquis par leur attitude au cours des journées héroïques du début du soulèvement. Antonov donne ses instructions, met en mouvement ses agents : on agit dans l'Espagne se constituant dans toute l'Espagne républicaine et singulièrement à Barcelone et en Catalogne, avec sa police, ses prisons, ses bureaux, agissant en maître absolu en marge de la police et des autorités régionales. Ce sont eux qui ont fait à l'ennemi dans les témoignages les rapportés, notamment des hommes et des femmes, après avoir fait enlever et dépeindre Berbert, Paulbert, Andrés Vira, Kurt Landin, Marie Rhein-Abrahamovich, Elena Wolf, Arcand Moridin et combats d'autres moins connus, anarchistes, partisans, socialistes, membres de la IV<sup>e</sup> Internationale, accusés de par-

tout pour tuer une cible des ouvriers espagnols, révolutionnaires éprouvés, antifascistes plus sûrs que M. Azana.

Est-ce que ces crimes ont empêché l'armée régulière de Franco ? Ne faut-il pas, au contraire, qu'il y a un parallélisme certain entre leur accomplissement et les succès répétés de l'ennemi, facilité notamment au début en Catalogne même, ce que choqua, aux premiers mois de la République ont montré comme une hypothèse absurde. Certes il y a eu des trahisons, mais jamais du côté où les soldats préféraient en trouver, et toujours parmi leurs alliés et leurs troupes : des généraux républicains ont passé chez Franco, des ministres socialistes ont fait défaut. Pourquoi au moment le plus critique, la campagne contre n'est pas un miracle mais les trahisseurs et les espions qui la composent sont toujours en liberté et peuvent agir impunément : la police républicaine ne les découvre jamais — quand elle ne les protège pas — et la police stalinienne ne cherche que les révolutionnaires.

Statine a rendu des armes à l'Espagne républicaine. Mais il a eu même temps appuyé la démocratisation par les ouvriers et paysans d'Espagne. Pourquoi cela ? Pourquoi reconnaître que la bourgeoisie dévotie comme condition première l'abandon de la révolution socialiste déjà réalisée dans les faits. Démocratisation et passivité se sont venues au prolétariat de tous les pays. C'est ainsi que la Fédération française des cheminots, dont la direction est stalinienne, se borne à regarder passer les trains de munitions que ses adhérents achètent chez Franco, satisfait, semble-t-il, de noter tranquillement. C'est bien la non-intervention ? La bourgeoisie, même démentie, est dans son rôle quand elle intervient contre une révolution socialiste. C'est ce qu'elle a fait contre la Russie socialiste, contre la Hongrie socialiste, contre la révolution allemande. Il n'y a rien là qui devrait nous surprendre. Mais quand des représentants de grande organisation ouvrières se bornent à des déclarations platoniques de la non-intervention sans faire appel à l'action effective des ouvriers, demandant un gouvernement de se former de F & Intel français, on peut étonner qui, finalement, aide Franco. C'est, qui est une trahison évidente c'est ce qui fait empocher de la politique stalinienne, politique de double d'attente, partout, de l'assassinat des militants dévoués révolutionnaires. Les pages qui suivent en apportent de nouvelles preuves. Qui veut contribuer à la œuvre de l'antifascisme doit parler.

Alfred Hossain.

INTRODUCTION

Avec angouisse, les ouvriers du monde entier suivent l'avance des bandes fascistes en Espagne. Malgré la gravité de la situation militaire en Espagne, nous publions un acte d'accusation contre la direction d'un parti qui se dit antifasciste. Nous savons qu'il y aura certainement de bons camarades qui, d'accord avec nous sur l'appréciation de ce parti, heurteront que le moment est mal choisi pour accuser et qu'il faut tout concentrer sur une seule question : comment aider nos frères espagnols ?

Celui qui a vécu la guerre civile espagnole, consciemment, sait qu'une aide efficace n'est possible que si l'on connaît les causes de la défaite actuelle. Nous préférons ne parler que de victoires et d'unité fraternelle. Mais les faits nous obligent à parler des coupables qui se trouvent dans nos rangs ; sinon l'unité ne se fera jamais.

La guerre civile en Espagne nous a fait comprendre que seule la classe ouvrière révolutionnaire battra le fascisme. Et nous savons que le prolétariat ne peut être victorieux qu'en suivant sa politique de classe indépendante.

Jusqu'à présent, les réformistes étaient seuls à combattre cette politique indépendante de classe ; les staliniens, aujourd'hui, ne sont pas moins opposés à une politique révolutionnaire, mais ils se cachent derrière les traditions de la glorieuse révolution d'octobre. En réalité, ils ont abandonné le marxisme révolutionnaire et les expériences de la révolution d'octobre sont pour eux lettre morte. Ils ont perdu la foi dans la révolution, dans la force révolutionnaire des masses. En fonction d'un pacte entre P.T.R.S.S. et les impérialismes démocratiques, ennemis mortels de la révolution prolétarienne, ils ont sacrifié leur politique internationale.

En U.R.S.S. même, les staliniens ont assassiné tous les anciens collaborateurs de Terpine, toute l'ancienne garde bolchévique. On les a assassinés après les avoir difflamés et déshonorés. Les chefs actuels de P.T.C. ne se sont pas rendus compte que, ce faisant, ils traitent dans la boîte leur propre passé politique, le parti bolchévique et toute la révolution d'octobre. Ce n'est que le fascisme international qui s'en réjouit et en profite.

Tous ceux, socialistes ou communistes qui osent s'opposer à la politique néfaste du stalinisme sont accusés d'être des agents du Gestapo, de Mussolini, de Franco et la presse stalinienne exige leur « liquidation physique ». Commencé par la calomnie, le stalinisme ne recule plus devant aucune crime pour faire faire la voix de l'opposition. Ces méthodes staliniennes menacent obligatoirement à une décomposition du front antifasciste dans le monde entier. Remplaçant la lutte idéologique et la discussion objective par la confusion et la violence, le stalinisme pousse le prolétariat international à une défaite inévitable. Pour battre

le fascisme, le prolétariat doit se rendre compte qu'il faut rompre avec ces méthodes. C'est pour cela que nous dénonçons publiquement les coupables des événements tragiques qui se passent en Espagne.

Pourquoi les staliniens ont-ils déshabillé cette campagne de colonnes, cette lutte à mort en premier lieu contre le P.O.U.E.L. ? Puisque selon eux, la classe ouvrière, en ce moment, doit renoncer à une politique révolutionnaire indépendante, il était naturel que les staliniens passent obligatoirement à l'attaque contre le P.O.U.E.L., représentant le plus consentant de cette politique. Deux systèmes politiques inconciliables s'opposent. Les uns se servent des armes de la conviction idéologique, tandis que les autres procèdent à la liquidation physique de leurs adversaires.

Les camarades du P.O.U.E.L., ennemis les plus acharnés de Franco, les staliniens les accusent d'en être les agents. Les camarades du P.O.U.E.L., défenseurs les plus intéressés de la guerre révolutionnaire, sont qualifiés de défilistes.

Les camarades du P.O.U.E.L., qui sont l'avant-garde de la révolution, sont traités de contre-révolutionnaires.

Ainsi les staliniens font le jeu de la bourgeoisie libérale qui se sert d'eux pour liquider les éléments révolutionnaires tout en détruisant les dernières conquêtes prolétariennes de juillet 36. Profondément attachés à la lutte héroïque du prolétariat espagnol, nous ne pouvons pas nous taire sur les méthodes dont les staliniens se sont servis dans cette lutte fratricide qu'ils ont voulue. A ceux qui croient qu'il faut se taire pour ne pas donner des arguments aux réformistes d'un côté, à nos ennemis de classe de l'autre côté, nous demandons :

Qui donne des arguments à nos adversaires ? Celui qui assassine la vieille garde bolchévique ou celui qui condamne ces assassins ?

Qui forme des arguments à nos adversaires ? Celui qui accuse des révolutionnaires d'être des agents de Franco, du Gestapo, de Mussolini, du Japon ou celui qui veut extirper du mouvement ouvrier ces méthodes de diffusion ?

Qui donne des arguments à nos adversaires ? Celui qui, en Espagne, arrête, culève et assassine des révolutionnaires ou celui qui dit : assez de ces méthodes fascistes, employées contre les militants révolutionnaires ?

# L. Le stalinisme, bourreau de la Révolution Espagnole

## LES ARMES RUSSES AIDE FRATERNELLE OU CHANTAGE POLITIQUE

19 juillet 1936. — fourrés inouïables de lutte et de triomphe contre l'insurrection fasciste en Catalogne ; héroïsme inouïable des camarades de la C.N.T., F.A.I. et du P.O.U.M. qui descendent les premiers dans la rue, qui, armés d'un revolver, d'un vieux fusil de chasse, souvent avec leurs poings nus, se jettent contre l'ennemi. Des milliers, des dizaines de milliers tombent, ils sacrifient leurs meilleurs combattants dans les luttes de rues, à Majorque, sur les divers fronts. Mais aucun sacrifice ne leur semble trop grand pour battre Franco et pour mener à la victoire la révolution espagnole.

Le prolétariat international, et surtout les ouvriers des pays fascistes et semi-fascistes, suivent avec enthousiasme et espoir la lutte des camarades espagnols dans toutes ses phases. Mais ni en France, ni en Angleterre la pression du mouvement ouvrier sur les gouvernements « démocratiques » n'est assez forte pour qu'on livre à l'Espagne rouge des armes en quantité suffisante. Pendant que Hitler et Mussolini ne cessent d'envoyer à Franco des armes et des troupes en abondance, le prolétariat international se contente plus ou moins de démonstrations de sympathie et de protestations platoniques.

Juillet, août, septembre, octobre, de longs mois d'attente anxieuse et vaine passent, compromettant profondément les principes de la solidarité internationale.

Une seule exception : le Mexique envoie une cargaison d'armes, comme un signe de solidarité avec la révolution espagnole. Mais cela, c'est un geste qui ne résout pas le problème. Et quand, enfin, les armes russes arrivent, dans le moment si critique où les bandes fascistes ont déjà envahi les faubourgs de Madrid qui semble perdu, les ouvriers espagnols se jettent sur ces armes comme le naufragé sur la planche de salut. Ils paient ces armes, ces armes avec de l'or et avalisent les conditions politiques et sociales stalinistes.

Pour sauver Madrid, disent-ils, ne reculez devant aucun sacrifice. Ce n'est pas seulement à Madrid, mais aussi au front d'Aragon que les armes manquent. Au front d'Aragon, ce sont les miliciens de la C.N.T., F.A.I. et du P.O.U.M. qui attendent. Avec les armes modernes russes, ils iront à la conquête de Saragosse, contribuant ainsi de la façon la plus efficace et définitive à ce que soit rompu l'encerclement de Madrid. Et

les armes, cette fois, ne sont point un rêve lointain ; elles sont là, dans le port de Carthagène.

Mais au front d'Aragon les milliers anarchistes et ceux du P.O.U.M. attendent en vain ; et lentement ils reconnaissent la vérité cruelle : les armes russes sont des armes politiques, dirigées contre les éléments révolutionnaires de la C.N.T., de la F.A.I. et du P.O.U.M. Elles servent l'intervention politique de P.H.S.S., dans les affaires de l'Espagne ; elles servent le développement artificiel de ce petit groupe misérable qui représentait au commencement de la révolution le Parti Communiste catalan ; elles servent à l'étranglement de la Révolution et de ses plus fidèles et intrépidement défenseurs.

Sous la pression des armes russes s'effectue le premier coup ; le gouvernement du P.O.U.M. de la Généralité. Et puis la lutte à fond s'engage contre toutes les équipes révolutionnaires, contre les équipes, contre les équipes révolutionnaires, contre les partigambes de combat. L'atmosphère dans toute la Catalogne est de plus en plus tendue. Les ouvriers se sentent trahis, provoqués. Et quand, le 3 août, Rodriguez Sala, chef de police, membre du P.S.U.C. se livre à l'assaut de la Centrale téléphonique de Barcelone qui, depuis la révolution, est contrôlée par des ouvriers de la C.N.T. et de l.U.G.T., les ouvriers révolutionnaires commencent à se rendre compte de la situation et avec une vigueur inattendue. La grève générale éclate, les partigambes se dressent un peu partout.

Et le P.O.U.M. ? Le P.O.U.M. n'abdiquera pas le prolétariat en lutte, ne se rendra pas de lui donner de bons conseils. Il se mettra à l'œuvre avec ses chefs, suivant ainsi les meilleures traditions révolutionnaires. Mais et Engels n'ignorait pas que la Commune isolée ne pourrait pas être victorieuse, mais ils n'abandonneront pas un seul instant à se solidariser avec elle. Le Spartakus allemand se rappelle compte que l'insurrection de janvier à Berlin n'était que la lutte isolée d'une minorité ; ce qui ne l'empêcha pas d'y prendre part. Mais cette défense d'un mouvement révolutionnaire spontané, c'est la ligne tactique du P.O.U.M. dans les journées de avril, les stalinistes la faussent ; ils en font un piloché préparé et organisé par le P.O.U.M. sur l'ordre des fascistes.

Immédiatement après les événements de Mai commence une campagne de répressions gigantesque contre le P.O.U.M., campagne qui prépare la mise hors la loi du parti. L'arrestation et la persécution la plus acharnée de ses chefs et de ses adhérents.

Mai 1937. — A peine une année après l'éclatement de la révolution, les milliers et des milliers d'anarchistes recueillis dans les échoués de l'Espagne républicaine. Le mot d'ordre est celui de Escobar : liquidation physique de Frank-García et du prolétariat révolutionnaire. Staline modifie sa presse internationale et son journal du G.P.T. international. La presse socialiste se tait ; on ne peut pas risquer d'affaiblir le front

populaire pour la simple inmixtion de Staline dans les affaires de l'Espagne. On jette des révolutionnaires éprouvés dans les canchis, on les torture physiquement et moralement, on les assassine. Et cette fois, cela ne se passe pas dans la Russie latine, mystérieuse, hermétiquement isolée du reste du monde, mais dans un pays voisin de la grande démocratie française. Et la soi-disant presse indépendante bourgeoise de gauche, en faisant un silence honteux sur tout cela, s'est faite la complice du stalinisme.

### DE QUOI ACCUSE-T-ON NOS CAMARADES ?

Le gouvernement Negrin a mis en liberté quelques étrangers pour démontrer à Pérouter qu'il ne couvre pas les crimes des staliniens, comme un de ses ministres la dit. On nous a relâchés, nous, les « trotskistes fascistes », pour mettre fin à ces interventions gênantes et à toutes ces campagnes en notre faveur et enfin pour démontrer aux staliniens qu'ils ne sont plus maîtres omnipotents en Espagne.

On a relâché deux douzaines de camarades : 15.030, dont à peu près mille du P.O.U.M., restent dans les prisons officielles et clandestines de l'Espagne républicaine. On avait tenté contre eux les mêmes accusations que celles soulevées contre nous : haute trahison, préparation idéologique et militaire des journées de mai, relations avec Franco, Hitler et Mussolini, préparation d'attentats, même pas en premier lieu contre les chefs du P.S.U.C. ou du P.C.B., mais contre le « père des peuples », contre « le soleil du socialisme », contre Staline.

Mille fois plus honteuses encore sont les accusations contre les camarades de la P.A.I., surtout contre les commandants et commissaires politiques des glorieux bataillons anarchistes. Beaucoup d'entre eux se trouvent depuis de longs mois dans les prisons staliniennes de Santa Ursula, de la Vallabaja, etc. On ne les considère pas comme des prisonniers politiques, mais de droit commun, les accusant de vol, de pillage, d'assassinat.

Nous savons trop bien en quel consistent les « crimes » de nos camarades. Ils étaient les premiers dans la lutte contre Franco, ils étaient les défenseurs les plus clairvoyants et les plus courageux de l'idée selon laquelle la guerre et la révolution sont inséparables. Et ils ont démontré dans les journées de Mai qu'ils ne veulent pas se taire en face de la destruction, par les staliniens, des conquêtes révolutionnaires.

La calomnie, la diffamation, le meurtre et l'assassinat : voilà les armes des staliniens contre les camarades espagnols. Nous ne ferons pas taire leur presse mensurée, vendue, et nous ne nous faisons aucune illusion sur leur appareil international du G.P.I. Disposant, nous, de très peu de moyens d'expression et de protestation, renonçant à l'assassinat comme arme politique, il ne nous reste qu'une seule arme : la vérité.

En nous expulsant de l'Espagne on nous demandait très gentiment de nous taire, de ne pas faire de scandale. Qui croit que nous voulions faire du scandale, se trompe. Nous voulons dire la vérité et rien que cela. C'est, nous semble-t-il, la forme la plus efficace de la défense de nos camarades espagnols et en même temps un devoir élémentaire de solidarité envers eux.

Nous donnons maintenant la parole au camarade H. T. De ses interrogatoires ressort clairement la fausseté et le ridicule des accusations portées contre le C.E. du P.O.U.M. Avec lui, beaucoup de camarades étrangers appartenant aux milices du P.O.U.M. sont prêts à comparative devant n'importe quel tribunal régulier pour témoigner que toutes ces accusations sont des procédés de l'imagination stalinienne. Il y en a qui étaient avec les milices du P.O.U.M. au front depuis le premier jour de la Révolution. Il y en a qui ont occupé des postes importants dans l'état-major. Ils ne se seraient pas aperçus des actes de sabotage, des relations permanentes avec les fascistes ? Cela est trop grotesque.

### Témoignage du camarade H. L.

« Personnellement on me reproche ma participation aux événements de mai en tant que milicien du bataillon de choc Roviera, et on m'accuse d'avoir jeté une grenade à main contre le café Mokka, maison voisine du Comité Exécutif du P.O.U.M. Comme j'étais au front pendant tous ces jours, j'étais vraiment dans l'impossibilité de jeter des bombes à Barcelone. Comme l'interrogateur prétend qu'il y a des témoins pour prouver ma participation aux événements de mai, je demande une confrontation. On me répond que, par principe, on ne convoque pas de témoins ».

Dans les interrogatoires on accuse le P.O.U.M. des délits suivants : préparation de l'insurrection de mai par le Comité Exécutif du P.O.U.M. et participation ouverte du Exécutif de choc Roviera. Actes de sabotage au front par les milices du P.O.U.M. Défense de tirer contre les fascistes. Infraction à la suspension de permission. Abandon de postes, actes de sabotage contre les collectifs agricoles près du front.

On prétend que le C.E. du P.O.U.M. avait, longtemps avant les événements de mai, tout préparé pour une insurrection armée : que, sans cesse, des canons blindés, des caennos, des mitrailleuses, des fusils et des munitions ont été transportés du front à l'arrière. Les transports d'armes auraient commencé dès le début du mois d'avril. Les comités locaux, le Comité Exécutif et la rédaction de « La Batalla » auraient disposé de grenades à main, de mitrailleuses et de caennos en bon nombre.

Voici les prétendus actes de sabotage du P.O.U.M. au front

Au front d'Arragon, le général Pozas a ordonné la suspension absolue de permission, après les milices du P.O.U.M. n'en prennent pas acte. Au contraire, la division Lénine envoie des camions à Barcelone pour qu'ils puissent se livrer à un travail de fortification des maisons du port, dresser des barrières, etc. On accuse le P.O.U.M. d'avoir donné l'ordre de ne pas tirer contre la tour de l'église de Huesca, prétendant qu'une enquête historique de ce moment à la vérité est que ce qu'il y a eu le P.O.U.M., mais l'armée populaire et le gouvernement de Valence qui avaient donné cet ordre.

On prétend que pendant que les fascistes font des allées-venues aux miliciens, les officiers du P.O.U.M. interviennent de force, ajoutant évidemment que, comme le gouvernement de Valence ne donne pas de munitions, il ne faut pas les gaspiller. On affirme, d'autre part, qu'à l'occasion de l'offensive contre Huesca, du 16 au 19 juin 1937, les miliciens du P.O.U.M. eurent à dire le bataillon de choc Rovira, ont fait une attaque de sabotage. Au lieu de se servir des 300 gardes d'assaut pour renforcer les lignes, on s'en est servi pour remplacer les miliciens du P.O.U.M. Les fascistes, d'ailleurs, deux heures avant le commencement de l'offensive, avaient été avertis par l'explosion d'une grenade à main.

Le fait régnant : qu'une préparation des événements de mai n'a pas eu lieu ; que les maisons du P.O.U.M. étaient dépourvues d'armes, exception faite de quelques fusils appartenant à la garde permanente. En réponse à toutes ces accusations inventées de toutes pièces, j'ai rappelé le vol des 11 tanks par le P.S.T.G. en pleine ville de Barcelone, au mois d'avril. Ce n'était point les locaux du P.O.U.M. qui ressemblaient à des fortifications, mais bien ceux du P.S.T.G. comme tout le monde a pu facilement s'en apercevoir.

Le P.O.U.M. disposait de très peu de matériel de guerre au front et ne pouvait pas transporter quoi que ce soit à l'arrière, ce qui aurait affaibli ainsi le front.

Quant à la suspension des permissions, il serait très facile de vérifier que tous les camarades qui allaient pendant ce temps à Barcelone disposaient d'une permission spéciale de l'état-major. Jamais des officiers du P.O.U.M. ont interdit de tirer contre les fascistes. Il y a des milliers de témoins qui affirmeront que toutes ces accusations ne sont que des inventions stalinistes !

Quant à l'accusation que le P.O.U.M. voulait mélanges ses miliciens au détriment des gardes d'assaut, celle-ci est également fautive. Les 700 gardes étaient armés jusqu'aux dents avec de bons fusils russes et de mitrailleuses, armes que les milices du P.O.U.M. n'ont jamais vues. Mais les gardes n'osaient même pas

sortir leur tête de la tranchée. La grenade à main fut jetée, mais lorsque les miliciens du bataillon de choc étaient déjà à une distance de quelques mètres de la Colline Verte occupée par les fascistes, ils attendaient en vain le soutien des gardes d'assaut.

### QUI SONT LES « CRIMINELS DE MAI » ?

On n'accuse pas seulement le C.A.E. du P.O.U.M. d'avoir eu des relations intimes avec Franco et Hitler ; on le dit surtout l'instigateur des événements de mai 1937. Les arrestations en masse de militants du P.O.U.M. sont également justifiées jusqu'à aujourd'hui par la participation aux journées de mai. En même temps la presse stalinienne est assez hypocrite pour affirmer que le coup contre le P.O.U.M. fut soigneusement préparé depuis longtemps en indiquant elle-même comme date de préparation le mois d'avril. Nous savons que la préparation date de plus longtemps encore. La destruction du P.O.U.M., la persécution de nos camarades anarchistes est une des conditions pénales des premiers envois d'armes russes.

Dans son appel du 1<sup>er</sup> mai, le P.O.U.M. avertit le prolétariat de ne pas se laisser entraîner dans un putsch, dans une action isolée. Mais il n'abandonne pas les ouvriers qui ont pris les armes. De toutes ses forces, il essaie de transformer la lutte armée en une lutte politique pour la défense des conquêtes révolutionnaires.

Le P.S.T.G., défendant ouvertement le mot d'ordre : *gagner la guerre en renonçant à la révolution*, se met immédiatement aux côtés du pouvoir d'état. Bien qu'il ait donné comme consigne de ne pas intervenir dans le conflit, des coups de feu partent en rafale des maisons du Parti Communiste Catalan, qui alléguent maladroitement de nombreux ouvriers révolutionnaires.

Mais le P.S.T.G. ne s'est pas contenté de si peu : nous tenons à désigner que ses maisons de garde, comme par exemple la Pedernà, Pasco de Gracia, ses camarades Carlos Farré et Vorochilov étaient de vraies sentinelles et des corps-garde. Dans la Pedernà, des témoins ont vu pour la dernière fois les deux camarades et disparus : du Radio-P.O.U.M. C'est dans les casernes communistes que l'on a connu les jeunes anarchistes pour les torturer de la façon la plus barbare, les milliers, les assassiner enfin. On a trouvé leurs cadavres par hasard. Ceux de beaucoup d'autres n'ont jamais été retrouvés. La direction de la C.N.T.-F.A.I. fidèle à la tactique néfaste de reculer devant les stalinistes, a dû subir la pression des masses pour se décider à publier, au moins, les sténos faits de l'événement et de l'assassinat de Bernier et les deux camarades des Jeunes anarchistes.

Ainsi dans la « Solé » du 12 mai, nous lisons :

25-2930-93

TEMOIGNAGES SUR LE STALINISME

Une trouvaille macabre

\* ...Examinant attentivement les deux corps, ils se rendirent compte que leur mort ne s'était pas seulement effectuée d'une façon violente, mais qu'ils avaient certainement subi des supplices horribles à l'issue d'après les mutilations, les contusions et coups terribles que leurs corps montraient.

Du diagnostic fait par les médecins légistes, il résulte qu'il s'agit de jeunes gens qui étoient morts à moins d'un an, ils avaient été torturés d'une façon barbare comme le prouve le fait que les corps présentent de graves contusions et hémorragies sur le ventre qui semble enflé et déformé. Comme détail, on peut ajouter encore que certains traces sur un des rotules ont montré nettement que celui-ci a été pendu par les pieds ; la tête et le cou paraissent énormément enflés. La tête d'un autre de ces malheureux jeunes condamnés porte des marques évidentes de coups de crosse de fusil.

Quand on procéda, à Barcelone, à l'identification des malheureux jeunes gens, il s'avéra qu'ils étaient tous des membres des Jeunesses Libératrices de l'ancien arondissement de San André (aujourd'hui Armonia de Palomar) ?.

Sur Passassinat de Bernier et de Barberi, nous citons Marcel Olivier :

«...La presse a annoncé en son temps la mort du professeur Bernier, anarchiste italien, victime, comme tant d'autres, des fureurs sanguinaires de Barcelone. Ce qu'elle n'a pas dit, c'est que Bernier ainsi que son compagnon Barberi ont été assassinés lâchement par les staliniens, sur l'ordre de qui, on s'en doute, lorsqu'on retrouvait leurs cadavres, on s'aperçut que le premier avait été éventré et le second mutilé si effreusement que sa femme ne put le reconnaître qu'à la couleur de ses chaussures... »

Ainsi ont agi les staliniens dans les journées de mai, ainsi se sont conduits de soi-disant communistes en face des révolutionnaires antifascistes. Pour la première fois dans l'histoire du mouvement ouvrier, des méthodes ont été employées qui, par principe, nous rejetterions en face des fascistes, non par pitié, mais craignant leurs effets néfastes et leurs répétitions sur notre propre mouvement. Pour la première fois, un parti qui se dit antifasciste et révolutionnaire s'est servi des méthodes que nous avons connues exclusivement dans les caves nazies que l'Allemagne fasciste, dans les cachots de Mussolini et à l'occasion de l'écrasement de la commune hongroise en 1919.

Et si l'on ose un jour faire le procès de nos camarades pour la participation aux journées de mai, ils dévoileront tous ces crimes. Ce ne sera pas pour la première fois dans l'histoire du mouvement ouvrier que les accusés révolutionnaires se transformeront en accusateurs. Si on ne leur fait pas de procès à huis-clos, ils feront à haute voix qui sont les véritables « criminels de Mai ».

BOUREAU DE LA REVOLUTION ESPAGNOLE

L'INFILTRATION DU G.P.U. DANS L'APPAREIL DE L'ETAT

Le 16 juin, à peine six semaines après les événements de Mai, Andrés Nin, qui, à côté de MAURIN, le chef reconnu du P.O.U.M., était le militant le plus aimé et le plus populaire du prolétariat catalan, est arrêté.

Le 16 juin, à midi, des agents de police viennent dans la maison du Comité Exécutif du P.O.U.M., Rambla de los Estudios 10, avec un mandat d'arrêt pour les membres du C.F. du P.O.U.M. Ils ne font aucune perquisition, au cours de laquelle ils auraient facilement pu trouver Gorkin, Arguer et d'autres camarades dirigeants. Ils se « contentent » de Nin.

Le même jour, presque tous les membres du G.P.U. sont arrêtés et emmenés à la Préfecture de police, puis transférés à Valence d'où on les conduit à Madrid pour les faire disparaître pour des semaines dans les prisons du G.P.U.

Dans la nuit du 15 au 17 juin, on procéda à des arrestations en masse d'adhérents et sympathisants du P.O.U.M. Les staliniens se sont vantés plus tard de nous avoir pris comme des lapins. Comme de vrais espions, en un mot !

Falce que nous n'avons pas su qu'il se préparait un coup décisif contre le P.O.U.M. ? Bien sûr, nous nous sommes rendus compte que, vu la politique de recul de la direction de la G.N.T.-F.A.I., le P.O.U.M. n'échapperait pas à l'illégalité. Et le seul reproche que nous pouvions nous faire, c'est que, jusqu'au 17 juin, nous étions des enfants naïfs que, malgré les procès de Moscou malgré tout ce qui s'était passé dans les journées de mai, nous n'avions pas compris que les staliniens ne sont plus des adversaires politiques, mais des gangsters politiques prêts à nous supprimer par tous les moyens.

Nous étions préparés à une illégalité normale, comme les camarades espagnols l'ont vécu déjà plus d'une fois. Le P.S.U.C. le savait. Ses agents, qui s'étaient glissés dans les rangs du P.O.U.M., lui ont donné tous les renseignements nécessaires, ont préparé les listes noires d'après lesquelles ils ont pu, plus tard, le 17 juin, agir contre nous, ont livré les photos qui servaient à notre identification.

Les staliniens ne sont pas venus seulement pour nous arrêter ; ils nous ont pillés ; ils ont volé tous nos vêtements et livres (nous n'avons pas possédé d'autres richesses) ; ils n'ont pas hésité à voler les valises des camarades se trouvant à ce moment-là au front et se sont battus entre eux pour le partage du butin. Toute sorte de documentation, des passeports, des certificats, etc, nous ont été enlevés. Pendant des années encore nous courrons le risque d'être arrêtés pour les crimes éventuels de tel ou tel agent du G.P.U. qui voyage avec nos passeports.

P.S.T.C. dans le sens d'un procédé illégal de parti politique plus fort contre un parti plus faible avec l'approbation plus ou moins tacite des autres partis ? Au fond, c'était cela et rien d'autre mais pas du point de vue formel.

Du point de vue formel, on procédait contre nous, à Barcelone, en tant que police officielle et on pouvait se permettre le luxe de ne pas nous entendre comme ailleurs dans les prisons du Parti Communiste et dans ses casernes, mais à la Préfecture de police, section « Delgada Criminal ». Pendant que les miliciens militaires du P.O.U.M. et de la C.N.T.-F.A.I. dominaient leur vie dans la lutte contre Franco, le Parti Communiste espagnol et le P.S.T.C. avaient conquis la police. Ainsi, dominant l'appareil policier, s'appuyant sur l'appareil d'état, ils procédaient en toute tranquillité, d'abord contre nous, quelques semaines plus tard contre les éléments révolutionnaires de la C.N.T.-F.A.I.

Les staliniens n'ont pas disposé seulement de l'appareil policier officiel. Comme dans tous les autres pays, il y avait également en Espagne une police d'état secrète, un contre-espionnage. Au commencement de la révolution, tous les partis antifascistes y étaient représentés. Les Russes n'avaient pas eu leurs armes sans poser de conditions politiques. Une de ces conditions était de livrer aux staliniens la police secrète d'état. Ce qu'on appelle alors en Espagne « Tcheka », ce que nous appelions « G.P.U. » et ce qui n'est rien d'autre que la police secrète du parti communiste, pouvait, sous la pression de Moscou, être installée dans l'appareil d'état. Le G.P.U. devint une section du ministère de l'Intérieur, porte un nom très simple et très historique « Grupo de Información del Estado » (Section Spéciale d'Informations de l'Etat). Son siège était autrefois rue Puerta del Angel N° 24 ; fin septembre, il fut transféré Place San Juan 104 ; depuis le 18 décembre, les bureaux se trouvent rue Alhambra 321. Chacune de ces maisons officielles du « Ministerio de Interior » est en même temps une prison clandestine. Et dans ces prisons clandestines, ce soit soit les caves, soit un garage ou bien le dernier étage de l'immeuble qui servent de cellules.

### PRISONS CLANDESTINES - PRISONS OFFICIELLES

Le 17 juin 1937 de nombreux camarades étrangers ont été arrêtés. Voilà les récits de ces camarades :

Les camarades étrangers, membres du P.O.U.M. n'ont passé que quelques heures à la Préfecture de police. A une heure du matin, on nous sépara des camarades espagnols et chacun de nous, flanqué de deux gardes armés jusqu'aux dents, est mené en file indienne, distancé chacun de dix mètres, à travers des ruelles étroites et sombres, à notre première prison clandestine, Puerta del Angel 24.

La nous traversèrent quelques bureaux luxueux, faiblement éclairés, habilement vidés de sorte. Nous descendions ; un étage plus bas, c'est déjà un peu moins agréable. Des caves sales, pâles, des grilles devant les fenêtres, pas de jour, pas d'air, pas de fleurs, pas de matelas ni de couvertures. Mais un grand portrait de Staline, juste en face de la porte de notre « cellule », nous console d'un certain manque de confort. Nous ne doutons plus que tous nous fronyons, comme on nous le répète toujours, entre les murs de la police d'état espagnole ; ce qui nous semble un peu étrange, c'est que, dans cette curieuse police d'état, des étrangers de très nationalités jouent un rôle dominant, sans parler surtout d'un seul mot d'espagnol.

De nos cellules nous descendons encore un étage plus bas. Cette maison est vraiment une prison clandestine de. Encore moins d'air, les conditions hygiéniques encore plus insupportables. A chacune de nos professions, on répond en débarrassant les revolvers ou en donnant l'ordre aux gardes de tirer si nous ne nous taisons pas immédiatement.

Aut bout de dix jours, on nous retène dans une autre prison clandestine. Cette fois, c'est une maison encore plus officielle que l'autre que chacun de nous a vue et visitée déjà une fois au moins ; la 66 sont les bureaux de police des étrangers, le service officiel de délivrance des passeports qui se trouve dans la rue Corcega 29B.

A part les bureaux, il y avait un garage. Ce que nous ignorions. Dans celui-ci on avait, en toute hâte, avant notre arrestation, construit le long du mur principal, une sorte de petite boîte pressée sans aucune aération. Dans ce garage nous avons été enfermés, hommes et femmes, pendant des semaines et des mois. Il n'y avait qu'un seul lavabo, un seul w-c, dont les odeurs remplissaient tout le garage. Les pots et les pots ne manquaient point et nous ont fait souffrir beaucoup. Le seul contact avec le monde extérieur se concrétisait par l'envoi de nourriture que nous faisait le Secours Rouge du P.O.U.M. deux fois par jour. Qui pouvait dire ce que signifiait pour nous, pour notre moral, cette aide de notre parti ?

Pendant les premiers mois, quelques rares expulsions ont lieu. Il s'agit exclusivement des camarades américains, puis hollandais et anglais. Le consul français, lui, refuse son appui. Restent dans les prisons les bores communistes sans nationalité, des émigrés polonais, allemands, autrichiens, avec lesquels on espère et croit pouvoir faire ce qu'on voudra.

A la fin du troisième mois, on commence à nous transférer dans les prisons officielles. On nous y emmène avec des papiers disant que nous sommes des espions et qu'on nous mettra devant les tribunaux supérieurs d'espionnage de Madrid.

Dans les prisons officielles, notre situation est sans doute plus favorable. Les conditions hygiéniques sont meilleures, nous avons certains petits droits, par exemple celui de recevoir la presse.

des visites, etc. Surtout la prison de femmes de Barcelone, sous la direction d'une camarade du P.O.U., la camarade Giromella, représentait une vraie prison modèle du point de vue de l'hygiène et du bon goût. Felicien Chailaye n'a pas manqué d'en parler dans sa brochure sur l'Espagne.

Mais du point de vue juridique, rien n'avait changé. Nous étions hors la loi et nous nous rendions bien compte que notre situation ne changerait qu'avec la perte d'influence des staliniens et avec un nouvel essor du mouvement révolutionnaire.

Voilà quelques mots du camarade Walter sur les « soins » donnés aux malades dans les cachots staliniens :

*Mon cas n'est intéressant que du point de vue du traitement des malades dans les prisons du G.P.U. Beaucoup de militants y ont perdu définitivement leur santé et, hélas, leur vie aussi sans que la plupart de ces drames soit connu publiquement.*

*Le jour même de notre arrestation — juin 1937 — vers midi, on nous emmena à la « Tcheka », Puerta del Angel 24. Deux autres camarades et moi, nous sommes jetés dans une cellule, dans les cages, sans fenêtre, tout à côté des n.-c. dont le lit nous passait par cette cellule. Comme ce lit n'avait de grands trous, une odeur asphyxiante emplissait la cellule. La porte était toujours fermée, les agents ayant regu l'ordre strict de ne pas laisser la porte ouverte en entrant.*

*Ces n.-c. étaient utilisés par trente-cinq détenus et au surplus les nombreux gardes qui nous surveillaient s'en servaient aussi. L'odeur étonnante était tellement insupportable que nous souffrions terriblement de maux de tête et de nausées.*

*Après deux ou trois jours, je ressentis de vives douleurs aux poignets ; je me rendais compte que mon ancienne maladie de poltrone ne tarderait pas à revenir. Je perdais mes forces d'une façon alarmante, les dents se saignaient et à la fin de la première semaine commençaient la fièvre et des crachements de sang.*

*Bien que je fusse dans un état qui laissait tout craindre, je dus lutter pendant de longues semaines pour être enfin transféré à l'hôpital. Et cela point directement de la Puerta del Angel, mais après avoir connu encore plusieurs autres prisons staliniennes avec des conditions hygiéniques semblables.*

*Je te dis : fut échappé comme par miracle à une mort qui déjà semblait certaine. Mais n'oublions pas que des centaines d'autres camarades sont morts dans les cachots du G.P.U. par suite de conditions hygiéniques inadmissibles et un manque absolu de soins les plus élémentaires indispensables aux malades.*

#### QUELQUES DETAILS SUR LES METHODES D'INTERROGATOIRE

Nous avons passé des semaines et des mois dans les prisons clandestines staliniennes. Pendant tout ce temps, nous n'avons pas vu un seul garde qui ne soit membre des Jeunesses Commu-

nistes et du P.C.E., pas un agent qui ne porte pas dans sa poche la carte du P.C.E., de très fraîche date le plus souvent. Nous n'avons pas vu d'autre presse que la presse stalinienne, comme « Frente Rojo », « Treball », « Mundo Obrero », « l'Internationale » et « La Correspondance Internationale ».

Le côté grotesque, si l'on peut dire, de tous les interrogatoires était que nous n'avons rien à avouer.

Si nous avions été véritablement fascistes ou des espions, on aurait pu se contenter des méthodes policières habituelles. Mais ce qui explique dans une certaine mesure la cruauté et la brutalité employées contre nous, c'est qu'on voulait nous forcer à charger d'autres camarades et que, malgré les tortures physiques et morales, on n'aboutissait à rien. Nous avons privé les agents du G.P.U., en Espagne, de tout espoir de nous faire faire des aveux à la mode de Moscou. Ils ne nous le pardonneront jamais. Tous les camarades que nous connaissons, des socialistes, des anarchistes, des membres du P.O.U.M., ont préféré toutes les souffrances, ont préféré se laisser battre, enfermer dans les fameuses armures de Santa Ursula (copie des « Danke » dans les prisons nazies) plutôt que de trahir un seul camarade. Même les plus jeunes et les moins expérimentés ont donné des preuves étonnantes de fidélité à nos idées et d'un fier mépris pour ces pseudo-communistes du G.P.U.

En général, les interrogatoires ont lieu dans la nuit, souvent de 11 heures du soir à six heures du matin. On bien on évite le prisonnier plusieurs fois par nuit pour l'énerver et on vient le prendre pour l'interroger dans la nuit, quand on le croit déjà brisé par la fatigue. Les interrogatoires commencent toujours de la même façon : « Vos affaires marchent mal. Vos amis ont tout avoué. Vous savez que nous pouvons faire de vous ce que nous voulons. Vous savez que vous ne sortirez jamais vivant de cette maison ». Pour mieux appuyer ces mots, on jette le revolver sur la table, on l'appuie contre les tempes de l'accusé, on le décharge en l'air. Et si tout cela ne sert à rien, on met le prisonnier dans une voiture. Une fois hors de Barcelone, on lui dit de descendre, on lui met un bandeau devant les yeux, les gardes arment les fusils, les déclarent... Et puis on enlève le bandeau, on met de nouveau le prisonnier dans la voiture en disant : « Mais nous avons deviné le temps de tuer ce chien ». Et demain se répète le même jeu.

On a tout employé pour l'effrayer et pour démontrer les camarades. Mais on essaya aussi la corruption. A des camarades jeunes, depuis peu de temps dans le mouvement, on disait : « Toi, tu es un garçon honnête, un communiste sincère. Tu ne voudrais pas défendre ces fascistes du P.O.U.M. ou de la F.A.I. Viens avec nous. Dans notre club antifasciste tu trouveras des véritables amis. Tu comprends, il nous faut gagner la guerre. Nous avons toujours besoin de jeunes gens dévoués qui savent travailler. Tu parles des langues étrangères. Tu peux faire ton chemin. Nous

le mettons en liberté. Tu n'auras pas d'autre travail que de te promener à Barcelone, accompagné d'un camarade naturellement et tu nous aideras à découvrir ces sales fascistes du P.O.U.M. Voici l'« International 2 », la « Correspondance Internationale »... lis ça. Tu te rendras compte de beaucoup de choses.

Quand ils se rendaient compte que ni les intimidations ni la corruption n'avaient le moindre effet sur nous, le ton changeait : « Tu ne veux pas dire le nom de ces criminels fascistes. Alors tu creveras dans les cachots. Si, par hasard, tu nous échappes, si tu es pris en liberté et si tu crois que tu pourrais tout rencontrer tu te trompes ; notre appareil est international, il fera bien sûr rendre compte, et nous avons tous les moyens de te faire faire.

Et quand, pour préparer l'interrogatoire, on ne donnait rien à manger pendant 35, 48 heures et plus, on demandait aux camarades de signer un papier disant : « Je certifie qu'on m'a bien traité ». Cela nous a rattrapé quelque chose que certains camarades avaient déjà vécu une fois ; mais c'était en Allemagne, dans les cachots des nazis.

*Le camarade T... raconte :*

« Au commencement de l'interrogatoire on jetait toujours un regard sur la table, on fouillait avec, surtout les lattes, faisant semblant de vouloir lire. On répétait : *Vous nous rendez compte que nous pouvons nous fusiller quand nous voulons. Ou bien on ne disait : Si vous ne faites pas ce que nous voulons, on se vengera sur votre frère (lettré des brigades internationales).* Quant on refusait de signer, ils nous enfermèrent dans une cage sans rien nous donner à manger pendant plusieurs jours.

Il nous eût un exemple bien saisissant de méthodes de falsification : « *Un jour avant ma libération, on me donna une feuille de papier et on me demanda d'écrire mon curriculum vitae (ma carrière politique) : comment j'étais venu en Espagne, avec une entrée quelconque, etc... Peu après on me rendit la feuille, mots en tête je lisais avec étonnement : Brigade Internationale, section de Barcelone, calle Sicilia 22, et on me dit froidement que je pouvais me considérer dès lors comme membre de la Brigade Internationale. On me révéla d'ailleurs qu'un article de moi paraissait prochainement dans le journal « Libertad », à Barcelone. Je demandai : « Sur moi ou de moi ? » On me répondit : « Un article de loi, signé par toi ».*

Je n'ai jamais eu l'intention d'aller à Barcelone ou d'écrire des articles pour la presse stalinienne. A la suite de cette falsification, on me considéra donc comme directeur de la Brigade Internationale.

*La camarade P. D. a subi à peu près 60 heures d'interrogatoire. On a trouvé particulièrement suspect qu'il n'y eût aucune*

contradiction entre sa première et sa dernière déclarations. On ne lui pardonna pas que la brillante carrière qu'on lui avait promise ne fût point scélète.

*Voici son témoignage :*

« Je suis également arrêté depuis le 17 juin 1937, après avoir passé dix jours dans la Puerta del Angel, neuf semaines à la « calle Carreaga 209 », on me transféra, le 28 août, à la prison des femmes à las Cortes avec P. H. et K. L.

Le 11 septembre, deux agents du « Grupo de Informacion » viennent m'y chercher, sous le prétexte de me libérer. J'ai refusé de quitter la prison avant d'avoir vu un certificat attestant que je serais libre. Après une longue discussion, on me montra un certificat fait par la Préfecture, selon lequel je ne devais pas être mise en liberté, mais transférée à la Puerta del Angel. Après m'avoir fouillée, on m'amena dans une pièce qui avait été autrefois la chapelle privée de la maison. La première et toutes les autres nuits, nous avons été réveillées assez souvent par les voix venant des vieilleries. Il fallait toutes sortes de précautions pour garder du pain pour le lendemain.

Si je voulais aller aux « w.c. », je devais frapper et crier un bon moment, et chaque fois la garde m'accompagnait. Le lendemain même jour, on ne m'apporta pas à manger. Le lendemain matin, à dix heures, on m'appela et on m'emmena dans un bureau, deux étages plus haut. Là, il y avait quatre étrangers dont les agents Anton et Benjamin, qui me demandèrent de passer sur une chaise au milieu de la pièce. Une jambe, qui était sur la table derrière laquelle les quatre personnes étaient assises, fut allumée de manière que sa lumière éclairait directement ma figure. Pendant cinq minutes les quatre hommes ne cessèrent de me regarder. Ensuite ils commencèrent à me parler et leurs premières paroles furent les suivantes :

« Vous êtes la secrétaire du comité militaire du P. O. U. M. et vous pourrez nous dire bien des choses intéressantes ». Je répondis que ni à ce moment ni précédemment je n'avais eu ce poste. Alors un autre dit : « Soyez raisonnable, si vous voulez sauver votre vie ». Je leur dis que je savais que je me trouvais entre les mains du Gougeon et qu'on pouvait me demander ce qu'on voulait, mais que ma réponse ne dépendait que de moi seule et qu'on ne pourrait pas me forcer même avec des menaces. Puis un autre ajouta : « Mais vous savez aussi que nous avons les moyens de vous forcer à parler ». En disant cela, il prit son revolver et je nui sur la table. Puis on me demanda quelques articles de mes relations avec le comité exécutif du P.O.U.M. avant d'être en prison, qu'on avait arrêté quatre membres de l'état-major, qu'on avait arrêté quatre membres de l'état-major exécutif dans mon appartement, que j'avais été chargée jour dans la maison où celui-ci se trouvait, et que tout cela prouvait que j'avais eu des liaisons directes, probablement fait-

mes avec un ou plusieurs ou même tous les membres du comité exécutif.

Les deux semaines qui suivirent on me questionna chaque jour plusieurs heures, et bien souvent pendant que la distribution de la nourriture avait lieu. Quand après l'interrogatoire on me ramenait dans ma cellule, je n'y trouvais rien pour moi. Un général les repas étaient très mauvais et comme souvent je ne les recevais même pas, j'ai souffert de la faim. Par hasard, j'apprends que le P. O. U. M. faisait apporter chaque jour deux repas pour trois camarades qui étaient aussi dans cette maison et pour moi, mais je ne recevais jamais rien. Au cours d'un interrogatoire, j'ai protesté contre ce traitement. On me dit que nous nous trouvions en pleine guerre, que chacun devait faire des sacrifices, et en outre que l'approvisionnement et les traitements étaient bien meilleurs que dans d'autres pays bourgeois, et finalement que je n'étais pas là pour me réhabiliter, mais parce que j'avais fait un travail nuisible à l'état espagnol. On me demanda pourquoi mon parti ne faisait rien pour moi. Et si je ne me rendais pas compte que mes camarades m'avaient abandonné, sachant qu'on ne laissait rien passer de ce que le Secours Rouge du P.O.U.M. apportait pour moi, je répondis : Si mon parti ne fait rien pour moi, cela ne veut pas dire qu'il m'a abandonné mais qu'on a besoin de l'argent pour des choses plus nécessaires. Fais si ton m'apporte des vivres, comme je le suppose, et qu'ils ne me parviennent pas, je me l'explique parfaitement. Ils ne sont plus revenus sur ce sujet.

Pendant toujours que j'étais secrétaire du Comité Militaire du P.O.U.M., on m'interrogeait toujours à ce propos. On me posait des questions sur au moins cent personnes et on me demandait des renseignements sur elles. Il s'agissait de membres du P.O. U.M., étrangers et espagnols, surtout des officiers de la division Léon. Avec chaque nom on me présentait une photo en m'observant fixement. Il était bien clair qu'ils voulaient savoir les noms des camarades qui n'avaient pas encore été arrêtés et qu'ils étaient les derniers à croire à leurs accusations d'espionnage.

Au moment de mon arrestation, on avait trouvé sur moi une lettre pour le Consul suisse de Barcelone. On me dit alors que toutes les ambassades étrangères, en Espagne, étaient sans exception des aids de fascistes et que mes rapports avec mon consul étaient une preuve de plus pour affirmer que j'étais fasciste.

Pendant les interrogatoires, on me disait souvent qu'avec mes relations et ma connaissance de langues étrangères je pourrais rendre des services immenses à la révolution mondiale. On m'aidait fraternellement à retrouver le bon chemin et cela grâce surtout à l'intervention de mon beau-frère, ben stalinien, qui était intervenu auprès du parti communiste espagnol pour me sauver. Je comprenais bien le sens de cette aide « fraternelle » et demandais une fois pour

toutes de ne plus me faire d'offres semblables. Je disais que je n'étais pas tombé entre les mains du P.O.U.M. comme une pauvre victime innocente, mais que j'avais adhéré à ce parti parce que je connaissais la politique du P.O.U.M. comme la seule révolutionnaire en Espagne, et que personne de nous ne trahit le parti même pour sauver sa tête.

Au commencement d'octobre, on nous transféra dans une autre prison, celle Valmajor 5. Là, rien n'était prévu naturellement ; comme d'habitude, il n'y avait pas de matelas, ni de couvertures, et rien à manger le premier jour. On nous enferma à trois ou à quatre dans de toutes petites cellules, les fenêtres et les persiennes closes et étroites. On nous disait : « Si vous voulez pouvoir ou de passer une fenêtre, les gardes ont l'ordre de tirer immédiatement ». Comme il n'y avait pas d'électricité, nous étions sans lumière à partir de quatre heures de l'après-midi et dans l'impossibilité de lire jusqu'au lendemain. Nous ne recevions ni presse ni visites, nous étions rigoureusement isolés. On ne sortait de la cellule que pour aller aux w.-c. Comme il n'y en avait que trois dans toute la maison, ils étaient toujours dans un état répugnant. Malgré tout, on nous reprochait toujours d'y aller trop souvent et on nous menaçait de ne plus nous laisser y aller du tout. Les gardes et surtout les agents, tous communistes sans exception, étaient d'une brutalité extrême envers nous. Quand je tombai malade, le médecin du « Grupo de Infanteria » vint me voir et constatait une angine assez grave, il me donna une ordonnance. Je donnai dix pesetas à un agent avec prière de m'acheter le médicament. Je n'ai jamais revu l'argent, ni reçu le médicament.

#### DANS LA TCHEKA DE LA RUE CONCEGA

Cette fois il ne s'agit plus de la Délégation de l'état mais d'une maison particulière de la même rue, transformée en prison particulière stalinienne. Nous venons d'apprendre que c'est là où les agents de G. P. U. ont ennuie notre camarade Kurt Landau.

Le camarade J. H. Tr... y a passé plus de deux mois et nous en donne le récit énumérant que voici :

« Pendant plus d'un an j'ai combattu dans les rangs de la colonne Durand. Je suis blessé deux fois, à la jambe gauche par des éclats d'obus et à la tête par une balle. Le 11 septembre 1937 on m'arrêta dans le café « Moka » à Barcelone. On m'emmena dans la prison clandestine de la calle Concega dont le chef était Gaspar Dalmau Carbonell, connu pour sa brutale extraordinaire. J'y restai 28 jours pendant ce temps aucun de mes camarades ne réussit à trouver le lieu de mon séjour. Comme on ne peut rien trouver contre moi, on me transfère à la « Jacolera » et plus tard à la Préfecture de Police. On me communique un ordre de mise en liberté qui n'est pas exécuté parce que les policiers de G. P. U. m'attendent à la porte de la

Préfecture avec une voiture pour me conduire encore une fois à la rue Corcega.

Vous arrivait au moment où l'interrogatoire était dans le bureau du chef et le premier interrogatoire commençait. La mise en scène est en harmonie avec le caractère de l'interrogatoire. Je suis assis sur un sofa. A côté de moi, Dalman, de l'autre côté Sakern, un de ses lieutenants, jouant avec un poignard fermé et effilé ; il y a encore quelques autres policiers qui rient, m'interrogent tous en chœur. En même temps, derrière moi paraissent une voix accusatrice affirme n'importe quel jour de l'attentat contre Andrué, président de la Cour de Justice, dans une voiture particulière en face du Palais de Justice.

Le spectacle était capable de broyer les nerfs les plus forts. La fatigue, la faiblesse, les questions, les insultes, le réflexeur électrique énorme qui éclairait ma figure, le poignard qui me menaçait, se inclinaient dans mon cerveau. Desireux d'en finir au plus vite avec ce ennuieusement, j'avouai : « Oui, c'est moi. Oui, cela a été moi avec Azana et Compagnys 1 » Gédalt Poffon-Adrenet de toutes les espérances de me faire avouer. Le moment était venu de changer des procédés.

Dalman se leva : « Vous savez ce que vous avez à faire, comme d'habitude », dit-il. Nous descendîmes. On me fit entrer dans une salle de bain. Ils jetèrent un morceau de savon dans la baignoire et ouvrirent les robinets. Je contemplai la scène sans arriver à comprendre les véritables intentions de ces hommes. Les préparatifs terminés, l'interrogatoire repart. Après environ une demi-heure, Galero s'adresse à ses aides : « Qu'en pensez-vous. Il n'y aura qu'à le mettre ? ». Et sans que j'aie pu de comprendre pourquoi on voulait m'obliger à prendre un bain, le nuit, en costume de ville, je me vis en l'air, la tête vers le sol et les pieds vers le plafond.

La véritable torture commença. Une nouvelle question et la tête frotant la surface de l'eau. Naturellement mes réponses furent semblables aux précédentes. Et j'en ai déjà plus que de vague souvenirs. Ma tête fut immergée jusqu'au fond de la baignoire. Je me souviens que les poignets enfilés par la pression des menottes me faisaient énormément souffrir.

Dans le fond de la baignoire j'essayais de résister le plus possible. Je reclus ma respiration quelques secondes, puis je ne pus plus résister. L'eau me manqua. Je commençai à avancer de l'eau par la bouche, les narines, les oreilles. Je perdis alors le contrôle de ma volonté. Seul restait l'instinct de conservation qui se détendait progressivement.

Je ne sais absolument pas combien de temps j'ai passé dans cette situation. Quand je revins à moi, j'étais jeté sur une chaise, la tête pendante d'un côté et les jambes de l'autre. J'avais rendu en grande quantité ; le savoir est un excellent vomitif. La tête me tournait comme si j'étais ivre. Mais dès que j'eus repris mes esprits, l'interrogatoire recommença.

Devant l'échec systématique de l'interrogatoire, je fus plongé une autre fois dans la baignoire au milieu des injures des policiers. Les policiers avaient perdu tout contrôle de leurs nerfs. Ils me frappaient avec toute la brutalité dont ils étaient capables, scandant les coups de poings et les coups de pieds de phrases grossières. « Fils de putain ! Maqueron d'ouvrier ! Nous allons en finir avec vous tous ! »

Après de longues heures, on m'emmena dans une autre pièce. Les agents m'avaient dévêtu et couché sur un matelas. Ils emportèrent tous mes vêtements et je restais nuist, tout nu, pendant quatre jours. Je n'avais même pas de couverture lorsque je devais sortir pour faire mes besoins.

A peine rétabli, je fus nouvellement appelé au troisième étage pour déposer. Cela se répéta deux autres fois. Je vivais dans un état de surexcitation, convaincu que toutes ces dispositions initiales par m'aider à la salle de bain. Une nuit ils m'ordonnèrent de monter dans une voiture particulière. La voiture prit la rue de Saberon et se dirigea vers la Babassada. Une fois hors de Barcelone, ils m'obligèrent à descendre. « Tu peux te préparer à remonter si je disais les noms des auteurs de l'attentat contre Andrué. Enfin ils m'obligèrent à remonter dans la voiture et nous retournâmes à la prison. » Nous allions te donner un jour de plus pour que tu te repentisses », disaient-ils.

Après deux mois d'un traitement pareil, le commande Tr. a été transféré à la Préfecture de Police et enfin à la Prison Modelo de Barcelone. Son corps porte toujours les traces des souffrances reçues dans la prison stalinienne.

(Publié dans une brochure illégale du P.O.U.M. : « Los autos del terror stalinista »).

SANTA URSULA,  
LE « DACHAU » DE L'ESPAGNE REPUBLICAINE

Il est impossible de parler de toutes les prisons clandestines et semi-clandestines de l'Espagne républicaine. On pourrait écrire tout un livre sur les particularités de la fameuse « prison défilé » de la calle Valbuena 5, à Barcelone. On pourrait être tenté de faire une comparaison entre les cahots que les staliniens avaient préparés spécialement pour nous, dans de vieux ministères et la prison pour dames fascistes à Tortosa, près de Valence, dont Madeleine Jacob fait l'éloge dans un article paru dans l'« Ouvre » le 24 février 1938 :

« Ah ! qu'il fait donc bon en cette prison-là ! Tu putes prison que point, à Tortosa, un jambon de Valence. La prison de La Cruz est pleine au milieu des oranges. Tu parles tomates, des tomates excellentes... Pas un bon camp de prisonniers en France et ailleurs. Je n'en ai jamais connu de plus raffinés, de mieux conformés à la définition d'une prison, que celle des dames fascistes »

esties, enfermées dans le beau cottage de Torrelave... Elles ne sont point à pleurer. Nulle part elles ne seraient être même insatisfaites, même soignées, même nourries, même traitées... même protégées...

Nous ne voulons comparer ni les « soins », ni la nourriture. Nous allons décrire tout simplement une prison : Santa Ursula, le « Dachau » de l'Espagne Républicaine.

L'ancien couvent de Santa Ursula, transformé en prison et exclusivement sous le contrôle du parti communiste espagnol, a acquis une triste réputation au delà des frontières espagnoles. Ce n'est pas par hasard que les prisonniers l'ont baptisé « fabrique de fascistes ». Beaucoup qui y entraient comme antifascistes, l'ont quitté en ennemis acharnés de l'Espagne Républicaine :

Nous nous abstenons de parler des conditions d'hygiène, du manque de lits, de matelas, de couvertures, cela n'a rien d'extraordinaire dans les prisons staliniennes. Voyons les tortures moyennages, pratiquées tous les jours à Santa Ursula. Je traite ment des prisonniers qui participent de la manière fasciste. C'est dans l'intérêt de la cause antifasciste que tous les ouvriers révolutionnaires doivent se prononcer énergiquement contre les procédés du G.P.U. à l'égard des prisonniers antifascistes. Ces méthodes seraient également à condamner vis-à-vis des adversaires de classe. La révolution peut augmenter ses ennemis, mais non les briser à des boureaux sataniques. Nous tenons à souligner que les tortures furent employées à Santa Ursula tout d'abord contre des ouvriers révolutionnaires et non contre des fascistes.

Les interrogatoires à Santa Ursula ont lieu dans la nuit. Les interrogatoires sont conduits par des Russes, des Allemands, des Hongrois, etc., tous membres de leurs partis communistes respectifs. Vu l'impossibilité absolue d'obtenir des aveux par les procédés normaux, ils ont recours à la brutalité la plus bestiale. Les maux du prisonnier sont liés derrière le dos et si l'inculpé n'avoue pas (en général il n'a rien à avouer), il est battu. Toute la nuit, la prison retentit des gémissements et des cris des camarades torturés. Les dents cassées, des trous dans la tête, les échos rompus, avec des hémorragies, ainsi renommés-ils dans leurs cellules après les interrogatoires, parfois portés par les gardes. Nous avons passé six mois à Santa Ursula. Nous ne connaissons pas un seul cas de véritable espion ou saboteur parmi tous ceux qui ont été interrogés de cette façon.

Nous citerons un seul cas parmi des milliers. L'ingénieur K. est arrêté par le G.P.U. pour espionnage. Il attend sept mois son procès — en vain. Gravement malade, tuberculeux, on le transfère enfin à l'hôpital. En plein traitement on le ramène à la prison où rien n'est prévu pour des prisonniers malades. Le cancer est mort en moins d'un mois. Il n'est pas le seul qui ait succombé aux tortures et aux conditions très spéciales de Santa Ursula.

Le récit des tortures dans les armoires doit former un chapitre à part. Il y en avait où le prisonnier pouvait à peine se tenir debout, dans des salers, accroupi seulement. Deux petits trous dans la porte étaient les seuls critères d'aération. Après avoir été enfermés là pendant plusieurs jours sans manger, on peut imaginer l'état physique et moral des prisonniers, hommes aussi bien que femmes, sans que nous ayons besoin de le décrire.

Nous voulons seulement rappeler le cas d'un jeune médecin belge blessé sur le front ; après quelques semaines passées à l'hôpital il doit retourner au front. La veille de son départ, on l'arrête et l'enferme dans une de ces armoires d'une hauteur d'un mètre à peu près. Il y a passé trois jours accroupi, sans rien manger ; après quoi on l'a relâché cyniquement et renvoyé au front, disant que ce châtimement lui avait été infligé parce qu'on l'avait trouvé sauté dans la rue !

Le camarade Th. qui a passé quelques semaines à Santa Ursula a eu l'occasion de parler avec beaucoup de prisonniers et de vérifier leurs déclarations. Il ajoute les cas suivants.

Le cas R. : R. est un homme d'environ 50 ans ; il est depuis dix ans en Espagne. Il est Allemand, mais a quitté l'Allemagne depuis 20 ans. Il ne s'est jamais occupé de politique.

Un jour on l'arrête et on l'emmène à Santa Ursula. Pendant les interrogatoires, on lui a cassé toutes les dents ; il n'en a gardé une seule. Comme il n'avait rien à avouer, on l'enferma pendant huit jours dans une armoire où il ne pouvait pas se tenir debout.

Un jour, un agent du G.P.U. entre dans sa cellule. Comme R. se refuse à raconter ce qu'il n'a pas commis, on le menace de lui couper les doigts un par un, de lui arracher les yeux. On le bat plusieurs fois de la façon la plus brutale. Depuis quelque temps on a renoncé à l'interroger, mais on ne le renvoie pas en liberté.

Le cas Br. : Br. a subi les tortures physiques les plus terribles. Il est infirme pour toute sa vie. Deux fois on l'a enfermé dans une armoire, chaque fois pour quelques jours. Le 19 août 1936 l'occasion d'écrire une violente discussion entre Br. et le chef du G.P.U. Je n'ai revu Br. que trois jours après, dans sa cellule, évanoui. Sur l'ordre du chef, il a dû rester trois jours et trois nuits sur une chaise ; les gardes changeant toutes les deux heures, avant l'ordre strict de ne pas le laisser s'endormir.

Le cas K. : K. tout de suite après son arrivée à Santa Ursula, est enfermé dans une armoire de 1 m. 80 de hauteur et 80 cm. de largeur. Dans la porte se trouvait un trou d'un diamètre de quatre centimètres. K. souffre beaucoup de ce manque d'air et attrape une fièvre qui l'affaiblit à un tel point qu'il ne peut plus aller seul aux w-c. Quand il est déjà presque à l'agonie, on le met enfin dans une cellule. Dans la même nuit on l'emmène au commissariat de la calle Salmorón 9, où on le force toute une nuit à écouter les cris de ces condamnés. Pour fopper ses amis

à signer les procès-verbaux falsifiés, on les battait avec des barres en fer et on leur arrachait les cheveux.

A Santa Ursula, dans les caves, se trouvent les cercueils des religieux. Beaucoup qu'on les a ouverts, une odeur étonnante de décomposition remplit les caves ; des cadavres phosphorescents traînent un peu partout. Et dans ces caves froides et humides, on a enterré des prisonniers vêtus d'une chemise et d'un pantalon, sans couverture, sans nourriture.

D'autres prisonniers qui ne voulaient pas avouer sont aveuglés qu'ils seront fusillés dans une heure. On leur permet d'écrire leur testament. Après, on les emmène au cimetière, 25 gardes, échevaillant leurs fusils ; ensuite, on décommence l'exécution en la remettant au lendemain.

Qu'on ait mis du papier brûlant sous la plante des pieds des prisonniers pour les faire parler, on voudrait espérer que ce sont là des inventions malveillantes de fascistes. Mais cela fait partie également des méthodes d'interrogatoires à Santa Ursula.

Nous n'avons pas l'intention de nous plaindre de la nourriture insuffisante ; nous savons que l'approvisionnement du front prime toutes les autres nécessités. Mais nous ne pouvons pas échapper notre indignation, vu le fait que les prisonniers fascistes n'ont jamais manqué de rien. Leurs familles étaient autorisées à leur apporter des vivres, du tabac, du savon, des fils, des couvertures, tandis que nous, ouvriers révolutionnaires, avons couché par terre, manquant absolument de tout. Et cela sous un gouvernement de « front populaire » !

Quelle était la composition sociale des prisonniers de Santa Ursula ? Dans les mois de mars et avril étaient surtout des médecins, des prêtres, des avocats, des gros commerçants, politiquement des adversaires du régime républicain. Mais bientôt ces prisonniers, en grande partie, furent relâchés, même ceux qui se disaient ouvertement des fascistes. A leur place sont venus des ouvriers, de vieux membres du parti socialiste, des syndicalistes, des anarchistes, des membres du P.O.U.M. Ce changement était évidemment frappant que même des éléments bourgeois s'en apercevaient. Et tandis qu'on marchait en liberté de véritables fascistes, des antifascistes révolutionnaires étaient forcés de faire la grève pour par le G.P.U. et contre les tortures subies.

Mais aussi des journalistes, des spécialistes, des volontaires remplissaient les cellules de Santa Ursula. L'émigré Staléin B. qui avait fait ce fameux vol sur l'hone pour lancer des tracts antifascistes y était également. Il était veur en Espagne pour travailler pour la cause antifasciste !

Il faut encore mentionner une autre catégorie de prisonniers : les fournisseurs d'armes et de matériel de guerre, qui souvent, étaient venus en tant que représentants d'importantes usines étrangères de matériel de guerre. Après avoir livré un, deux ou plusieurs avions, le G.P.U. les arrêtait en tant qu'espions ou saboteurs.

leurs. Des techniciens venus de tous les pays, pour offrir leurs inventions, après avoir fait antichambre dans les ministères, étaient enfermés dans les prisons partielles du G.P.U. Comme « espion » nous avons connu un syndicaliste norvégien, qui avait « ramassé » dans son pays et apporté en Espagne un million de pesetas. Comme « espion fasciste » il y avait également un avocat français, membre d'une organisation pacifiste d'anciens combattants et qui avait apporté à Valence un avion militaire. Le représentant d'une grande usine de matériel de guerre fut arrêté comme tant d'autres, après que le G.P.U. eût pris tous ses plans et dessins pour des modèles les plus modernes et les plus perfectionnés de mitrailleuses. De cette façon, le ministère de la guerre ne les a jamais vus.

Les gardes, tous presque sans exception membres du parti communiste, étaient tout ce qu'il y a de plus corrompus et de débauchés, très souvent snobes. Plus d'une fois, ils ont fraternisé ouvertement avec les fascistes dans leurs cellules.

L'ancien convent de Santa Ursula appartient au parti communiste espagnol. Il ne compte pas parmi les prisons officielles. C'est une de ces nombreuses prisons du G.P.U. où les staliniens ont fait disparaître nos camarades. La forte pression de l'étranger a mis fin à certains abus trop scandaleux à Santa Ursula. Les méthodes staliniennes imitées fidèlement des méthodes fascistes n'ont cependant point disparu.

### II. Les camarades disparus

#### L'AVANT-GARDE REVOLUTIONNAIRE

Commencent par une campagne de calomnies, les staliniens n'ont pas hésité à passer à l'action pour la liquidation physique des révolutionnaires.

Comment ils ont procédé pour exécuter les ordres directs de Moscou, nous voudrions le dire ici. Les enlèvements, les assassinats des meilleurs militants du mouvement révolutionnaire, étaient jusqu'à maintenant le privilège du fascisme. Le stalinisme, lorsque politique qui se dit antifasciste, socialiste, qui recrée une grande partie de ses adhérents dans les rangs du prolétariat, connaît aujourd'hui les mêmes crimes que le fascisme.

#### LE CAS D'ANDRÉS MIN.

« Personne ne sait ce qu'il est devenu, ce qu'est devenu l'un des meilleurs les plus ardents du prolétariat d'Espagne »  
(Victor Serge. — Adieu à Andrés Min).

L'histoire de Nin est de celles qui se passent de commentaires. Nous nous bornerons donc à énumérer les faits marquants de cette vie, et à évoquer sa fin mystérieuse.

Jeune instituteur en 1919, affilié au parti socialiste, Nin annonce au Congrès de la C.N.T. qu'il passe dans les rangs du syndicalisme révolutionnaire. La déclaration de Machez Amido le contraint à l'illégalité. Son camarade Cornelia est tué à ses côtés par les pistoleiros du « Syndicat libre ».

Nous retrouvons maintenant la parole à notre camarade Victor Serge, ami intime et fidèle d'Andrés Nin.

« Nin est pour moi plus qu'un vieil ami, une sorte de frère — par les idées, les chemins suivis, les épreuves traversées et tout ce qu'il peut y avoir d'irréparable dans le contact d'homme à homme. Je le connais, je sais ce qu'il est, ce qu'il veut pour nous tous. Ce n'est pas la première fois que j'écris en tête d'un article *Pour Andrés Nin*. Il fallut, en 1922, faire dans la *Correspondance Internationale, l'Humanité*, toutes les feuilles communistes, une tenace campagne pour lui éviter le baigne.

Jeune militant de la C.N.T., il avait séjourné en Égypte, puis été délégué au Troisième Congrès de l'Internationale Communiste. Je l'y rencontrai, en même temps que Joaquín Maurín, son compagnon de voyage, Francesco Ghezzi et quelques autres qui n'ont point trahi depuis, qui ne trahiront jamais... Dans l'entre-temps le président du Conseil d'Alphonse XIII, Eduardo Dato, avait été abattu en pleine rue de Madrid par Ramón Casanellas, qui se réfugia à Moscou. Le gouvernement de Madrid voulait trouver dans cet attentat la main de Moscou et incrima Nin — en dépit du bon sens, mais il n'est point la question. Il fut par hasard arrêté à Berlin. Nous réinsistes, avec l'appui de la Légation soviétique, à faire rebouer la procédure d'extradition et il retourna à Moscou, où, du reste, par un congrès, deuxième secrétaire de l'Internationale Syndicale Rouge. Il devait remplir ces fonctions pendant des années, travaillant avec un Lazovskí, de plus en plus souple et veule. En toutes rencontres, il me faisait part de sa déception. I.T.S.R., au lieu de devenir un foyer international vivant et sain, se bureaucratistait de mois en mois, finissant par n'être plus qu'une vaste machine à mouler des intrigues et diffuser des mots d'ordre quelquefois aberrants. En 1923, Andrés Nin se joint à la première opposition de gauche : Péro-brenskí, Pindakov, Trotski. Mais il n'est pas encore tout à fait prêt pour ces luttes ; s'il étonne dans les bureaux du Prolétaire aussi, il lâche pied. Il n'en aura que plus de moitié, trois ans plus tard, quand s'éveille à fond la bataille décisive entre ceux qui, au prix de tous les sacrifices personnels, veulent tenter les dernières chances de redressement du parti bolchevik, et la bureaucratie stalinienne, décidée à garder le pouvoir —. Il n'en aura que plus de moitié à envoyer alors au Comité Central une courte lettre tout à fait catégorique, comme Jo C.C. n'en rece-

vait pas beaucoup : « L'opposition n'a raison, je suis sans réserve avec elle », déclarait le secrétaire de l'I.S.R. Je ne sais ce que l'on fit des statuts internationaux, mais secrétaire de l'I.S.R., il ne l'était plus dès le lendemain. Et il attendit en plaisantant — car c'est un copain d'une rare bonne humeur — que l'on vint l'arrêter, comme tous les autres. J'attends la même chose de mon côté, pour les mêmes raisons. Nous nous rencontrerons chez moi ou chez lui, à Léningrad et à Moscou, un peu étonnés de demeurer en liberté (relative). Nous fîmes pour vivre des besognes diverses. Nin se mit à traduire en catalan, Deslolevskí, puis Dorts Pindak. Il écrivit un livre pour défendre contre M. Chambo, théoricien catalan de la dictature, Pridé de la dictature du prolétariat. Il collectonnait les textes et les fiches. Grand travailleur, plutôt casanier, vivant dans son labeur, avec sa compagne, Olga Kareva et leurs filles. Nous avions perdu un ami commun, Georges Andreytchine, des L. W. d'Amérique, qui avait « capitulé » en nous disant, le visage bouleversé : « Je suis un lâche ». (Dans quelle prison d'U.R.S.S. est-il aujourd'hui, Georges Andreytchine ?) Quand survint la révolution espagnole, Nin adressa au C.C. une nouvelle épître bien extraordinaire — sommation de le laisser partir ou de l'enfermer — et risqua gros. Il fut fortement question de le deporter dans quelque Sibérie. On préféra finalement l'expulser. Il se trouva sur le pavé de Bilbao, avec sa femme, ses gosses et sans un sou.

En Espagne, Andrés Nin se jeta dans l'action. Bienôt cofré, naturellement. Libéré, puis cofré de nouveau plusieurs fois. Il dirigeait la presse de l'opposition communiste de gauche, trotskiste, traduisait des livres, écrivait des tracts, se penchait dans les réunions, vivait de peu, refusant les courtoises avances et de tactiques, de Léon Davidovitch Trotski, auquel le fait pour-tant une vieille et solide amitié. Il se rapprocha de Joaquín Maurín et c'est de la fusion de leur deux groupements que naquit, en 1935, le Parti Ouvrier d'Unité Marxiste. En 1933, la poche de la République, où montait Pélole du señor Lerroux et de Gil Robles, avait tenté contre Nin un assez mauvais coup. Arrêté à Barcelone, emmené à destination inconnue, il arriva, en ne sachant trop pourquoi, dans une prison d'Algésiras. Les événements le sauvèrent.

Ministre ou plutôt conseiller à la Justice dans le cabinet Tarradellas, forcé un lendemain de la victoire ouvrière du 19 juillet 1936, Andrés Nin s'était efforcé de pousser ce gouvernement dans la voie des conquêtes révolutionnaires et, pour sa part, avait procédé à la réforme la plus radicale qui se puisse concevoir de l'appareil de la justice. Il a été le créateur des nouveaux tribunaux populaires.

Il n'a que quarante-cinq ans, mais déjà plus de vingt années de vie militante. Depuis six ans, il risque, tranquillement, tous les jours, avec un optimisme sain — quoique non naïf (diffusion),

22-0212 58

TEMOIGNAGES SUR LE STALINISME

Je le sais bien — sa vie et sa liberté. Ses discours et ses écrits révèlent une pensée révolutionnaire active et clarvoyante. Sa vie tout entière est un droit chemin.

Le 16 juin 1937, deux jours avant la date prévue pour le Congrès du P.O.U.M., Andrés Nin est arrêté. C'est une arrestation isolée et ce n'est que plus tard que nous avons compris pourquoi les agents, venus pour arrêter tout le G.J.E. du P.O.U.M. étaient si peu « exigeants ». Les staliniens ont mieux compris que personne ce que la perte de Nin signifiait pour le P.O.U.M. Nin n'a pas seulement osé dire la vérité sur le rôle du stalinisme dans la révolution espagnole et dans le mouvement révolutionnaire international ; il a commis le crime impardonnable d'opposer à Staline en Espagne un parti, sans doute pas très grand, mais qui en raison de sa solidité idéologique se développait de plus en plus. Nin, le chef de ce parti, le vieux « rétrograd » de l'P.C., devait disparaître. Olga Nin a vu son mari le 16 juin dans l'après-midi à la Préfecture de police de Barcelone. Quand elle revint une heure plus tard, pour lui apporter à manger et des couvertures, il ne s'y trouvait plus et personne ne put la renseigner sur ce qu'il est devenu.

La presse stalinienne, à ce sujet, n'a vraiment pas manqué de cynisme. Voyons les faits :

Quelques jours après son arrestation, la Jarnescu « Agence Espagne » puis tous les journaux staliniens de la Péninsule et pour le P.O.U.M. Il s'agit d'un plan de Madrid trouvé chez un fasciste du nom de Golfin, et au verso duquel est écrit à l'encre, d'un certain N. considéré comme un agent actif en territoire républicain. Les journaux en question faussent entendue que l'infamie désigne Andrés Nin.

L'enquête, faite par la première délégation internationale, se composent de Fernand Broekx, secrétaire de l'Indépendant Labor Part, de Lonzou et de Charles Wolf. Apporte une conclusion selon laquelle le document a été volé (nous supposons bien par qui) au chef de police et la partie écrite à l'encre synthétique ajoutée ensuite.

Pour se renseigner davantage sur le sort de Nin, les enquêteurs sus-mentionnés se sont rendus à Valence où ils ont pu s'entretenir avec plusieurs membres du Gouvernement. M. Frigo fait alors la déclaration suivante qui se réfère non seulement à Nin mais aux autres membres du G.J.E. du P.O.U.M. :

« Je peux assurer qu'aucun des délégués n'a subi ni une égratignure ni un mauvais traitement, ni une pression quelconque autre que celle de sa propre conscience. »

Vers le 25 juillet, on prend connaissance avec simplicité au delà des frontières d'Espagne d'un discours de Federico Montseny, ancien ministre dans le Gouvernement Largo Caballero, dans

BOURREAU DE LA REVOLUTION ESPAGNOLE

lequel elle représentait la C.N.T. Elle dit textuellement : « Mais on finit par nous dire qu'on a trouvé dans Madrid les cadavres de Nin et de deux autres camarades ».

Devant l'émotion soulevée en Espagne et hors d'Espagne, le ministre de la Justice adresse aux journaux, le 29 juillet, une note énumérant les militants du G.J.E. du P.O.U.M. détenus dans les prisons officielles gouvernementales :

Le nom d'Andrés Nin n'y figure pas, quelques jours après, l'Agence « Espagne » constate la disparition de Nin... et conclut à son éviction ! Cela rappelle les légendes étonnantes sur Joaquín Meruán que les staliniens prétendent avoir vu bras dessus bras dessous avec Queipo de Llano à Séville !

L'ex-député communiste d'enquête on figurent en particulier James Maxton, président de l'Indépendant Labor Party, député aux Communes, et André Wolf Curtel, membre de la Commission Exécutive de la Fédération Socialiste (S.F.I.O.) de la Section pour l'Espagne le 19 août et en revint le 26. Elle rapporte :

- 1. La confirmation de la non-valeur du document N. d'Andrés Nin.
- 2. Un certain nombre de déclarations sur le sort d'Andrés Nin.

Indalecio Prieto, ministre de la Guerre, reconnaît que l'arrestation de Nin et des dirigeants du P.O.U.M. n'a pas été décidée par le Gouvernement.

M. Frigo, ministre de la Justice, affirme que « Nin n'a jamais été dans une prison du Gouvernement ». Il a disparu dans une maison particulière qui n'était pas une prison.

M. Zengazoga, ministre de l'Intérieur, assure que la disparition de Nin s'est produite entre la volonté du Gouvernement.

L'ODYSSÉE DE NIN

D'un certain nombre de renseignements fournis soit par la 2<sup>e</sup> délégation, soit par des anarchistes espagnols, soit par des camarades du P.O.U.M. emprisonnés, il ressort que Nin, avant de disparaître, a été transporté de prison en prison — toutes privées, toutes du G.P.C.T.

Venant de Barcelone, il fut d'abord enfermé dans le bâtiment de la brigade spéciale, Paseo de la Castellana à Valence, puis à la Teneka de Mochca à Madrid, ensuite, toujours à Madrid, à la Tencha du Pardo. Enfin, il fut conduit dans sa villa isolée de Alcala de Henares, où l'on perdit sa trace.

On connaît les noms de trois policiers (Barrallo, Valentin et Proume) qui ont arrêté Nin. D'après les camarades de la C.N.T. de l'établissement de la Brigade internationale serait un commandant russe

Le chef de la Section, Ortega, soupçonné de complicité et qui ne put en tout cas retrouver Nin, fut destitué. Mais on le remplaça par un staliniens nommé Marón, qui, une fois l'inspecteur découvert, fit relâcher les policiers arrêtés sur l'ordre du Jefe Directivo.

TEMOIGNAGES SUR LE STALINISME  
Qu'est devenu André NIN

A cette question, on ne peut répondre que par des hypothèses. Deux choses toutefois semblent établies :

La première, c'est que cet acte de l'erreur soviétique est signé de la main du stalinisme ; l'implication des attaques communistes contre le P.O.U.M. dans les mois qui précèdent, l'origine des accusations d'espionnage, le passage des prisonniers dans les eaux du G.P.U., les assassinats ou disparitions d'autres camarades révolutionnaires (Bertrand, Rauber, Erwin Wolf, Marie Reijn, Kurt Landau), enfin les aveux plus ou moins voilés des ministères aux membres de la 2<sup>e</sup> délégation, tout accuse les hommes de la III<sup>e</sup> Internationale.

La deuxième, c'est que Nin ne sera pas retrouvé. S'il apparaissait, il aurait trop de choses à dire, et on sait bien qu'il ne se laisserait point.

Dans la période qui s'étend du mois d'août 1936 (premier procès de Moscou) aux journées que nous vivons, période qui voit la suppression de tous les anciens bolchevistes, de tous ceux qui ont participé à la Révolution d'Octobre ou à l'édification de la III<sup>e</sup> Internationale, un militant comme Nin, témoin et acteur des luttes de jadis, ayant vécu des années à Moscou, possédant un renom international, ne peut pas avoir été épargné.

La « villa isolée » d'Alcala de Henares est proche d'un aérodrome soviétique. Nin n'aurait-il été amené là pour être interrogé par des officiers russes qui s'y trouvaient ? A-t-il été enlevé et emporté en Russie ? A-t-il été assassiné sur place ? Nul ne le sait. André Nin était de ceux qui forcent l'estime par la pureté de leur vie, par tout un ensemble de qualités humaines et intellectuelles. Il est une des plus grandes victimes de cette tyrannie nouvelle qui a nom stalinisme.

A mesure que les yeux s'ouvrent, que les illusions tombent, les dirigeants de la III<sup>e</sup> Internationale dégénérée sont obligés de avoir recours à des procédés de plus en plus violents, de plus en plus cyniques, de plus en plus odieux, pour maintenir leur domination et se débarrasser de ceux qui les gênent.

Mais il vient un moment où le sang crie justice et où se produisent des retournements d'opinion qui paralyseront la main des assassins. Lentement, mais sûrement un tel mouvement est en train de se produire. Venant au milieu d'une série d'atrocités, le mouvement de Nin et de tant d'autres révolutionnaires a soulevé un immense mouvement d'indignation en Espagne et dans le monde entier. La mort de Nin sera négligée à ceux qui l'ont perpétrée.

LE CAS LANDAU

Le 23 septembre, Kurt Landau fut arrêté par deux soi-disants agents de police, accompagnés d'un garde. Bientôt nous apprimes que cette fois aussi il ne s'agissait pas d'une arrestation, mais

BOURREAU DE LA REVOLUTION ESPAGNOLE 33

d'un enlèvement. Les camarades du groupe « Der Funke » à Paris écrivirent à ce sujet :

« Jeudi, le 23 septembre 1937, Kurt Landau, connu sous le pseudonyme de Wolf Bertram, a été enlevé d'une petite maison dans les environs de Barcelone. Des circonstances de sa disparition, il ressort qu'il ne peut s'agir que d'un enlèvement par des agents stalinistes. C'est ainsi que Nin, Marie Reijn, Wolf et beaucoup d'autres avaient disparu. A leur sujet, ni la police officielle, ni le gouvernement ne pouvaient donner aucun renseignement. Depuis des mois, les stalinistes accusent Wolf Bertram d'être le « chef d'une bande de terroristes », l'agent de liaison entre la Gestapo et le P.O.U.M. L'accusation d'être un agent de la Gestapo, en regard de son passé révolutionnaire et de son activité jusque dans l'infaillible immédiat, apparaît comme une invention déshonorable.

Wolf Bertram, en tant que secrétaire du groupe communiste « Der Funke », a dû fuir l'Allemagne en mars 1933 devant les agents de la Gestapo. De son groupe « Der Funke » tous les adhérents antérieurs à 1933, à l'exception de Bertram, de sa femme et d'un seul autre camarade, ont été arrêtés, torturés et jetés dans des prisons de réclusion et des camps de concentration. Et c'est contre Bertram, poursuivi lui-même par la Gestapo, que les stalinistes lancent l'accusation d'être un agent de la Gestapo !

La haine des stalinistes concerne le théoricien communiste d'opposition. Elle concerne l'auteur de la brochure de décembre 1936 « Espagne 1935, Allemagne 1918 » où déjà il dénonçait que l'écrasement des travailleurs révolutionnaires par les stalinistes en Espagne — auquel ils ont contribué depuis — était une conséquence inévitable de leur politique.

Leur haine concerne un homme qui a consacré exclusivement sa vie au mouvement révolutionnaire, depuis 1921 dans les rangs du Parti communiste autrichien, membre de la rédaction du « Hote Fabne » de Vienne et de la Section de propagande et d'agitation du C.A., du P.C.A., et qui, dès 1923, s'est solidairement avec Trotski dans sa lutte contre Staline.

L'hostilité des stalinistes reçut un nouvel aliment quand, en 1930, il forma avec Alfred Rosner et Trotski le bureau de l'opposition Communiste Internationale de Genève. Elle ne diminua pas quand, en 1935, se séparant de Trotski à cause de divergences sur des questions d'organisation, et quand, en 1933, il se dressa énergiquement contre Trotski au sujet de la fondation de la IV<sup>e</sup> Internationale.

La haine des stalinistes le poursuivait constamment, justement à cause de son activité internationale qui, en Autriche comme en Allemagne, comme dans l'émigration, comme en Espagne, s'appuyait sur des fondements du marxisme pour combattre la politique stalinienne.

Dans l'émigration, il traita dans de multiples conférences et

TEMOIGNAGES SUR LE STALINISME

articles les problèmes du mouvement ouvrier international. En novembre 1936, il partit pour l'Espagne et se mit aux côtés du P.O.U.M. pour offrir ses forces à la Révolution espagnole.

Incapable de se mesurer avec leurs adversaires sur le plan politique et par peur de voir déveiler leur politique criminelle, les dirigeants actuels de l'Internationale Communiste remplacent les discussions par le meurtre et la terreur !

L'enlèvement

Le 9 octobre, la camarade C. D. passe devant le tribunal et fait la déclaration suivante :

« J'ai logé dans mon appartement, à Barcelone, un nommé Kurt Landau, de nationalité autrichienne, écrivain marxiste connu.

Le 21 septembre, vers 7 heures du soir, venaient deux agents de police, accompagnés d'un garde d'assaut pour arrêter Kurt Landau. Aucune perquisition ne fut faite, mais le détenu fut emmené rapidement.

Les recherches faites au commissariat général de l'ordre public aussi bien que dans toutes les prisons officielles n'ont donné aucun résultat. Depuis son arrestation, on ne sait plus où Kurt Landau a été emmené ni où il se trouve actuellement. Même le délégué général de l'ordre public, Paulino Gomez, dit à ceux qui s'intéressent à la disparition de Kurt Landau qu'il n'a pu avoir aucun renseignement de Valance en réponse à son intervention.

Tous ces faits permettent de supposer que Kurt Landau a été arrêté sous les yeux des autorités responsables sans qu'on en ait fait part au délégué général de l'ordre public. Est-ce que les agents travaillaient pour leur propre compte ? Obéissaient-ils aux ordres de leur supérieur, c'est-à-dire le chef de police, M. Barillo ? Ou a-t-on emmené Kurt Landau après l'avoir arrêté ? Qu'est-il devenu ?

Supposant que les faits mentionnés précèdent les défaits suivants : enlèvement illégal, privation de liberté, peut-être assassinat, la soussignée en fait part aux autorités.

Elle prie le tribunal d'en prendre acte et d'ouvrir l'instruction dans le but de savoir ce qu'est devenu Kurt Landau et de punir les coupables. »

C. D.

Neus donnons maintenant la parole à Katia Landau :

« Quand on m'eut dit que Kurt Landau était arrêté par deux agents et un garde d'assaut, je crus d'abord à une arrestation normale. Plus tard, quand moi-même je fus emmenée au Paseo San Juan 104, siège du G.P.U., j'ai compris que le G.P.U. avait pu procéder « légalement », disposant de l'appareil de l'état disposant par-dessus le marché d'un certain nombre de gardes disant « spécialement éligibles » (spécialement choisis), comme ils disaient, parmi les membres, les plus fidèles des Jeunesses Communistes.

BOURREAU DE LA REVOLUTION ESPAGNOLE

« Personne ne sait où et pour qui nous travaillons. Et quand notre service est terminé, nous n'avons rien vu, rien entendu. Oh, c'est de l'obéissance aveugle, si vous voulez, mais c'est juste ce qui convient à un militant convaincu », me disaient-ils. Oui, je les ai entendus, ces jeunes « idéalistes », qui, pour quelques centanes de pesetas de plus par mois, se précitent à tout et nous ont assez écoutées avec leur « orgueil » de militants de « premier choix ». Il n'y a pas le moindre doute sur ceux qui ont arrêté Kurt Landau. Nous savons aussi que la maison était déjà surveillée quelques jours avant par un couple, un homme et une jeune femme blonde, en apparence des étrangers. La description de la femme nous laisse soupçonner qu'il s'agit de S. K., agent du G.P.U. à Barcelone. On a d'ailleurs choisi le moment où Kurt Landau était seul à la maison. Les témoins disent qu'on lui donna à peine 3 à 5 minutes pour changer de vêtements et déjà la voiture, une Rolls Royce, grande et élégante, avait disparu en direction de Barcelone. Depuis, aucune piste, aucune nouvelle.

De quoi les staliniens accusaient-ils Kurt Landau ? Je ne cite que les accusations essentielles répétées dans tous les interrogatoires des camarades étrangers, membres du P.O.U.M. L'accusation la plus grave, à laquelle ils donnaient la plus grande importance, c'était que Kurt Landau avait été membre du Comité Exécutif du P.O.U.M. Inutile de dire que c'était une invention pure et simple parce que le C.E. du P.O.U.M. ne comprenait que des camarades espagnols. Ensuite la presse stalinienne internationale faisait de lui le « chef théorique » du P.O.U.M. (numéro spécial de l'Internationale) du mois de septembre 1937. Dans les interrogatoires du camarade P., on accusait Kurt Landau d'avoir créé le « groupe allemand du P.O.U.M. », véritable organisation terroriste pour préparer les événements de nuit. Des lettres politiques furent transformées en documents prouvant la participation d'actes de terreur non seulement contre Staline, mais contre tous les chefs de la Troisième Internationale ! Les staliniens n'ont vraiment pas de chance ! Accuser de terrorisme un militant qui a toujours combattu le terrorisme individuel de toutes ses forces. Mais peut leur importe la vérité.

Un des plus ignobles agents du G.P.U., Moritz Drossler, alias von Renke a rédigé toute l'accusation à son intention. Lui et sa femme, Soppl Mcapahutz, ont fait arrêter un camarade, la soussignée, dans le but de savoir où Kurt Landau se trouvait. Si vous ne nous donnez pas son adresse, disaient-ils, vous ne sortirez jamais de la prison. C'est un ennemi du front populaire et de Staline. Des que nous saurons où il vit, nous nous le tuera.

La grève de la famine

L'enlèvement s'est fait le 23 septembre. Les camarades étrangers, les amis étrangers ont fait toutes les démarches et interventions nécessaires dans le cas d'une arrestation normale. Tout cela n'a donné aucun résultat. Et pour nous, emprisonnés depuis

des mois et des mois, sans interrogatoire, sans accusation formelle, se posait la question : « Est-ce que nous pouvons nous faire devant le fait qu'ils ont fait disparaître, hier, Andrés Nin, aujourd'hui Kurt Landau ; à qui le tour demain ? Est-ce que nous devons nous résigner devant des méthodes pareilles de gongolisme politique ? Il n'y a pas d'autre moyen de préservation politique que la grève de la faim, de tiens à dire que mes camarades ne se sont pas sollicités avec moi par pitié, mais par conviction politique, pour dire à haute voix que nous, bien que prisonniers confinés à l'Inachetle, nous ne pouvons et ne voulons pas nous taire. Nous avons parlé, et on nous a entendus. Et où nous avons voulu être entendus ; et on nous a entendus, partout où nos camarades travaillaient, les ouvriers comprenant le sens politique de notre grève de la faim.

Et M. Irujo, ministre de la Justice, « brave » catholique, comprenait aussi ; il comprenait que cette grève allait sécher, et que le dimanche 22 novembre devrait se solder par des centaines de prisonniers antifascistes pour protester vigoureusement contre les méthodes staliniennes. Alors fin à cette fâcheuse histoire contre que coûte et, si possible, à l'Inachetle, c'était l'intention de M. Irujo. C'est pour cela qu'il est venu personnellement, le 22 novembre, lui, le ministre, rendre visite à Kurt Landau. C'est pour cela qu'il a parlé des assassinats de Nin et de Landau. Il a parlé sans aucune preuve, pour mettre fin à la grève et pour donner une bonne grille aux staliniens qui se sont rendus extrêmement ridicules en accusant formellement d'être impliqués dans la disparition d'Andrés Nin, pour me punir d'avoir parlé d'une autre disparition.

Une semaine après la grève de la faim on m'a mis en liberté, m'a remis à nouveau. Arrestation classique, c'est-à-dire sans mandat d'arrêt, par la force brutale. Avec moi, la camarade E. H. était arrêtée aussi. Avant de monter dans la voiture, je voulais appeler quelqu'un pour en noter le numéro ; je n'aperçus qu'elle n'en avait point. Quelques jours avant, le 2 décembre, M. de Juan, directeur de la Santé m'avait dit : « Vous avez mathématiquement raison. Il y a eu des enlèvements, il y a eu des voitures sans numéro, mais je vous assure qu'il n'y en a plus ». Après moi, arrestation faite par le « Grupo de Informacion », M. Zargazon, ministre de l'Intérieur, en réponse à de multiples interventions en ma faveur, se déclara impuissant en face du G.P.U., secrétaire de son propre ministère.

Les bases de l'accusation

Si je m'étends sur ma deuxième arrestation, c'est pour donner un aperçu sur quel se basent les accusations d'espionnage, contre des venus en Espagne pour nous à juger ».

Nous arrivons enfin au Paseo San Juan 104, maison, du G.P.U.

de Barcelone. On entre tout de suite dans un bureau et le premier interrogatoire commence aussitôt, le seul d'ailleurs fait par un Espagnol. Celui-ci se réfère aux événements de mai et à ma participation à ces événements. Après, il me demande au moins trois fois si je suis juive. Devant son insistance, je lui demande pourquoi cela l'intéresse tant. Il me dit : « Pour nous c'est une question de race ». Je lui réponds que pour nous communistes et socialistes, la question de race ne se pose pas. Mais que cela me rappelle le langage des fascistes allemands. Il veut me faire croire que nous nous trouvons dans le ministère de l'Intérieur. Je demande à voir le ministre de l'Intérieur, qui, dit-il, m'a mis en liberté. Il y a une semaine. Il avoue alors que ce n'est pas le ministre, mais un « departamento » (une section), ce qui, d'après lui, est la même chose.

A six heures du soir, le directeur du « departamento », accompagné d'un étranger, arrive. Cet étranger s'enferme avec moi dans un bureau. Comme je me plains d'être arrêtée par force, sans mandat d'arrêt, il nous dit : « Vous sommes le ministère de l'Intérieur, nous arrêtons qui nous voulons et nous nous fions des mandats d'arrêt de la préfecture. Et faisant allusion à l'arrestation récente de Gaston Landrau, il dit : « Nous arrêtons — et sans mandat d'arrêt — des gens qui étaient libérés par l'intervention directe du gouvernement français. Nous travaillons indépendamment de tout ».

Il me dit que je ne suis pas détenue, mais retenue seulement parce que je connais beaucoup de monde. Et qu'ils attendent que je leur donne des renseignements précieux. Je déclare que personnellement je connais très peu de monde et que douze heures je ne suis pas disposée à donner des renseignements en « Grupo de Informacion ». Après cette déclaration, l'atmosphère change. Il me dit tout tranquillement que je ne sortirai jamais vivante de cette maison, qu'on me fusillera dans les huit jours. Je lui réponds qu'il est plus probable qu'ils me laisseront crever lentement. Comme il parle avec un accent autrichien, je lui pose quelques questions d'où il résulte que nous devons nous connaître du parti communiste autrichien. Je me rappelle enfin l'avoir vu, il y a dix ou douze ans, au siège de P.C.A., à Vienne, et je me rappelle enfin son nom, Leonold Kufesser.

Après une heure d'entretien, accompagnée par lui, par son secrétaire, un nommé Harry, petit voyou bourgeois, et par le directeur du « departamento » je monte au premier. On m'introduit dans un appartement de grand luxe, salon, chambre à coucher, cabinet de toilette, salle de bain. C'est l'appartement du directeur, je demande le même soir des renseignements sur les autres camarades. On me dit que tous vont bien, tous ont des lits, des couvertures. J'apprends plus tard que ces lits ont été laissés dans une chambre de débarras sans hamacs, sous couvertures pendant cinq jours, une autre dénommée *corrière-pendouse*, qui est d'ailleurs cordique, est restée dix jours et dix

mis sans lit, sans matelas, sans couvertures, sur une chaise. Elle est tombée gravement malade. De la cellule Vallmajer, par l'intervention du directeur de la prison, on l'a emmenée à l'hôpital. Au Pasco San Juan on l'a recueillie tranquillement morte. On ne disait souvent : « Si vous voulez recommencer la greve de la faim, allez-y. Oh ! ces idiots d'Espagnols ne savent pas travailler, nous nous vous laisserons crever tranquillement ». Dans toutes ces conversations, cet individu parlait avec le plus grand mépris des Espagnols, de ces imbéciles auxquels il faudrait donner des leçons. Les autres camarades interrogés par des étrangers n'ont rencontré la même chose. Ces aventuriers venus de tous les coins du monde se croyaient maîtres de l'Espagne.

Quand, au cours d'un interrogatoire, je parlais du chef de police, Paulino Romero ou du directeur de la Sécurité qui nous avaient reçus et donné des papiers d'identité provisoires, nous avons pris maintenant tout en mains :

Le jeudi 9 décembre 1937, deuxième jour de mon arrestation, Léopold Kulesar se précipite dans ma chambre à sept heures du matin, quelques feuilles de papier à la main. Il prend que ces quelques bouts de papier sont des plans, desines par moi, j'étais une espionne, mais qu'il ne s'attendait pas à trouver des preuves tellement éclatantes.

Comme je n'étais pas présente pendant la perquisition de l'appartement où j'habitais, je supposai qu'on y avait introduit après coup ces papiers, de véritables plans peut-être. Il ne s'agissait même pas de cela. La chambre où j'habitais avec E. H. pendant une semaine appartenait à un jeune dessinateur, au front à l'époque. Les soi-disants plans étaient des dessins faits par lui pour participer à un concours. Mais cela ne me servait à rien. Dès qu'il réussit clairement que je n'avais jamais vu ces feuilles, D'ailleurs vous avez fait de l'espionnage même dans la prison du chasseur aussi bien que M. Tassis, directeur général des prisons, trop indulgent parait-il. « Nous savons, me dit-il, que vous avez écrit des lettres illégales à votre ami, M., à Genève, rédacteur du « Journal des Nations ». — « Comment à mon ami M., je ne le connais point ». L'homme se met à rire : « Vous ne le connaissez pas ? C'est grotesque ! vous voulez nier que vous avez écrit avec lui pendant des années en ménage à trois ? Et les témoins ne mentent pas », me dit-il.

M. n'était connu de nous comme un stalinien 100 %. N'est-il plus aussi étiré à la ligne stalinienne qu'aujourd'hui ? Je ne le sais pas. De toute façon on l'avait mal choisi, étant donné que je ne le connaissais pas personnellement. Quand j'insiste pour qu'on Kulesar se dépouille les vils. Il dit que ce n'est pas moi mais

Kurt qui a entre-tenu cette correspondance avec M., type qui serait particulièrement suspect parce qu'il est directement connu par le gouvernement anglais en tant qu'agent de l'Intelligence Service ». Mais comme on ne peut pas trouver Kurt, on se contentera de moi, en faisant de moi la personne principale du futur procès d'espionnage militaire.

On insista de me transférer à la prison militaire, de faire le procès le plus vite possible, et de me fusiller dans les huit jours. Léopold Kulesar me dit textuellement : « Moi, je suis venu en mission spéciale pour le cas Landau. Ma mission historique est de donner les preuves que j'aurai vingt trotskistes, 18 sont des fascistes, des agents de Hitler et de France. Vous êtes peut-être un bon révolutionnaire subjectivement, mais vous êtes persuadé qu'une victoire de Franco sera plus favorable pour une réalisation de vos idées trotskistes que la victoire du Stal, même ».

De Kurt, il parlait avec une haine personnelle toute particulière. La phrase : « Je suis venu pour prendre une vengeance sanglante sur Landau » revenait à tout instant. « Si tu pouvais un jour entre mes mains, je te lui ferais payer cher ». Il ne m'a dit cela que quand j'étais dans la prison. Il voulait se venger. J'avais très souvent l'impression, en présence de cet homme, d'être placée devant un cas pathologique. Cet homme paraissait le plus savant de qu'il disait. Je me rappellerai toujours certaines phrases comme, par exemple : « Je suis un homme profondément religieux. Que votre sang retombe sur ma tête, je suis convaincu que vous êtes espionne, mais si je me trompe, tant pis. Moi, j'en prends la responsabilité ».

« Si Kurt, disait-il, s'était échappé de l'Espagne, tant était préparé déjà pour le dénoncer à la police française pour espionnage dans le Sud de la France en accord avec des éléments fascistes. Il méritait également d'autres camarades, qui figuraient dans ma correspondance, de les dénoncer à la police française pour leur rendre l'impossible le séjour en France.

On m'accusait, en premier lieu, d'avoir vendu des plans à la France, tandis que Kurt avait organisé les transports d'armes pour la P.A.A. et la P.O.T.M. On insistait surtout sur les visites chez le consul américain la veille de mon arrestation : on me reprochait d'avoir fait de l'espionnage avec l'ambassadeur américain à Paris. La preuve : mon passeport avait été prolongé pour cinq ans.

Parfois des Espagnols, des fonctionnaires du « 2<sup>e</sup> parti » comme Alfonso Martinez, assistaient aux interrogatoires. Après, ils venaient me voir pour se moquer de cet étranger qui ne me ferait jamais parler, dissidents.

Relâché sans procès

Le 18 décembre, on m'a transféré à la cellule Vallmajer 3<sup>e</sup> division semi-clandestine, dépendant directement et uniquement de moi.

parlemento ». Trois semaines avant ma libération, le chef actuel du « Département » vint me voir à la prison et me demanda : « Penses-tu réellement, Landau, pourqu'on t'as vu en 1927 ? » Cette question m'était posée par ce même senior Ordonez (socialiste qui se prononce ordévèlement pour la fusion de son parti avec le parti communiste) qui, le 9 décembre, avait signé mon soi-disant mandat d'arrêt (arrêté pour de graves soupçons de espionnage militaire). Je lui ai demandé qui avait autorisé Léopold Kulcsar à venir, comme il disait lui-même, en mission spéciale pour prendre une vengeance sanglante sur Landau. Malheureusement Ordonez ne m'a pas répondu.

Dans la nuit du 29 au 30 décembre 1938, à deux heures du matin, on ouvre brusquement ma cellule : « Corro, corre, en libertad ». (Courrez, courez, en liberté). On me donne à peine deux minutes pour m'habiller. Comme on m'a volé tout, jusqu'à la dernière chemise, je n'ai pas de valise à préparer. Quelle chance ! Avec F. H., on m'emmène à la calle Corcega 299, (la Police de l'espionnage). C'est l'expulsion alors ? Quand je refuse nettement plus sales et les plus ignobles ? « Est-ce qu'il y en a de plus ignobles que ceux de votre propre prison clandestine ? » On me répond pas sur cette question indécise.

On a alors recours au chantage moral. Si je refuse l'expulsion, avec le directeur de la maison, V. S., qui m'assure devant les autres camarades, en donnant sa parole d'honneur, que Kurt vil, prochainement, quand je le prie instamment de ne pas me tromper pour me faire partir, que je parlerai mais qu'il me dise la vérité, il dit : « Ce serait jouer honnêtement avec vous. Je ne me préoccuperai jamais à un rôle pareil ». Pour me donner plus de confiance, il me parle de son passé de militant et fait par ces la même façon que vous. Parlez tranquillement. Peut-être même une grande joie vous attend-elle déjà à Paris ».

Quelques mots encore sur Léopold Kulcsar (Muresch) qui est venu à Barcelone en tant que « juge d'instruction » pour le cas Landau. J'ai toujours un l'impression qu'il n'appartenait pas à la police, mais qu'il voulait faire carrière avec le cas Landau, pour lui, mais on l'a admis parce qu'il venait de très haut.

Lui et sa femme, Isce Kulcsar, ont été exclus du parti communiste autrichien en 1927, sous l'accusation d'être des mouchards de la police. Leur réputation morale dans le mouvement ouvrier est des plus déplorables. Tandis qu'elle est une entriste absolument sans scrupules, on reproche à Léopold Kulcsar le vol de l'argent du parti social-démocrate, parti auquel il a adhéré

*Jeune*

depuis son exclusion du parti communiste. Tous deux appartenant d'ailleurs au groupe « Nedregelman » de même que Marie Jean.

Quittant l'Autriche après l'insurrection de février 1934, ils se rendirent à Prague. Dernièrement Léopold Kulcsar a travaillé à l'ambassade espagnole de Prague comme chef de service de presse, comme il disait, mais en vérité comme attaché militaire. Non sans

Pour caractériser cette ambassade de Prague, nous citerons le cas suivant : La famille d'un camarade étranger membre du P.O.U.M., arrêté avec nous à Barcelone, s'adresse à l'ambassade pour demander une intervention en faveur de son fils. « Votre fils est un brave garçon, lui dit-on. Mais ses amis sont tous des agents de la Gestapo. Donnez-nous les noms de deux ou trois d'entre eux et votre fils sera relâché. Aujourd'hui même nous enverrons un télégramme à Barcelone pour empêcher le pire. »

Le 28 janvier 1938, Léopold Kulcsar est mort à Prague. M. Asua, ambassadeur espagnol à Prague, n'a pas manqué de faire des éloges chaleureux du défunt et de parler des grands mérites de L. K. dans la Révolution espagnole. « Le surmenage, dit-il, a accéléré la mort de ce brave. » En effet, L. K. s'est sacrifié en nous interrogeant des nuits entières ; il s'est surmené en inventant toujours des méthodes nouvelles de tortures physiques et morales. M. Asua sait estimer des mérites et des sacrifices pareils, mieux que personne, paraît-il.

Mais il pourrait peut-être nous dire qui a autorisé Léopold Kulcsar à aller en Espagne, qui lui a donné des pleins pouvoirs et qui lui a ouvert les portes hermétiquement fermées, en général, du Paseo San Juan.

Léopold Kulcsar est mort. Mais Isce Kulcsar vit & heureusement & et continue les bonnes traditions de la famille. Nous l'avons vue deux fois au Paseo San Juan, assistant aux interrogatoires. En ce moment, elle est à Paris, renouée avec un shiften, espagnol. Isce Kulcsar-Barra reprend ici le bruit que le gouvernement espagnol a commis une grave erreur en me relâchant, que je suis très menteuse et qu'on aurait dû me faire parler (avec les méthodes de Santa Ursula, n'est-ce pas Isce Kulcsar ?), parce qu'il paraît que je suis très bien où Kurt se trouve, c'est-à-dire à Rio de Janeiro !

Certes, on peut répandre les légendes du G.P.U. quand on y est directement intéressé, mais on devrait y mêler un peu plus de subtil et d'intelligence.

D'ailleurs Isce Kulcsar, comme Moritz Bressler et pas seul d'autres, démontrent leur dévouement à la cause de l'Espagne républicaine au cours des heures tragiques qu'elle vit actuellement en prenant leur café tranquillement au « Doña », à Paris.

Nous concluons par un rapport de la camarade E. H. dont on voulait faire un témoin à charge contre Kátia Landau.

*Bonne*

*Jeune*

Je fus arrêtée du 17 juin 1937 au 29 novembre 1937 et mise à la disposition du tribunal spécial d'espionnage de Madrid. Relâchée à la suite d'une intervention directe du Ministre de la Justice d'alors, Franco, le 8 décembre 1937, je fus arrêtée à nouveau, avec Katia, alors que j'allais rendre visite aux camarades femmes dans la prison. L'agent donna comme explication que Katia devait fournir des précisions sur un document délivré par son conseil ; moi, je n'étais certaine que pour la sécurité de Katia.

Arrivées à la maison où se trouvaient les bureaux du « departamento » on procéda à notre séparation immédiate et je fus enfermée dans des w-c. Dans cette cellule étroite, on mit avec moi un agent, vraie tête de bruto, qui me menaçait sans cesse de son revolver.

On m'annonça que j'étais arrêtée par ordre du Ministère de l'Intérieur. Je protestai immédiatement contre cette mesure prise sans mandat d'arrêt.

Je fus emmenée dans une mitichambre où je retrouvai le même agent qui nous avait arrêtées. Dans la conversation, il me dit :

« Il y a quinze jours que j'ai vu Landau dans un café à Paris ».

A l'heure du déjeuner, tous les agents quittèrent la maison ; jeus donc l'occasion d'échanger mes impressions avec Katia durant trois heures, malgré notre « isolement » le plus rigoureux. Eminentement ensuite au deuxième étage, je dus reconnaître que la maison contenait entre les barreaux, toute une prison. Pendant les cinq heures qu'il me fallut passer sur une chaise, surveillée par un agent de police, jeus l'occasion de voir un prisonnier avec des meubles et un autre enfermé dans une sorte d'armoire à porte double.

A 23 heures, je fus conduite dans un autre bâtiment de la maison où un étranger, Leopold Kulesar, qui devait m'interroger le lendemain, me regarda durant dix minutes. Puis il prit ma date de naissance et me demanda mon sac à main, déjà examiné, qu'il ne me rendit pas d'ailleurs. Il passa chaque feuille d'un carnet de papier à cigarettes au laboratoire pour les examiner. Il prendait, au sujet d'une feuille de papier à lettres, pour voir déceler, sans jamais de quartz, l'écriture à l'encre sympathique. Ainsi il prétendit qu'une simple clef de valise était celle d'un coffre-fort. Il mettait ainsi le comble à son imagination par cette déclaration sensationnelle : un collier de perles en cre de l'une valeur d'une centaine de francs était composé de vraies perles. Il ne tint pas compte de mon observation qu'on ne porte pas de frison dans un sac à main, prétendant que c'était justement une vieille pratique pour camoufler les valeurs. Il maintenait que cinq photos de mon mari représentaient cinq hommes différents. Tout à coup en Landau 1 & l'insulte apparut son secrétaire, dit Harry, qui commentait l'espagnol, alors que son chef figurait presque complètement.

A Paris, on m'emmena dans un appartement luxueux où l'on avait mis Katia sous le prétexte qu'elle devait m'identifier. En quittant la chambre, on me demanda si le cadre où demeurerait Katia ne me faisait pas réfléchir et lorsque je répondis « non », on me dit : « Eh bien, elle a tout avoué ». Après huit heures d'interrogatoire, je fus conduite dans une cellule. C'était une toute petite pièce remplie comme un bric-à-brac : lampes, tabourets, etc... Un sommier de métal sans matelas devait me servir de lit, un pupitre d'oreiller. Pas de couverture, des volets fermés hermétiquement. Pas d'électricité, pas d'eau, pas de lumière. A cette époque sévissait un grand froid. Grâce seulement à des massages permanents je pus empêcher mes jambes et mes mains de geler ; je ne pouvais pas me permettre de m'endormir toute la nuit. Les agents de police avaient l'ordre de ne nous voir les portes que pour aller aux w-c. Trois fois par jour, toutes les réclamations au sujet du savon ou des serviettes étaient repoussées, je ne pus alors me laver pendant dix jours.

Pendant des nuits on vint me chercher pour de courts interrogatoires et confrontations ; un jour le commissaire vint. Il m'apporta le mandat d'arrêt expédié par le même département en disant que j'avais été arrêtée sur des soupçons d'espionnage militaire. Il profita de cette visite pour bien constater l'état « partait » de mon logement.

Les confrontations avaient lieu avec des camarades mais aussi avec des personnes inconnues, parmi elles, Lise K., la femme de L. K.

Lorsque dix jours après on me rendit ma valise, je remarquai tout de suite qu'on y avait mis une boîte avec des films et des photos ; je protestai immédiatement.

Toutes les questions de l'interrogatoire concernèrent l'activité de Katia et la mienne durant notre brève liberté.

Comme je me gardais toujours de citer des noms de camarades, on m'accusait sans cesse de protéger des fascistes. Quand je parlais d'une visite chez le consul autrichien, le commissaire demandait une grande importance à cette entrevue et parlait d'un traité d'armes que Landau avait organisé avec le consul. Le point principal de l'interrogatoire portait sur la question suivante : « A quel personnage Katia Landau avait elle donné rendez-vous après sa sortie de l'hôpital ? » Cette question était répétée sur un ton monotone durant une demi-heure et le commissaire ayant perdu la voix, il passa la parole à son secrétaire qui continuait, en fin de questionnement en chœur.

On m'obligeait à rester debout pendant cette demi-heure devant le bureau. Bien que tout mouvement me fut défendu, je fus forcée de gémir non seulement, malgré un froid terrible. On répétait la question toujours sur le même rythme en battant la mesure avec un peigne sur la table.

Au cours de l'interrogatoire, on me montra des plans, des graphiques, etc., trouvés dans ma chambre ; c'étaient des dessins

Maurice 42

faits par un jeune dessinateur pour un concours officiel et rien de plus.

On m'avisa que je serais jugée dans les huit jours. Le commissaire pourtant se déclarait prêt à me sauver de la honte d'être fusillée comme fasciste, à condition que je nomme enfin les complices. Persuadé de mon innocence, il ne pouvait pas m'abandonner parce que je lui rendais cela impossible ! Il prétendait que toute ma correspondance (qui m'arrivait à la prison après être passée par la double censure de la famille et de la prison) était exploitée par des gens très suspects. Il désignait des amis anglais propriétaires d'hôtel dans une petite station balnéaire près de Barcelone (et correspondants du « New Chronicle ») comme des agents de l'Intelligence Service. Puisque j'avais vu chez eux, en mars de la même année, l'agent du G.P.U. Moritz Bressler (alias von Raab) avec sa femme Scypel Karpantz, tous deux employés du même « département », je les citai comme témoins.

Toujours la déclaration du commissaire se répétait d'après laquelle il n'avait aucun intérêt à poursuivre les camarades du P.O.U.M. ; mais seulement des fascistes et les chefs du complot, ce qui voulait dire : Landau et sa femme.

Le dernier interrogatoire se fit comme suit : le commissaire était seul, il me demanda sur un ton mystérieux de lui avouer maintenant tout. Il prétendit vouloir « profiter du temps d'absence de son secrétaire pour me donner une dernière occasion de me justifier, lui donnant la possibilité de me sauver. Il me donna même à espérer un voyage très prochain à Paris avec lui. Ensuite il m'annonça pour le lendemain un interrogatoire final et la présentation du procès-verbal pour la signature, mais ni l'un ni l'autre ne se produisit. Le 18-décembre, je fus transférée à la prison préventive, celle Vallanqor 5. Je fus mise dans une petite cellule où se trouvaient déjà trois femmes espagnoles. Il n'y avait ici aucune aération comme dans une cellule précédente. Trois jours avant mon relâchement apparut encore une fois Harry dans une cellule et il me présenta une photo inconnue. Comme je disais ne pas reconnaître cette figure, il insista : « C'est Landau ? » Dans la nuit du 29 au 30 janvier 1938, je fus informée, vers deux heures du matin, que j'étais relâchée.

LE CAS MARC REIN

Dans la nuit du 9 au 10 avril 1937, le journaliste Marc Rein a disparu de l'Hôtel Continental de Barcelone où il vivait. Marc Rein était membre des Jeunesses Socialistes Françaises. Politiquement il n'était pas adversaire direct du stalinisme. Il défendait le Front Populaire et collaborait en France avec les staliniens. Son père, malgré ses efforts déployés pour le retrouver et même avec l'aide des autorités espagnoles, n'y est pas parvenu.

Marc Rein est le fils du socialiste russe Abramovitch. Ce dernier joue un grand rôle dans l'émigration. Il est membre de la rédaction du « Courrier Socialiste », bi mensuel, du parti socialiste de Russie, qui se trouve en relation avec des militants séjournant en Russie. On comprend l'intérêt que le G.P.U. portait aux personnes liées, ne fût-ce que par des liens de famille aux dirigeants du « Courrier Socialiste ».

Le séjour de Marc Rein à Barcelone n'était pas un secret pour le G.P.U. Ses agents ont probablement espéré ou bien tirer de Marc Rein des renseignements qui les intéressent ou bien de faire un chantage sur son père. Il n'est pas exclu qu'ils voulaient en tirer le nom d'un « vieux bolchevik » qui a publié, il y a un an, une longue lettre démasquant les crimes de Staline en U.R.S.S. Étant une possibilité séduisante pour le G.P.U. Marc Rein, non adhérent aux idées politiques de son père, devait la victime des manigances du G.P.U. Il fut enlevé de Barcelone et beaucoup de ceux qui connaissent les méthodes staliniennes croient qu'il a été emmené en Russie, soit pour le faire déposer contre son père ou bien en haut qu'échafaud.

Marc Rein a quitté son hôtel le 9 avril, sans mandat, sans chapeau. On ne l'a plus revu depuis. Une seule lettre est arrivée après sa disparition, adressée à son ami Nicolas Soudolevitch (arrêté depuis juillet 1937, sous l'accusation peu originale d'avoir voulu tuer Staline), lettre provenant de Madrid. L'échecure a été reconnue par Abramovitch comme étant celle de son fils, la date du 13 mai ayant été, sans doute, ajoutée par une main inconnue. Nous tenons à ajouter que Leopold Kulésar, l'individu qui est venu à Barcelone en « mission spéciale » pour le cas Landau, qui a fait arrêter, le 8 décembre 1937, les camarades Kalla Landau, T. H. et d'autres, sous l'inculpation d'espionnage militaire, appartenait, non seulement au parti socialiste autrichien, mais en même temps au groupe « Neutoginger » (Miles) dont faisait partie Marc Rein. Comment exclure la possibilité que la femme de Leopold Kulésar, Hse Kulésar, depuis octobre 1938 en Espagne, pourrait spécialement nous renseigner sur la disparition de Marc Rein ?

L'AFFAIRE ERWIN WOLF

Erwin Wolf, citoyen tchécoslovaque, vint à Barcelone à la fin du mois de mai 1937 en tant que correspondant d'un journal anglais « Spanish News », journal défendant le front populaire. Tout de suite après son arrivée, il se présenta aux autorités espagnoles et fit son adhésion à l'organisation officielle des journalistes étrangers à Barcelone.

Le 27 juillet 1937, vers le soir, Erwin Wolf fut arrêté pour la première fois. Avec un autre journaliste, il fut emmené à la Puerta del Angel 24, c'est là ou P. et K. Th. l'ont vu pour la

*facile à reconnaître*  
*février*

171751

TEMOIGNAGES SUR LE STALINISME

derrière fois. Le lendemain, Wolf fut mis en liberté. Il est extrêmement intéressant de noter que tandis que la presse espagnole n'a rien publié sur l'arrestation de Wolf et de l'autre journaliste, le journal fasciste italien « Corriere della Sera » du 29 juillet publiant la note suivante : « La police secrète d'Etat espagnole a procédé, le 27 juillet 1937, à l'arrestation des journalistes Erwin Wolf et R. St. On les a emmenés à la Puerta del Angel 24, pour ouvrir l'instruction sur leur activité politique ».

L'arrestation de ces deux journalistes n'était connue que de quelques « milites ». Une preuve de plus que les fascistes italiens ont bien placé leurs agents au sein même du G.P.U.

Après sa mise en liberté, Wolf retourne à son domicile habituel. Apprenant que son journal cesse de paraître, il se décide à quitter l'Espagne. Il n'a aucun difficulté pour obtenir son visa de sortie. Le jour de son départ, son ami Tioli le prie, par téléphone, de passer chez lui pour chercher le courrier. Wolf promet à sa femme de ne pas tarder plus d'une heure. Une heure plus tard, il avoua sa femme qu'il viendra un peu plus tard.

Depuis ce jour, Wolf et Tioli ont disparu. La Chambre des Tioli, à l'hôtel Victoria, fut surveillée par la police pendant des semaines, et on arriva tous ceux qui le demandèrent.

La femme de Wolf, norvégienne, fille du député socialiste, choisit le jour de son départ en Norvège, cherche son mari dans toutes les prisons de Barcelone. On lui conseille enfin de s'en aller le plus vite possible pour ne pas partager le sort de son mari. Ce n'est que grâce à l'intervention énergique du consul norvégien qu'elle échappa à l'arrestation au moment de partir.

La sœur de Wolf intervient auprès de l'ambassade espagnole à Prague, en faveur de son frère. Le 10 octobre 1937, elle reçoit la réponse suivante :

*Mémoires Espagnoles*  
Prague

« Madame,

J'ai l'honneur de vous communiquer que, d'après un renseignement officiel de la Dirección General de Seguridad, dont nous fait part le Ministère de l'Intérieur, votre frère, Erwin Wolf, s'est trouvé en prison, arrêté pour activité subversive. Il fut mis en liberté le 13 septembre 1937.

« Le Secrétaire de l'Ambassade Espagnole  
à Prague. »

On ose alors prétendre que Wolf est arrêté pour « activité subversive ». Nous savons très bien pourquoi Wolf a été arrêté et pourquoi le G.P.U. l'a fait disparaître. Wolf a été secrétaire particulier de Trotski et il semble que cela se doive payer cher. En février 1937, le « Martin » publiait une note disant que Wolf et Antonov Ovsienko ont été fusillés en U.R.S.S. Cela con-

BOURREAU DE LA REVOLUTION ESPAGNOLE

firmerait la supposition que Wolf a également été enlevé et conduit en U.R.S.S.

En même temps, l'aveug de Wolf a reçu officiellement la nouvelle que Wolf se trouve dans une prison d'Etat en Espagne, à la disposition des tribunaux. On ne lui a pas permis de voir son client et pour cause !

LE CAS MOULIN

Hans Freund, connu sous le nom Moulin, était un des membres les plus actifs du groupe trotskiste espagnol. Rongé par le mandat, il finit ses études à Genève. Immédiatement après le 19 juillet 36, il part pour l'Espagne pour se mettre à la disposition du mouvement révolutionnaire espagnol.

En août, il travaille politiquement à Madrid. Il va comme journaliste au front de Guadarrama où le staluten Galan menaco de le fusiller pour son travail de propagande parmi les miliciens. Depuis le mois de décembre 1936, il est à Barcelone, travaillant de toutes ses forces. A Barcelone, le G.P.U. ne l'a pas perdu de vue. Le Polonais Mink, agent du G.P.U., est chargé spécialement de sa surveillance.

Après les journées de nuit, Moulin peut se cacher dans un faubourg de Barcelone. Ce n'est que le 2 août 1937 que des « inconnus » l'arrestent dans cette ville. Depuis, aucune nouvelle.

Moulin était trotskiste convaincu, défenseur passionné de la IV<sup>e</sup> Internationale. Malgré les divergences politiques qui les séparaient, les camarades du P.O.U.V. l'ont toujours estimé comme un révolutionnaire pur et dévoué.

LES AGENTS DU G.P.U.

A QUI NOUS AVONS EU AFFAIRE

Les véritables dirigeants du G.P.U. en Espagne, sont quelques vieux agents du G.P.U. russe. Des spécialistes. La grande masse d'agents sont des stalutens de toutes les sections de P.C., des Allemands, des Polonais, des Italiens, des Hongrois, des Autrichiens, des Français, etc. La plupart d'entre eux sont venus en Espagne après le 19 juillet 36. Au lieu d'aller au front, ils ont préféré se cacher dans l'appareil du G.P.U.

Le vrai chef du G.P.U., l'homme de liaisons entre le G.P.U. et les autorités espagnoles est un Russe ; il est grand, fort, avec des cheveux noirs, un nez plat de boquer. Il parle allemand mais avec un fort accent russe. Il interroge exclusivement dans des cas intéressants ; parfois il bat les prisonniers, mais en général il en donne plutôt l'ordre.

Un autre, Georg Sabejer, alias Szala Kindermann, a été longtemps chef du service étranger du G.P.U. (Departamento Special

25-2730-22

48 TEMOIGNAGES SUR LE STALINISME

de Informaciones del Estado). Lui aussi a battu sauvagement les prisonniers.

Grande est déjà la réputation de Moritz Bressler, alias von Rank. Ancien commissaire politique du Battalion Thachenmann, il le quitta bientôt pour travailler d'abord à la Puerta del Angel 24, puis tard au Paseo San Juan. Son amie, Seppel Kupfanz, travaille actuellement dans l'appareil du G.P.U.

Pritz, alias Karl Arndt, Allemand, alias Karl Meives, aux cheveux blancs, yeux bleus, grand, sportif, agent de G.P.U. et membre du P.S.T.A., comme tous les autres.

Alfred Herz, Travailleur comme moucheard et agent provocateur. Travaillant en même temps avec la police des étrangers de la casse Crovege 299, il renseigne le G.P.U. sur tous les départs des étrangers, ce qui explique les arrestations inattendues au moment du départ.

Anton : berlinois, âgé de 45 à 50 ans. Taille moyenne, figure rouge, nez gros et large.

Hans : petit, très blond, âgé de 30 à 33 ans, lunettes à travailler autrefois comme responsable du P.C.A. dans le territoire de la Ruhr. Travaille dans le G.P.U. de Barcelone et de Valence.

X) Gerhardt : Yougoslave. Parle bien le français.

Benjamin : Polonais, petit, cheveux noirs, raie au milieu, pâle, nez pointu, très nerveux, parle mal l'allemand.

Harry : Hongrois, taille moyenne, cheveux bruns ; les inclives supérieures lui manquent. Âgé, 26 à 28 ans. Parle allemand, français, anglais, espagnol.

Franz Feldmann : travaille sous le nom de Perry, Hongrois, âgé de 40 à 45 ans, chauve. Parle quatre à cinq langues.

A l'exception des noms de Feldmann, Herz, Kindermann, von Rank et Kulesa, les autres noms sont, en général, des pseudonymes.

X) Arthur Doublon

instructeur dans Bague à l'œuvre de Rousson  
voir Paul Bastien p. 237

Institut für Zeitgeschichte

29-2730-32

# THE CLASH

THIS PEOPLE

by  
ARTURO BAREA

*translated from the Spanish*  
by  
ILSA BAREA

FABER AND FABER LTD  
24 Russell Square  
London

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

|                             |           |
|-----------------------------|-----------|
| Institut für Zeitgeschichte |           |
| ARCHIV                      |           |
| Nr. 4658171                 | Best.     |
| Rep.                        | dat. 1/15 |

029

25-2130 -30

## IX. FACE TO FACE

There was no war, nothing but blue hills, the moon-sickle of a wide, shallow beach, and blue water. The cart track along-side the coast was carpeted with deep, loose sand. Where the ground became firm and the sea-shells rare, small wooden shacks, half boarding-houses and half taverns, had sprung up; for in peace time San Juan de la Playa had been a holiday resort. A mile further on was the village where Father Lobo's parents and his ailing sister lived a quiet life which drew its warmth from the sons and brothers somewhere at work in the war. For the mother, all life centred in her son the priest.

They had sent us to their friend Juan, the owner of one of the shacks and the most famous cook of rice-dishes between Alicante and Valencia. He let me have a small room open to the sea wind and gave me the run of his house and kitchen. I learnt how to make *paella* from him. Isa arranged with Juan to give lessons to his two girls, which permitted us to live very cheaply. We had little money left. Secretly I always suspected Juan of hoping that I was a hunted aristocrat in disguise, for despite his lukewarm Republicanism he hankered after the splendour of "quality" to grace his table and give his masterly *paellas* their due.

The November days were hot, still, and sunny on the coast of Alicante. In the afternoons, when the water began to chill, we let ourselves dry in the warm sand and watched the tide recede in gentle ripples. Sometimes I laid lines, but I never caught any fish. When the slow dusk crept up from the sea, we—and the village children—walked along the line of froth left by the lapping water, to hunt the minute crabs which betray their presence only by the tiniest of coddles in the wet, sleeked sand.

I began to sleep at night. By day, Juan let me work in his dining-room or in his vine-bower facing the sea. Few people came past, and the only other boarder was out, working in an aircraft factory in Alicante. I began to think out a book I wanted to write, my first book, primitive stories of primitive people at war, such as I had woven into my radio talks. But first I had to repair the small, battered little typewriter which Señor Delmer had thrown away as scrap-metal after he had learnt how to type on it. I had asked him whether he could let me have it, and he had roared with laughter at the idea that it could still be used. Now it was our only wealth, but it did not

yet work. I hated having to write by hand; it was too slow to catch up with my thoughts.

On the scrubbed deal table, I dismantled the typewriter, spread out its thousand-and-one pieces, cleaned them one by one, and put them together without hurry. It was good work. I seemed to hear my Uncle José saying:

"When I was twenty I started writing. At that time only rich people had the steel ribs you use. The rest of us had quills, and before learning how to write I had to learn how to cut and trim quills with a penknife. But they were too fine for my fingers, so I made myself a thick pen out of a cane."

I, too, had to make myself a pen before writing my first book, and though mine was a far more complicated pen than Uncle José's, I, too, was only about to learn how to write.

In those first days I was happy sitting in the sun, wrapped in the light, scent, and sound of the sea, reconstructing and healing a complicated mechanism (how I love machinery!), my brain confined within the maze of fragile bolts and screws, and the vision of a book, my first book, gaining shape at the back of my mind.

In a silvery night filled with the song of crickets and frogs I heard the heavy drone of planes coming near and warning, and coming near again. There were no more than three dull thuds, the last of which shook our flimsy house. The next day we heard that one of the bombs dropped by the Caprons—I had seen one of them glinting in the light of the moon like a silver moth—had fallen in Alicante, in the middle of a cross-road, laying flat half a dozen mud-built houses and killing a dozen poor workers who lived there. The second bomb had fallen in a barren field. The third had fallen in the garden of an old man. It had destroyed his tomato crop and killed nothing but a frog. It made me angry to hear the hefty aircraft mechanic laugh at the idea of the dead frog. The wounded garden caught hold of me. I could not conceive that a wound to any living thing was a matter of indifference. The whole war was there in the trees and plants torn by a bomb, in the frog killed by blast. This was the first story I wrote on the cured typewriter.

In the fourth week of our stay in San Juan de la Playa, I was woken by a loud knock at our door; I opened, had a glimpse of Juan's scared face, and then two men brushed past him and filled the door frame: "Police. Here are our papers. Is this lady an Austrian called Lisa Kulcsar? Yes? Will you please dress and come outside." It was before sunrise and the sea was leaden. We looked at each other, said nothing, and dressed in haste. Outside, the two police agents asked Lisa: "Have you a husband in Barcelona?"

25-2830-34

that they would have liked to keep us in Valencia for investigation; but when I asked whether we were detained or free, I received the answer: "Free—only we've to keep you under observation since they want you so urgently."

In the small hours of the morning we left Valencia in another car. The agent who had taken us past the Albufera said good-bye and regretted that he was not sent on with us: he had considered it almost a holiday. But when I was seated, I noticed that our small attacké case was now here to be seen, although I had asked for it and been told that it was waiting for us in the car. I went back to the office, I asked the drivers, but everybody disclaimed any knowledge. The case contained my manuscripts and most of the papers which documented our work in Madrid, as far as they were left to us. This meant that we had lost our most important weapon, which we might need bitterly in Barcelona, now the seat of the Government offices, of new bureaucrats who knew nothing of us, and of our old adversaries.

When the car stopped at the Barcelona headquarters of the S.I.M., it was so early that the chiefs had not yet arrived. Nobody knew what to do with us. For safety's sake, we were taken to still another anteroom with an apathetic guard at the door. Isa was certain that things would clear up quickly. I did not know what to think. Were we, or were we not arrested? We spent our time discussing the building, too small to be a palace, too big to be the house of a wealthy bourgeois, with showy tiles in the courtyard and deep-piled carpets in the corridors, old braziers and modern coloured-glass windows showing a coat-of-arms.

A man entered brusquely. Isa rose and cried: "Poldi!" He whipped off his hat, threw me a somnure glance and kissed Isa's hand in an exaggeratedly ceremonious and courtly gesture. She said a few sharp-words in German and he drew back, almost veiling in astonishment. Later she told me that she had asked him: "Why did you have me arrested?" and that this accusation had stunned him.

Only then did she introduce us to each other, in French, saying no more than the names. I nodded. He bowed from the hips, a theatrical bow. We did not shake hands or speak.

Her legal husband: deep-set, brown-ringed eyes stared at me, feverish and intense. He had a wide, broad, powerfully domed forehead, made still higher by his incipient baldness; his head sat well on strong shoulders, he was slim, slightly younger and slightly shorter than I. Good-looking in his way. His jaws rigidly clamped on an embittered mouth whose upper lip had a smeared outline. His thinning hair looked dead. He took stock of me as I took stock of him.

Then he turned to her and sat down by her side on the velvet-

covered bench. The guard had saluted him and disappeared. The three of us were alone. While the other two started to talk in German I went to the window and looked down into the courtyard, through a yellow, then through a blue, and finally through a red pane. The sunlit walls and the shadows under the arches assumed with each colour new, unexpected depths and perspectives. For a few minutes I thought of nothing at all.

It was difficult for my Spanish mind to assimilate and to gauge the situation. This man had never been real to me before. Isa was my wife. But now he, her legal husband, was in the room, talking to her, and I had to keep my nerves quiet. How was he going to act, why had he come to Spain, why had he tracked us down through the S.I.M., why did the guard salute him so respectfully?

Both were talking in anger, though their voices were still low. Sharp question, sharp answer: they were disagreeing.

The wall opposite threw the warmth of the sun back into my face. The chill which had weighed me down melted away and left nothing behind but a great weariness, the fatigue of a sleepless night and of a twenty-four-hours' journey—God, what a journey! The room was heavy and drowsy with curtains, rugs, and caprices. I had no share in their unintelligible talk. What I needed was coffee, cognac, and a bed.

Had that man come to claim his wife and take her away? I had the stubble of two days on my chin and felt my skin sticking to my bones in tiredness and tautness. I must have had a villainous face.

What will you do if he tries to take her away?—The question is whether she wants to go, and she doesn't. Yes, but he is her legal husband, he is a foreigner who can claim the help of the Spanish authorities in taking his wife away; they might refuse her a further stay in Spain—and what then?—We would protest.—To whom, and on what legal grounds? I had not been able to protect her from persecution even in Madrid.

I tried to argue it out in an articulate dialogue with myself. But then their voices were no longer sharp. She was dominating him, convincing him with that warm voice which was so soothing after the icy edge it had before. At this hour the sun would already have warmed the sea on the beach of San Juan. To dip into the shallow water and then sleep in the sand!

Isa rose and came towards me: "We'll go now."

"Where?"

"To Poldi's hotel. I'll explain later."

The guards saluted when we left the building. Isa walked between him and me. Again, he started to speak in German, but she cut him

short: "We'll speak French now, won't we?" We made the rest of the way in silence. The hotel hall was full of chattering people, among them half a dozen journalists we knew. I was very conscious of my state of squander. Poldi took us up to his room and told Issa where to find his washing and shaving things; he did not speak directly to me. A huge blue trunk stood in the middle of the room, and he showed it off to Issa, opening drawers and compartments and pulling out the rod with the clothes hangers. It was all very complicated and did not work well. When he left us alone, Issa said in a motherly tone, which angered me:

"The poor boy, it's always the same with him. Any silly new luxury gadget makes him as happy as a child with a new toy."

I told her gruffly that I was not interested in imitation trunks, and showered questions on her. While we were washing and brushing, she explained. He was in Barcelona on some official mission or other, not yet understood by her; but he had also come to take her away from Spain, forcibly, if she was not willing to go. The reason was that he had heard not only rumours of the political campaign against her, but also stories about me which made him anxious for her fate; that I was a confirmed drunkard, with a litter of illegitimate children, and that I was dragging her down into the gutter with me. He had indeed intended to use his legal standing as her husband to take her away against her will—just as I had imagined—not under the illusion that she would resume her married life with him, but so as to save her and give her the chance of recuperating in sane, peaceful surroundings. The mode of our detention in San Juan de la Playa was due to the fact that he had been unable to get our address in Madrid (an odd thing, as several people had it, both officially and privately) and thus been driven to enlist the help of radio and police; and the S.I.M. policemen seemed only to have acted according to their lights. Apparently he had dropped his original plans after seeing her calm, self-possessed, clear-eyed, and happier than he had ever known her, in spite of the obvious difficulties. Now he wanted to discuss things with me and to help us. She ended triumphantly: "Here you are, with all your nightmares! I told you he would never play me a dirty trick."

I was not yet convinced; I knew the force of possessive instincts too well. But when the three of us sat together at lunch and I saw more of the man, I began to change my mind. Issa was so perfectly natural in her behaviour to him, so friendly and unselfconscious, that he lost the demonstrative arrogance towards me, against which I would have had no defence since he had every right to protect his own pride as best he could. I saw him twisted and straightforward at the same time. A small incident broke the ice between us. We had no cigarettes

and tobacco was almost unobtainable in Barcelona. Poldi demanded a packet of cigarettes from the waiter, in an imperious tone which drew nothing but a smile and shrug from the man. It was the over-bearing accent of a young boy who does not know how to give orders and tips, and is afraid that the waiter might see through his varnish of worldliness. I intervened, chatted with the man, and in the end we had cigarettes, good food, and good wine. This impressed Poldi beyond measure, so much that I could guess at his adolescent dreams and his difficult youth; he said wisely: "You seem to have a knack which I never possessed." I realized how much his lordly manner was a flimsy armour to cover an inner insecurity and lack of poise.

Yet now that he had accepted me as a man, he was simple and dignified in talking to me about Issa. She was the most important human being in the world to him, but he knew, finally, that he had lost her, at least for this period of his life. He did not want to lose her altogether. She would have her cake and eat it, he said: she would have her life with me, as I seemed to be able to make her happy, and she would keep his devotion and friendship. And if I were to hurt her, I would still have to reckon with him.

Poldi said he would try to arrange a divorce, but it would be extremely difficult for the time being. They were married according to Austrian law, and both fugitives from Fascist Austria. In the meantime, he understood that neither of us was doing any practical work in the war, mainly because we had mismanaged all our official relations. We had been crazy to have done important propaganda work in Madrid, without making sure of the appropriate trappings and emoluments. He had known Issa to be a romantic, but he was sorry to find me, too, a romantic. She would have to leave Spain until the campaign against her had died down; though only a few persons were behind it, our bureaucratic quarrels had isolated us and brought us into bad odour. He would help us to get all the necessary papers, both of us, since she would not leave me, and we would find useful work to do outside Spain. In fact, Issa was much needed there and he was willing to accept her valuation of me. He realized that he had done us harm by unwittingly entangling us with the S.I.M., which considered everything grisly that came to its mill; but he would remove any trace of ambiguity in our situation and recover the papers taken from us.

He tried to do all this the same afternoon. Back at the S.I.M. headquarters Poldi again donned the ostentatious behaviour which I had noted and disliked. He was nervous and excited, as though he would soon slide into the depths of depression. He asked one of the S.I.M. chiefs to give us papers to show that the department had nothing

against us, even though it had brought us forcibly to Barcelona; but the pallid young man gave him no more than a promise. However, he telephoned an urgent order to Valerina to send on our suitcase with its contents intact, without attempting to gloss over the fact that it had been silently confiscated. Without a paper to show why we were in Barcelona, we would have found no billet; therefore the S.I.M. man said he would send an agent along with us to the Ritz and we would be given a room. He would prefer us to stay there so they would know where to find us. The offer was an order; it demonstrated that, despite Poldi's explanations, the man intended his department to have a thorough look at us, since we had accidentally been brought to their notice. So we went to the Ritz, only recently thrown open to the public, with the red, thick carpets and meticulous ceremony of peace-time but scant food and scanty lightings, and were given a room opening out into the garden. We had not even tooth-brushes with us.

The rest of my day was a jumble of conversations and silences, of waiting and walking alongside the others like a puppet on a string. When we closed the door of our room behind us that night, we were too exhausted to talk or think, although we knew that we had been pushed on to the threshold of a new stage in our life. This man had said that I was to leave Spain, to desert from our war, so as to be able to work again. It sounded crazy and wrong. But I would have to think it out, later, when things would have resumed their firm shape.

I was too tired to sleep. The balcony door was wide open and a pale bluish light filled the alien room. My ears laboured to identify a faint, distant purr, and decided that it was the sea. A cock crowed somewhere in the night and was answered by others, near and strident, distant and ghostly. Their chain of challenge and counter-challenge seemed unending.

There followed ten unreal days while Poldi was in Barcelona and his presence dominated our time-table. He spoke to me, he took Lisa for walks while I wondered at my absence of any conventional resentment or jealousy; he arranged meetings with this or that official, diplomat, or politician, he dragged us along to the S.I.M. headquarters to demand our safe-conducts. The suitcase had arrived, but we were still without a paper justifying our arrival in Barcelona. I tried to find my way through his mind, and my own; I tried to find firm ground under my feet so that I would be able to stay on and work with my own people; and I had again to fight my body and nerves whenever the sirens went or a motor-cycle engine spluttered in the street.

While Poldi discussed international affairs he fascinated me by his knowledge and vision. He was convinced that closely knit, revolutionary, Socialist organizations were the only forces able to fight international Fascism wherever they met it, and that the most important battlefield of that war was still the German working class, even while the most important battle was being fought on the Spanish front. He was throwing all his energies into his work as secretary to Jiménez de Asúa, the Spanish Minister in Prague, and his friends risked their lives crossing the frontier to give warning of new bombs and shells being produced in German factories for intervention in Spain. Yet serving the Spanish Republic was only part of the greater war and preparation for the bigger battle to come, the battle in which England and France would be ranged by the side of Soviet Russia in spite of their murderous and suicidal game of non-intervention. He told Lisa bluntly that in his opinion she had deserted from the main fighting line by submerging herself altogether in the Spanish war and dropping all her work for Austrian and German Socialism. He agreed that she was right in making no effort to mobilize one of her Socialist friends, such as Julius Deutsch or Pietro Nenni, when the political campaign against her became dangerous, because the shabby intrigue might have been magnified into an issue between Socialists and Communists by people inveterately opposed to the collaboration between the two groups, in the necessity of which both Lisa and he believed.

I listened and marvelled; I remembered that he had shown me the revolver he had been prepared to use against me, had he found it necessary to save Lisa in this way. And then he agreed that she should throw away her life rather than do an imagined harm to a political principle? The two talked so easily, they used the same language, the same abbreviations of thought, the same associations and quotations; I saw them attuned in everything which touched their social and political ideas, while I was left outside, almost hostile to their analytical logic.

Yet there was an evening when Lisa and Poldi argued on the aim of their Socialism. When she professed her belief in the human individual as the final value, he exclaimed: "I've always felt that our philosophy clashes—you know, this means that we are spiritually divorced." It sounded so high-falutin' to me that I made a silly joke; but then I saw that it had hit him very deeply, and I felt it within myself. In spite of our different logic and language of the mind, I met her where a gulf was between her and Poldi: It was the same as when he said to me: "She is difficult to understand, isn't she?" and I denied it, astonished. It had hit him and made him jealous as no physical

25-2130-37

fact could have made him jealous. For he had wanted to dominate and possess her, and his hunger for power and possession had destroyed their marriage.

I thought about myself and I found that my life had made me hate power and possession too much to want anything but freedom and spontaneous union. It was here that we clashed, he and she, he and I. He had had much the same proletarian childhood as I, he had hated the world as it was and become a rebel as I. But his hatred of power and possession made him obsessed with it; he had never outgrown the hurts to his self-confidence.

I saw it with pity and aversion on the day when we finally received our safe-conducts from the S.I.M. I had passed an ugly hour. Ordoñez, the young Socialist intellectual who had become chief of the department, had played at interrogation, with an equivocal smile and the cruelty of a weakling; but in the end he had ordered his secretary to prepare the papers at once, and we had them in our hands, eager to go. Poldi was scanning a heap of papers connected with his official mission, material on the foreign leaders of the Catalan P.O.U.M. who had been arrested under the suspicion of an international conspiracy. He spoke to Ordoñez, magniloquently as he was wont to speak within that building, gave an order to one of the agents who stood around, and hurried himself in the papers again. The agent brought in a big, lumbering woman, and Poldi interrogated her in a tone which made Lisa move restlessly in her chair. I too recognized the tone: he heard himself speaking as the great, cold judge—a dangerous ambition. I was pleased that I could answer in the negative when Poldi asked me whether I had ever seen the woman in Madrid.

Then the electric light was cut off. Somebody lit a candle which threw yellow patches and immense shadows on the walls. The house quivered in its roots; a stick of bombs had fallen. I felt my fingers tremble and fought back the vomit which filled my mouth. Another agent brought in another female prisoner, a small woman with taut, bitter features and the wide, dark eyes of a hunted animal. She went up to Lisa: "You're Lisa—don't you remember me—twelve years ago in Vienna?" They shook hands, and I felt Lisa go rigid in her chair; but Poldi began to interrogate, the perfect prosecutor in a revolutionary tribunal, and it seemed shameless for us to stay on. I thought I heard how he made his voice ring in his own ears. He must have dreamt that scene; perhaps he had imagined it when he was imprisoned for his share in the great Austrian strike against the last war, an imaginative, uncertain, and ambitious boy. Now he did what he conceived to be his duty, and the terrible thing was that the power

over others gave him pleasure. In the yellow light his eyes were hollow like a skull's.

After we had left the building (and I thought that I never wanted to see it again) he spent a long time explaining to Lisa why he could no longer consider that woman a Socialist. The details escaped me; I had sympathy neither for the P.O.U.M. nor for their persecution. Poldi might have been right. But however careful and convincing his argument, there was a streak of madness in him. There was in me, but mine was born from the fear and hatred of violence, while his seemed to push him towards a fantastic dream of power. This impression grew in me so much that I did not pay great attention to his plans for Lisa's and my work abroad. He had no sympathy with my manner of looking at the problems of our war; it seemed only sentimental to him. If he wanted to find work for me, it was as much because it gave him pleasure to have the power of helping me, as because he imagined me to be a good propagandist. But I had to find my own way.

Whenever Poldi took us along to his many conversations with young officials of the various Ministries, I tried to assess them. It struck me that most of them were ambitious young men of the upper middle classes who now declared themselves Communists, not as we had done in Madrid, because to us it meant the party of revolutionary workers, but because it meant joining the strongest group and having a share in its disciplined power. They had leapt over the step of humanist socialism; they were efficient and ruthless. They admired Soviet Russia for its power, not for its promise of a new society, and they chilled me to the bone. I tried to see where I might fit in, because it was torturing to know that nothing of what I had to give was exploited in the war. But the only thing I found to do for myself was to write the book of Madrid which I had planned. I was a croak. It was bitterly cold when Poldi left. He looked very ill and was suffering pain; he confessed to a serious stomach complaint rendered worse by his way of living, the late nights, the irregular food, the black coffee and the cognac which he used in the way I knew so well, to whip up his energies. Before going, he spoke again of Lisa to me: she now looked as she had looked before he had twisted her gaiety and simplicity, and he was glad of it. We would be together often, the three of us, for "if it were not for Lisa, blast her, you and I would have been friends". I did not believe it, but it was good that he felt so. There was no poisoning bitterness between us.

I was left face to face with myself.

In those dark December days, the air raids on Barcelona multi-

25-270-38

plied, and in January 1938 they grew worse. The Government troops were attacking on the Aragon front, and Barcelona was the great supply centre. Italian planes had a short way to go from the Balearic Islands. They stopped their engines far out over the sea and glided down over the city, released their bombs, and fled. The first warning was the tremor of a distant bomb, then the electricity was cut off, and much later the sirens sounded. I was back in the clutches of my obsession. I could not stand the bedroom once I woke up. In the street, every confused noise shook me and brought the huminations of the vomit on me. First I stayed in the hotel hall, listening to the street, looking at the people. Then I discovered the bar in the basement, where I could chat with the waiters and sit under thick walls, and finally I found a small room which was wedged in behind the bar. It was in disuse, and the manager agreed to let me use it for working. There I put my typewriter, and there I worked days and nights, in a feverish excitement bordering on hysteria. When an air raid came I was down in the shelter anyhow and could hide from people; a small grating opening just above the pavement let me listen to the noises outside. I would have liked to sleep down there. I slept in snatches on the plush divan, twisting in nightmares from which I only recovered after drinking a glass of wine. I drank much and smoked much. I was afraid of going mad.

When I could work no longer because the words became blurred, I went out of my cubicle into the bar. There was a motley collection of Spanish officers and officials, of journalists, foreign and Spanish, of the Government's foreign guests and of international racketeers, with a sprinkling of wives and elegant tarts. The noise, the drinks, the discussions and the sight of people saved me from the deadly lethargy which fell on me as soon as I stopped working.

Sometimes, but rarely, I made myself go out and speak to people. I knew in some department of the war machine. I still hoped that I might be useful and cure myself within Spain. Yet men such as Frades who had worked with me in the November days of Madrid—how far away they were in this town of business and bureaucracy, where the heart of the fight had grown cold!—told me that it was all very sad, but the best thing for me was to publish a book and then see what happened. Rubio Hidalgo had gone to Paris as head of Agence Espagne, but it was Constanca de la Mora who had succeeded him in Barcelona, and I did not dream of speaking to her of my affairs. The great man in the Foreign Ministry was Señor Ureña who had certainly not forgotten my share on November the 7th; Alvarez del Vayo—whose wife showed great kindness to Lisa—was not yet back at the Foreign Ministry, and anyhow he was bound to

support others rather than me. I found no-one to whom I could speak honestly, as I did to Father Lobo.

The Government and the war machine were working as they had never worked before. There existed an Army now, and an efficient Administration: you need both to fight even a small-scale modern war. I believed the reorganization to have been necessary; and yet it had ruined the urge for freedom, the blundering efforts to build social life anew. My brain assented, and all my instincts rose against it.

I went into the shop to buy a beret. The owner told me, smiling, that his business was improving; the wives of government officials were again being encouraged to wear hats as a sign that the turbulent, proletarian times were over.

It was all true. Perhaps the men who did not want to give me work in their teams were right. The only hope for Spain, the new Spain, was to hold out until the non-Fascist powers were driven to sell us arms because we were their vanguard—or until they were themselves forced to fight the looming greater war. In all that there was no room for dreams. There was no time or place for the premature fraternity of Madrid. Here, in the Barcelona of 1938, I could not talk to any man in the street as to a friend and brother. They organized a Madrid exhibition with huge empty bomb-cases, with splinters and fuses of shells, with photographs of ruins, children's homes, and trenches. The faces of the murdered children of Getafe again looked down at me.

But Madrid was far away. Ternel had been stormed by our troops. Correspondents came back with stories of death in fire and ice. Our Norwegian friend Nini Haslund, organizer of international relief work, told of small girls cowering in a shelled convent and of old women weeping when they were given bread.

A feeling of inferiority was weighing me down. Our soldiers were dying in the snows of Ternel. We were destroying our own cities and men, because there was no other defence against the horror of life in Fascist bondage. And I ought to be there at the front—when I was not even capable of working in Barcelona where the bombs fell. I was a physical and mental creak, crouching in a cellar room instead of helping the children or the men.

I knew that I could not alter my physical defects, neither my game finger nor my heart trouble nor the scar in my lung tissue. I knew that I was not willing to kill. But I was an organizer and a propagandist, and I did no work as either. I might have been less self-righteous, more elastic in my dealings with the bureaucracy; after all, I had worked with it successfully in the service of patents whose

benefits went to the heavy industry I hated. Now, in the great clash, I had put my quibus and aversions above the work. I had driven myself out of my chosen post in the war, out of Madrid. But for my intransigence and cherished individualism, Isa and I might still be doing work which, to the best of my belief, we did better and more unselfishly than most of the others. Or would my shattered nerves have betrayed me in any case? Would the sour, bitter juice of my body—the cud of my warring thoughts—have filled my mouth so that I could not have spoken any longer as the voice of Madrid? Did I escape into an illness of the mind because I could not bear to be face to face with the things my eyes saw, and the others seemed able to overlook?

Slowly, in fits, I was finishing the book which included something of the Madrid I had seen. In the nights I listened to the corks chattering each other from the roof-tops. While Isa left me alone in our bedroom I felt exposed to all terrors, an outcast, and when she came I took shelter in her warmth. But I slept little. My brain made its weary round, a blind mule chained to the wheel of a well.

After a period of grappling with the war and the coming war, my thoughts always went back to myself. They no longer controlled the emotions which drove me; their net had become threadbare. I was afraid of the torture which precedes death, of pain, mutilation, living putrefaction and of the terror they would strike into my heart. I was afraid of the destruction and mutilation of others because it was a prolongation of my own terror and pain. An air raid would be all this, magnified by the crumbling walls, the rush of the blast, the image of one's own limbs being torn from one's living body. I cursed my faithful, graphic memory and my technically trained imagination, which showed me explosives, masonry, and human bodies in action and reaction, as in a slow-motion picture. To succumb to this terror of the mind would be stark madness. I was terrified of going mad.

It was a profound relief when the sirens went and the danger became real. I would make Isa get up and come with me to the basement. There we would sit with all the other guests in dressing-gowns and pyjamas, while anti-aircraft guns barked and the explosions rocked the house. A few times my mouth filled with vomit, but even so it was a relief, because all this was real. After a bombing I always fell asleep.

Then, in the morning, I would go down to the stale-smelling cubicle behind the bar and sit before my typewriter. For a short time, my brain would clear and I would think. Was it true that I had to leave Spain so as not to go mad, so as to be able to work again? I did

not believe in Poldi's plans and negotiations. Things would develop by themselves. As each concrete situation faced us we would have to come to a decision. In the meantime the foundations of the future edifice were here, firm and real and indestructible: my union with Isa. Poldi had seen it as Maria and Aurelia had seen it, as Father Lobo had accepted it. There at least was no problem. I held on to this one plain thing.

On the evening of January the 29th—a Saturday—the manager came down to the bar to find Isa: somebody wanted to speak to her in the hall. When she did not come back for a while, the waiter said: "The Police, I think," and I went after her. She was sitting with one of the S.I.M. agents, her face was grey, and she held out a telegram: "Poldi died suddenly Friday. Letter follows." Somebody's signature. The agent had come to make sure that it was no code. She explained the situation carefully to the man and answered his chatty remarks on the hotel and its international racketeers with grave friendliness. Then, holding herself very straight, she walked down the stair to the bar in front of me. Father Lobo was with us then; he had met Poldi, declared him a great and fundamentally good man, and yet seen why Isa did not belong to him. Now he was gentle with her.

For a whole night she sat in her bed and fought it out with herself. There was little I could do but stay with her. She held herself responsible for his death, because she thought that his way of living since she left him had destroyed his health. She thought that he had not taken care of himself just because she had left him, and because he had to strengthen his hold on life in some other way than through his feeling for her. So much she told me, but she did not speak much. It did not make it easier for her that she felt no remorse, only sorrow at having hurt him mortally and at the loss of a deep, lasting friendship. They had been married fourteen years and there had been many good things in their life together. But she knew that she had failed him because she had not loved him, and it anguished her. She paid her price.

At three o'clock in the morning there was a raid. The bombs fell very near. A few hours later she dropped off into an uneasy slumber; I dressed and went down into the basement. There the charwomen were still at their work, and I had to wait in the hall. A young Englishman—the Second Officer of an English vessel which had been sunk by Italian bombs, as the manager told me—was wandering up and down, up and down like an animal in a cage. He had the eyes of a scared animal, too, and his jaw hung loosely. He paced the hall in the opposite direction to mine and we stared at each other when our tracks crossed.

25-2130-40

That Sunday morning was brilliantly blue. Lisa had promised to act as interpreter for one of her English friends, Henry Brinton, during an interview with President Aguirre of the Basques. Now she came down, still very rigid and pale, drank the morning beverage—lime-blossom tea with no bread, for the food situation of Barcelona was growing worse from one day to the other—and left me alone. I had enough of staring at the nervous young Englishman and went down to my refuge. My collection of tales was finished, but I wanted to read it through and make corrections. I was going to call the book *Valor y Miedo, Courage and Fear*.

Half an hour later the streets sounded, together with the first explosions. I went quickly to the bar table; my stomach was rising, and the waiter gave me a glass of cognac. The young Englishman came down the stairs with trembling legs; at the last triangular landing he stopped and leant against the wall. I went to him. His teeth were chattering. I helped him to sit down on a step and brought him some cognac. Then he began to explain in a laborious mixture of French and English: bombs had fallen on the deck of his ship and he had seen his mates torn to shreds, a couple of days before. It had given him a shock—and he hiccupped convulsively.

A tremendous crash and roar shook the building, followed by the rumble of masonry knocking against the wall. Shriek screams from the kitchen. A second crash, rocking us and the house. The English officer and I drank the rest of the cognac. I saw my own hand tremble and his shake. The waiter who had run upstairs came back and said: "The house next door and the one behind us have been smashed. We'll make a hole through our kitchen wall, because there are people calling on the other side."

And Lisa was out in the streets. A herd of cooks in white overalls appeared in the corridor. The white was stained with the red of brick-dust. The tall white cap of the *chef de cuisine* was dented. He guided a few women and children in torn, tattered clothes covered with dust. They were weeping and shrieking; they had just been rescued through a hole in the basement wall. Their house had fallen down on them. Two others were still stuck in the rubble. A fat, elderly woman held her belly with her two hands, gave a scream and began to laugh in great guffaws. The officer of the English ship stared at her out of wide-open blue eyes. I felt that my control, too, was slipping; pushed the officer aside with my elbow and slapped the woman in the face. Her laughter stopped and she glared at me.

Slowly the rescued women and children disappeared into the passages. The Englishman had drunk a bottle of wine and was lying

across a table, snoring with a painfully contracted face. The waiter asked me: "And where is your wife?" I did not know. My ears were full of explosions. Out there, in the street, or dead. I was in a stupor. Through the small windows in the ceiling came the sound of firebells and a fine rain of plaster. It smelt of an old house being torn down.

Where is she? The question hammered on my brain, but I did not try to answer it. It was a murmur like the beating of the blood in my temples. Where is she?

She came down the stairs together with Brinton, and she looked years older than the day before. Upstairs in our room we found only one of our panes cracked, but the house on the far side of the hotel garden had disappeared. The garden was invaded by Venetian blinds twisting like snakes, by broken furniture and strips of wallpaper, and by a big tongue of spilt rubble. Lisa stared at it and then she broke down. She had been in the street during the bombing and it had not scared her; she had piloted Brinton through the interview with Aguirre, and there had been a flowering mimosa in the President's garden, and an anti-aircraft shell struck in the pavement of the street. But then the chauffeur had told her that the Ritz was hit or almost hit and in coming back, she had been seeing herself against the thing that waited for her. She had helped to kill Poldi. Now she thought that she had left me alone to be killed or to go mad. And I realized that I had thought her dead because of Poldi's death, without admitting it to myself.

That night the sound of pick and shovel, the shouts of rescue workers came into our room together with the crow of the cocks. I remember that an English delegation—John Strachey and Lord Listowel among them—arrived that evening and was taken to the heap of debris beside the hotel, where men still worked by the flare of hurricane lamps to rescue the buried. I seem to remember that the journalists spoke much about a public Mass. Father Lobo had said that Sunday morning, and that Nordahl Grieg—the Norwegian writer who was shot down in a British aircraft during a raid on Germany six years later—told me how rescue squads had hauled able-bodied revellers out of a night club where he had been drinking. But I do not remember anything about myself. The following days passed as in a fog. My book was finished. Lisa was alive. I was alive. It was clear that I had to leave my country if I was not to go mad altogether. Perhaps I was already mad; I wondered about it with a feeling of indifference.

Whatever was done in those weeks of February was done by Lisa and her friends. She finished the German translations of my stories

25-2730 - 41

and sold them to a Dutch tobacco racketeer and general agent, so as to pay our hotel bill. The Spanish manuscript of *Valor y Miedo* was, to my astonishment, accepted by *Publicaciones Antifascistas de Cataluña*. A German refugee—a girl who had been secretary to left-wing writers, had fled from the Nazi régime, starved in Spain, and was suffering from a nervous shock which made her a public menace in shelters—had obtained a visa to England only because Lisa had persuaded Henry Britton to help her, and the British Envoy in Barcelona to see the matter through; in her gratitude, the girl took my manuscript to publishers she knew, and I had to do nothing but sign a contract. It was good to know that something of me would survive.

As I was not fit for active service, I was granted a permit to leave the country; but it had to pass through complicated official channels. Julius Deutsch helped, Del Vayo helped, I do not know how many others helped to settle the countless formalities which had to be gone through before we obtained our passports and the exit visa. On the few occasions when I myself had no choice but to go out into the street, I thought of little except how not to vomit. When I came back to the hotel I went off into a doze or crumshed myself in an endless, pointless discussion with somebody down in the bar. But I do not think people in general noticed that I was fighting mental destruction. Dozens of times I told Lisa that it was hopeless to pit ourselves against the blind force of circumstance, and every time she told me that if only we wanted to, we would survive, because we had many things to do. When I felt beaten and went into a doze, she was desperately furious with me, and made the impossible possible. My weakness forced her out of her own private hell; it gave her so much to do that she almost forgot her fears for me. For she, too, was afraid that I was going mad, and she was not able to hide this fear from my sharpened eyes.

She had learnt by letters that Poldi had died from an incurable kidney disease which had already affected his brain and would have destroyed it, dreadfully, if he had lived on instead of dying quickly and mercifully; she learnt from her mother that he had come back from Barcelona quietened, almost happy, proud of her and friendly towards me, determined to rebuild his own life. This released her from her sense of responsibility for his death and left her with the abiding knowledge of the wound she had dealt him. She said that his death had ended her last lap of youth, because it had taught her that she was not stronger than everything else, as she had secretly believed. But now my illness drove her to tap her deepest reserves of strength. As she put it, she was working the miracle of Baron Munchausen:

306

pulling oneself out of the mire by one's own pigtail. But I saw most of it only through a haze of apathy.

There was one thing, however, a single thing, which I did alone. I procured the papers and took the steps necessary for our marriage. A week before we left Barcelona and Spain, we were married in due form by a caustic Catalan Judge who, instead of a sermon, said: "One of you is a widow, the other divorced. What could I say to you that you don't know? You are aware of what you are doing. Good luck."

When we went down the rickety stairs, I wondered that a mere formality could make my heart feel relieved, for nothing was altered. But it was right that we had no longer to fight for an acknowledgment of our life together. Out in the bright, empty street, the wind of early spring whipped my face.

## X. NO TRUCE

The clock of the Spanish church tower struck twelve—midnight—just as the customs official lifted his rubber stamp off his sticky inkpad. He pressed it on the open page of my passport, and the clock of the French church on the other side of the frontier tolled in answer. If we had reached La Junquera five minutes later, they might have turned us back, for my permit to leave Spain expired with February the second. I would have had to return to Barcelona and apply for a prolongation of the permit. But I would not have had the strength to do it. Rather go to hell and perdition in Barcelona. Our soldiers had lost Tervel again, they were being driven back through the icy fields. Why should I flee from an imagined madness?

Now the man was stamping Lisa's passport.

It was she who had found the car to take us out of the town: one of the cars of the British Embassy. No other vehicle had been available for days ahead. The last week had been racked by air raids and hunger. There was no bread in Barcelona, and no tobacco to assuage that nagging suction in one's stomach. The morning before we left we had passed the fish stalls of the *Rambla de las Flores* in our desperate search for cigarettes for me; there had been a single heap of little quayside fish spread out on one of the boards, with a slip of paper stuck on a wire saying: "Half-pound—30 pesetas." The monthly pay

307

# SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

DER PARTEIVORSTAND

25-2130-42

HANNOVER, 6. Dez. 1948.  
Odeonstraße 15/16 He/Bo  
Fernruf 24645 - 49

Herrn

R.Reventlow

10, rue Arago  
La Redoute

A l g e r  
-----

Lieber Genosse Reventlow !

Dank für Deinen Brief vom 24.November, der nach langer Zeit ein erstes Lebenszeichen wieder von Dir brachte. Deine Mitteilungen und Informationen waren sehr interessant. Ich habe sie auch den anderen Kollegen zur Kenntnis gegeben. Wegen der Exemplare des Neuen Vorwärts habe ich das Nötige bei Verlag und Redaktion veranlasst. Die Information über die Verhandlung gegen Thyssen interessiert uns sehr. Ich werde versuchen sie zu beschaffen.

Recht herzliche Grüsse in der üblichen Eile.

*Heine*  
(Fr.Heine)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

6. Jan. 1948.  
14/40

1. Revision

10. 1. 1948

-----

Herrn Genosse, bitte!

Ich bin Ihnen vom 21. November, ein  
nachdem ich Ihre letzte Mitteilung  
wieder von Ihrer Seite keine Mitteilung  
und Informationen wie kein Interesse.  
Ich habe die auch die von Kollegen zur  
Kenntnis gesetzt. Ich habe Kenntnis des  
Ihren Fortschritte habe für einige bei  
Verlag und Redaktion versagt. Die in-  
teressiert über die Verfahren gegen Thesen  
interessiert und kann, die werde versuchen  
sie zu beschaffen.

*[Handwritten signature]*

|                                       |             |
|---------------------------------------|-------------|
| Institut für Zeitgeschichte<br>ARCHIV |             |
| Abt. 8144/92                          | Bnd. 282130 |
| Rep.                                  | Kat.        |

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
DER PARTEIVORSTAND

HANNOVER 15. Juli 1949  
Udoonstraße 15/16 Pe/Hl.  
Fernruf 2 48 46-49

Herrn.

Reventlow

10, rue Arago

La Redoute

Alger

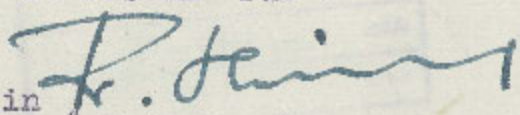
=====

Lieber Genosse Reventlow !

Schönen Dank für Deinen Brief vom 3.7.1949 mit den Zeitungsausschnitten. Kurt Schumacher ist zur Zeit wegen des Wahlkampfes sehr mit Arbeit überlastet und daher nicht in der Lage, den von Dir gewünschten Artikel zu schreiben. Ich füge als Anlage 2 Artikel bei, die hier kürzlich veröffentlicht wurden.

Mit bestem Gruß !

Dein

  
( Fr. Heine )

12. April 1992  
10-1

10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

Die hier beschriebenen Vorgänge sind  
aufgrund der Unvollständigkeit der  
Dokumente nicht vollständig  
darstellbar. Die hier beschriebenen  
Vorgänge sind auf Grund der  
Unvollständigkeit der  
Dokumente nicht vollständig  
darstellbar.

|                             |         |
|-----------------------------|---------|
| Institut für Zeitgeschichte |         |
| 1015                        |         |
| Akt. 8144/92                | 28 2130 |
| Rev.                        |         |

Alger, den 8. Februar 1949

25-2130-44

R. REVENTLOW  
10, rue Arago  
La Redoute  
ALGER

Gen. Fritz Heine

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

HANNOVER

Lieber Genosse Heine,

Ich nehme an, dass Du dir inzwischen die Nummer der SATURDAY REVIEW FOR LITERATURE mit dem Thyssen Interview und der Erklärung des Herausgebers des strittigen Buchs, beschaffen konntest.

In der Anlage findest Du die Kopie eines Briefes den ich auf diese Veröffentlichung hin an die Redaktion der SATURDAY REVIEW geschrieben habe. Ich hoffe, dass mein Standpunkt nicht allzusehr von dem Eurigen abweicht, obgleich ich die menschlichen Minderungsgründe die der Neue Vorwärts Thyssen zubilligt, keineswegs teile. Ich glaube, dass das Naziabenteuer zuviel Menschleben gekostet hat, um jemandem wie dem alten Thyssen Milderungsgründe teilhaftig werden zu lassen. In jeder Diktatur gibt es Konflikte. Aber das bedeutet nicht, dass der Opponent ein Gegner des Systems geworden sei - das Interview in der SATURDAY REVIEW beweist das übrigens recht eindeutig, trotzdem der alte Fuchs seine Worte nicht ohne Geschick auf die "besseren Kreise" jenseits der deutschen Grenze zu münzen versuchte.

In seiner Antwort vom 12. Januar schreibt mir der Chefredakteur der SATURDAY REVIEW u.a.

I found your remarks on Mr. Thyssen and on German industrialists in general extremely interesting. They added considerably to my own information and opinions.

In Deinem Brief vom 9. Dezember sagtest Du, dass Du das Nötige bei Verlag und Redaktion des Neuen Vorwärts veranlasst habest, damit man mir den N.W. zugehen liesse. Ich habe aber seither nichts erhalten.

Mit herzlichem Grusse

Dein

|                              |      |
|------------------------------|------|
| Institut für Sozialforschung |      |
| VIA                          |      |
| 25-2130-44                   | 1949 |
|                              |      |

Alfred, den 8. Februar 1949

52-2130 - 114

R. REVOLUTION  
10, rue Arago  
La Rochelle  
A. L. J. R.

Gen. Fritz Heine

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

HANNOVER

Lieber Genosse Heine,

Ich nehme an, dass Du dir inzwischen die Notiz mit der SATURDAY REVIEW FOR LITERATURE mit dem Thyssen Interview und der Erklärung des Herausgebers des stiftungsbuch.de beschaftigt hast.

In der Anlage findest Du die Kopie eines Briefes den ich auf die Veröffentlichung der Redaktion der SATURDAY REVIEW geschrieben habe. Ich hoffe, dass mein Standpunkt nicht missverständlich ist. Ich bin der Meinung, dass die menschlichen Minderheiten die die der neue Thyssen zuzurechnen sind, keineswegs Teile der Gruppe sind, die die Thyssen zuzurechnen sind. Ich bin der Meinung, dass die Thyssen zuzurechnen sind, keineswegs Teile der Gruppe sind, die die Thyssen zuzurechnen sind. Ich bin der Meinung, dass die Thyssen zuzurechnen sind, keineswegs Teile der Gruppe sind, die die Thyssen zuzurechnen sind.

In seiner Antwort vom 15. Januar schreibt mir der Co-Redakteur der SATURDAY REVIEW u.a.

I found your remark on Mr. Thyssen and on German industrialists in general extremely interesting. They seem considerably to my own information and opinion.

In Deinem Brief vom 9. Dezember hast Du das Kästgen für die Verlesung der neuen Verträge unterschrieben, damit man mir den N.W. zusehen kann. Ich habe aber bisher nichts erhalten.

Mit herzlichem Gruss

Dein

|                                       |            |
|---------------------------------------|------------|
| Institut für Zeitgeschichte<br>ARCHIV |            |
| Akz. 3144/52                          | St. 252130 |
| Rev.                                  | Kd.        |

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Gespräch mit Herrn Rolf Reventlow/München  
am 16.12.1969 im Institut für Zeitgeschichte

Zunächst einige Erläuterungen von Herrn Rolf Reventlow über die Dokumente, die er dem Projekt "Emigration" zur Verfügung stellt:

1.) Ein Brief von Giuseppe Saragat, derzeit Präsident der Italienischen Republik, aus Rom vom 12. August 1944. Er betrifft die Lage der damals neugegründeten sozialistischen Partei in Italien. Er spricht von dem Verlust, den die internationale Arbeiterbewegung durch den Tod Otto Bauers im Jahre 1938 erlitten hat und von dem damals irrtümlich gemeldeten Tod Leon Blums in Buchenwald.

Giuseppe Saragat habe ich 1929 in Wien anlässlich des Kongresses der Sozialistischen Jugend-Internationale kennengelernt. Ich war zu jener Zeit Mitglied des Exekutivkomitees dieser Internationale, und zwar im Auftrage der illegalen Organisation der Italienischen Sozialistischen Jugend. Saragat wurde mir als Verbindungsmann von dem früheren Abgeordneten Oddino Morgari in Paris angegeben. Seither ist unsere Verbindung nie ganz abgebrochen, war aber natürlich nach der Besetzung von ganz Frankreich durch die Hitler-Armee bis kurz vor dem Termin dieses Briefes nicht möglich.

2.) Zu dem Exemplar der Zeitschrift "Sozialistische Tribüne", hrsg. im Jahr 1936 in Brünn von dem österreichischen Ehepaar Leopold und Ilse Kulcsar:

Die Kulcsars hatten unmittelbar nach der Niederlage des Republikanischen Schutzbundes in Österreich (1934) eine illegale sozialistische Gruppe in Wien gegründet, deren Sitz in dem bekannten Wiener Hochhaus in der Herrengasse war. Diese Gruppe wurde jedoch irgendwie verraten. Die Kulcsars flüchteten nach Brünn, wo sie zwar nicht zum offiziellen Stab der österreichischen Sozialdemokratie in der Emigration gehörten, aber in

|                             |               |
|-----------------------------|---------------|
| Institut für Zeitgeschichte |               |
| ARCHIV                      |               |
| Akt. 8144/92                | Inst. 25 2130 |
| Rep.                        | Kol.          |

freundschaftlichen Beziehungen vor allem zu Otto Bauer und Julius Deutsch standen. Die Herausgabe dieser Zeitschrift erfolgte nicht mit Genehmigung des Zentrums der österreichischen Sozialdemokraten, aber unter wohlwollender Förderung von Otto Bauer. Es erschienen meiner Erinnerung nach vier oder fünf Hefte in vierteljährlichem Abstand. Verantwortlich zeichnete der tschechische Sozialdemokrat Dr. Max Rysánek, der später bei der Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler von der Gestapo erschossen wurde. An der Zeitschrift arbeiteten eine Reihe von Persönlichkeiten aus der sozialistischen Bewegung verschiedener Länder mit, u.a. der aus Österreich stammende sozialistische Schriftsteller Lucien Laurat, der derzeit noch in Paris lebt und vormals zum Apparat der Komintern in Moskau gehörte, ferner durch meine persönliche Vermittlung Luis Araquistáin, 1936 spanischer Botschafter in Paris, und ferner der Chefredakteur der deutschen sozialdemokratischen Tageszeitung in Polnisch-Oberschlesien/Kattowitz, die damals "Volksstimme" hieß. Dieser, Chefredakteur Kowoll, dessen Bericht in dem vorliegenden Heft nachzulesen ist, wurde später auf der Flucht vor den vorrückenden Nazitruppen in Sowjetrußland, dem Vernehmen nach in Kuibyschew, liquidiert.

Leopold Kulcsar trat nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges in den Dienst der spanischen Botschaft in Prag. Spanischer Botschafter war damals der bekannte Staatsrechtler Jiménez de Asúa, nachmalig Staatsrechtslehrer an der Universität von Buenos Aires. Kulcsar starb im Jahre 1938 ganz plötzlich infolge eines Gehirnschlages. Seine Frau ging bereits im Oktober 1936 nach Spanien, war dort im belagerten Madrid in der Zensurbehörde für die ausländische Presse und lernte dort den spanischen Schriftsteller Arturo Barea kennen, den sie später heiratete. Beide gingen vor Beendigung des Bürgerkriegs nach London.

Der Kreis um die Kulcsars, der sich viel mit langwierigen theoretischen politischen Diskussionen beschäftigte, erweiterte sich durch viele Besuche des früheren Chemnitzer SPD-Abgeordneten Karl Böchel, der im Anschluß an die Gründung der Gruppe der Revolutionären Sozialisten Österreichs angeregt

wurde, auch für die deutsche Emigration die Gründung einer ähnlichen Gruppe ins Auge zu fassen. Außerdem gehörte zu diesem Kreis auch der nachmalige deutsche Bundestagsabgeordnete Herbert Kriedemann, der sich zu jener Zeit aus Prag abgesetzt hatte, weil er den Eindruck hatte, die Gestapo verfolge seine Spuren, nachdem seine Frau in Deutschland verhaftet worden war.

Dieser Kreis wiederum war eng verbunden mit einem Diskussionsclub, den die Frau des österreichischen Sozialistenführers Otto Bauer, Dr. Helene Bauer, in Brünn begründet hatte und an dem deutsche, österreichische und tschechische Sozialdemokraten teilnahmen, wobei im wesentlichen theoretische Probleme sowie die Entwicklung Sowjetrußlands - gerade in jenen 30er Jahren - (Änderung der Sexualgesetzgebung, Gründung der jüdischen Kolonie in Birobidjan u.ä.) besprochen wurden.

Ich selbst kam von Schlesien, wo ich Redakteur der sozialdemokratischen "Volkswacht" für Schlesien war, (früherer Chefredakteur: Immanuel Birnbaum) und hatte mich im Jahr 1933 bis zum österreichischen Bürgerkrieg im Februar 1934 in Deutsch-Altenburg a.d. Donau, unweit von Hainburg a.d. Donau, aufgehalten. Während dieser Zeit stand ich in enger Fühlung mit den österreichischen Sozialdemokraten, insbesondere mit dem Sekretär der sozialdemokratischen Militärorganisation "Republikanischer Schutzbund", Karl Heinz, und dessen Vorsitzendem Julius Deutsch. Von den deutschen Sozialdemokraten traf ich in der Zeit meines Aufenthaltes in Österreich Waldemar von Knoeringen und einen sozialdemokratischen Journalisten aus Danzig namens Richard Teclaw. Wir sahen uns später teilweise in Brünn wieder, so auch Oskar Maria Graf, der damals in Wien und Brünn in engem Kontakt zu den emigrierten Sozialdemokraten stand.

Von Brünn fuhr ich im September 1936 - nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs - nach Spanien. Ich hatte bereits vorher Verbindungen nach dort angeknüpft, und zwar über einen jungen italienischen Sozialisten namens Fernando de Rosa, über den in meinem Buch "Spanien in diesem Jahrhundert" näheres erklärt wird. Meine Reise führte über die Schweiz

und Frankreich. Ich hatte damals einen tschechoslowakischen Emigrantenpass und bekam durch einen - als solchen nicht bekannten - Sozialdemokraten auf dem österreichischen Konsulat eine sogenannte Transitvisa-Marke, so daß ich unbenutzt durch das von Dollfuß regierte Österreich durchreisen konnte. Visa für die Schweiz und Frankreich bekam ich - was damals durchaus nicht selbstverständlich war - ohne weiteres ausgestellt. Allerdings hatte ich als Referenz beim französischen Konsulat den damaligen Vorsitzenden des französischen Gewerkschaftsbundes CGT Leon Jouhaux, mit dem ich über einen italienischen Freund, der bei den französischen Gewerkschaften die italienischen Gastarbeiter betreute, in Verbindung stand.

In Paris wurde ich zuerst von dem spanischen Botschafter, Luis Araquistáin, empfangen. Mit ihm führte ich bereits längere Zeit Korrespondenz. Araquistáin hatte zuvor in Madrid eine sehr interessante politische Zeitschrift mit dem Namen "Leviatán" herausgegeben, an der ich mehrmals mitgearbeitet hatte. Außerdem traf ich in Paris den mir seit längerer Zeit bekannten italienischen Politiker Pietro Nenni, der mir einige Ratschläge für Spanien gab und mir sagte, daß Julius Deutsch nunmehr auch aus Brünn nach Paris gekommen sei. Da dieser weder gut Spanisch noch Französisch oder Italienisch spreche, wäre es doch das Richtige, wenn wir zusammen nach Spanien fahren würden. Dies wurde dann auch in Paris vereinbart. Den Verlauf dieser Spanienreise bzw. meiner Tätigkeit im Spanischen Bürgerkrieg habe ich in meinem schon erwähnten Buch "Spanien in diesem Jahrhundert" kurz beschrieben. Mit der deutschen Emigration hatte ich in Spanien kaum Kontakt. Ich gehörte auch niemals den Internationalen Brigaden an. Da ich seit meiner Jugend Spanisch spreche und schreibe, war ich mit Julius Deutsch, den der damalige spanische Außenminister Alvarez del Vayo eingeladen hatte, nach Spanien gekommen. Wir traten also in die Dienste der spanischen Armee und kamen nur selten mit den Internationalen Brigaden zusammen; diese politisch völlig von der Komintern beherrschten Einheiten suchten eine rein

zweckbedingte, uns daher unsympathische Verbindung zu Julius Deutsch. Zu jener Zeit wünschte man in der Komintern eine Volksfront und hielt daher nach Sozialdemokraten jeglicher Provenienz dringend Ausschau, die zur Herstellung einer kleinen Volksfront, wo immer es sei, geeignet waren. Zu diesen Zielobjekten der kommunistischen Volksfrontpolitik gehörte auch der preußische Landtagsabgeordnete Erich Kuttner, der nach Holland geflohen war, und von den Internationalen Brigaden nach Spanien eingeladen wurde. Wir hatten persönlichen Kontakt zueinander. Seine Einstellung zum Volksfrontexperiment war skeptisch, seine Begeisterung für den Verteidigungskampf der Spanischen Republik umso stärker. Er wurde auch tatsächlich in der Schlacht von Brunete verwundet, ging dann nach Holland zurück und wurde später - wie Alfred Kantorowicz berichtet - in Holland von der Gestapo festgenommen und kam im KZ Mauthausen ums Leben. Außer diesen Personen traf ich in Spanien gelegentliche Besucher aus Deutschland - etwa Paul Hertz, einmal auch Erich Ollenhauer, der mit einer Delegation der Sozialistischen Jugend-Internationale kam, aber von dem Verband der Vereinigten Sozialistischen Jugend unter kommunistischer Führung derart abgeschirmt wurde, daß wir uns nur zufällig auf der Straße treffen konnten. Außerdem besuchte mich in Spanien zweimal Karl Frank, der unter dem Pseudonym "Miles" aus der Gruppe Neu Beginnen bekannt war. Er beschäftigte sich mit der politischen Struktur in der Republikanischen Zone, aber auch mit zahlreichen, meist auf kommunistische Denunziationen zurückgehenden Verhaftungen, die man rückgängig zu machen versuchte, wobei ich ihm helfen konnte. Eine kontinuierliche Beziehung zur deutschen Emigration hatte ich in dieser Zeit auch deshalb nicht, weil die Zensur für fremdsprachige Post in Händen lag, denen ich politisch nicht traute. Zu Anfang konnte ich über den spanischen Außenminister und Araquistáin in Paris Briefe mit dem diplomatischen Kurier in andere Länder schicken. Mit der Umbildung der spanischen Regierung entfiel dieser Weg. Durch meine Arbeit bei Julius Deutsch, der als General in die spanische Armee eingetreten war - bis kurz vor der Schlacht bei Teruel war ich sein Adjutant - kam ich mit

vielen Sozialdemokraten verschiedener Länder in Berührung, die ähnliche Anliegen hatten wie Karl Frank, so insbesondere mit dem Führer des Jüdischen Bundes in Polen, Erich Alter, der später auch einer Säuberung der Sowjets in Kuibyschew zum Opfer fiel. Alter setzte sich vor allem für jüdische Menschen aus Polen ein, die unter dem Sammelbegriff "Trotzkisten" verhaftet wurden. Gelegentlich konnten wir ihnen helfen. Ein anderer Fall war der von mir in meinem angegebenen Buch erwähnte Felix Ci-liens, ein lettischer Sozialdemokrat, der bis zu seinem Tode in Stockholm wohnte.

Enge Beziehungen hatte ich mehr zu den italienischen Sozialisten in Spanien, die als einzige nicht-kommunistische Gruppe innerhalb Spaniens politisch organisiert waren. Ihr Vertrauensmann war ein gewisser Massimo Masetti, bis 1968 Sekretär bei dem Gewerkschaftsverband CISL in Rom. Pietro Nenni, der oftmals nach Spanien kam und die Verwalter und Delegierten der belgischen Arbeiterorganisationen, die ein Krankenhaus für die republikanische Armee in der Ortschaft Onteniente in der Provinz Valencia aufgebaut hatten, traf ich oft. Im übrigen verlief mein Leben in Spanien in militärischen Bahnen, jedoch in unmittelbarer Fühlung mit der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der ich, einem ungeschriebenen Gesetz der Sozialistischen Internationale folgend, beigetreten war. Eine Zeitlang habe ich auch für diese Partei die internationale Abteilung des Militärsekretariats in Valencia geführt.

Am Ende des Spanischen Bürgerkriegs floh ich auf einem englischen Schiff, das ca. 3000 Flüchtlingen an Bord hatte, von Alicante nach Oran in Algerien. Dort wurden alle Flüchtlinge aus Spanien zunächst in großen improvisierten Lagern interniert. Lediglich meine Lebensgefährtin und jetzige Ehegattin konnte als geborene Französin diesem Schicksal entkommen. Für mich setzte sich dann in Paris der bereits zitierte Gewerkschaftsvorsitzende Léon Jouhaux ein, so daß ich kurze Zeit vor Kriegsausbruch freigelassen wurde und in einer Art Kommune spanischer Flüchtlinge, die von den französischen Sozialisten finanziell erhalten wurde, leben konnte.

Am 1. September 1939 wurde ich verhaftet, und zwar - wie ich später erfuhr - als deutscher Spion. Ein Konfident der fran-

zösischen Geheimpolizei, ein Deutscher, der über unerhört genaue Kenntnisse von deutschen Emigranten verfügte, hatte der Geheimpolizei das Märchen serviert, ich sei gar nicht der betreffende Reventlow. In Spanien sei so viel vorgekommen, und wahrscheinlich hätte ich diesen echten Reventlow umgebracht und mich seiner Papiere bemächtigt. Die Papiere waren tatsächlich nicht sonderlich legitimationsfähig. Sie bestanden aus einem spanischen Pass, da man mir die spanische Staatsbürgerschaft zugestanden hatte, der aber für die französische Polizei damals nicht unbedingt als Identitätsbeweis galt. Ich kam in das Gefängnis Oran, wo man mich mit einem linientreuen deutschen Kommunisten namens Danelius - offenbar aber nicht der SED-Sekretär aus Berlin - zusammen in eine Zelle sperrte. Es war die Zeit des deutsch-sowjetischen Freundschaftspaktes, welcher Umstand natürlich unsere Beziehungen nicht sonderlich förderte. Von dem Gefängnis kam ich nach vier Monaten in ein Lager im Inneren des Landes, von wo ich nach dem Waffenstillstand durch Offiziere des II. Büros (des französischen Geheimdienstes) freigelassen wurde. Diese sympathisierten offenbar mit den damaligen Gaullisten und wollten einen deutschen Flüchtling nicht der Gestapo ans Messer liefern. Bekanntlich war im deutsch-französischen Waffenstillstand vorgesehen, deutsche Emigranten auf Verlangen der deutschen Behörden auszuliefern.

Meine Frau hatte eine Stellung in Oran gefunden; dort blieb ich einige Monate, bis man mich zum nächsten Mal festnahm. Diesmal geschah es durch die Geheimpolizei, die sogenannte Service du Territoire, die offenbar eine andere politische Auffassung vertrat. Ich war nacheinander noch in mehreren Internierungslagern, in denen sowohl spanische Flüchtlinge als auch displaced persons verschiedener Herkunft interniert waren. Das letzte Lager war in dem Ort Djelfa, etwa 700 km südlich von Algier, wo sich unter polnischen und anderen Internierten eine sowjetfreundliche Gruppe bildete, die dann nach der Landung der Alliierten große Demonstrationen durchführte. Ich selbst bin von diesem Lager (sechs Monate nach der Landung der Alliierten) in den Dienst der britischen Armee getreten, bei der ich vorwiegend Dolmetscherdienste für spanische

Freiwillige leistete, und zwar bis 1943, dann wurde ich wegen Krankheit beurlaubt und schließlich entlassen. In der Folgezeit lebte ich in Algier, wo sich meine Frau ebenfalls niedergelassen hatte und berufstätig wurde. Bereits bei der britischen Armee hatte die sozialistische Wochenzeitung "Fraternité", die zu Beginn der nachmalige französische Staatspräsident Vincent Auriol leitete, ein Interview mit mir anlässlich der Ereignisse des 20. Juli gemacht, das unter einem sehr reißerischen Titel erschien. Ich schrieb sowohl für diese Wochenschrift wie auch für die Wochenschrift "Combat" und die Tageszeitung "Alger républicain". Beim "Alger républicain" war ich auch einige Monate als Redakteur. Da diese Zeitung aber mehr und mehr ein rein kommunistisches Blatt wurde, trennten sich unsere Wege. Später wurde durch Übernahme einer wegen Kollaboration verbotenen Abendzeitung, ein Abendblatt sozialistischer Prägung gegründet mit dem Namen "Alger Soir", dessen Chefredakteur Lucien Weitz wurde, der jetzt die Monatsschrift "Mines" der Bergarbeitergewerkschaft des Gewerkschaftsbundes "Force Ouvrière" in der Nähe von Paris herausgibt. An dieser Zeitung war ich, bis sie aus finanziellen Gründen ihr Erscheinen einstellte, außenpolitischer Redakteur. Nachdem sich "Alger Soir" finanziell nicht halten konnte, begann ich wieder - es bestand mittlerweile die Möglichkeit - Verbindungen mit Österreich, Deutschland und der Schweiz aufzunehmen, z.B. zum "Neuen Vorwärts" in Bonn, zur "Neuen Ruhrzeitung" in Essen, zu österreichischen gewerkschaftlichen und politischen Zeitschriften, ebenso zu schweizerischen Publikationen ähnlicher Art. In Algier hatte ich noch in der Zeit meiner Zugehörigkeit zur britischen Armee den bekannten bayerischen Sozialdemokraten Waldemar von Knoeringen getroffen, der letztendlich, nachdem ich zunächst aus verschiedenen Gründen sehr gezögert hatte, nach Deutschland zurückzukehren, mich im Jahre 1953 bestimmte, nach meiner Heimatstadt München zu kommen. Hier wurde ich dann Sekretär der Sozialdemokratischen Partei und deren stellvertretender Vorsitzender bis zum Jahr 1964.

In diesem Jahr zog ich mich von der Mitarbeit im Bereich des Münchener Unterbezirks der SPD und des Bezirksvorstandes der SPD Südbayern zurück, um ein Buch über den Spanischen Bürgerkrieg zu schreiben. Zur Zeit seiner Drucklegung durch den Europa-Verlag Wien wurde ich von Dr. Bruno Kreisky, dem Vorsitzenden der SPÖ aufgefordert, das von dem früheren Sekretär des Arbeiterrats von Deutsch-Österreich zu Ende des Ersten Weltkrieges und späteren Sekretär des Republikanischen Schutzbundes in Österreich, Karl Heinz, hinterlassene Protokoll zu einer zeitgeschichtlichen Darstellung der Arbeiterräte in Österreich in der Zeitspanne von 1917-1923 zu verwenden. Dieses Buch erschien ebenfalls 1969 im Wiener Europa-Verlag mit einem Vorwort von Dr. Bruno Kreisky. Außerdem habe ich meine publizistische Tätigkeit verschiedener Zeitschriften in der Bundesrepublik Österreich der Schweiz und Italien wieder aufgenommen. Nachdem ich meine beiden Bücher veröffentlicht hatte, wurde ich wieder innerhalb der Münchener SPD tätig und Anfang 1970 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kontrollkommission des Münchener Unterbezirks gewählt.

Übertragung des Briefes von Giuseppe Saragat ins Deutsche  
durch Rolf Reventlow

(Mit Briefkopf des Italienischen Ministerrats, Rom, den  
12.8.1944)

Lieber Reventlow,

ich habe Dir alles zugehen lassen, was Du verlangt hast. Ich bin sehr glücklich, von Dir zu hören, und wünsche Dir, daß Du die gesundheitlichen Störungen, die Dich betroffen haben, bald überwindest.

Der Partei geht es gut. Sie wird eine der größten Parteien Italiens sein, vielleicht die größte. Aber leider verfügen wir nicht über die nötigen Kader, das ist das Hauptproblem. Die politische Ausrichtung ist die gleiche (gemeint ist hier unser Treffen in Wien, 1929, R. R.), die wir schon vor 20 Jahren verfolgten und die Dir bekannt ist. Leider ist der Mann gestorben, der eine große Rolle in der Führung der Arbeiterklasse hätte übernehmen können, Otto Bauer. Er ist nicht mehr bei uns. Heute lese ich, daß Blum von diesen Kanailen ermordet wurde. Das ist ein schwerer Schlag für die französische Arbeiterschaft, und ich sehe niemanden, der ihn ersetzen könnte, zumindest nicht für die unmittelbaren Aufgaben, die bevorstehen. Trotz allem gehen wir vorwärts und werden Erfolg haben.

Herzlichst

Dein

(Giuseppe Saragat)

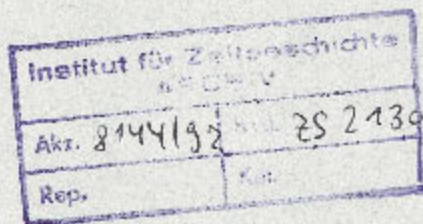
Roma 12 agosto 1944

Caro Perroutlow

Li ho fatto mandare quanto chiede  
 Suo lato di Sefete caserale sue ves-  
 cito ungheri e to ungheri di rivellata  
 frontamente sui d'herbi fitree che  
 ti alloggiare.

Il partito va bene. Seda uno  
 dei sui grandi partiti d'Italia:  
 forte il sui grande. Perchè  
 neanche di grande. Questo  
 è il problema fondamentale.

Le direttive politiche sono quelle  
 che da molti anni ho sempre



Professato e che tu ben conosci  
 Pursoffo l'uomo che avrebbe voluto  
 guidare la classe sovversiva  
 europea. Otto Bauer. non  
 c'è più!

Oggi leggevo di Blum sarebbe  
 stato ucciso da quelle canaglie.

È un colpo terribile per i lavoratori  
 francesi fatti non vedo nessuno  
 che possa sostituirlo almeno per  
 i compiti, immediati.

Effieva andiamo avanti e fasteremo.

Trattiamoci

tuo P. Saragut

|                             |        |
|-----------------------------|--------|
| Institut für Zeitgeschichte |        |
| Akz. 8744/32                | 252130 |
| Rep.                        | Kat.   |

ZS-2130-57

|                                       |             |
|---------------------------------------|-------------|
| Institut für Zeitgeschichte<br>ARCHIV |             |
| Akz. 2144/92                          | Bd. ZS 2130 |
| Rep. /                                | Kat.        |

75-2112-58 RTII

# SOZIALISTISCHE TRIBÜNE

## INHALT:

- Josef Fischer:* Zur Weltlage des Sozialismus
- D. N. Pritt:* Kapitalistische Regierung und sozialistische Friedenspolitik
- Lucien Laurat:* Die Volksfront an der Macht
- Robert Werner:* Sozialistische Nationalpolitik
- Konterrevolution und Revolution in Spanien
  - Edward Conze:* Die sozialen Voraussetzungen der spanischen Revolution
  - Luis Araquistain:* Rußland und Spanien
- Deutsche Diskussion
  - Peter Hankamp:* Zur Agrarpolitik in Deutschland
  - Martin Bergmann:* Die Lage der deutschen Bergarbeiter
  - Paul Maréchal:* Kader, Partei, Klasse
- Länderberichte:* Holland / Polen / Tschechoslowakei / Schweiz
- Politische Literatur:* Besprechungen der neuen Bücher von Otto Bauer:
  - Emil Franzel; Jawaharlal Nehru. Tschechoslowakische sozialistische Literatur

**Umfang 152 Seiten**

1. Jahrgang

**August 1936**

3. Heft

Ein Heft der „Sozialistischen Tribüne“  
kostet

in der Tschechoslovakei . . . 12 Kč  
in der Schweiz . . . . . 2 Fr.  
in allen übrigen Ländern 15 Kč

Abonnement für 4 Hefte

in der Tschechoslovakei . . . 40 Kč  
in der Schweiz . . . . . 7 Fr.  
im übrigen Ausland . . . 50 Kč

Einzahlungen erfolgen an die Auslieferungsstellen  
oder mit Postscheck oder (internationaler) Post-  
anweisung an das Postscheckkonto der „Sozialisti-  
schen Tribüne“, Nr. 120.949, Brünn, ČSR.

Zuschriften und Bestellungen sind zu richten  
an die Adresse

„Sozialistische Tribüne“,  
Brünn, ČSR., Postfach 36

oder an die jeweiligen Auslieferungsstellen.

Auslieferung für die Schweiz:

**Oprecht & Helbling, Zürich, Rämistraße 5**  
[Postscheck Zürich VIII 12244]

Der Index zu dieser Nummer befindet  
sich auf der nächsten Umschlagseite.

## Josef Fischer: Zur Weltlage des Sozialismus.

### Von Prag aus gesehen.

Vorbemerkungen der Redaktion: Die internationale Bedeutung der Tschechoslowakei als „demokratische Insel“ im mitteleuropäischen Block faschistisch autoritärer Staaten ist neuerlich mit allgemeiner politischer Wirkung durch die deutsch-italienisch-österreichisch-ungarische Gruppenbildung demonstriert worden. Damit aber wird es doppelt wichtig, die sozialen und ideologischen Faktoren und Faktoren, die in diesem zum strategischen Mittelpunkt gewordenen Lande wirken, kennenzulernen und zu untersuchen. Innerhalb der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen fällt das Schwergewicht auf die tschechoslowakische Sozialdemokratie, von der hekanntlich die deutsche sozialdemokratische Partei der Republik sowohl organisatorisch wie der inneren Entwicklung nach getrennt ist. Da die geistige Einreihung der tschechischen Sozialisten in eine internationale Arbeiterpolitik von unmittelbarer praktischer Wichtigkeit ist, wendet sich der nachfolgende „von Prag aus gesehene“ Artikel nach innen und nach außen, ist er zugleich Information und Diskussion.

Gemäss Josef Fischer ist einer der führenden Intellektuellen (er ist Universitätsdozent) in der Arbeiterbildungsorganisation der tschechoslowakischen Sozialdemokratie „Dělnická akademie“, in deren Zeitschrift und dem sozialistischen Diskussionsorgan „Nová Svoboda“ („Neue Freiheit“) und gehört zu den Hauptinitiatoren eines sozialistischen Aktivismus, konkret eines sozialistischen Aktionsplanes, der von der Dělnická Akademie ausgeht.

Die Überschrift dieses Artikels mag anspruchsvoll klingen; ist es doch nichts Leichtes, sich Rechenschaft über diesen Problemkomplex abzulegen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Der Titel verbirgt jedoch nicht mehr als einen Beitrag zur allgemeinen Diskussion, die einen so großen Raum in den ersten zwei Heften dieser Zeitschrift einnimmt. Auch kann der Aufsatz keinen Anspruch auf absolute Objektivität erheben, daher trägt er den Untertitel: von Prag aus gesehen.

Eine *Doppelfrage*. Das Thema muß von zwei Seiten zugleich in Angriff genommen werden. Einmal heißt es, von der prinzipiellen Zeitlage auszugehen, d. h. von der schweren Krisis des überkommenen Wirtschaftssystems, die an und für sich eine für den Sozialismus günstige Lage schafft. Denn es ist nicht denkbar, daß ein ernsthafter Wille zum Umbau Wurzel faßt, solange die bestehende Ordnung einen halbwegs erträglichen Ausweg finden kann. Bleibt sie doch selbst in der schwersten Krise und mit allen ihren Übeln das Bestehende, also das Bekannte, während jeder sozialistische Versuch die große Unbekannte darstellt, was ja auch von den Verfechtern des Bestehenden gründlich ausgenützt wird. Hauptsächlich wohl deswegen, weil sie die Gefahr der Lage erkennen. Daher auch die Schärfe der Abwehrbewegung, deren sichtbarster Exponent der Faschismus ist. Dieser ist ein Instrument des „widerlegten“, aber erst recht gefürchteten Klassenkampfes — der diesmal allerdings bewußt von der anderen Seite geführt wird —, eines Revancheklassenkampfes; er übernimmt vom Sozialismus soviel, als er braucht, um ihn am ernsthaften Aufkommen zu verhindern.

Dies zur prinzipiellen Lage, aus der nichts über das Resultat zu entnehmen ist, insbesondere keine im voraus gewonnene Schlacht, kein Automatismus einer „für uns arbeitenden Entwicklung“. Wie diese Lage für den Sozialismus ausgeht, das hängt vor allem (nicht ausschließlich) von den Sozialisten ab.

Die andere Seite unseres Themas ist die konkrete politische Lage zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten, da ja die „äußere“ von der „inneren“ Situation heute weniger denn je getrennt werden kann. Dies gilt insbesondere, seit durch den Umsturz in Deutschland der Faschismus verschiedener Abarten in den mitteleuropäischen Staaten zum mitbestimmenden Faktor in beidem geworden ist. Seither kann man inneres und äußeres Geschehen im wesentlichen als einen einheitlichen großen Kampf auffassen, ohne durch ideologische Schablonen Verschiedenartiges auf einen gemeinsamen Nenner zu reduzieren.

Es handelt sich vor allem darum, in welcher Beziehung die beiden Hauptdilemmen der Zeit: Krieg-Frieden, Faschismus-Demokratie zueinander stehen und welches das Interesse des Sozialismus an diesem Kampfe ist. Ideologisch wäre die Antwort geradezu linear einfach; was jedoch nützt, das ist eben die konkrete Auseinandersetzung, durch die erst die sozialistische Stellungnahme und die Möglichkeiten eines Umbaus der sozialwirtschaftlichen Ordnung klar zutage treten können.

*Die Kriegsdrohung des Faschismus.* Nun bedarf es keiner schwerwissenschaftlichen Analyse, um klarzustellen, daß der Kriegsgefahrenherd in den faschistischen Staaten liegt. Ob sie durch eine innere Kriegstendenz faschistisch oder durch den Faschismus kriegsdrohend geworden sind — dies kann wohl nicht im Sinne einer Alternative entschieden werden. Denn beides ist wahr, ohne die Ursachen von Faschismus und Kriegsgefahr zu erschöpfen. Tatsache bleibt, daß der Faschismus in Italien durch den Minderwertigkeitskomplex eines nichtgewonnenen Sieges, der Nazismus in Deutschland durch den Komplex einer nichtverlorenen Niederlage mitheraufbeschworen wurde. In dieser Ursachenreihe ist auch die unglückliche Politik der Siegerstaaten mitinbegriffen, die es weder verstand, dem deutschen Volke seine (nicht nur des Regimes) Niederlage klar zu machen, was ernstlich nützt, noch nachher die Demokratie von Weimar zu stützen wußte. Das Endergebnis war eine Reihe schwerer Massensuggestionen von der „Kriegsschuldfrage“ bis zur „Dolchstoßlegende“, zur „Waffenfreiheit“ und zur „Untragbarkeit“ all dessen, was von einer meisterhaften Propaganda als untragbar suggeriert wurde — bis schließlich alles durch Überkompensierung in eine Überwertung der eigenen Nation in Gestalt des Rassismus und des Mythos von „Blut und Boden“ mündete.

Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen der Machtergreifung des Dritten Reiches zu untersuchen; es sollte bloß klargelegt werden, daß unter diesen die Kriegstendenz bereits immanent ist, eine hervorragende Rolle spielt und mit dem Faschismus in gegenseitig fördernder Wechselwirkung steht.

Soll nun der Krieg vermieden werden, so ist dies nur möglich, wenn man der Kriegsdrohung Herr wird. Dies ist jedoch kaum denkbar, wenn sich nicht diejenigen, die mit ihrem Kriegsmut großtun, im Vorhinein vor eine Übermacht gestellt sehen, die ihr Wagnis zur Hoffnungslosigkeit herabdrückt. Sowohl der Duce als der Führer treiben mit ihrer Kriegsdrohung eine Erpressungspolitik, zu deren Erfolg eben der Partner gehört, der darauf hineinfällt. „Auf keinen Fall Krieg“ — das bedeutete den Freibrief, auf welchen diese Herren von Seiten der radikalen Pazifisten, besonders in England, rechnen.

*Ein fatalistisches Dilemma.* Gewiß kennen auch wir in Mitteleuropa die Chancen, die selbst eine Abwehrrüstung in den demokratischen Staaten dem inländischen Faschismus öffnet. Denn die Abwehr erfordert eine starke Macht- und Verwaltungskonzentration, und die Schlüsselstellungen der Wirtschaft und Administrative liegen in Händen, die für den Faschismus zum Großteil zu gewinnen wären. Bleibt man jedoch hiebei stehen, so kommt man aus dem Fatalismus zwischen dem äußeren (angreifenden) und dem inneren (Abwehr-) Faschismus nicht heraus. Dies kann nicht wundernehmen. Hat man einmal die Initiative der faschistischen Internationale überlassen, steht man unter ihrer Hypnose, sieht man überall nur die faschisierende Gefahr, wie dies ja leider oft vorkommt, dann kann man eben nichts ausrichten, dann hat man sich der Initiative begeben und tanzt nach der Pfeife des Faschismus, auch wenn man nicht vor ihm kapitulieren, sondern ihn „abwehren“ will. Die bloße „Abwehr der Demokratie“ ist schon schief gedacht, bedeutet schon ein Eingehen auf die Denkweise des Faschismus. Es gibt bloß eine Abwehr durch Ausbau, worin die Erhaltung des bereits Errungenen inbegriffen ist. Die Angriffspunkte der faschistischen Argumentation müssen jedoch durch Ausbau der Demokratie überholt werden. Jede statische Diskussion mit dem Faschismus bedeutet Verlust an Dynamik, Zeit und Terrain. Der sogenannte Planismus ist ja schließlich auch als Ausbau und Umbau der Demokratie in Richtung zum Sozialismus gedacht.

*Pazifismus als Erzwingung des Friedens.* Gilt dies im Innern, so gilt im zwischenstaatlichen Verhältnis, d. h. im Verhältnis zu den faschistischen Staaten, vor allem Eines: den Frieden erhalten. Denn gelingt es nicht, den Krieg zu entfesseln, so muß ihr Regime zusammenbrechen, da es seine lebensnotwendigen Ziele nicht ohne Krieg erreichen kann (worauf wir noch zurückkommen). Im Falle Deutschland ist dies wohl klarer zu ersehen, als im Fall Italien, jedoch gilt es dort ebenfalls, und es wäre ein arger Irrtum, sich auf die Sättigung durch Mussolinis abessinischen Privatkrieg zu verlassen. Im Südosten Europas faßt man die Dinge keineswegs so idyllisch auf. Dabei kann man den so häufig in Berlin und Rom abgegebenen Friedensversicherungen ruhig Glauben schenken: ist es doch sicherer und billiger, wenn man sein Ziel ohne Krieg erreicht. Gewiß, Herr Hitler will den Frieden; es dürfte bloß schwer sein, dasjenige, was das Dritte Reich will, durch Frieden zu erreichen. Glückt dies nicht und kommt es doch zum Krieg, dann trägt eben der Starrsinn der andern die Schuld.

Soll der Friede also erhalten werden, so muß er, wie gesagt, erzwungen werden — was schließlich eine Machtfrage ist; jeder Faktor, der die faschistischen Staaten zum Frieden zu zwingen hilft, hat einen positiven antifaschistischen Wert, selbst wenn er von keinem antifaschistischen Interesse getragen wird. Aber wer heute noch glaubt, den mit dem Krieg Drohenden und mit der Kriegsangst der Gegenpartei Rechnenden durch „Ablehnung“ des Krieges zum Frieden zu zwingen, der gibt sich einer schlimmen Illusion hin. Ebenso derjenige, der die schwere Gefahr der geistlosen Gleichschaltung der Massen in den autoritären Staaten und deren Stoßkraft unterschätzt.

*Der Krieg — eine „kapitalistische Angelegenheit“?* Das Schlimmste wäre jedoch, heute noch zu glauben, daß ein Krieg zwischen kapitalistischen Staaten eine rein kapitalistische Angelegenheit wäre, die der Sozialist nur glatt abzulehnen habe. Die „kapitalistische Angelegenheit“ könnte ganz gut mit einer Niederlage der Sozialisten ihr Ende finden. Die Wirtschaftskrise ist ja auch eine Angelegenheit des Kapitalismus und nicht von den Sozialisten verursacht, und dennoch ist die Frage, ob die Sozialisten ihre Chance darin und einen Ausweg daraus finden. So ist es im Falle des Krieges nicht gemeint, denn hier

liegt die Chance der Sozialisten zunächst darin, den Krieg zu verhindern und den Frieden zu erhalten. Wir kommen noch auf das große Risiko der revolutionären Perspektive eines Krieges zu sprechen. Festzuhalten bleibt jedoch, daß der Friede nur durch ein beizeiten zustandegebrachtes Übergewicht der Friedensmächte gesichert werden kann. Wenn dies in den Staaten des immer noch erst zu schaffenden Friedensblocks autoritäre Tendenzen zeitigt, so kann ihnen der Kriegsausgang je nachdem allerhand Aussichten öffnen (eventuell auch alle zunichte machen) — aber wird der Krieg verhindert, so geht darüber der Faschismus in seinen eigenen Staaten höchstwahrscheinlich, wenn auch nicht über Nacht, in Brüche. Damit wäre er in den Staaten, wo er bis dahin nicht an der Macht ist, so gut wie erledigt.

*Der Fall Abessinien.* So konzentriert sich, auch vom spezifisch sozialistischen Standpunkt aus gesehen, das Interesse wieder auf die Frage, ob es möglich ist, die faschistischen Staaten zum Frieden zu zwingen. Nun ist es nicht zu bestreiten, daß der Fall Abessinien, der nach einem hoffnungsvollen Auftakt mit einer glänzenden Honorierung des Angreifers seinen vorläufigen Abschluß findet, einen ungünstigen Präzedenzfall von schwerster Tragweite abgibt. Die Ursache des Mißerfolges ist natürlich nicht in Genf zu suchen, sondern in der Unfähigkeit der Westmächte, eine halbwegs einheitliche Linie einzunehmen, in der Unschlüssigkeit der konservativen Parteien den faschistischen Staaten gegenüber, und in ihrem zögernden Mißtrauen gegen die Inanspruchnahme der Hilfe der Sowjetunion.

Nun ist dies alles recht „begreiflich“, aber vor lauter Begreiflichkeit kann die Friedensfront in Brüche gehen. Der Fehler lag nicht in den Sanktionen, sondern in deren lückenhafter und fragmentarischer Anwendung, die Italien Zeit ließ, sich alles Hauptmaterial zu beschaffen, da mit den schwersten ökonomischen Maßnahmen bloß gedroht wurde. Das alte Mißtrauen zwischen Paris und London, das altenglische Spiel mit dem europäischen Gleichgewicht, dessen Schiedsrichter England sein soll, die Angst vor einer französischen Kontinentalhegemonie, in Paris wiederum die Angst vor einer Umklammerung durch England zur See, die vom östlichen Nachbar zu Lande unterstützt wäre — dies sind bloß Belege dafür, wie zähe die Tradition jeder Außenpolitik ist. Gesteigert wurden jedoch diese Gegensätze durch die unglückliche Politik Laval's, die Frankreich zum Abschwenken von der festen Linie seiner Völkerbundpolitik und zu der Rolle eines Züngleins an der Waage des europäischen Gleichgewichts in Genf brachte.

*Laval und die Folgen.* Geht man nur ein wenig zurück, so sieht man: Laval javiert von Anbeginn. Um die Folgen des Attentats von Marseille zu schlichten, sucht er eine solche Lösung der Saarfrage, in welcher er keine Hilfe Italiens benötigen würde. Er wirft einfach alles über Bord und macht so die Rückgliederung der Saar, die eine Selbstverständlichkeit war, aber einen Aufschub vertragen hätte, zu einem Riesenerfolg des Dritten Reiches. Um sich jedoch gegen dessen zu erwartende erhöhte Aktivität die Planke zu decken, schließt er, zur gleichen Zeit und mit einer ähnlichen Halbheit wie in der Marseiller Affäre, mit Mussolini das Abkommen von Rom. Die Saarpolitik trägt ihre Früchte im März v. J., als Deutschland die Wehrpflicht einführt. Dies ruft zwar die „Stresafrent“ ins Leben; diese ist jedoch im vorhinein brüchig durch Laval's Bindungen gegenüber Mussolini in der Frage Abessinien. Als diese Bindungen dann ihrerseits Früchte tragen und Rom mit seinen Afrikaplänen Ernst macht, sucht wiederum England Rückendeckung und schließt im Sommer 1935 das Flottenabkommen mit Deutschland, um im Mittelmeer freie Hand zu gewinnen.

So gibt es, als Mussolini im Oktober zuschlägt, keine Stresafront mehr, und das Gejammer der Sanktionsgegner in Frankreich, in der Tschechoslovakei und anderswo, man hätte diese Front zerschlagen und treibe Mussolini in die Arme Hitlers, ist völlig haltlos. Die vorgeblichen Hüter der Stresafront sind de facto Interessenten des heimischen Faschismus, um dessen Schicksal sie im Falle einer Niederlage Italiens mit Recht zittern. Es ist doch charakteristisch, daß sie in Frankreich im heurigen Frühjahr durch Laval (vor den Wahlen) und in unserem Lande durch einige Repräsentanten der faschisierenden Flügel der Rechtsparteien bis zur werktätigen Propaganda einer Verständigung sowohl mit Mussolini als mit Hitler gelangen konnten.

Der Grund des Übels liegt eben darin, daß diese Richtung in der ganzen kritischen Zeit in Frankreich an der Macht oder hart an der Macht ist, und die seit Februar 1934 verschüchterte Kammermehrheit erst dann eingreift, als es für Abyssinien zu spät ist. Die ganze antisanktionistische Argumentation ist bewußt oder unbewußt (je nachdem) falsch. Denn es ist zwar mehr als begrifflich — und dies sollten unsere englischen Freunde endlich einmal zur Kenntnis nehmen —, wenn die Nachbarn Deutschlands eine Sicherung suchen. Jedoch auf Mussolinis Beistand als auf etwas Verlässliches zu rechnen, und zwar wegen der „Unüberbrückbarkeit der österreichischen Frage“, ist zumindest naiv. Zwischen faschistischen Diktaturen gibt es nichts Unüberbrückbares. Wird heute ein Abkommen mit dem Erbfeind von gestern geschlossen, so schreibt oben die Presse ab morgen in völlig neugleichgeschalteter Weise. Die öffentliche Meinung kann bloß mitten, zum Unterschied z. B. von England und Frankreich, wo nach dem Laval-Hoare-Plan die öffentliche Meinung eine Kursänderung der Außenpolitik ohne Neuwahlen erzwang.

*Kein Abgrund zwischen Rom und Berlin.* War es möglich, zu einem deutsch-polnischen Bündnis (wenn es auch heute bereits Risse aufweist) zu gelangen, so gibt es zwischen Rom und Berlin erst recht keinen Abgrund, der sich nicht für eine bestimmte Zeitspanne überbrücken ließe. Die Grundlage des Übereinkommens über Österreich wäre der Status quo, d. h. der Aufschub der Frage; der Zweck des Bündnisses wäre die Durchsetzung gleichlautender Interessen. Der Fall Österreich kann auf verschiedene Weise aufgeschoben werden.<sup>\*)</sup> Man spricht ja auch von einem Habsburgerkompromiß zwischen Rom und Berlin, so paradox es scheinen mag. Eines wird beiderseits am meisten gefürchtet: eine Erneuerung der Demokratie in Österreich. Voraussetzung einer einseitig deutsch-italienischen Lösung der Frage ist jedoch ein Interessengegensatz zwischen England und Frankreich. Ohne diesen würde es keiner der beiden Diktatoren, aber hauptsächlich Mussolini nicht, wagen, sich dem andern zu verschreiben.

Es bleibt daher ein arger Irrtum, wenn man sich in London gegen Paris durch Hitler als Reserve, und in Paris gegen London durch Mussolini als Reserve decken will. Es ist, wie gesagt, begrifflich, jedoch zugleich das beste Mittel, Mussolini und Hitler zusammenzubringen. Diejenigen daher, die in Frankreich, England oder in der Tschechoslovakei Derartiges als politische Weisheit ansehen, setzen den Bruch zwischen London und Paris als fertige Tatsache voraus, und treiben eben dadurch römische oder berliner Politik, keineswegs aber Politik

<sup>\*)</sup> Die seit der Drucklegung des Artikels eingetretenen Ereignisse, besonders das Übereinkommen Wien (dies: Rom) — Berlin betätigen dies leider nur zu rasch, als deutliche Warnung vor jeder automatischen Berechnung. Wohl ist der „kalte Anschluß“ bei formeller Selbständigkeit Wiens nicht das letzte Wort, aber für Rom und Berlin bedeutet er ein Freimachen beträchtlicher Kräfte für eine bestimmte Zeit, daher keine Verringerung, sondern eine Steigerung der Kriegsgefahr.

im Interesse ihres Landes. Die Binsenwahrheit, daß Friede und Ordnung in Europa davon abhängen, ob es zu einer englisch-französischen Verständigung kommt, tritt heute klarer zutage denn je — es sei denn, daß durch die Erstarkung Deutschlands und Italiens die Sowjetunion und die Kleine Entente zum unentbehrlichen Dritten und Vierten im Friedensbunde geworden sind.

*Die Antisanktionisten.* Der Mißerfolg des Völkerbundes im Falle Abessinien, d. h. das Versagen der Sanktionen und die dadurch gesteigerte Kriegsgefahr sind daher hauptsächlich auf das Konto der chronischen Divergenz zwischen Paris und London zu buchen. Jahrelang treibt Frankreich in eigenem Interesse eine sogenannte grundsätzliche Völkerbundpolitik, ohne England zu ähnlichem veranlassen zu können. Als aber London endlich zu haben ist und in einem Anfall von Grundsätzlichkeit sein Interesse in demjenigen Genfs erkennt, da ist Frankreich unter Laval wieder umgefallen und schwimmt im reinsten Opportunismus.

Dies ist der wahre Grund des Mißerfolgs; die Sanktionsgegner, mögen es christliche Kriegsdienstgegner oder italophile Faschisten sein, sind daher auf dem Holzweg, wenn sie meinen, das Ergebnis hätte ihnen recht gegeben. Den italienischen Angriff einfach hinzunehmen, wäre doch der Kapitulation vor jedem Angreifer gleichgekommen und hätte neue Kriegsgefahren um so schneller heraufbeschworen. Betrifft dies den Einwand der christlichen Pazifisten, so ist zu demjenigen der Italophilen nur soviel zu sagen, daß man speziell in Berlin den Verlauf der Sanktionen aufmerksam verfolgte, eben um zu sehen, wieviel man sich halbwegs straflos erlauben kann, und daß man erst dann loszog, als man sah, daß sich die Sanktionen zu spät auswirken würden, also in dem tatsächlich angewendeten Maße nicht ausreichen, um den Angriff zu unterbinden. Die italophilen Hitlergegner geben sich der Illusion hin, man könne Berlin im Zaum halten, indem man Mussolini erlaubt, was man Hitler verwehrt, d. h. einen Angriff abwehren, indem man einem andern Angreifer den Angriff gestattet, ihn „satt werden“ läßt. Genau so wollen die germanophilen Mussolinigegner Rom mit Hilfe eines „saturierten“ Berlin zähmen. Die einen wie die andern übersehen, daß es sich um kein bloßes Schachspiel handelt, da ein Erfolg Roms sehr leicht ein Präzedenzfall für Berlin werden kann und vice versa. Die Zurückhaltung Berlins während der kritischen Zeit des abessinischen Krieges und diejenige Roms während der Rheinlandkrise, die beiderseits zumindest unausgenützt blieben — dies zeigt doch deutlich, wie es mit obigem Schachspiel beschaffen ist. (Deutschland hätte z. B. unter der Ägide Genfs zwecks Militärsanktionen gegen Italien Westösterreich besetzen können.)

*Berlin als Nutznießer; Mussolini als Friedenshort?* Es ist daher erstens ein Irrtum, zu behaupten, die Sanktionen seien eine Kriegsgefahr. Die Kriegsgefahr lag in ihrer lückenhaften Anwendung: hätte Mussolini damit nicht rechnen können, hätte er sein Unternehmen kaum gewagt. Der zweite Irrtum liegt, wie zu sehen, in der Auffassung, die Sanktionen hätten die Stresfront zerschlagen und Hitler dadurch hochgebracht. Es war eben der Mißerfolg der Sanktionen und das hierdurch verursachte Chaos im Westen, was Hitler so außerordentlich zugute kam. Mussolini war nie ein prinzipieller Hitlergegner; ihm schwebt höchstens die prinzipielle Prinzipienlosigkeit einer Weltmacht, eines Arbiters mundi vor. Was er sucht, das ist ein Partner, bereit mit ihm durch dick und dünn zu gehen, um Italien die Basis zu einer Weltmachtstellung zu schaffen. Sonst hätte er sich doch mit dem Völkerbundangebot über Abessinien (vom September v. J.) ruhig begnügen können. Die „Saturierung“ ist daher eine irrtige Voraussetzung.

Wohl wird die Verdauung des allzu großen Bissens schwierig sein und Zeit erfordern, aber der Appetit ist noch keinem Eroberer auf diese Weise gesunken. Für eine wirksame Friedensfront wäre Mussolini weder vor Abessinien, noch nachher zu haben; denn durch jede dauernde Bindung mit Mächten wie England oder Frankreich (aber auch Deutschland) wird Italien infolge seiner Rohstoffarmut zum schwächeren Partner. Daher das Spiel „Zünglein an der Wage“, nicht als Zweck, sondern als Mittel, mit Hilfe der jeweiligen Partner zur Errichtung eines selbstgenügsamen Imperium Romanum zu gelangen. An einer Konsolidierung Europas hat daher Mussolini nur insofern Interesse, als er sie zur Rückendeckung braucht, keineswegs jedoch, sobald sie seinen Plänen einen Riegel vorzuschicken droht. Wenn immer er sich heut oder morgen anschließt, ein Friedenspionier ist an ihm weder verlorengegangen, noch kann er an ihm gewonnen werden. Wenn schon im Herbst keine Einigung zwischen den Westmächten zu erzielen war, die Mussolini am Krieg verhindert hätte, so ist es zu bedauern, daß es Abessinien nicht ermöglicht wurde, bis zur Regenzeit standzuhalten, denn bis zum Herbst hätten sich die Sanktionen ganz anders ausgewirkt.

Das war ja auch die Befürchtung der meisten Sanktionsgegner. Die Skepsis dem Völkerbund gegenüber verbirgt in Wirklichkeit meist nur die Angst, er könnte zu einem wirksamen Friedensinstrument ausgebaut werden. Der Streit um die Sanktionen ist daher nicht im geringsten eine Sache der Vergangenheit, sondern der Zukunft. Handelt es sich doch eben jetzt darum, ob und wie der Völkerbund zu reformieren sei. Die meisten Reformer steuern auf seine Schwächung hin, Mussolini z. B. würde eine „Reform“ verlangen, die alles in der Völkerbundverfassung beseitigt, was seine Pläne stört. Eine ähnliche Gleichschaltung mag Berlin vorschweben. Die meisten Reformer möchten den Völkerbund „retten“, indem sie ihn gewissermaßen nicht überanstrengen wollen. Sie wollen ihn nicht in Dingen exponieren, für die seine Kräfte „nicht ausreichen“. Sie wollen angeblich den Frieden nicht noch mehr gefährden, verschweigen jedoch, daß sie selber oder ihre Gesinnungsgenossen es sind, die ihm die nötige Kraft vorenthalten.

*Das Schachspiel Rom-Berlin.* Droht oder kokettiert (oder erprobt) heute Rom mit einem Deutschlaubbündnis, so tragen daran nicht die Sanktionen, sondern diejenigen die Schuld, die ihren Mißerfolg verursacht haben. Im übrigen wäre jedoch diese Konstellation weder unlogisch noch „überraschend“, da es eine große Interessengemeinschaft zwischen beiden Staaten gibt (Kolonien, Neueinteilung des europäischen Ostens), ganz abgesehen von dem Interesse, das ein Regime an der Erhaltung eines gleichgearteten haben muß. Dies ist beileibe kein Ideologisieren; der Kampf zwischen Faschismus und Demokratie ist etwas höchst Reales. Bei allen Verschiedenheiten des deutschen und italienischen Faschismus darf man nicht vergessen, daß der Zusammenbruch des einen der schlimmste Präzedenzfall für den andern wäre. Es wäre gewiß ein großer Erfolg, wenn man die beiden endgültig gegeneinanderstellen könnte. Man darf jedoch nicht den Gegner unterschätzen, als ob dies ein leichtes Unternehmen wäre — es sei denn, daß man dem einen der Diktatoren einen Kaufpreis anböte, der das Fallenlassen des andern ausgleichen würde. Das hätte freilich keinen Sinn mehr, und gegen ein billig primitives „teile und herrsche“ ist man in Rom und Berlin sicherlich gewappnet.

Die Lage ist nun einmal so, daß Hitler ebenso wie Mussolini nur schwer einen gleichwertigen Partner finden kann, der die ganze Strecke seiner Pläne mitmachen könnte. Daher sucht jeder von ihnen einerseits eine verlässliche

Klientel von Schwächeren, andererseits jenen unter den Mächtigen, welcher das längste Stück Wegs mitgehen könnte.

*Die erste großdeutsche Regierung.* Man muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß das Deutsche Reich zum erstenmal seit 1871 eine grundsätzlich großdeutsche Regierung hat. Die Reichsgründung wurde von Bismarck klar im kleindeutschen Sinn vollzogen, mit Ausschluß Österreichs und aller „Auslandsdeutschen“. Die Beseitigung der Dynastien beseitigte die Rivalität zwischen Habsburg und Hohenzollern, die Aufteilung der Donaumonarchie schälte aus ihr einen rein deutschen Staat heraus und rückte so den „Anschluß“ in die Sphäre politischer Möglichkeiten. Nach den Anläufen einzelner republikanischer Regierungen (Zollanion Curtius-Schober) und Parteien wurde die Angelegenheit von der Hitlerregierung großzügig in Angriff genommen. Sie bildet jedoch nur den Teil eines weit ausgedehnteren, mit dem gesamten Auslandsdeutschtum rechnenden Programms. Den deutschen Minoritäten in den Nachbarstaaten ist die Rolle zugedacht, die Außenpolitik ihrer Staaten in das Berliner Geleise zu zwingen. Erreicht werden soll dies durch die Zusammenballung der gesamten deutschen Minderheit in eine einzige Partei („Volksgemeinschaft“), deren eigenes Schwergewicht jede selbständige Politik des betreffenden Staates Deutschland gegenüber paralisieren soll.

*Die Rolle der Henleinpartei.* Dies ist z. B. die Hauptaufgabe der Henleinpartei in der Tschechoslowakei: nicht etwa Irredenta und Hochverrat, aber viel gefährlicher als dies. Man will nicht (wenigstens bisher) die deutschen Gebiete vom Staat losreißen, was ohne Krieg nicht möglich wäre, man will sich hier im Gegenteil den Rücken decken und ein Reserveindustriengebiet sichern, den ganzen Staat „hinüberführen“ und zur Mitarbeit gewinnen. Dadurch soll das Ende der Kleinen Entente und eine völlige Umgestaltung der Machtverhältnisse in Mitteleuropa herbeigeführt werden; Irredenta und Hochverrat sind nur Druckmittel des Dritten Reiches, keineswegs aber das Ziel. Allerdings werden sie so ungeschickt und ungeduldig als Drohung angewendet, daß sie die tschechoslowakische öffentliche Meinung, auch soweit sie die eigentlichen Ziele der Henleinpartei nicht durchschaut, in Atem halten und aufreizen. Den faschisierenden Gruppen der tschechischen Rechtsparteien — ohne deren politische Patronanz es heute ebensowenig eine große Henleinpartei gäbe, wie ohne das Geld deutscher und tschechischer Industrieller und ohne reichsdeutsche Unterstützung — diesen Gruppen war die neue Partei willkommen als Partner einer Regierungsbildung, die die Sozialisten hätte ausschließen sollen. Das Ziel der Irredenta, Lostrennung der Grenzgebiete, käme erst in einer zweiten Etappe in Betracht, nach einem Siege Deutschlands, dem dann die Tschechoslowakei, durch die Gleichschaltung isoliert, ausgeliefert wäre. Also Lostrennung als Kriegsfolge, nicht als Kriegsursache; bis dato ist sie hauptsächlich Druckmittel — Henlein ist „loyal“, daher für einen Teil der tschechischen Rechten regierungsfähig.

Der Erfolg der Henleinpartei in den Parlamentswahlen vom Mai 1935 überschritt jedoch alle Maße der Zweckmäßigkeit: man kann dem Durchschnittsbürger nicht klarmachen, daß die Regierungsbeteiligung einer so großen, betont deutschnationalen und dabei der Illoyalität verdächtigten Partei im Staatsinteresse liege. Es war eben ein wenig naiv, an dem großen Brand im Nachbarland das Süppchen kleiner Parteiinteressen kochen zu wollen. So sind die tschechoslowakischen Rechtsparteien heute mehr als früher auf die Regierungskoalition mit den Sozialisten angewiesen, allerdings ohne daß diese Machtlage von den Sozialisten ausgenützt wird.

Auf die innerpolitischen Verhältnisse der Tschechoslovakei kann im Rahmen dieser Zeilen nicht eingegangen werden, auch nicht auf die althergebrachte, aber heute faschistische Durchkreuzung des sozialen Kampfes durch den nationalen. Es muß aber noch konstatiert werden, daß die faschisierenden Gruppen beider Nationen durch die Wahl Dr. Beneš' zum Präsidenten eine Niederlage erlitten haben, deren Folgen noch zutage treten werden. Insbesondere erscheint dadurch ein Umfallen der Außenpolitik durchkreuzt, also die wahre Zielsetzung der Henleinpartei, der die äußersten tschechischen Rechtsgruppen ihre Zustimmung geben — denn hierzulande wie anderswo geht ja schließlich in den monopolpatriotischen Kreisen Klasseninteresse über Staatsinteresse.

*Faschistischer „Pazifismus“.* Verdeckt werden soll dies dadurch, daß eben diese Gruppen einen Ausgleich mit den fast ausschließlich faschistischen Regierungen der Nachbarstaaten — Deutschland, Polen, Österreich, Ungarn — anstreben und so einen pazifistischen Anschein gewinnen wollen, während die Linke, ohne Unterschied der Nationalität, den permanenten Gegensatz der „Insel der Demokratie“ zu den Nachbarn noch steigert. Ähnlich hat man ja auch in Frankreich vor den Wahlen agitiert: *La gauche, c'est la guerre!* (Die Linke, das ist der Krieg!) Ähnlich steht es in Rumänien, wo die Rechtsparteien die absolute Neutralität, den Frieden um jeden Preis verlangen und die Außenpolitik Titulescus bekämpfen, die Rumänen in den demokratischen Block eingliedert hat und z. B. die Möglichkeit einer Hilfeleistung der Sowjetunion an die Tschechoslovakei schafft.

*Gleichschaltung statt Annexion.* Diejenige Rolle, die in der Tschechoslovakei der Henleinpartei zugeordnet ist und die sich nur durch Zusammenfassen der gesamten deutschen Minderheit erfüllen läßt, entfällt in der Schweiz und in Österreich auf eigene Nazi-Parteien, da es sich hier um keine Minderheit handelt und die Mehrheits- oder Gesamtbevölkerung erst durch die Diktatur, aber nicht vorher zusammengefaßt werden kann. In Polen liegen die Dinge — trotz des Bündnisses mit Deutschland — ähnlich wie in der Tschechoslovakei, allerdings mit geographischer Beschränkung auf Oberschlesien und den Korridor. In Ungarn und in Rumänien haben die Naziformationen kleinere Bedeutung, einmal wegen der zerstreuten Siedlung der Deutschen, das andere Mal, weil der reichsdeutsche Nachbar fehlt.<sup>\*)</sup>

Aber im wesentlichen und von Berlin aus gesehen ist das Ganze ein einheitlicher Plan, der nur taktisch verschieden in Angriff genommen wird: die Auslandsdeutschen sollen „gleichgeschaltet“, d. h. direkt der Regierung des Dritten Reiches unterstellt werden, so daß an Stelle der präzisen politischen Grenzen die fließenden Grenzen des „Deutschtums“ treten würden. Auf diese Weise soll die Regierung von Berlin zur unmittelbaren Mitregierung ihrer östlichen und südlichen Nachbarstaaten werden. Gleichschaltung erscheint dazu der weniger riskante Weg gegenüber der Annexion. Der „Mythos von Blut und Boden“ mitsamt dem Rassismus ist in dieser Beziehung bloßes Mittel zum Zweck der Gleichschaltung, beseitigt nicht „romantisch“ oder „unpolitisch“; romantisch und unpolitisch ist nur der Deckmantel. Selbstverständlich denkt man dabei auch an innere Gleichschaltung, die sich auf die nichtdeutschen Rechtsparteien der Nachbarstaaten stützen würde. Rein außenpolitisch genommen, bestehen die Haupterfolge des Dritten Reiches im Wiedergutmachen der eigenen Fehler und in der Lösung der Probleme, die es selber schuf oder auf des Messers Schneide brachte: die Rückkehr der Saar,

<sup>\*)</sup> Nach dem „kalten“ Anschluß Österreichs wird ein Ähnliches bei Belassung der formalen Selbständigkeit Danzigs in die Wege geleitet, und neue taktische Vorstöße anderwärts, eventuell in der Tschechoslovakei, dürfen wieder den Zusammenhang erweisen.

die Versöhnung mit Polen, Italien, Österreich. Erst wenn man die neue Methode dazurechnet, kann man die Reichweite der Erfolge abschätzen.

*Mitteleuropa als Operationsfeld des deutschen Faschismus.* Hoffentlich begreifen die maßgebenden Faktoren im Westen beizeiten, was ein derartiger „friedlicher Umsturz“ in Mitteleuropa bedeuten würde: die erste Etappe zu einer nicht dagewesenen Kontinentalhegemonie, der gegenüber alle Sicherungen durch westliche Lokalabkommen ein wenig naiv erscheinen. Hoffentlich begreifen auch die sozialistischen Pazifisten die Tragweite eines derartigen Aufschwungs des Faschismus in Mitteleuropa. Es ist bequem, all dies für Märchen zu erklären, aber es bedeutet nur, den Kopf in den Sand stecken.

Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die deutsche Regierung heute mit einem Programm Ernst macht, das früher füglich als unverantwortliche Phantasie bezeichnet werden konnte. Man rechnet in Berlin mit dem dauernden Widerstand der Konservativen des Westens gegen die Sowjetunion; man möchte gern den Retter Europas vor der Weltrevolution spielen und zugleich diese Rolle sich gründlich bezahlen lassen. Freilich geht man hier wieder so ungeduldig vor, wie im Falle Henlein, versucht durch Drohungen zu gewinnen — mit dem Erfolg, daß ein großer Teil der französischen Rechten dem Sowjetbündnis Geschmack abgewonnen hat. Trotzdem gibt Berlin seine „inoffiziellen“ Pläne nicht auf, und die „Befreiung“ der Ukraine, d. h. deren Besitzergreifung durch ein deutsch-polnisches Kondominium wird wohl als entferntes Ziel, aber nicht als Utopie betrachtet, da es die westlichen Kolonialmächte in ihrem Besitz nicht stören würde. Voraussetzung wäre wohl ein Zweifrontenkrieg der Sowjetunion, d. h. ein japanischer Angriff, und eine Rückendeckung Deutschlands im Westen. Wenn auch die Lücken dieses Programms ersichtlich sind, so darf es dennoch samt den Kräften, auf die es baut, nicht unterschätzt werden.

*Warschau und Budapest.* In diesen Plänen spielt Polen nach Berliner Auffassung die Rolle eines Sekundanten und Mitinteressenten. In den Oberstenkreisen Warschaus mag man damit rechnen, daß Deutschland um diesen Preis für ein definitives Belassen seiner Ostgrenze zu haben wäre, sowie man in Berlin wieder glauben mag, Polen wäre gegen eine Entschädigung im Osten für eine Rückgabe der Westgebiete an Deutschland zu haben. Aber die Unklarheit über die Beuteverteilung hat wahrscheinlich noch nie einen Beutezug verhindert. Ob das Oberstenregime in Warschau genug fest sitzt, um etwas Derartiges zu wagen, wollen wir dahingestellt lassen. Jedenfalls aber spielen dort in sogenannten maßgebenden Kreisen die Bande zu Ungarn eine nicht zu unterschätzende Rolle. In diesem Zusammenhang wird auch die Aufteilung des tschechoslovakischen Ostens aufgerollt, zwecks Herstellung einer polnisch-ungarischen Grenze, Vergrößerung beider Staatsgebiete und zwecks Verbarrikadierung des vermeintlichen bolschewistischen „Einfalltores nach Europa“. Sofern sich Prag von Berlin gleichschalten ließe, hätte man wohl dortselbst Einwände gegen diese Aufteilung. Sofern jedoch die Tschechoslowakei sich selbst treu bleibt, d. h. ihre Selbständigkeit und Demokratie bewahrt, bleibt sie das am schwersten zu nehmende Hindernis, ein der Karte Europas zu entnehmender Querstrich durch diese Pläne.

In Budapest dürfte man, solange kein grundsätzlicher Systemwechsel eintritt, gegen eine innere Gleichschaltung Österreichs an Berlin nichts einwenden, da man vom deutschen Revisionismus mehr erwartet, als vom italienischen. Über alles willkommen wäre jedoch ein Übereinkommen Rom-Berlin über Österreich, da man dadurch dem leidigen Dilemma zwischen den beiden faschistischen Hauptstädten entginge.

*Rom und der Balkan.* Es gibt gewiß ernste Gegensätze zwischen ihnen auch

außerhalb Österreichs; das Donaubecken nimmt sowohl der deutsche als der italienische Faschismus für sich in Anspruch, und ähnlich steht es auf dem Balkan. Befestigt sich Italien in Albanien, so wirbt Deutschland um Jugoslawien und dergleichen mehr. Aber dies sind Druckmittel und wiederum nicht unüberbrückbare Gegensätze; und im Bestreben, die Kleine Entente zu sprengen, treffen die Interessen wieder zusammen. Die römischen Süd- und Ostpläne bedrohen jedoch Deutschlands Interessen nicht mehr und erleichtern eine Vereinbarung. Die beiderseitigen Ansprüche im Osten können in Einklang gebracht werden und beruhen auf der gemeinsamen Voraussetzung einer Sprengung des heutigen geographischen Statuts.

In dieser Beziehung darf wieder die Auffassung der Nachbarn nicht unterschätzt werden, die ganz klar bei der Balkan-Entente-Konferenz von Belgrad im Mai zutage trat. Die gegenseitige Territorialgarantie der Balkanstaaten wurde auf den Angriff von seiten eines Balkanstaates beschränkt und für den Fall des Angriffs eines nichtbalkanischen Staates aufgehoben. Gleichzeitig wurde Albanien zu einem außerbalkanischen Staat proklamiert. Dies zeigt deutlich, daß man die Absichten Italiens auf dem Balkan ungefähr so beurteilt, wie Stalin vor kurzem von einem deutschen Angriff über eine „gleichene Grenze“ sprach. Gewiß ist dies kein Anzeichen von Kraft, aber vor allem eine Mahnung an Paris und London, daß die Balkanstaaten wohl untereinander, aber nicht gegen eine Großmacht die Aufrechterhaltung des Friedens garantieren können. Von der Türkei und Griechenland kann auch schwer verlangt werden, daß sie einen Waffengang zur See mit Italien wagen.

Jedenfalls ist dem zu entnehmen, daß die Großmächte derartigen Regionalpakten gegenüber nicht gleichgültig bleiben dürfen, sofern jene zu einem wirklichen Instrument der Friedensmacht werden sollen. In diesem Zusammenhang muß auch der Sowjeterfolg bei der Dardanellenkonferenz beurteilt werden, der den Russen die Möglichkeit gibt, einem bedrohten Verbündeten zu Hilfe zu eilen und auf diese Weise zugleich die Pläne gewisser englischer Kreise zunichte macht, die Mittelmeerfrage durch ein Übereinkommen bloß mit Italien zu lösen.

*Das Grundübel des Opportunismus.* All dies sind für die Pazifisten des Westens peinliche Ausblicke, sofern sie sich nicht entschließen wollen, für die Erhaltung des Friedens alle aufzubringende Macht einzusetzen. Nun, wir wollen keine Gespenster malen, keiner Hypnose unterliegen und die Dinge trotz aller Nähe vollkommen nüchtern beurteilen. Aber man muß ein wenig Voraussicht üben und in die Lage des andern, auch des Gegners, sich hineindenken, um nicht plötzlich Überraschungen zu erleben. Das bloß empirische Abwarten, das ewige Voraussetzen eines Fairplay auch bei Usurpatoren reicht nicht mehr aus, und wirkt schließlich ermüdend, wenn es als Instrument einer schwankenden Regierungspolitik benützt wird, wie z. B. in England. Mangel an Linie erweist sich zuletzt nicht nur als ideelles Minus, sondern auch als realpolitisches Minus. Das Aneinander-Vorbeigehen Englands und Frankreichs in puncto Mussolini und Hitler ist ein klarer Beleg dafür, wie sich der eigene Opportunismus rächt, wenn man vom Partner Grundsatz und Linie verlangt. Das kleinliche Übervorteilen, das gegenseitige Hereinlegenwollen — dies alles ist ein Spiel am Rande des Abgrunds. Was nützt, ist eben politische Linie und nochmals Linie, sollen wir nicht dem Chaos verfallen. Aufgabe der Sozialisten ist es, daß diese Linie die Friedenslinie ist und daß sie von ihnen gegebenensfalls erzwungen wird.

*Die Gefahr der Aufrüstung.* Nun ist es klar, daß diese Linie nicht diejenige der Rüstungspolitik sein darf, da sie erstens bisher immer zum

Krieg geführt hat, zweitens die bereits besprochene Gefahr des innern Faschismus in sich birgt. Drittens endlich, weil man nicht auf die „Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung“ hereinfallen darf, da doch die schweren Milliarden wahrhaft unproduktiv verausgabt werden, d. h. so gut wie keine dauernde neue Arbeitsgelegenheit schaffen und die Aufrüstung in dieser Beziehung schon wegen der hohen Gewinne keiner nützlichen Investitionstätigkeit gleichkommt. Alles was darüber in der „S. T.“ geschrieben wurde, ist richtig.

Aber: es ist nun einmal Tatsache, daß zwei Großmächte heute fieberhaft aufrüstende Regierungen besitzen, die mit dem Kriegswiderwillen der andern rechnen. Gewiß ist die heutige Landkarte Europas kein Ideal, jedoch bei weitem gerechter als die Vorkriegskarte; die Verwirklichung der deutschen, italienischen, polnischen, ungarischen Pläne würde das heutige Unrecht vervielfachen. Europa von neuem in nationale Kämpfe stürzen und auf diese Weise den Kampf um eine sozialwirtschaftliche Neugestaltung wieder durchkreuzen. Es ist zu hoffen, daß dies insbesondere vom sozialistischen Standpunkt zur Selbstverständlichkeit wird, damit Faschisten und Feudale einen ehrlichen sozialistischen Pazifismus nicht ferner mißbrauchen können.

Glaubt man diesen Zustand durch Zugeständnisse an die „dynamischen“ Diktaturen zu bewältigen, so ist dies ein böser Irrtum, da man niemanden von seinen Plänen abbringt, indem man sie selbst verwirklicht.

*Sozialistische Machtbeteiligung tut not.* Um aus besagtem fatalistischem Dilemma zwischen dem Überfall durch eine faschistische Diktatur und dem Erstarken des heimischen Faschismus durch Kriegsvorbereitung herauszugelangen, bedarf es der größtmöglichen Machtbeteiligung (von alleiniger Machtergreifung ist heute schwer zu reden) der Sozialisten. Es bedarf der schärfsten Kontrollausübung ihrerseits, damit eben die notwendigen Abwehrmaßnahmen durch den heimischen Faschismus nicht ausgenützt werden können. Jean Jaurès und die Jakobinertradition weisen hier, ihre ich nicht, den Weg und die französische Volksfrontregierung scheint ihn gründlich durchdacht zu haben. Sollte es — zum erstenmal! — glücken, durch Kriegsbereitschaft unter sozialistischer Kontrolle den Krieg zu verhindern, dann ist die Rechnung der astronomischen Milliarden, im Vergleich mit einem Kriege, immer noch billig bezahlt. Sobald man sich aber einen „Automatismus der Kriegsmaschinerie“ suggeriert, der von jeder Abwehrmaßnahme zwangsläufig zum Krieg führt — dann hat man die Chancen im vorhin aufgegeben.

Es bedarf freilich einer ganz groß angelegten sozialistischen Friedenspropaganda, die absolut nicht an den Rahmen der Partei gebunden sein darf. Sie soll nicht die „feindliche Nation“, sondern den dortselbst regierenden Faschismus unentzinnbar zum Kriegsschuldigen, zum Urheber der wahnwitzigen Abwehrmaßnahmen stempeln. Gleichzeitig muß sie ein international annehmbares Programm der Befriedigung Europas aufrollen. Selbstverständlich ist dies nicht möglich ohne Kraftanspannung zur machtpolitischen Erstarkung der sozialistischen Parteien — wozu heute die Lage im Westen und Norden die besten Voraussetzungen bietet —, aber speziell die Friedens-Aufbaupropaganda muß die weitesten Kreise erfassen.

Wer ein Besseres weiß, der möge raten; aber die Argumente, die in besagtem Fatalismus stecken bleiben oder sich der Illusion eines friedlichen Übereinkommens mit dem Faschismus oder über seine wahren Ziele einer Täuschung hingeben, die bringen kaum einen Rat.

*Die Folgen des faschistischen Februarrieges von 1934.* Man unterschätzt trotz allem noch immer die internationalen Zusammenhänge des faschistischen Kampfes gegen Demokratie und Sozialismus eben auch

dort, wo das Dilemma zwischen der Abwehr des äußern und der Erstarkung des innern Faschismus aufgestellt wird. Wir in Mitteleuropa haben es bitter erlebt: ohne den Sturz der gemäßigten Linksregierung in Paris am 6. Februar 1934 wäre Dr. Dollfuß' Gewaltstreich gegen die österreichischen Sozialisten in den folgenden Tagen unmöglich gewesen. Es nützt wenig, wenn dabei Mussolini vielleicht auf die Argumentation Hitlers hineingefallen ist, dem ja der österreichische Februar den größern Nutzen brachte, da er die österreichische Selbstständigkeitsfront zerspalte. Die Folge des Pariser Februar 1934 war jedenfalls ein Aufschwung beider Diktaturen\*) — freilich, die spätere Folge war die Volkstront, deren Sieg und Machtergreifung. Es soll dies daher selbstverständlich kein Vorwurf an die französischen Sozialisten sein, es soll bloß auf die außenpolitische Tragweite eines innern Umsturzes aufmerksam gemacht werden. Denn die zweite Folge, um von Geringerem gar nicht zu reden, war Laval, und durch Laval der Saar-Sieg des Dritten Reiches (s. oben) und der Fall Abessinien. Man sieht, der 6. Februar war für den Faschismus beider Abarten äußerst fruchtbar. Die Tschechoslowakei speziell ist dadurch erst recht zur „demokratischen Insel“ geworden, so daß die Faschisten hierzulande, wie bereits erwähnt, als Prediger des Friedens mit den (faschistischen) Nachbarn auftreten, deren Kriegspläne jedoch in Wahrheit durch einen Unfall Prags eine ausschlaggebende Erleichterung erfahren sollten.

Man weiß in diesem Lande nur gar zu gut, wie teuer der Faschismus Europa kommt, man spürt es am eigenen Leibe, man baut Befestigungen eine tausendjährige Grenze entlang, wo es niemandem mehr eingefallen wäre. Man muß neue Anleihen auflegen, die Dienstpflicht verlängern; die Hakenkreuzertätigkeit hat Ausnahmegesetze gezeitigt zur Parteiauflösung, zur Staatsverteidigung, zur Bevollmächtigung der Regierung usw. Selbstverständlich schlagen die Wellen herüber und werden von den heimischen Faschisten gründlich ausgenützt. Selbstverständlich sind alle Abwehrgesetze eben nur Rechtsnormen und alles hängt von ihrer Anwendung ab, d. h. davon, in welchen Händen die Anwendung liegt. Kurz, die beinahe zwangsläufige Gefahr für ein von faschistischen Diktaturen umgebenes demokratisches Staatswesen, gesteigert durch seine nationale Zusammensetzung, konnte nicht ausbleiben.

*Kriegsabwehr der demokratischen Staaten.* Drei Dinge müssen in den demokratischen Ländern im Auge behalten werden: die Faschisten dürfen sich erstens nicht des Abwehrapparates bemächtigen, und dürfen zweitens nicht in den Augen des Volkes als Hüter des Friedens belassen werden. Als Mittel dazu, drittens, keine statische „Verteidigung der Demokratie“ im Innern, sondern real-radikale Offensive und Machtexpansion des Sozialismus, durch den der demokratische Aufbau erst geleistet werden kann. Hierin liegt auch die aktuelle Aufgabe des Planismus.

Verstehen es die autoritären Regierungen, ihre Staaten zu faschisieren, so müssen eben die demokratischen Staaten aus der gleichen Tendenz hinaus radikal demokratisiert und sozialisiert werden, was selbstverständlich nicht durch faschisierende Methoden erreicht werden kann.

Also kein Präventivkrieg, sondern Kriegsprävention. Gelingt dies, so haben die faschistischen Regierungen eine Niederlage erlitten — da sie

\*) Tausend Ähnliches steht im heutigen Ringen in Spanien auf dem Spiel. Ein Sieg der Faschisten und Monarchisten wäre wohl gleichbedeutend mit einem Unfall Spaniens zu Italien, daher mit einer Isolierung Frankreichs innerhalb dreier Diktaturen, d. h. mit einer derartigen Bindung seiner Kräfte, die seinen Einfluß in Mitteleuropa aufs schwerste schwächen würde. Dagegen würde die Verschiebung im Mittelmeer, bedeutende italienische Kräfte im Süden und deutsche im Norden freimachen.

ohne Krieg ihre Ziele nicht erreichen können —, die entscheidend werden kann, wenn es, kurz gesagt, wenigstens zum Teil gelingt, die Handhabe der politischen Macht der Rüstungsindustrie und der hohen Finanz zu entwenden: eine klar umrissene Aufgabe für politische Sozialisten bei Benützung obiger Mittel. Auch darin dürfte sich das französische Beispiel als bahnbrechend erweisen.

*Pazifismus von heute.* Selbstverständlich stehen die Dinge nicht so, daß der Pazifismus bloß in ruhigen Zeiten etwas zu sagen hätte, heute jedoch eine Illusion ist. Hat er überhaupt etwas zu sagen, dann eben heute, wo es sich um die Er kämpfung des Friedens und Niederringung des Faschismus als eines ausgesprochenen Kriegssystems handelt. In Friedenszeiten braucht man nicht erst den Pazifismus. Allerdings darf der Pazifismus, den wir heute benötigen, kein kapitulierender, sondern ein zur Erzwingung und Verteidigung des Friedens bereiter sein. Illusion ist es nur zu glauben, daß man einen dauernden Frieden mit wem immer schließen kann, auch mit Regierungen, die durch Gleichschaltung den ganzen Staat zu einem Kriegsinstrument ausbauen. Auch der Pazifismus darf sich nicht auf eine bestimmte Taktik, als ob es eine Doktrin wäre, festlegen.

*Niederringung des Faschismus als Voraussetzung des Friedens.* Das Ziel ist ganz klar: soll es einen ernst zu nehmenden Frieden und ein ernst zu nehmendes Europa geben, so muß der Faschismus als destruktive Kraft eines verfallenden Systems niederrungen werden. Die erste Etappe dieses Niederringens heißt jedoch nicht Krieg, sondern Kriegsverhinderung, und zwar seinen beiden Hauptländern gegenüber. Das ist festzuhalten, denn trotz aller Betonung der Einheit des innern und des äußern Faschismus verißt man an die Grundtatsache, daß jede Stärkung (Schwächung) Deutschlands oder Italiens den Faschismus der betreffenden Abart in den übrigen Ländern wie durch ein kommunizierendes Gefäß stärkt (schwächt). Solange er daher als Regime auf bestimmte Länder beschränkt bleibt, muß alles gegen deren Machtentfaltung aufgewendet werden.

Es gab darin bisher keine Solidarität weder innerhalb noch zwischen den demokratischen Ländern; vom Boykott ist keine Rede mehr, ja, man fährt zur Olympiade nach Berlin und liefert dadurch Milliarden zur deutschen Aufrüstung. Ohne derartige Mängel wären sowohl Mussolini als Hitler bald nach ihrer Machtergreifung gestürzt worden. Vielleicht ist die Gefahr seither handgreiflich genug geworden, um hierin Abhilfe zu schaffen, vielleicht muß sie noch anwachsen. Solange erstens die Hochfinanz Frankreichs und Englands die Macht besitzt, Mussolini und Hitler eventuell auch gegen die Politik ihrer eigenen Regierung zu stützen, solange zweitens London gegen Paris Hitler und Paris Mussolini gegen London ausspielt, solange man daher die beiden Diktatoren als Schirmherren Europas gegen den Bolschewismus auftreten läßt und der UdSSR gegenüber reserviert bleibt, solange jeder das letzte Geschäft mit dem Gegner von morgen machen will — solange wird eben der Kampf in die Länge gezogen und der Enderfolg gefährdet.

*Der wirtschaftliche Hintergrund des Kampfes Demokratie—Faschismus.* Es ist natürlich kein Wunder, wenn der inner- und außenpolitische Kampf der mehr oder weniger demokratischen Staaten gegen den Faschismus immer wieder auf diese Weise durchkreuzt wird. Gibt es doch in diesen Staaten nicht nur starke politische faschisierende Gruppen, sondern vor allem überragende wirtschaftliche Interessengruppen, die ein Niederringen des Faschismus dem Anfang einer Niederlage des kapitalistischen Systems gleichsetzen. Was ja schließlich nicht falsch gesehen ist; man darf nicht vergessen, daß der Faschismus trotz

aller Angriffslust eine Abwehrbewegung gegen den drohenden Wirtschaftsumbau ist. Die Lage ist nun einmal so, daß die Leitung der Wirtschaft durch deren steigende Kompliziertheit aufhört, eine Privatangelegenheit zu sein, da die Privatleitung nicht mehr imstande ist, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch halbwegs aufrechtzuerhalten.

Dirigierte Wirtschaft, Planwirtschaft, wird daher zu einer immer allgemeiner anerkannten Lösung, was für viele Sozialisten eine gefährliche Täuschung in sich birgt: ist doch Planwirtschaft eine alte sozialistische Idee. Folglich sind wir, wenn wir sie einführen, dem Sozialismus einen entscheidenden Schritt nähergekommen. Gewiß — oder auch nicht; das hängt davon ab, in wessen Hand die Leitung der Planwirtschaft liegt. Sie kann genau so gut kapitalistisch wie sozialistisch sein; Italien, Deutschland, die Kartelle samt Syndikalisierung in anderen Ländern liefern Belege in beliebiger Anzahl.

*Der Kampf um die Staatsmacht als Wirtschaftslenker.* Eines jedoch ist sicher: wo immer und wie immer man an die Dirigierung herangeht, die maßgebende Macht wird vorderhand in den Händen des Staates liegen, da niemand mit ihm konkurrieren kann. Und dies ist die wirtschaftliche Grundlage des Kampfes zwischen Faschismus einerseits, Demokratie und Sozialismus andererseits: der Kampf um die Staatsmacht als den künftigen Lenker der Wirtschaft (wodurch das Dilemma Demokratie—Faschismus nicht auf das Wirtschaftliche reduziert werden soll).

Hierin liegt eben die entscheidende Bedeutung des Sieges der Volksfront in Frankreich; und deswegen sind in andern Ländern die Mittel zum gleichen Zweck zu suchen. Das Wesentliche der neuen Methode besteht darin, was bisher theoretisch verlangt wurde: in der Gewinnung eines Großteils der Mittelschichten zur Mitarbeit.

Solange den Volksmassen der Zutritt zur Staatsmacht nicht versperrt wird, können die Träger des heutigen Wirtschaftssystems nicht ruhig schlafen. Es ist nur folgerichtig, wenn sie die Demokratie aufheben und vernichten wollen. Denn nicht durch eine ideelle Parallele des Sozialismus mit der Demokratie, wohl aber durch den demokratischen Zugang zur Staatsmacht kann ein demokratischer Umbau der Wirtschaft angebahnt werden, der in eine sozialistische Konstruktion mündet. Ob dies glatt und ohne Gewalt geht, ist eine im allgemeinen nicht zu beantwortende taktische Frage. Aber nicht zu besreiten ist die Gefahr, die dem Kapitalismus selbst von der „bloßen“ politischen Demokratie her droht. Diejenigen Sozialisten, welche deren Bedeutung unterschätzen, könnten von den Faschisten lernen, die es gewiß nicht aus Schönheitsgründen auf die Vernichtung aller demokratischen Institutionen abgesehen haben.

Es ist auch vollkommen begrifflich, daß eine faschistische Regierung sich durch die bloße Existenz demokratischer Regierungen in der Nachbarschaft bedroht fühlt, auch wenn keine Kriegsgefahr besteht: es ist die Angst vor der Propaganda der Volksrechte und -freiheiten gegen das restaurierte Ancien régime. Daher das Streben der faschistischen Regierungen, die Demokratie — durch „Nichteinmischung“ — auch anderwärts zu stürzen, zur eigenen Sicherung. Auf diese Weise tritt es wiederum klar zutage, daß der Faschismus eben eine Abwehrbewegung ist.

Es liegt uns, wie gesagt, fern, den heutigen Machtkampf ideologisieren zu wollen und außerdem haben wir auch die wirtschaftliche Komponente des Ideologischen klargelegt. Aber es wäre ebenfalls naiv, dessen gewichtige Rolle zu überschen.

*Die Rolle des Sozialismus in den demokratischen und in den faschistischen Ländern.* Die Stellungnahme der Sozialisten der halbwegs demokratischen Länder ist in diesem Kampfe absolut klar, sie kann sich nicht trennen vom Interesse des eigenen Landes. Wer daran zweifelt, dürfte durch das heutige Frankreich hart belehrt werden. Hingegen läuft das Interesse der extremen Rechtsgruppen demjenigen des Landes entgegen; daher die Bereitschaft zur Gleichschaltung an den Nachbarn, bis zum Hochverrat.

Für die illegale sozialistische Bewegung in den faschistischen Ländern ist die Lage außerordentlich schwierig. Es wäre unverantwortlich, von ihr sinnlose Opfer zu verlangen. Sollte es aber doch zu einem bewaffneten Konflikt kommen, dann wird es notwendig sein, daß die revolutionären Kräfte in einer kritischen Situation den Mut finden, sich vom Regime zu trennen. Denn sonst würde sich eine verschlimmerte Wiederholung der Friedensverträge von 1919 schwer vermeiden lassen. Ist doch Deutschland bereits heute in der Meinung der Welt der Hauptschuldige des Wettübens und der präsumptive Angreifer eines künftigen Krieges. Das sollte in Deutschland bedacht werden.

Auch wenn es gelingt, den Krieg zu verhindern, kann es in Deutschland zu einer Lage kommen, die nicht weniger Mut erfordert, wenn einmal die ersten Zersetzungssymptome nicht mehr zu verheimlichen sein werden. Das kann noch lange dauern, kann aber durch die Auswirkungen einer festen Volksfront in Frankreich bedeutend beschleunigt werden.

Die Verhinderung des Krieges ist nicht nur ein selbstverständlich allgemein menschliches Interesse, sondern wie bereits gesagt, ein ganz spezifisch sozialistisches. Denn abgesehen davon, daß schon die Kriegsbereitschaft alle faschistischen Tendenzen stärkt, ist das Risiko der Berechnung, die den Krieg in eine Sozialrevolution umschlagen läßt, bei den heutigen Kriegswaffen viel zu hoch, als daß es aus diesem Grunde gewagt werden dürfte. Selbstverständlich müssen auch die Möglichkeiten durchdacht werden, die ein Krieg dem Sozialismus öffnet; denn ein faschistisches Regime kann schließlich den Krieg auch aus Verzweiflungsgründen entgegen der Vernunft wagen, da ihm ein freiwilliger Rücktritt versperrt ist. Aber dem Katastrophen-Wunderglauben sind wir doch schon entwachsen, und man soll ihn auch in den Ländern des illegalen Sozialismus nicht großziehen und kein Wunder von draußen erwarten. Der Friede ist für den gesamten Sozialismus der weitaus sicherere Weg.

Man darf sich durch bestimmte mitteleuropäische Ereignisse nicht deprimieren lassen. Es sei auch erlaubt zu sagen, daß wir übrigen Mitteleuropäer das Schicksal Europas nicht in Deutschlands Hand liegen sehen; daß wir auch innerhalb des Sozialismus — ohne jede nationale Voreingenommenheit — an keine schicksalhafte deutsche Führung glauben und daher auch von keinem geistigen Zusammenbruch des Sozialismus wissen. Es ist kein Zufall, daß das Land der Jakobinertradition auch in sozialistischer Hinsicht heute wieder den Weg weist; die vermeintliche Episode der Volksfront kann leicht zur Epoche werden.

Die Weltlage des Sozialismus ist eine außerordentlich komplizierte Kampflage, doppelt schwierig in einer Umbruchzeit, deren Bedeutung einmal historisch klar sein wird. Eben darum ist der Kampf, den es zu liefern gilt, wert, gekämpft, und das Leben eines jeden, der dies begreift, wert, gelebt zu werden.

Prag, 25. Juni 1936.

## Von England aus gesehen

# D. N. Pritt: Kapitalistische Regierung und sozialistische Friedenspolitik.

Diese kurze Darstellung setzt die Reihe der Stimmen aus der Labour Party fort, welche die „S.T.“ als wichtiges Material zur Kenntnis der Voraussetzungen internationaler sozialistischer Politik veröffentlicht.

D. N. Pritt hat kürzlich als Abgeordneter der Labour Party im Unterhaus die dem Faschismus freundlichen, das Wachsen des Antisemitismus tolerierenden Tendenzen in der britischen Polizei aufgedeckt und dadurch auch seine Einstellung innerhalb der Bewegung gezeigt. Er ist einer der wenigen englischen Juristen von hohem Rang, die sich der Arbeiterbewegung aktiv angeschlossen haben, und zwar an ihrem bewußt sozialistischen Flügel.

Die Außenpolitik der Labour Party besteht darin, die kollektive Sicherheit unter dem System des Völkerbundes zu unterstützen, für die Abrüstung aller Staaten durch jedes mögliche Mittel zu arbeiten, die tatsächlichen Kriegsursachen, ökonomische, soziale und politische, zu beseitigen; und in notwendiger Ergänzung dazu, sich jeder imperialistischen Politik oder auch jeder Anwendung von Gewaltpolitik seitens der britischen Regierung entgegenzustellen. Die Labour Party kann mit Recht für sich in Anspruch nehmen, daß nicht nur ihre Politik sich darin nie geändert hat, sondern daß auch bei jeder bedeutenden außenpolitischen Frage seit 1918 ihre Gesichtspunkte und Taktik richtig und jene der kapitalistischen britischen Regierungen falsch gewesen sind.

Unserer Ansicht nach hat die gegenwärtige Regierung schlüssig bewiesen, daß sie nur dann die Absicht hat, auf den Völkerbund zurückzugreifen und ihn zu unterstützen, wenn es den imperialistischen Interessen des britischen Reiches dient; sie sucht eher zusätzliche Sicherheit als kollektive Sicherheit. Die Regierung betrachtet den Völkerbund lediglich als eine nützliche Organisation zur Unterstützung ihrer nationalen und Reichspolitik. Schließlich ist sie so restlos imperialistisch wie die faschistischen Regierungen; diese sind nur relative Neulinge beim Stehlen, während sie sich davon weitgehend zurückgezogen hat und nun zähle die investierten Einnahmen ihres alten Gewerbes verteidigt. Dieses Regierungssystem versucht nicht einmal, irgendwas zu tun, irgendeine der Kriegsursachen aus der Welt zu schaffen; und ebensowenig teilt man dem Volke mit irgendwelcher Deutlichkeit mit, warum man aufrüstet und in welchem Ausmaße man es tut.

Natürlich ist es nur richtig, klar einzusehen, daß Deutschland und Italien definitiv Angreiferstaaten sind und daß Deutschland mit ungeheurer Schnelligkeit sich bewaffnet und dadurch den Frieden der Welt in Gefahr bringt. Der auftauchende und historisch gerechtfertigte Verdacht, daß die Berichte über Deutschlands Aufrüstung von Rüstungsindustriellen, die Aufträge bekommen wollen, erfunden werden, ist klarlich diesmal nicht die richtige Erklärung.

Nichtsdestoweniger ist die wichtigste Mahnung an Sozialisten heute die, daß sie sich nicht in Panik dahin treiben lassen sollen, eine Aufrüstungspolitik zu unterstützen, ebensowenig wie sie einerseits die Erklärungen der Regierung über ihre Aufrichtigkeit in der Unterstützung des Völkerbundes und in der Tätigkeit für den Frieden, andererseits jene fatalistische Einstellung

hinnehmen dürfen, „zwei oder drei Jahre“ auf einen mit Gewißheit kommenden Krieg zu warten und überhaupt nichts zu tun, um ihn abzuwenden, es sei denn, sich darauf vorzubereiten, ihn in großem Maßstabe durchzukämpfen. Diese fatalistische Einstellung ist etwas, was höchst aktiv bekämpft werden muß.

Die besonderen Fehler der heutigen britischen Regierung, die besondere und unmittelbare Gefahren erzeugen, sind die folgenden: erstens daß sie faktisch den Völkerbund zerstört; zweitens daß sie überhaupt nichts tut, um die Kriegsursachen zu beseitigen, da sie sich offenbar auf die Unvermeidlichkeit eines Krieges eingestellt hat; drittens daß sie — da sie keine andere positive Taktik, einem unvermeidlichen Krieg zu begegnen, kennt als die Aufrüstung, und da sie in ihrer egoistischen Torheit mehr Angst vor dem Sozialismus als vor dem Faschismus hat — bereit ist, mit jedem mächtigen kapitalistischen Staat, wie immer sein Charakter sei, Freundschaft zu schließen; und viertens daß sie jeder Krise mit keinem anderen Prinzip, mit keiner anderen Politik gegenübertritt als damit, die akute Gefahrenzeit zu überdauern und dann inaktiv auf die nächste Krise zu warten. Nur wenn direkte imperialistische Interessen mitverwickelt sind, zeigt sie Entschiedenheit, Konsequenz oder Mut.

Vom innerpolitischen Standpunkt aus gesehen ist es eine traurige Wahrheit, daß die britische Regierung im vergangenen Herbst eine glänzende Gelegenheit gehabt hat, das ganze Land auf Grund einer guten Außenpolitik zu einigen — das einzige, was zu tun ihr gelang, war, auf Grund einer schlechten Außenpolitik das Land zu spalten, und zwar zum großen Teil gegen sich selbst zu richten.

Unter diesen Umständen ist die große Lehre für die Labour Party, daß sie sich weder durch die Gefahr des Faschismus noch durch die Gefahr des Krieges dazu bringen lassen darf, ihre Zustimmung zu Imperialismus oder Aufrüstung zu geben. Die Gefahren des Faschismus und des Krieges können allein auf lange Sicht durch den Sozialismus ausgetilgt werden; auf kurze Sicht aber sind Krieg und britische Nationale Regierung beinahe auswechselbare Begriffe. Treibt diese Regierung aus und die Gefahr des Krieges schwindet; setzt auf ihre Niederlage eine starke positive Politik zur Beseitigung der Kriegsursachen und Krieg wird bald weiter in die Ferne gerückt sein, als er 1930 und 1931 gewesen, während die zweite Labourregierung im Amte war und Europa freier atmen konnte als Jahre vor- oder seither. Wenn wir imstande sind, in England eine sozialistische Regierung zu erringen, die mit sozialistischen Regierungen in der Sowjetunion und Frankreich zusammen arbeitet, dann kann der Frieden eine Realität werden, statt wie jetzt eine unruhige Pause zwischen Serien von Feindseligkeiten.

Wir dürfen unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß wir, um den Frieden zu erreichen, offen uns weigern müssen, für „das Empire“, „das Reich“ zu kämpfen, und daß wir unsere Bereitschaft verkünden müssen, als ersten Schritt unsere kolonialen Besitzungen Völkerbundsmandaten zu unterstellen. Die Gefahr des Krieges ist drängend, aber nicht unheilbar. Alles, was England braucht, ist Mut, Entschiedenheit, Prinzipien — und es würde schwer halten, eine politisch aufgeklärte Person zu finden, die der gegenwärtigen britischen Regierung irgendeine dieser Eigenschaften zuschriebe.

London, Juli 1936.

## Lucien Laurat: Die Volksfront an der Macht.

### Die Volksfront und ihr Programm.

Die französischen Wahlen vom 26. April und 3. Mai waren eine Reaktion der Volksmassen gegen die Deflationspolitik, die alle Regierungen während der vorhergegangenen Legislaturperiode geübt hatten. Die Ergebnisse dieser Deflationspolitik waren einfach katastrophal gewesen. Von 1932 bis 1936 blieb Frankreich auf dem Tiefpunkt stehen, den es im Laufe dieser Krise ausgewiesen hatte. In allen anderen Ländern — mit Ausnahme von der Schweiz und von Holland, die wie Frankreich der Deflation treu geblieben waren — ist gegenüber 1932 eine fühlbare Hebung der Produktion und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit festzustellen. In Frankreich, wie übrigens auch in Holland und der Schweiz, hat sich die Krise im Gegenteil vertieft.

Müde der Versprechungen, die man ihr immer wieder gemacht und dann niemals gehalten hatte, erklärte sich die französische Bevölkerung bei den Wahlen für eine Politik, die entschlossen den Bruch mit der mörderischen Deflation durchführt.

Gewiß wurde der Erfolg der Volksfront bedeutend leichter gemacht durch die Haltung der Kommunistischen Partei, die ihre verhängnisvolle und sektiererische Politik aufgab, welche sie bis 1934 betrieben hatte und welche in anderen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, so stark zum Sieg des Faschismus beigetragen bleibt. Diese Revision der kommunistischen Politik erklärt sich vor allem aus der äußeren Politik Moskaus. Seitdem Hitler in Deutschland an die Macht gekommen war, hat sich Rußland, unter dem Eindruck der direkten Bedrohung durch das Dritte Reich, Frankreich angenähert: die Folge war der französisch-russische Pakt. Die französischen Kommunisten sind also in Befolgung der Direktiven, die sie aus dem Kreml empfangen, daran interessiert, daß in Frankreich die Demokratie gegen die privilegierten Klassen aufrechterhalten bleibt, in denen sich gewisse Tendenzen bemerkbar machen, eine französisch-deutsche Allianz auf der Grundlage einer faschistischen Machtergreifung in Frankreich zu befürworten.

So haben also die französischen Kommunisten zum Siege der Volksfront beigetragen, die, wie man immer wieder erinnern muß, außerdem die Sozialistische Partei, die Radikale Partei und einige gemäßigt-sozialistische Gruppen zwischen der Sozialistischen und der Radikalen Partei enthält.

Das Programm der Volksfront ist kein sozialistisches Programm. Es ist ein Programm von Reformen, die vor allem dahinzielen, die Demokratie gegen die faschistische Bedrohung dadurch zu verteidigen, daß den Volksmassen jenes Maß von Wohlergehen gegeben wird, ohne welches diese Massen sich von der Demokratie abzuwenden und in die faschistische Falle zu geraten Gefahr laufen. Die hauptsächlichsten in diesem Programm vorgesehenen Maßnahmen der Wirtschaftsgesundung kann man in drei Worten zusammenfassen: Bruch mit der Deflation. Das Programm sieht vor die Hebung der Konsumkraft der Volksmassen und die rasche Durchführung eines Plans großer öffentlicher Arbeiten, eine Serie von Maßnahmen zur Erleichterung der unerträglichen Lage in der Landwirtschaft, ferner Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen, die zugleich einen wirksamen Schutz für die Sparer und die Reorganisation der Bank von Frankreich bedeuten.

Auch die Confédération Générale du Travail (Allgemeine Arbeiterföderation, die nunmehr nach der Beendigung der Spaltung geünte Zentralorganisation der französischen Gewerkschaften) hatte ihren Beitritt zum Programm der Volksfront erklärt. Für sie war das Programm nicht voll

befriedigend, da sie ihren eigenen „Plan der Arbeit“ ausgearbeitet hatte, der auf den zwei Grundpfeilern der Nationalisierung des Kreditwesens und der Schlüsselindustrien aufgebaut ist. Aber die CGT. gab sich darüber Rechenschaft, daß noch nicht alle Parteien, die die Volksfront bilden, für diese grundlegenden Maßnahmen gewonnen waren. Außerdem hält sie ihren Plan der Arbeit nur dann der Verwirklichung fähig, wenn er hinter sich die Mehrheit der Bevölkerung hat. Da diese Mehrheit noch fehlt, mußte sie notwendigerweise versuchen, in das Programm der Volksfront das Maximum dessen durchzusetzen, was für die Radikale Partei noch annehmbar war. Die Nationalisierung der Kriegsindustrien, die Reform der Bank von Frankreich und die öffentlichen Arbeiten sind die wesentlichen Punkte, die in dieser Reihenfolge im gemeinsamen Programm figurieren.

Da die Sozialistische Partei aus den Wahlen als stärkste Partei nicht nur der Volksfront, sondern der ganzen Kammer hervorging, wurde sie die Achse der neuen Mehrheit. Das Regierungsexperiment, das sie unternimmt, hat daher nichts mit der Regierungsteilnahme gemein, wie sie in gewissen anderen Ländern geübt wird (vornehmlich in Deutschland geübt wurde) und wobei die sozialistischen Minister nur allzuoft die Geiseln der kapitalistischen Klasse waren. Gewiß, die Sozialistische Partei wird in dieser Regierung nicht ihr eigenes Programm verwirklichen können. Aber die Parteien, die die Volksfront bilden, sind einmütig in der Verurteilung der Inflationspolitik. Das erlaubt der neuen Regierung, eine ziemliche Anzahl von gewichtigen Reformen zu unternehmen und tätig gegen die Krise zu wirken, in dem Maße, als eine solche Wirksamkeit innerhalb des Rahmens des Volksfrontprogrammes möglich ist.

Allerdings werden die tatsächlichen Ereignisse zeigen, und haben schon gezeigt, daß es nötig sein wird, über dieses Programm hinauszugehen.

#### **Die Streikwelle und die Gewerkschaften.**

Die Streiks, die am 26. Mai in Paris begannen und die ihren Höhepunkt um den 10. und 11. Juni in ganz Frankreich erreichten, unter Teilnahme von mehreren Millionen von Arbeitern, haben der französischen Arbeiterklasse einen Erfolg gebracht, der alle Erwartungen überstieg.

Die französische Arbeiterklasse ist endlich aus dem langen und schweren Schlaf erwacht, der fünfzehn Jahre gedauert hatte. Aber das ist nicht nur ein Erwachen, es ist ein historisches Ereignis allerersten Ranges.

Sicherlich muß man Befriedigung empfinden über die Erreichung der Vierzigstundenwoche, der bezahlten Urlaube, der Kollektivverträge, der Lohnerhöhungen. Aber diese Eroberungen würden nicht genügen, um diese Bewegung, die drei Wochen lang ganz Frankreich in Atem hielt, als eine historische zu qualifizieren. In fünfzig Jahren werden wahrscheinlich die Geschichtsschreiber der Arbeiterbewegung der Vierzigstundenwoche und den bezahlten Urlauben nur eine recht bescheidene Bedeutung zusprechen. Diese Streiks des Mai und Juni 1936 werden als historisch aus einem anderen Grunde erscheinen: sie bezeichnen in Frankreich den wahrhaften Beginn einer Massengewerkschaftsbewegung.

Taktisch hatte bis jetzt die französische Gewerkschaftsbewegung nur eine Elite der Arbeiterklasse umfaßt. Wenn sich auch die große Masse der französischen Arbeiter in Perioden der Aufregung und des Überschwanges gegen das Unternehmertum erhob, wenn sie auch einen ausgezeichneten Kampfegeist bewies, so widerstand sie doch einer Organisierung. Sogar unmittelbar nach dem Kriege, als die soziale Unrast am höchsten ging, sprachen selbst die

optimistischsten Schätzungen der damals, vor der Spaltung, noch einheitlichen CGT, maximal einundeinhalb Millionen Mitglieder zu. Nach der Gewerkschaftsspaltung, die im Dezember 1921 erfolgte, verfügten die beiden Zentralen zusammen vielleicht über eine Million gewerkschaftlich organisierter.

Man hat sich oftmals und vor allem im Auslande gefragt, wo die Ursachen dieser Schwäche der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich lagen. Da muß man vor allem die rückständige Struktur der französischen Industrie vor dem Kriege erwähnen. 1906 zählte die aktiv in der Industrie beschäftigte Bevölkerung 6,227.000 Personen, von denen 1,662.000 in der Statistik als Einzelbeschäftigte (*isolés*) angeführt wurden. Es handelte sich also da um Handwerker, die mit ihren eigenen Arbeiterinstrumenten arbeiteten, und nicht um Lohnempfänger. 1,957.000 arbeiteten in Betrieben, die zwei bis zehn Personen umfaßten, also in ganz kleinen Unternehmungen. Daraus geht hervor, daß mehr als die Hälfte der in der Industrie beschäftigten Bevölkerung für die gewerkschaftliche Agitation, Aktion und Organisation nur schwer erreichbar und zugänglich waren. Nur 42% der in der Industrie beschäftigten Bevölkerung arbeiteten in Betrieben, die mehr als 10 Personen umfaßten.

Im Laufe der letzten 25 Jahre hat die Industrialisierung Frankreichs und die Zentralisation der französischen Industrie beträchtliche Fortschritte gemacht. Im Jahre 1926 zählt man unter 7,122.000 in der Industrie Beschäftigten nur mehr 952.000 „Isolierte“. Die Zahl der Personen, die in Betrieben von 2 bis 10 Beschäftigten arbeiten, ist von 1,957.000 auf 1,843.000 gefallen, während die Zahl derer, die in Betrieben mit über 10 Beschäftigten arbeiten, von 2,608.000 auf 4,327.000 gestiegen ist.

Die Erschütterung der industriellen Struktur Frankreichs seit dem Kriege hat vor allem endlich die objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen Massenbewegung geschaffen. Aber diese Entwicklung selbst wurde von mehreren Faktoren verlangsamt und gehemmt. Die französische Arbeiterklasse hat sich nach dem Kriege merklich erneuert und „verjüngt“. Diese neuen Elemente konnten sich der gewerkschaftlichen Organisation nur kraft eigener Erfahrung anschließen. Auf der anderen Seite erlebte die französische Wirtschaft in den Jahren von 1921 bis 1930 eine fast ununterbrochene Periode der Hochkonjunktur, die mit einem spürbaren Mangel an Arbeitskräften zusammenfiel. Dies erlaubte den französischen Arbeitern, erträgliche Löhne und Arbeitsbedingungen zu erlangen, ohne sich dabei an die gewerkschaftliche Organisation zu wenden. Endlich lähmte die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung die Anziehungskraft dieser blutarmen und zum Skelett reduzierten Organisationen.

Man versteht leicht, daß unter diesen Voraussetzungen die Arbeiterklasse, sobald einmal die Krise hereingebrochen war, der Unternehmeroffensive keinerlei ernsthaften Widerstand entgegensetzen konnte. Innerhalb einiger Jahre nahm das Untermertum alle die Vorteile zurück, die es im Laufe der Prosperitätsperiode der Arbeiterschaft zugestehen hatte müssen. Zu der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen fügten die Kapitalisten den häßlichsten moralischen Druck: sie verfolgten ihre Arbeiter wegen Meinungsvergehen, sie gaben sie der Arbeitslosigkeit preis, weil sie Gewerkschafter oder Sozialisten waren, und sie zwangen sie oft sogar unter der Androhung sofortiger Entlassung zum Beitritt zu faschistischen Gruppen.

Der Triumph der Volksfront bei den Wahlen vom 26. April und 3. Mai gab diesen Arbeitern, die gleichzeitig in ihrer materiellen Existenz und in ihrer moralischen Würde getroffen waren, das Bewußtsein ihrer Stärke zu-

rück. Der politische Erfolg fand seine Rückwirkung in den Betrieben. Nachdem sie auf der politischen Ebene die Ketten einer reaktionären Mehrheit gesprengt hatten, führten die Lohnarbeiter ihren Angriff gegen die ökonomischen Ketten. Und das war die plötzliche Explosion, die zuerst die Industrie, dann den Handel erfaßte und schließlich auch die jungen Verkäuferinnen der großen Warenhäuser mitriß, welche bis dahin jeder politischen und sozialen Tätigkeit vollkommen desinteressiert gegenüber gestanden hatten. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß vier Fünftel derjenigen, die an dieser gewaltigen Aktion teilnahmen, niemals einer Gewerkschaft angehört hatten und niemals vorher durch irgendeine gewerkschaftliche Schulung gegangen waren.

Um so bewundernswürdiger die Ruhe und Würde, mit der sie ihre Aktion durchführten. Da waren Frauen und Männer, die niemals eine Rolle gespielt hatten und die sich nun spontan an die Spitze ihrer Genossen stellten, die einen ermutigten, den übermäßigen Eifer der anderen bändigten, und alle zur Disziplin anhielten. Wie sehr haben sich im Laufe dieses Kampfes die Charaktere enthüllt!

Es ist ein Jahrhundert her, daß die Arbeiter unter dem Druck der schlimmsten Knechtschaft und der grausamsten Not die Fabriken stürmten und die Maschinen zerstörten. Heute wachen die französischen Arbeiter, die erst zum Klassenbewußtsein und zur Klassenorganisation kommen, mit Leidenschaft darüber, daß nichts Schaden nehme, heute pflegen sie die Maschinen wie ihre Kinder. Welcher Weg wurde da durchlaufen! Und dies in einem Zeitpunkt, wo der Kapitalismus sich nicht mehr damit begnügt, die Lebensmittel zu zerstören, sondern dazu übergeht, Fabriken zu vernichten; in einem Zeitpunkt, wo die Arbeitslosen in Nord-Frankreich bei ihren Fabriken Wache stehen müssen, die die Kapitalisten der Zerstörung geweiht haben.

Das ist ein eindeutiger Beweis, daß die Leuchte des Fortschritts endgültig von der Bourgeoisie an die Arbeiterklasse übergegangen ist.

Was noch mehr zu bewundern ist — diese Masse von mehreren Millionen, ohne gewerkschaftliche Erziehung, zum ersten Male Teilnehmer an einer Bewegung von solcher Tragweite, die kaum die gewerkschaftliche Disziplin kannten und denen man erst weitläufig erklären mußte, was ein Kollektivvertrag ist, diese Masse also hat weder den paar trotzkistischen Agitatoren noch den faschistischen Provokateuren ein geneigtes Ohr geliehen, welche sehr befriedigt gewesen wären, hätten sie Wirren anstiften können, um dadurch der Volksfrontregierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Die französischen Arbeiter haben nun also die Vierzigstundenwoche, den bezahlten Urlaub, eine beträchtliche Erhöhung ihrer Löhne, Kollektivverträge und die Anerkennung der Gewerkschaften erobert. In Frankreich wird nun das Unternehmertum in keinem Unternehmen Maßregelungen gegen die Gewerkschafter durchführen können. Es wird sie als Gleichberechtigte behandeln müssen. Und so entsteht eine gewerkschaftliche Massenbewegung, die unumgängliche Voraussetzung einer Planwirtschaft, die auf Wirtschaftsdemokratie aufgebaut ist.

In diesem engen Zusammenleben von drei Wochen haben die französischen Arbeiter viel mehr gelernt als im Laufe der fünfzehn letzten Jahre. Diejenigen, die nach vierzehn Tagen oder drei Wochen friedlichen Sich-Einrichtens die Betriebe verließen, sind nicht mehr die gleichen Männer und Frauen, als die sie dort eingetreten waren. Das, was sie zusammen durchlebt haben, das, was ihnen das Leben selbst während dieser Prüfung gelehrt hat, wird für immer in ihrem Bewußtsein eingegraben sein. Bewußtsein, Disziplin, Organi-

sation; das sind die drei Eigenschaften, ohne die ein Gewerkschafter nicht auskommen kann. Das sind aber auch die Eigenschaften, die sie erworben haben und die von nun an die Stärke der französischen Gewerkschaftsbewegung ausmachen werden; diese ist damit zum ersten Male in der französischen Geschichte eine wirkliche Macht geworden, mit der jedermann wird rechnen müssen.

**Der Rubikon ist überschritten.**

In einigen Wochen des Kampfes hat also die französische Arbeiterschaft einen Sieg davongetragen, der einen Abschnitt in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung bezeichnen wird. Die Vierzigstundenwoche, die Arbeiterurlaube, der Kollektivvertrag sind Gesetz geworden. Gleichzeitig wird die CGT., zur Massenorganisation mit (Ende Juni) fast 3 Millionen Mitgliedern geworden, die Kraft sein, die notwendig ist, um die Einhaltung der Gesetze zu überwachen. Diese Tatsache scheint uns noch wichtiger als die Gesetzestexte selbst, die in der Kammer beschlossen wurden. Faktisch zeigt die Erfahrung, daß die besten Gesetze Gefahr laufen, zu „Fetzen Papier“ zu werden, sobald die Ausgebeuteten nicht mehr über die materielle Kraft verfügen, um ihre Anwendung zu sichern.

Die unerhofften Ergebnisse dieser gewaltigen Streikwelle haben alle Gegebenheiten des Kampfes gegen die Krise merkbar verändert. Vor der Eroberung der schwerwiegenden Reformen, die heute eine vollendete Tatsache sind, schien die Aufgabe der Volksfront verhältnismäßig einfach. Gewiß war sich jedermann darüber klar, daß die Reinigung der Augiasställe der Deflation eine harte Anstrengung erfordern werde. Eine völlige Umschaltung war in jeder Weise unumgänglich.

Zur Bekämpfung der Krise hatte das Programm der Volksfront eine ganze Serie von Maßnahmen vorgesehen, um die Kaufkraft der Volksmassen wiederherzustellen, welche die Krise zerstört oder herabgesetzt hatte: nationaler Arbeitslosenfonds, Verkürzung der Arbeitswoche ohne Kürzung der Wochenlöhne, Entschädigung für die alten Arbeiter, große gemeinnützige Arbeiten in Land und Stadt usw. Die Reform der Bank von Frankreich und die Nationalisierung der Kriegsindustrien hatten dort ihren Platz.

Ein wichtiger Teil der vorgesehenen Reformen ist heute schon verwirklicht. Seit den ersten Wochen des Bestandes der Volksregierung ist das Steuer so gründlich herumgeworfen worden, daß die heute erst beschlossenen Reformen rasch von tiefergreifenden und gewichtigeren Reformen gefolgt werden müssen, soll die französische Wirtschaft ein neues Gleichgewicht an Stelle des alten Gleichgewichtes finden, das nun endgültig der Vergangenheit angehört. Mit anderen Worten, Frankreich hat den Rubikon überschritten. Es kann nicht mehr zurück zur Deflation, zur Wirtschaft, die von den „200 Familien“ gegen die Interessen der ungeheuren Mehrheit des Volkes geleitet wurde. Es kann aber auch nicht stehen bleiben, denn die ersten Reformen, die eben durchgesetzt wurden, haben die französische Wirtschaft bis in ihre Grundfesten erschüttert. Man muß also nach vorwärts schreiten, um die schon erreichten Reformen auf die festen Fundamente einer neuen organisierten und dirigierten Wirtschaft zu stellen.

Es ist nun schon mehr als vier Jahre, seit wir in unserer Schrift „Dirigierte Wirtschaft gegen gefesselte Wirtschaft“ („Économie dirigée contre économie enchaînée“) schrieben, daß die Erhaltung oder Erhöhung der Löhne zur Folge hätte, daß „die Gewinnmarge noch mehr verringert, also die Krise verschärft würde“. Wir haben hinzugefügt: „Wir täten Unrecht, die Erweiterung des

inneren Marktes zu befürworten, wenn wir nicht gleichzeitig Maßnahmen vorschlagen, die den Rahmen des Kapitalismus sprengen.“ Unsere Voraussetzungen werden nun Wirklichkeit.

Die monopolisierten Schlüsselindustrien werden gewiß ohne Schaden die Vergrößerung der Lasten aushalten, die für sie aus den neuen Eroberungen der Arbeiterschaft erwachsen. Aber die Industrien, in denen noch die freie Konkurrenz herrscht, und vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, deren Gewinnmarge seit langem sehr herabgesetzt ist, ebenso wie die Industrien, die hauptsächlich für den Export produzieren, laufen Gefahr, diesen neuen zusätzlichen Belastungen nicht begegnen zu können. Man darf nicht vergessen, daß seit der Devaluation (Abwertung) in den zwei großen angelsächsischen Staaten das allgemeine Niveau der Preise in Frankreich 20 bis 25% über den Weltpreisen liegt. Selbst eine leichte Erhöhung der französischen Selbstkosten wird also für den Exporthandel Frankreichs äußerst gefährlich sein.

Anderswärts besteht die Gefahr, daß die Erhöhung der Engros-Preise, die aus der Erhöhung der Selbstkosten resultiert, eine Steigerung der Lebenskosten bewirkt. Die öffentlichen Arbeiten, die in allernächster Zeit in Angriff genommen werden sollen, und welche die Kammern aufgefordert werden, ohne Verzug zu bewilligen, werden die budgetären Ausgaben empfindlich erhöhen. Dadurch wird das Budgetdefizit vergrößert werden, umso mehr, als die Regierung heute schon zugesichert hat, daß jene Industrien und Betriebe Hilfe empfangen werden, die unfähig sind, die neuen sozialen Lasten aus der Vierzigstundenwoche, den bezahlten Urlauben und den Lohnerhöhungen zu tragen.

Sehr richtig hat Léon Blum unterstrichen, daß es sich dabei um eine vorübergehende Anpassungsperiode handelt. Aber gerade während dieser Periode wird die Volksfrontregierung gigantische Aufgaben zu lösen haben und wird ihre Fähigkeit, zu regieren, in vollem Ausmaße in Anspruch genommen sein.

Um sich einen Weg durch die Schwierigkeiten zu bahnen, die wir schon vor vier Jahren vorausgesagt haben, wird die Regierung mit äußerster Schnelligkeit handeln müssen.

Sie wird den Industrien und Unternehmungen, die zu einer sofortigen Anpassung an die vergrößerten Lasten nicht fähig sind, zu Hilfe kommen müssen. Aber sie wird dies differenzierend zu tun haben: damit diese Hilfe nicht von lebensfähigen Betrieben mit Beschlag belegt und dazu ausgenutzt wird, ohnehin schon zureichende Benefizien zu vergrößern, zwingt sich die Kontrolle der Produktion auf. Die Regierung hat versprochen, dem Exporthandel zu Hilfe zu kommen. Auch dort wird die Kontrolle in Gegenrechnung zur Hilfeleistung der Allgemeinheit zwingend notwendig. Um eine ungerechtfertigte Erhöhung der Engros-Preise zu verhindern — wiederum Kontrolle der Produktion. Um die Steigerung der Lebenskosten zu verhindern oder zu bremsen, wird man nicht nur zur Kontrolle, sondern auch zu einer völligen Umgestaltung des Steuersystems schreiten müssen, wie sie Vincent Auriol, der Finanzminister, schon vorbereitet.

Alles dies greift ineinander. Das Aufgeben der Deflation schließt in sich das Aufgeben der sogenannten liberalen Wirtschaft, das heißt jener Wirtschaft, die vom Monopol- und Finanzkapital gelenkt wird. Aber die moderne Wirtschaft, dieser unendlich komplizierte Mechanismus, kann nicht ohne Lenkung bleiben. Die Übergangsperiode der Anpassung, von der Léon Blum gesprochen hat, wird also in Wahrheit eine Periode sein, die gekennzeichnet wird durch den Übergang von der durch die „200 Familien“ geleiteten Wirtschaft zur Wirtschaft, die vom ganzen Volk bestimmt wird. Eines der Gesetze, die vor

Leopold

(Poldi) KULCSAR

Ise

KULCSAR

normalig Ise BAREA

geht Wien

Wichtige von  
~~Arthur~~

ARTURO BAREA

= Milch Hammer

nicht Anker sein -

Institut für  
 Technische

die Kammer gebracht werden, handelt von der Reform der Bank von Frankreich als erstem Schritt zur neuen dirigierte Wirtschaft.

Unter dem Antrieb der mächtigen sozialen Bewegungen der letzten Wochen hat Frankreich mit der Vergangenheit gebrochen und wendet sich in beschleunigtem Tempo neuen und kühnen Lösungen zu.

#### **Perspektiven.**

Wir stehen also am Anfang des französischen „New Deal“. Der französische Versuch, der nun beginnt, nimmt einen besonderen Platz unter den großen wirtschaftlichen Experimenten ein, die man fast überall im Laufe dieser Krise unternommen hat.

In den Vereinigten Staaten, in Belgien und in Skandinavien, begannen diese Experimente mit der Abwertung, der sich erst später soziale Maßnahmen von größerer oder geringerer Reichweite anschlossen (Industriecodes, Erhöhung der Massenkaukraft, große gemeinnützige Arbeiten usw.).

Die faschistischen Experimente hingegen rührten nicht an die Währungsparität — wenigstens dem Namen nach nicht. Sie zeichnen sich durch eine systematische und grausame Senkung des Existenzniveaus der arbeitenden Klassen aus, während sie gleichzeitig große Arbeiten aller Art unternahmen, die in großem Maße, was nicht wundernehmen darf, der Kriegsvorbereitung dienen.

Man sieht sofort, daß die Anfänge des französischen Experiments sich deutlich von der einen wie der anderen dieser beiden Methoden unterscheiden. Frankreich beginnt mit der Hebung der Existenzbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, indem es dem Lande eine Sozialgesetzgebung schenkt, die es nie vorher gekannt hatte. Es schickt sich an, einen Plan großer Arbeiten zu verwirklichen, aber all dies ohne, wenigstens am Beginn, zu Währungsmanipulationen zu greifen.

Können aber solche Währungsmanipulationen auf die Dauer vermieden werden? Für den Augenblick nimmt die Regierung keine Reduktion der Goldparität des Franc in Aussicht, außer als „internationale Angleichung“, was offensichtlich Verhandlungen bezüglich einer internationalen Währungsstabilisierung voraussetzt. Aber dort stehen wir noch nicht.

Indessen haben sich, so wie wir im vorigen Abschnitt andeuteten, die Ereignisse im Laufe der letzten Wochen überstürzt. Um den bedrohten Betrieben und Industrien eine Anpassung an die neuen Bedingungen zu erleichtern, eine Anpassung, die schwierig sein wird, wird die Regierung gezwungen sein, ein wachsendes Budgetdefizit in Ordnung zu bringen. Wenn sie sich aus politischen Rücksichten (die Kommunisten bekennen sich zu restloser Gegnerschaft gegen die Devaluation) nicht zu einer Herabsetzung des Gewichtes der Geldeinheit entschließen kann, wird sie zu verschiedenen Formen der Inflation gedrängt werden, ein Vorgang, der nur gefährlich würde, wenn er gewisse Grenzen übersteige.

Die Devaluation (Abwertung) wäre unserer Meinung nach die am wenigsten riskante Lösung, da sie erlauben würde, fühlbar und unmittelbar die gefährlichsten Spannungen dieser Anpassungsperiode zu verringern. Außerdem würde die Devaluation — so wie in anderen Ländern, die sie durchgeführt haben — eine sofortige Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit hervorrufen. Man weiß, daß eine Ankurbelung, die nur auf Grund einer Devaluation erfolgt, nicht Dauer hat. Aber dank dieser ersten Ankurbelung würde die Volksfrontregierung einen Aufschub gewinnen, der ihr erlaubt, mit größerer Systematik die großen Reformen vorzubereiten, deren Verwirklichung unumgänglich ist, wenn Frankreich die Krise überwinden soll.

Der Erfolg dieses Wirtschaftsexperiments wird die beste Garantie für die Langlebigkeit der Regierung Léon Blum sein. Aber die Dauer dieser Regierung und der Volksfront im allgemeinen ist überdies abhängig von dem Zusammenhalt des Blockes der zwei großen Klassen, die diese Mehrheit ins Parlament entsendet haben: der Arbeiterklasse und der Mittelschichten (die Bauern hier inbegriffen). Es wird also für die Regierung erforderlich sein alles zu vermeiden, was diese Vereinigung voraussichtlich belasten würde.

Aber es obliegt der Sozialistischen Partei und der CGT., durch tägliche Propaganda den bäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen begreiflich zu machen, daß die Lösungen, die über das ursprüngliche Volksfrontprogramm hinausgehen, sich aufzwingen, und warum sie sich aufzwingen. Eine abstrakt-theoretische Propaganda wäre natürlich unzureichend und unwirksam. Es wird notwendig, diese Massen durch ihre eigenen Erfahrungen zum notwendigen Verständnis zu führen. Aber wir sind davon überzeugt, daß das große, nun beginnende Experiment ihnen genug kleine greifbare und fühlbare Erfahrungen liefern wird.

Paris, Ende Juni 1936.

Robert Werner:

## Sozialistische Nationalpolitik.

Im politischen Leben der Gegenwart spielt der Nationalismus eine beherrschende ideologische Rolle. Alle zwischenstaatlichen Gegensätze, die imperialistischen Tendenzen wie die den gegenwärtigen Stand staatlicher Abgrenzung und nationalpolitischer Machtverteilung verteidigenden Bestrebungen, kleiden sich in das Gewand von nationalen Interessen, nationaler Behauptung, nationaler Einigung, nationaler Verselbständigung oder angeblich notwendiger Ausdehnung des national-staatlichen Machtbereiches.

Je nachdem es sich um eine dieser Kategorien handelt, ist das Wesen des politischen Nationalbewußtseins unterschiedlich zu bewerten. Nicht immer handelt es sich um jene Überbetonung, die wir im Sprachgebrauch mit Nationalismus bezeichnen. Aber unzweifelhaft nimmt mit zunehmender wirtschaftspolitischer Abgrenzung der Staatsgebiete der Nationalismus zu. Seine modernste Ausprägung, die zugleich die größte politische Wirkung auslöst, ist der faschistische Nationalismus. Er unterscheidet sich grundsätzlich von dem selbstsicheren Nationalbewußtsein der westlichen Staaten, in deren Bereich die bürgerliche Revolution den Feudalismus liquidierte. Er ist auch nicht mit dem Chauvinismus von ehemals identisch, sondern dessen totalitäre, expansiv-imperialistische Fortentwicklung. Der faschistische Nationalismus erhebt die Überwertigkeit der eigenen und die Minderwertigkeit aller übrigen Nationen zur Staatsreligion, von der alle störenden Einflüsse durch Polizeimittel und organisatorisch-propagandistisch genutzte moderne Psychotechnik ferngehalten werden. Die nationalistische Staatsreligion ist absolut, totalitär und erhebt den Anspruch auf widerspruchslöse Anerkennung. Wer sich gegen sie erhebt, verfällt der Inquisition. Sie ist der politische Ausdruck des Faschismus, aber auch ein wichtiges Mittel seiner politischen Machtstellung und eine bewegende Kraft seiner Politik. Gewiß sind die wirtschaftlichen und soziologischen Faktoren in der Entstehung und der Verfestigung des faschistischen Staatssystems von primärer Bedeutung.

ist das faschistische Regime Träger jener besonderen Form des Spätimperialismus, der durch die Verbindung von hochentwickelter industrieller Technik mit feudalistischer Agrarverfassung, durch steigende Bevölkerungszunahme und den Mangel einer expansiven Kapitalsakkumulation charakterisiert und in seinem politischen Handeln bestimmt wird. Doch es wäre abwegig, zu verkennen, daß der Nationalismus hier nicht nur die Funktion der ideologischen Verkleidung erfüllt, sondern auch zur politisch bewegenden Kraft wird. Weder die aktive, an die Vorstellung vom einstigen römischen Weltreich anknüpfende, koloniale Expansion des italienischen, noch die mehr latente, national bestimmte Expansion des deutschen Faschismus wären ohne die zur Staatsreligion erhobene nationalistische Ideologie des Faschismus vorstellbar.

Neben diesem, im Vordergrund des politischen Blickfeldes stehenden faschistischen Nationalismus ist die Welt, ist insbesondere Europa von einer Reihe von Nationalproblemen anderer Art erfüllt: vom Behauptungswillen der kleineren Nationen und der erst nach dem Weltkrieg zur Eigenstaatlichkeit gekommenen Völker wie auch großer nationalstaatlicher Bereiche alten geschichtlichen Bestandes, von den Minderheitenfragen, d. h. dem Problem der nationalen Abgrenzung und schließlich von der Tendenz zu neuer Nationsbildung.

#### **Das Wesen der Nation.**

Die Nationalprobleme wurden bislang, insbesondere seit dem Weltkriege, von sozialistischer Seite kaum beachtet, geschweige denn kritisch untersucht, gewertet, noch gar zum Ausgangspunkt einer eigenen, von dem geistigen Einfluß der jeweils gesellschaftlich bestimmenden Schicht unabhängigen Nationalpolitik gemacht. Soll nunmehr ein solcher Versuch unternommen werden, so ist natürlich als erstes die Begriffsbestimmung des Wesens der Nation notwendig. Eine solche marxistisch begründete Begriffsbestimmung hat seinerzeit Otto Bauer in einem Buch über die Nationalitätenfrage<sup>\*)</sup> gegeben. Bauer überwindet den bürgerlichen Nationsmythos, indem er feststellt, daß der Nationalcharakter keine Erklärung, sondern zu erklären ist. Er erklärt ihn als geschichtlich geworden; der Abstammung nach aus der Integration der Stämme zu Völkern und folgender geschichtlich bedingter Differenzierung der Völker; sprachlich aus der Integration der Stammes- und Lokaldialekte zur überregionalen Verkehrssprache, die sich, je nach Verlauf des geschichtlichen Prozesses, ebenfalls differenziert; und schließlich allgemein auch aus geschichtlicher Gemeinschaft. Retrospektiv genügt diese Erklärung. Zur Gegenwartsbetrachtung, insbesondere für Europa, und zur Ausrichtung sozialistischer Nationalpolitik für die Zukunft, ist jedoch eine nähere Erörterung der Beziehung zwischen Sprache und Nationalbewußtsein notwendig. Bauer erklärt zur Sprachenfrage: „Nicht alle, die eine Sprache sprechen, sind eine Nation, aber keine Nation ist möglich ohne gemeinsame Sprache.“ Begreift man nun aber die Nation, ebenfalls nach Bauer, als „aus Schicksalsgemeinschaft erwachsene Charaktergemeinschaft“, so ist der zweite Teil dieses Satzes bereits fraglich. Die Schweizer sind sicherlich eine solche, durch Schicksalsgemeinschaft gefügte Charaktergemeinschaft von ausgeprägt schweizerischem Nationalbewußtsein. Elsässer, Bretonen und Korsen fühlen sich aus geschichtlicher Bindung in ihrer Mehrheit als Franzosen. Es gibt ein ausgesprochen belgisches Nationalbewußtsein. Gibt es also doch mehrsprachige Nationen? Man wird dies nicht einfach verneinen können. Andererseits ist dieses nur historische, nicht sprachlich gebundene National-

<sup>\*)</sup> Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Schriftenreihe „Marx-Studien“, herausgegeben von Dr. M. Adler und Dr. R. Hilferding, erstmals erschienen 1907, Neuauflage 1924, Volksbuchhandlung Wien.

bewußtsein von bestimmten Voraussetzungen abhängig und den Einflüssen der sie überschneidenden Sprachgemeinschaften ausgesetzt.

#### **Sprache und Nation.**

Die Beziehung zwischen Sprachgemeinschaft und Nationalbewußtsein, ihre politische Auswirkung sind äußerst verschiedenartig, oftmals nur lose und von anderen geschichtlichen Charaktermerkmalen übertönt, oftmals aber bestimmend, und zwar unabhängig von geschichtlicher oder territorialer Gemeinschaft. Ausgesprochen konservativ-lokalen Charakter trägt die, meist bäuerliche, Sprachgemeinschaft der Sprachinseln; etwa der deutschen Kolonistensprachinseln außerhalb und innerhalb Europas, der lausitzer Serben (Wenden), der ostpreußischen Masuren, der Kroaten nördlich der Alpen, der französischen Basken, obwohl letztere schon nicht mehr als Sprachinselbewohner angesehen werden können. Die Sprachgemeinschaft beruht hier auf Abstammung in territorial eng begrenztem Gebiet, bei konservativer Gesellschaftsverfassung, also im wesentlichen auf dem Moment der Beharrung. Der Sprachschatz ist begrenzt. Tritt der Sprachinselbewohner aus seinem dörflichen in den Lebenskreis seiner Umgebung, so paßt er sich ihr, besonders wenn sie wie etwa bei den Wenden industrialisiert ist, sprachlich wie national bald an. Ist die Sprachinsel hingegen schon ein größerer, nicht nur bäuerlicher Lebensraum, ist vor allem die Sprache anderwärts eine Weltsprache, so wirkt bereits die wenn auch territorial abliegende große Sprachgemeinschaft auf die Sprachinsel, so wird unter Umständen ein gemeinsames Nationalbewußtsein mit dem Hauptwirkungsbereich der Sprache geweckt.

Eine besondere Rolle spielt die Sprachgemeinschaft bei den Nationen, die im 20. Jahrhundert aus dem geschichtslosen Dunkel auf die Bühne politischen Geschehens traten, die ich aber nicht gleich Bauer insgesamt „geschichtslose Nationen“ nennen möchte. Denn unter ihnen finden sich Völker, die zwar Jahrhunderte unter nationalfremder Herrschaft verbrachten und deren nationaler Bestand, in diesen Fall als Bestand der Sprachgemeinschaft und der Verkehrsgültigkeit der Sprache begriffen, unstritten war, die aber doch eine geschichtliche Tradition, eine vollentwickelte Sprache besaßen und deren Gegensatz zu den Herrschenden, national wie soziologisch, nie ganz aufhörte, ein politisches Problem des betreffenden Territoriums darzustellen. Geschichtslos blieben seit den Zeiten der Stammesverfassung die kleinen baltischen Bauernvölker, die nach dem Zusammenbruch der zaristischen politischen und der deutsch-baltischen Feudalvorherrschaft im Zeichen einer bäuerlichen Besitzarrondierung ihre Nationalrevolutionen durchführten. Dagegen kann man weder die Tschechen, noch die Kroaten und Serben, noch die Polen als geschichtslos bezeichnen.

Im Bereich der nationalrevolutionären Völker ist die Sprachgemeinschaft identisch mit der Abgrenzung des Nationalbewußtseins und damit nicht nur Ausdruck einer Verkehrssprachengemeinschaft, sondern politisches Moment, politisch bewegende Kraft. Die Bedrohung der nationalen Existenz, oftmals sozial zu erklären, aber immer als Bedrohung der Sprachgemeinschaft aufgefaßt, überschattet hier die Klassengegensätze innerhalb der durch die Sprachgemeinschaft charakterisierten Nation. Nach der national-staatlichen Konsolidierung verpflichtet sich diese Bindung meist wieder, denn die gesellschaftlich vorherrschenden Schichten vermögen der Freiheitslosung, in deren Namen die besitzlose Klasse auf die nationalen Barrikaden stieg, keine sozial-revolutionäre Wirkung zu geben. Wo hingegen der Herrschaftsanspruch der territorial-staatlich mit der befreiten Nation zusammenlebenden, nun zur Minderheit gewordenen Nachbarnation immanent weiterbesteht, wo der nationalstaatliche Cha-

rakter des neuen Staates oder eines Teilgebietes an sich bestritten bleibt, dort lebt die national-revolutionäre Tradition weiter und mit ihr die Überbrückung sozialer Gegensätze zu Gunsten der sprachlich-nationalen Erhaltung.

National-revolutionären Charakter haben scheinbar auch die vielfältigen autonomistischen Regionalismen (Selbstständigkeitstendenzen von kleineren Gebietsgruppen). Es müssen dabei zwei grundsätzlich verschiedene Arten des Regionalismus unterschieden werden; der Regionalismus, der innerhalb geschichtlicher Staatsgrenzen durch die zunehmende kulturelle Verselbständigung (die oft allerdings in ihrer Entwicklungsmöglichkeit recht begrenzt ist) geschichtslos und von ihrer Umgebung sprachlich abgegrenzter Völker entspringt, und andererseits die regionalistische Differenzierung aus einer eng verwandten Sprachgemeinschaft. Zu der ersteren Art Regionalismus, dessen politische Bedeutung bislang gering ist, sind die Basken, Bretonen, Walliser und die nicht-russischen Völker der Sowjetunion zu rechnen, zur zweiten etwa die Katalanen, Slowaken, Kroaten; allenfalls auch die Ukrainer in der SU. Der sprachverwandte Regionalismus hat tatsächlich meist keine sprachlichen, sondern soziologisch, strukturell wirtschaftliche, geschichtliche oder religiös traditionelle Gründe. Der sprachlich verschiedene Regionalismus entwickelt ein an die überlieferte regionale Sprachgemeinschaft gebundenes Sonder-Gemeinschaftsbewußtsein.

Die sprachverwandten Regionalismen sind unstritten und ihre Grenzen fließend. Es gibt Katalanen mit primär spanischem und solche mit primär katalanischem Nationalbewußtsein, irische Nationalisten und Anglo-Iren, jugoslawisch orientierte Südslawen und partikular nationalbewußte Bulgaren, Serben, Kroaten, Slowenen, tschechoslovakische Slowaken, und slowakische Autonomisten. Obwohl durch seine Oppositionsstellung zur zentralen Staatsgewalt als national-revolutionär angesehen, ist der sprachverwandte Regionalismus tatsächlich meist konservativ, rückschrittlich. Kulturell bedeutet er die Verengung des Geltungsbereiches einer an sich allgemein verständlichen Verkehrsschriftsprache, politisch oftmals Abwehr des Fortschritts. Ein typisches Beispiel hierfür ist die bäuerlich-klerikale Abgrenzung des slowakischen Autonomismus von der hussitisch beeinflussten Kulturentwicklung der mehr industriellen böhmischen Länder. Obwohl umgekehrt der katalanische Autonomismus in der bäuerlich-bürgerlich-industriellen Struktur Kataloniens begründet ist und seine Tendenz ursprünglich Abwehr des feudalistisch-klerikalen Zentralismus war, ist auch er, zumindest im Bereich der Arbeiterbewegung, zum Hemmschuh der Entwicklung geworden: der asturische Bürgerkrieg wurde in Barcelona verloren.

Sprachlich ist der sprachverwandte Regionalismus ein überaus interessantes Beobachtungsgebiet, denn nirgends erweist sich die Relativität der sprachlichen als nationaler Abgrenzung so deutlich wie hier. Alle regionalen Autonomismen sprachverwandter Art sind sprachlich-kulturell bestreitbar, denn für alle lassen sich Gegenbeispiele der Sprachdifferenzierung im Bereich einer Schriftverkehrssprache finden, die mindestens ebenso, wenn nicht mehr differenziert sind. Zwischen Hochdeutsch und dem Platt der Wasserkante, zwischen Schriftitalienisch und Friaulisch oder Sardisch, zwischen Hochpolnisch und obereschlesischer Mundart sind die Unterschiede mindest so wesentlich wie etwa zwischen katalanisch und kastilisch, slowakisch und tschechisch.<sup>2)</sup> Die Überie-

<sup>2)</sup> Dabei kann man in der Gegenwartsgeschichte deutlich den sprachlichen Nationswerdungsprozeß beobachten. Bauer berichtet vor dreißig Jahren noch von der österreichischen Staatsräte, die nur eine „böhmisch-mährisch-slovakische“ Umgangssprache besaßen, eine dreifachdifferenzierte Einheit. Durch die Eigenstaatlichkeit aber hat sich ein unbestrittenes Schrifttschechisch herausgebildet, das die Schriftverkehrssprache auch der mährischen Slowaken darstellt. Nur die — deutschnational fühlenden — Hutschiner bezeichnen sich selbst sprachlich noch als „moravi“.

hung zwischen Sprachgemeinschaft und Nationalbewußtsein ist also in Wahrheit fließend, relativ, geschichtlich bedingt und fixiert. Besonders deutlich wird dies in jenen Bezirken, in denen Sprache und Nationalbewußtsein sich überschneiden. Es gibt beispielsweise alemannische Deutsche mit deutschem (Oberbaden), mit französischem (Elsas) und mit schweizerischem Nationalbewußtsein. Es gibt Friesen, deren Nationalbewußtsein und Schriftverkehrssprache deutsch, andere, deren Nationalbewußtsein und Schriftverkehrssprache holländisch ist. Trotz enger kultureller Beziehungen zu Frankreich sind die „suisses romands“, die Welschschweizer, dem Nationalbewußtsein nach Schweizer, die Wallonen Belgier. Die italienisch redenden Korsen hingegen sind französisch nationalbewußt. Gänzlich verschieden hiervon ist die Beziehung zwischen Sprache und Nationszugehörigkeit jener Minderheiten, deren Nationalbewußtsein dem größeren nationalstaatlich organisierten Bereich des gleichen Sprachkreises entspricht. Für sie ist Sprachzugehörigkeit identisch mit Nationalbewußtsein, ihre Beziehung zum Staat bestenfalls die einer mehr oder minder aufrichtigen „Loyalität“, oft jedoch erbitterte Feindschaft, und damit zentrifugale Kraft für den betreffenden Staatsverband. Die Sprache wird hier zum Politikum, zum Motor, demgegenüber selbst wirtschaftlich-soziologische Momente zurücktreten. Als Sonderfall ist schließlich ein Volk zu verzeichnen, das in zunehmendem Maße, entgegen den einst von Lenin gegen die polnischen Bundisten ins Feld geführten Argumenten, Nationscharakter gewinnt und doch keine allgemein gültige Sprache, noch gar einen einenden historischen Staatsverband besitzt, die Juden. Vor Jahrzehnten noch im wesentlichen Abstammungsgemeinschaft und Religionsgemeinde, entwickelt das Judentum aus sehr verschiedenen Komponenten ein neues Nationalbewußtsein, das in zwei sprachlich ganz verschiedenen Kolonisationsgebieten, in Palästina (neuhebräisch) und in Biro-Bidschan (jiddisch) Gestalt gewinnt.

#### **Der faschistische Nationalismus.**

Da die staatlichen Grenzen — in Europa — nirgends mit den sprachlichen und den Abgrenzungen des Nationalbewußtseins übereinstimmen, sind hinsichtlich ihres Nationalcharakters verschiedene Staatstypen zu unterscheiden. Es gibt Nationalstaaten mit kleineren Sprachminderheiten, die geschichtlich dem Mehrheitsvolk assimiliert sind und daher in den Nationalbewußtseinsbezirk fallen, mehrsprachige Nationalstaaten mit einheitlichem Nationalbewußtsein, Nationalstaaten mit regionalistischen Bestrebungen, und Nationalitätenstaaten, die durch das Mehrheitsvolk Nationalstaatscharakter tragen und deren Minderheiten mehr oder minder stark von außerhalb der Grenzen gelegenen größeren Sprachbezirken politisch beeinflußt und so zum irredentistischen Problem werden. Ist das Mehrheitsvolk nur im Staatsbereich Mehrheit, die Minderheit dagegen im Verein mit dem sprachgleichen Ausland numerisch stärker und das sprachgleiche Ausland ein Nationalstaat mit imperialistischer Tendenz, so verleiht dies der Minderheit das offensive Kraftbewußtsein einer faktischen Mehrheit und führt in geschichtlicher Umdrehung zur Bedrohung der sprachlich-nationalen Integrität des Mehrheitsvolkes.

Verfolgt man nun die Grenzverschiebungen und die Neuabgrenzung der Nationalbewußtseinsphären in den letzten Jahrzehnten, so kann man als allgemeine Tendenz eine Festigung aller mit den Sprachbereich zusammenfallenden Nationalbewußtseinsbereiche und eine Auflockerung des mehrsprachigen, nur historisch-soziologisch begründeten Nationalbewußtseins feststellen. Die Festigung des sprachlich gebundenen Nationalbewußtseins hat verschiedene Ausdrucksformen; kulturelle Hebung und Fortentwicklung der Spra-

chen ehemals geschichtsloser oder unterdrückter Nationen (westslawische und baltische Völker\*) und den faschistischen Nationalismus.

Der faschistische Nationalismus ist nicht durch Zufall in zwei Ländern zur Geltung gelangt und zur Staatsreligion geworden, die in mehr als einer Hinsicht Berührungspunkte und geschichtlich ähnliche Komponenten aufweisen. In beiden Ländern ist der Nationalstaat eine späte, in Deutschland zudem bis in neueste Zeit unvollendet gebliebene Erscheinung. Das Nationale versteht sich hier keineswegs, wie das nach dem Wahlsieg der Volksfront ein ausländischer Publizist für Frankreich feststellte, „von selbst“. In beiden Ländern hat sich das neuzeitliche, das bürgerliche Nationalbewußtsein nicht im Leuchterschein der bürgerlichen Revolution und in einem bereits feststehenden Staatsbereich, sondern sukzessive, in stetigem Kampf mit geschichtlich-wirtschaftlich-soziologischen Partikularismen geformt. Dabei hat Italien einen geschichtlichen Vorsprung von einem halben Jahrhundert und eine wenigstens teilweise wirksame national-revolutionäre Tradition im Risorgimento. Deutschland hingegen blieb bis zum Weltkrieg ein national-staatliches Raritätenkabinett, ein Konglomerat dynastischer Besitztümer mit verschiedenster Entwicklung, mit den verschiedensten Verwaltungstraditionen und Verfassungen, mit partikulärer Souveränität und dementsprechend verschiedenartigen politischen Machtverteilungen, ein Land mit mehr als 20 amtlich gepflegten Sonderpatriotismen, ein Land, in dem das einheitliche Nationalbewußtsein bis in die moderne Zeit eine literarische Angelegenheit, keine politische, keine Angelegenheit des allgemeinen Bewußtseinszustandes der Massen war und sich durchaus nicht „von selbst verstand“. Die Schicksalsgemeinschaft, in der sich ein solches deutsches Nationalbewußtsein zu entwickeln vermochte, entstand eigentlich erst im Weltkrieg, in dem teilstaatliche Probleme noch eine bedeutende Rolle spielten, und in der Nachkriegszeit. Noch 1919 war quer durch alle Parteien hindurch das Sonderbewußtsein und der Machtanspruch der partikularen Verwaltungseinheiten stark vorherrschend, das Nationalbewußtsein politisch ungeformt und unwirksam. Der schwache Versuch zur Schaffung eines einheitlichen Nationalstaates in Weimar wurde im Keime erstickt.

Auch in der Arbeiterbewegung, in der dem sozialpatriotischen Reformismus ein Radikalismus gegenüberstand, der in partikulären Fragen sofort ultrakonservativ zu werden vermochte, gab es keine Willensbildungsmöglichkeit noch Konzeption für Herausbildung einer gesamtdeutschen Nationalpolitik. Den Anstoß zur Bildung des deutschen Nationalstaates gab, im Dienste der Gegenrevolution, die aus Österreich kommende großdeutsche Idee. Wie wandelbar und unehrlich die nationalsozialistische Programmatik und Propaganda immer sein mag, das großdeutsche Postulat war und ist ihr wirklicher und ernstzunehmender Inhalt. Die politische Leistung der Führung der nationalistischen Gegenrevolution liegt in der Überwindung des Partikularismus. Der Kapp-Putsch ging an ihm zu Grunde, die nationalsozialistische Gegenrevolution siegte nach seiner Überwindung und begründete auf der durch Krieg und einen auferlegten, nicht vereinbarten Friedensschluß begründeten geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft das neue gesamtdeutsche Nationalbewußtsein. Dieses gesamtdeutsche Nationalbewußtsein ist zu einer deutschen Frage in Europa (und nicht nur in Europa) geworden. Im Kampf gegen die Souveränitätsbeschränkungen des Versailler Vertrages gewann der gegenrevolutionäre Nationalismus in

\*) Auf einer anderen gesellschaftlichen Ebene und darum ohne Beziehung zum europäischen Nationalitätenkampf vollzieht sich dieser Prozeß auch bei den einst geschichtslosen oder unterdrückten Völkern der Sowjetunion; außerdem im Entwicklungsansatz bei den angesiedelten Juden des neubrüdischen und jüdischen Sprachkreises.

Deutschland national-revolutionären Nimbus, was seine Anziehungskraft unter den Deutschen fremdnationaler Staatsverbände naturgemäß steigert. Beide Faschismen, der italienische wie der deutsche, haben eine besondere nationalpolitische Wirkung außerhalb der eigenen Staatsgrenzen durch die fast weltumspannende Ausbreitung ihrer Sprachkreise. Da die italienische Auswanderung größtenteils proletarisch ist, zu einem erheblichen Teil außerdem in Übersee lebt, hat sich der sprachpolitische Einfluß der faschistischen Propaganda außerhalb des Nationalstaates in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. Im italienischen Sprachbezirk der angrenzenden Nachbarländer stieß der faschistische Nationalismus auf widerstrebendes geschichtliches Nationalbewußtsein. Der deutsche Nationalismus hingegen hat weniger unter Auswanderern als unter den zahlreichen sprachgleichen Bezirken anderer Staaten ein breites Wirkungsfeld.

Die Sprache ist die gedankliche Ausdrucksform des Menschen. Als solche ist sie auch im gleichen Sprachkreis, je nach sozialer Stellung, beruflicher Gemeinschaft und Interessengebiet, außerdem durch die Dialekte, stark differenziert, also an sich durchaus kein einheitliches Ausdrucksmittel. Aber die fortschreitende Technik der geistigen Reproduktion, der zunehmende Einfluß einer typisierten Presse, der Unterhaltungsindustrie, des Rundfunks, nivelliert diese Unterschiede in starkem Tempo. Je größer der Sprachkreis, je größer die Rentabilität und daher die Verbreitung der geistigen Reproduktion jeglicher Art, desto stärker die Tendenz der Nivellierung, der Angleichung aller Bereiche derselben Schriftverkehrssprache. Die Sprachnivellierung und der durch sie ausgeübte Einfluß sind auch in Sprachbereichen mit verschiedener staatlich-geschichtlicher Struktur wirksam. Wo sich das geistige Leben der Sprachbereiche konzentriert, wo die größere Profitmöglichkeit im Geschäftszweig der Reproduktion geistiger Waren besteht, fixiert sich die Gestaltung des geistigen Lebens eines Sprachbereiches auch verschiedener historischer Nationalität. Dieser Einfluß vom nationalstaatlichen Zentrum zum fremdstaatlichen gleichsprachigen Bereich nimmt infolge der steigenden und vielfältigen Verbreitung aller geistigen Reproduktionsindustrieprodukte ständig zu. Solange in sprachgleichen, aber staatlich verschiedenen Bereichen die politische Struktur im Grundprinzip ähnlich ist, solange hat der bestimmende Einfluß des größeren Sprachkreises keine wesentlich merkbaren politischen Folgen und wird außer der rentablen, kommerziell bedingten auch andere, zum Beispiel sozialistische geistige Produktion\*) mit importiert. Wird aber in diesem größeren Sprachkreis durch die faschistische Totalität die geistige Produktion (Buch, Presse, Radio und der Film) uniformiert, einem einheitlichen, nationalpolitisch auftretendem Willen unterworfen, so wandelt sich die Sprache zum Werkzeug der Nationalpolitik, des nationalistischen Imperialismus.

#### **Kampf um die Schweiz.**

Ein anschauliches Beispiel hierfür bietet der zusammenhängende deutsche Sprachbereich in Europa, ganz besonders aber die Wirkung des sprachlich begründeten nationalpolitisch-faschistischen Einflusses in der schweizerischen Lidgenossenschaft. Die Schweiz ist das bekannte Musterbeispiel einer internationalistischen Staatenföderation. Man spricht, wenn man losgelöst vom sozialen

\*) Hier fällt auf, daß im Gesamtbereich der formenden Einflüsse auf das weltanschauliche Bewußtsein auch die hochentwickelte sozialistische Bewegung, soweit sie sich jenseits des rein politischen überhaupt hinreichend vom bürgerlichen geistigen Leben zu distanzieren vermag, einen sehr beschränkten Einfluß hat. Ihr recht allentfalls die Buchpublikation und eine, von den großen Nachrichtenmonopolen abhängige, Presse zur Verfügung, während Kino und Radio meist ganz unbeeinflussbar bleiben.

Problem ein staatlich geeintes Europa erträumt, gerne von der notwendigen „Verschweizerung“ Europas. Das ist an sich falsch, denn die Schweiz ist keine Nationalitätenföderation, sondern eine geschichtlich-soziologische, allerdings mehrsprachige, nationale Charaktergemeinschaft. Das schweizerische Nationalbewußtsein ist überaus stark ausgeprägt, obwohl drei der vier Schweizer Sprachbezirke mit den drei benachbarten Weltsprachkreisen korrespondieren und naturgemäß, wenn auch in verschiedener Abstufung, ihrem Einfluß unterliegen. Dieser Einfluß steigt mit der zunehmenden Kommerzialisierung und Technisierung der geistigen Reproduktion, trotzdem eine vielgelesene und daher selbständig lebensfähige Presse die geistige Sonderexistenz der Schweiz stützt. Doch abgesehen von der Tageszeitung, von einigen illustrierten und anderen Zeitschriften bezieht der Schweizer doch je nach Sprachzugehörigkeit seine geistige Kost aus dem sprachgleichen Ausland. Auch die drei eigenen Radiosender können nicht autark arbeiten und bilden in ihrer forciert apolitischen Haltung keinerlei Gegengewicht gegen den Einfluß politisch dirigierter Sendungen des sprachgleichen Auslandes. Am fühlbarsten ist die geistespolitische Abhängigkeit vom Ausland in dem kleinsten korrespondierenden Sprachbezirk, in der italienischen Schweiz. Hier ist, infolge des geringen intellektuellen Nachwuchses und der Unmöglichkeit einer eigenen italienisch-schweizerischen Geistesbildung sogar die Presse auf das Nachbarland angewiesen. In den meisten tessiner Blättern finden sich reichsitalienische, faschistische Redakteure. Es entsteht hier daher eine ausgesprochene politische Bewußtseinspaltung. Die dünne Intelligenzschicht wird zunehmend „gleichgeschaltet“, während die bäuerlich-kleinbürgerlich-proletarische Masse, unbeschadet der politischen Orientierung, ausgesprochen schweizerisch, ja sogar antiitalienisch und damit in der praktischen Tendenz antifaschistisch orientiert ist. Noch ist daher der faschistische nationalpolitische Irredentismus nicht erfolgreich. Aber er verfügt über Ansatzpunkte, läßt sich deren Entwicklung einiges kosten und geht neuerdings sogar dazu über, die bündnerischen Rhäto-Romanen als angebliche „Ladiner“ für den Bereich der italienischen Schriftsprache<sup>\*)</sup> zu reklamieren. Das Bestreben des italienischen faschistischen Nationalismus geht also eindeutig darauf aus, die Schweiz in ihre Sprachbezirke zu zerlegen.

Naturgemäß hat der nationalpolitische Imperialismus des Dritten Reiches die gleiche Tendenz gegenüber der deutschen Schweiz. Doch sind die Voraussetzungen hier an sich geringer, andererseits der Wirkungsbereich der Gleichheit der Schriftverkehrssprache in mancher Hinsicht größer. So gibt es vor allem eine traditionelle sprachliche Differenzierung, die trotz gleicher Schriftsprache etwa der des Holländischen vom Hochdeutschen entspricht. In der deutschen Schweiz spricht man nicht deutsch, sondern schweizerdeutsch. Die schweizerdeutschen Mundarten sind alemannisch, mit dem Elsaß, Oberbaden und Vorarlberg verwandt. Sie unterscheiden sich von diesen Bezirken durch ihre verschiedene sprachliche Funktion. Dort ist alemannisch mehr oder minder Dialekt, in der Schweiz dagegen Umgangssprache aller Bevölkerungsklassen. Im Großen Rat des Tessin spricht man italienisch, im Kanton Gené französisch, im berner Parlament dagegen berndütsch. Das Schriftdeutsch wird als erlernte Sprache gehandhabt. Wenn etwa die Fremdenverkehrspropaganda von Graubünden Chur als Schulstadt empfiehlt, weil hier eine „dem Schriftdeutsch nahekomm-

\*) Die Rhäto Romanen haben eine eigene Schriftsprache und auch eigene Zeitungen, im Gegensatz zu den ihnen verwandten Ladinern in Südtirol. Die Polemik hiergegen führt die italienische Kulturorganisation Dante Alighieri in einer kürzlich erschienenen Broschüre: *La verità sulla questione del ladino nei Grigioni*, Società D. Alighieri, Comitato Studentesco, Milano 1936.

mende Mundart“ gesprochen werde, so ist dies nur sehr relativ zu werten. Diese schweizerdeutsche Sprachdifferenzierung ist geschichtlich bedingt, Ausdruck der bäuerlich-bürgerlichen Demokratie und einer jahrhundertlangen politischen Sonderentwicklung. Der nationalpolitische Imperialismus des Dritten Reiches kennt dieses Hemmnis und sucht es durch eine partikuläre alemannische Nationalmystik zu überwinden, die den Vorteil bietet, auch das nahe Elsaß einzubegreifen.\*)

Auch hier zeichnet sich, infolge des festfundierten Nationalbewußtseins der Bauern und des Bürgertums, das sich gleichermaßen auch auf das Proletariat erstreckt, vorerst noch in schwachen Umrissen, eine gewisse Bewußtseinsspaltung am politisch-geistigen Horizont ab. Schon gibt es nazistisch denkende und schreibende Schriftsteller. Vor allem aber gibt es keine Möglichkeit mehr für den in Deutschland nicht genhmen schweizerischen Schriftsteller, auf den schweizerischen Büchermarkt zu kommen. Hierüber berichtet sehr anschaulich ein Teilnehmer an der letzten schweizerischen Schriftstellertagung:

„Die bürgerlichen Verleger der Schweiz erklären im allgemeinen, das Land sei zu klein für ein Buch, das man nur im Inland verkaufen könne. Viele wollen es wohl nicht mit der Reiche verderben und lehnen aus Besorgnis vor Verwicklungen ab. Die wenigen Linksverlage (wenn's erlaubt ist, so etwas zu sagen) haben sich als völlig unfähig erwiesen, das Bedürfnis nach einer aktiven geistigen Landesverteidigung zu befriedigen. Sie gehen nach Effekten und nach geschäftlichen Möglichkeiten und zeigen noch weniger jenen notwendigen Idealismus, ohne den keine Ziele erreicht werden können — als die bürgerlichen Verleger! Für die weltpolitische Aufklärungsliteratur in deutscher Sprache sorgen die bekannten ausländischen großen Emigrantenverlage. Für die Darlegung und aktive Verteidigung des schweizerischen, also nicht-deutschen Anteils an der zeitgenössischen Kultur haben wir keinen Verlag! — Denn jede solche Schrift muß unbedingt gegen die Lehren des Dritten Reiches Stellung nehmen. Daher scheiden die bürgerlichen Verlage, die alle praktisch gleichgeschaltet sind, aus.“\*\*)

Dagegen bestehen solche Probleme für die französische Schweiz ebensowenig wie für das wallonische Belgien, solange in Frankreich nicht faschistische Totalität das geistige Leben uniformiert und politisch lenkt. Die Komponenten der Beziehung zwischen dem nationalstaatlich organisierten, großen und dem geschichtlich-national abgesonderten Sprachkreis sind dessenungeachtet die gleichen. Das erwies sich sehr deutlich im Krieg 1914—1918, als die französische Schweiz keine anziehende sprachlich-nationale Einheit und durch die Tatsache nicht in dem der deutschen Kriegspropaganda stand. Ungeachtet des furor teutonicus der Augusttage 1914 war der Monarchienbund für die deutsche Schweiz keine anziehende sprachlich-nationale Einheit, und durch die tatsächliche schweizerdeutsche Verkehrssprache abgegrenzt, während Frankreich und die französische Schweiz neben der gleichen Verkehrssprache auch die Gemeinsamkeit der politischen Struktur verbindet. Doch dieser Einfluß ging über eine Sympathiestimmung nicht hinaus, bedrohte das Gefüge der historischen schweizerischen Nation nicht.

Heute liegen die Dinge anders. Heute ist der Nationalismus Staatsreligion der faschistischen Staaten und in seinem Bereich ist die Sprachabgrenzung (allerdings nur positiv, nicht negativ) die einzig zulässige und einzig anerkannte Grenze der Nation: Italien erhebt die Anwartschaft auf Malta, Tunis, Korsika, die italienischen und romanischen Talschaften der Schweiz, Deutschland auf

\*) Auf einer „Alemannischen Tagung“, an der mehrere schweizerische Schriftsteller teilnahmen, erklärte H. Burtz u. a.: „In Freiburg im Breisgau, in Alemannien, treten schweizerische Dichter mit ihren Werken vor ihre Nachbarn und zeigen mit uns für die Einheit im Geiste der Alemannen.“ Neue Zürcher Zeitung Nr. 1916/1935.

\*\*\*) R. Lämmel im Zürcher „Volksrecht“, 14. Mai 1936.

alle angrenzenden sprachgleichen Bezirke. Beide Tendenzen werden von wirtschafts- und machtpolitischen imperialistischen Bestrebungen der Faschisten überschritten, die auch außerhalb der Sprachgrenze nationalpolitisch verbrämt werden: der Abessinienfeldzug als Zivilisationsmission römischen Geistes, der Anspruch auf die Adria mit der angeblichen „Italianität“ der einstigen venetischen Kolonien in Dalmatien, der deutsche Drang nach Osten als Fortsetzung der deutschen Ostkolonisation.

#### **Problemstellung der Gegenwart.**

Der Pangermanismus faschistischer Prägung ist für die Staatspartei des Dritten Reiches programmatisch festgelegt. Artikel 1 des nationalsozialistischen Parteiprogramms fordert „den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland und Gottfried Feder, der Verfasser und Kommentator des Programms hat dies recht eindeutig mit folgenden Worten erläutert:

„Alle die deutschen Rotes sind, ob sie heute unter dänischer, polnischer, tschechischer, italienischer oder französischer Oberhoheit leben, sollen in einem Reich vereinigt werden.“

Mit anderen Worten, die das uniformierte politische Leben Deutschlands beherrschende politische Organisation reklamiert die staatliche Souveränität über das gesamte deutsche Sprachgebiet, wobei der unfaßbare Begriff „Blut“ als Nationskennzeichen der allenfallsigen Erweiterung dieses Expansionsprogramms zu dienen vermag. Die politische Praxis der deutschen Außenpolitik zeigt, daß dieses Programm im Einzelnen nicht unabdinglich ist, daß taktische Zweckmäßigkeit es durchaus zuläßt, etwa die deutschen Südtiroler oder die Deutschen in Polen vorläufig außer Betracht zu lassen, vielleicht sogar einen habsburgischen Monarchen in Wien zu tolerieren. Aber damit verliert in diesen Bereichen der großdeutsche Nationalismus durchaus nicht an Anziehungskraft und Bedeutung. Keine Allianz des Dritten Reichs mit den politisch verwandten Mächten Italien und Polen vermag die dortigen Minderheiten davon abzubringen, im Nationalsozialismus die Führung der nationalen Revolution zu sehen. Unter Nutzung des sprachlich-kulturellen Einflusses, des Büchermarktes, der Presse, der Nachrichtenagenturen, des Radios und des Films gewinnt der deutsche Nationalismus, direkt und in direkter operierend, Einfluß in allen deutschen Sprachbezirken, format er, unbeschadet aller Gegenmaßnahmen der Zensur, das großdeutsche Nationalbewußtsein. Seine Vorzeichen sind nationalrevolutionär, seine Ziele imperialistisch, auf die Unterdrückung bisher selbständiger Nationen ausgerichtet. In den vielfältigen Sprachgrenzbezirken ist in Wahrheit keine territorial-sprachliche Abgrenzung möglich. Die Einverleibung aller Sudeten- und Karpathendeutschen bedeute die Vernichtung oder Unterdrückung der tschechoslovakischen Nation, die der Deutschen Kongreß-Polens die neuerliche Liquidierung der polnischen Nationalrevolution. Tatsächlich gehen die uneingestanden nationalpolitischen Bestrebungen des deutschen Faschismus weiter. Sie erstrecken sich durch die belgische „Dietschland“bewegung, durch die holländischen und dänischen Ablegerparteien in sprachverwandte Nachbargebiete und in weit abgelegenen Territorien, so etwa bis unter die Deutschen Rumäniens, ja sogar nach — Brasilien und Argentinien.

Alles politische Handeln auf europäischen Boden, das der nationalen Frage der Deutschen keine Rechnung trägt, sie nicht als entscheidende Größe vorab einbezieht, geht von falschen Voraussetzungen aus. Diese Frage besteht durch die Tatsache der zahlreichen Sprachminderheiten, durch die Existenz eines abgewanderten, fast rein deutschen Staates, Österreich, durch den

Einfluß der Sprachgemeinschaft, durch die politische Wirkung erfolgreichen taktischen Operierens gegen die Versailler Bestimmungen. Sie wurde durch den Kampf gegen die „14 Jahre Schmach und Schande“ national-revolutionär verklärt und findet daher überall Boden, wo national-oppositionelle Stimmungen vorhanden sind. Wie bewußt all dies von Deutschland aus gelenkt wird, hat die demonstrative Ernennung von Notabeln österreichischer und sudetendeutscher Herkunft in den Reichstag des Dritten Reiches klar gezeigt.

Aus alledem erweist sich die eminente Bedeutung der Nationalprobleme für die politische Taktik, für jegliches gesellschaftliche Handeln einer politisch selbständigen Arbeiterklasse, ganz besonders natürlich für die Arbeiterbewegung deutscher Sprache oder jener nationalen Bereiche, die durch den deutschen faschistischen Expansionismus direkt berührt werden. Wie also, so lauter daher die Frage, steht die Arbeiterbewegung, wie die Arbeiterklasse zur nationalen Frage?

In Bauers Nationalitätenbuch wird diesem Problem verhältnismäßig wenig Raum gewidmet. Bauer unterscheidet zwischen den geschichtlichen Nationalstaaten, in denen kein Nationalproblem als solches in das politische Leben der Klasse eingreift und jenen Bereichen, in denen die Nationalprobleme aktuelle Tagesfrage bedeuten. Dabei folgert er an Hand der Darstellung einiger Bewußtseinsmomente der Klasse eine Art graduell sich fortsetzender Entwicklung zu einem sozusagen geläuterten Internationalismus, der allen kulturell-nationalen Forderungen gerecht werden wird. Wenn man, dreißig Jahre später, die Lage überprüft, so wird man, von einigen wichtigen Begriffsformulierungen abgesehen, hier nicht anknüpfen können. Es soll daher versucht werden, die Stellung des Sozialismus zum Nationalproblem, nicht nur betrachtend, sondern auch dem Erfordernis politischen Handelns entsprechend zu entwickeln, und zwar ausgehend vom proletarischen Internationalismus.

Die politische Wirkung des internationalistischen Gedankens war bislang äußerst geringfügig. Dessenungeachtet ist das allüberall gebräuchliche Lösungswort der politischen Reaktion und des Faschismus gegen die selbständige politische Existenz der Arbeiterklasse stets und immerdar der Kampf gegen den Internationalismus, gegen die angebliche Preisgabe der Nation durch den Marxismus; wogegen erfahrungsgemäß keine noch so heftige Betätigung letztendlicher nationaler Verbundenheit schützt.<sup>\*)</sup> Die Parole gegen den Internationalismus ist äußerst wirksam. Sie wird begierig von jenen aufgenommen, die zu fürchten haben, daß die Arbeiterklasse die nationalistische Verkleidung der „Allgemeininteressen“ nicht mehr anerkennt, sich statt gegen fremde Nationen gegen die eigene herrschende Klasse wendet. Hier liegt die tatsächliche, wenn auch latente Kraft des sozialistischen Internationalismus, die Schicksalsgleichheit des proletarischen (und proletarisierten) Menschen der gesamten kapitalistischen Lebenssphäre. In das politische Bewußtsein aufgenommen, bedeutet diese Schicksalsgleichheit Schicksalsgemeinschaft, und vom Bewußtsein in die Tat umgesetzt Sprengung der bürgerlichen Nationalideologie, d. h. der Überwertung der eigenen gegenüber anderen Nationen und nationalen Kulturen. Diese proletarische Schicksalsgleichheit tritt zumeist nicht in das Bewußtsein des Einzelnen oder gar der Masse. Die alltägliche Lebenssphäre des chinesischen Kuli, des indischen Textilarbeiters, des südamerikanischen Peonen, des italienischen Automechanikers, des französischen Eisenbahners, des deutschen Buchdruckers, ja auch der unqualifizierten Handlanger aller Natio-

\*) Siehe Adolf Hitler in seiner Replik auf die Rede des kurz zuvor aus dem Büro der SAJ, demonstrativ ausgetretenen Abgeordneten O. Wels in der Reichstagsitzung vom 23. März 1933: „... Sic, meine Herren, sind nicht mehr benötigt.“

nen ist jeweils eine Welt für sich, eng an Sprachgemeinschaft, nationales Milieu, Sitte und Tradition gebunden, stets von äußerster Enge des gesellschaftlichen Gesichtskreises gekennzeichnet. Der Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ hat die sozialistische Programmatik, auch das Handeln einzelner Gruppen (Zimmerwald) beeinflusst, bis jetzt jedoch nie die geschichtlich-nationale Milieugebundenheit der Klasse überwunden. Der von Bauer erwähnte „naive Kosmopolitismus“ der sich politisch verselbständigenden Proletarier entspricht einer längst vergangenen Zeit, der Epoche der Freizügigkeit. Heute wird nicht nur Produktionsautarkie, sondern auch Menschenautarkie betrieben. Der weltwandernde Arbeiter ist fast verschwunden. Auch die zahlenmäßig bedeutende Wirtschaftsemigration der italienischen Arbeitskraft, die im vorfaschistischen Italien einst zu einer besonders internationalistischen Mentalität führte, ist längst zum Stillstand gebracht. Die übernationale Schicksalsgemeinschaft der Klasse ist im Alltag unsichtbar, das Alltagsleben der Klasse vom Schutzzoll der Sprachgrenzen, der Staatsgrenzen und der ständigen geistig-kulturellen Beeinflussung durch das Bürgertum, durch Schule, Presse, Buch usw. umgeben. Demgegenüber ist der bewußtseinsbildende Einfluß auch der organisatorisch höchstentwickelten Arbeiterbewegung nur von begrenzter Wirkung.

Wenn die Ausdrucksform der Bewegung sich vielfach angleicht, wenn, wie gegenwärtig in Westeuropa, Erfolge der Bewegung und der Klasse sich über staatliche Grenzen hinaus auswirken, so verfestigt sich zwar das Bewußtsein der Klassenzugehörigkeit, aber die ererbten und erworbenen Elemente des bürgerlichen Nationalbewußtseins sind damit noch keineswegs überwunden.

Die Erkenntnis der übernationalen Schicksalsverbundenheit ist faktisch überaus gering, bestenfalls eine programmatische Feiertagsangelegenheit ohne politische Wirkungskraft. Das gilt für alle Parteien, auch für die kommunistischen, in deren Einflußsphäre der Internationalismus schematisch erstarrt und keine bewußtseinsbildende Wirkung auf die Klasse ausübt. Der kommunistische Internationalismus hat dessenungeachtet gelegentlich politisches Gewicht, so durch den Stimmungseinfluß der russischen Revolution auf radikal gestimmte Arbeiter und nicht zuletzt durch das Beispiel der Sowjetunion als übernationalen Staat. Dieses Beispiel ist tatsächlich bedeutsam. Die Nationalitätenpolitik der russischen Revolution zeigt, daß mit dem Wegfall der kapitalistischen, nationalistischen Verkleidung bedürftigen Interesses das Nationalproblem sich auf die sprachlich-kulturelle Geltung der Völker reduziert. In der Sowjetunion sind die geschichtslosen Völker nicht im Kampfe, sondern mit Hilfe der kulturell und politisch führenden Mehrheitsnation auf die Bühne des Geschehens getreten. Aber wenn hier auch der marxistische Internationalismus Pate gestanden hat, wenn auch die Nationalitätenpolitik der russischen Revolution theoretisch durchdacht und bewußt gehandhabt wurde, heute ist die Sowjetunion keine territorial begrenzte Internationale, sondern eine neue, mehrsprachige nationale Charaktergemeinschaft, die ein eigenes gesamtsowjetisches Nationalbewußtsein entwickelt, das sich im Begriff vom „sozialistischen Vaterland“ ausdrückt und von der übrigen Welt geschichtlich-soziologisch scharf abgrenzt. Die Gemeinschaft eines zentral geführten und von einer uniformierenden Ideologie getragenen geschichtlichen Prozesses, wie die hierdurch bedingte soziologische Nivellierung über Volks- und Stammesgrenzen (viele sowjetische Völker lebten vor kurzem oder leben heute noch in der Stammesverfassung!) hinweg bildet die Sowjetnation. Die Sowjetnation hat nun als Staat und gesellschaftliche Gemeinschaft bestimmte außenpolitische Interessen, deren Reflex wir in den internationalen Richtlinien und der internationalen Taktik der Komintern finden; vom deut-

schen Nationalbolschewismus in der Zeit der Militärallianz zwischen Reichswehr und Roter Armee bis zur Völkerbundtaktik der neuen Zeit.

### **Nation und Proletariat.**

Die Stellung der Arbeiterklasse zur Nation muß im nichtsovjetschen Bereich unabhängig von diesen außenpolitischen Gesichtspunkten der SU. — auch wenn diese sich in die europäische Strategie der politisch handelnden Arbeiterklasse einordnen lassen — entwickelt werden. Ohne weitere Beweisführung wird festgestellt werden können, daß das Nationalbewußtsein des Proletariats, in verschiedener gradueller Abstufung, im wesentlichen dem Bewußtsein der Kultur und Wirtschaftsleben beherrschenden Klassen entspricht. Wenn also hypothetisch die Intelligenz und die junge Bourgeoisie tschechischer Sprache und tschechischen Nationalbewußtseins aus der Geschichte der böhmischen Länder weggedacht würden, so wären in dieser Geschichte des letzten Jahrhunderts zwar soziale, nicht jedoch entscheidende nationale Kämpfe denkbar. Auch die polnische Nationalrevolution ist ohne das nationalpolitische Bewußtsein der städtischen Bourgeoisie und Intelligenz, aber auch des Adels, in Posen-Pomerellen nicht ohne verselbständigtes polnisches Bauerntum denkbar; mag auch Pilsudski seine national-revolutionäre Tätigkeit einst in die PPS verlegt haben. Das sehr ausgeprägte britische Nationalbewußtsein ist typisch Produkt der englischen bürgerlichen Gesellschaft, die Selbstverständlichkeit des Nationalen in Frankreich Ergebnis der französischen Revolution und getragen vom bürgerlichen Frankreich. Das tragende Element eines Nationalbewußtseins kann andersorts auch vorwiegend bäuerlich in einer Gesellschaft sein, die überwiegend bäuerlich, auch in ihrer Intelligenz, bestimmt ist, wie Gledalac es in der vorigen Nummer der „S. T.“ aufzeigte.<sup>\*)</sup> Aber nirgends gibt es bisher ein vom Proletariat getragenes Nationalbewußtsein. Auch nicht in der SU., denn hier entsteht das sovjetsche Nationalbewußtsein mit zunehmender Einschaltung des bäuerlichen und anderer Elemente der bisher geschichtslosen Völker des russischen Ostens in die Sowjetgesellschaft; Elemente, die zwar dem Industrieproletariat nivelliert werden, aber mit dem Proletariat der kapitalistischen Länder kaum vergleichbar sind. Eine Ausnahme hiervon bildet in gewisser Hinsicht allein die Bildung des mexikanischen Nationalbewußtseins seit dem Sturz des Porfirismus (1910). In Mexiko stehen die tragenden Schichten der Revolution, Arbeiterschaft und Landarbeiter, in ihrer Auflehnung gegen Ausbeutung und soziale Bedrückung vorwiegend ausländischen Kapitalisten und Latifundisten gegenüber. Eine souveräne mexikanische Nation wird sich erst konstituieren, wenn diese Vorherrschaft gefallen ist, was bei steigender, bewußt sozialistischer Führung des Proletariats gleichbedeutend mit der Konstituierung der sozialistischen Gesellschaft sein kann.

Doch in Europa gibt es keinen vergleichbaren Fall, steht das Proletariat unlenkbar im Banne der Nationalideologie der jeweils vorherrschenden Gesellschaftsschichten. Eine selbständige Nationalpolitik der Klasse und der Bewegung setzt daher als erstes die Herausbildung eines sozialistischen Na-

<sup>\*)</sup> Gledalac, Die kroatische Frage. Zur Soziologie eines Nationalproblems. „S. T.“ Nr. 2. — Problematisch scheint allerdings, ob die serbo-kroatische Differenzierung raumpolitisch erklärt werden kann, wie Gl. es darlegte. Es lassen sich viele Gegenbeispiele dagegen anführen, daß die Bourgeoisie unbedingt zum Großraum, Bauern- und Kleinbürgertum zum kleineren Raum tendieren. Sicherlich ist der Gesichtskreis des Bauern mehr regionalistisch, der des Großbürgers und des Industriearbeiters weniger regional beengt. Aber diese Komponenten sind in der geschichtlichen Formierung des Nationalbewußtseins eben nur Komponenten, zu denen in Jugoslawien beispielsweise die verschiedene Religion, Schrift und geistesgeschichtliche Entwicklung der serbischen und kroatischen Gebiete kommen.

tionalbewußtseins voraus. Dieses Nationalbewußtsein wurzelt, das ist kein Paradoxon, latent im proletarischen Internationalismus, d. h. in der tatsächlich gegebenen allgemeinen proletarischen Schicksalsgemeinschaft der besitzlosen Proletarier in der modernen Gesellschaft, die den chinesischen Kuli und den deutschen Buchdrucker in die gleiche Lage der Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt, in die gleiche unabdinglich mit der kapitalistischen Gesellschaft verknüpfte und lebenslängliche Existenzunsicherheit versetzt.

Das erste Element der bewußt vorzunehmenden Heranbildung eines sozialistischen Nationalbewußtseins besteht also in der Weckung des Bewußtseins einer übernationalen, sozial bedingten Schicksalsgemeinschaft, durch welche sich das politisch verselbständigte Proletariat von den herrschenden Schichten seines engeren Lebenskreises, seiner Nation differenziert. Das ist etwas grundsätzlich anderes als die oft für proletarischen Internationalismus ausgegebene Völkerverbrüderungsideologie, bedeutet aber andererseits nicht, daß nun etwa Wesen, Bedeutung und Einfluß der national-sprachlichen Kulturgemeinschaft auf das Proletariat einfach vernicht werden dürfe. Die Abstammung aus der sprachlich und geschichtlich begründeten, durch Sprache und Geschichte gekennzeichneten nationalen Charaktergemeinschaft ist das zweite, sehr bedeutsame Element des sozialistischen Nationalbewußtseins. Sie formt ja den geistigen Habitus auch des proletarischen Menschen, bestimmt den Ausdruck seines Denkens, sprachlich wie in der geschichtlich bedingten Denkauffassung. Die Denkart — dies zu überschen wäre Vulgärinternationalismus — des spanisch, des italienisch, des tschechisch redenden Proletariats ist ebenso unterschiedlich wie die des proletarischen Schweizer, Schweden oder im jüdischen Sprachkreis lebenden Juden. Die Nationszugehörigkeit wird das sozialistische Nationalbewußtsein niemals leugnen oder übersehen dürfen. Sie muß im Gegenteil erkannt und anerkannt, jedoch durch das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur internationalen proletarischen Schicksalsgemeinschaft korrigiert werden. Nationaler Defaitismus, der etwa, wie es jetzt in der deutschen Emigration oft geschieht, politisches Regime und Nationseigenart verwechselt, ist ebenso unsozialistisch wie die unkorrigierte Annahme der bürgerlichen Überwertigkeitsvorstellungen des eigenen Nationsbereiches. Sozialistisches Nationalbewußtsein bedeutet bewußte Bejahung der sprachlich-nationalen Kulturzugehörigkeit, aber auch Ablehnung aller die kulturelle Sphäre überschreitender, Klasseninteressen und machtpolitischer Ziele dieser Klasseninteressen dienender Ideologien.

Die sozialistische Nation der Zukunft, der klassenlosen Gesellschaft ist also ausschließlich ein kulturell-sprachlicher Begriff. Nun leben wir aber nicht in der Zukunft, sondern in einer ziemlich andersartigen Gegenwart, in einer von nationalen Kämpfen erfüllten Gegenwart. In dieser Gegenwart das sozialistische Nationalbewußtsein herauszubilden; auf seiner Grundlage die wechselwirkende Abhängigkeit des politischen Geschehens von materieller Lage und politischer Bedeutung der Klasse in gleich welchem national-staatlichen Bereich klar darzustellen (also beispielsweise aktuell; die allgemein wirksame Bedeutung des von der politisch verselbständigten Arbeiterklasse bestimmten Volksfrontsieges in Frankreich), das ist der erste Schritt zur Zukunft. Das sozialistische Nationalbewußtsein darf nicht „der Entwicklung“ überlassen, nicht von der Zukunft sozusagen automatisch erwartet, es muß geformt, bewußt gestaltet, zur bewegenden Kraft sozialistischer Politik gemacht werden. Sozialistische Nationalpolitik beginnt also in der Gegenwart und erfordert daher Stellungnahme zu den aktuellen nationalpolitischen Fragen: zur irischen Selbständigkeit, zum arabisch-jüdischen Problem in Palästina, zur katalanischen Autonomie, zum slowakischen Autonomismus, zur Memelfrage, zur autonomistischen Bewegung

*Frankfurt  
März 1945*

im Elsaß, zur Frage der belgischen Nation und des flämischen Aktivismus, zum Bestand der schweizerischen Nation und den faschistischen Auflösungseinflüssen, zu Minderheitenfragen im allgemeinen und im Rahmen der Gesamtfrage der politischen Konstituierung der deutschen Nation. In all diesen Fragen genügt es nun aber nicht, etwa nur eine mehr oder minder zutreffende geschichtliche Untersuchung anzustellen und die Ursachen all dieser Konfliktfragen aufzuzeigen oder ihnen einen verallgemeinernden Internationalismus gegenüberzustellen, der keine in der Gegenwart vorstellbare reale Verwirklichung ermöglicht. Es genügt auch nicht, all dies nur ökonomisch-historisch zu werten. Wie in der sozialen so muß die sozialistische Konzeption auch in der nationalen Frage von einer ethischen Vorstellung (ohne die beispielsweise das Kommunistische Manifest des historischen Materialisten Marx nicht denkbar ist), von der Vorstellung in sich gegebener absoluter Gleichwertigkeit aller Nationen ausgehen.

### **Sozialistische Nationalpolitik.**

Auf die Gegenwart angewendete sozialistische Nationalpolitik wird daher als erstes das unaufhebbare kulturelle Lebensrecht jeder sprachlich-nationalen Kulturgemeinschaft postulieren, sich also gegen jedwede Form der Unterdrückung der im sprachlich-kulturellen Leben ausgedrückten Eigenexistenz jeder Nation wenden; also auch gegen nationalimperialistische Tendenzen, an deren Ende faktisch nicht die Befreiung einer Nation, sondern die Unterwerfung anderer Nationen steht. Die sozialistische Nationalpolitik muß deshalb die Frage der Grenzrevision liquidieren. Denn noch keine nationale Frage in Europa wurde je, noch wird sie je durch Versetzung von Grenzpfählen bereinigt, da nirgends in Wahrheit die Staatsgrenzen geographisch-wirtschaftlich und national zu aller Zufriedenheit abzugrenzen sind, da es unendlich viele gemischte Sprachgebiete gibt und ihre Probleme nur auf dem Wege der Toleranz lösbar sind. Allerdings ist Toleranz noch keine Politik und nur von dem zu üben, der die Macht hat, also für die sozialistische Nationalpolitik nur ein Postulat, nicht allgemeine Richtlinie oder gar erschöpfender Inhalt.

Solche Richtlinien können an Hand einer seit langem erstmaligen Untersuchung der Beziehungen zwischen Nation und Klasse noch nicht gültig formuliert, doch aber in Umrissen angedeutet werden. Im Vordergrund der aktuellen Probleme stehen einmal der sprachverwandte, sich differenzierende Regionalismus. Hier wird die Stellungnahme der sozialistischen Nationalpolitik je nach historischer und auch sprachlicher Bedingtheit jeweils sehr unterschiedlich sein. Sie wird im Prinzip meist nach der Herausbildung möglichst großer national-sprachlicher Bezirke eintreten, denn regionale Begrenzung hemmt unzweifelhaft die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit. So etwa die sprachliche Absonderung des Slavischen, die zudem auf das Politische übertragen, die Existenz beider Bereiche, des tschechischen wie des slowakischen, aufs Spiel setzt; so der katalanische Regionalismus, der sprachlich-kulturell die Absonderung von einem Welt-Sprachkreis bedeutet und in der Arbeiterschaft die Spaltung in heimische und „zugereiste“ Arbeiter (da der Zuzug meist aus der Landschaft Murcia erfolgt, nennt man die hieraus entstehende Gegensätzlichkeit die Frage des „Murcianismo“) hervorruft. Jedoch muß stets geprüft werden, wo die geschichtlichen Voraussetzungen einer solchen Stellungnahme gegeben sind. In der deutschen Schweiz etwa wird man die Frage anders stellen müssen wie in Katalonien, wird man die Differenzierung im Gegenteil zu fördern haben, den Bestand der schweizerischen Nation unterstreichen; ohne jedoch zu ver-

kennen, welche sozialen und politischen Kräfte diese Nation führen und wie wenig diese Kräfte dagegen gefeit sind, eines Tages durch den national-sprachlichen Einfluß des Faschismus, aber auch durch die Furcht vor einer Machtsteigerung des Proletariats im Lande von den sprachlich gleichen Faschismen zuerst geführt und dann assimiliert zu werden, daß also die nationalpolitische Konzeption nicht konservativ-alschweizerisch, sondern eben sozialistisch-dialektisch sein muß.

Eine zweite wichtige Frage ist der Stellung sozialistischer Nationalpolitik zu den Nationalrevolutionen der Gegenwartsgeschichte. Da die sozialistische Zielsetzung allgemein jede Befreiung unterdrückten Lebensrechtes bejaht, wird sozialistische Nationalpolitik die Nationalrevolution geschichtsloser und unterdrückter Völker stets bejahen. Aber auch diese Bejahung muß insbesondere von der Arbeiterbewegung solcher Nationen stets am Bewußtsein der Zugehörigkeit zur proletarischen Schicksalsgemeinschaft korrigiert werden. Die Geschichte junger Nationalstaaten gibt eine Fülle von Beispielen, wozu es führt, wenn diese Korrektur nicht vorgenommen wird; nämlich dazu, Vorspann später faschistisch-diktatorisch auftretender Kräfte zu werden oder zu politischer Selbstpreisgabe und faktischem Verzicht auf selbständige Politik der Arbeiterschaft. Weniger nationalpolitisch bedeutsam und doch unumgänglich ist die bewußt vorzunehmende Differenzierung des sozialistischen Nationalbewußtseins von dem des Bürgertums auch dort, wo das Nationale sich „von selbst versteht“, also im Bereich der traditionell liberalen Nationalstaaten. Allein diese Differenzierung ermöglichte eine wirkliche Verselbständigung der Arbeiterpolitik und die Vermeidung der Gefahr wirksamen Einbruchs des Nationalismus in seinen Bereich.

**Die deutsche Frage.**

Im Faschismus schließlich erwächst dem sozialistischen Kader die schwere, aber dringende Aufgabe, zuerst im engeren Arbeitskreis, mit zunehmendem Masseneinfluß in der Masse den Mythos der nationalistischen Staatsreligion zu zerstören, die Frage des Bestandes der Nation eindeutig von den Elementen der imperialistischen Expansionsstendenz des Regimes zu trennen, eine eigene sozialistisch-revolutionäre Stellungnahme zur Nation herauszuarbeiten. Im italienischen Bereich ist diese Aufgabe leichter, denn die rein nationalpolitisch begründete Expansion steht derzeit noch im Hintergrund und die Zerstörung des imperialen Kolonialmythos ist psychologisch bei der unvermeidbaren Enttäuschung hochgespannter Erwartungen relativ nicht schwer. Dagegen ist das national-politische Expansionsfeld des deutschen Faschismus nicht nur überaus groß, sondern auch für die gesamte europäische Politik von aktuell ausschlaggebender Bedeutung. Nach dem Versailler Friedensschluß spielten die Reparationen, denen das Odium eines unbefristeten Tributes anhaftete, und die Beschränkung der Souveränität psychologisch-politisch eine bedeutendere Rolle als die territorialen Abtretungen. Die Reaktion auf die Abtretungsforderungen war 1919 anfangs typisch staatskonservativ. Nirgends unter den politischen Gruppen bestand damals eine klare nationalpolitische Einstellung, etwa zur polnischen oder elsässischen Frage. Man ließ sich von diesen Problemen überraschen und leistete Widerstand nur auf der Linie, daß Volksbewegungen, welche die staatlichen Grenzen zu verlegen versuchten, eben polizeiwidrig seien; angefangen von dem hilflosen Ordnungstuf im Reichstag, als angesichts des Zusammenbruchs Elsässer und Polen sich offen vom Reiche lossagten, bis zum Verbot der polnischen Propaganda in Ober-

schlesien.<sup>\*)</sup> Das Elsaß, das die Monarchieföderation dem deutschen Nationalbewußtsein nicht einzufügen vermochte, wurde ohne viel Diskussion preisgegeben. Im Osten hingegen führten unter Leitung der unbeeinträchtigt amtierenden kaiserlichen Militärbürokratie gegenrevolutionäre Freischaren Kleinkriege gegen die polnische Revolution, zuerst in Posen-Pomerellen, später gegen die ober-schlesischen Insurgenten. Im Osten, vor allem auch im Baltikum, wurde die Nationalpolitik der jungen Republik nicht von politischen Instanzen, sondern von der gegenrevolutionären, mit dem ostelbischen Feudalismus versippten und mit ihr eine historische Charaktergemeinschaft besonderer Art bildenden Offizierskaste betrieben. Der einzige Erfolg aber, der nationalpolitisch erzielt wurde, war jedoch ein politischer: die Zulassung der Abstimmung in Oberschlesien. Ansonsten entschied die machtpolitische Lage zugunsten der polnischen Nationalrevolution, die in Posen-Pomerellen bäuerlich-bürgerlichen, in Oberschlesien proletarisch-nationalen Charakter hatte.

Längs der neuen Grenzen entwickelte sich der erste Keim des neudeutschen Nationalismus, der Ostnationalismus, der bis heute revisionistischen Charakter trägt und, unbekümmert um sprachlich-nationale Schichtung, die Rückkehr mehr oder minder des ganzen abgetretenen Gebietes fordert. Der Revisionismus war bereits während der Republik östlich der Elbe Staatsreligion. Jeder Zweifel, jede Einwendung, etwa gegen die bedenklichen Mittel deutscher Minderheitenpropaganda jenseits der Grenze, wurde als Hochverrat stigmatisiert; auch innerhalb der Arbeiterbewegung. Es gab zwar in der Sozialdemokratie Verständigungsfreunde und im Lauf der Jahre wurde von ihr auch der Abbau des vieljährigen deutsch-polnischen Handelskriegs befürwortet. Aber eine nationalpolitische Klärung im antirevisionistischen Sinne, eine eigene nationalpolitische Linie entwickelte die Bewegung nie. Östlich der Elbe galt und gilt ganz Westpolen als „kerndeutsches Land“, wurde und wird die Existenz der polnischen Nation nicht zur Kenntnis genommen; eine Stimmung, die auf das Herrschaftsverhältnis des deutschen Feudalbesitzes zum polnischen Wanderarbeiter und die Vorherrschaft des deutschen Beamten in Preußisch-Polen, bzw. in Oberschlesien auf den Gegensatz zwischen dem, als Klasse amorphen, polnischen Proletariat und den deutschsprechenden gehobeneren Schichten zurückgeht und dann als Ideologie allgemeine Geltung gewonnen hat.

In dieser Ideologie ist das allgemeine Überwertigkeitsbewußtsein fixiert, das allen Ostdeutschen — nicht nur auf reichsdeutschem Boden — zu eigen ist und sich geschichtlich aus der Rolle der Deutschen als Eroberer, als Kolonisten und als herrschende Klasse erklärt. Dieses Überwertigkeitsbewußtsein war und ist nicht bereit, die Nationalrevolutionen der Westslawen als machtpolitische Tatsache, noch gar ihre nationalpolitische Berechtigung anzuerkennen.<sup>\*\*)</sup> Im Osten denkt der deutsche Nationalismus territorial-expansionistisch. Daran ändert das

<sup>\*)</sup> Diesen Mangel an nationalpolitischer Orientierung illustriert sehr anschaulich H. Müller-Frankes in seinem Buch „Die Novemberrevolution“. Er schreibt zu der Tatsache, daß die polnische Nationalrevolution in Posen-Pomerellen einfach die Macht ergriff: „Wenn auch anzunehmen war, daß überwiegend vor Polen bewohnte Gebiete wegen des Kriegsverlustes an Polen abgetreten werden mußten, so sollte (!) das doch keineswegs vor Abschluß des Friedens geschehen.“ (S. 244.)

<sup>\*\*)</sup> Hierzu gehört auch die Nichtanerkennung der Tatsache der polnisch-kaschubischen Mehrheit im Korridor, ungeachtet der preußischen Statistik von 1910. Der Streit um die „richtige“ Grenze verschiebt sich daher, auf beiden Seiten, auf das historische Gebiet. In Posen wird polnischerseits, in den ostdeutschen Provinzhauptstädten deutscherseits eine zweckbewußte Vorgeschichtsforschung<sup>\*)</sup> betrieben, die jeweils nachweisen soll, daß die — Urbesiedlung deutsch bzw. slawisch war.

Bündnis des ostdeutschen mit dem polnischen Agrarfeudalismus gegen die Gefahr revolutionierender Einflüsse von Rußland her nichts. Ursprünglich eine Herrschaftsideologie der herrschenden Schichten, hat sich diese Überwertigkeitsideologie insbesondere in der Nachkriegszeit „nationalisiert“. Der Kampf gegen die polnische Nationalrevolution ließ sich nur führen, wenn er national popularisiert wurde. Diese Popularisierung ist dem anfangs noch partikular zerstückelten, aber stets auf die einzig zentralisierte Behörde des Reiches, die Reichswehr, gestützten gegenrevolutionären Nationalismus überaus gut gelungen.

Naturgemäß hat der Ostnationalismus sein westliches Korrelat. An nationalistischen Zündungspunkten im Westen mangelte es nach 1918 wahrlich nicht. Sie waren jedoch weniger territorial als militärisch-außenpolitisch bestimmt; so das befristete Kolonialregime an der Saar, die Rheinlandbesetzung mit Zollgrenze und Paßschikanen, der phantastische Versuch französischer Militärs, die Rheinbundpolitik Napoleons zu wiederholen. Da die deutsche Arbeiterschaft — Bewegung wie Klasse — keine eigene außenpolitische Orientierung besaß, wurde sie auch hier zunehmend von der sich politisch formierenden nationalistischen Ideologie erfaßt, kam sie auch hier weder im sozialdemokratischen noch im kommunistischen Sektor zu einer selbständigen Konzeption und Taktik; auch dort nicht, wo internationale Beschlüsse einen Ausgangspunkt hierfür geboten hätten.\*)

Waren somit die Territorialfragen im Osten und die außenpolitischen Fragen im Westen für die Bildung der nationalistischen Ideologie maßgebend, so machen sie jedoch tatsächlich nicht die durch den Zusammenbruch der Zentralmächte auf die Tagesordnung gestellte und nach dem Sieg des Nationalfaschismus im Reich wieder für Europa aktuell gewordene deutsche Frage aus, deren Schwergewicht nicht in Posen, nicht am Rhein, sondern bereits 1918 in dem „zweiten Deutschland“, in den deutschen Bezirken des zerfallenden Österreich-Ungarn lag.

#### Ein Staat ohne Nationalbewußtsein.

Das Deutschtum der Donaumonarchie wurde territorial-politisch aufgeteilt in Sprachinseln, die in den Vorherrschaftsbereich der um sie siedelnden Völker gerieten, in Minderheitsbezirke wie Südtirol und das Sudetendeutschtum, und einen Restbestandteil, der seither „Österreich“ genannt wird, Restbestandteil eines nicht mehr existierenden politischen Begriffs, der habsburgischen Monarchie. Das Nachkriegs-Österreich ist eine diplomatische Konstruktion, ein Staat ohne korrelatives Nationalbewußtsein. Es gibt kein geschichtlich vom übrigen Deutschland abgrenzendes, etwa dem schweizerischen vergleichbares, deutsch-österreichisches Nationalbewußtsein und es gibt keine sprachlich-national zu begründende „österreichische Nation“. Es gibt nur einen klerikalen, altösterreichisch, also übernational ausgerichteten Traditionalismus und es gibt

\*) Besonders deutlich trat dies bei der Ruhrbesetzung zu Tage. Der Reformismus verband sich mit der bürgerlich bestimmten Staatsmacht, der Kommunismus mit der nationalistischen Konterrevolution. Typisch hierfür der Einwand L. Erdmanns (als die amsterdamer Sozialistenkonferenz von einem Kampf der Schwerindustrie um Kohle und Eisen sprach) daß man verabsäumt habe, den „unbestreitbar deutschen Besitz dieser Kohlen- und Eisenzentren festzustellen“ („Die Gewerkschaften im Ruhrkampf“, herausgegeben vom Allg. D. Gewerkschaftsbund, 1924, S. 61). Auf der anderen nationalbolschewistischen Seite rief der Kommunist Graf in München die nationalistische Studentenschaft zum Kampf gegen Frankreich auf, sprach Karl Radck in seinem berühmten Artikel über Schlageter „Der Wandlerer ins Nichts“ von der Möglichkeit, mit dem aktivistischen Nationalismus „ein Stück Wegs gemeinsam zu gehen“, und beteiligte er sich an einer Schlageterbroschüre, an der auch die Faschisten Graf Reventlow und Moeller van den Bruck mitarbeiteten.

eine, nicht minder geschichtlich bedingte, im alten Österreich wurzelnde Differenzierung der Arbeiterbewegung Österreichs von der des Reiches. Der klerikale Traditionalismus ist notwendigerweise habsburgisch, nach den vorwiegend katholischen Nachfolgestaaten, nicht nach dem in der Mehrheit nichtkatholischen Deutschland orientiert. Er war daher seit 1918 stets mehr oder minder offen Gegner des Anschlusses. Die österreichische Arbeiterbewegung wurzelt geistig im Austromarxismus und war im alten Reich kosmopolitisch eingestellt. Sie unterschied sich in der Nachkriegszeit strukturell, politisch und geistig sehr erheblich von der reichsdeutschen Bewegung; nicht minder die von ihr in weit höherem Prozentsatz als im Reich erfaßte Klasse. Stimmungsmäßig herrschte in ihr ein besonderes „österreichisches Gefühl“, das auf den Kosmopolitismus Wiens, der einstigen Hauptstadt des vielnationalen großen Reiches zurückgeht, jedoch keine historisch und nationale Differenzierung darstellt.

Die staatliche Existenz Österreichs war 1919 eine gegen Deutschland gerichtete Entmachtungsmaßnahme, wie die Heeresbeschränkung, die Rheinlandbesatzung, das Verbot der Befestigungen und der Luftwaffe, die entmilitarisierte Zone. Ihr stand die Forderung nach dem Anschluß an das Reich gegenüber; eine Forderung allerdings, die 1919 zwar theoretisch gestellt, aber von niemand zum Postulat deutscher Nationalpolitik erhoben wurde. Sie war in Österreich, wie die freiwilligen Abstimmungen in einigen Bundesländern bewiesen, populär, sie wurde von den österreichischen Sozialisten programmatisch aufgenommen. Weit weniger Beachtung fand die Frage, im Reich, wo sie nur einmal kurz in Erwägung gezogen wurde, als der Demokratie Preuß, der im Prinzip den deutschen Einheitsstaat verfocht, die Eingliederung Deutschösterreichs in seinem der Weimarer Konstitution zu Grunde gelegten Verfassungsentwurf vorsah. Nachdem die Siegerstaaten Einspruch erhoben, wurde diese Bestimmung fallen gelassen und von ihr innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung kaum mehr gesprochen. Der Klasse war sie fremd. Für die Bewegung sprach viel gegen eine Einverleibung der österreichischen Arbeiterpolitik. Der Reformismus empfand den Austromarxismus in all seinen Schattierungen als wesensfremd und die Kommunisten, die in Deutschösterreich politisch einflußlos waren, sahen in ihm eine Gefahr.

Nichts kennzeichnet den Mangel an nationalpolitischer Konzeption in Deutschland und an vorwärtstreibender, bewußt sozialistischer nationalpolitischer Aktivität in der österreichischen Sozialdemokratie mehr als die Passivität in der Anschlußfrage, die machtpolitisch, trotz Zustimmungneigung bei der tschechischen Nationalrevolution, 1919 sicherlich nicht lösbar war, jedoch als auf die Tagesordnung der europäischen Politik gestelltes Postulat der politisch selbständigen Arbeiterklasse die Führung der deutschen Nation vorbehalten hätte und die Entwicklungsvoraussetzungen des gegenrevolutionären deutschen Nationalismus stören, vielleicht sogar ausschalten konnte.

Seither hat sich in Österreich eine strukturelle, nicht zuletzt auch nationalpolitisch bedingte Umgruppierung vollzogen. Zwar setzte sich zunächst nach dem Friedensschluß das innenpolitische Leben Österreichs in den Bahnen der überkommenen Parteigruppierungen fort. Die im Prinzip vom Reich verschiedene politische Struktur schien fortzubestehen. Diese Unterschiedlichkeit jedoch ist schon weit geringer, wenn man die neuösterreichische Politik statt mit dem deutschen Reichstag etwa mit der bayerischen Innenpolitik vergleicht. Sie wurde mit der Zeit dem politischen Inhalt nach aufgehoben. So zeigt die politische Rolle und Funktion des Klerikalismus unter Brüning in Deutschland und in Österreich nach 1932 unter Dollfuß bereits weitgehende

Übereinstimmung; nicht minder später die Liquidierung des psychologisch-politischen Einflusses des Katholizismus durch den Nationalismus in Österreich und den ihm strukturell verwandten Gebieten Süddeutschlands. Trotzdem der politische Katholizismus Österreich militärisch-polizeilich in Händen hält und die österreichische offizielle Politik daher — nicht erfolglos — im habsburgischen Donaauraumimperialismus mündet, ist die Struktur des politischen Bewußtseins in Österreich heute schon tatsächlich dem Reich angeglichen. In dem überwiegend katholischen Land ist der politische Katholizismus eine Minderheit, die es nicht wagen kann, eine freie Abstimmung zuzulassen. Der von Deutschland geleitete, sich mit der gesamtdeutschen Bewegung identifizierende österreichische Nationalsozialismus ist, wenn auch illegal, eine Massenbewegung mit weitreichendem Einfluß im Bürgertum, in der Bauernschaft, auch unter den Arbeitern, und vor allem im Beamtenstab, in der Polizei, im Heer, in der Verwaltung. Hinter dieser Massenbewegung steht ein aufrüstender Großstaat. Für sie wirbt der sichtbare Erfolg in der Saarabstimmung, der Wiederaufrüstung, der Rheinlandbesetzung, die durch die deutsche Küstungskonjunktur faszinierte Hoffnung aller Opfer der Krise und nicht zuletzt die Tatsache, daß das Bewußtsein der Nationszugehörigkeit in Österreich, wo es geformt ist, eben deutsch ist, daher dem methodischen Einfluß des deutschen Faschismus unterliegt.

Entspricht also trotz Umkehrung der machtpolitischen Gewalt in Österreich das Verhältnis von politischem Katholizismus und dem als Massenbewegung national-revolutionär auftretenden Nationalfaschismus dem im Reich, so ist als dritter, wesentlicher politischer Faktor dort wie hier der Marxismus anzusehen; im Reich eine latente, in ihrer potenziellen Wirkungsmöglichkeit derzeit unbekannte Größe, in Österreich eine illegale Massenbewegung. Bis in die Illegalität setzt sich also in der Arbeiterbewegung, und damit in der Bewußtseinssphäre der Klasse die geschichtliche Differenzierung zwischen reichsdeutscher und austromarxistischer Arbeiterpolitik fort. Diese Differenzierung ist geschichtliches Erbeil, nicht Gegenwart, nicht Zukunft der Arbeiterschaft des deutschen Sprachgebietes. Der Austromarxismus, auch der neokommunistische, denkt noch autark österreichisch, d. h. eigentlich partikular in der Linie des geringeren Widerstandes. Auf der irrealen Voraussetzung einer dauernd fortbestehenden Möglichkeit eigenstaatlicher österreichischer Politik aufgebaut, ist die austromarxistische politische Strategie faktisch konservativ. Der Austromarxismus besaß seit dem Februaraufstand keine gestaltende Vorstellung von der österreichischen Zukunft, sondern zog sich auf die auch von der bekämpften Diktatur vertretene „Unabhängigkeit“ zurück. Diese Unabhängigkeit ist nur mit der Erhaltung des aus der demokratischen Epoche ererbten Besitzstandes und Einflusses der Bewegung begründbar, daher in der Masse unwirksam. Dagegen kann der Nationalsozialismus ein konkretes Ziel zeigen, den in welcher Form immer zu vollziehenden Anschluß an das Reich. Das Abkommen mit Deutschland hat psychologische Schwierigkeiten hervorgerufen, aber es hat auch dazu geführt, daß Kanzler und Erzbischof, also die Exponenten der klerikal-österreichischen Idee, mit einer Betonung wie noch nie von dem deutschen Charakter Österreichs sprachen, daß der Einfluß des Reiches unleugbar steigt und seine geistige Produktion wieder stärkere Verbreitung findet, was bereits in der Terminologie selbst klerikaler Zeitungen merkbar ist. Dieser steigenden Einflußnahme des deutschen Nationalismus setzt die österreichische RS. zunächst den Vorwurf entgegen, man habe „Österreich verraten“; ein Protest kaum mehr existenten Österreichertums.

Die Aufgabe der österreichischen Arbeiterklasse, besser gesagt des österreichischen Sozialismus, aber ist eine andere. Sie ist nicht durch die machtpolitische Gewalt der Regierung, sondern durch das wirkliche politische Kräfteverhältnis im Lande, also wesentlich dadurch bestimmt, daß Österreich ein Operationsfeld des deutschen Nationalfaschismus ist. Sie ist die Aufgabe nicht einer, konkret politisch unvorstellbaren, österreichischen, sondern der deutschen Revolution. Das Zukunftsschicksal des Sozialismus im heutigen Österreich darf nicht mit dem geschichtlichen Maßstab von 1866 gemessen werden. Es ist das gemeinsame Schicksal der deutschen Arbeiterklasse. Inaktivität und Ignorierung des nationalpolitischen Problems als Kraftquelle der Gegenrevolution kann dazu führen, daß die noch unter einer nicht voll aktionsfähigen Diktatur dahinlebende illegale Massenbewegung eines Tages von dem nicht minder auf Masseneinfluß gestützten Nationalismus überrannt und noch stärker atomisiert wird, als 1933 die Arbeiterorganisationen des Reiches. Es soll hier nicht die eine oder die andere Form der Eroberung Österreichs durch den Nationalsozialismus prognostiziert werden. Aber die reale Wertung der Lage und der Möglichkeit im Donaubecken muß zu dem Ergebnis führen, daß der deutsche Nationalismus, geboren aus dem Geist des österreichischen großdeutschen Gedankens, auf Österreich nicht verzichtet, nicht verzichten will, noch kann. Nicht die schwankende Diktatur von heute, deren Beamte und Vertrauensmänner Nazi sind, sondern die plebiszitäre Diktatur des Nationalfaschismus von morgen ist das aktuelle Problem für die politische Existenz der österreichischen Arbeiterklasse. Seiner kann sie nur Herr werden, wenn sie die hierdurch bedingte nationalpolitische Schicksalsgemeinschaft mit dem reichsdeutschen Sozialismus begreift, sich in sie einordnet und sich so vor dem Nationalfaschismus strategisch die Beherrschung des Kampffeldes sichert.

Der österreichische Sozialismus muß den Anschluß als Gleichschaltung mit dem reichsdeutschen Faschismus aktiv bekämpfen. Dieser Kampf darf nicht negativ und nicht defensiv geführt, nicht aus dem partikular-territorialen Eigenleben Österreichs begründet werden. Er ist ein Teil des deutschen sozialistischen Kampfes gegen den Nazi-Faschismus, gegen seine imperialistische Nationalkonzeption, gegen die von ihm geformte Nationalkultur, und gegen sein spezifisches Nationalbewußtsein: er ist ein Teil der deutschen Revolution. Die österreichische Arbeiterbewegung hat die Chance, auf Grund ihrer derzeit noch größeren Bewegungsfreiheit, ihres größeren Masseneinflusses und der geringeren Wirkung der faschistischen Ideologie auf die österreichische Arbeiterschaft entscheidenden Einfluß auf die neu sich bildende deutsche sozialistische Bewegung zu nehmen. Diese Chance ist zugleich eine Aufgabe, die als solche unabhängig von dem Staatsproblem Österreich besteht.

#### **Sudetendeutsche Probleme.**

Ähnlich und doch ganz anders liegen die nationalpolitischen Probleme der Deutschen, und damit der deutschen Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei; ähnlich durch den weitgehenden Einfluß des gesamtdeutschen Nationalismus auf die nationale Bewußtseinsphäre der Deutschen, politisch anders infolge des Behauptungswillens der tschechoslovakischen Nationalrevolution und der realen Unlösbarkeit nationaler Gegensätze durch die Versetzung von Grenzpfählen, wo das Siedlungsgebiet der Minderheit nicht geschlossen und die sprachlich-nationalen Grenzen fließend sind. In ihrer politisch-sozialen Bedingtheit findet sich die Vorkriegsgeschichte des deutschen Nationalismus in den böhmischen Ländern bei Otto Bauer erschöpfend dargestellt. Diese

deutsch-nationalistische Stimmung nahm mit der Umkehrung des nationalen Vorherrschaftsverhältnisses durch die tschechische Nationalrevolution zu. Plötzlich Minderheit in einem national slawisch bestimmten Staat zu sein, wurde von dem Überwertigkeitsbewußtsein auch dieser Ostdeutschen besonders drückend empfunden. Nirgend wohl war ehemals an irgend einer deutschen Sprachgrenze der Nationalitätenkampf so heftig wie hier. Aber er ging um Schulen, Straßentafeln, Amtssprache, nicht eigentlich um Lösungen des Nationalproblems. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie und dem Auftreten der tschechischen Nationalrevolution, die wie keine andere zielbewußt geführt wurde, standen die Sudetendeutschen vor einer ihnen unerwarteten und eigentlich unbegreiflichen Situation, ohne reale nationalpolitische Orientierung. Der Versuch, unter Berufung auf das von Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht, einzelne Bereiche des sudetendeutschen Gebietes politisch autonom zu konstituieren und an Deutschland anzugliedern, scheiterte an der historisch begründeten machtpolitischen Taktik der tschechischen Revolution, an deren führender Stelle man sich durchaus im klaren darüber war, daß der selbständige Bestand der tschechischen Nation an die Beherrschung der, von Deutschland zudem geographisch wie sonst kein Gebiet stark abgegrenzten, sogenannten historischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien gebunden war.

Obwohl Deutsche und Tschechen in den böhmischen Ländern seit Jahrhunderten zusammenleben, hat sich aus ihnen — da das eine politisch-soziologisch „Herrnvolk“, das andere unterdrücktes Volk war — bewußtseinsmäßig keine Charaktergemeinschaft politischer Art entwickelt, wenn auch in Lebensform und Gewohnheiten beide Völker hier einander mehr gleichen als etwa Sudetendeutsche und Reichsdeutsche, wenn auch keines von ihnen seinen Abstammungsbestandteilen nach zu „entmischen“ wäre. Hier gilt die Sprache absolut als nationale Grenze. Sie scheidet zwei politisch völlig verschiedene Welten; wie die letzten tschechoslovakischen Parlamentswahlen eindeutig darstellten. Im deutschen Sektor, gleichgültig ob Sprachinsel, gemischtes oder Randgebiet, siegte der für die tschechoslovakischen Gesetze adaptierte, gesamtdeutsche Nationalismus,<sup>\*)</sup> und zwar in einem prozentuellen Verhältnis, das bisher nur von der Saarabstimmung übertroffen wurde. Diese politische Angleichung der Sudetendeutschen an den gesamtdeutschen Nationalismus war erst möglich, nachdem im benachbarten Reich die nationalistische Ideologie Staatsreligion und damit Anziehungspunkt aller latenten deutschen Nationalismen außerhalb der Reichsgrenze geworden war. Zuvor verteilte sich die sudetendeutsche Politik auf vielfältige, ständisch-partikuläre Gruppen, unter denen die politisch selbständige Arbeiterschaft nur in einzelnen Bezirken Bedeutung hatte. Einschließlich der sozialistischen Bewegung waren diese Gruppen durchwegs stimmungsmäßig irredentistisch. Sie akzeptierten den tschechoslovakischen Staat größtenteils nicht als geschichtliche Realität, nicht als dauernden politischen Zustand. Diese Stimmung übertrug sich offensichtlich auch auf die übernational organisierte kommunistische Bewegung, die mit Festigung des deutschen Nationalismus an Einfluß im deutschen Bereich verlor. Im tschechischen Bereich hat sie zwar auch keine eigene nationale Konzeption entwickelt, aber organisatorisch stets an der nationalen Toleranz festgehalten und in den östlichen Gebieten spielt sie neuerdings eine national

\*) Trotz aller großen Verlusten der Arbeiterpartei in den historischen Ländern, konnten die deutschen Sozialdemokraten in der Slowakei Zugang finden; hier brachte nämlich die Ablösung der ungarischen Herrschaft den Deutschen eine Verneuerung der national-kulturellen Rechte, ist der gesamtdeutsche Nationalismus daher nicht ganz so zugkräftig.

einigende, nationalpolitisch nicht unbedeutende Rolle.<sup>79</sup>) Auf der anderen Seite haben die deutschen Sozialdemokraten als langjährige Koalitionspartner unbezweifelbar merkbaren nationalen Einfluß auf die tschechoslovakische Politik gewonnen, mancherlei nationalpolitische Erfolge in den üblichen nationalen Tagesfragen erzielt und in neuester Zeit den deutschen „Jungaktivismus“ begründet.

Wieso also fielen sie dem irredentistischen Nationalismus in so hohem Maße zum Opfer? Diese Frage ist keine „Schuldfrage“, sondern ein zu klärendes Problem im Rahmen deutscher Arbeiterpolitik überhaupt. Zu ihrer Beantwortung muß man sich in den Zustand vor dem Sieg des deutschen Faschismus zurückversetzen und sich vergegenwärtigen, daß noch beim Volkssportprozeß, als jenseits der Grenze bereits der blutige Bürger-Kleinkrieg der Gegenrevolution gegen die organisierte Arbeiterschaft tobte, noch von deutsch-sozialistischer Seite grundsätzliche Einwände gegen die Wertungen in diesem politischen Prozeß gegen eine unzweifelhaft militärisch aufgebaute, unzweifelhaft irredentistisch nationalistische Organisation gemacht wurden. Ein Zusammengehen der national-sektionierten Arbeiterparteien bei Gemeindevahlen ist selbst heute noch durchaus nicht die Regel. Tägliches Leben und Politik vollzieht sich hier in den sprachlich bestimmten nationalen Grenzen. Mehr als irgendwo sonst befand sich mithin die deutsche Arbeiterpolitik der CSR. im Banne der landläufigen bürgerlichen nationalpolitischen Konzeptionen. Der Sieg der deutschen Gegenrevolution hat diese Situation jäh verändert. Der deutsche Sozialismus in der Tschechoslovakie nahm Partei für die besiegten Genossen jenseits der Grenze, also gegen den nunmehr aktivierten Nationalismus. Diesem taktischen Stellungswchsel von dem reservierten „dieser Staat“ zum „unsere Republik“ aber entsprach keine Neuwertung der Lage, vor allem der nationalen Frage. Dem sich nationalrevolutionär gebenden deutschen Nationalismus wurde keine klare, überzeugende eigene Konzeption entgegengestellt. „Auf uns lastet der Vorwurf des Nationsverrates“, rief ein Redner auf dem letzten Kongreß der sudetendeutschen Sozialdemokraten (Brünn, Juni 1935). Doch niemand wußte zu sagen, daß und warum dieser Vorwurf widerlegbar sei. Die Klasse jedenfalls, soweit es sich nicht um den weltanschaulich in der Organisation gebundenen Teil handelt, fand den Vorwurf berechtigt und ging zu den Nationalisten. Man motiviert dies vielfach rein ökonomistisch. Aber so sehr die Weltwirtschaftskrise auch das Kleinbürgertum und Bauerntum aus gewohnten Bahnen drängt, so sehr die Industrie im benachbarten Faschismus ein ideales politisch-soziales System erblickt, wird hier, wie kaum anderwärts, die besondere Rolle einer einmal verfestigten Ideologie als politisch bewegender Kraft sichtbar. Nicht alle Elendsgebiete an der Grenze sind nationalistisch, nicht alle deutschen Nationalisten in der CSR. etwa verendet. Hier wird vielmehr die bürgerlich-ideologische Struktur politisch wirksam, ein Problem, das noch einer besonderen psychologisch politischen Untersuchung bedarf.<sup>80</sup>) Der sudetendeutsche Nationalismus hat eine alte

<sup>79</sup>) „Der Einbruch der Jungkommunisten in die Reihen der autokommunistischen Hilfspartei kann daher kein Unruhemoment sein, weil er eine neue Phase auf dem Wege der Läuterung und Konsolidierung des öffentlichen Lebens der Slowakei einleitet.“ A. Pospíšil in Hct: 23/1936 der Zeitschrift „Přítomnost“, Prag.

<sup>80</sup>) Der politisch exemplifizierende Sexualpsychologe W. Reich sagt zu dieser Frage im Vorwort seines soeben erschienenen Buches „Die Sexualität im Kulturkampf“ u. a.: „Sobald eine Ideologie die Struktur des Menschen erschafft und geformt hat, ist sie zur materiellen, politischen Kraft geworden. Es gibt keinen sozial-ökonomischen Prozeß von historischer Bedeutung, der nicht in der seelischen Struktur der Masse verankert und in dem Verhalten dieser Massen tätig wäre.“

Tradition in unentwegtem Nationalitätenkampf. Er gab erstmals dem „Nationalsozialismus“ Namen, Form und Gestalt, und der Begründer des mährischen Nationalsozialismus der Vorkriegszeit ist heute Mitglied der repräsentativen Körperschaft der nationalistischen Diktatur im Reich. Der sudetendeutsche Nationalismus ist als politische Kraft nicht zu unterschätzen, in welcher Parteiformation immer er sich zu Wort meldet. Man darf daher seine Liquidierung niemals durch Wunder irgend welcher Art erwarten. Er kann nur durch eine geschichtlich überlegene Neukonzeption des nationalen Problems der Deutschen in den historischen Ländern liquidiert werden.

Eine derartige Neukonzeption kann sich nur auf die Arbeiterklasse stützen, deren gesellschaftlicher Standort allein eine Abgrenzung vom bürgerlichen gesamtdeutschen Nationalismus faschistischer Prägung ermöglicht. In Ansätzen ist diese Abgrenzung im Bereich jener, die den Fahnen des Nationalismus nicht folgten, bereits vorhanden. Sie bilden eine besondere Gruppe im sudetendeutschen gesellschaftlichen Leben, differenzieren sich vom allgemeinen, vom Faschismus geistig und politisch monopolisierten Deutschtum. Diese Gruppe verneint die geographisch-geschichtliche Gemeinschaft der Deutschen und Tschechen in den historischen Ländern nicht mehr wie der latente Irredentismus. Aber damit ist er gefühlsmäßig noch keineswegs überwunden. Der Ausdruck dieser Neuorientierung in einem unklaren verallgemeinerten Staatsbewußtsein ist zu abstrakt und sozial wie ökonomisch zu leer, um mehr als eine sich immer mehr verengende Defensivhaltung zu ergeben. Angesichts der Tatsache, daß der Nationalismus das politische Bewußtsein der Sudetendeutschen beinahe beherrscht (organisatorisch ausgedrückt zu fast 80%) oder doch zumindest maßgeblich beeinflusst, woran kein Führerzank etwas ändern wird, solange nicht ein — derzeit nicht erwartbarer — Zusammenbruch der Reichspolitik erfolgt, genügt es nicht, eine kleine Gruppe zu aktivieren und ihr Geltung in der Landespolitik zu verschaffen, sondern muß diese Aktivierung von einer vom Gesamtproblem der deutschen Nation ausgehenden Neuwertung aus erfolgen, muß sie eine sozialistische Nationalpolitik der Arbeiterklasse des nationaldeutschen Sprachbereiches begründen. Ihre Ablehnung des nationalpolitischen Imperialismus jedoch darf nicht „anti-deutsche“ Politik werden, sondern muß eben sozialistische, aus der Schicksalsgemeinschaft des Proletariats und seinen geschichtlichen Aufgaben entwickelte Politik sein. Die Erhaltung der national-kulturellen Existenz der Nation ist dabei, wie schon dargestellt, Grundsatz; für den italienischen ebenso wie für den französischen, den spanischen, den tschechischen oder den deutschen Sozialisten. Zu dieser Erhaltung jedoch gehört die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit. Sie ist im Faschismus nicht gegeben, weder im italienischen, noch im deutschen, denn die im Faschismus unvermeidlichen Einschränkungen der kulturellen Entwicklung beschränken faktisch die Entwicklungsfähigkeit der Nation und damit ihren kulturell-nationalen Bestand mehr als jede fremdnationale Unterdrückung. Das sozialistisch-proletarische Nationalbewußtsein steht also in unversöhnlichem Gegensatz zum Faschismus.

#### **Realismus gegen Mystik.**

Wendet man nun diese Aufgabestellung, die im Prinzip für alle Nationalbereiche gilt, infolge der aktuellen besonderen Bedeutung wiederum auf die Einflusssphären des gesamtdeutschen faschistisch organisierten Nationalismus an, so muß in erster Linie auch den Elementen nationaler Mystik entgegengetreten werden, die, vom faschistischen Nationalmythos beeinflusst,

Eingang in Arbeiterorganisationen finden. Zu ihnen sind zwei Publikationen neuesten Datums zu rechnen, die im Zusammenhang mit einer Erörterung dieses Themas nicht unbeachtet bleiben dürfen, weil sie symptomatische Bedeutung über die Grenzen der sudetendeutschen Bewegung hinaus haben. Zwei Sudetendeutsche, ein Journalist und ein aktiver Politiker, haben die nationale Frage angeschnitten und ihre Beziehung zum Sozialismus zu deuten versucht; Dr. Emil Franzel in seiner „Abendländischen Revolution“ und Wenzel Jaksch in dem Buch „Volk und Arbeiter“.\*) Jakschs Schrift ist auf die aktuelle Politik bezogen. Nichtsdestoweniger mündet auch seine Betrachtung, sobald das Nationale berührt wird, in mystischen Begriffen, in der „Unrast der deutschen Seele“, welcher durch eine nicht näher definierte „Synthese von Freiheit und Bindung“ ein „fester Ruhepunkt“ geboten werden müsse. Hier wird also das Wesen der geistigen Ausdrucksform der Nation, ihr kultureller Inhalt in die unfaßbare Mystik einer nationalen Seele übertragen, mit der man unter Umständen alles zu begründen vermag. Was ist die „deutsche Seele“? Ist etwa die Seele an die Sprachgemeinschaft gebunden? Dann würde andersnationale Erziehung zur Beseitigung der behaupteten Unrast hinreichen, das zu erstrebende Ziel also eigentlich durch Entnationalisierung am einfachsten zu verwirklichen sein. Oder ist mit dieser Unrast das seelische Spiegelbild der deutschen Politik der letzten anderthalb Jahrzehnte gemeint? Dann sind wohl alle Völker von „Unrast“ befallen, in deren politischem Lebenskreis nationale und Klassenkämpfe festzustellen sind, und der Ruhepunkt in dem diese Unrast gebunden werden kann, ist die sozialistische Gesellschaft. Das allerdings läßt sich auch einfacher sagen und kann niemals zur Behauptung führen, daß es eine „europäische Sendung der deutschen Nation“ gibt. Sozialistische Nationalpolitik dagegen ist eine Aufgabe der selbständig handelnden Arbeiterklasse, nicht Sendung einer als solche bevorrechtigten Nation.

Sind bei Jaksch immerhin Zweifel möglich, ob mit der Sendung, in einer allerdings für die sozialistische Theorie unverwendbaren Ausdrucksform, nicht etwa nur die besondere wirtschaftspolitische Bedeutung Deutschlands und die besonders bedeutsame politische Rolle des deutschen Proletariats in der europäischen Politik gemeint sein soll, so gewinnt die gleiche These bei Franzel bereits eindeutig den Charakter romantischer nationalistischer Mythologie. Für ihn ist Sozialismus eine verklärte „antikapitalistische Sehnsucht“ und diese Wesenseigenschaft aller Deutschen, von Weitling bis Gregor Straßer. Schon die Zusammenwerfung dieser beiden, in Lebenslauf, geistigem Format und politischem Charakter unvergleichbaren Männer zeigt, wie gefährlich und für sozialistische Politik unhaltbar der Versuch einer Wertung der sogenannten nationalen Wesenheiten ist. Selbst in der begrenzten Form, in der Otto Bauer sie in seiner „Nationalitätenfrage“ umschreibt, scheint sie recht problematisch. Bei Franzel mündet sie in einer unfaßlich mythisch erfüllten, in der Behauptung dann dogmatisierten Ahnung. Die Zukunftsvorstellung der „Abendländischen Revolution“ ist raumpolitisch, ein vom deutschen Sozialismus zu erlösendes (das Wort stammt von Franzel) „Abendland“; eine Mischung von falsch verstandenem Schweizertum (das Franzel als übernational ansieht), Pancuropavorstellungen bei starker Abgrenzung gegen den Osten, und dem Glauben, das deutsche Volk sei zu besonderen Taten berufen, nämlich dazu, „dem Abendland das Brot des Lebens, den ordnenden Geist des Sozialismus“ zu reichen. Begründung: „jeder Deutsche trägt das

\*) Beide bei Eugen Prager-Verlag, Bratislava 1936. Vgl. die Besprechung über Jaksch in Nr. 2 der „S. T.“ und über Franzel in dieser Nummer.

unerlöste Abendland in sich". Daher haben sich offenbar alle anderen „Abendländer“, Polen, Tschechen, Kroaten, Spanier, Engländer, Franzosen, Italiener usw. von den Deutschen erlösen zu lassen. Der Weg von hier zur Konzeption national begründeter Vorherrschaft eines nach dem Art. 1 des Naziprogramms zu organisierenden Deutschland ist nicht sehr weit, für eine sozialistisch-marxistisch gedachte Nationalpolitik daher ungangbar.

Mit Erlösungsmythen kann sich der marxistische Sozialismus nicht auseinandersetzen, noch gegen die Verwendung des Wortes „Sozialismus“ Muster-schutz geltend machen. Das sozialistische Nationalbewußtsein kennt keine unbestimmbare nationale Wesenheit, auf die sich auch der Nationalismus zu berufen vermag, sondern selbstverständliches Selbstbewußtsein der Abstammung aus einem bestimmten national-kulturellen Bereich, verbunden mit dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zur übernationalen Schicksalsgemeinschaft der Klasse, die in der Geschichte der Menschheit Aufgaben zu erfüllen, nicht Erlösungen zu erträumen hat.

## Konterrevolution und Revolution in Spanien.

Im Bürgerkrieg zwischen demokratischer Regierung und feudal-faschistischen Generälen beginnt die spanische proletarische Revolution, die sich im Kampf der asturischen Bergarbeiter angekündigt hatte. Die Verteidigung der schwachen demokratischen Regierung gegen die Konterrevolution wird, nach allem, was man aus den spärlichen und unvollständigen Nachrichten heute schon schließen kann, von den Arbeitermassen geführt nicht als ein Abwehrkampf, sondern als Kampf für die Möglichkeit der eigenen siegreichen Regierung. Alle einzelnen Tatsachen der spanischen Situation mögen sich ändern, noch ehe diese Zeilen gedruckt erscheinen. Aber es gibt Grund-tatsachen und Grundtendenzen, die in ihrer historischen und ihrer zukunfts-gestaltenden Bedeutung heute schon vom internationalen Sozialismus verstan-den und verarbeitet werden müssen, soll er sich nicht mit der Rolle des pas-siven, wenn auch tief bewegten Zuschauers begnügen — wie jetzt.

Die unheimlich einmütige und schamlose Berichterstattung der bürgerlich reaktionären Presse der Welt, für die der Berichterstatter in Lissabon und Hendaye heute die gleiche Funktion ausübt wie seinerzeit während des rus-sischen Bürgerkriegs der Times-Berichterstatter in Riga, ist ein gutes, ein un-trüglisches Barometer. Sie ist geeignet, manche Illusionen über die seelischen Hemmungen pseudo-demokratischer Bürgerlicher gegenüber der blutigen Kon-terrevolution zu zerstören; genau so in anderer Form die Verlegenheit der „fortschrittlichen“ Kreise, die einen Sieg der Generäle nicht wünschen dürfen und einen Sieg der Arbeiterkämpfer der Volksfront nicht wünschen können. Denn der Sieg der Konterrevolution ist eine Niederlage der gesamten Demo-kratie in Kontinentaleuropa, aber die Niederlage der Konterrevolution ist die Einleitung der sozialen Revolution in Spanien. Die Vorstellung, daß nach diesem beinahe tödlichen Aufstand die Sieger sich selber umbringen und auf die Ausübung einer sehr harten Gewalt verzichten würden, ist absurd. Daß gegen die Konterrevolution nicht eine Wiederherstellung des Status quo ante

gesetzt werden kann, ist klar. Daß die Demokratie in Spanien nur als sozialistische Demokratie wiedererstanden wird, diese Erkenntnis macht die Lage so widerspruchsvoll für alle, die Demokratie nur als bürgerliche Demokratie verstehen können. Die Lähmung der internationalen demokratischen und sozialistischen Politik wird in voller Deutlichkeit enthüllt, da sich „ohne Einmischung von außen“ in Spanien der Todeskampf der Freiheit vollzieht.

Todeskampf der Freiheit — das war einmal der Titel eines Buches, das Pietro Nenni über den Aufstieg des italienischen Faschismus schrieb. Aber der Kampf um Tod und Leben in Spanien, wie immer zeitweise militärische Wendungen eintreten, ist ja eben kein verzweifelter Abwehrkampf zerbröckelnder und irre gewordener proletarischer Organisationen. Wieder einmal — wie seinerzeit in Rußland — gehen dort die starken Triebkräfte der demokratischen Revolution gegen ein verfaultes Feudalsystem in den proletarischen Aufstiegskampf über. Die Massenerhebung, das „levée en masse“, worauf der linke Sozialismus im hochindustriellen Deutschland und in Österreich mit seiner frühindustriellen Arbeiterschaft vergeblich gewartet hatte, ist in dieser frühindustriellen proletarischen Masse, bei der Kampf für die Demokratie und Kampf für den Sozialismus in eine revolutionäre Offensive zusammenfallen, zur Wirklichkeit geworden.

Freilich, darin liegen künftige Konflikte eingeschlossen. Es wird ungeheuer wichtig sein, zu prüfen, wie weit sich aus der anarchistischen Tradition, aus dem Fehlen einer beherrschenden zentralen Partei Hemmnisse für den Weitergang der sozialistischen Revolution ergeben werden: im gegenwärtigen Kampfstadium aber sind die Formen wilder Spontaneität, lokaler Selbständigkeit wahrscheinlich vor allem für die Ausbreitung des Widerstandes gegen die Konterrevolution wirksam und entfesseln unglaubliche Kräfte. Die Kampfausschüsse, von denen nur in verzerrtester oder in rein-militärischer Form Berichte vorliegen, sind Arbeiterräte, sie sind Einheitskörperschaften der Klasse. Sie sind die Träger des militärischen und sozialen Kampfes. Aber was ist dabei die Rolle der sozialistischen Parteien? Auch darüber wissen wir zu wenig. Hier wird für die marxistische Untersuchung, die aus dem teuer erkaufenen „Material“ die Konzeptionen für die proletarische Politik erarbeiten soll, die Hauptaufgabe liegen.

Die Parteigruppe, deren Perspektive und Haltung die Wirklichkeit am klarsten vorweggenommen hat, die revolutionär-sozialistische Richtung Largo Caballeros, hat in den letzten Jahren einen spanischen Marxismus neu zu schaffen versucht, einen revolutionären Marxismus, der stark von Lenin beeinflusst und dennoch wenigstens während seines Wachstums selbständig war. Aus diesem Marxismus heraus entwickelte diese Gruppe, wenn auch oft recht schlagwortmäßig, eine Arbeiterpolitik, die innerhalb der Volksfront — die in Spanien offenbar durch großkapitalistische Elemente belastet war — die proletarische Selbständigkeit, das den Kapitalismus sprengende sozialistische Ziel als Gegenwartsaufgabe und den bewußten Kampf um den Staatsapparat vertrat. Daß die traditionellen Machthaber nicht einfach verschwinden und daß es zu neuen gewaltsamen Kämpfen kommen werde, daß dabei die Arbeiterklasse, um das in sich verflochtene feudal-kapitalistische System umzuwälzen, die Macht übernehmen und ihre Diktatur ausüben werde müssen, wurde mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. In „Leviatán“, der theoretischen Monatszeitschrift des Caballero-Flügels, die von Luis Araquistáin redigiert wird, standen ausführlichste Untersuchungen über die strategischen Erfahrungen des asturischen Aufstandes und seine Lehren. Es wurde aber auch in theoretischen

und taktischen Meinungskämpfen die Vereinheitlichung der proletarischen Kräfte vorbereitet. Die Freie Gewerkschaftsorganisation, deren Generalsekretär Caballero ist, hat schon vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges mit Zielbewußtsein die Verbindung mit der großen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftszentrale gefördert. Durch die Auseinandersetzungen über das gemeinsame gesellschaftliche Ziel wurde die verhängnisvolle, erstarrte Haltung der Anarcho-Syndikalisten gegenüber dem politischen Kampf um die Macht untergraben; im Bürgerkrieg haben diese Anarchisten die Waffen für eine demokratische Regierung erhoben. Wie weit dieser historisch wichtige Umschlag — innerhalb der spanischen Arbeiterklasse das entscheidende Problem — sich schon in politische Erkenntnis umgesetzt hat, ist gewiß während des Kampfes um Garnisonen und Kirchen schwer zu entscheiden. Aber der Umschlag ist da gewesen. Die Kampfeinheit war da. Die Initiative der bewaffneten Arbeiter — und allem Anschein nach nur diese Initiative — war da. Und in allem wirkend ein Körper wie diese sozialistisch-marxistische Gruppe, getragen von spontanen Massenbewegungen, und doch in ihnen der richtunggebende Kern; spontane Organisationsformen wie die Arbeiterkomitees, die doch schon geformt werden von möglicherweise halbbewußten, möglicherweise fehlformulierten, dennoch lebendigen Zielsetzungen des revolutionären Sozialismus. Das ist aber der wichtigste Faktor in dem Auf und Ab der kommenden sozialen Kämpfe: der subjektive sozialistische Faktor.

Sich in der Zeit, wo Generäle gegen eine Volksfrontregierung Konterrevolution machen, eindeutig für die Regierung zu erklären, ist leicht und wenig für die Sozialisten des Auslandes. Wenn aber aus den Krämpfen der Konterrevolution die Geburtswunden der Revolution werden mit allem, was noch damit verbunden ist, mit Niederlagen und Dreck und Blut, mit Barbarei und Illusionen und Heroismus, dann wird Parteinahme für diese Revolution zwar weniger populär und um so zwingendere Pflicht sein, aber sie wird nicht genügen. Dann erst recht muß der internationale Sozialismus in kritischer Erkenntnis und Bejahung der Schicksalsgemeinschaft diese Revolution, die erste in Europa seit der russischen, geistig verarbeiten, um Teil an ihr zu haben.

Die „Sozialistische Tribüne“ kann als theoretische Vierteljahresschrift keine Kriegsberichte aus Spanien bringen. Sie versucht diesmal aber, wenigstens Material zur Erkenntnis der sozialen und psychologischen Vorgänge zur Verfügung zu stellen. In unserer ersten Nummer verwiesen wir auf den „Neuen Marxismus“ Spaniens am Beispiel Araquistáin; in unserer zweiten brachten wir eine kurze Problemdarstellung des Genossen De Rosa, die sich als völlig richtig erwiesen hat. Im folgenden veröffentlichen wir den Artikel des englischen Marxisten Dr. Conze, der knapp vor dem Bürgerkrieg von Spanien zurückkam und eben ein Buch darüber veröffentlicht. Der Artikel ist für das Zentralorgan der englischen Arbeiterbildungsorganisation „National Council of Labour Colleges“ geschrieben, wo die Veröffentlichung in diesen Tagen ebenfalls erfolgen wird. Wir haben aber auch die auf England berechneten Gedankengänge belassen, weil sich da schon die Bedeutung der spanischen Ereignisse für demokratische Arbeiterorganisationen ankündigt — nicht das Bedeutungsloseste an ihren Wirkungen.

Wir veröffentlichen ferner, wozu wir von dem Verfasser ermächtigt wurden, Auszüge aus einem Artikel des Genossen Araquistáin im „Levántan“, worin die Auffassung der Caballero-Gruppe, zu deren wichtigsten Führern Araquistáin zählt, über die Entwicklung der Revolution und die Funktion der Partei dargestellt wird. Da diese theoretischen Auffassungen eine unmittelbare politische Bedeutung gewonnen haben, scheint uns die Kenntnis der Gedankengänge wichtig, die dem linken Flügel der spanischen Sozialistischen Partei das politische Gepräge geben.

## Edward Conze: Die sozialen Voraussetzungen der spanischen Revolution.

Europa ist vielleicht bald an beiden Enden rot. „Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus.“ Im Juli 1917 verteidigten die russischen Arbeiter die liberale Republik Kerenskis gegen die konterrevolutionären Truppen des Generals Kornilow. Vier Monate später kehrten sie ihre Gewehre und Maschinengewehre gegen die liberale Republik Kerenskis. Die Bolschewiki ergriffen die Macht. Im Juli 1936 verteidigten die spanischen Arbeiter die liberale Republik Azañas gegen die Mauren und Frendenlegionäre General Sanjurjos. Sanjurjo ist tot und seine Truppen könnten selbst dann nicht für eine längere Zeitspanne herrschen, wenn sie siegreich wären. 70.000 Arbeiter haben Gewehre und Maschinengewehre in die Hände bekommen. Wie viele Monate werden vergehen, bis Largo Caballero, der Führer der spanischen Sozialisten, der Präsident der zweiten Arbeiterrepublik Europas sein wird? Kein Arbeiter in irgendeinem Land kann dem gegenüber, was da auf dem Spiele steht, gleichgültig bleiben.

In England: politische Stabilität, eine sozialistische Bewegung, die stark an Mitgliedern, aber ohne Macht und ohne den Geist der Hoffnung und des Sieges ist, und fast die ganze Nation darauf eingestellt, für das Weltreich in den Krieg zu gehen. In Spanien: politische Unruhe, eine Arbeiterbewegung voll Drang und Hoffnung, und fast die ganze Nation darauf eingestellt, für den Neuaufbau des Landes in den Krieg zu gehen. Wie können wir den Unterschied erklären? Was sind die Ursachen der dauernden sozialen und politischen Unrast in Spanien?

*absch. Form*  
*1936*  
*Stuhl*  
*Industrie*  
Die Wirtschaftsstruktur. Um das Jahr 1600 hatte Spanien 8,200.000 Einwohner, England 4,800.000; jetzt hat Spanien 23 Millionen gegen 46 Millionen in England. Warum? Weil kein spanischer Cromwell den Feudalismus zerstört hat. Die Landwirtschaft ist steckengeblieben. Gegen 51% aller Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, aber nur 40% des Landes wird ausgenutzt. In vielen Gebieten gibt es wenig Regen, in anderen gibt es mehr als genug und dort richten gewaltige Überschwemmungen den Bauern zugrunde. Als die Spanier die Mauren austrieben, hinterließen die „Heiden“ ein sehr entwickeltes und leistungsfähiges Bewässerungssystem. Aber während die Spanier Amerika plünderten und die Niederlande beim katholischen Glauben festhielten, ließen sie die heimische Wirtschaft verfallen. In den Südprowinzen gehört — oder gehörte — 50 bis 70% des Landes den Feudalherren, deren Ahnen die siegreichen spanischen Truppen gegen die Mauren führten. Fast alle Landbesitzer leben in den Städten und sehen ihre Latifundien höchstens bei Gelegenheit von Jagdausflügen. Der Pächter hat keine Ursache, die Produktivität des Bodens zu verbessern. Seine Pacht dauert nur für eine kurze Zeit und jede Verbesserung wird sofort nach dem Ablauf des Vertrages Eigentum des Gutsbesitzers. Infolgedessen werden in Spanien pro Hektar 9 Quintals Weizen produziert gegenüber 20,8 in England und 15,1 im europäischen Durchschnitt (für 1933). So kommt spanischer Weizen dreimal so teuer wie argentinischer. Gleichzeitig hat die Agrarkrise den Exportmarkt für die spanischen Agrarprodukte gesperrt: Öl verlor seinen Markt in Asien und Frankreich; Wein aus Algier konkurriert mit spanischen Weinen, Italien hat den spanischen Reisexport ruiniert; Orangen aus Palästina, Südafrika und Italien drosseln den Markt für die spanischen Orangen und machen aus den Oranjenhainen von Valencia einen Herd des Anarchismus.

Die Löhne der Landarbeiter schwanken zwischen 3 und 5 Peseten pro Woche. Der Absatzmarkt für Industrieprodukte wird dadurch sehr stark eingeschränkt. Gemeinsames Interesse an der Kaufkraft des flachen Landes ist die Grundlage für das politische Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, das im Laufe der letzten Jahre Gestalt anzunehmen begann. Faktisch war die spanische Industrie durch die Wirkungen des Feudalsystems verkrüppelt worden. Obwohl Spanien ein Land von großem natürlichen Reichtum ist, blieb seine Industrieproduktion klein und nahm im Laufe der letzten 10 Jahre fast gleichmäßig ab. 19.000 von den 29.000 Arbeitern in den Eisenerzbergwerken sind arbeitslos. Die Erzeugung von Ingots und Stahl macht gerade nur ein halbes Prozent der Weltproduktion aus. Sogar Italien, ein Land, dessen Mangel an industriellen Rohstoffen bekannt ist, erzeugt 1.800.000 Tonnen Stahl gegenüber 540.000 Tonnen in Spanien. England besaß im Vergleich zu Spanien von heute schon 1850 ein dichteres Eisenbahnnetz: Spanien hat auf 100 km<sup>2</sup> nur 3,3 Eisenbahnkilometer, gegenüber 14,2 in England, 9,2 in Frankreich, 6,8 in Italien und 36,5 in Belgien. Dabei ist der Eisenbahndienst unzureichend, die Züge erreichen die Schnelligkeit einer Schildkröte, der Gütertransport ist dreieinhalbmal so kostspielig als in Frankreich. Vor einiger Zeit beklagte sich die Handelskammer von Salamanca, daß Frachten manchmal von Salamanca nach Barcelona länger brauchten als nach Buenos Aires.

Die feudalen Grundbesitzer lähmen die Industrie dadurch, daß sie die Kaufkraft auf dem landwirtschaftlichen Markt herabdrücken und daß sie eine Staatsverwaltung geschaffen haben, mit deren Korruption und Unfähigkeit höchstens einige indische Eingeborenenstaaten rivalisieren können. Gleichzeitig stellt diese Schichte die 16.000 Aktionäre der Bank von Spanien, die bei einem Kapital von 177 Millionen Peseten in den Jahren zwischen 1924 und 1932 einen Profit von 1028 Millionen Peseten machte — in zehn Jahren ein Sechsfaches des Kapitals.

*Die herrschenden Klassen.* Bis vor kurzem war Spanien von Personen regiert, die in jedem Sinne des Wortes Schmarotzer waren. Die spanische Aristokratie übt keine soziale Funktion aus und ihre Beseitigung würde keine Lücke lassen, außer etwa in Luxuscafés. Diese Aristokraten sind reine Konsumenten, Drohnen ohne die soziale Funktion von Drohnen. Die große Mehrheit der spanischen Gutsbesitzer nehmen kein Interesse an ihren Gütern und sind ständig abwesende Gutsherren. Als Administratoren und Soldaten sind sie korrupt und unfähig. Sie sind mehr Parasiten als irgendeine andere herrschende Klasse. Unter der russischen Aristokratie fand sich wenigstens ein Tolstoi und ein Tschitscherin. Der spanischen fehlt selbst dieser versöhnende Zug. Wenn sie nicht bedroht werden, sind sie nur Ballast. Wenn sie bedroht sind, laufen sie sofort weg und hoffen in den Kasinos von Frankreich und Italien, daß die Geistlichkeit und die englischen Herzöge ihnen das gute Leben wieder verschaffen, das sie bisher hatten.

Aber daneben gibt es eine andere Gruppe des Adels, die die Masse der Offiziere in der spanischen Armee stellen. Diese Armee hat nichts mit nationaler Verteidigung zu tun. Sie besteht zu dem Zweck, den Aristokraten Posten zu geben und die Arbeiter und Bauern zu terrorisieren. Als 1931 die Republik König Alfonso XIII. ablöste, enthielt die spanische Armee auf je 5 Mann einen Offizier, dreimal soviel als in Frankreich. Die Republik entließ 7000 Offiziere. Daher ist das Offizierskorps offen faschistisch und monarchistisch. Kaum 3% davon sind Republikaner. Fünf Jahre hindurch arbeiten sie gegen die Republik. Nur die Flugwaffe ist republikanisch. Da man dort Männer

mit technischer Begabung und einem Maß von wissenschaftlichen Kenntnissen braucht, erwies sie sich wenig anziehend für die Aristokraten.

Die Herrschaft des Feudaladels wird von einer Geistlichkeit gestützt, deren Weltbild das des Jahres 1400 ist. Die Geistlichen waren die größten Grundbesitzer im Land und waren bei der Armut des Volkes reich geworden. Ihr Mißtrauen gegen Erziehung hat 54% des Volkes beim Analphabetismus festgehalten. Alle spanischen Bewegungen, die den Feudalismus überwinden wollen, müssen antiklerikal sein, ob die Bewegung nun bürgerlich oder proletarisch ist. Die spanische Geistlichkeit beging einen Mißgriff, den derzeit die russischen Kommunisten mit Eifer wiederholen. Statt ihre Gegner zu widerlegen, suchten sie deren Lehren mit Gewalt zu unterdrücken, und dies gelang ihnen durch Jahrhunderte. Aber: in etwa 150 Fällen wurde ein Akt faschistischen Terrors dadurch gerächt, daß eine Kirche niedergebrannt wurde. Keinem britischen Sozialisten, wie radikal er auch sei, würde es im Traum einfallen, eine Kirche niederzubrennen. Die Kirche jedes Landes erfährt die Behandlung, die sie verdient.

*Die Arbeiter.* 4 Millionen Bauern und Landarbeiter, 3 Millionen Industriearbeiter kämpfen seit Jahren gegen die klerikalfeudale Herrschaft. Sie finden Verbündete bei vielen Kapitalisten und Bürgern, die das Feudalsystem zerstören wollen und die Bauern und Arbeiter als Massenbasis brauchen. So vertrieb eine Koalition von Liberalen und Sozialisten 1931 Alfonso XIII., das Haupt der Grundherren und Priester, und konfiszierte die Ländereien der Granden, verbot die geistlichen Orden und nahm dem Klerus das Erziehungswesen aus der Hand. Aber ehe das alles noch zu Ende geführt war, machte sich der Interessenkonflikt zwischen Kapitalisten und Arbeitern fühlbar. Die Arbeiter versuchten die bürgerliche Revolution weiterzutreiben und sie in eine proletarische zu verwandeln. Die Kapitalisten unterdrückten in den Jahren 1934—1935 die Arbeiter. Als Resultat trieb der Staat zum politischen Feudalismus zurück. Wiederum schlossen die kapitalistischen Schichten ein Bündnis mit den Arbeitern: dieses Mal „Volksfront“ genannt. Im Februar 1936 siegte die Volksfront bei den Wahlen. Es folgte eine liberale Regierung. Sofort drängten die Arbeiter nach Lohnerhöhungen und Besserung der Arbeitsbedingungen. Aber diesmal war der Druck des Feudaladels heftiger. Statt auf die Zeit zu warten, wo der unausweichliche Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern die Volksfront zerschlagen hätte, verloren sie bei der Ermordung Calvo Sotélos, eines ihrer Führer, den Kopf und schlugen zu früh los. Ein weiterer psychologischer Fehler war, daß sie Mauren und Fremdenlegionäre benützten — wie wenn man Askaris verwendete, um eine Demonstration im Hyde Park von London zu sprengen. So schufen sie wiederum eine Vereinigung zwischen liberalen Kapitalisten und sozialistischen oder anarchistischen Arbeitern. Nur eine sterbende und parasitäre Klasse ist der Borniertheit fähig, die die spanischen Revolutionäre Ende Juli bewiesen haben.

Aber ist die Arbeiterklasse eine Einheit? Gewiß nicht. Doch der rechte Flügel der Sozialistischen Partei ist der Zahl und dem Einfluß nach schwach. Die Kommunisten sind nicht bedeutungsvoll und existieren hauptsächlich in der verschreckten Einbildungskraft der ausländischen kapitalistischen Presse. Die jungen Kommunisten haben sich dem Sozialistischen Jugendverband angeschlossen. Die große Mehrheit der Arbeiter, vor allem der jungen, gehört zu den linken Sozialisten und den Anarchisten. Bemerkenswert ist, daß die sozialistischen Gewerkschaften am linken Flügel der Partei stehen.

Das Hauptproblem ist die starke anarchistische Bewegung. Aber da ist festzustellen, daß sowohl Anarchisten wie linke Sozialisten daran glauben,

daß sie nur in einem bewaffneten Aufstand zum Sieg gelangen; was mehr ist, sie haben sich schon lange auf einen solchen Aufstand vorbereitet. Sozialisten und Anarchisten glauben nicht an die Notwendigkeit der „Evolution“, des Hineinwachsens in den Sozialismus. Ihr gemeinsames Schlagwort ist „Sozialismus in unserer Zeit.“ Beide setzen sich zum Ziel einen Neuaufbau durch die Arbeiter, für die Arbeiter und unter möglichst geringem Zwang gegen die Arbeiter. Beide glauben daran, daß Pläne, die man im Vorhinein entwirft, im Feuer der Revolution verbrannt, daß sie veraltet sein werden, ehe man sie bekanntgibt. Beide Gruppen haben Vertrauen in die Fähigkeit, Intelligenz und Initiative der Arbeiterschaft. Beide glauben, daß Arbeiter, die sich politisch befreit haben, die Kräfte entwickeln werden, die Gesellschaft nach ihrem Willen neu aufzubauen. Ihr Glauben mag manchem kindisch erscheinen. Aber es sieht aus, als ob diese Überzeugung daran sei, die Welt zu erschüttern.

### Luis Araquistáin: Rußland und Spanien.

Die monopolistische Stellung des Weltreichs, von der jahrhundertlang gezehrt wurde, hat in Rußland und in Spanien die Entfaltung des modernen Kapitalismus aufgehalten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ist die Wirtschaft beider Länder vorwiegend feudal in der Agrarorganisation, vorkapitalistisch, handwerklich und primitiv in der Industrie. Die politischen Einrichtungen entsprechen diesem anachronistischen gesellschaftlichen Unterbau. Beide Monarchien zeigen eine Verflechtung der folgenden herrschenden Klassen: ein Adel mit Latifundien, die er nicht bewirtschaftet, dessen einzige Existenzberechtigung es ist, seine phantastischen Renten in einem asiatischen Luxus unter Hinzuziehung der materiellen Genüsse der europäischen Zivilisation aufzuzehren — selten einmal glänzt ein Adeliger in Kunst oder Wissenschaft oder einer öffentlich nützlichen Tätigkeit; ein habgieriger und fauler Klerus, bei dem vor allem die Mönche nur daran denken, irdische Güter zu sammeln und die Gewissen zu beherrschen, unter ganzlichem Verzicht auf geistige Arbeiten, in denen sie in früheren Jahrhunderten einiges geleistet hatten; eine schwarzerische Militärkaste, sehr aktiv und heldisch, wenn es sich darum handelt, sich unter den Stiefel der Staatsoberhäupter zu beugen, aber auf den Schlachtfeldern unnütz; und eine Bürokratie, die in die Schlupflöcher des Staates unterkroch, nicht um der Nation zu dienen, sondern damit sie die Nation mit Pfründen, Prebenden und Sinekuren bedient.

#### Die gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Die spanische und die russische Gesellschaft glichen sich, mit geringen Rassenunterschieden, wie Wassertropfen. Und in beiden war die Bourgeoisie gleich schwach, unentschieden, ohne Persönlichkeiten, ohne große wirtschaftliche oder politische Ambitionen, weit eher geneigt, mit den traditionellen herrschenden Klassen zu paktieren und sich ihrer Herrschaft zu unterwerfen als sie zu beherrschen, wie sie das in anderen europäischen Ländern tat. Zweifellos gibt es eine Reihe von Unterschieden zwischen Rußland und Spanien, aber sie liegen vorwiegend an der Oberfläche.

Die russische Monarchie blieb in ihrem Absolutismus unverändert bis 1905, wo sie dann begann, einige konstitutionelle Brosamen zuzugestehen. Während

des ganzen 19. Jahrhunderts hatte schon das Aussprechen des Wortes ‚Verfassung‘ Todesgefahr und Verbannung nach Sibirien bedeutet: beide Strafen wurden tatsächlich im Falle der Unglücklichen angewendet, die im Jahr 1815 eine unbedeutende Meuterei für die Verfassung anstifteten. Und die Reform von 1867, die die Leibeigenschaft der Bauern aufhob, war keine großmütige Handlung des Zarismus, sondern ein Bedürfnis der neuen Agrarbourgeoisie, die freie Arbeitskräfte benötigte.

In Spanien dagegen mußte die Monarchie zu bestimmten Perioden des 19. Jahrhunderts verschiedene Nachahmungen einer Verfassung zulassen und 1873 sogar für kurze Zeit abtreten, vertrieben nicht so sehr durch die Macht einer aufsteigenden Bourgeoisie oder durch die Massenkraft der republikanischen Parteien, sondern durch die moralische und physische Degeneration der nationalen Dynastien. Dennoch haben weder die diversen Verfassungen noch die verschiedenen Revolutionen noch die erste spanische Republik in Wirklichkeit eine neue Verteilung der gesellschaftlichen Kräfte verkörpert. Es waren Episoden, die kaum die Wurzel der Feudalstruktur der Nation berührten. Die Gesellschaft verblieb, von leichten Reformen (wie die Schuldentilgungsgesetze von Mendizábal) abgesehen, in ihrer hierarchischen Kastensorganisation intakt. Die Verfassungen, die Parlamente, die politischen Parteien und die Republik von 1873 dauerten nicht länger als das Gemüse in den Beeten, weil die Bourgeoisie die gesellschaftliche Kraft sich durchzusetzen nicht besaß, und vor allem, weil das Proletariat als politisch unabhängige Klasse die Bühne noch nicht betreten hatte. Aber als im Jahrzehnt zwischen 1870 und 1880 dieser Eintritt sich vollzog, begannen sich gleichzeitig die Dinge grundlegend zu verändern. Die Oligarchie feudaler Herkunft versöhnte sich schließlich mit den rivalisierenden Dynastien und mit der neuen Bourgeoisie, die sich damals zu formieren begann, aber weniger aus eigenem Antrieb als durch die Einwirkung des internationalen Kapitalismus und dessen Einbruch in die spanische Wirtschaft.

Dies machte sich fühlbar in der Restauration der Monarchie 1875. Die große Umarmungsszene von Vergara vereinigte nicht nur die Kämpfer der Bürgerkriege, sondern alle Gesellschaftsklassen, die bisher in Gegensatz standen und sich jetzt unter dem gemeinsamen Nenner des Kapitalismus gruppierten, gegenüber der Kraft, die zum ersten Male auf der Bühne der Geschichte in organisierter Form auftrat, darauf eingestellt, nicht mehr wie bisher der willige Gefolgsmann der Bourgeoisie zu sein, sondern im Gegenteil die politische Macht für sich zu erobern: gegenüber dem Proletariat.

Wie Rußland zunächst den Antrieb zur kapitalistischen Entwicklung vom ausländischen Kapital, vor allem dem französischen und belgischen, empfing, so schuldet auch Spanien anfänglich seine Industrialisierung großenteils dem Zustrom französischen, belgischen und englischen Kapitals. Der internationale Kapitalismus erzeugte, während er die wirtschaftliche Entwicklung der zurückgebliebenen Länder beschleunigte, ein Proletariat von kolonialem Typ, spät reifend und unzufrieden, das nicht wie seine westlichen Brüder an das vom Reformismus versprochene Paradies des stabilisierten Kapitalismus glauben konnte. Denn die Tageslöhne waren niedrig, die Arbeitstage lang — bis 1897 gab es in Rußland keine gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages und dann eine solche auf elfeinhalb Stunden — und die liberalen und demokratischen Errungenschaften, von denen sich die Reformisten innerhalb der bürgerlichen Staaten soviel versprochen hatten, waren gleichmäßig illusorisch.

Das ist eine Tatsache von großer Wichtigkeit, die man im Gedächtnis behalten muß, um das zu verstehen, was geschah, geschieht und geschehen wird in

Ländern mit zurückgebliebenem Kapitalismus wie Rußland, Spanien, Lateinamerika, China und anderen, wo die historischen Bedingungen ähnlich gelagert sind: fast immer in seiner Klassenorganisation von der bürgerlichen Legalität ausgeschlossen, von der ökonomischen und politischen Diktatur der Bourgeoisie ausgebeutet und unterdrückt, sieht das Proletariat dieser Völker nicht vor sich als die soziale Revolution und gibt die Vorstellung von Zwischenstufen auf. Das erklärt den Oktober 1917 in Rußland, den Oktober 1934 in Spanien, die revolutionäre Agitation, die seit einigen Jahren einen ausgedehnten Teil von China bewegt, und die außerordentliche, aber nicht überraschende Tatsache, daß die neuen Arbeitergenerationen im spanisch und portugiesisch sprechenden Teil von Amerika nicht mehr, wie ihre Vorgänger, zwischen dem Anarchismus, der ultrareformistischen Politik der American Federation of Labor — der großen verbürgerlichten Organisation der nordamerikanischen Arbeiteraristokratie — und dem antirevolutionären Sozialismus der Zweiten Internationale schwanken, sondern daß sie sich dem Kommunismus in die Arme stürzen.

### Die revolutionäre Theorie.

Dennoch ist es klar, daß es nicht genügt, wenn die historischen, politischen und soziologischen Voraussetzungen im Proletariat eine Prädisposition für die Revolution schaffen. Es ist erforderlich, daß jemand den Weg erklärt und das Ziel aufzeigt: es bedarf einer revolutionären Theorie. Schon Lenin hat gesagt: „Ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre Bewegung.“ Ich sehe mit Genugtuung, daß diese bekannten Worte heute in Spanien häufig in sozialistischen Büchern und Flugschriften und die der Presse der Arbeiterjugend wiederholt werden; aber man muß sie dauernd wiederholen. Die proletarische und marxistische Revolution muß notwendig Nachdruck auf das theoretische Denken legen. So haben es die russischen Sozialisten gehalten und so haben sie 1917 gesiegt, denn der revolutionäre Wille zerbricht ohne klares und entschiedenes Bewußtsein schließlich in Widersprüchen und Schwankungen, die ihn unfruchtbar machen, wie das in vielen Fällen in Spanien vor und nach dem Oktober 1934 geschah.

Wenn Lenin selbst die Vorteile, die ihm und vielen anderen aus der Emigration erwachsen, mit folgenden Worten feststellt:

„Dank der vom Zarismus erzwungener Emigration besaß das revolutionäre Rußland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Reichtum an internationalen Beziehungen, eine ausgezeichnete Kenntnis aller Formen und Theorien der revolutionären Bewegung, wofür sich in keinem anderen Lande der Welt eine Analogie finden läßt“.

so ist der sozialistischen Revolution Spaniens (in deren Zyklus wir uns schon in einer sehr vorgeschrittenen Phase befinden) kein solcher historischer Glücksfall zugestoßen. Zahlreiche Liberale und Republikaner unseres Landes waren im vorigen Jahrhundert zur Emigration gezwungen. Aber das war entweder vor der Ausbreitung des Marxismus in Europa oder sie blieben seiner Theorie fern. Erst seit kurzer Zeit treffen wir in Spanien auf eine marxistische Diskussion. Die Intellektuellen interessierten sich für den Sozialismus nicht. Die ihm am nächsten kamen (wie Pi und Margall), übernahmen gewisse utopistische Ideen Proudhons. Immerhin muß man anerkennen, daß die alten Republikaner, wenn auch auf utopischen Wegen, viel weiter gingen als diejenigen unserer Tage in der „zweiten Republik“, die nicht mehr, nicht einmal als Utopie, nach der Emanzipation der Arbeiter, sondern nur nach ihren Stimmen streben. Das Programm für die Wahlen von 1936 beweist das.

Der spanische Sozialismus hat den einheimischen Intellektuellen für sich wenig dankbar zu sein; es ist traurig, daß man das bekennen muß. Manche tauchten meteorartig in ihm auf und verschwanden bald aus seinem Umkreis um dann später ihre seinerzeitigen Weggenossen zu verachten, gleichsam um ihre Jugendsünde zu kompensieren: so Miguel de Unamuno. Andere Intellektuelle waren weniger Eintagsbesucher im spanischen Sozialismus, aber auch sie brachten nichts oder wenig als Beitrag zu seiner Theorie. Sie glaubten, daß es für Leute, die aus der Bourgeoisie kommen und Professoren, Advokaten oder andere Angehörige freier Berufe sind, genüge, in der Sozialistischen Partei zu sein, sich bewundern zu lassen und mit ihren bloßen akademischen Titel der Arbeiterschaft zu imponieren. Der Mangel an intellektuellen revolutionären Elementen im spanischen Sozialismus wurde durch die entschiedene marxistische Einstellung aufgewogen, die vom ersten Moment an von den Arbeiter-Gründern des spanischen Sozialismus eingenommen wurde. Den ersten Keim der Theorie brachte der Schwiegersohn Marxens, Lafargue, aus Frankreich, aber die sie propagierten und festigten, waren Arbeiter. Hier besteht ein historischer Gegensatz zu Rußland.

Der alte Arbeiter José Meso war es, der als Emigrant in Paris das „Kommunistische Manifest“ und das „Elend der Philosophie“ übersetzte, dieses mit einem Brief von Engels für die spanische Ausgabe. Er besuchte auch gelegentlich Marx und Engels in London, um mit ihnen das erste Programm und andere Fragen der spanischen Partei zu beraten, und nahm in seinem Heim Jules Guesde auf. Und Arbeiter sind es, vor allem Graphiker, die 1879 die sozialistische Partei Spaniens gründen und vom Beginn an sie mit dem Stempel der proletarischen Klassenpartei versehen, zum bleibenden Unterschied von allen anderen politischen Organisationen Spaniens.

Pablo Iglesias ist der Arm und das Gehirn der neuen Partei. Er glaubt (im Gegensatz zum Arzt Jaime Vera) nicht an die alleinige Wirksamkeit der Überredung. In seinen „Comentarios“ zum sozialistischen Programm drückt er das unumwunden aus. Wenn man ins Parlament geht, schreibt Iglesias dort, so nur um von dort wirksam „zur Formierung der revolutionären Armee beizutragen“. „Wenn diese Armee formiert ist“, sagt Iglesias voraus, „wenn die proletarischen Massen bereit sind, dann kann sie jeder Konflikt, wie er notwendig aus der bürgerlichen Ordnung hervorgehen muß, ein Krieg, eine Wirtschaftskrise, in die Lage versetzen, die Eroberung der politischen Macht anzustreben, eine Eroberung, die... sich nur revolutionär und nicht anders als revolutionär vollziehen kann.“ So sprach der spanische Marxismus 1886. Iglesias bekämpfte sein ganzes Leben lang die zwei antimarxistischen Tendenzen, die es in der spanischen Arbeiterbewegung wie in der ganzen Welt gab: die Tendenz sich in eine Organisation vom reformistischen Typus zum ausschließlichen Kampf für unmittelbare Verbesserungen zu verwandeln, und die Tendenz, zur Rolle der Schildknappen der republikanischen Parteien herabzusinken. Andererseits wurde die Bewegung durch die politische Entwicklung gezwungen, aus ihrer Klassenisolation herauszutreten. Aber noch 1908, als man von einem Linksblock zu reden anfing, hat die sozialistische Partei dem entgegengesetzt: „Wir brauchen keinen anderen Block als einen Arbeiterblock.“ 1909 jedoch bildete sich die republikanisch-sozialistische Verbindung in Reaktion auf die Regierung Maur und die Erschießungen von Barcelona. Damit begann das revolutionäre Bündnis der Sozialisten und Republikaner zum Sturz der Monarchie und der Errichtung der Republik.

**Die sozialistische Partei.**

1917 brachte den wichtigsten Erfolg in der Geschichte des spanischen Sozialismus: den revolutionären Generalstreik des August. Es ist der erste, das ganze Land umfassende Streik dieser Art, der in Spanien geführt wird; in Rußland dagegen hatte es verschiedene ausgedehnte politische Streiks schon 1903 und 1905 gegeben. Die Bedeutung der spanischen Streiks liegt nicht nur in der Ausdehnung und in der politischen Zielsetzung — Sturz der Monarchie —, sondern darin, daß zum erstenmal das spanische Proletariat unabhängig von den bürgerlichen Parteien die revolutionäre Initiative an sich reißt. Die sozialistische Partei hat dann ebenso entschieden in die revolutionäre Bewegung eingegriffen, die 1930 unter der Diktatur begann und 1931 friedlich die Monarchie stürzte. Dieses Jahr 1931 oder besser gesagt 1930 entspricht in der Geschichte des spanischen Sozialismus, auf Grund seiner Auffassung von der Etappe der bürgerlichen Revolution, dem Jahr 1905 in Rußland.

Damit man mich richtig versteht: es genügt gewiß nicht, daß ein Land rückständig sei, damit dort eine proletarische Revolution kommt. Wäre es so, dann hätte schon ganz Afrika seine Revolution hinter sich haben müssen. „Rückständig“ heißt in diesem Falle, daß sich eine quasi vorkapitalistische Wirtschaft rasch in eine technische und finanziell überkapitalistische Wirtschaft verwandelt, was zwei Folgen hat: daß einerseits eine Bourgeoisie fehlt, die vorbereitet wäre, die politischen und sozialen Funktionen auszuüben, die der neuen wirtschaftlichen Situation entsprechen; andererseits daß es ein Proletariat gibt, welches, da der Kapitalismus überaus spät gekommen ist, nicht in seiner Aufstiegsperiode korrumpiert werden konnte wie die Arbeiterschaft der großen Industriestaaten, und es auch nicht mehr werden kann, weil sich die Kurve des Kapitalismus in der ganzen Welt rasch senkt. Und es ist ein solches Proletariat, das rasch seine historische Mission versteht, eine kaum existierende und unfähige Bourgeoisie im Übergang von einer feudalen zu einer revolutionären Etappe zu ersetzen.

Theoretisch waren wir 1930 in jener Lage, welche der der Bolschewiken im Jahr 1905 entspricht. Es ist wichtig, daß wir in den zwei Jahren zwischen 1931 und 1933 die ganze theoretische Entwicklung durchlaufen mußten, die Lenin von 1905 bis 1917 durchmaß. Denn der Oktoberaufstand 1934 ist ideologisch entsprechend dem Aufstand der Bolschewiken im Oktober 1917. Wir haben weniger Glück gehabt als die Russen, weil die Bedingungen in manchem verschieden waren, vor allem aber, weil die Sozialistische Partei 1934 noch nicht die Einheitlichkeit des Bewußtseins und der revolutionären Aktion erreicht hatte, die die russische Partei 1917 kennzeichnete.

Während vieler Jahre nach der streng marxistischen Ära unter Pablo Iglesias drangen reformistische und republikanische Tendenzen in die spanische sozialistische Partei ein und beherrschten sie teilweise. Der Streik von 1917, dessen Initiator und dessen Seele Francisco Largo Caballero war — bei dem der revolutionäre Geist nicht erst von heute ist — kündigte eine Erstarkung und eine Rückkehr zur marxistischen Linie an. Und es ist wiederum Largo Caballero, der 1933 das Banner des Marxismus erhob und der später im Proletariat die Notwendigkeit aufzeigte, die Reformisten und die Republikaner unter sozialistischer Maske (die unpassenderweise Zentristen heißen) von ihren Vertrauensposten abzusetzen. Und dabei sind wir.

In Spanien gibt es historische Bedingungen, die eine äußerste Parallele zum Rußland vom Ende des letzten und Beginn dieses Jahrhunderts darstellen: einen

Kapitalismus schon in seiner monopolistischen Phase, ohne eine handlungsfähige, führende Großbourgeoisie und mit einem Kleinbürgertum ohne politische Parteien, das sich in der Tendenz zum Sozialismus neigt; einen schwachen Staat, und ein Proletariat, das die Macht will, bewußt seiner historischen Mission und von einer revolutionären Kraft wie kein andres der Welt außer Rußland, überdies wie kein andres geheilt von allen Illusionen über eine Demokratie innerhalb des kapitalistischen Regimes.

Es ist allerdings notwendig, daß die Sozialistische Partei den Prozeß ihrer ideologischen revolutionären Vereinheitlichung vollendet und daß die Gewerkschaftsorganisationen des Proletariat dem folgen. Wenn dies der Fall ist, dann werden die Voraussetzungen zugunsten der spanischen Revolution einzigartig in der Welt sein. Es wird nur die konkrete Gelegenheit abzuwarten sein, sie auszunützen. Denn das muß man sich klar machen: die Chancen der Stabilisierung einer demokratischen Republik in unserem Lande sind heute geringer denn je.

Der Bürgerkrieg, in dem wir leben, ist nicht mit parlamentarischem Ausgleich zu lösen. Das historische Dilemma heißt Faschismus oder Sozialismus, und es wird von der Gewalt entschieden werden. Aber der Faschismus, den wir schon mit dem General Primo de Rivera trafen und der in seinem neuen Anlauf im Oktober 1934 abgeschreckt wurde, ist in seiner Niedergangsperiode. Ihm fehlen die Massen und die energischen Führer; die Degen der alten Pronunciamentos wetteifern heute in Vorsicht. Dagegen ist der Prozeß der proletarischen Revolution in Spanien heute gleichzeitig intensiver und extensiver. Ich glaube an seinen Sieg in kurzer Frist. Vielleicht genügt, ihn zu erreichen, der Oktober 1934. Aber wenn er nicht genügt, dann müssen wir uns auf so viele Oktober vorbereiten, als nötig sein werden. Hier wird so die Revolution permanent sein bis zum endgültigen Sieg.

### Deutsche Diskussion.

#### Peter Haukamp: Zur Agrarpolitik in Deutschland.

##### Die nationalsozialistische Agrarpolitik.

Die Nationalsozialistische Partei war ursprünglich ausschließlich eine Angelegenheit der städtischen Kleinbürger. Erst gegen 1928 vollzog sich eine Umstellung. In den „unabänderlichen“ 25 Punkten wird die Landwirtschaft nicht erwähnt und ist von einem Agrarprogramm keine Rede. Der viel zitierte Punkt 17 bezieht sich auf die „Bodenreform“, die er „nationalen Bedürfnissen angepaßt“ wissen will; „für gemeinnützige Zwecke“ wird eine durch Gesetz festgelegte „unentgeltliche Enteignung“ des Bodens gefordert. „Der Bodenzins“ soll abgeschafft, „die Bodenspekulation“ verhindert werden. Als wichtiger Zusatz zum Punkt 17 wurde am 13. IV. 1928 eine Erklärung Hitlers verbreitet, die die Auslegung des Punkt 17 stark einschränkt. In dieser Erklärung heißt es: „Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚Unentgeltliche Enteignung‘ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.“ Da es sich bei Grundspekula-

tionen nicht um eigentliche landwirtschaftliche Angelegenheiten handelt, sondern in der Regel um Spekulation mit Baugründen, ergab sich aus dieser Erklärung Hitlers, daß eine wirkliche Bodenreform keinesfalls den Intentionen der Nationalsozialisten entsprach, wie sie es ja auch bis jetzt vermieden haben, außer in gelegentlichen Kundgebungen untergeordneter Instanzen von einer wirklichen Bodenreform zu sprechen. In der Praxis haben sie auch bis heute unterlassen, den Großgrundbesitz irgendwie anzutasten. Wieviele Großgrundbesitzer haben aber nicht große Teile des heute in ihrem Eigentum befindlichen Bodens durch Raub und Bauerlegen erworben?

In einem als Agrarprogramm verbreiteten Flugblatt, das eine parteiamtliche Kundgebung vom 6. III. 1930 enthält, wird die neue nationalsozialistische Einstellung zu Agrarfragen umrissen. Hier sind alle Grundgedanken Darrés angedeutet: daß der Bauerstand den künftigen Adel des Volkes darstelle, „Hauptträger volklicher Erbgesundheit“ sei, „Jungbrunnen des Volkes und Rückgrat unserer Wehrkraft“; „die Erhaltung eines leistungsfähigen, im Verhältnis zur Gesamtvolkszahl auch zahlenmäßig entsprechend starken Bauerstandes bildet einen Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik“. Auch die später sich sehr stark durchsetzende Tendenz zur Autarkie findet in dieser Kundgebung der Partei ihre erste Formulierung und Begründung. Im Gegensatz zu den 25 Punkten wird die Bodenreform in dem Agrarprogramm preisgegeben, das private Eigentum am Boden anerkannt und lediglich zur Vermeidung einer Bodenzersplitterung ein Anerbenrecht gefordert. Wir finden in diesem Agrarprogramm auch das später im Reichserbhofgesetz realisierte berufsständische Gericht und seine Aufgaben umrissen. Verpfändung soll auf Grund des Programms verboten sein, dagegen dem Staat ein Vorkaufsrecht bei jedem Verkauf von Grund und Boden zur Verhinderung der Spekulation eingeräumt werden. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Erklärungen des Programms zum Großgrundbesitz. Es heißt hier: „Bezüglich der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe kann es keine schematische Regelung geben. Eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauerustellen ist vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus vor allem wichtig. Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen notwendigen Aufgaben und ist in gesundem Verhältnis zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt.“

Dieses Agrarprogramm wird nun durch eine wachsende Schar von Rednern auf das Land getragen. Aber schon vor der Verkündung eines Programms beginnt die NSDAP. damit, alle verfügbaren und tauglichen Sprecher bis hinauf zum Reichstagsabgeordneten in das Dorf zu schicken. Dort entwickeln sie, oft vor einem sehr kleinen Kreis, ihre Propaganda, und werden dabei in der Regel von der sich immer mehr ausbreitenden SA. gefördert. Gutsbesitzer und zahlreiche Großbauern begünstigen diese Agitation. Sozialdemokraten und Kommunisten, vielfach schon durch die besondere dörfliche Situation in ihrer Wirksamkeit behindert, schenken den Anfängen dieser Dorfagitation der Nazis nicht die gebührende Beachtung. Die sozialistischen Parteien beschränken sich fast ausschließlich darauf, ihre Agitatoren zu Wahlkämpfen auf das Dorf zu schicken. Die Nazis, die nunmehr die Wichtigkeit des Landvolkes erkannt haben, lassen es sich nicht nehmen, alle 14 Tage in regelmäßigem Turnus die Dörfer mit ihren Rednern zu beschenken.

Wie war es möglich, so fragen uns heute viele Genossen, daß unsere Partei die Bewegung auf dem Lande so außer acht ließ? Die SPD. ging von einem eng gewerkschaftlichen Standpunkt aus: auf dem Lande können wir nur die Landarbeiter gewinnen und das ist eigentlich die Sache der Landarbeiterssekretäre, die dann gelegentlich bei Wahlen auch für die Partei eintreten. In der

jahrzehntlangen Diskussion über die Agrarfrage war man über das Betriebsgrößenproblem pro und contra kaum hinausgekommen; die fruchtbaren Ergebnisse dieser Diskussion wurden aber im Kieler Agrarprogramm nicht weiter verwertet. Unsere Partei, und hier liegt das Prinzipielle dieser Frage, hatte vergessen, die Sache des Sozialismus zur Sache des gesamten Volkes zu machen; ihre Politik war auf die Wahrung der Arbeiterinteressen mit starkem Einschlag in das Kleinbürgerliche abgestellt, sie konnte so die Funktion, die eine sozialistische Partei für das Land hat, nicht oder jedenfalls nicht in zureichender Weise erfüllen. Darum mußte die parteiliche Agitation gegenüber der der Nazis, die mit der Parole: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ wirksam agitierten, schon parolenmäßig im Nachteil sein.

Daß die Partei nicht die für das Land geeigneten Redner hatte, daß eine systematisch planende Schulung für die Landagitation nicht erfolgte, daß die auf das Land hinausgehenden Redner mangelhaft vorbereitet an ihre Aufgabe herangingen und die Stützpunkte in den Dörfern ungenügend waten, ist nur symptomatisch. Ebenso die Tatsache, daß in der Agrarzentrale einer Partei wie die SPD, die über eine Million Mitglieder zählte, ein einziger Sekretär mit einer Schreibkraft saß, während die Nazis in ihrer Zentrale einen ganzen Stab von Fachleuten beschäftigten. Diese finanziell-organisatorische Engherzigkeit und deren eigentliche Ursache, das Behlen der Erkenntnis von der prinzipiellen Wichtigkeit der Agrarfrage für die Partei, der Mangel an Einsicht, daß es unmöglich ist, ohne grundsätzlich positive Einstellung zu den Agrarproblemen das breite Land für den Sozialismus zu erobern — sie bestimmten die Wirkung unserer ländlichen Agitation. Infolge dieser Fehleinschätzung der Agrarfragen waren auch die agrartheoretischen Publikationen der deutschen Sozialdemokratie nicht ausreichend, zudem fast ausschließlich Spezialfragen zugewendet. So konnte die mit rücksichtslosem Elan geführte Agitation der Nazis trotz oder gerade wegen ihrer Demagogie sich im Grunde ungestört auf dem Lande immer stärker durchsetzen.

### **Die Agrargesetzgebung des Nationalsozialismus.**

Die eigentliche Eroberung des Staates und der Macht durch die NSDAP. vollzog sich, wie jede revolutionäre Machteroberung, in der Stadt. Sie konnte aber von vornherein mit der Sympathie und der aktiven Unterstützung durch breite Schichten auf dem flachen Lande rechnen. Zwar wird Hugenberg der erste Reichsernährungsminister des Dritten Reiches, aber er bleibt es nicht lange, denn seine Position wird durch seine Koalitionspartner unterhöhlt, bis er zum Sturz reif ist. Sein Nachfolger wird der Leiter des Agrarpolitischen Amtes der NSDAP., Herr Darré, der den ganzen Stab seiner bisherigen Mitarbeiter — seine Agraroffiziere, wie er sie gelegentlich nennt — in das Ministerium mitbringt. Planmäßiger als auf anderen Gebieten der Regierungspolitik wird das Land und seine Organisationen dem Nationalsozialismus unterworfen. Zwei grundlegende Gesetze, das Reichserbhofgesetz vom 29. IX. 1933 und das Gesetz über den Reichsnährstand vom 13. IX. 1933 leiten eine auf lange Sicht ausgerichtete nationalsozialistische Agrarpolitik ein. Schaffung fester Kader im Dorf und totale Erfassung aller mit der Ernährung zusammenhängenden Betriebe, Personen und Verbände werden energisch in Angriff genommen.

Das Erbhofgesetz löst aus der Gesamtzahl der mehr als 5 Millionen deutscher Landwirtschaftsbetriebe die widerstandsfähigsten rentablen Mittelbetriebe in der Größe zwischen  $7\frac{1}{2}$  — 125 ha heraus. Nach offiziellen Schätzungen beträgt die Zahl der erbhoffähigen Betriebe 845.000, also 16,7% aller landwirtschaftlichen Betriebe mit 42% der gesamten landwirtschaftlich benutzten

Betriebsfläche. In Wirklichkeit gibt es jetzt rund 700.000 Erbhöfe, da den übrigen die Erbhofeigenschaft nicht zuerkannt wurde. Doch dürfte auch diese geringere Zahl der Höfe noch über mehr als ein Drittel der deutschen Ackerfläche gebieten. Der Erbhof ist prinzipiell unveräußerlich, nicht belastbar, und geht nach dem Anerbenrecht ohne Teilung auf den Erben über. Die weichen Erben erhalten keinen Erbanteil, haben auf dem Hofe Heimrecht, sind aber dann gegen Taschengeld, das auf keinen Fall den ortsüblichen Landarbeiterlohn erreichen oder gar übersteigen darf, zu angemessener Arbeitsleistung verpflichtet. Obwohl nicht alle Mittelbauern mit der für einen Erbhof notwendigen Besitzgröße in diese privilegierte Gruppe eingerückt sind, sind nunmehr die Erbhofbauern im Reiche allein berechtigt, sich Bauern zu nennen. Alle anderen sind lediglich Landwirte. Bauer ist ein gesetzlich geschützter Titel, weil ein Bauer in „erblicher Verbundenheit mit dem Boden im Interesse seines Landes seinen Acker bebaut“. Landwirt dagegen ist, „wer ohne erbliche Verwurzelung mit Grund und Boden Land bestellt“, wer also aus rein ökonomischen Gründen zum Zwecke des Gelderwerbs das Land bearbeitet. Doch kann und soll auch jeder Landwirt „bäuerliche Gesinnung“ haben. Die systematische Erfassung der Erbhofbauernschicht, die Gewährung zahlreicher Privilegien an sie soll dem Nationalsozialismus die Kader auf dem Dorfe gegen zukünftige Gefährdung von der Stadt her sichern; damit haben sie für solche Fälle die Waffe der Sperre der Lebensmittelzufuhr in der Hand.

Es würde dem auf Totalität abzielenden Streben des Nationalsozialismus entgegenstehen, wenn die in der Weimarer Republik übliche Organisationsfreiheit des Landvolkes weiter bestehen könnte. So wie in der Stadt hat der Nationalsozialismus auf dem Land entweder die Organisationen verboten und ihren Besitz eingezogen, oder aber er hat sie durch seine Treuhänder übernehmen lassen. Durch das Reichsnährstandsgesetz ist im Reichsnährstand (RN.) eine einheitliche, alle Zweige der landwirtschaftlichen Interessengebiete umfassende Organisation geschaffen worden. Er ist „ein Selbstverwaltungskörper (!) des öffentlichen Rechts“, „eine eigene Rechtspersönlichkeit unter staatlicher Aufsicht des Reichsernährungsministeriums. Der RN. hat öffentlich-rechtliche Zwangsbefugnis, er ist die Zusammenfassung aller Angehörigen der Landwirtschaft zur Erfüllung innerberuflicher ständischer Aufgaben, ihm obliegt die Unterstützung der Behörden und die Ausführung der ihm durch Gesetz oder vom Reichsernährungsministerium besonders übertragenen Aufgaben. Er kennt 5 Gruppen von Mitgliedern: die landwirtschaftlich Berufstätigen (Betriebsinhaber, Familienangehörige und Arbeiter) und Altenteiler; Inhaber von Betrieben des Landhandels und der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (unter Ausschluß der Arbeiterschaft); landwirtschaftliche Genossenschaften; die diesen angegliederten Einrichtungen; und die Haupt- und wirtschaftlichen Vereinigungen zur Marktregelung. Die Mitgliedschaft zum RN. ist keine freiwillige, sondern entsteht auf Grund der Zugehörigkeit zum Mitgliederkreis und kann nicht durch einseitige Erklärung aufgegeben werden. Der RN. kann ohne Befragung der Mitglieder die Beiträge festsetzen und die Mitglieder sind zu der Zahlung verpflichtet, bzw. der RN. kann die Beiträge durch das Finanzamt eintreiben lassen. Die Mitglieder sind einer besonderen Standesgerichtsbarkeit unterstellt. Wie alle anderen nationalsozialistischen Organisationen ist auch der RN. nach dem Führerprinzip gegliedert. An seiner Spitze steht der vom Reichskanzler ernannte Reichsbauernführer Darré, der damit alle die deutsche Agrarpolitik betreffenden Funktionen auf sich vereinigt. Zur Durchführung der dem RN. zufallenden Arbeit ernennt der Reichsbauernführer seine Stellvertreter; zur Zeit ist das der Reichsobmann und der Stabsamtsführer.

Der Reichsbauernführer ist der gesetzliche Vertreter des Reichsnährstandes, bestimmt seine innere Gliederung, gibt ihm die Satzung, stellt die Haushaltsordnung auf und verabschiedet den jährlichen Haushaltsplan. An zentralen Instanzen besteht das Verwaltungs- und das Stabsamt, beratende Funktionen hat der Reichsbauernrat. Repräsentative Einrichtungen sind Reichsbauernthing und Reichsbauerntag.

Das Stabsamt umfaßt die Hauptabteilungen mit einem engeren Mitarbeiterkreis unter Führung des Stabsamtsführers. Die oberste Verwaltungsbehörde des RN. ist das Verwaltungsamt unter Leitung des Verwaltungsamtsführers. Es gliedert sich in die Verwaltungsabteilung und drei Hauptabteilungen. Diese regeln das Marktverhältnis, betreuen den bäuerlichen Menschen und regeln alle Fragen, die den landwirtschaftlichen Besitz am Boden betreffen. Der RN. ist Rechtsnachfolger der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung (Landwirtschaftskammer) und hat sich, soweit nicht Auflösung erfolgte, die bisherigen privatrechtlichen Vereinigungen ein- oder angegliedert. 19 Landesbauernschaften, die wiederum in Kreis- und Ortsbauernschaften untergeteilt sind, schaffen der zentralen Instanz den gewünschten Einfluß.

### **Die Agrarbürokratie des Nationalsozialismus.**

Eine riesige, kostspielige bürokratische Apparatur, mehrmals völlig umorganisiert, auf immer straffere Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion abgestellt, soll das Funktionieren des RN. sichern. Sie ist nicht nur durch innere Kompetenzstreitigkeiten vielfach ein ernstes Hindernis für eine fachliche Regelung der Einzelfragen, nicht nur eine schwere volkswirtschaftliche Belastung, sondern vor allem die Aufhebung dessen, für was sie von der NSDAP. ausgegeben wird, der bäuerlichen Selbstverwaltung. Dieser Apparat ist auf entschiedenen Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung gestoßen. Aber der RN. hat nicht nur gegen seine Mitglieder Zwangsgewalt, sondern kann auf Grund einer Ermächtigung des Ministeriums allgemeine, für jedermann verbindliche Anordnungen treffen. Nur Erbhofbauern sind berechtigt, ehrenamtliche Funktionen des RN. zu versehen. Man erkennt, welche Machtfülle sich in dieser Apparatur vereinigt. Die „Selbstverwaltung“ im Sinne des RN. wird durch die Hauptabteilung I geleitet, und ihre Funktion ist die Betreuung des Menschen, d. h. die politische Kontrolle, die Dorf agitation und Schulung. Ihr untersteht ein Reichskommissar, der alle die Landarbeiter betreffenden Angelegenheiten unter Beseitigung jeder Selbstbestimmung einscitig zu regeln berufen ist. Zwar sind die Landarbeiter durch korporativen Eintritt des RN. in der Arbeitsfront organisiert, unterliegen aber im Dorf natürlich, namentlich, wenn sie früher sozialdemokratisch organisiert waren, der besonderen Kontrolle des mit dem Staats- und Parteiapparat verbundenen Reichsnährstandes. Die Menschenbewirtschaftung des RN. hat die Kommandogewalt über 12 Millionen Organisierte, der Reichsbauernführer oder seine Stellvertreter, d. h. eine festgefügte Bürokratie, entscheiden in unbeschränkter Machtfülle und das Ganze heißt: bäuerliche Selbstverwaltung.

In diesem Zusammenhange sei kurz auf die Dorfforschung der Nationalsozialisten hingewiesen, obwohl aus den uns darüber zur Kenntnis gekommenen Nachrichten nicht ersichtlich ist, ob sie, wenn auch durch eine repräsentative Stelle geleitet, der Hauptabteilung I untersteht. Die Akademie für Landesforschung und Reichsplanung hat jetzt (nach einer Meldung des Berl. Tagbl. Nr. 249 vom 27. V. 1936) für die Durchführung der Erforschung des deutschen Dorfes Richtlinien gegeben. Im Vordergrund der Volksforschung soll das deutsche Dorf als „Volksbiologisches Wesen und als Keimzelle der Volks-

gemeinschaft" stehen. Die Akademie hat eine Reihe von Arbeitsausschüssen gebildet. Der Hauptausschuß bearbeitet alle Fragen der Landflucht und gliedert sich zur besseren Erforschung dieses Tatbestandes wieder in 11 Unterausschüsse. Als Probleme stellt die Akademie folgende Themen auf: Erforschung der seelischen und wirtschaftlichen Probleme der Landflucht, der Zusammensetzung der Bevölkerung in sozialer Hinsicht (ständische Gliederung), Alterszusammensetzung und Bevölkerungsbewegung. Geschichtlich Bemerkenswertes soll gesammelt, die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens erschlossen, namentlich aber der soziale Aufbau des Gemeinschaftswesens klar herausgearbeitet werden. Zur Methodik der Arbeit heißt es in diesen Richtlinien, daß die Dorfforschung ihre Arbeit nur in Gruppen durchführen soll. Der Fragebogen wird als unzureichend bezeichnet, dagegen wird darauf Gewicht gelegt, daß die Dorfforscher eine Vertrauensbasis in Dörfern herstellen. Zur Erleichterung der Arbeit soll eine Befragung der Dorfelite die Forschung einleiten.

Wir hätten an dieser Stelle über die Dorfforschung nichts gesagt, wenn nicht gerade dadurch evident würde, welche Bedeutung die Kenntnis dieser Dinge für eine revolutionäre sozialistische Bewegung besitzt. Ja, eine nüchterne, der Wirklichkeit nahe Schilderung der sozialen Bewegung des deutschen Dorfes ist mindestens ebenso wichtig für die neue sozialistische Arbeit wie die Verbreitung von illegalem Material. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterorganisationen auch in der Emigration dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Schließlich: zu welchem Zweck betreiben die Nazis diese Forschung? Im wesentlichen doch deshalb, um immer ein Barometer für die sozialen Spannungen im Dorfe zu haben und um in der Lage zu sein, dieser Spannungen stets zur rechten Zeit Herr zu werden...

Die II. Hauptabteilung zentralisiert alle Angelegenheiten, die die Höfe und die Technik der landwirtschaftlichen Arbeit betreffen. Sie hat die Funktionen der aufgelösten Landwirtschaftskammern übernommen, aber darüber hinaus Vollmachten, eine systematische Melioration auch gegen den Willen der Bauern anzuordnen. Sie kann auch einseitig die Flurbereinigung verfügen, Vorschriften über den Anbau herausgeben. Ihr unterstehen alle Maßnahmen, die der „Erzeugungsschlacht“ dienen, und die eine immer lückenlosere Kontrolle der Gesamtzeugung zum Ziel haben; sie kann zur besseren Technisierung der landwirtschaftlichen Arbeit staatliche Kredite verteilen. Die Tätigkeit dieser Abteilung bedeutet praktisch eine sehr erhebliche Einschränkung der bäuerlichen Verfügungsgewalt über den eigenen Hof. Bei Erbhöfbauern, die ihren Hof nicht in der gewünschten Weise bewirtschaften, kann die Abmeierung, das bedeutet Aberkennung der Erbhöfbauernneigenschaft, und damit zugleich die Verstoßung des betreffenden Bauern erfolgen. Wenn er Kinder hat, geht der Hof an den berechtigten Erben über, der auch darüber entscheidet, ob der bisherige Besitzer auf dem Hof bleiben kann. Wenn das positiv entschieden wird, ist der bisherige Bauer zu angemessener Arbeitsleistung verpflichtet, sein Einkommen darf aber auf keinen Fall das eines Landarbeiters übersteigen, sondern soll als Taschengeld das „bei einem familienrechtlichen Verhältnis übliche Maß“ haben. Es sind Fälle bekannt, wo der Kreisbauernführer von sich aus die Versteigerung eines Hofes angeordnet hat, wenn nach seinem Ermessen ein Bauer oder Landwirt nicht in der erwarteten Weise wirtschaftet, also in der Naziterminologie nicht „Gemeinnutz vor Eigennutz stellt“; praktisch ausgedrückt, wenn er den seine Verfügungsgewalt einschränkenden Vorschriften Widerstand entgegengesetzt. Denn es kommt den Nazis darauf an, daß „die Erzeugung bis zum letzten Bauernhof übersehen und gelenkt werden kann“ (Dr. Brunnenbaum, Leiter der II. Reichshauptabteilung des RN.). Da-

bei liegt es ihnen „nicht so sehr an einer bedingungslosen Erhöhung der Erzeugung auf allen Gebieten, sehr viel wichtiger ist zuerst die Ordnung und Lenkung der Erzeugung in die volkswirtschaftlich notwendigen Bahnen“ (Dr. Krohn, Stabsleiter der II. Reichshauptabteilung des RN.). Das kann nur gelingen, wenn sie die Organisation so straff aufziehen, daß sich auch der letzte Bauer in sie einfügen muß. Die Erzeugungsschlacht (bekanntlich eine von Italien übernommene Vorstellung) soll durch die Erschließung der landwirtschaftlichen Betriebe für die Technik gesichert werden, denn aus verstärktem Einsatz der technischen Hilfsmittel muß sich in kurzer Zeit eine Leistungs- und Erzeugungssteigerung ergeben, die eine Sicherung der Ernährungslage gewährleistet. Durch die Milchleistungskontrolle z. B. sollen die Erzeugungsreserven im Kuhstall mobilisiert, aber auch der Bauer bei der Milchverwertung besser kontrolliert werden. Von „direkten Zwangsmitteln“ will man dabei absehen, der Bauer soll sich „freiwillig“ in die Erzeugungsschlacht einreihen. In den Dörfern selbst ist freilich der Zwang etwas mehr ausschlaggebend, als es in diesen Äußerungen leitender RN.-Funktionäre zum Ausdruck kommt.

Um den Bauer ganz auf seine Arbeit zu konzentrieren, hat die nationalsozialistische Marktordnung, die in der Hauptabteilung III des RN. ihre Organisation hat, eine „planmäßige Regelung der Erzeugung und des Absatzes, der Verwertung und der Preisbildung landwirtschaftlicher Güter“ durchgeführt. Erzeuger und Verbraucher werden in (einheitlichen) Marktverbänden zusammengeschlossen. Der Bauer braucht nun nicht mehr nach dem Börsenbericht zu greifen, sondern der RN. sichert ihm Absatz und Verdienst. Durch scharfen Abbau der Handelsspanne, die stark vorgetrieben wurde, ist bei einzelnen Artikeln dem Kleinhandel jede Gewinnchance genommen. Die Preise kann er nicht erhöhen, er muß sogar für die vom RN. erhöhten Preise, die ihm selbst nur einen unwesentlichen Gewinn, oft sogar nach Abzug der Steuer direkten Verlust bringen, die schärfste Kritik des Publikums hinnehmen. In einer Erklärung des RN. vom 7. IX. 1935 wird der Kleinhandel gegen den „Vorwurf der Preistreiberei“ in Schutz genommen und anerkannt, daß es die Aufgabe des RN. sei, diesen „irrigen Auffassungen“ des Publikums „über den Einzelhandel... entgegenzutreten“, da sich höhere Preise „aus der Versorgungslage“ ergeben.

Der Hauptabteilung III unterstehen auch der Landhandel, die Genossenschaften, die verarbeitende Industrie (Brennereien, Molkereien, Mühlen, Zuckerfabriken usw.) und alle Ablieferungsstellen. Der Bauer ist vom direkten Verkauf seiner Produkte an den Verbraucher ausgeschlossen, seine Erzeugnisse werden durch die entsprechenden Stellen abgeholt, und es hat sich nach Berichten des Landstadthandels folgende Wandlung vollzogen: da der Bauer nicht mehr zum Feilbieten seiner Waren in die Stadt muß, tätigt er seine Verkäufe bei den sehr stark zunehmenden und das Land überschwemmenden Hausieren, während der Kleinhandel der Städte in immer größere Not gerät.

Zur Durchführung der Marktordnung sind verschiedenartige Zusammenschlüsse herbeigeführt worden. Es lassen sich drei Gruppen unterscheiden. Erstens die Hauptvereinigungen, die als mehrstufige Zusammenschlüsse alle beteiligten Wirtschaftsgruppen vom Erzeuger bis zum Verbraucher umfassen. Sie sind Spitzenorganisationen, die sich über das ganze Reich erstrecken (Getreide—Milchwirtschaft). Zweitens die Wirtschaftsverbände, die als Körperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit in einem räumlich begrenzten Bezirk den gesamten Wirtschaftskreislauf erfassen. Drittens die wirtschaftlichen Vereinigungen, Fachvereinigungen über das ganze Reichsgebiet, die alle auf ein oder gelegentlich auch mehrere Produkte spezialisierte Betriebe vereinigen.

**Die Tendenzen der nationalsozialistischen Agrarpolitik.**

Der RN. ist die für die gesamte deutsche Agrarpolitik bestimmende Organisation und es ist daher zu fragen, zu welchem Zweck dieser komplizierte Apparat geschaffen wurde und wem er dient. Weiter ist darzustellen, wie das System funktioniert. Die Nationalsozialisten haben 1933 im Gegensatz zur Revolution von 1918 die alte marxistische Erkenntnis, daß eine Revolution den Staat nicht in seiner bisherigen Ordnung übernehmen kann, akzeptiert und haben sich auf allen Gebieten neue Organisationsformen geschaffen. Das hatte nicht nur seinen Grund in dem Stellenhunger der nach Pfründen strebenden Parteimitgliedschaft, sondern war vor allem diktiert von dem Willen zur Machtbehauptung. Für die Landwirtschaft kam zu den genannten Gründen noch hinzu das Bedürfnis nach der bisher von den Deutschnationalen verhinderten einheitlichen Durchführung der gesamten Agrarpolitik. Ein großer Teil der vom RN. durchgeführten agrarwirtschaftlichen Maßnahmen ist übrigens nicht so neu, wie immer vorgegeben wird, sondern baut die von dem Sozialdemokraten Dr. Baade im Agrarprogramm der Partei dargestellten Forderungen, die unter der Regierung Hermann Müller in Angriff genommen worden sind, weiter aus. Aber, und das charakterisiert diese Lösung, man hat eine Bodenreform weder vorgeschen noch Versuche gemacht, auf dem Wege der Siedlung eine Teillösung anzustreben. Die in den Jahren nach der Machteroberung durchgeführte Siedlung ist, gemessen an der Zahl der Siedler, weniger als die Hälfte der Zahl, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik angesiedelt wurden. Die auf den einzelnen Siedler fallende Durchschnittsgröße des einzelnen Hofes hat sich allerdings von 10 ha (Durchschnitt 1919—1932) auf 15 ha erhöht, daher ist die zur Verteilung gelangende Fläche nur um ca. 25% geringer als 1932.

Im wesentlichen sind also die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse der Hitlerherrschaft unverändert geblieben. Wenn man bedenkt, daß die landwirtschaftlichen Besitze über 100 ha Betriebsgröße in Deutschland mehr als 5 Mill. ha ausmachen, eine Fläche, auf der bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 10 ha 500.000 selbständige Bauern angesiedelt werden können, ermisst man, welche Bedeutung eine wirkliche Agrarreform in Deutschland noch hat. Daß eine solche Besiedlung mit einer starken Vermehrung der auf der gleichen Bodenfläche lebenden Zahl der Menschen und vor allem mit einer Steigerung des Lebensstandards einhergeht, ist kaum zu bezweifeln. Professor Zörner, Berlin, hat in einem Referat auf der internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft in Bad Eilsen einige Zahlen über die Besetzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Menschen entsprechend den Betriebsgrößenklassen gebracht. Auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entfallen danach in der Betriebsgrößenklasse von 2—5 ha: 94,4, 5—10 ha: 56,6, 200—500 ha: 20,2, über 1000 ha: 17,8 beschäftigte Personen. In der Reichsiedlungsstatistik wird das Ergebnis einer 87 Güter mit 32.400 ha betreffenden Untersuchung veröffentlicht. Dieser Komplex ist besiedelt worden. Vor der Siedlung wurden 1412 selbständige Haushalte mit 6680 zugehörigen Personen festgestellt. Nach der Besiedlung leben auf der gleichen Fläche 2391 Haushalte mit 11.102 zugehörigen Personen. Die Haushaltszunahme macht 69,3%, die Zahl der Personen wächst um 66,7%. Die Bevölkerungsdichte steigt per km<sup>2</sup> von 20,5 auf 34,2. Dennoch steht es nicht fest, daß die nationalsozialistische Diktatur auf jeden Fall einer Besiedlung feindlich gegenübersteht. Um eine Aufteilung des Großgrundbesitzes für Siedlungszwecke zu vermeiden, ist am 26. Juni 1936 ein Gesetz erlassen worden, das sich „Reichsumlegungsermächtigungsgesetz“ nennt. Es bezweckt „die Zusammenlegung zersplitterten ländlichen Grundbesitzes, um den Erfolg der

Meliorationen, die durch die Zersplitterung beeinträchtigt wurde, voll zur Wirkung kommen zu lassen". Das Gesetz sieht vor die Einziehung dieses Grundbesitzes, einschließlich der Erbhöfe, und eine unwiderrufliche Neuverteilung des Bodens an die früheren Besitzer nach Einhaltung des Bodens, der für die Kostendeckung eingezogen wird. Das kann bis zu 15% der so behandelten Fläche ausmachen, die dann der Siedlung zur Verfügung zu stellen ist. Der wesentlichste Gesichtspunkt der nationalsozialistischen Politik auf dem Lande ist, sich in der Bauernschaft eine verlässliche Massenbasis zu schaffen. Diesem Zweck dient die Schaffung der Erbhofbauern. Die Siedlung des Dritten Reiches hat aus dem gleichen Grund nur erbhoffähige Siedlungsstellen errichtet. Über die in jedem Dorf vorhandenen Erbhofbauern ist es möglich, die „Befehle des Reichsbauernführers in kürzester Zeit in jedem Dorf zur Durchführung“ zu bringen. Die Organisation des RN. sanktioniert und verewigt die Rechtlosigkeit der kleinen Bauern und der Landarbeiter. Die Marktordnung schließt das Dorf gegen politische Einflüsse aus der Stadt so weit als möglich ab; jeder in ein Dorf kommende Fremde kann leicht einer Kontrolle unterzogen werden. Die andere Seite dieser Politik ist, durch das System der Festpreise für sämtliche Agrarprodukte alle landwirtschaftlichen Produzenten in die Front des Nationalsozialismus zu bringen.

Ist diese Absicht bisher schon erreicht? Die Frage kann noch verneint werden. Aber unzweifelhaft sind in dieser Richtung hin Erfolge für den Nationalsozialismus zu verzeichnen. Ein vom Standpunkt des Nationalsozialismus wesentliches Ergebnis ist auf jeden Fall erreicht: durch das Erbhofgesetz ist ein großer Prozentsatz des deutschen Ackers dem Bodenmarkt entzogen. Die Festpreise für landwirtschaftliche Produkte sichern der gesamten Landwirtschaft eine gewisse Rentabilität — aber auch für den Staat die Steuerbasis — und werden darum einen Verkauf des noch nicht gebundenen Bodens nur in geringem Maße begünstigen. Das Entschuldungsverfahren überhebt außerdem namentlich den Großgrundbesitz der Notwendigkeit, zu seiner Sanierung etwa für Zwecke der Siedlung Boden zu verkaufen. Durch Gesetz ist überdies vorgeschrieben, daß der Verkauf von Boden über 5 ha an eine besondere Genehmigung gebunden ist, die versagt wird, wenn die Gefahr erwartet werden muß, daß der zum Verkauf kommende Boden unzweckmäßig bewirtschaftet wird. Infolgedessen wird die monopolistische Bodensperre in Deutschland immer wirksamer. Hier liegt auch der ausschlaggebende Grund für die rückläufige Bedeutung der Siedlung, die nur durch die Bereitstellung staatlicher Domänen in dem oben erwähnten Umfang aufrechterhalten werden konnte. Aus wehrpolitischen Gründen wird die NSDAP. sicher einwilligen die Betriebsgrößenverteilung in der deutschen Landwirtschaft nicht wesentlich verändern. Aber es besteht durchaus die Möglichkeit, daß diese Einstellung für Ostpreußen, die Grenzmark und Schlesien aus gleichen Gründen wechselt und eine großzügige Besiedlung dieser stark unterbesetzten Gebiete Deutschlands in die Wege geleitet wird. Die Bestrebungen zur Reagrarisierung Deutschlands sollen nicht unterschätzt werden. Daß auch in militärischen Kreisen der Großgrundbesitz keinen unbedingten Verteidiger findet, ist allgemein bekannt. Der Militäradel ist heute im wesentlichen Beamten- und nicht mehr Besitzadel. Die Position des Großgrundbesitzes ist im Gegensatz zur landläufigen Meinung auch für die Agrarpolitik des Dritten Reiches nicht unter allen Umständen maßgeblich bestimmend, zumal bei den starken Tendenzen im Nationalsozialismus, „eine Verschiebung des derzeitigen Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft zugunsten der Landwirtschaft durch Vermehrung der landwirtschaftlichen Betriebe“ (Borsig) und Steigerung der

Agrarproduktion herbeizuführen. Der Oberpräsident Koch von Ostpreußen, aber auch eine Reihe von Wissenschaftlern, vertreten energisch diese Gedanken einer solchen anzustrebenden Entwicklung. Allerdings hat die Weiterführung der Osthilfe, die wesentlich dem ostelbischen Großgrundbesitz zugute kam, diese Propagandaaktionen oft einflußreicher Nationalsozialisten auf mehr oder minder gute rhetorische Erfolge reduziert od. als einfaches Erpresserstück entlarvt.

#### Die Entwicklung der deutschen Eigenversorgung.

Wenn auch die nationalsozialistischen Agrarleute erklären, daß ein Generalbebauungsplan absurd sei, so streben sie doch durch Ordnung und Lenkung zu einer optimalen Bedarfsdeckung durch die in Deutschland zu erzeugenden Agrarprodukte. Das Ziel ist die Nahrungsfreiheit des deutschen Wirtschaftsraums unter Einbeziehung der außerdeutschen, südosteuropäischen Agrarproduktion. Die rein autarke Politik wird nicht nur aus industriepolitischen, sondern vor allem aus imperialistischen Gründen von der Reichsregierung und vom Reichsnährstand abgelehnt. Dessen ungeachtet ist man weiter bestrebt, sich in der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten systematisch vom Auslandsmarkt abzuhängen. Aber das Tempo, mit dem dies geschieht, ist langsamer, als im Ausland angenommen wird, und ist der militärischen Aufrüstung gleichgeschaltet.

Diese auf Nahrungsfreiheit abgestellte Politik ist die Fortsetzung der sich schon 1928 anbahnenden Entwicklung, die eine Umschichtung in der deutschen Agrarproduktion zur Folge hat. Diese Entwicklung mag eine, der Berliner Börsenzeitung, Nr. 428 vom 12. IX. 1933, entnommene Statistik veranschaulichen:

#### Einfuhrüberschuß von Nahrungs- und Futtermitteln in Mill. RM.

| GRUPPE I   | 1927   | 1928   | 1929   | 1930  | 1931  | 1932  | 1933  | 1934               |
|--|--------|--------|--------|-------|-------|-------|-------|--------------------|
| Waren, die im Inland erzeugbar sind <sup>1)</sup>                                  |        |        |        |       |       |       |       |                    |
| A) Lebendes Vieh . . .   | 144,2  | 124,6  | 129,7  | 51,4  | 10,5  | 22,0  | 23,6  | 30,9               |
| B) Nahrungs- u. Genußmittel pflanzlich. Ursprungs, einschl. Futtermittel . . . . . | 2093,9 | 1771,8 | 1213,2 | 842,3 | 455,5 | 460,9 | 269,5 | 355,3              |
| 1. Brotgetreide, Reis, Müllereierzeugnisse . . .                                   | 923,7  | 652,5  | 415,5  | 267,2 | 141,6 | 160,2 | 65,4  | 63,9               |
| 2. Getreide z. Viehfütter. . .   | 665,0  | 525,6  | 325,1  | 230,7 | 114,3 | 99,1  | 18,8  | 60,7               |
| 3. Nicht ölhaltige Samenreien . . . . .  | 22,7   | 11,6   | 0,9    | 1,1   | 12,0  | 9,5   | 10,2  | 17,9               |
| 4. Hopfen und Hopfenmehl . . . . .   | 19,2   | 11,7   | 2,8    | 0,6   | -5,3  | -1,3  | -5,7  | -5,8 <sup>2)</sup> |
| 5. Hülsenfrüchte . . . . .   | 21,7   | 36,6   | 47,9   | 31,0  | 24,5  | 12,3  | 14,4  | -30,3              |
| 6. Grün- und Raufutter . . . . .   | 0,9    | -2,0   | 2,3    | -0,6  | -4,5  | -2,7  | -0,8  | 4,5                |
| 7. Hackfrüchte . . . . .   | 59,3   | 30,4   | 23,8   | 26,5  | -14,0 | -2,9  | 4,4   | 10,2               |
| 8. Gemüse und Obst . . . . .   | 272,1  | 350,3  | 349,6  | 309,9 | 244,4 | 182,3 | 159,2 | 162,7              |
| 9. Zucker . . . . .  | -16,4  | 6,1    | -41,4  | -43,3 | -42,0 | 2,9   | 2,0   | 3,9                |
| 10. Getränke . . . . .   | 32,6   | 29,7   | 13,8   | -8,5  | -10,5 | 0,5   | 2,5   | 6,9                |
| 11. Abfallprodukte zur Viehfütterung . . . . .                                     | 98,6   | 103,5  | 78,0   | 42,2  | 12,3  | 13,4  | 4,2   | 1,5                |
| 12. Sonstige Nahrungs- und Genußmittel . . . . .                                   | -5,6   | -3,8   | -5,1   | -13,1 | -19,0 | -6,7  | -5,2  | -1,3               |

<sup>1)</sup> In dieser Gruppe ist Reis und Mais wegen enger Verbundenheit mit der deutschen Getreidewirtschaft eingeschlossen.

<sup>2)</sup> Das bei einzelnen Posten vorgezeichnete — Zeichen ist gleich Ansfuhrüberschuß.

| GRUPPE I  | 1927   | 1928   | 1929   | 1930   | 1931   | 1932   | 1933   | 1934   |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| C) Nahrungs- u. Genussmittel tierischen Ursprungs . . . . . | 1288,6 | 1287,4 | 1307,9 | 1056,7 | 685,1  | 444,1  | 320,5  | 286,6  |
| 1. Molkeerzeugnisse . . . . .                               | 494,2  | 550,0  | 573,3  | 464,8  | 278,0  | 146,2  | 117,2  | 105,7  |
| 2. Fleisch, Fische, tierische Fette . . . . .               | 498,7  | 420,0  | 423,0  | 338,8  | 223,1  | 137,3  | 120,1  | 101,2  |
| 3. Andere tier. Erzeugn. . . . .                            | 295,7  | 317,4  | 311,7  | 253,1  | 184,0  | 140,7  | 83,2   | 79,7   |
| Gruppe I: insgesamt   | 3526,6 | 3183,8 | 2650,9 | 1950,4 | 1151,0 | 927,0  | 613,5  | 672,8  |
| GRUPPE II: nicht im Inland erzeugte Waren:                  |        |        |        |        |        |        |        |        |
| 1. Südfrüchte . . . . .                                     | 260,8  | 251,5  | 243,2  | 253,9  | 210,6  | 160,6  | 142,9  | 140,7  |
| 2. Kaffee, Tee, Kakao . . . . .                             | 382,7  | 424,0  | 488,2  | 383,6  | 283,2  | 183,8  | 158,4  | 158,3  |
| 3. Gew. einschl. Paprika . . . . .                          | 26,0   | 29,5   | 32,7   | 24,9   | 14,0   | 9,2    | 7,7    | 9,8    |
| 4. Ölfrüchte und Erzeugnisse daraus . . . . .               | 530,5  | 612,1  | 634,6  | 484,9  | 347,3  | 311,7  | 249,7  | 176,2  |
| 5. Trau . . . . .   | 45,5   | 54,0   | 65,1   | 83,8   | 48,9   | 55,2   | 34,4   | 21,2   |
| 6. Tabak und Tabakerzeugnisse . . . . .                     | 229,2  | 264,1  | 249,1  | 260,8  | 161,5  | 137,2  | 130,1  | 132,7  |
| Gruppe II: insgesamt  | 1420,6 | 1635,2 | 1712,9 | 1493,9 | 1065,5 | 857,1  | 723,3  | 638,8  |
| Gesamtsumme beider Abteilungen . . . . .                    | 4947,1 | 4819,0 | 4363,8 | 3444,3 | 2216,5 | 1784,1 | 1336,8 | 1311,6 |

Ein flüchtiger Überblick über die Tabelle zeigt, daß die Tendenz zur stärkeren Eigenversorgung praktisch schon von 1928 ab einsetzt und nicht, wie die Nazis vorgeben, als ein Erfolg auf das Konto ihrer agrarpolitischen Maßnahmen gebucht werden kann. Sie haben eine schon vor dem Dritten Reich eingeleitete Politik fortgesetzt. Diese Entwicklung der deutschen Nahrungs- und Futtermittelzufuhr nach 1927 war übrigens nicht ganz freiwillig. Einige gute Getreideernten hatten zur Folge, daß gegen alle Erwartung der deutsche Bedarf an Getreide nahezu aus der eigenen Produktion gedeckt werden konnte. Einerseits nahm der Preisverfall für Agrarprodukte, der schon 1927 begann, in den folgenden Jahren rapide Formen an und ermöglichte eine immer größere Wareneinfuhr pro Geldeinheit. Dagegen wirkten aber die für ein Industrieexportland schwerwiegenden Folgen der Weltwirtschaftskrise. Deutschlands Export sank rapid; das zog naturgemäß die scharfe Reduktion der Einfuhr nach sich. Außerdem sank infolge der riesigen Arbeitslosigkeit Kaufkraft und Nachfrage und das machte die Einfuhr aus dem Ausland weniger notwendig.

Wenn wir die Einzelheiten der Tabelle ins Auge fassen, fällt auf, daß Brot- und Futtergetreide den stärksten Rückgang zu verzeichnen haben. Die Einfuhr sinkt von 7,7 Mill. Tonnen 1927 auf 1,1 Mill. Tonnen 1935. Sie beanspruchten 1934 nur noch 8% der Summe von 1927. Die Einfuhr der Abfallprodukte für die Viehfütterung fällt nahezu ganz aus. Auch die Einfuhr der Ölkuchen hat stark sinkende Tendenz. Ähnliches gilt für Molkeerzeugnisse und Fleisch. Zum Teil ist in dieser Drosselung die Quelle für die Fleisch-, Fett- und Butternot des vergangenen Jahres zu suchen. Wir können daher verfolgen, daß die maßgebenden Stellen nicht nur 1935, sondern auch in diesem Jahr bestrebt

sind, für eine vermehrte Zufuhr der für die deutsche Milcherzeugung unbedingt notwendigen Ölkuchen zu sorgen. Der Einfuhrüberschuß landwirtschaftlicher Güter ist 1935 nur um 33 Mill. RM. im Vergleich zu 1934 zurückgegangen. Aber die Mängel in der Marktversorgung sind nicht nur aus dem stark gedrosselten Import der betreffenden Waren und einer ungenügenden Futtermittelversorgung zu erklären, sie haben ihre Quelle auch in den sich aus der Marktregelung ergebenden Differenzen und dem aus der Rüstungskonjunktur herzuleitenden größeren Massenbedarf.

Für unsere Betrachtung sind die aus der Marktregelung resultierenden Divergenzen bedeutsam. Für die Mittelbauern ist weniger die Getreideproduktion als die Milch- und Viehwirtschaft von Bedeutung. Vor der Ende 1934 einsetzenden Marktregelung für Milch haben die Bauern ihre Milch und Butter privat verkauft und aus diesem Vertrieb einen wesentlichen Teil ihrer Barcinnahmen bezogen. Der Preis für Milch lag bei dem Verkauf an Private zwischen 20 und 24 Pfg. pro Liter; heute bekommt der Bauer von der Molkerei, an die er abliefern muß, durchschnittlich die Hälfte dieses Preises und muß außerdem mehr als die Hälfte der entfetteten Milch als Magermilch zurückkaufen, so daß sich für diesen Anteil, wenn er nicht für die Schweinefütterung verwendet werden kann, ein effektiver Verlust ergibt. Die Bauern haben darauf mit der Abschachtung ihres Rindviehbestandes reagiert. Der Reichsnährstand verfügte darauf die Genehmigungspflicht für Hauschlachtungen. Soweit nicht Abschachtungen eine Reduktion des Rindviehbestandes herbeigeführt haben (Gesamtrindviehbestand: 1932 19,12 Mill. Stück, davon Milchkühe 10,81 Mill., Statistisches Jahrbuch; 1935 18,85 Mill. Stück, davon Milchkühe 9,89 Mill., Zählung vom 3. XII. 1935), haben die Bauern mit Nichtablieferung der Milch geantwortet. Gegen diese „Sabotage der Ernährung“, die nicht „bereit sind, kleine Opfer im Interesse der gesamten Nation zu bringen“, hat Göring als preußischer Ministerpräsident die Gestapo eingesetzt und „Anweisung gegeben, rücksichtslos durchzugreifen“. Jeder passive Widerstand der Bauern gegen die Anordnungen des Milchwirtschaftsverbandes soll gebrochen werden und der nationalsozialistische Staat „wird vor weitergehenden scharfen Maßnahmen nicht zurückschrecken, soweit sich diese als notwendig erweisen“ (Berl. Tagebl. 22. XII. 1935). Die Abschachtungen sollen nach direkten Berichten besonders in Ostpreußen sehr hoch gewesen sein und sind nicht mit der Abschaffung des nicht ganz leistungsfähigen Viehs zu erklären, wie das die Nazis in der Öffentlichkeit tun. Um diese Entwicklung abzustoppen, wird für das Gebiet des ostpreußischen Milchwirtschaftsverbandes für die an die Molkereien abgelieferte Milch eine nachträgliche Prämie ausbezahlt.

Durch eine Verordnung vom 22. XI. 1935 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft den Reichsnährstand ermächtigt, die Milchleistungsprüfung für das ganze Reichsgebiet verbindlich anzuordnen. Die Durchführung soll nicht schlagartig erfolgen, sondern in einer angemessenen Zeit je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Gegend durchgeführt werden. Einmal will man dadurch die rationellste Verwertung des Futters in jedem Bauernstall sicherstellen, andererseits die lückenlose Kontrolle über die gesamte Milchproduktion gewährleisten. „Die Kuhhalter sind verpflichtet, den mit der Durchführung dieser Prüfung beauftragten Personen alle hierfür erforderlichen Auskünfte zu erteilen.“ Durch eine gleichzeitig erlassene Verordnung, die eine Regelung des Nutz- und Zuchtviehmarktes regelt, schließt sich der Ring um die Bauernwirtschaft immer enger. Von hier aus versteht man die Systematik der nationalsozialistischen These: „Nährpflicht und Wehrpflicht gehören zusammen“, die „Erzeugungsschlacht“ und die Erringung der „Nähr-

freiheit“ sind die Voraussetzungen der „deutschen Wehrhoheit“ und man erkennt, daß die planmäßige Erfassung der deutschen Landwirtschaft und die Sicherung der deutschen Ernährung die Grundvoraussetzungen einer imperialistischen deutschen Politik sind.

### **Sozialistische Agrarpolitik als Aufgabe der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung.**

Nicht nur im Zusammenhang mit der Wehrpolitik aber spielt die Agrarpolitik des Dritten Reiches ihre Rolle in der europäischen Situation. Bei vollkommen verschiedenen Voraussetzungen weisen die italienischen und die deutschen Maßnahmen viele gemeinsame Züge auf. Aber die italienische Lösung kann aus hier nicht darzuliegenden Gründen nicht die Propagandawirkung auf die Nachbarländer entfalten, wie es bei der deutschen Regelung der Fall ist. Namentlich für die Bauernländer Südosteuropas hat das Vorbild der deutschen Agrarlösung viel Bestechendes, und es ist nur bezeichnend, daß Agrarexperten dieser Länder sehr oft in Deutschland sind, um das für die herrschende nationalsozialistische Partei erfolgreiche System des Reichsnährstandes und die Lösung der Erbhofbauernfrage eingehend zu studieren. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß es sich nicht nur um ein rein akademisches Studieninteresse handelt, sondern daß bestimmte politische Auffassungen — nicht nur faschistische, sondern auch ständische — in den Bauernparteien der betreffenden Länder in dieser Lösung ein Vorbild sehen und anerkennen. Die Arbeiterklasse der nichtfaschistischen Länder ist darum genötigt, diesen anscheinend nur deutschen Angelegenheiten mehr Beachtung zu schenken als bisher. Denn es kann sich als notwendig erweisen, in diese Richtung strebende Pläne der Bauernparteien demokratischer Länder nicht nur zu bekämpfen, sondern durch positive Pläne eine sozialistische Lösung der Agrarfrage vorzubereiten. Erfolge werden die sozialdemokratischen Parteien der demokratischen Länder nur dann erzielen, wenn sie von den Fehlern der deutschen Partei lernen. Dem Ziel, die Bauernschaft zu einem Verbündeten der sozialistischen Arbeiterschaft zu machen, um damit die Voraussetzung zum Bau einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, wird die gründliche Kenntnis der Agrarfrage innerhalb der Arbeiterklasse in hohem Maße die Wege ebnen. Hier liegt aber auch die erste Aufgabe der deutschen sozialistischen Bewegungsansätze.

Immer wieder betonen die gegenwärtigen Führer der deutschen Agrarpolitik, daß der Mythos vom Blut und vom Boden der zentrale Punkt der nationalsozialistischen Idee sei. Darré drückt das auf einer Tagung des agrarpolitischen Apparates am 11. 11. 1935 in Weimar wie folgt aus: „Die konsequente Voranstellung des Blutgedankens in der Agrarpolitik ist durchaus kein privates Steckenpferd von mir, sondern das grundsätzliche Kennzeichen nationalsozialistischer Agrarpolitik gegenüber aller nationalistischen, faschistischen oder sonst nationalliberalen Agrarpolitik.“ Der Mythos vom Boden stellt in den Mittelpunkt die These: „Zuerst kommt der Hof und dann der Bauer.“ „Wir wollen,“ sagte Darré gelegentlich, „wenn wir die alten germanischen Gedanken in unsere Zeit stellen, keine alte Bärenhäuterei, sondern Gesichtspunkte, die in unserer Zeit die sippmäßige Verbundenheit der deutschen Bauernschaft wiederherstellen.“ Diese Einstellung nationalsozialistischer Agrarpolitik berührt sich durchaus mit dem traditionellen Denken jeder Bauernschaft; wir verweisen auf diesbezügliche Denkformen, die Traven für die mexikanischen Bauern in seinem Roman: „Die weiße Rose“ schildert.

Die Blubo-Kritik macht sich aber in fast allen Fällen ihre Aufgabe sehr leicht; sie übersieht gerne, welche einende Kraft im Mythos, in der Tradition

und Ideologie überhaupt liegt. Es ist überaus wichtig, wenn wir einen Gegner wirksam bekämpfen wollen, zuerst einmal zu erkennen: wo war seine Politik, ideologisch und praktisch, erfolgreich, und welche Bedeutung haben die realistisch einzuschätzenden Erfolge.

Aus den Erfolgen des Gegners haben sich für uns Sozialisten gewisse Konsequenzen zu ergeben:

1. Wir müssen eine neue, prinzipiell positive Einstellung zum Agrarproblem finden.
2. Aus dieser neuen Einstellung heraus ist unsere Theorie und eine agitatorisch wirksame, realistische Ideologie zu entwickeln.
3. Ein praktisches Programm, das die Gegenwartsaufgaben klar herausstellt, muß sobald als möglich in Angriff genommen werden.
4. Durch systematische Auslese und Zusammenarbeit ist ein Stab sachverständiger, politisch durchgeschulter Kräfte auszubilden.
5. Es sind Kräfte in Deutschland freizumachen, die ihre Tätigkeit allein darauf beschränken, die Entwicklung der Klassenspannungen auf dem Dorf zu verfolgen, und die darüber regelmäßig Bericht an eine für diesen Zweck zu bildende und sicherzustellende Auslandsstelle erstatten.

Auf Grund der eingehenden Berichte sind die Maßnahmen zu treffen, die eine Sprengung der totalen Macht des Nationalsozialismus auf dem Dorfe vorbereiten. Nur eine genaue Kenntnis der antagonistischen Kräfte im Dorf gibt uns die Möglichkeit zum politischen Einsatz. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß die gegenwärtigen Spannungsmomente bisher kaum irgendwo prinzipielle Bedeutung haben, sie jedoch erlangen können. Der Zwang für die Landarbeiter, jeder Freizügigkeit beraubt, auf dem Dorfe zu bleiben; der Einsatz der jugendlichen städtischen Arbeiter auf dem Land, sowohl durch die Landhilfe wie den Arbeitsdienst; der Ablieferungszwang; Gegensätze von Erbhöfbauern und Landwirten; institutionelle Differenzen und manche anderen Ursachen erzeugen Spannungen und Schwierigkeiten, die das Regime bisher immer örtlich erledigen konnte. Mit einer Verallgemeinerung dieser Spannungsmomente, wie sie sehr oft in der Emigrations- und sonstigen Auslandspresse zu finden ist, kann man wenig oder nichts anfangen. Was wir brauchen, ist ganz differenzierte Kenntnis über die Verhältnisse in dem Dorf A, dem Dorf B oder C, dem Bezirk X oder Y. Erst auf Grund dieser Kenntnisse kann sich dann unsere Politik in die Differenzen einschalten und die scheinbar unwesentlichen Spannungen ins Prinzipielle haben.

Martin Bergmann:

**Die Lage der deutschen Bergarbeiter.**

Die geistige und organisatorische Entwicklung der Bergarbeiter weist in Vergangenheit und Gegenwart deutliche Differenzen zur Entwicklung der Gesamtarbeiterschaft auf. Die Arbeitsmethode im Bergbau läßt trotz aller Rationalisierung eine Mechanisierung der individuellen Arbeitsleistung wie im Großbetriebe nicht zu. Die Arbeit unter Tag bleibt auch im modernen Bergbaubetrieb weitgehend auf die individuellen Fähigkeiten des Bergarbeiters aufgebaut, die Abhängigkeit der Arbeiter untereinander ist größer als im Fabriksbetrieb und den Bergarbeitern unmittelbar verständlich. Die Arbeit selbst erfordert größte körperliche Kraftanstrengung, die Arbeitsbedingungen müssen notwendig schwer sein. Die Kontrolle der Arbeit im Schachte selbst kann niemals vollständig sein, die Kontrolle bezieht sich vor allem auf die

erbrachte Leistung am Ende der Schicht. Dem entspricht das auf den Akkord aufgebaute Entlohnungssystem, das auf die quantitative Leistung basiert ist. Der Bergarbeiter ist daher während seiner Arbeit ungleich selbständiger als der Fabrikarbeiter, aber da die Arbeit gruppenweise geleistet und entlohnt wird, ist bei den Bergarbeitern der Solidaritätsbegriff ihrer Arbeitsbedingungen wegen niemals völlig zerstörbar. Die schwere Arbeit, die verhältnismäßig geringe Entlohnung, die immer unter dem Durchschnittslohn der Facharbeiter liegt, weil der Lohnanteil im Bergbau notwendig größer ist als in der Fabrik, ebenso aber der daraus entspringende, den Arbeitern sichtbare und verständliche Zusammenhang der Rentabilität des Betriebes mit ihrer individuellen Ausbeutung haben bei den Bergarbeitern revolutionäre Bewußtseins Elemente wach gehalten, die in der Periode der großen gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen im hochindustriellen Proletariat zerstört worden sind. Reste der ursprünglichen revolutionären Spontaneität, aber auch gewisse Elemente religiösen Denkens sind in der Geschichte der internationalen Bergarbeiterbewegung immer wieder erkennbar.

Dies wirkt sich positiv in dem revolutionären Klan der großen Bergarbeiterkämpfe aus — auch in der Vorkriegszeit haben die Bergarbeiterstreiks von allen Berufszweigen den größten Prozentsatz gewaltsamer Zusammenstöße aufgewiesen —, in der Befähigung der Bergarbeiter zu revolutionären Massenkämpfen; wir erinnern an die Rote Ruhrarmee während des Kapp-Putsches in Deutschland, an den Aufstand der asturischen Bergarbeiter und an die bewaffneten Streikkämpfe in den Vereinigten Staaten. Negativ bedeuten diese besonderen Eigenschaften eine stark entwickelte Sonderbündelerei (wo Bergarbeiter in großen Massen zusammenwohnen, halten sie zur übrigen Arbeiterschaft gerne eine spürbare Distanz), ausgeprägten Individualismus, der dem Sektierertum Eingang verschafft, schließlich auch erschwerte Organisationsbedingungen und eine Geisteshaltung, die unter bestimmten Voraussetzungen auch einer reaktionären gesellschaftlichen Entwicklung nützen kann. Für diese mögliche Entwicklung zeugen bei den englischen Bergarbeitern das reiche religiöse Sektenleben, der große Anteil der katholischen und bürgerlichen Organisationen bei den deutschen Bergarbeitern und schließlich die rasche Eroberung der Mehrheit der österreichischen Bergarbeiter durch die faschistischen Organisationen, Jahre vor dem Siege der klerikalen Diktatur.

Die besonderen Eigenschaften der Bergarbeiter sind daher in ihrer Tendenz keinesfalls eindeutig. Auch hier hängt es davon ab, ob der gesellschaftlichen Kraft, die die Bergarbeiter sind, reaktionäre oder revolutionäre Tendenz verliehen wird. Aber wenn darum auch die Entwicklung der Bergarbeiter nicht typisch ist für die des Gesamtproletariats, so ist doch eine bei ihnen einsetzende Entwicklungstendenz, die der allgemeinen, bisher geltenden Tendenz im Verhalten des Proletariats widerspricht, als ein Symptom zu werten, das der allgemeinen Änderung der proletarischen Situation zwar voraneilt, aber sie eben darum anzeigt — zumindest zeigt, daß Tendenzen zu einer solchen Änderung vorhanden sind, womit noch nicht gesagt ist, daß sie unweigerlich eintreten muß.

In diesen allgemeinen Erfahrungssätzen liegt die Sonderbedeutung, die der vor kurzem im Auslande abgehaltenen Konferenz der freigewerkschaftlichen deutschen Bergarbeiter zukommt. Die Konferenz wies schon äußerlich ein Sondergepräge durch den prozentuell hohen Anteil deutscher Delegierter aus dem Inlande auf — die Mehrzahl der großen deutschen Bergbaureviere war durch Delegierte, die nach Deutschland zurückgekehrt

sind, vertreten. Wichtiger aber ist, daß sie nicht ein Versuch ausländischer Emigrationszentren war, die illegale gewerkschaftliche Arbeit durch eine Beratung mit inländischen Vertrauensmännern neu zu beleben, sondern das organische Ergebnis einer langen, verhältnismäßig erfolgreichen illegalen Organisationstätigkeit. Diese organisatorische Arbeit ist nur zum geringeren und weniger wesentlichen Teil von außen her zentral geleitet worden; der Hauptsache nach entstand sie aus dem Auftreten spontaner Gruppen in den verschiedenen Schächten und Revieren, die mit dem Ausland allmählich Verbindung gefunden hatten und aus ihren organisatorischen und politischen Erfahrungen das Bedürfnis nach engerem Zusammenschluß entwickelten. Die Verbindungen dieser spontanen Gruppen führten teils zu politischen, teils zu gewerkschaftlichen Zentren der deutschen Emigration. Nach längeren Vorarbeiten, an denen der französische Bergarbeiterverband mitwirkte, konnte die Konferenz einberufen werden, die zur Neugründung der deutschen Bergarbeiterorganisation geführt hat.

Schon die Vorbereitung der Konferenz hatte den Beweis erbracht, daß in der deutschen Illegalität die Grenzen zwischen den Resten der alten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu schwinden beginnen. Die Zusammenarbeit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Bergarbeitern vollzog sich reibungslos. Mehr noch, zu den Mitgliedern der illegalen Gruppen in den Revieren gehören auch Bergarbeiter, die vorher entweder politisch indifferent waren oder auch christlichen Organisationen angehört haben. Charakteristisch ist, daß die Bergarbeiter trotz ihrer formal verschiedenen politischen Einstellung in der Forderung nach Unabhängigkeit von den deutschen politischen Arbeiterparteien übereinstimmen. Wie aus dem Verlauf der Konferenz hervorgeht, bedeutet dies aber nicht ein Wiederaufleben des Nurengewerkschaftertums, sondern die Erkenntnis und das Bedürfnis nach neuen Kampf- und Organisationsformen. Gerade die Inlandsdelegierten haben die absolute Einheit des politischen und ökonomischen Kampfes in Deutschland hervorgehoben. Soweit überhaupt partcipolitische Probleme im Verlauf der Konferenz auftauchten, wurden sie von allen Delegierten vom Gesichtspunkt der Überwindung der überholten Trennungsmomente behandelt. Die neue Bergarbeiterorganisation wird von ihren Begründern nicht als „Gewerkschaft“ im traditionellen Sinne des Wortes, sondern als revolutionär-sozialistische Einheitsorganisation aufgefaßt, die auf die unzerstörbare Form kollektiven proletarischen Zusammenlebens, auf den Betrieb, hier konkret den Schacht, aufgebaut ist. In ihrem Einheitscharakter liegt die ideologische Stärke, die man der neuen Bergarbeiterorganisation trotz aller gebotenen Vorsicht zuschreiben darf. Wie wenig die parteimäßige Abgrenzung wenigstens in dieser Gruppe des deutschen Proletariats heute schon bedeutet, beweist ferner die Tatsache, daß auch die kommunistischen Delegierten dem Anschluß an die freigewerkschaftliche Bergarbeiterinternationale ohne weiteres zustimmten. Daß es sich hierbei nicht um ein Manöver handelt, geht daraus hervor, daß drei Viertel des auf der Konferenz gewählten Aktionsausschusses aus Funktionären der ehemaligen freigewerkschaftlichen Organisation besteht; nur ein Viertel wurde mit kommunistischen Funktionären besetzt, obwohl sie nach dem Proporz der auf der Konferenz vertretenen Gruppen ein besseres Verhältnis hätten beanspruchen können.

Die Konferenz ging um andere Fragen. Die Fragen, die dort behandelt wurden, zerfallen in zwei Gruppen: Wie lebt der deutsche Bergarbeiter? Wie denkt er, wie verhält er sich — und daraus hervorgehend — was kann in der gegenwärtigen Situation konkret geschahen?

Die Frage nach dem Leben des Bergarbeiters wurde vom ökonomischen und vom soziologischen Gesichtspunkt aus behandelt. Hier sei gleich bemerkt, daß eines der hervorstechendsten Merkmale der illegalen Kaders im deutschen Bergbau die Entwicklung eines realistischen und analytischen Beobachtungsvermögens ist. So haben die Berichte der Delegierten ein sehr klares Bild der gegenwärtigen Lebensbedingungen der deutschen Bergarbeiter gegeben, das unseres Wissens in dieser Vollständigkeit gegenwärtig von keiner anderen deutschen Arbeitergruppe vorliegt.

#### **Arbeits- und Lebensbedingungen.**

Das Merkmal der von den Unternehmern betriebenen Sozialpolitik ist die Uneinheitlichkeit aller Maßnahmen gegen die Arbeiter. Diese Uneinheitlichkeit ist vereinbart. Der unaufhörliche Abbau aller den Arbeitern günstigen Tarifbestimmungen nimmt die verschiedensten Formen an, die von Revier zu Revier, manchmal von Schacht zu Schacht wechseln. Damit wird nicht nur der augenblicklich wenig gefürchtete organisierte Widerstand verhindert, sondern auch die Information der Bergarbeiter über Tendenz und Inhalt der Unternehmerpolitik erschwert. Formell sind die tariflichen Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen der vorkommunistischen Periode noch in Kraft. Das Regime denkt nicht daran, durch eine Rahmenverordnung die Reduktion des Reallohnes vor der Öffentlichkeit zuzugeben. Tatsächlich ist es so, daß kein Unternehmen mehr die Tarifbestimmungen einhält. Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung gehen dabei Hand in Hand. Gemeinsam ist der Lohnpolitik das Bestreben, die Akkordtarife, die Gedingesätze allmählich zu verschlechtern. Eine häufig angewandte Methode ist, die Gedingeleistung, die in einer achtstündigen Schicht geschafft werden muß, vorher festzusetzen. Dabei wird die vorgeschriebene Gedingeleistung allmählich so erhöht, daß sie in acht Stunden nicht mehr abgebaut werden kann. Die „Minderleistung“ wird von der Betriebsleitung zum Vorwand genommen, um den Kumpels die Arbeitszeit unter Tag so lange zu verlängern, bis die vorgeschriebene Leistung vollbracht ist. Dadurch hat sich in einigen Revieren die verfahrene Schicht schon bis zu zehn Stunden ausgedehnt.

Die Gedingeleistung ist von den natürlichen Abbaubedingungen z. B. der Kohle abhängig. Wer etwa im brüchigen Gestein arbeitet, wo man unaufhörlich Zimmereiarbeiten verrichten muß, kann nur ungleich geringere Leistungen fertigbringen, als der Arbeiter, der feste Hölze bearbeitet. Die Akkordsätze werden aber nicht mehr nach den jeweiligen Arbeitsbedingungen berechnet, sondern nach Arbeitsleistungen, die unter ganz besonderen günstigen Bedingungen vollbracht werden. Zu diesem Zweck werden ausgewählte Arbeitspartien — „Kameradschaften“ nennt man sie in der bergmännischen Terminologie — zusammengestellt, deren anormal hohe Leistungen dann zur Grundlage der normalen Akkordberechnung genommen werden. Diese „Ringeltauben“, wie man diese Lohndruckergruppen in der Sprache des deutschen Bergmannes nennt, sind keine neue Erfindung. Der Unterschied aber ist, daß der Widerstand gegen die Gedingeköpfung, der früher von den Gewerkschaften geübt worden ist, heute wegfällt.

Wenn so die Arbeitszeit verlängert und der Gedingesatz herabgesetzt ist, führt die neue Gedingeleistung auf Grund der verlängerten Arbeitszeit fast automatisch zu neuer Akkordverschlechterung, die nicht einmal mehr durch Verlängerung der Arbeitszeit eingebracht werden kann. Man kann schätzen, daß mit dieser Methode allein der Reallohn der Bergarbeiter um 10 bis 20% gesenkt worden ist. Eine andere beliebte Methode ist, den Berg-

arbeitern ohne Sonderentlohnung Arbeiten aufzulasten, zu denen sie tariflich nicht verpflichtet sind. Fühlbarer ist, daß die Kumpels in vielen Bergbaubetrieben nun zur Bezahlung ihrer sachmännischen Ausrüstung verhalten werden. Eine große Rolle spielt hier die Bezahlung der Birnen für die elektrischen Grubenlampen. Früher mußten die Kumpels die verbrauchten Birnen nur bezahlen, wenn sie eindeutig durch Unachtsamkeit usw. an dem vorzeitigen Verschleiß schuld waren. Gegenwärtig sind sie der Bezahlung nur enthoben, wenn sie nachweisen können, daß sie an dem Verschleiß schuldlos sind. Dieser Nachweis kann praktisch fast niemals erbracht werden. Die Folge ist, daß die Bergarbeiter jede verbrauchte Birne mit 35 Pfennig ersetzen müssen. Da der Verbrauch ein großer ist, ist das für den Bergarbeiter viel Geld.

Besondere Bedeutung hat auch das System der strafweisen Lohnabzüge gewonnen. Diese Methode der Lohnsenkung ist für das Unternehmen besonders einträglich, weil der Lohn und damit auch die Strafen nicht individuell, sondern vom Kollektivlohn der Kameradschaft berechnet werden. Strafweise Lohnabzüge sind die statistisch am wenigsten auffällige und darum besonders ausgebaute Methode der Lohnkürzung. Außerdem wird der Reallohn noch durch die gesteigerten normalen Abzüge getroffen. Die Gesamtsumme der Abzüge ist gleichfalls uneinheitlich, jedoch sind Abzüge von 33<sup>0</sup>/<sub>100</sub> des Nominallohns kein Ausnahmefall.

Schließlich muß auch bedacht werden, daß trotz des geringeren Reallohns die Mieten für die Werkwohnungen, in denen die große Mehrzahl der Bergarbeiter lebt, gleich hoch geblieben sind, so daß der quotenmäßige Anteil der Mietausgaben an der Lohnsumme erheblich gestiegen ist. Überdies werden mit Ausnahme des Ruhrreviers in allen deutschen Bergbaurevieren trotz der Rüstungskonjunktur noch immer Feierschichten eingelegt. Auch deren Zahl wechselt. Sie sind ein wichtiges und wirksames Disziplinierungsmittel der Unternehmer gegen rebelle Belegschaften geworden.

Eine gänzlich neue Methode ist die solidarische Haftung der Bergarbeiter. So kommt es vor, daß die ganze Belegschaft länger in der Grube bleiben muß, weil ein Revier<sup>\*)</sup> seine Cedingeleistung nicht erfüllt hat, oder daß Strafen solidarisch auferlegt werden. Dies vollzieht sich unter Berufung auf den nationalsozialistischen Begriff der Volksgemeinschaft: „Einer für alle, alle für einen.“

Es ist bei dem herrschenden System der Nachrichtensperre nicht möglich, exakte allgemein gültige Angaben über die Senkung des Reallohns zu erhalten. Die amtlichen Lohnstatistiken werden noch auf der Basis des nominellen Tariflohnes geführt, der praktisch längst seine Gültigkeit verloren hat. Soweit man aber aus den vorher berichteten Tatsachen schließen darf, die durch Einzelangaben symptomatische Bestätigung erhalten, kann man die Senkung des Reallohns zwischen 20 und 33<sup>0</sup>/<sub>100</sub> einschätzen. Um das richtig zu würdigen, muß bedacht werden, daß die Bergarbeiterlöhne schon unter Brüning einschneidend gekürzt worden sind, daß die Bergarbeiter immer unterentlohnt waren. Man erinnere sich nur an das Waldenburger Hungerrevier. Überdies sind die wichtigsten Lebensmittel in den Jahren der Hitlerregierung erheblich teurer geworden.

Das Ergebnis dieser Lohnpolitik ist schlimmstes Elend unter den deutschen Bergarbeitern. Die Lebenshaltung liegt am Rande der physischen Hungergrenze. Im Durchschnitt beträgt das Tagesbudget einer mehrköpfigen Berg-

<sup>\*)</sup> Ein Revier ist in der bergmännischen Terminologie eine Abteilung von Arbeitern in der Grube.

arbeiterfamilie für Nahrung, Kleidung, Gesundheitsschutz, Erziehungskosten Kulturbedürfnisse usw. zwischen Mark 2 und 3,50.

Erleichtert wird die Situation im wesentlichen nur vom Schrebergarten, dessen Gemüse- und Kartoffelernte heute für den Bergarbeiter von größter Bedeutung geworden ist. Die Schrebergärtnerei, die schon vorher für die Freizeitgestaltung der Bergarbeiter wichtig war, nimmt gegenwärtig den ersten Platz in der Freizeit des durchschnittlichen Kumpels ein. Diese ökonomische Entwicklung, die schlechter ist als die des Durchschnitts der deutschen Arbeiter — trotz allgemein absinkender Tendenz —, erklärt mit, warum bei den deutschen Bergarbeitern schon Widerstandsregungen bemerkbar sind, wie sie sonst in diesem Ausmaß und in dieser Beharrlichkeit bei der Fabriksarbeiterschaft noch fehlen.

Der allgemeinen Unzufriedenheit — darüber später — wirkt zunächst die völlige Atomisierung aller gesellschaftlichen Zusammenhänge entgegen. Die Voraussetzung geordneter Widerstandsaktionen, die Verbindung der einzelnen Reviere, ja selbst der einzelnen Ortschaften untereinander ist völlig verlorengegangen. Die Deutsche Arbeitsfront gibt keine gewerkschaftlichen Informationen aus, so daß jeder allgemeine Nachrichtendienst über die Lage jener Bergarbeiter fehlt, mit denen kein direkter betrieblicher Zusammenhang besteht. Betriebsversammlungen, in denen die eigene Lage oder die der gesamten Bergarbeiter besprochen werden könnte, finden nicht statt. Die Betriebsappelle sind entweder nationalsozialistische Agitationsversammlungen oder dienen zur Kundmachung und Rechtfertigung der Maßnahmen der Betriebsführung. Das Verlangen nach allgemeiner gewerkschaftlicher Information würde als sicheres Anzeichen staatsfeindlicher Betätigung gewertet werden. Es denkt darum niemand daran, diese Forderung an die DAF. zu stellen. Die allgemeine Armut verhindert die direkte Information durch Besuche in fremde Reviere. Aus dem gleichen Grund ist der Besuch öffentlicher Lokale, Vergnügungstätten usw., wo man Fremde treffen könnte, sehr zurückgegangen. Das unpolitische Vereinswesen leidet zunächst darunter, daß jeder Verein einem nationalsozialistischen Vorsitzenden unterstellt ist. Außerdem dürfen die Vereine untereinander keine Verbindung unterhalten, die nicht parteiamtlich kontrolliert und genehmigt ist. Die Rolle der Geselligkeitsvereine, Skatklubs usw. ist gering. Größere Bedeutung haben die Vereine mit unmittelbarer wirtschaftlicher Zielsetzung, wie lokale Schrebergärtnervereinigungen, Kaninchenzüchtervereine. Aber in allen diesen Fällen schließt der Vereinszweck die systematische Behandlung beruflicher Fragen aus. „Tarnung“ wird durch die umfassende nationalsozialistische Kontrolle verhindert. Dies heißt nicht, daß in diesen legalen Vereinen nicht im bescheidenen Maß oppositionelle Kritik geübt und geformt wird, aber Nachrichtenzentren sind sie keinesfalls.

Der deutsche Bergarbeiter ist gegenwärtig auf seinen engsten lokalen Lebenskreis angewiesen, von der Außenwelt ist er in einem für normale Verhältnisse fast unvorstellbaren Maße isoliert. Selbst was im Nachbarrevier vorgeht, erfährt er bestenfalls gerüchtweise. Selbst die illegalen Gruppen sind in keiner besseren Lage. Es war charakteristisch für die Konferenz, mit welchem Heißhunger die einzelnen deutschen Delegierten untereinander ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ausgetauscht und verglichen haben.

#### **Neue Lebensformen.**

Geordnete Betriebszusammenkünfte finden nur mehr in der Form des Betriebsappells und der Kameradschaftsabende statt. Daneben gibt es noch

die Veranstaltungen von „Kraft durch Freude“. Die Betriebsappelle sind richtige Appelle. Entweder es hält ein nationalsozialistischer Funktionär, ein Funktionär der DAF, ein Mitglied des Vertrauensrates oder der Betriebsführer eine Ansprache oder es wird gemeinsam die Radiorede eines nationalsozialistischen Führers abgehört. Diskussion, selbst die Stellung von Anfragen ist im allgemeinen ausgeschlossen, sie wäre für den Frager auch viel zu riskant. Die Kameradschaftsabende sind wegen des Treibers und der Zigarren recht beliebt, aber die Anwesenheit der nationalsozialistischen Funktionäre und der Beamten, nebst dem Betriebsführer, sorgt dafür, daß sie keinen politischen Inhalt gewinnen. Die Ansicht, daß Kameradschaftsabende und K.d.F.-Veranstaltungen von den Arbeitern sabotiert werden, stimmt zumindest für den Bereich der Bergarbeiter sicher nicht. Der ideologische Einfluß, der von diesen Veranstaltungen ausgeht, ist unmittelbar nachher merklich, hält aber nicht lange an, weil die Verantwortung des Regimes für die Gesamtlage der Bergarbeiter offenkundig ist.

Die Stätte verhältnismäßig freier Aussprachen ist die Grube während der Arbeitspausen und die Waschkaue, der Waschraum. Die Grube ist besonders geeignet, weil die Kameradschaften nur gelegentlich vom Steiger oder vom Betriebsbeamten kontrolliert werden. Dies bringt die Arbeitsweise des Bergbaus mit sich und kann darum auch von den Nazis nicht geändert werden. Ebenso sind in der Waschkaue die Kumpel unter sich. Am wenigsten kontrolliert durch das hierarchische System, dem er auf der untersten Stufe eingegliedert ist, ist der deutsche Bergarbeiter daher an seinem Arbeitsplatz.

Diesem Zustand interner Aussprachemöglichkeiten am Arbeitsplatz sucht das Regime durch ein kombiniertes Propaganda- und Spitzelsystem entgegenzuwirken. Dem dient die Einrichtung der „Werkscharen“. Diese Werkscharen haben mit den „Ringeltauben“, den von den Unternehmern bestellten Lohndrückern, nichts zu tun. Ihre Funktion ist politisch, nicht ökonomisch. Sie haben einerseits im Betriebe nationalsozialistische Propaganda zu betreiben, der oppositionellen Kritik der Belegschaften entgegenzuwirken und andererseits jeden Arbeiter, von dem sie den Eindruck gewinnen, daß er ständig und bewußt kritisiert, zur Anzeige zu bringen. Die Anzeige erfolgt gewöhnlich bei einem NSBO-Funktionär (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation). Das unmittelbare Ergebnis ist im allgemeinen eine Vorladung zum Betriebsführer oder zum NSBO-Funktionär, die es — wenn es sich nicht um auffällige Dinge handelt — bei der Drohung mit Entlassung und Konzentrationslager bewenden lassen. Maßregelungen oder Verhaftungen finden als Ergebnis solcher Anzeigen selten statt. Immerhin wird aber über solche Anzeigen und die Stimmungsberichte der Betriebsspitzel an die Gestapo, weiterberichtet, die diese Dinge sehr genau in Evidenz hält, überdies durch ihr eigenes Spitzelnetz kontrolliert. Häufen sich derartige oppositionelle Symptome, so greift die Gestapo mit wahllosen Massenverhaftungen ein, die gewöhnlich ehemalige „Marxisten“, aber auch unzufriedene Nationalsozialisten treffen. Die Mehrzahl der Verhafteten wird nach dem Verhör wieder freigelassen, ein gewisser Prozentsatz aber auf einige Monate ins Gefängnis oder Konzentrationslager gesteckt. Die Mehrzahl der berichteten Massenverhaftungen der Gestapo beziehen sich auf derartige Abschreckungsaktionen, da die organisierte illegale Massentätigkeit so gut wie gänzlich aufgehört hat.

Daß das Regime zu derartigen Maßnahmen greifen muß, hängt allerdings mit einer positiven Erscheinung zusammen. Die Periode der freiwilligen, massenhaften Denunziationen, die im ersten Jahr des Regimes die illegale Tätigkeit zerstört hat, ist gänzlich vorüber. Es wird nicht nur nicht mehr

freiwillig denunziert, die Betriebsspitzel werden als Lumpen gewertet, die so weit wie möglich boykottiert werden. Die Verhafteten, die natürlich zuerst nach Anzeichen organisierter illegaler Tätigkeit befragt werden, bemühen sich — so weit das bei den Verhörmethoden der Gestapo möglich ist — ihre Kameraden nicht zu belasten. Wer, um sich selbst zu entlasten, andere hineinlegt, fällt der allgemeinen Verachtung anheim. Es sind selbst Fälle bekannt, wo Verhaftete, die sich nicht mehr retten konnten, Dinge auf sich genommen haben, die sie nicht begangen haben, um weitere Opfer zu vermeiden. Dies wird in der Arbeiterschaft, wenn die Enthalteten vom Verhör zurückkommen, rasch bekannt, ohne daß es im allgemeinen die Gestapo erreicht. Die Wirkung auf die Arbeiterschaft ist eine überaus günstige. Trotz der Armut und des großen Risikos bemühen sich die Frauen, die Angehörigen der Verhafteten heimlich zu unterstützen. So konstituiert sich allmählich ein neuer revolutionärer Solidaritätsbegriff.

Über diese Dinge muß hier ausführlich gesprochen werden, weil sie heute zum normalen Betriebsleben der deutschen Bergarbeiter gehören. Die Werksscharen bestehen übrigens nicht aus Freiwilligen, sondern aus den „alten Kämpfern“ und dem jüngeren Parteinachwuchs (Hitler-Jugend), die von ihren Parteistellen zu diesem Dienst kommandiert werden. Dadurch sind sie zahlenmäßig ziemlich dicht. Man rechnet auf etwa 12 bis 15 Arbeiter einen Betriebsspitzel. Da aber auch die nationalsozialistischen Arbeiter zum Großteil schon unzufrieden sind, funktionieren sie nur teilweise. Ihre Wirkung wird auch dadurch herabgesetzt, daß die Denunzianten rasch bekannt werden und man sich demgemäß vor ihnen in acht nimmt. Aber da bei den engen Betriebsverhältnissen auch aus negativen Anzeichen, wie plötzlich abgebrochenen Gesprächen, viel gefolgert werden kann, so sind sie doch das gefährlichste Hemmnis systematischer illegaler Tätigkeit. Im geringeren Maße können sie die spontane oppositionelle Kritik unterbinden, obwohl sie ihr in der Form ihren Stempel aufdrücken.

Der Verkehr zwischen Arbeitern und Vorgesetzten wickelt sich in halb militärischen Formen ab. Die Betriebsbeamten und Steiger identifizieren sich wenigstens der Arbeiterschaft gegenüber mit dem Regime. Von nach außen hin merklichen Oppositionsströmungen in der Beamtenschaft wird nichts berichtet. Der Verkehrston ist schroff und betont die gesellschaftliche Distanz, besser gesagt den hierarchischen Abstand zwischen Arbeitern und Beamten. Das Verhältnis ist auf die Gehorsamspflicht der Arbeiter aufgebaut. Nichtbefolgte Anweisungen werden als „Gehorsamsverweigerungen“ bestraft. Diese Strafen sind häufig und besonders hoch (bis zu 50 Mark).\*) Klagen wegen übermäßiger Ansprüche des Unternehmens an die Arbeitskraft werden von den Beamten mit Phrasen wie: „Im dritten Reich wird gearbeitet und nicht gefaulenzt“ oder mit dem Hinweis auf die Opfer, die jeder der Stärkung der deutschen Wehrkraft zu bringen habe, abgefertigt.

Jeder außerbetriebliche private Verkehr zwischen Arbeitern und Vorgesetzten hat aufgehört. Nicht nur die höheren Beamten, auch Steiger, die im Privatgespräch mit Arbeitern angetroffen werden, gefährden ihre Existenz. Es sind Fälle bekannt, wo Steigern die Entlassung angedroht worden ist, wenn sie weiterhin in der gleichen Wirtschaft gesehen werden, in der Arbeiter verkehren. Die kastenartige Absperrung wird bewußt gefördert.

Aus allen diesen Gründen entstehen gänzlich neue gesellschaftliche Lebensbedingungen für die Arbeiter. Man kann sagen, daß trotz der ökonomischen

\*) Derart hohe Strafen werden in der Form auferlegt, daß der Bergarbeiter 8—14 Tage aussetzen muß.

Verschlechterungen die geänderte soziale Lage der Bergarbeiter das eigentlich neue und für ihre Entwicklung entscheidende Moment ist. Die Arbeiter sind auf ihren engsten sozialen und territorialen Lebenskreis beschränkt. Ihre soziale Degradierung wird ihnen täglich innerhalb und außerhalb des Betriebes in schroffer und verletzender Form bewußt gemacht. In ihrem eigenen Lebenskreis haben sie unaufhörlich mit der Spitzelgefahr zu rechnen. Unternehmer und Staatsgewalt sind den Arbeitern gegenüber allmächtig und üben die Allmacht in willkürlichen Formen aus. Dies, in Verbindung mit der ständigen Verschlechterung der Lebenshaltung, schafft bei den Arbeitern das Bewußtsein ihrer Rechtlosigkeit und Zurücksetzung. Die Lebensformen aus der demokratischen Periode werden von neuen Lebensformen abgelöst. Man zieht sich womöglich auf den Kreis alter Bekannter zurück, deren Einstellung und Verlässlichkeit — d. h. daß sie nicht denunzieren — genau bekannt ist. Gespräche werden, wenn sie nicht gänzlich harmlos sind, nur unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen geführt, die den Arbeitern zur zweiten Natur werden. Gerade im Verkehr mit jenen, mit denen man sich gesinnungsmäßig verbunden fühlt, ist man besonders vorsichtig. Politische Kritik beschränkt sich auf Andeutungen. Die äußere Form der Kritik, die Schutzfarbe, ist die nationalsozialistische Terminologie. Jeder kritische Satz wird entweder mit der Beteuerung eingeleitet, das, was bemängelt werde, könne nicht der Wille des Führers sein, oder mit der Feststellung abgeschlossen, wenn dies der Führer wissen würde, so wäre es zweifellos besser. Andere terminologische Schutzformen sind der Hinweis auf die Volksgemeinschaft, zu der doch auch die Arbeiter gehören, die Feststellung, daß auch die Arbeiter Volksgenossen sind. Ein Ausspruch der fast parolenhafte Bedeutung angenommen hat, in dem sich die übliche politische Kritik verdichtet und der stets wiederkehrt, ist der selbstironische Stoßseufzer: „Na, den deutschen Sozialismus habe ich mir aber anders vorgestellt.“ So entwickelt sich im Bergarbeiterproletariat eine neue politische Terminologie, die äußerlich der herrschenden angeglichen ist, aber einen völlig veränderten sozialökonomischen Inhalt erhält. Diese Terminologie ist ziemlich das gleiche, was Lenin die „Sklavensprache“ genannt hat.

Die Lektüre von Zeitungen und Büchern ist stark zurückgegangen. Die Lokalisierung des gesellschaftlichen Lebensraumes führt auch zu einer Lokalisierung der geistigen Interessen. Darum ist auch das Interesse für die Kriegsfrage nicht sehr lebendig. Daß es zum Kriege kommen wird, ist allgemeine feste Überzeugung. Kommentare werden kaum daran geknüpft. Eher besteht eine Art Neugierde, wann der Krieg ausbrechen wird. Dies war auch die Reaktion anlässlich der Rheinlandsbesetzung. Lebendig wird das Interesse an politischen Vorgängen nur, wenn unmittelbare eigene Interessen berührt erscheinen. So haben darum die Streiks in Frankreich und die sozialpolitischen Reformen große Beachtung gefunden und werden viel diskutiert.

Die wichtigste Informationsquelle ist das Radio. Es wird sehr viel ausländisches Radio abgehört, am liebsten Moskau, soweit dies technisch möglich und nicht zu gefährlich ist, aber auch alle anderen erreichbaren auslandsdeutschen Sender, die vom deutschen Regime unzensurierte Nachrichten bringen. Die ausländischen Radiosendungen sind die Quelle der politischen Gerüchte. Man darf sich überhaupt nicht vorstellen, daß die Bergarbeiter geistig stumpf geworden sind. Es ist nur eine eigenartige Zwitterstellung in ihrer Interessensphäre eingetreten. Was außerhalb ihres unmittelbaren Lebensgebietes geschieht, wird von ihnen als Ereignis empfunden, auf das sie keinen Einfluß nehmen können, das sie daher zwar durchaus neugierig und inter-

essiert beobachten, das sich aber für sie in einem anderen Raum vollzieht. Ihre oppositionellen Regungen, ihre Widerstandshandlungen entzündeten sich durchaus nur am eigenen Erlebnis. Sie sind aber deshalb weder ökonomistisch noch partikularistisch begrenzt, sondern werden durchaus als Gegensatz zum Regime verstanden. Der wesentliche Unterschied zur Entwicklung in der demokratischen Periode ist aber, daß das Gegensatzbewußtsein nur vom eigenen Erlebnis oder vom Erlebnis der Angehörigen der gleichen Gemeinschaft ausgelöst wird, nicht mehr von allgemeinen gesellschaftlichen Ereignissen.

Eine wichtige Folge der Atomisierung ist, daß die traditionellen politischen Abgrenzungen innerhalb der Arbeiterschaft geschwunden sind. Mit der Vernichtung aller politischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen hat auch die Differenzierung in Gesinnungsgruppen geendet. So wie das Leben ist auch das Denken der Arbeiter einheitlich geworden. Ehemalige Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrumsanhänger, Unorganisierte verhalten sich gegenwärtig fast gleichförmig und reagieren gleichförmig. Diese Entwicklung machen auch die alten Nationalsozialisten mit, soweit sie Arbeiter bleiben mußten. Bei diesen kommt die zusätzliche Enttäuschung über die versprochenen und nicht erhaltenen Posten dazu. Die „alten Kämpfer“ sind nur in einer noch ungünstigeren Lage als die anderen Arbeiter, da sie überdies noch der Parteidisziplin unterstehen, von den Parteistellen für die Gesinnung ihrer Belegschaft verantwortlich gemacht werden und in ihrer Freizeit zum Partei- oder SA.-Dienst herangezogen werden. So etwa das Kommando zum Werkschendienst. Ein Teil der Nationalsozialisten macht alles mit, um sich gegen Verhaftung und Entlassung zu sichern, ein anderer nähert sich im Gespräch den übrigen Arbeitern, so daß der Gegensatz zwischen ihnen fast gänzlich geschwunden ist. Dieser „oppositionelle“ Teil der Nazi wird beobachtet und bei den üblichen Strafexpeditionen mit verhaftet. Irgendeine illegale Massenorganisation existiert aber bei den oppositionellen Arbeitern wenigstens ebensowenig wie bei den übrigen Arbeitern.

Bei jenen Nazi, die durch die Machtergreifung in Beamtenstellen gelangt sind, — hauptsächlich sind sie bei der Post und den Kommunalverwaltungen als festangestellte Arbeiter oder Unterbeamte angekommen — steht es natürlich ganz anders. Sie sind mit ihrem sozialen und ökonomischen Aufstieg zufrieden und sind die leidenschaftlichsten und aufrichtigsten Verteidiger des Regimes. Dies hat dazu geführt, daß auch jeder gesellschaftliche Verkehr zwischen den Arbeitern und unteren Kategorien der öffentlichen Angestellten aufgehört hat. Bei den Kleinkaufleuten, die inmitten der Bergarbeiter-siedlungen leben, kann hingegen gesagt werden, daß sie die allgemeine oppositionelle Entwicklung der Arbeiter fast unverändert mitmachen, jedoch in ihr keine irgendwie erkennbare geistige Führung innehaben. Im Gegenteil, ihre Stimmung scheint von der Stimmung der Arbeiter abhängig zu sein.

#### **Die Deutsche Arbeitsfront.**

Während die Einschätzung ihrer eigenen Situation bei den Bergarbeitern auf dieser Beratung völlig einheitlich war, war die Einschätzung der DAF. zwiespältig. Vor allem mußte überraschen, daß die Meinungen von der Forderung der völligen Abstinenz bis zur Behauptung gingen, daß die DAF. für den illegalen Kampf zu gewinnen wäre. Hier ist allerdings die Diskussion ein wenig durch vorgefaßte Meinungen beeinflusst gewesen, da die bewußten Kommunisten ebensowenig formell die Taktik des trojanischen Pferdes ablehnen wollten, wie die Sozialdemokraten die Abstinenzparole.

Aber bei der allgemeinen Voraussetzungslosigkeit, mit der auf der Konferenz diskutiert wurde, wäre dies für die Inlandsvertreter kein Grund gewesen, ihre tatsächliche Meinung zurückzustellen, wenn sie sich schon in dieser Frage ein klares Urteil gebildet hätten. Daß dies nicht auf der Tagung geschehen ist, ist aber nur der Nachweis dafür, daß bei den Bergarbeitern eben keine einheitliche Beurteilung der DAF. besteht. Dies ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß die DAF. zwar einerseits eine Überwachungsorganisation des Regimes ist, andererseits aber doch innerhalb enger Grenzen Interessen von Arbeitern vertritt. Daß die DAF. keine echte Interessenvertretung der Arbeiter ist, muß angesichts der proletarischen Verelendung nicht weiter bewiesen werden; aber schon die Tatsache, daß die DAF. im bescheidensten Maßstab Interventionen durchführt oder Rechtsschutz gewährt, reicht aus, um ständige Schwankungen im Verhalten der Arbeiter zur DAF. herbeizuführen. Um dieses Problem richtig zu sehen, muß man allerdings wissen, auf welchem unvorstellbar niedrigen Niveau sich heute die gewerkschaftlichen Ansprüche des deutschen Kumpels bewegen. Der Zustand seiner Rechtslosigkeit, der Unternehmerwillkür ist ihm fast selbstverständlich. Er erwartet von der legalen Zwangsorganisation weder die Organisierung des Widerstandes, noch erfolgreiche Interventionen gegen generelle Verfügungen des Unternehmers. In vielen Fällen ist es ihm schon wertvoll, wenn er seine Sache nicht selbst beim Beamten vorbringen muß, sondern seine Beschwerde durch den Vertrauensrat vorgetragen wird, da er dann nicht seiner Beschwerde wegen des „Bolschewismus“ verdächtigt werden kann — ein von den Beamten häufig gewählter Weg, um die Leute überhaupt von Beschwerden abzuhalten.

Nun sind DAF. und Vertrauensrat formell nicht identisch. Die tatsächliche Identität ist aber durch die obligatorische Zwangsorganisation der Vertrauensräte gegeben. In der Praxis scheint es auch so zu sein, daß das Verhalten der Amtswalter der DAF. in einem gewissen Grade von den Vertrauensräten beeinflusst werden kann. Selbst die DAF. kann sich nicht völlig den psychologischen Auswirkungen der Tatsache entziehen, daß sie formell die Interessen der Arbeiter wahrnehmen soll und daß die überwiegende Mehrzahl ihrer Mitglieder Proletarier sind. Den Vertrauensräten wiederum ist es manchmal möglich, eine erfolgreiche Betriebsintervention durchzuführen. Am besten dann, wenn es sich darum handelt, gegen die Verfügung irgendeiner untergeordneten Stelle an das wohlverstandene Interesse des Unternehmers zu appellieren oder in Einzelfällen gegen Maßnahmen aufzutreten, die überrdurchschnittlich brutal sind. Da die Intervention des praktisch rechtlosen Vertrauensrates ein ungewöhnliches Maß an Sachwissen und Verhandlungskunst erfordert, ist sie häufig dort erfolgreicher, wo ehemalige freigewerkschaftliche Funktionäre Mitglieder des Vertrauensrates sind. Diese ehemaligen Freigewerkschafter genießen natürlich bei der Belegschaft, einschließlich der Nazi, erhöhtes Ansehen, sie werden angeblich auch von den Betriebsführern höher eingeschätzt und mit mehr Achtung behandelt. Dennoch darf die Bedeutung dieser Erscheinung nicht überschätzt werden. Dieses formale Interventionsrecht der DAF. besteht zunächst darum weiter, weil im modernen Großbetrieb der direkte Verkehr des Unternehmers mit den Arbeitern technisch kaum möglich, jedenfalls aber zu kostspielig wäre. Überdies verstehen die durch die Schule des „Dintz“ gegangenen Treuhänder der Arbeit und Unternehmenssekretäre züld von der Psychologie der Arbeiter, um durch Zerstörung jedes geordneten Interventionsbetriebes spontane Klassenkampfhandlungen zu provozieren. Entscheidend bleibt, daß durch die

Struktur der DAF. jede Möglichkeit ihres Umschlagens in eine Klassenkampforganisation ausgeschlossen ist. Die Tätigkeit im Vertrauensrat mag in bestimmten Situationen Stimmungsauftrieb geben oder dem spontanen Abwehrwillen der Massen die Aktionsform verleihen — abgesehen von der Zweischneidigkeit dieser Taktik ist sie über die hier angedeuteten Ziele hinaus nicht steigerungsfähig, weil der Apparat der DAF. nach seiner personellen Zusammensetzung und seiner Verschachtelung mit dem nationalsozialistischen Machtapparat nicht erobert werden kann.

Im Gegenteil; um die DAF. gänzlich von der direkten Beeinflussung durch die Arbeiter zu lösen, ist sie eben jetzt dabei, die von den Gewerkschaften übernommene Hauskassierung zu liquidieren. Die Kassierer waren zum Großteil noch die Funktionäre der aufgelösten Organisationen. Offenkundig ist selbst dieser schwache Rest ehemaliger organisatorischer Bindungen der DAF. — oder der Gestapo — unerträglich geworden. Die Unternehmer sind von dem obligatorischen Abzug der Beiträge für die DAF. vom Lohn wenig begeistert, weil jede Kürzung des Nominallohns im Betriebe selbst die Kürzungsmarge der Unternehmer verringert. Dennoch müssen sie vor dem ausdrücklichen Wunsch des Regimes nach Auflösung der Hauskassierung zurückweichen.

#### **Bewußtseinsentwicklung.**

Vieles über die ideologische Entwicklung der Bergarbeiter in der gegenwärtigen Periode mußte schon in den vorhergehenden Abschnitten gesagt werden. An feststehenden Tatsachen ist zunächst die allgemeine Stimmung erbitterter Enttäuschung über die Auswirkungen des Dritten Reiches auf das eigene Leben nachzutragen. Den Bergarbeitern wurden vor der Machtergreifung von den Nazi-Agitatoren drei wesentliche Dinge versprochen: das soziale Existenzminimum (also die Erhöhung der Löhne nach sozialer Gesamtlage des Einzelnen), moderne Arbeitersiedlungen und schließlich die Übergabe der bestehenden Bergarbeitersiedlungen in die Selbstverwaltung der Bergarbeiter. Mit diesen drei Forderungen, die wirklich die zentralen ökonomischen Bedürfnisse der Bergarbeiter befriedigen würden, hatten die Nazi die aktive Mitarbeit einer Minderheit und die wohlwollende Neutralität der Mehrheit in den kritischen Monaten der Machtergreifung gewonnen. Natürlich war dies nur möglich, weil die Brüning-Periode bereits jeden Rest an Vertrauen und Autorität der alten Organisationen zerstört hatte. Auf diesen Vertrauensvorschuß an das Regime ist zurückzuführen, daß die Auflösung der Parteien und die Gleichschaltung der Gewerkschaften von den Bergarbeitern in ihrer Mehrheit teils mit Gleichmut, teils mit passiver Zustimmung aufgenommen worden ist.

Davon ist nichts mehr übrig geblieben. Das Regime wird als arbeiterfeindliches Regime erkannt und bewertet. In Aussprüchen wie dem hier schon zitierten: „Den deutschen Sozialismus habe ich mir anders vorgestellt“ liegt ein Stück Selbstverspottung über den Nazi-Betrug, dem man aufgesessen ist. Eine überaus wichtige Veränderung gegenüber der Vergangenheit scheint aber zu sein, daß man alles, was zum Regime gerechnet wird, also alles, was im Dritten Reich den Arbeitern gegenüber den Charakter von Vorgesetzten trägt, als einheitlich arbeiterfeindlich auffaßt. Es hieße einen sehr unklaren Bewußtseinsvorgang zu abstrakt fassen, wenn man sagen wollte, daß die Kumpels die Einheit von Staat und Gesellschaft verstanden haben; aber die totalitäre Wirklichkeit — wir haben vorhin klarzumachen versucht, zu welcher tatsächlicher Vereinheitlichung und Kasernierung des Lebens sie für die Arbeiter wird — schafft zum erstemal aus der eigenen, täglichen

Erfahrung des Proleten ein Gesellschaftsbild, in dem sich sämtliche Kräfte einheitlich gegen ihn wenden.

Die erste daraus entspringende Folge wurde bereits erwähnt: das Ende der Denunziationen und das Erwachen einer neuen Solidarität. Darüber hinaus ist eindeutig nur eine dumpfe, zunehmende Stimmung des Hasses gegen das Regime festzustellen. Am fortgeschrittensten ist sie im Saarrevier, dessen Bergarbeitern am meisten versprochen und am wenigsten gehalten worden ist. Der Haß setzt sich in die Überzeugung um, daß alle vom Regime geschaffenen Einrichtungen notwendig der Unterdrückung der Arbeiter dienen müssen. Dies führt zu der interessanten und realistischen Einschätzung der DAF., die, wenn man aus den auf der Konferenz vorgebrachten Meinungen schließen darf, von den Arbeitern zwar unter bestimmten Voraussetzungen als taugliches Instrument zur Verhütung zusätzlichen persönlichen Schadens, aber nicht als Instrument des Klassenkampfes betrachtet wird. Die kommunistische Taktik unterliegt auch hier dem traditionellen kommunistischen Grundirrtum in gewerkschaftlichen Tragen: aus kleinen Anzeichen eine schematische und geradlinige Steigerung der Aktion ableiten zu wollen, ohne zu sehen, daß es auch innerhalb dieser Entwicklungsreihe unaufhebbare Widersprüche gibt, die der Aktion die objektiven Grenzen setzen. Die Taktik der Arbeiter, die DAF. zu benützen, wo sie benützt werden kann, im übrigen aber an sie keine Illusionen zu binden, erweist sich als die einzig anwendbare. Ihr gegenüber — das hat die Konferenz klargemacht — bleiben Versuche, den deutschen Arbeitern Methoden zu empfehlen, die sie nicht billigen, auf dem Papier, mögen sie auch von einer noch so starken Autorität empfohlen werden.

Demgegenüber entwickelt sich der Wunsch nach der klasseneigenen Organisation. So wenig ein lebendiges Bedürfnis in der Masse nach dem Wiederentstehen der politischen Arbeiterparteien festgestellt werden kann, so stark ist der Wunsch nach der Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften. Die Erfolge und Leistungen der Freien Gewerkschaften werden mit der DAF. kritisch verglichen und gewinnen allmählich den Charakter von Heldenlegenden. Dies könnte natürlich, wenn ein politisches Wunder die Gewerkschaftsfreiheit wiederherstellen sollte, zunächst ein sehr heftiges Nur-Gewerkschaftertum hervorrufen. Da aber dieses Wunder nicht eintritt, so ist zu erwarten, daß der im Gange befindliche Prozeß der Vereinheitlichung des Denkens die Bergarbeiter unter dem traditionellen Namen der Gewerkschaft immer mehr die revolutionäre Einheitsorganisation verstehen läßt, die auf allen Gebieten des Lebens die Bewegungsfreiheit wiederherstellen wird. Denn der Drang nach größerer persönlicher Freiheit, das wachsende Gefühl der Unerträglichkeit der ständigen Beaufsichtigung, der Ausschaltung des Selbst- oder Mitbestimmungsrechtes in den eigenen Angelegenheiten wird immer mehr zum deutlich wahrnehmbaren Bewußtseinselement.

Konkrete politische oder gesellschaftliche Zukunftsvorstellungen bestehen aber nicht.

Die Konferenz hatte zum Abschluß ihrer Tagung einen Aufruf an die deutschen Bergarbeiter beschlossen, in dem als politische Zielsetzung „ein freies Deutschland“ gefordert wird. Eben diese verwaschene und nichtsagende Formulierung dürfte ziemlich exakt dem entsprechen, was sich heute der deutsche Kumpel an Stelle des Dritten Reiches wünscht. Wahrscheinlich würde er derzeit jede Änderung begrüßen und von ihr Besserung erwarten. Das hätte freilich die Konferenz nicht der Aufgabe erheben dürfen, der verschwommenen Zukunftsvorstellung der Bergarbeiter durch eine eindeu-

tige Formulierung klaren sozialökonomischen, sozialistischen Inhalt zu geben. Diese Unterlassung, wie überhaupt das geringe Interesse an den politischen Auseinandersetzungen ist der kritische Haupteinwand, der gegen ihr Ergebnis erhoben werden muß.

Von dieser Frage — die schon zum Kaderproblem und nicht mehr zur Massenanalyse gehört — abgesehen ist aber die relative Indifferenz der Konferenzteilnehmer gegen politisch differenzierte Formulierungen der beste Beweis, wie gering eben das Interesse an politischen Zukunftsvorstellungen in der Masse derzeit ist. Freilich ist hier eine wichtige Einschränkung zu machen. Spontan, aus sich selbst heraus produziert der Bergarbeiter kein Gesellschaftsbild der Zukunft. Würde er aber gefragt werden, was er sich unter einem freien Deutschland vorstellt, so würde man in 99 von 100 Fällen die Antwort erhalten: den Bolschewismus. Der „Bolschewismus“ als der alles beherrschende Gegensatz zum Regime wird im Bewußtsein der Proleten vom Regime selbst wach gehalten. Siehe die schon berichtete Verdächtigung des beschwerdeführenden Arbeiters als „Bolschewik“. Im Bolschewismus verkörpert sich darum für die Arbeiter alles, was dem verhaßten Regime schlecht und den Arbeitern gut ist. Die damit verbundenen konkreten Vorstellungen dürften — genau läßt sich dies kaum feststellen — in ihrer Mehrheit weniger an konkret erfassbare Dinge, wie etwa dem Fünfjahrplan, sondern an Rache und andere Wunschträume anknüpfen.

Exakt ist aus dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium die so wichtige Frage, ob das neue Gesellschaftsbild der Arbeiter spontan in ihren Köpfen entstehen wird oder an sie von außen herangebracht werden muß, für die deutschen Kumpels nicht zu beantworten. Es muß aber davor gewarnt werden, aus ihrer jetzigen Bewußtseinsentwicklung die automatische Reproduktion der trade-unionistischen Bewußtseinsstufe beweisen zu wollen. Die Gleichgültigkeit gegenüber konkreten politischen Machtfragen ist viel eher auf die klare Erkenntnis zurückzuführen, daß politische Machtkämpfe für die deutschen Arbeiter derzeit utopisch sind, daß jede politische Machtverschiebung gegenwärtig nur von außen kommen und von den Arbeitern zur Kenntnis genommen werden muß. Die Arbeiterschaft ist sich des politischen Charakters jeder Opposition gegen das Regime durchaus bewußt und in jenem Bereich, in dem sie für sich bereits konkrete Wirkungsmöglichkeiten sieht, durchaus nicht passiv. Im Gegenteil, hier entstehen neue Formen des Widerstandes, die aber die Tendenz in sich tragen, in die alten Formen proletarischen Klassenkampfes, nämlich in den offenen Machtkampf zurückzukehren.

### **Widerstandshandlungen.**

Alle Berichte stimmen darin überein, daß die Periode der Passivität, der widerstandslosen Hinnahme aller Schläge, bei den Bergarbeitern bereits überwunden ist. Je mehr das Regime zum Alltag wird, desto unerträglicher wird es, desto stärker setzt sich der Trieb durch, irgend etwas dagegen zu tun. Die diesem Trieb entspringenden Abwehrmethoden, die Widerstands- und Unwillenshandlungen sind von den Bergarbeitern selbst gefunden worden. Das ist eine wichtige Feststellung. Weder die aktivistische Taktik der KPD, noch die von der SPD. empfohlene Methode des Abwartens wird angewendet. Die taktischen Einzelheiten der neuen Methode sind gewiß nicht neu. Sie sind alle in irgendeinem Zusammenhang schon früher aufgetaucht. Neu ist aber die dahinter liegende strategische Vorstellung.

Sie besteht im wesentlichen in der Demonstration des Unwillens in einer

Form, die dem Gegner unangenehm ist, ihn unsicher macht, aber möglichst wenig Handhabe zu Repressalien gibt. Das, was sonst bei spontanen Bewegungen selbstverständlich ist, die rasche Steigerung zur offenen Klassenkampfaktion fehlt hier gänzlich. Das scheint uns aber, so wie die Dinge liegen, kein Ausdruck der Kampfunfähigkeit und der Depression der Kumpels mehr zu sein, sondern ein Ausdruck ihres hoch entwickelten kollektiven Einschätzungsvermögens der Klassenkräfte. Die Arbeiter vermeiden Aktionen, die in sich das wahrscheinliche Risiko einer vernichtenden Niederlage tragen. Wo es sich aber darum handelt, zweckmäßige Widerstandsaktionen zu setzen, fehlt es weder an Menschen noch an Mut. Kurzum, in dem ihnen überschaubaren Bereich verhalten sie sich trotz der Vernichtung aller organisatorischen Zusammenhänge noch immer so, als ob sie organisiert wären und einer gemeinsamen Führung folgen würden. Die äußeren Kampfformen haben gewisse Ähnlichkeiten mit den Kämpfen in den Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts, am Beginn der modernen Gewerkschaftsbewegung im deutschen Bergbau. Der wesentliche geschichtliche Unterschied liegt aber darin, daß die spontanen Bewegungen in der Frühzeit der Gewerkschaften organisierende Tendenz in sich getragen haben. Heute muß man sagen: die Kumpels verwenden ähnliche Widerstandsformen wie vor 50 Jahren, sie zeigen jedoch keine Tendenz zur Gründung von Organisationen; ihre Taktik aber ist so, als ob sie noch immer organisiert wären.

Die Formen des ökonomischen Widerstandes bestehen zunächst in passiver Resistenz. Bei Hinaufsetzung der Gedingeleistung verlassen die Bergarbeiter nach acht Stunden die Grube, gleichgültig ob sie die vorgeschriebene Leistung erfüllt haben oder nicht. Wird mit den verschiedensten Mitteln ihr Ausharren in der Grube erzwungen, so sinkt die Gesamtleistung dennoch weiter. Ebenso häufen sich Betriebszwischenfälle, die besonders die Antriebspartien, die „Ringeltrauben“, zu Schaden kommen lassen, obwohl Ähnliches auch den politisch verhassten Betriebsspitzeln, den Werkscharenmitgliedern zustößt. In einzelnen Schächten ist es im letzten Halbjahr auch zu kurzfristigen Arbeitseinstellungen gekommen. Trotz der Ausschaltung aller demokratischen Willensbildung ist eine starke Empfindlichkeit für die Volksmeinung bei den Nazi erhalten geblieben. Eine allgemeine Mißstimmung führt zwar zunächst zu Polizeimaßnahmen, aber auch manchmal zur Abstellung der ärgsten Übelstände. Das verstehen die Arbeiter sehr gut für sich auszuwerten. Gegen unerträgliche Unternehmermaßnahmen setzt in den betroffenen Schächten eine richtige, sich steigende Propagandakampagne ein. Sie wird mit Kreidanschriften an den Stempeln und Grubenwagen, mit primitiven, selbst verfertigten Handzetteln geführt, die im Schacht angeschlagen werden oder über Tage in der Waschkau. Freilich gestattet das Bergwerk eine solche Form der illegalen Massenpropaganda viel eher als die Fabrik. Die in diesen Anschriften enthaltenen Parolen werden zum Hauptthema der demonstrativ geführten Gespräche, die durch die automatisch auftauchende Erörterung, ob dies der deutsche Sozialismus sei usw. sich sofort mit politischer Kritik verbinden. Werden die illegalen Anschriften und Maueranschläge zu zahlreich, so greift die Gestapo mit Massenverhaftungen ein; aber gewöhnlich wird auch ein Teil der bekämpften Maßnahmen zurückgenommen. Wie spontan sich diese Dinge vollziehen, beweist sich aus der übereinstimmend berichteten Beobachtung, daß die Folge dieser Massenverhaftungen auf dem betroffenen Schacht zunächst eine arge Depressionswelle ist, ein völliges Verstummen der Gespräche überhaupt. Dies, obwohl die Aktion mit einem sachlichen Erfolg abgeschlossen hat: ein Beweis, daß der politisch fortgeschrittene Kern fehlt,

der den Nachweis führt, daß trotz der Opfer ein Erfolg erzielt worden ist. Dennoch aber haben sich die Arbeiter während der Aktion nicht viel anders verhalten, als wenn sie einer einheitlichen Leitung folgen würden, die ihnen angesichts der realen Kräfteverhältnisse auch nicht viel anderes vorschlagen könnte.

Die ständigen Kampfobjekte sind die Frage der Gedingeleistung, der Arbeitszeit, der Reparatur und Ersatzkosten für die Grubenlampen und Ausrüstung. Die Kampfobjekte sind also ausschließlich defensiver Natur. Lohnforderungen oder Forderungen nach Erweiterung der Bergarbeiterrechte wurden bisher unseres Wissens überhaupt nicht gestellt. Charakteristisch für den ökonomischen Kampf ist, daß die Forderungen nicht nur nach Revieren, sondern oftmals nach Schächten verschieden sind — wegen der schon geschilderten Unternehmerpolitik. Dies kann aber im Zusammenhang mit der Lokalisierung des Lebens zur Herausbildung syndikalistischen Denkens führen, wofür es bei den Bergarbeitern immer Ansätze gegeben hat und wofür derzeit Anzeichen vorliegen. Eine exakte Unterscheidung zwischen politischen und ökonomischen Kampfformen kann man nicht mehr vornehmen. Jede Widerstandshandlung, sei sie auch rein ökonomisch begründet, ist ein Widerstand gegen die hierarchische Totalität, ein Widerstand gegen das Regime also und wird so von allen Beteiligten verstanden. Es ist darum nur selbstverständlich, daß Widerstandshandlungen, die sich zunächst auf demonstrative Propagandaaktionen beschränken, schon der stärkeren Wirkung auf das Regime wegen das Regime selbst kritisieren, abgesehen davon, daß die Identität des Unternehmers und des Regimes dem Kumpel allmählich zur Selbstverständlichkeit wird. An besonderen klar abgegrenzten politischen Widerstandshandlungen läßt sich, seitdem die Betriebsversammlungen — in denen man noch Anfragen stellen konnte — durch die Betriebsappelle abgelöst worden sind, im wesentlichen nur berichten, daß die Kumpels sehr wirksame und manchmal sehr humoristische Mittel gefunden haben, um die Betriebsappelle und gemeinsame Radioempfänge von Führerreden zu sabotieren. Auch hier handelt es sich um Mittel, die sich aus der Eigenart des Bergbaubetriebes ergeben und von den Arbeitern selbst entdeckt worden sind. Eine nähere Beschreibung müssen wir uns leider versagen, weil sie natürlich ihre künftige Anwendung zu sehr erschweren würde. Tatsächlich sind aber die Betriebsappelle und Radioversammlungen im Bergbau schon recht selten geworden.

Sonst ist über die allgemeine politische Kritik hinaus, die unaufhörlich, in den verschiedenartigsten Formen geübt wird, an konkreten politischen Widerstandshandlungen in diesem Jahr nur der Butterprotest festzustellen gewesen. Einige Zeit im Frühling war es zur ständigen Redensart geworden, Fragen nach dem Verbleib Abwesender oder nach dem eigenen Wegziel, mit der Phrase: „Er ist Butter holen gegangen“ zu beantworten. Ebenso bezeichnete man die Marmeladenstullen, die in der Essenspause im Schacht hervorgeholt wurden, konsequent als Butterstullen. Diese scheinbar unerhebliche Form des Protestes hat bereits Anlaß zu zahlreichen Entlassungen und Verhaftungen gegeben. Das beweist nicht nur den Druck, der auf den deutschen Arbeitern lastet, sondern ebenso, wie die in normalen Verhältnissen unbeachtlichen Dinge in der faschistischen Diktatur eine ganz andere politische Wertigkeit erhalten, von den Arbeitern und vom Regime ernst genommen werden. Der Butterprotest hat in den Gruben zu heftigen Diskussionen geführt, an denen anfänglich auch die Nazi teilgenommen hatten. Sie hatten die Weisung, den Arbeitern die Fett- und Butterknappheit mit den Erfordernissen der Aufrüstung und der Verpflichtung zu begründen, für die Volksgemeinschaft Opfer zu bringen. Für die Form, wie in den Gruben diskutiert wird,

ist bezeichnend, daß in der Polemik mit den Nazi die Notwendigkeit der Aufrüstung überhaupt nicht in Frage gestellt worden ist. Das mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß es sich um ein sicheres Konzentrationslager wäre, einem Nazi gegenüber die Notwendigkeit der Rüstungen zu bezweifeln. Zum Teil ist es aber gewiß so, daß die Arbeiter an der Tatsache der Rüstungen selbst nichts auszusetzen haben. Wenn alle gerüstet sind... Um so mehr aber wurde die Frage diskutiert, wer denn eigentlich Opfer bringe. In diesem Zusammenhang wurden natürlich die Unternehmerprofite, Direktorengehälter und der Bergarbeiterlohn einander gegenübergestellt. Es hat sich auch in diesem Falle erwiesen, daß diese Fragen die Arbeiter am stärksten erregen, daß von dieser Fragestellung aus der Übergang zum Problem des „deutschen Sozialismus“ mit Selbstverständlichkeit erfolgt. Die Nazi, die diesen Argumenten nichts entgegenzusetzen hatten, haben darum auch die Diskussion abgebrochen und dem Butterprotest Repressalien entgegengesetzt, die ihn nach außen hin verstummen ließen. Übrig geblieben ist aber eine sehr wichtige und bisher kaum beachtete Erfahrung. Wenn die Nazi auch an sich fast harmlose Bemerkungen verfolgen, so hat das seinen guten Grund. Die umfassende Überwachung macht auch die üblichen kameradschaftlichen Gespräche gefährlich. Jedes politische Gespräch muß kurz und getarnt sein. Da genügt auch die Anwendung der neudeutschen Terminologie nicht mehr als Schutzmaßnahme. Wer aber etwa an einer der oben geschilderten Butterdebatten teilgenommen hat, für den löst — solange der Zustand der Butterknappheit fortbesteht — schon eine ironische Bemerkung über die Butter die ganze Assoziationsreihe aus, die mit der Butter beginnt und mit dem Schwindel des deutschen Sozialismus endet. Ähnliche Abkürzungen gibt es auch für andere Gebiete. Wenn man einen Fachausdruck aus der Stenographie anwenden darf, so entwickelt sich in der deutschen Arbeiterschaft eine „Sigelsprache“, was schon mehr ist als die russische „Sklavensprache“. Die Nazi beweisen durch ihre Repressalien, daß sie die Bedeutung dieser Sigelsprache durchaus verstehen, in der Propaganda der illegalen Arbeiterbewegung ist dieser Umstand bisher noch nicht berücksichtigt worden.

Dies alles zusammengekommen ergibt das folgende Bild: Der Klassenkampf geht natürlich weiter, die Klassengegensätze sind nicht nur nicht verringert, sondern unrhört verschärft. Der Klassenkampf der Bergarbeiter schafft sich spontan Ausdrucksformen, die von den bisher bekannten durchaus verschieden sind. Neben primitivsten taktischen Methoden steht eine weit fortgeschrittene realistische Konzeption. Wesentlich ist, daß tatsächlich jede organisierte Massenführung fehlt, daß alles, was die Bergarbeiter machen, von ihnen selbst gemacht und zum größten Teil auch selbst entdeckt worden ist. Der allgemeinen sozialen Lage der Bergarbeiter entspricht ein gesteigertes Klassenbewußtsein, das allerdings massenpsychologisch einem starken gesellschaftlichen Minderwertigkeitskomplex entspricht. Auf der Basis des gesteigerten Klassenbewußtseins konstituiert sich ein neuer revolutionärer Solidaritätsbegriff. Von diesen Tatsachen ausgehend, kann man zu verschiedenen Zukunftsvorstellungen gelangen. Wir wollen sie hier nur soweit andeuten, als dies zur Klarstellung der Kaderproblematik bei den Bergarbeitern notwendig ist. Die Methoden des Klassenkampfes, die die Bergarbeiter gefunden haben, entsprechen zwar den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen, müssen aber eben darum auf die Dauer unbefriedigend sein. Hätte man noch mit den Klassenkampfbedingungen der frühindustriellen Periode zu rechnen, so könnte man sagen, daß bei den Bergarbeitern die typische Situation knapp vor dem Ausbruch gewaltiger Massenkämpfe besteht. Es ist darum auch sehr verständlich,

daß in der Konferenz gerade von mehreren Inlandsdelegierten für einen verhältnismäßig nahen Termin Streikkämpfe in den Bergbaurevieren vorausgesagt worden sind. Aber es ist durchaus möglich, daß diese Auffassung allzusehr das Problem von der Gefühlsseite her sieht. Gewiß, die Verhältnisse sind dem Kumpel unerträglich, er will etwas dagegen tun. Also Streik? Aber auf der anderen Seite haben wir gesehen, wie realistisch er die Machtverhältnisse einschätzt, wie wenig er trotz aller Erbitterung geneigt ist, seine Haut zu Markte zu tragen, wenn er glaubt, daß es sich nicht lohnt. Es ist möglich, daß diese Erwägung die sonst eindeutige Entwicklung abbremsen wird. Es ist auch möglich, daß die ersten Streikkämpfe schon zu derartigen Repressalien der Gestapo führen würden, daß im allgemeinen Entsetzen nicht nur die augenblickliche Kampf Stimmung, sondern die zu Grunde liegende lebendige Oppositions Stimmung einer dumpfen, lang andauernden Depression weicht. Es ist ebensogut möglich, daß der derzeitige Zustand ohne große äußerliche Änderungen weiter dauert, aber eben darum eine einseitige Bindung der Interessen und der Blickrichtung der Bergarbeiter an die unmittelbaren ökonomischen Fragen mit sich bringt, was im Verhältnis zum gegenwärtigen Stand einen Rückschritt bedeuten würde.

Hier setzt die Aufgabe der illegalen Organisation ein. Die Bedingungen der strengen Konspiration erfordern eine möglichst allgemeine und inkonkrete Darstellung der illegalen Organisationsarbeit bei den Bergarbeitern. Wir müssen uns darum auf die Feststellung beschränken, daß die illegale Gewerkschaftsarbeit inhaltlich aus der Information der Bergarbeiter und der Formulierung ihrer spontanen Parolen besteht. Das ist für die gegenwärtige Periode zweifellos richtig. Unentschieden geblieben ist, ob in der Informationsstätigkeit der bisherige organisatorische Kreis erweitert werden wird. Die politische und gewerkschaftliche Information auch sehr enger Zirkel ist unter den gegenwärtigen konspirativen Bedingungen überaus schwierig. Dennoch müssen Mittel gefunden werden, um die Isolierung und Lokalisierung wenigstens bei einer zahlenmäßig beachtlichen Minderheit zu durchbrechen. Die wenigen illegalen Blätter wandern von Hand zu Hand, bis sie den aus der russischen Revolutionsgeschichte bekannten Grad von Zerlesenheit erlangt haben. Dennoch ist es nur ein ganz kleiner Prozentsatz, der von ihnen erreicht wird. Wichtiger wäre es, wenn die illegale Gewerkschaft mit von ausländischen Arbeiterorganisationen kontrollierten Sendestationen zusammenarbeiten könnte. Könnte man Sendungen über Stationen veranstalten, die auch mit billigen, auf Nahempfang eingerichteten Geräten erreichbar sind, dann könnte diese Form der systematischen Massenpropaganda dauernd nicht unterbunden werden. Sonst bleibt nur der Weg übrig, die in der illegalen Literatur enthaltenen Informationen mit aller Vorsicht mündlich weiterzugeben.

Etwas besser steht es gegenwärtig um die Frage der Parolenverbreitung. „Parole“, das ist heute die einfachste Sache der Welt. Keine komplizierte Formulierung, kein Gedankengang, der nicht an ein unmittelbares Erlebnis oder an eine Gefühlsreaktion der Arbeiter anschließt, kann heute Parolenwirkung erzielen. Darum fallen auch all die komplizierten Volksfrontparolen der KPD, und die nicht minder komplizierten Parteciparolen der verschiedenen sozialdemokratischen und anderen Gruppen glatt unter den Tisch, während die Parole der gewerkschaftlichen Organisation als Zielsetzung verstanden wird, weil sie einfach eine Einheitsorganisation sein will. Die Forderungsparolen können darum gar nicht von irgendeinem illegalen Zirkel gefunden werden. Sie müssen in der Masse entstehen und entstehen dort. Die Aufgabe der Organisation liegt zunächst in der klaren Formulierung und in ihrer Ver-

einheitlichung. Solche einheitliche Parolen sind neben der Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit, die propagandistischen, aber nicht unmittelbar aktivistischen Charakter trägt, Abwehrformulierungen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und die Akkordverschlechterung. Die Wichtigkeit dieser Einheitsparolen besteht darin, daß sie eine erste Durchbrechung der Lokalisierung der Bergarbeiterexistenz sind.

Die Weiterverbreitung der Parolen ist nur zum geringeren Teil Aufgabe der Organisation. Je weniger da organisiert wird, um so besser. In der Periode wiederbeginnender Spontaneität ist das keine unlösliche Aufgabe mehr. Wenn die von wenigen ausgegebene Parole von den Massen gut aufgenommen wird, dann wird sie von denen, die sie zufällig erreicht, weitergetragen werden. Hier kann man und muß man sich auf die proletarische Initiative verlassen. Im Gegenteil, die Massen lernen, daß die einzige hundertprozentige konspirative Sicherung im gegenwärtigen Deutschland darin besteht, daß außer dem Täter niemand von der konspirativen Handlung erfährt. Viele, die keinesfalls ein Flugblatt annehmen, werden bereit sein, in der Grube, wenn sie sich unbeobachtet fühlen, rasch mit Kreide einige Sätze auf einen Grubenwagen zu schreiben. Die Anonymität der Arbeit ist heute geradezu eine Voraussetzung für ihre indirekte Massenwirkung.

*Unter dem Druck der Konspiration ist noch ein anderer Beschluß von der Bergarbeiterkonferenz gefaßt worden, bei dem wir uns wieder trotz seiner grundsätzlichen Bedeutung auf Umschreibungen beschränken müssen. Jeder Versuch, illegal arbeitende Gruppen untereinander in Verbindung zu bringen, muß unbedingt unterlassen werden. Das heißt, der Gedanke des hierarchischen Aufbaus der konspirativen Organisation ist aufgegeben worden. Die Gruppen können sich nur über die der Gestapo unerreichte Auslandsstelle untereinander in Verbindung setzen. Wenn eine Gruppe aufsteigt, so können selbst die wissenschaftlichen Polstermethoden der Gestapo keine Kette von Organisationen aufdecken, weil keine Gruppe über ihren lokalen Bereich hinaus Verbindungen besitzt. Natürlich widerspricht ein derartiger organisatorischer Aufbau allen gewohnten Organisationstheorien. Er bedeutet auch, daß eine derartige Organisation nicht „schlagfertig“, nicht „manövrierfähig“ ist. Aber eben in dieser Manövrierfähigkeit, die in der Praxis die äußerste Zentralisation gewesen ist, liegen die furchtbaren Verluste begründet, die die illegale Bewegung bisher erlitten hat. Natürlich bedeutet das, daß man auf die Fiktion, die Klasse führen zu wollen, verzichtet und sich darauf beschränkt, die Entwicklung der Klasse zu beeinflussen. Aber um die Klasse zu führen, muß die Klasse zunächst wieder handlungsfähig sein. Erst die handlungsfähige Klasse erfordert eine manövrierfähige Organisation. Da dieser Zustand in Deutschland noch nicht erreicht ist, ist es denkbar, daß nur eine aufs äußerste dezentralisierte konspirative Organisation bestehen kann. Konstituiert sich die Handlungsfähigkeit der Klasse in ihren ersten spontanen Kämpfen, dann wird sich auch verhältnismäßig rasch die Dezentralisation überwinden lassen.*

Allerdings erfordert eine derartige Organisation das höchste erreichbare Maß politischer Selbständigkeit der einzelnen Gruppen und ihrer Mitglieder. Die mangelnde autoritäre Zentralisation muß durch die Gleichartigkeit der angewandten politisch-organisatorischen Methode ersetzt werden. So wird auch die Möglichkeit bestehen, durch die einheitliche sozialistische Beeinflussung des Proletariats seine Entwicklungstendenz zu bestimmen. Aber dazu ist notwendig, daß die konspirative Kernorganisation ihre selbständige politische Zielsetzung und ihre selbständige realistische Methode entwickelt.

Hier liegt, wie schon angedeutet, der kritische Einwand, der gegen das Ergebnis der Bergarbeiterkonferenz zu erheben ist. Die neue Organisation ist aus den spontanen illegalen Bergarbeitergruppen entstanden; die Inlandsdelegierten waren darum mit alten Bindungen und Vorstellungen in ihrem Denken kaum belastet, sie haben ein gutes Bild der realistischen, unsentimentalen, unbürgerlichen Denkweise gegeben, die sich in den fortgeschrittenen Schichten der deutschen Bergarbeiter zu entwickeln beginnt. Sie sind darum heute schon fähig, im Rahmen des Möglichen, an die Aufgabe der Information und der Parolengebung heranzugehen. Was aber bisher fehlt, ist, daß diese so günstigen Voraussetzungen zur Entwicklung der politischen Kadereigenschaften ausgenützt werden. Die illegale Bergarbeiterorganisation ist bisher ein Ausdruck, ein Extrakt des wieder beginnenden proletarischen Klassenkampfes. Man kann aber nach dem mageren und inhaltlich unbefriedigenden politischen Ergebnis der Konferenz nicht sagen, daß sie es verstanden hätte, die Lösung des anderen Teiles der Aufgabe in Angriff zu nehmen; nämlich den Kampf der Bergarbeiter in den Gesamtkampf in Deutschland einzugliedern und aus der Tatsache, daß die Bergarbeiter zweifellos ein fortgeschrittener Teil im deutschen Proletariat sind, die Aufgabe abzuleiten, die Gesamtentwicklung der deutschen sozialistischen Bewegung zu beeinflussen. Gewiß, die Bergarbeiterorganisation steht erst am Beginn ihres geordneten Wirkens. Aber wenn sie diese Aufgabe nicht sieht, so wird sie sich der Gefahr des Absinkens in nur-gewerkschaftliche Gedankengänge nicht erwehren können. Aber dieser Einwand kann und soll den Eindruck nicht verwischen, daß die Gründung der illegalen deutschen Bergarbeiterorganisation, der Verlauf der Gründungskonferenz und die bisherigen Ergebnisse ihrer praktischen Arbeit einer der wenigen revolutionären Fortschritte ist, die im faschistischen Deutschland zu verzeichnen sind.

### Paul Maresch: Kader, Partei, Klasse.

Die ursprüngliche sozialistische Organisation war eine Kaderorganisation, die Organisation einer kleinen, politisch fortgeschrittenen Minderheit, in der die revolutionäre sozialistische Ideologie produziert worden ist, die die geistige Disposition zur Schaffung der revolutionären sozialistischen Theorie, des Marxismus lieferte. In der Wechselwirkung war diese geistige Disposition wieder die Voraussetzung zur Annahme der marxistischen Theorie durch die sozialistische Partei.

#### **Der subjektive Faktor.**

Das Problem des Verhältnisses der Partei zur Klasse stand am Beginn der marxistischen Theorie. In den Sätzen des Kommunistischen Manifestes hat es gestützt auf die theoretischen Vorarbeiten in Marxs „Deutscher Ideologie“, eine Lösung gefunden, die in allen wesentlichen Punkten gültig geblieben ist. Die „Kommunisten“, d. h. die revolutionäre proletarische Partei, sind kein besonderer Teil der Arbeiterklasse, sie unterscheiden sich von der Gesamtklasse nur durch die größere theoretische Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge und die dieser Einsicht entspringende Erkenntnis der gesellschaftlich möglichen und im wohlverstandenen Interesse des Proletariats liegenden Zielsetzung des proletarischen Klassenkampfes.

In dieser Formulierung ist sowohl die Verpflichtung des fortgeschrittensten Teiles der Klasse zur Erfüllung bestimmter geschichtlicher Führungsauf-

gaben enthalten als auch die Ablehnung jeder Tendenz, die diese Pflicht zum Anspruch einer rechtlichen und sozialen Sonderstellung der Partei im Proletariat umdeuten will. Die Verpflichtung der Partei besteht darin, ihre größere theoretische Einsicht in praktische Arbeiterpolitik umzusetzen, welche der eigengesetzlichen Arbeiterbewegung jene revolutionäre Tendenz verleiht, die dieser nicht unbedingt und nicht unter allen Umständen innewohnt. Um diese Tendenz zu verwirklichen, muß aber die Partei durch ständige Untersuchung der gesellschaftlichen Realitäten und ihrer geschichtlichen Möglichkeiten die revolutionäre Theorie ständig weiter entwickeln. Ihre erste Aufgabe, ohne die die anderen nicht gelöst werden können, ist also, die Theorie als eine gesellschaftliche Realität zu erkennen, die selbst den gesellschaftlichen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen unterworfen ist, in der jeder theoretische Satz ständig an der Realität überprüft werden muß, in der jeder Widerspruch zwischen dem Stande der theoretischen Erkenntnis und dem Stande der Realität das Zurückbleiben der Theorie hinter der tatsächlichen Entwicklung signalisiert.

Auf der anderen Seite aber besteht die Aufgabe der marxistischen Theorie nicht nur in der Erklärung der Realität, sondern in ihrer Veränderung in der Richtung der sozialistischen Zielsetzung. Die marxistische Untersuchung der Wirklichkeit beschränkt sich also nicht darauf, festzustellen, was augenblicklich ist und wie sich das Seiende wahrscheinlich verändern wird, sondern sie muß feststellen, welche von den möglichen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in die Richtung des gewollten Zieles führt, und die praktischen Methoden aufzeigen, die eben diese, der sozialistischen Zielsetzung wegen bevorzugte, Möglichkeit verwirklichen helfen.

Da es aber niemals die Aufgabe einer kleinen Gruppe sein kann, gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen zu wollen, zu deren Verwirklichung der Einsatz der gesellschaftlichen Kraft der gesamten Klasse notwendig ist, so produziert sie ihre Theorie nicht für sich selbst, sondern für die Arbeiterklasse. Die Arbeiter aber wenden die von der marxistischen Partei produzierte Theorie nicht an, wenn sie nicht auch ihren augenblicklichen Bedürfnissen entspricht. Es kommt darum nicht nur darauf an, in der Theorie Kampfmethoden zu entwickeln, die dem wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse dienen, sondern es handelt sich um die Bindung von Methoden, die diesem wohlverstandenen Interesse dienen, indem sie gleichzeitig das aktuelle Interesse der Arbeiterschaft verwirklichen. Nicht nur in der gesellschaftlichen, der allgemein-menschlichen Zielsetzung ist die Partei von der Klasse nicht unterschieden, sondern auch in der aktuellen Zielsetzung stellt sich die Partei auf den Boden der Arbeiterklasse, macht sie die aktuellen Interessen der Arbeiter zu den ihrigen, kämpft für sie als Teil des Gesamtproletariats.

Um diese Aufgabe zu lösen, ist es aber notwendig, daß sich die Partei in ihren Methoden nicht zum Proletariat in Widerspruch setzt. Das Proletariat in seinem jeweiligen Zustand ist eine gesellschaftliche Realität wie jede andere. Wenn die von der Partei entwickelten Methoden des Klassenkampfes vom Proletariat abgelehnt werden, so ist damit der Beweis erbracht, daß sich die Theorie der Partei zu den bestehenden gesellschaftlichen Realitäten — zu denen dabei nicht nur die „vollendeten Tatsachen“, sondern auch die Ansätze und Tendenzen gehören — in Widerspruch gesetzt hat. Wenn die Partei trotz dieser Tatsache an ihrer Methode festhält, statt sie an der Hand der bestehenden Realitäten einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, dann ist dies der Beweis, daß ihre theoretische Grundlage den Zusammenhang mit der Realität verloren hat. Dann hat sich die Partei zur Sekte gewandelt, zu einem außer-

halb der proletarischen Klassenbewegung stehenden Körper, der damit die Fähigkeit verloren hat, seine gesellschaftlich-revolutionäre Aufgabe innerhalb des Proletariats zu erfüllen.

Aber die Partei hat nicht nur die Aufgabe, die aktuellen Interessen der Arbeiterschaft mit zu verwirklichen, indem sie in der Arbeiterbewegung die Methode schafft, mit denen sie konkret verwirklicht werden können, sondern sie unterzieht sich dieser Aufgabe, weil sie die gesellschaftlich revolutionäre Zielsetzung verwirklichen will. Wenn sie, um die aktuellen proletarischen Interessen zu verwirklichen, Methoden wählt, die das Proletariat von der Erfüllung seiner revolutionären Aufgabe entfernen, dann bleibt sie zwar ein ununterscheidbarer Teil der Gesamtklasse, aber sie hat ihre besondere geschichtliche Qualifikation verloren, die darin besteht, unter den verschiedenen Entwicklungstendenzen jene zu stärken und zu gestalten, die in die Richtung der sozialistischen Zielsetzung wirkt. Dann hat die Partei ihre revolutionäre Zielsetzung aufgegeben, dann ist sie zu einer gesellschaftlich-konservativen Kraft geworden, die die Fehlentwicklung der Arbeiterbewegung mit verursacht.

Die Partei trägt darum — und darin unterscheidet sie sich von allen anderen gesellschaftlichen Realitäten — stets eine subjektive Verantwortung. Wenn die Partei, um ihre Zielsetzung zu bewahren, Methoden wählt, die vom Proletariat abgelehnt werden, wenn sie sich also in bewußten Gegensatz zur Klasse stellt, so ist sie für die daraus entspringenden Folgen ebenso verantwortlich, wie wenn sie, um sich mit dem Proletariat nicht in Gegensatz zu bringen, zur Verteidigung seiner aktuellen Interessen Methoden wählt, die zur Aufgabe ihrer eigenen revolutionären Zielsetzung führen. Die Feststellung, daß das Proletariat auf einer bestimmten Stufe aus sich heraus keine revolutionäre Zielsetzung produziert hat, ist historisch wichtig, um die objektiven Quellen einer eingetretenen Fehlentwicklung aufzudecken; als Erklärung des Verhaltens der Partei ist diese Feststellung unzureichend. Sie ist dann falsch, wenn sie zu der fatalistischen Auffassung führt, daß die Partei nichts als das geistige Spiegelbild und das ausführende Organ des Proletariats ist, wenn sie der Partei die automatisch gleiche Bewegungsgesetzlichkeit wie der Klasse zuschreibt. Die Eigengesetzlichkeit der sozialistischen Partei besteht aber — solange sie eben diesen Charakter nicht verloren hat — darin, daß sie ihr eigenes Verhalten an ihrer revolutionären Zielsetzung mißt, während die Arbeiterschaft als Klasse ihr eigenes Verhalten nur an ihrer unmittelbaren, ihrer aktuellen Zielsetzung mißt. Wenn das Proletariat revolutionäre Zielsetzung entwickelt, so entwickelt es sie aus seinen unmittelbaren Interessen, aus seiner Lebensanschauung; die Partei entwickelt die revolutionäre Zielsetzung aus ihrer Weltanschauung. Ihre unveränderliche Aufgabe besteht darin, ihre Weltanschauung durch richtige Erkenntnis und Einschätzung der jeweiligen aktuellen Lebensanschauung des Proletariats zu verwirklichen.

Die subjektive Verantwortung der Partei ist nur die sittliche Konsequenz der Erkenntnis, daß die marxistische Partei der subjektive Faktor in der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung ist. Die marxistische Theorie kennt keine Automatik der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Entwicklung ist an die gesellschaftlichen Realitäten gebunden; jede Bewegung ist von Realitäten verursacht und ihr Ergebnis ist die Veränderung von Realitäten. Aber die Tendenz der Bewegungen steht nicht von vornherein fest und die Qualität der Veränderung wird von der Tendenz bestimmt, der die Bewegung folgt. Die Tendenz der gesellschaftlichen Bewegung entspringt den gesellschaftlichen Kräften und ihren Widersprüchen, jede gesellschaftliche Bewegung, jeder gesellschaftliche Widerspruch begründet die ihm innewohnende Tendenz. Inso-

ferne ist die gesellschaftliche Bewegung determiniert. Aber der Widerspruch der gesellschaftlichen Realitäten beinhaltet auch einen Widerspruch der ihnen innewohnenden Bewegungstendenzen. Die Bewegungstendenz kann eine beharrende sein, sie kann die Bewegung an den gesellschaftlichen Raum binden, in dem der Bewegungsanstoß erfolgt ist, oder sie kann eine revolutionäre sein, die den gesellschaftlichen Raum sprengt, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche erzeugt worden sind. Nicht die gesellschaftlichen Widersprüche, sondern der mit ihnen unaufhebbar verbundene Widerspruch der gesellschaftlichen Bewegungstendenzen schafft die geschichtliche Möglichkeit, ihren Ablauf willensmäßig zu beeinflussen.

**Theorie und Methode.**

Diese bewußte Beeinflussung kann nicht in jedem beliebigen geschichtlichen Stadium erfolgen. Nicht nur die Verwirklichung der revolutionären Tendenz, auch die Voraussetzung ihrer Verwirklichung ist an einen materiellen Träger gebunden, als den wir, der Marx'schen Methode folgend, das moderne Industrieproletariat erkannt haben. Erst mit dem modernen Industrieproletariat ist die reale Chance der klassenlosen Gesellschaft gegeben. Aber diese geschichtliche Möglichkeit ist auch mit der Entstehung ihrer materiellen Voraussetzung noch nicht geschichtliche Gewißheit geworden. Aus der katastrophalen Entspannung, die notwendig und unabwendbar von der Unvereinbarkeit der Existenz des Proletariats mit der kapitalistischen Gesellschaft ausgelöst werden muß, muß nicht ebenso notwendig und unabwendbar die sozialistische Gesellschaft entstehen. Grundsätzlich ist durchaus möglich, daß der Prozeß der gesellschaftlichen Katastrophe der beharrenden Tendenz folgt, daß er keinen neuen gesellschaftlichen Inhalt schafft, sondern nur die bestehenden gesellschaftlichen Zusammenhänge auflöst, bei Aufrechterhaltung des bisherigen gesellschaftlichen Inhalts. Dies würde bedeuten, daß die menschliche Herrschaftsgesellschaft erhalten bleibt, jedoch materiell auf die Stufe der Barbarei zurückkehrt. Die revolutionäre Tendenz bestimmt nur dann den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung, wenn in den Komplex der gesellschaftlichen Realitäten und ihrer Widersprüche eine neue Realität eintritt, der Kader, die revolutionäre sozialistische Partei, die der materielle Träger der von ihr geformten revolutionären Theorie ist. Der wesentliche qualitative Unterschied zwischen dieser und jeder anderen gesellschaftlichen Kraft ist, daß in ihr der dialektische Prozeß der gesellschaftlichen Bewegung bewußt wird. Eben darum besitzt sie die Fähigkeit, die objektive gesellschaftliche Möglichkeit vorausgesetzt, die Tendenz dieses Prozesses nach ihrer bewußten Zielsetzung zu beeinflussen. Im Prozeß der Wechselwirkung zwischen dem objektiven Träger der revolutionären Tendenz, dem Industrieproletariat, und dem subjektiven Träger, der marxistischen Partei, ist die Chance enthalten, den Sozialismus in geschichtliche Wirklichkeit umzusetzen. Die revolutionäre Partei erfüllt demnach im gesellschaftlichen Prozeß eine bestimmte und klar abgegrenzte Funktion. „Subjektiver Faktor“ zu sein heißt, daß ihr bewußter Einsatz in der Richtung ihrer sozialistischen Zielsetzung für die Verwirklichung des Sozialismus notwendig ist. In diesem Sinn ist auch diese gesellschaftliche Realität determiniert. Daraus ist aber nicht der Schluß zu ziehen, daß in der geschichtlichen Situation, in der der subjektive Faktor notwendig ist, seine Entstehung zwangsläufig, „naturnotwendig“ wird. Die geschichtliche Entwicklung schafft im modernen Industrieproletariat die Arbeiterbewegung, die soziologischen und historischen Voraussetzungen für die revolutionäre Partei. Das Bewußtwerden des Prozesses, die Anwendung der dialektischen Methode zur bewußten Beeinflussung der gesell-

schaftlichen Bewegungen im allgemeinen, zur bewußten Lenkung der Wechselbeziehungen zwischen der revolutionären Partei und der Gesellschaft ist eine Leistung, die in den Köpfen des Kaders produziert werden muß — oder sie entsteht nicht.

Die geistige Leistung, die so geschaffen wird, ist die revolutionäre Theorie, die ihrem Inhalt nach die Fähigkeit der Anwendung marxistischer Analyse, der materialistischen Dialektik auf alle gesellschaftliche Realität einschließlich der eigenen Partei und der eigenen Theorie ist. Die Schwierigkeit liegt in der praktischen Anwendung des dialektischen Begriffes. Die dialektisch erkannte Welt besteht nicht aus einer Summe fester Körper, die nach den Gesetzen der Mechanik einander stoßen und bewegen, sondern aus einem Feld von Kräften, die alle untereinander in Wechselwirkung stehen, wo jede Wechselwirkung selbst wieder zur Kraft wird, die auf alle anderen Kräfte einwirkt. Die dialektische Methode läßt darum die Betrachtung einer bestimmten Realität „an sich“ und „für sich“ nicht zu, sie besteht in der ständigen Untersuchung der stets wechselnden Wechselwirkungen der gesellschaftlichen Kräfte, sie setzt die stets wache Erkenntnis voraus, daß auch die Vornahme der Untersuchung und ihre Umsetzung in Handlungen, die die Tendenz der Wechselwirkungen bewußt beeinflussen wollen, nicht frei ist, sondern von den Kräften beeinflußt, die durch das Ergebnis der Untersuchung verändert werden sollen.

Wenn so die Analyse sich immer auf das Subjekt, das die Analyse vornimmt, mit erstrecken muß, sei es auf das Einzelsubjekt des sozialistischen Politikers oder auf das Kollektivsubjekt des Kaders, so ist ihr objektives Ziel, daß sie nicht abgeschlossene Vorgänge erklären, sondern im Fluß befindliche Vorgänge verändern soll. Das Ergebnis der Untersuchung, die dem Ergebnis entsprechende Willenshandlung ist selbst wieder gesellschaftliche Kraft, die, eben weil sie bewußt geformte Realität ist, die Fähigkeit besitzt, den gesellschaftlichen Prozeß in der Richtung der subjektiven Zielsetzung des untersuchenden Subjekts zu verändern. Die Untersuchung erfüllt demnach im Verlauf des gesellschaftlichen Prozesses eine bestimmte gesellschaftliche Funktion. Die dialektische Analyse ist nicht nur eine das geschichtliche Geschehen erklärende Analyse, sie ist eine das geschichtliche Geschehen verändernde Analyse. Sie ist darum nicht historisch, sondern funktional. Die Fähigkeit zur Vornahme der funktionellen Analyse ist die konkrete Eigenschaft, die die gesellschaftliche Kraft: Sozialistischer Kader von allen anderen gesellschaftlichen Kräften qualitativ unterscheidet. In dieser Fähigkeit besteht deshalb die besondere subjektive Kaderqualifikation des einzelnen Kadernitglieds wie des Kaderkollektivs.

#### **Die funktionelle Analyse des Kaders.**

Der Widerspruch im Prozeß der Untersuchung ist, daß die Untersuchung, die die gesellschaftlichen Realitäten verändern soll, selbst dem Druck ausgesetzt ist, den die zu verändernde Realität auf die Untersuchung ausübt. Auch in der Untersuchung selbst kann die beharrliche Tendenz die revolutionäre Tendenz überwinden. Auch das revolutionäre Ergebnis der Untersuchung ist keine geschichtliche Gewißheit, sondern nur eine geschichtliche Möglichkeit, die nur dann zur Wirklichkeit wird, wenn auch der Verlauf der Untersuchung selbst ständig der Kontrolle der marxistischen Methode unterliegt. Diese Kontrolle besteht in der kritischen Überprüfung, ob das Ergebnis der Analyse gesellschaftlich ändernde Wirkung hat und ob die von der Analyse ausgehende gesellschaftliche Änderung die revolutionäre Tendenz stärkt. Denn die Gefahr, der auch der Kader ständig unterworfen ist, ist der Verlust der Kaderqualifi-

kation. Die funktionelle Analyse zwingt während ihres Prozesses zu einem eigenartigen Bewußtseinswiderspruch. Jede menschliche Reaktion auf ein objektives Ereignis ist gesellschaftliche Realität und damit gesellschaftliche Kraft. Die natürlichen Bewußtseinsreaktionen auf gesellschaftliche, politische Ereignisse sind eine überaus wichtige Kraft im gesellschaftlichen Bewegungsprozeß. Die Kenntnis der Bewußtseinsentwicklung in der menschlichen Gesellschaft und besonders im geschichtlichen Träger des Revolutionsprozesses, Industrieproletariat, ist von besonderer Wichtigkeit. Der revolutionäre Kader ist nun seiner sozialistischen Zielsetzung wegen — unabhängig von seiner jeweiligen soziologischen Zusammensetzung — ein Teil des Proletariats. Seine unmittelbaren, seine ursprünglichen psychologischen Reaktionen auf objektive Ereignisse sind darum ein Teil der Bewußtseinsentwicklung der Gesamtklasse. Ein sozialistischer Kader ist damit bereits in Gefahr, seine Kaderqualifikation einzubüßen, wenn er nicht mehr fähig ist, die Reaktionen der Arbeiterschaft unmittelbar und automatisch mitzuerleben. Dann ist er nämlich für einen integrierenden und wichtigen Teil der Gesamtanalyse gezwungen, die Entwicklung abzuwarten, statt sie zu verändern. Dies muß dazu führen, daß sich ihm automatisch an die Stelle der funktionellen Analyse die historische unterschiebt. Von dieser Seite her beginnt die Gefahr der geistigen Loslösung des Kadern vom Proletariat, seine Verwandlung zu einer gesellschaftlich unwirksamen aristokratisch-intellektuellen Sekte.

Die psychische Reaktion auf die gesellschaftliche Wirklichkeit ruft im Proletariat Wunschvorstellungen hervor, die Willenshandlungen hervorzurufen. So entsteht auch unter bestimmten historischen Voraussetzungen die sozialistische Zielsetzung und — so vollzieht sich — was wichtiger ist — ihre ständige Reproduktion. Aber die Wunschvorstellung beeinflußt die der Reaktion entspringende Willenshandlung. Ihre ständige Gefahr ist darum, daß sie zu einer Überschätzung der Willenskraft, zu einer Unterschätzung der dem subjektiven Verhalten entgegenstehenden objektiven Hemmnisse führt. So wichtig es ist, die psychischen Reaktionen des Proletariats richtig einzuschätzen, weil aus ihnen das proletarische Verhalten abgeleitet werden kann, so wenig darf die funktionelle Analyse ihnen erliegen. Für sie sind die psychischen Reaktionen der Arbeiterschaft, ihr konkretes Verhalten eine gesellschaftliche Kraft unter anderen Kräften, deren Tendenz ebenso wie alle anderen Kräfte durch das in Handlung umgesetzte Ergebnis der funktionellen Analyse verändert werden soll.

Darum darf der Kader auf der einen Seite nicht den Versuch unternehmen, seine eigenen Reaktionen zu unterdrücken oder so zu verändern, daß sie den komplexgebundenen Reaktionen der Arbeiter nicht mehr entsprechen; denn gerade in ihnen besteht sein organischer Zusammenhang mit der Arbeiterschaft, ein Zusammenhang, der um so wichtiger wird, wenn der Kader durch die Bedingungen der strengen Konspiration technisch vom Proletariat getrennt ist. Mehr noch, in der Natürlichkeit seiner Reaktionen ist die Natürlichkeit seines praktischen Verhaltens eingeschlossen, nur so entgeht der Kader der Gefahr, schon durch sein Verhalten zu einem Fremdkörper in der Arbeiterschaft zu werden — was den Verlust der Voraussetzung aller Kaderqualifikation bedeutet.

Aber gleichzeitig muß der Kader verstehen, seine eigenen subjektiven Reaktionen in den Kreis seiner objektiven Analyse einzubeziehen, also den Subjektivismus zu überwinden. Seine aus dem jeweiligen Reaktionsantrieb entstandenen Wunschvorstellungen über das eigene Verhalten müssen für ihn Material der wissenschaftlichen Untersuchung sein, deren Ergebnis erst sein tatsächliches

Verhalten bestimmt. Der Kader muß also zu sich selbst Distanz besitzen, er muß verstehen, daß er eine Doppelnatur besitzt, daß er gleichzeitig subjektiver Faktor und ein Teil der gesellschaftlichen Realität ist, deren Tendenz von diesem subjektiven Faktor beeinflußt werden soll. Wenn der Kader diese Schwierigkeit damit zu überwinden versucht, daß er sich von den soziologischen Bedingungen loslöst, die das psychologische Verhalten des Proletariats bestimmen, so verfällt er aristokratischem Intellektualismus und wird damit als subjektiver Faktor unwirksam. Wenn der Kader aber diese Schwierigkeit damit zu überwinden sucht, daß er in die funktionelle Analyse seine subjektiven Wunschvorstellungen hineinträgt, wenn er die Distanz zu sich selbst, zu seinen eigenen Reaktionen verliert, wenn er seine dialektische Widerspruchsnatur dadurch zu überwinden versucht, daß er die psychischen Reaktionen — die eigenen oder die der Klasse — als etwas Gegebenes und Unveränderliches anerkennt, dann erliegt er dem Druck der Realität auf die Untersuchung. Das bedeutet, daß er aus einer die Automatik verändernden Kraft zu einem Teil der Automatik geworden ist.

Der dem Subjektivismus erlegene Kader setzt durchaus noch gesellschaftlich wirksame Handlungen, er mag, wenn er so der unveränderte Ausdruck des proletarischen Verhaltens geworden ist, sogar nach außen hin im höheren Grade zur Führung des Proletariats, in Wahrheit zu seinem Sprachrohr und Exekutivorgan geworden sein — da aber durch die Vernichtung seiner Kaderqualifikation der bewußt verändernde Faktor in der Entwicklung zerstört worden ist, so müssen alle von dem aufgelösten Kader gesetzten Handlungen nunmehr gesellschaftlich-konservative Tendenz haben. Wenn der subjektive revolutionäre Faktor nicht existiert, ist die gesellschaftliche Entwicklung streng determiniert. Dann kann das Ergebnis der gesellschaftlichen Automatik nur der Rückfall in die Barbarei sein. In diesem Prozeß besteht die Veränderung der Kaderpartei zur reformistischen Massenpartei, der Rückfall in die geschichtliche Ziellosigkeit der konservativen Arbeiterbewegung.

#### **Der Anstoß von innen.**

Mit diesen Überlegungen ist das Verhältnis des Kadern, der marxistischen Partei zur Klasse bestimmt. Von der leninistischen Kadertheorie her wird der Kader gewöhnlich als „Anstoß von außen“, als Vorhut, als „Führung“ des Proletariats aufgefaßt. Wir müssen an dieser Stelle die im ersten Teil unserer Untersuchung begonnene Auseinandersetzung mit dem leninistischen Parteibegriff fortsetzen. Der leninistische Parteibegriff war dort geschichtlich gerechtfertigt, wo das revolutionäre Proletariat nicht fähig war, aus sich selbst, also spontan das sozialistische Zielbewußtsein zu produzieren. Er ist darum dort, wo das Proletariat zu dieser Leistung noch immer nicht fähig sein kann, also in allen Ländern, wo es noch in der feudalistischen Ideologie lebt, immer noch gerechtfertigt. Dort, wo erst in den Aktionen des spontanen Ausbruchs das revolutionäre Zielbewußtsein keimhaft entsteht, wo „die Spontaneität die Keimform des Zielbewußtseins“ ist, ist eine andere als die soziologisch und intellektuell vom Proletariat scharf unterschiedene, zentralistische Partei nicht möglich. Der geschichtliche Unterschied zwischen dem frühindustriellen und dem modernen Proletariat ist aber, daß das moderne Proletariat wegen seiner rationalistischen Denkweise fähig ist, das entwickelte revolutionäre Zielbewußtsein zu produzieren, wenn ihm seine unmittelbare Erfahrung die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderung enthüllt. Der gedankliche Prozeß, in dem es zur Erkenntnis dieser Notwendigkeit gelangt, ist freilich kein dialektischer — keine Vorwegnahme künftiger gesellschaftlicher Änderungen

durch Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und Bewegungsgesetze —, sondern ein logisch-kausaler, der aus unbefriedigten Bedürfnissen auf die Voraussetzung der Bedürfnisbefriedigung weiter schließt. Damit ist prinzipiell gesagt, warum auch im modernen Proletariat der Kader geschichtlich notwendig ist. Denn auch mit dem sozialistischen Zielbewußtsein hat die Arbeiterklasse nicht die Fähigkeit der kollektiven dialektischen Untersuchung erworben; diese Fähigkeit bleibt an den Kader gebunden. Aber mit der Bildung des sozialistischen Zielbewußtseins ändert sich die geschichtliche Gesamtfunktion der Klasse. Lenin hatte einerseits die Führungsfunktion des zielbewußten Kadern in der Klasse, andererseits die Führungsfunktion der ökonomistisch denkenden Klasse im gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß behauptet. Das war ein unvereinbarer, ein undialektischer Widerspruch, der in der Wirklichkeit der russischen Revolution durch den Übergang der gesellschaftlichen Führung an den Kader korrigiert worden ist: das schließt den veränderten Inhalt der proletarischen Diktatur in sich. Das russische Proletariat hat erst im Verlaufe des revolutionären Prozesses das entwickelte sozialistische Zielbewußtsein produziert, das nun in der Form der entstehenden proletarischen Demokratie zum Übergang der gesellschaftlichen Führung von der Partei auf das Proletariat zwingt.

Wo aber die Arbeiterklasse schon vor der sozialistischen Revolution sozialistisches Zielbewußtsein entwickelt, dort wird sie schon in der kapitalistischen Gesellschaft zur gesellschaftlichen Führerin des antikapitalistischen Kampfes. Dort gibt sie nicht nur dem eigenen Kampf, sondern auch dem der verelendeten Bauern, Kleinbürger usw. die sozialistische Zielsetzung. Ein Vorgang, für den die Untersuchung der Bewußtseinsvorgänge im faschistischen Deutschland Anhaltspunkte liefert und der sich eben jetzt in den Begebenheiten in Frankreich und Spanien zu bestätigen scheint, in Spanien in besonders hohem Grade, weil dort die Führungsrolle des modernen Industrieproletariats über das feudalistische Landproletariat deutlich geworden ist.

Mit dem Übergang der gesellschaftlichen Führungsfunktion an die Arbeiterklasse fällt aber die Funktion des Kadern als „Anstoß von außen“, der aus dessen Eigenschaft als materiellem Träger des sozialistischen Zielbewußtseins entstand. Der gesellschaftliche Bewegungsanstoß ist nicht der Kader, sondern das Proletariat. Soweit überhaupt von einem materiellen Anstoß „von außen“ gesprochen werden kann, wird er vom Proletariat ausgeht. Auch dieser Anstoß ist inhaltlich gesellschaftliche Wechselwirkung und Wechselbeziehung, er unterscheidet sich jedoch von dem Anstoß, der vom Kader ausgeht, dadurch, daß er automatisch eintritt. Die Anstoßleistung des Kadern im modernen Industrieproletariat ist eine qualitativ andere. Das Proletariat ist nicht nur historisch die Voraussetzung der Kaderbildung — das gilt auch für den leninistischen Kader, der im frühindustriellen Proletariat wirkt —, sondern der Kader im modernen Industrieproletariat beeinflusst die gesellschaftliche Bewegungstendenz in der Wechselwirkung zwischen dem proletarischen Zielbewußtsein und der marxistischen Methode seiner Verwirklichung. Das sozialistische Zielbewußtsein der Arbeiterklasse bedarf zu seiner Entfaltung der vom Kader produzierten Verwirklichungsmethode, die Methode zu ihrer Entwicklung des sozialistischen Zielbewußtseins der Klasse.

Der Prozeß hat sich weiter differenziert. Im Handeln der leninistischen Partei gegenüber der Klasse wird das Proletariat zum Objekt, zum Medium, durch das die Partei ihre Zielsetzung verwirklicht. Der im modernen Proletariat wirkende Kader entwickelt die sozialistische Theorie und Politik; das Proletariat verwirklicht seine eigene klassengemäße Zielsetzung mit den Methoden, die

die Ergebnisse der marxistischen Analyse sind; diese wiederum ist die besondere Funktion des Kaders.

Damit verschwindet jede Möglichkeit der Verdinglichung des Kaderbegriffes. Der Kader ist weder die Vorhut, die dem Proletariat voraneilt, noch der Maschinist, der die proletarische Maschine in Bewegung setzt und lenkt. Jede mechanische Führungsvorstellung wird falsch. Der Kader wird zu einer Funktion des Proletariats, und zwar zu seiner spezifisch revolutionären Funktion. Der Kader ist ein Anstoß von innen. Als integrierender Teil des Proletariats ist er, wenn man ein Bild gebrauchen will, Maschine und Maschinist zugleich. In der gegenseitigen Gebundenheit der Entwicklung des proletarisch-sozialistischen Zielbewußtseins und der marxistischen Kadermethode vollendet sich der Prozeß der Synthese der proletarischen Lebensanschauung und der sozialistischen Weltanschauung.

### **Die Kaderqualifikation.**

Die erste Aufgabe des Kaders besteht darin in der Entwicklung der marxistischen Theorie, die inhaltlich identisch ist mit der Entwicklung der Verwirklichungsmethode der sozialistischen Zielsetzung. Aber die Erfüllung dieser Aufgabe ist an die ständige Wechselwirkung von Kader und Proletariat gebunden. Dieser Wechselwirkung können neben organischen Hemmnissen auch technische jeweils unüberwindbare Hemmnisse entgegenstehen. Das ist die Lage, in der sich gegenwärtig jeder geformte Kaderansatz in Deutschland befindet. Die deutschen sozialistischen Gruppen, die ihrer eigenen Tätigkeit das Ziel stellen, die Kaderqualifikation zu erwerben, befindet sich gegenwärtig in der technisch kaum überwindbaren Schwierigkeit, daß die Entwicklung der marxistischen Theorie, der Methode der funktionellen Analyse entweder eine überaus strenge Konspiration voraussetzt — soweit diese Arbeit in Deutschland selbst geleistet wird — oder die Verlegung der theoretischen Arbeit ins Ausland fördert. Auf der anderen Seite kann die spontane Entwicklung der sozialistischen Zielsetzung im deutschen Proletariat eng gezogene Schranken nicht durchbrechen, so lange sie nicht den Anstoß weiterer Entfaltung durch die Kadermethode erfährt. Alles, was an Tendenzen sozialistischer Zielsetzung in der deutschen Arbeiterschaft entsteht, beweist nur, daß die historischen Voraussetzungen schon gegeben sind, in der Klasse die ihr gemäßige revolutionäre Weltanschauung zu entwickeln. Ohne den Kaderanstoß kann aber dieser Prozeß nicht zur Reife gelangen. Die beiden gesellschaftlichen Kräfte, die in ihrer Vereinigung den Durchbruch der revolutionären Tendenz bedeuten, bestehen in allerersten Ansätzen schon nebeneinander im Bereiche der deutschen Arbeiterbewegung, es fehlt aber die befruchtende Wechselwirkung. Eine kaderartige Organisation, die die Wechselbeziehung zum Proletariat noch nicht hergestellt hat — gleichgültig, ob dies auf objektive oder subjektive Ursachen zurückzuführen ist —, besitzt die Kaderqualifikation noch nicht. Sie mag schon die theoretische Qualifikation erworben haben, sie hat aber noch nicht die funktionelle Qualifikation erworben, die entscheidend ist, weil nur Kader sein kann, was bereits gesellschaftlich zielbewußt verändernd wirkt. Ob eine derartige Organisation ein realer Ansatz für die künftige revolutionäre Partei ist, hängt davon ab, ob sie sich dieser Schranke ihrer Kadereigenschaft bewußt ist. Wenn sie vor Erfüllung dieser Aufgabe den Anspruch erhebt, schon Kader zu sein, unterliegt sie in ihrer eigenen Einschätzung dem Druck ihrer subjektivistischen Wunschvorstellung. Dann hat sich ihre objektive Zielsetzung in eine irrealen Überschätzung ihrer subjektiven Willenskraft verkehrt, die sie mit ihrer noch nicht gegebenen gesellschaftlichen Wirkungskraft verwechselt.

Die Erkenntnis, daß die funktionelle Qualifikation mangelt, läßt darum nur eine Zielsetzung der praktischen Kaderarbeit zu: die bestehende Isolierung von der Arbeiterklasse zu durchbrechen. Es ist zweifellos richtig, daß die gegenwärtige deutsche Situation die strengste organisatorische Konspiration verlangt. Es ist ebenso richtig, daß die Einhaltung der Konspiration schon eine hochentwickelte theoretische Qualifikation voraussetzt. Wenn aber eine derartige Organisation, die damit die realen Chancen in sich trägt, Kader zu werden, aus ihrer theoretischen und organisatorischen Qualifikation den Schluß ableitet, daß sie schon Kader ist, dann erliegt sie selbst auf dieser hohen Stufe „dem Druck der Realität“.

Denn der geistig ungelöst bleibende Widerspruch zwischen der vorhandenen theoretisch-organisatorischen und der mangelnden funktionellen Qualifikation setzt sich unvermeidlich in die Erhebung des von außen aufgezwungenen Notstandes in seine theoretische Rechtfertigung um. Aus der Tatsache, daß die Bewußtseinsentwicklung der Klasse noch von der Bewußtseinsentwicklung des Kadern unbeeinflusst ist, wird die liquidatorische Theorie von dem unveränderlich konservativen Bewußtseinszustand des Proletariats reproduziert, die den Kadernansatz schließlich den gesellschaftlichen Bewegungsanstöße in anderen, ihm leichter zugänglichen Gesellschaftsschichten suchen läßt. Aus dem Opportunismus der Methode wird automatisch eine opportunistische Theorie.

Ebenso entsteht aus dieser Fehleinschätzung der eigenen Qualifikation eine Art organisatorischer Fetischismus, der gleichfalls die Tendenzen der Rückentwicklung der Theorie und der Methode in sich birgt. Die strenge Konspiration ist gegenwärtig notwendig. Aber die organisatorische Absperrung muß gerade darum als das entscheidende Merkmal der Kadervorstufe erkannt werden. Denn der Kader, der seine Funktion im Proletariat schon erfüllt, muß auch schon die Fähigkeit erworben haben, seine eigene Absperrung zu durchbrechen, um sich in die Schichte einzuschalten, deren Bewußtseinsentwicklung er beeinflussen soll. Die sozialistische Organisation, die ihres subjektiven Wunsches wegen, Kader zu sein, die Erkenntnis ihres tatsächlichen Qualifikationsstandes einer subjektivistischen Proklamierung ihrer vollendeten Kaderqualifikation opfert, verliert mit der Distanz zu sich selbst die Fähigkeit der realen Einschätzung der Vorgänge in der Arbeiterklasse und der gesellschaftlichen Kräfte überhaupt. Ein derartiger Pseudokader verfällt aus dem Widerspruch zwischen der tatsächlichen und der behaupteten Qualifikation in eine Überschätzung seiner politischen und organisatorischen Eigenschaften, deren fortgeschrittenen Stand er zur Rechtfertigung seiner behaupteten Kaderqualifikation nimmt. Die Überbetonung seiner soziologischen und theoretischen Fortschrittlichkeit schlägt in seinem eigenen Bewußtsein in die Theorie von der konstitutionellen Höherwertigkeit des Kadern gegenüber der Arbeiterklasse um. Die Entwicklung zur Elitenvorstellung wird unvermeidlich. Aber die Elitenvorstellung bedingt die Abschließung im eigenen Bewußtsein von allem, was außerhalb der eigenen Organisation steht, die Erzeugung einer Methode, die das praktische Verhalten zur Außenwelt von der gegebenen Andersartigkeit der Nicht-Mitglieder der Gruppe bestimmen läßt.

Der Pseudokader gerät so aus dem Zustand der technischen Isolierung von der Arbeiterklasse in einen Zustand der geistigen Isolierung. Seine Analyse ist nicht mehr dialektisch, sondern statisch, weil sie von subjektiven, für ihn unveränderlich gewordenen Elitedogmen ausgeht. Eine Nebenwirkung ist die Behandlung der eigenen Theorie als Geheimlehre, weil er von der Unfähigkeit der Umwelt, sie zu verstehen, überzeugt ist und darum das ständige Mißverständnis fürchten, wenn er seine Theorie öffentlich ausspräche. Dieser

sektiererische Zug ist nur ein weiterer Schritt zur Vernichtung der gesellschaftlich verändernden Kraft, die auch der Kaderansatz tendenziell schon ist. Wichtiger aber ist, daß eine Gruppe, die sich in dieser Entwicklung befindet, auch dann, wenn das marxistische Dogma ihr Absinken in reine, an keine Klasse mehr gebundene Elitevorstellungen verhindert, in ihrer praktischen Arbeiterpolitik nicht über die abwartende Haltung hinauskommt, die das Merkmal der linken Sozialdemokratie der reformistischen Periode gewesen ist. Die gesamte praktische Tätigkeit konzentriert sich auf die Entwicklung eines geistigen und organisatorischen Präzisionsmechanismus, der erst in den spontanen Klassenkampf eingesetzt werden soll, wenn die zunehmenden Widersprüche der faschistischen Diktatur seinen Einsatz erlauben. Aber damit reproduziert jede derartige Gruppe den geschichtlichen Fehler der kautskyanischen Politik. Denn das bedeutet, daß die infolge des Fehlens des subjektiven Faktors notwendig automatisch verlaufende Entwicklung die Einsatzmöglichkeit erst bringt, wenn ihre Tendenz schon feststeht. Wieder schiebt sich an die Stelle der bewußten Beeinflussung der Entwicklungstendenz die Hoffnung auf den „Umschlag“ der gesellschaftlichen Spannungen in die revolutionäre Situation, wo der Kader nur mehr der Geburtshelfer der sozialistischen Gesellschaft ist, die schon im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft entstanden ist. Trotz aller formalen Erkenntnis über die verschiedenen Tendenzen, die in die gesellschaftliche Bewegung und ihre Widersprüche eingeschlossen sind, kehrt das praktische politische Verhalten zur Automatik des Geschehens zurück und ist darum dann nicht mehr fähig, es zu meistern.

#### **Die Organisationstheorie.**

Es ist darum kein Zufall, sondern nur Ausdruck der Zwangsläufigkeit, in die auch die theoretische Entwicklung dieser Gruppen bereits geraten ist, daß die organisations-theoretischen Auffassungen des Parteilinienismus gerade bei jenen deutschen sozialistischen Organisationen eine immer größere Rolle spielen, die wegen ihrer theoretischen Fortschrittlichkeit am ehesten fähig wären, die Vorstufe der künftigen deutschen revolutionären Partei zu formieren. Neben der strengen Konspiration wird die strenge Zentralisation zum Merkmal der Kaderbildung gemacht. Es soll hier das praktische Argument, wie weit die Konspiration heute in Deutschland von der strengen Zentralisation gefährdet wird, nicht weiter untersucht werden. Aber die Betonung der Zentralisation wird dort theoretisch so begründet, daß sie die subjektivistische Wurzel der eigenen Einschätzung klar legt. Die strenge Zentralisation der leninistischen Partei war die Folge ihrer intellektuellen und soziologischen Verschiedenheit vom russischen Proletariat, die durch den Umstand bedingt war, daß die russische Partei eben nicht nur die Trägerin der Verwirklichungsmethoden, sondern auch des zu verwirklichenden sozialistischen Zielbewußtseins gewesen ist. Das in feudalistischen Begriffen denkende russische Proletariat hat darum auch die Partei als den höherwertigen Führer, als den „Erlöser“ anerkannt. Darum war die zentralistische russische Partei auch nicht einen Augenblick lang funktionslos, sie konnte sich in allen Klassenkämpfen als „Anstoß von außen“ einschalten. Wenn Depressionszustände, wie die nach der Revolution von 1905, die Partei funktionslos machten, so war die Auflösung der Parteiorganisation die automatische Folge ebenso wie ihre Neukonstituierung mit den wieder beginnenden spontanen Massenkämpfen. Die zentralistische Parteiform, die organisatorische Abgrenzung von den proletarischen Massen war ein in dem geschichtlichen Zustand des russischen Proletariats notwendiges und taugliches Instrument der Beeinflussung der ökonomistischen Klassenkämpfe. Welch ein

Widerspruch, daß diese zentralistische Parteiform nun als anstoßender Faktor in einer Situation gewertet wird, in der die Isolierung der Kaderansätze von der Klasse das Problem ist, mit dem diese zu ringen haben; in der der Zentralismus, der in Rußland durch seine aktive gesellschaftliche Funktion historisch gerechtfertigt worden ist, zum beherrschenden Prinzip einer Organisation erhoben werden soll, die die Kaderqualifikation noch nicht erringen kann, weil sie eben noch keine aktive gesellschaftliche Funktion in der Klasse ausübt. So wird auch die Begründung des zentralistischen Prinzips, die Lenin gegeben hat, ins Gegenteil verkehrt. Bei Lenin beweist sich die Notwendigkeit der zentralistischen Partei aus der chaotischen und amorphen Struktur der russischen Gesellschaft, die dem zentralistischen Körper ein qualitatives Übergewicht verleiht. Im deutschen Sozialismus wird der Zentralismus der Partei aus der zentralistischen Tendenz der deutschen Gesellschaft begründet. In dieser Begründung wird der opportunistische Einschlag der theoretischen Entwicklung offenkundig.

Die zentralistische Tendenz ist bei jenen deutschen sozialistischen Richtungen besonders fest, die die Notwendigkeit der Kaderbildung schon vor der faschistischen Machtergreifung, schon in den Jahren des Niederganges der reformistischen Arbeiterbewegung erkannt haben. In allen geschichtlichen Perioden, in denen das Proletariat nicht fähig ist, spontan zur sozialistischen Zielsetzung zu gelangen, wird der Kader die zentralistische Organisationsform annehmen, weil er dann der Träger des sozialistischen Zielbewußtseins in einem gesellschaftlich konservativen Proletariat ist. Das gilt nicht nur für die ökonomistische Stufe, das gilt wahrscheinlich im gleichen Grade auch für die reformistische Stufe. Nur durch strenge Zentralisation ist der Kader fähig, dem gesellschaftlichen Druck der konservativen Ziellosigkeit im Proletariat und in dessen Organisationen Widerstand zu leisten.

Aber von dem Moment an, wo sich durch die faschistische Diktatur die proletarische Bewußtseinsentwicklung tendenziell ändert, ändert sich die Kaderfunktion. Noch kann nichts Konkretes gesagt werden über die künftigen Organisationsformen eines befreiten deutschen Proletariats; jedenfalls aber wird die Entwicklung des klassengemäßen sozialistischen Zielbewußtseins auch den künftigen proletarischen Organisationsformen ihren Stempel aufprägen. Schon aus dem Grunde, weil die Parteidiktatur das äußere Merkmal des Faschismus ist, mehr aber noch, weil das Bedürfnis der deutschen Arbeiter nach Wiederherstellung ihrer demokratischen Selbstverwaltung heute schon eine erkennbare Tendenz ist, ist die Annahme, daß die künftige innere Organisationsform des deutschen Proletariats eine proletarische Demokratie sein wird, zumindest zulässig. Das hieße Massenorganisationen, die unter der direkten Kontrolle der Arbeitergruppen Legislative und Exekutive in sich vereinigen. In einer solchen Räte-demokratie wäre für eine zentralistische Führungspartei kein Platz offen. Jeder Versuch einer Führung durch einen Körper, der sich schon in seinen organisatorischen Außerlichkeiten von den Arbeitern unterscheidet, würde von ihnen zerstört werden. Worauf es bei einer solchen Entwicklung ankäme, wäre, einen Kader zu schaffen, bei dem die Einheitlichkeit des Handelns nicht durch Methoden hierarchischer Disziplin, sondern durch die Einheitlichkeit der politischen Methode gewährleistet ist, der seine größere theoretische Einsicht in praktische politische Erfolgshandlungen für die Klasse umsetzt und so seine organisatorische Kaderform als der Körper der proletarischen Vertrauensmänner, der Funktionäre der proletarischen Massenorganisation findet.

Wenn man aber diese organisatorische Entwicklung für möglich hält, dann

bedeutet das Festhalten an der zentralistischen Organisationstheorie zumindest die einseitige Option für eine bestimmte unter verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten. Eine Option, die notwendigerweise den Blick für die vielfältige und verschiedenartige Entwicklung der Realität verschließt, die vor allem zu erkennen verhindert, daß sowohl in der deutschen Illegalität in der Form der spontanen Betriebsgruppen als in der sozialistischen Emigration in der verzerrten Form der politischen Gruppenkämpfe bereits Elemente des demokratischen Organisationsbewußtseins der neuen deutschen Arbeiterbewegung sichtbar werden. Die schweren Rückschläge, die gerade jene Kaderansätze in den letzten Jahren erlitten haben, die aus ihrer theoretisch-organisatorischen Vorarbeit in der reformistischen Bewegung die besten Chancen hatten, die Entwicklung der neuen deutschen Arbeiterbewegung tendenziell zu bestimmen, mögen nicht zuletzt durch ihre einseitige organisatorische Festlegung auf die Prinzipien des Parteilinienismus mit verursacht worden sein. Nicht ein Widerspruch, sondern eine Ergänzung zur Übertragung parteiliniensistischer Methoden auf die anders gewordene deutsche Wirklichkeit ist es, wenn die richtig vorausgesehene Wiederherstellung der sozialistischen Massenorganisationen lediglich von den Resten der alten Parteiorganisationen erwartet wird. Die einseitige Bindung an alte Parteireste scheint unmittelbar auf die historische Erfahrung der Formierung des Kaderansatzes in der reformistischen Massenpartei zurückzugehen, sie ist der Versuch, eine einmal erfolgreich gewesene Methode auch unter geänderten objektiven Bedingungen aufrechtzuerhalten, enthüllt also auch in diesem Punkte die subjektive Wurzel der Fehlanalyse.

#### **Die Funktion der Theorie.**

Diese Entwicklungsreihe, die in den deutschen sozialistischen Gruppen in allen Abstufungen, von dem Ringen der marxistischen Dialektik mit dem subjektivistischen Erbe der Vergangenheit angefangen bis zur Erstarrung im hoffnungslosen Sektierertum beobachtet werden kann, deren äußerer Ausdruck die verhängnisvolle Zunahme der Gruppen und Claqueenkämpfe um das „Monopol“ der Arbeiterführung ist, steht die Aufgabe der Findung der konkreten Methode gegenüber, die die Kadervorstufe in den Kern der künftigen deutschen marxistischen Arbeiterpartei verwandelt. Diese Verwandlung kann nur erfolgen, indem der lebendige Kontakt mit der deutschen Arbeiterschaft, die Wechselwirkung zwischen Partei und Klasse hergestellt wird. Dem stehen die unvorstellbar schweren Bedingungen der deutschen Illegalität entgegen. Aber selbst sie machen das Problem nicht unlösbar. Die Voraussetzung bleibt freilich die Erkenntnis, daß jeder, der diese Wechselwirkung noch nicht hergestellt hat, die Kadervorstufe nicht überschreiten kann. Auch die höchstqualifizierte theoretische Leistung kann hier keinen Unterschied in der Kaderqualifikation bilden. Denn jede theoretisch gefundene Verwirklichungsmethode entbehrt der konkreten Überprüfung durch die deutsche Realität. Dieser Mangel bedeutet die Relativierung der theoretischen Leistung, setzt auch die Theorie, die ohne lebendigen Zusammenhang mit der deutschen Arbeiterklasse geschaffen werden muß, auf die Stufe der Chance und läßt als sicheren Wegweiser nur die Anwendung der marxistischen Methode in der so doppelt notwendigen ständigen Neuüberprüfung der eigenen theoretischen Leistung. Damit ist auch ausgesprochen, daß kein theoretisches Ergebnis dogmatisiert werden darf; jeder theoretische Satz muß mehr denn je stets der grundsätzlichen Kritik offen sein. Das höchste Mißtrauen gegenüber dem eigenen wie dem fremden theoretischen Dogma ist gegenwärtig nicht minder eine unerläßliche revolutionäre Eigenschaft als das konspirative Mißtrauen. Darum ist es wahr-

scheinlich die entscheidende Gefährdung der tendenziellen Kaderqualifikation, wenn sozialistische Gruppen in Fortsetzung ihres parteieninistischen Charakters zur Produktion von Thesen übergehen, die als unverrückbare Grundlage der späteren Untersuchungen zu gelten haben.

Die Relativierung der theoretischen Qualifikation läßt erkennen, daß auch die fortgeschrittenste theoretische Entwicklung der Gruppe, die ihr Träger ist, keine andere Qualität verleiht, als einer anderen theoretisch weniger entwickelten Gruppe. Auch die theoretische Differenzierung bedeutet gegenwärtig nur einen quantitativen, nicht einen qualitativen Unterschied. Das gleiche gilt für die organisatorische Differenz. Bessere oder schlechtere Konspiration muß aus den Gründen des Selbstschutzes für das Verhalten gegenüber den einzelnen Gruppen maßgeblich sein, es sagt aber noch nichts über ihre prinzipiellen Eigenschaften aus, sofern die schlechte Konspiration nicht ein Merkmal mangelnden sozialistischen Zielbewußtseins ist, was besonders für junge, spontan entstehende Gruppen in Deutschland im allgemeinen nicht zutrifft. Die Erkenntnis, daß auf der Kadervorstufe alle sozialistischen Gruppen prinzipiell gleichartig — und damit gleichwertig — sind, führt zu dem Schluß, daß jede von sozialistischen Zielbewußtsein erfüllte deutsche politische Gruppe an sich die Fähigkeit besitzt, die Kadervorstufe zu erreichen, daß gegenwärtig noch kein sicheres Merkmal besteht, um Gruppen, die sich ohne eigengesetzliche Tendenz wieder in der Massenbewegung auflösen werden, und Gruppen, die sich in der Massenbewegung zum Kader wandeln, zu unterscheiden.

Jene Gruppen, die schon die theoretische Qualifikation der Kadervorstufe erworben haben, besitzen damit ihre unmittelbare konkrete Aufgabe. Alle sozialistischen Organisationsbestrebungen in der deutschen Arbeiterschaft sind Bestrebungen einer kleinen Minderheit. Die Klasse entwickelt gegenwärtig zwar vielleicht schon spontane Ansätze neuer Widerstandsformen, aber keine kollektive organisatorische Tendenz. Jeder Versuch zur selbständigen sozialistischen Organisation läßt darum die Vermutung offen, daß es sich um tendenzielle Kaderorganisationen handelt. Die Aufgabe, die der politisch fortgeschrittenen Kadervorstufe daraus entsteht, ist nichts anderes, als ihre entwickelten theoretischen Erkenntnisse und die Methode der funktionellen Analyse an diese anderen Gruppen heranzubringen. Die Versorgung aller politischen Organisationen in Deutschland mit politischer Information, mit den Grundlagen der theoretischen und methodischen Schulung ist das unmittelbar zu lösende Problem. Politisch gelöst wird es aber nur dann, wenn man die politisch-methodische Schulung so betreibt, daß auf die konkreten Fragen, die den sozialistischen Arbeitern brennend sind, konkrete Antworten gegeben werden und ihnen gleichzeitig gesagt wird, auf welchem Weg man zu diesen Antworten gekommen ist.

### **Gruppen und Kader.**

Die Voraussetzung dieser praktischen Tätigkeit ist der tatsächliche Verzicht auf jeden Führungsanspruch. Jedes sozialistische Kollektiv, gleichgültig ob es im Inland oder in der Emigration wirkt, kann gegenwärtig die Kaderqualifikation nur erreichen, wenn es die mechanische Führungsvorstellung überwindet. Nicht nur, daß sie theoretisch unbegründet ist, ist sie das entscheidende praktische Hemmnis zur Vereinigung aller Kräfte, die in ihrer Gesamtheit erst die marxistische Partei bilden werden. Die Führungsvorstellung bedeutet in ihrer praktischen Auswirkung, innerhalb der sozialistischen Gruppen den Kampf um das Führungsprivileg zu führen. Dies heißt die eigene Blickrichtung und die der anderen Gruppen, an die man mit dem Führungsanspruch herantritt, von der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland abzulenken und an den

schmalen Sektor zu binden, in dem sich heute die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands bewegt. Dieser Sektor erhält seine besondere Wertung aber durch die Tatsache, daß er sich zum größeren Teil in der Emigration befindet, denn es ist unzweifelhaft, daß alle sozialistischen Organisationen heute den größeren Teil ihrer organisatorisch gebundenen Mitglieder gegenwärtig in der deutschen Emigration besitzen. Die zahlenmäßige Stärke der Emigration, ihre Verteilung auf alle nicht-faschistischen Staaten Europas bedingt, daß sich im Auslande die sozialistische Meinungsbildung nach den Gesetzen der öffentlichen demokratischen Arbeiterbewegung vollzieht, nicht nach den gänzlich anders gewordenen Gesetzen der deutschen Illegalität. Im Bereiche der Emigration agieren die sozialistischen deutschen Parteien und Organisationen weiter, sie bekämpfen einander und verhandeln mit einander in den traditionellen Formen und mit den traditionellen Mitteln der demokratischen Auseinandersetzung. In der deutschen Emigration hat sich ein System demokratisch-parlamentarischer Meinungsbildung geformt, das inhaltlich völlig dem System entspricht, mit dem die politischen Arbeiterparteien in Deutschland untereinander gerungen haben. In der parlamentarischen Dachorganisation eines Teiles der deutschen Emigration, der sogenannten deutschen „Volksfront“ hat es sogar schon sein Pseudo-Parlament gefunden, das äußerlich immer mehr dem Weimarer Parlament ähnlich wird, seitdem es in einigen demokratischen Journalisten und Schriftstellern auch seine bürgerliche Fraktion erhalten hat. Der Unterschied zwischen der „deutschen Volksfront“ und der in Frankreich ist aber, daß diese die Dachorganisation von Massenorganisationen und Massenkräften ist, während hinter der deutschen Volksfront nichts steht als bestenfalls der Einfluß auf kleine illegale Gruppen in Deutschland selbst, bei einem Teil der Abgeordneten zum deutschen Volksfrontparlament in Paris nicht einmal dies. Durch diese Fixierung der praktischen politischen Tätigkeit an den Emigrationsraum, in der die Tätigkeit in der Emigration zur politischen Hauptaufgabe und zum politischen Existenznachweis wird, wird daraus ein Kampf um den Einfluß innerhalb der sozialistischen Emigration, binden die Gruppenkämpfe und Gruppenverhandlungen den Blick und die Zielrichtung der sozialistischen Tätigkeit auf das „andere Deutschland“, auf die von der deutschen Wirklichkeit getrennte Eigenbewegung des Emigrationslebens. Damit geht aber nicht nur die Blickrichtung auf das wirkliche Deutschland verloren, es wird auch die Fähigkeit vernichtet, die deutsche Wirklichkeit zu erkennen und zu verändern. Die politische Emigrationstätigkeit wird immer mehr zu einem Akt der geistigen Selbstgenügsamkeit, zu einer Fluchthandlung vor der weder geistig noch politisch bewältigten deutschen Wirklichkeit.

Die Folge ist, daß die deutsche Emigration und die deutsche Inlandsbewegung im steigenden Maße verschieden denken, verschiedene Sprachen sprechen. In der deutschen sozialistischen Bewegung kündigt sich eine Krise an, die gefährlicher ist als alles, was seit Hitlers Machtergreifung geschehen ist. Es besteht die Gefahr, daß die illegale sozialistische Inlandsbewegung und die legale sozialistische Emigrationsbewegung geistig völlig auseinanderfallen, daß die Illegalen und die Emigranten einander nicht mehr verstehen. Die Entwicklung der deutschen Emigration mit ihren Scheinkämpfen, Scheinparlamenten, Regierungsprogrammen und ihrer steigenden Einflußlosigkeit auf die tatsächliche deutsche Entwicklung reproduziert das geistige und politische Elend der Londoner Emigranten nach 1848, deren Zerschlagung durch Marx und Engels eine der Voraussetzungen für das Entstehen der theoretischen und praktischen Grundlagen der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist.

Aber diese Entwicklung ist nicht zwangsläufig. Ihr stehen die Bewußtseins-  
 elemente in der deutschen Arbeiterklasse gegenüber, die die Entwicklung der  
 sozialistischen Zielsetzung begünstigen; die Voraussetzung für die wirksame  
 revolutionäre Partei ist damit gegeben. Auf der anderen Seite erlaubt die  
 objektive Gesetzmäßigkeit der spätkapitalistischen Periode keine zuwartende  
 Haltung der sozialistischen Theorie, weil sonst die objektive Entwicklung dem  
 Barbarismus zutreibt. Der Ausweg, den Marx und Engels gegangen sind, in  
 bewußter Absperrung von der Emigration und von der andere Wege gehenden  
 deutschen Arbeiterbewegung als Einzelpersonen das theoretische Gebäude zu  
 schaffen, das der schon vorhandenen Arbeiterbewegung Ziel und Methode  
 gibt, ist heute schon aus diesem Grunde unmöglich geworden, vor allem aber  
 — man kann es nicht oft genug wiederholen —, weil die zureichende Theorie  
 und Methode nur in der Wechselwirkung mit der deutschen Wirklichkeit ent-  
 stehen kann.

Darum muß der theoretischen Arbeit und der Entwicklung der Kader-  
 methode die Herstellung dieser Wechselwirkung praktisch zu Grunde gelegt  
 werden. Mit Ausnahme der völlig erstarrten, in ihrer geistigen Entwicklung  
 bewußt reaktionär gewordenen Reste ehemaliger Spitzenapparate gibt es nichts  
 in der deutschen sozialistischen Bewegung, was nicht in irgend einer Form  
 Elemente der Kaderqualifikation besitzt, so wenig es eine Organisation gibt,  
 die die entwickelte, die funktionelle Qualifikation haben kann. Neben den  
 Trägern der theoretischen und organisatorischen Qualifikation gibt es andere  
 Gruppen und Einzelpersonen, die wieder Träger einer besonderen soziolo-  
 gischen Qualifikation sind. Das sind jene, die im Inland oder durch aktive  
 Arbeit in der Emigration, die sie eng mit dem Inland verbindet, die geistige  
 Entwicklung der deutschen Arbeiter miterleben. Sie mögen (dies hängt oft  
 mit ihrer aktiven Mitwirkung an den täglichen Problemen der illegalen Arbeit  
 innerhalb des deutschen Proletariats zusammen) an den theoretischen Voraus-  
 setzungen der sozialistischen Arbeiterpolitik weniger interessiert sein; sie mö-  
 gen formal in der organisatorischen und konspirativen Kleinarbeit stecken  
 bleiben; sie mögen mangels einer besseren Methode noch zähe an den Formen  
 der demokratischen Massenpropaganda trotz ihrer Wirkungslosigkeit und der  
 schweren Verluste festhalten; sie mögen sich — dies gilt für die Mehrzahl  
 der spontanen Betriebsgruppen — von den geformten sozialistischen Gruppen  
 absperrern und sich über Ziel und Methode keine Rechenschaft geben; diese  
 Schicht, die sich der Hauptsache nach aus der breiten Masse der organisatorisch  
 und politisch vorgeschulten Mitglieder der ehemaligen Massenorganisationen  
 rekrutiert, ist für die Entwicklung der neuen Partei unentbehrlich. Erst aus  
 der Vereinigung dieser soziologisch qualifizierten Gruppen und Klumpen mit  
 den politisch und organisatorisch qualifizierten Kadervorstufen wird sie ent-  
 stehen können. Aber diese Schicht, die sich in ihrem täglichen Leben und in  
 ihrem Denken innerhalb des deutschen Proletariats von heute befindet, ist  
 auch die lebendige Verbindung des Kadern zum Proletariat. Wenn sie in die  
 geistige Wechselbeziehung zu den politischen Kadervorstufen eingetreten ist, be-  
 ginnt zugleich die Wechselwirkung zwischen der Klasse und der entfalteten  
 Kadervorstufe, in der diese zur revolutionären Partei, zur gesellschaftlich  
 verändernden Funktion wird. Damit ist auch die Wechselbeziehung zwischen  
 der Theorie und den proletarischen Methoden des Klassenkampfes gegeben.

**Die praktischen Aufgaben der Kadervorstufe.**

Der Weg muß von jenen zuerst eingeschlagen werden, bei denen infolge  
 ihrer theoretischen Fortgeschrittenheit der dialektische Prozeß schon in hö-

herem Grade ein bewußter geworden ist als bei jenen, die vornehmlich ihre soziologische Qualifikation mitbringen. Die Träger der theoretischen Ansätze zur marxistischen Methode müssen in Anwendung der funktionellen Analyse die geschichtliche Bedingtheit des demokratischen Emigrationsbereiches erkennen. Sie müssen erkennen, daß er für die Emigration zunächst die Bedeutung der grundsätzlichen ungestörten geistigen Entwicklung besitzt, die aber nur dann wirksam wird, wenn die Analyse, in der sie sich vollzieht, ihren Standort in der deutschen Realität besitzt, also weder in der Übertragung der gesellschaftlichen Bedingungen der Gastländer auf die deutsche Wirklichkeit noch in der Übertragung der Emigrationssoziologie auf die Soziologie der illegalen deutschen Arbeiterbewegung stecken bleibt.

Von der durch die bisherigen Erfahrungen bestätigten Voraussetzung ausgehend, daß im gegenwärtigen deutschen Proletariat schon sozialistisches Zielbewußtsein entstehen kann, wird darum die erste Aufgabe aller theoretisch-politischen Kaderansätze in der Emigration — soweit es dies gibt, ebenso im Inlande — darin bestehen, jede von ihr gefundene theoretische oder methodische Erkenntnis der ungleich breiteren Schicht der organisatorischen Kaderansätze zu vermitteln. Das offene und öffentliche Aussprechen der Theorie, die öffentliche Verbreitung der so gewonnenen politischen und organisatorischen Methoden ist darum die notwendige Voraussetzung jeder Kadergestaltung. Der Kreis der Menschen, die durch die persönliche Beeinflussung erreicht werden kann, ist klein und zufällig. Ungleich größer ist der Kreis, der von einer öffentlich ausgesprochenen Theorie erreicht wird. Es wäre krasser Subjektivismus, ein Beweis für die theoretische Unfruchtbarkeit, anzunehmen, daß nur der Kreis, der sich zufällig am Rande der eigenen Gruppe sammelt, die geistigen Fähigkeiten besitzen kann, die theoretischen und methodischen Erkenntnisse zu erfassen. Der Kreis der sozialistischen Menschen, der die neuen theoretischen Elemente aufnimmt und selbständig weiterentwickelt, ist ungleich größer; das ist grundsätzlich anzunehmen. Dieses öffentliche Aussprechen der Theorie ist allerdings mit den Formen des denaturierten Parteilinienismus unvereinbar. Denn dies führt zur kollektiven Entwicklung der Theorie, zu einem Prozeß der demokratischen Meinungsbildung in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Es bedeutet, daß die ausgesprochenen theoretischen Erkenntnisse von der sozialistischen Öffentlichkeit mit ihren eigenen Erfahrungen und Maßstäben überprüft werden.

Diese Maßstäbe mögen zunächst von individuellen Bedürfnissen bestimmt werden, die mit den objektiven Bedürfnissen der Klasse nichts gemeinsam haben. Obwohl auch dabei in bestimmten Fachgebieten wertvolle Kritik geleistet werden wird, wird eine solche subjektivistische Kritik im allgemeinen das Bild geistiger Verwirrung steigern. Aber diese geistige Verwirrung ist schon gegenwärtig eine Tatsache und sie kann nur überwunden werden, wenn sie mit einer tendenziell fruchtbaren Methode bekämpft wird. Die Auseinandersetzung mit der sektiererischen Kritik ist darum eine notwendige zusätzliche Arbeitsleistung der Kadervorstufe, die überdies zu ihrer eigenen Selbstverständigung beiträgt. Andererseits wird damit die Theorie an die realistische Kritik der organisatorischen Kaderansätze übermittelt, die die irrealen Elemente in der Theorie zerstört und die in der Kritik sich selbst zum theoretisch-politischen Denken erzieht. Damit erst wird die Theorie zum geistigen Gemeingut der sozialistischen Bewegung und die Bewegung zum Kader.

Das ist zweifellos ein Prozeß der demokratischen Meinungsbildung und Willensformung. Aber das bedeutet nicht, auf die illegalen deutschen Arbeiterbewegung die Gesetzlichkeit der demokratischen Arbeiterbewegung aufzu-

pfropfen, sondern das bedeutet, in die neu entstehende deutsche sozialistische Arbeiterbewegung bewußt das Element der proletarischen Demokratie einzufügen. Selbst wenn die künftige Partei in ihrer Wechselbeziehung zur deutschen gesellschaftlichen Entwicklung die organisatorische Form des demokratischen Zentralismus annehmen sollte, so ist damit wenigstens die innere Demokratie gesichert, die der künftigen proletarischen Massenorganisation das Gepräge geben und so schließlich auch die künftige gesellschaftliche Entwicklung bestimmen wird. Freilich, wer unter dem Schlagwort der zentralistischen Partei in Wahrheit eine autoritäre Partei versteht, wird zu dieser Konzeption unfähig sein, weil ein Kader, der sich nach ihr bildet, in seiner geistigen Haltung notwendig antiautoritär sein muß. Die Geisteshaltung eines solchen Kadern wird nämlich von der erkannten Notwendigkeit bestimmt, jeden theoretischen Satz selbst nachzuprüfen, jede vorgeschlagene Methode selbst mit der Realität zu konfrontieren. Diese Notwendigkeit, die für den derart gestalteten Kader zum geistigen Bedürfnis wird, kann von keiner autoritären Legitimation eines organisatorisch übergeordneten Kreises aufgehoben werden. Auch die größte sachliche Leistung hebt nicht die grundsätzliche Gleichartigkeit aller Kadernmitglieder auf. Die Partei, die sich selbst nur als Funktion und nicht als Führung von außen versteht, kennt auch in ihrem eigenen Organismus nur Funktionsgliederung und nicht übergeordnete Führung.

#### **Die demokratische Kaderstruktur.**

Diese bewußte geistige Entwicklung führt darum zur größten Selbständigkeit des Denkens und zur Fähigkeit des initiativen Handelns. Damit wird der Kader auch allen organisatorischen Anforderungen gewachsen. Das Festhalten an der zentralistischen Organisationsform, der Organisationspyramide in einer Periode, in der sie die schwerste Belastung der Konspiration bedeutet ohne die Vorteile des Zentralismus einzutauschen (da die straffe Organisation nur dann wirksam wird, wenn die Klasse wieder handlungsfähig geworden ist), ist ein untrügliches Symptom, daß in der zentralistischen illegalen Organisation der gegenwärtig notwendige Grad geistiger Selbständigkeit und initiativer Handlungsfähigkeit noch nicht erreicht worden ist. Die gegenwärtigen praktischen Bedingungen verlangen die größtmögliche Dezentralisierung. Die dezentralisierte Organisation ist aber nur wirkungsfähig, sofern durch die Entwicklung der Methode jeder einzelne Teil handeln kann, wenn er auf sich allein gestellt ist. Das ist aber voraussichtlich überdies die konkrete Situation, vor die die einzelnen Teile der Partei gestellt sein werden, wenn in Deutschland der Klassenkampf wieder die Formen des Machtkampfes anzunehmen beginnen wird.

Hier entsteht aber die Frage, worin konkret die funktionelle Kaderqualifikation des Kadernmitgliedes zu suchen ist. Denn der Einwand drängt sich auf, daß die Fähigkeit zur funktionellen Analyse ein derart entwickeltes theoretisches Denken voraussetzt, daß sie in ihrer Gänze nur auf eine Minderheit beschränkt bleiben wird, kleiner als die Zahl der sozialistischen Arbeiterpolitiker. Aber man kann noch weiter gehen. In Wahrheit wird der Zustand nur bei ganz wenigen, wenn überhaupt, erreicht werden können, daß sie zwar einerseits ihre subjektiven Reaktionen nicht unterdrücken, sich aber andererseits in ihrer Analyse von ihnen nicht beeinflussen lassen. Man kann hier wohl annehmen, daß die funktionelle Analyse eine methodische Zielsetzung ist, die aber, selbst wenn sie erreicht wird, immer wieder Rückschläge erleidet. Das ist zunächst ein Grund mehr zur demokratischen Meinungsbildung, weil es keine Person gibt, die in sich den objektiven Maßstab der Methode ver-

körpert. Hingegen ist es ein psychologisches Gesetz, daß man subjektive, unsachliche Motive, die das Ergebnis der sachlichen Untersuchung verfälschen, bei anderen leichter erkennt als bei sich selbst. Darauf beruht alle Kritik, die ihrem Wesen nach immer darin besteht, daß man fremde Leistungen an einem allgemein gültigen objektiven Maßstab messen kann, auch wenn man ihn bei der eigenen Leistung gleich unvollkommen anwendet. Die ständige gegenseitige Kritik, die kollektive Kritik wird erst in der Ausschaltung der subjektivistischen Irrtümer die funktionelle Analyse ergeben.

Darüber hinaus ist aber die grundsätzliche Anwendung dieser Methode an ein wechselndes Maß formeller theoretischer Erkenntnisse gebunden. Wer die funktionelle Analyse abstrakt anwenden muß, wer, wie es für die theoretische Leistung der Emigration gilt, die funktionelle Analyse ableiten muß aus der umfassenden Kenntnis der gesellschaftlichen Realitäten und ihrer Bewegungsgesetze, der muß über diese Kenntnisse verfügen, sonst fehlen ihm die realen Voraussetzungen der Analyse. Doch für den Großteil der Kadermitglieder liegen die Dinge anders. Für sie handelt es sich nicht um die funktionelle Analyse der gesamten bekannten Tatsachen der deutschen Gesellschaft oder der menschlichen Gesellschaft überhaupt, für sie ist das eine Methode, die sie zur Veränderung der ihnen aus unmittelbarer Erfahrung genau bekannten Tatsachen ihres eigenen Lebensraumes anwenden sollen. Es wird für sie daher in diesem ihnen bekannten Lebensraum eine allgemeine Kenntnis der gesellschaftlichen Grundgesetze ausreichen, um ihnen dennoch die funktionelle Kaderqualifikation zu verleihen. Die realistische Betrachtung der Tatsachen müssen sie nicht aus der Kenntnis der Geschichte und Soziologie der menschlichen Gesellschaft ableiten, sie erwerben sie aus ihrer eigenen Erfahrung und der Einsicht in ihre eigenen Irrtümer. Die Kaderqualifikation kann darum eine räumlich gebundene, aber dennoch völlig entfaltete sein. Die Kritik, die von diesen Kadermitgliedern an dem theoretischen Gebäude des Kaderns geleistet wird, wird darum in der Form nicht theoretisch, sondern konkret gehalten sein. Aber da sie allein die praktische Anwendbarkeit der theoretisch gewonnenen Kadermethode bestimmt, ist sie ein qualitativ gleich wichtiger Beitrag zur Theorie. Die Theorie ist in ihrer abschließenden Form darum das gemeinsame Produkt der abstrakt schließenden und konkret kritisierenden Kadermitglieder. Daraus ein Führungsprivileg jener Kadermitglieder abzuleiten, die sich auf die Fähigkeit des abstrakten Denkens spezialisieren, wäre den Kadercharakter ausschließender Intellektualismus.

Ein so entstandener Kader wird auch die entscheidende Fähigkeit besitzen, seine mit der Methode des dialektischen Denkens gewonnenen Ergebnisse logisch-kausal zu formulieren und zu begründen, weil die Kritik innerhalb des Kaderns, auch wenn sie sich an der Methode der funktionellen Analyse schult, in der Form konkret sein wird. Es wird darum schon im Kader selbst die Notwendigkeit entstehen, jeden abstrakten Gedanken konkret zu formulieren, konkret zu begründen, wie man zu ihm gelangt ist. Diese Fähigkeit wird die Partei im proletarischen Bewußtsein zu einem gleichartigen Teil der Arbeiterklasse machen, weil alles, was der Kader formulieren und sagen wird, damit für die Arbeiterschaft zur Funktion wird, ihre eigenen Wünsche, Bedürfnisse und Willensakte über die Bewußtseinschwelle zu heben. Da dies auch inhaltlich ein Teil der Kaderaufgabe im modernen Proletariat ist, vollzieht sich in diesem Prozeß die tatsächliche Identifizierung der Partei mit der Klasse, und zwar von beiden Seiten. Damit fällt auch der Einwand weg, daß das Aussprechen der Kadertheorie beim Proletariat die heftigsten Widerstandsreaktionen gegen jene hervorrufen muß, die die Notwendigkeit der be-

sonderen denktechnischen Fähigkeit der funktionellen Analyse und die Tatsache feststellen, daß sie nicht jeder Proletarier besitzt. Die modernen Arbeiter wissen aus ihrer eigenen Lebenserfahrung, daß die moderne Gesellschaft eine vielfältige Spezialisierung in allen gesellschaftlichen Funktionen bedingt. Selbst in ihren eigenen Organisationen haben sie stets die Notwendigkeit der organisatorischen Spezialisierung, der besonderen organisatorischen, politischen und allgemein wissenschaftlichen Schulung anerkannt. Aus dieser Erkenntnis selbst sind noch niemals Anti-Intellektualismus oder andere Formen des proletarischen Minderwertigkeitskomplexes entstanden. Der proletarische Minderwertigkeitskomplex und die ihm entspringende Ablehnung bestimmter Personen oder Gruppen findet seine Wurzel immer im Intellektualismus selbst, der entweder aus eigener Unsicherheit oder aus der unausgesprochenen Auffassung der eigenen Überwertigkeit sich im Proletariat als Fremdkörper fühlt und darum von den Arbeitern als Fremdkörper empfunden wird. Wer sich in seinem eigenen Bewußtsein mit dem Proletariat identifiziert, wer in seinen eigenen Handlungen von den proletarischen Bedürfnissen bestimmt ist, wird seine Kaderqualifikation als Funktion im Proletariat und des Proletariats auffassen und ebenso werden ihn die Arbeiter als einen für sie notwendigen und wichtigen Funktionär verstehen, dessen Ratschläge kritisch, aber auf der Basis des gemeinsamen Vertrauens angehört und angenommen werden, wenn sie der eigenen Überlegung entsprechen. Alle Schwierigkeit ist überwunden, wenn der Kader von der Arbeiterschaft als ein Kader besonders qualifizierter Vertrauensmänner aufgefaßt wird. Dafür ist nicht das Aussprechen der Theorie ein Hindernis, sondern im Gegenteil ihr Verschweigen, das von den Arbeitern mit ihrem realistischen Empfinden als Beweis dafür aufgenommen wird, daß jene, die ihre Meinung verschweigen, Grund zur Annahme haben, daß ihre wahre Meinung von den Arbeitern als unproletarisches Denken abgelehnt werden würde. Zu untersuchen bleibt nun, wo die konkreten Ansatzmöglichkeiten der Kaderentwicklung in der deutschen Arbeiterklasse liegen, wie im konkreten gesellschaftlichen Prozeß der deutschen Gegenwart die Wechselwirkung zwischen Kader und Klasse verläuft, wie sich die Entwicklung zur revolutionären Partei in der revolutionären Klasse vollzieht. Aus allen abstrakten, theoretischen Untersuchungen muß, wenn sie zielführend sein sollen, die Frage nach dem „Was tun?“ entstehen.

---

Wir bitten alle Freunde unserer Zeitschrift, fällige  
 Zahlungen für Einzelhefte oder Abonnements  
 ehestens einzusenden.

---

# LÄNDERBERICHTE

Wir haben diesmal die Länderberichte Frankreich und Spanien ihrer politischen Wichtigkeit halber aus dieser Rubrik herausgehoben. Eine Erwiderung der „Giustizia e Libertà“ auf unseren letzten Italienbericht können wir aus Platzgründen erst in der nächsten Nummer zugleich mit der Antwort, als Beginn der italienischen Diskussion, veröffentlichen. Zu Tschechoslovakei verweisen wir auf den ersten Artikel dieser Nummer und auf die „politische Literatur“, zu Österreich auf „Sozialistische Nationalpolitik“. Einige Länderberichte fielen diesmal aus. Sie werden in der nächsten Nummer in aktueller Fortführung nachgetragen werden.

## Holland

### Der Plan der Arbeit. \*)

Der Plan der Arbeit der holländischen Sozialdemokratie verdankt seine Entstehung zweifellos der Initiative Hendrik de Mans. Seine Arbeit in der belgischen Arbeiterbewegung und vor allem der begeisterte Plankongreß (Weihnachten 1933) haben auch in Holland die geistig Regsten innerhalb der SDAP. inspiriert. Der Inhalt des holländischen Planes weicht jedoch in fast jeder Hinsicht sehr stark von dem des belgischen Arbeitsplanes ab. Die Gründe dafür sind folgende: erstens wurde in der holländischen Partei schon seit langem in ökonomisch-konstruktiver Richtung gedacht. Bereits 1920 erschien der Sozialisierungsbericht der Partei, wie um dieselbe Zeit in verschiedenen anderen Ländern. Präzisiert wurden später verschiedene Teilprobleme in neuen Berichten: die agrarwirtschaftliche Problematik im „Landbouwrapport“ (1933), die staatsrechtlichen Fragen im Rapport „Nieuwe Organen“ (1931), die Kolonialfrage (1929 und 1932).

Zweitens wird der Gedanke der Planwirtschaft in Holland vertreten von einer ganzen jungen Generation sozialistischer Akademiker, größtenteils aus der Schule des Amsterdamer Universitätsprofessors Th. J. Limperg, des Begründers eines planwirtschaftlichen Systems, das sich auf den einzelnen Betrieben als Einheiten aufbaut. Dieser Kreis vereinigt sich um den sozialdemokratischen Kolonialwirtschaftler Professor Van Gelderen und den jungen Ökonomen Professor Jan Tinbergen.

Drittens zeigt schon der erste Blick, daß die sozialwirtschaftliche Lage Hollands grundverschieden ist von der Belgiens, so daß ein sachgemäßer, „materialgerechter“ Plan hier ungefähr dort anfangen muß, wo der belgische aufhört: beim sogenannten freien Sektor.

Ein relativ unabhängiges ökonomisches Denken, das sich zu einer selbständigen Schule ausgebildet hat, und dazu der Wille, die spezifisch holländische Wirtschaftslage gedanklich zu erfassen, bestimmen die Sonderart des holländischen Planes.

Der eigentliche Plan zerfällt in drei Teile. Ausgehend von der Not des Augenblicks wurde ein Krisenplan konzipiert, dessen Erfolge nur gesichert werden können durch eine richtige Konjunkturbekämpfung, die wieder unmöglich ist ohne tiefes Eingreifen in die ganze wirtschaftliche Struktur des Landes. So entstanden auch der Konjunkturplan und der Strukturplan. Folgend eine kurze Darstellung der Pläne.

#### A. Krisenplan:

Der Krisenplan ist gemeint als Sofortplan. Man denkt sich seine Verwirklichung innerhalb einer Frist von wenigstens einem Jahr, höchstens drei Jahren.

\*) Dieser Artikel erhebt nur den Anspruch, ein einführender Bericht zu sein. Prinzipielle Untersuchungen folgen in der nächsten Nummer. Anm. d. Verf.

Dieser Bericht sowie der tschechoslovakische zeigen unserer Ansicht nach die Notwendigkeit, die modernen Wirtschaftstheorien neuerlich mit der marxistischen Methode, für die wirtschaftliche Erscheinungen immer gesellschaftliche sind, zu konfrontieren. Anm. d. Red.

1. *Steigerung der Kaufkraft.* Ohne ganz erhebliche Steigerung der Kaufkraft der Nichtbesitzenden ist die Krisenlage nicht zu überwinden. Die Krisenpolitik der heutigen kapitalistischen Regierung ist nur Abbaupolitik, senkt die Kaufkraft. Ganz entgegengesetztes Regierungseingreifen ist notwendig, Kaufkraftinjektionen à la Roosevelt sind wertvolle Bekämpfungsmittel der Krise, wenigstens wenn sie nicht planlos — wie in Amerika —, sondern planvoll — wie z. B. in Schweden — zustande kommen.

2. *Bekämpfung der Erwerbslosigkeit.* Kaufkraftsteigerung heißt an erster Stelle energische Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Dieses Land zählt auf 8 Millionen Einwohner 450.000 Erwerbslose; das heißt, daß wahrscheinlich wenigstens ein Viertel der Bevölkerung unmittelbar unter den Folgen der Erwerbslosigkeit leidet. Durch Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten können mindestens 200.000 Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden. Wird eine solche Politik von öffentlichen Arbeiten zum System, dann ist eine gewisse Ausgleichung der Konjunkturbewegung zu erwarten.

In diesen 200.000 sind allerdings 45.000 inbegriffen, die wieder in den Arbeitsprozeß aufgenommen werden durch Einführung der 40- bzw. 48-Stundenwoche. Dies wird für einige Arbeitergruppen eine wesentliche Wochenlohnerniedrigung mit sich bringen. Obwohl diese Maßnahme sicher rationell und sozialistisch sogar gerecht ist, muß man sich doch wirklich fragen, ob die betroffenen Arbeiter diese Vorschläge auch als gerecht bewerten werden. Selbstverständlich hat man genau berechnet, wieviel ein solcher Plan von öffentlichen Arbeiten kosten wird und in welcher Weise er finanziert werden soll. Man denkt sich drei — freiwillige — Staatsanleihen von 200 Mill. Gulden in drei Jahren. Man meint — mit Recht! — annehmen zu dürfen, daß die Erscheinung der „hoarding“ (des Zusammensparens) solche Dimensionen angenommen hat, daß diese Beträge ziemlich leicht gefunden werden sollten, ohne den Privatgesellschaften Kapital zu entziehen. Übrigens ist man sich klar, daß, wenn notwendig, eine Regierungsmachtspolitik erstlich an dieser Stelle einsetzen muß.

3. *Steuerabbau und Abbau von Miete und Pacht.* Steuerabbau ist anscheinend nur eine Geldverschiebung. Das Geld verschiebt sich von den Besitzenden zu den Nichtbesitzenden. Dies ist an sich schon wichtig, weil es sich in die Richtung eines sozialistischen Einkommensausgleichs bewegt. Aber überdies bedeutet es eine faktische Kaufkraftsteigerung, weil das Geld jetzt in die Hände derer gerät, die es wegen ihres noch immer geringen Einkommens ständig ausgeben müssen, während es jetzt von den Besitzern teilweise aufgespart und deswegen nicht ausgenützt wird.

**B. Konjunkturplan:**

Wenn der Krisenplan versucht, die Folgen der Wirtschaftskrise zu lindern, so stellt der Konjunkturplan den Versuch einer Beherrschung der Konjunkturbewegung dar, insoweit dies innerhalb der nationalen Grenzen überhaupt möglich ist. Man ist sich aber dessen bewußt, daß eine definitive Beherrschung der Konjunktur nur mit internationalen Maßnahmen zu verwirklichen ist.

1. *Kreditordnung.* Kreditordnung heißt sowohl Ordnung der Kreditorgane als auch Ordnung ihrer Wirksamkeit. Obwohl die Banken in Holland viel weniger bedeuten als in Belgien und Deutschland, und die Macht des Finanzkapitals durch die Anwesenheit finanziell unabhängiger industrieller Riesenbetriebe, wie Philips-Eindhoven, Unilever-Rotterdam, Royal Dutch Shell, stark beschränkt ist, ist planmäßige Regelung der Kreditpolitik Grundbedingung jeder wirtschaftlichen Planung. Nationalisierung der Staatsbank ist dabei die erste Voraussetzung; die zweite ist eine Staatskontrolle mittels der Staatsbank über die privaten Kreditinstitute.

2. *Beherrschung der Betriebsexpansion.* Die sozialgefährlichste Funktion des privaten Unternehmers ist die gesellschaftlich planlose Ausbreitung seines Betriebes in Perioden sich hebender Konjunktur. Der Plan fordert eine funktionelle Sozialisierung, das heißt eine erhebliche Einschränkung der Verfügungsgewalt des Unternehmers, was als solches eine strukturelle Maßnahme ist. Eine Verrechnungsstelle (Accountantsbüro) mit exklusiver Kompetenz wird vorgeschlagen, die die Expansion der Betriebe nach allgemeinen sozialpolitischen und sozialökonomischen Gesichtspunkten regeln soll.

3. *Planmäßige Rationalisierung.* Auf Grund der Gedanken Otto Bauers (Rationalisierung und Fehlrationalisierung) und J. M. Clarks wird ein System des von ihnen geforderten „social accounting“ (soziale Rechnungslegung) vorgeschlagen. Das heißt, daß bei der Berechnung einer Rationalisierung auch die Kosten der Umschulung entlassener Arbeiter, deren Erwerbslosenunterstützung bzw. verfrühte Pensionierung etc. mit einkalkuliert werden sollen. Auch diese ganz wesentliche Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt ist ebenso Konjunkturbeherrschung wie Strukturbeherrschung.

### C. Strukturplan:

1. *Internationale Verbindungen.* Jeder nationale Plan ist ohne einen internationalen Sektor grundsätzlich unvollständig. Ist der sogenannte internationale Freihandel heute nur ein liberaler Atavismus, ist wirtschaftliche Autarkie ein lebensgefährlicher Wahn. Zwischen beiden hindurch, über beide hinaus führt der Gedanke eines international planvoll geordneten Tausches. Dieser Gedanke ist ziemlich neu. Noch der Grand Old Man (große alte Mann) der holländischen Sozialdemokratie, Dr. F. M. Wibaut, blieb bis zu seinem Tode ein prinzipieller Freihändler und hat sich mit diesem Gedanken nie richtig abfinden können. Obwohl einer der wichtigsten Mitarbeiter bei der Herstellung des Planes, hat er sich von diesem Gedanken immer distanziert. Der Gedanke selbst ist ein Krisenkind. Das allseitige Regierungseingreifen in das Gebiet der internationalen Handelsbeziehungen führte zu einem ziemlich willkürlichen System von Kontingenterungen: die Aus- und Einfuhrquoten wurden auf einem bestimmten Niveau „eingefroren“. Grundlage dieser Maßnahmen war immer eine planlose Verteidigung, genau wie überall. Die Planisten wollen nun diese kriegerische Scheinregelung umbauen zu einer planvollen Ordnung, im Bewußtsein, daß die verschiedenen Produktionsländer sich gegenseitig ergänzen müssen. Dies gilt umso mehr für Holland, weil es fast nicht über Rohstoffe verfügt. Deswegen schlägt man ein System ökonomischer Verträge vor, auf Grund der Gegenseitigkeit und auf möglichst langen Termin abgeschlossen. Man denkt sich heute schon ein Vertragssystem zwischen den verschiedenen Planländern Europas. Ausgleich der Handelsbilanz wird ermöglicht durch ein System von sogenannten Dreiecksverträgen. In dieser Weise will man auch der nationalen Planung Ruhe, und überhaupt Raum zum Planen sichern.

2. *Nationale ökonomische Ordnung.* Ordnung ist rationale Verbindung und Zusammenschluß aller Betriebe eines Wirtschaftszweiges, und aller Wirtschaftszweige zusammen. Sie wird angestrebt erstens dort, wo es wirklich not tut, zweitens dort, wo es rein national möglich ist, drittens dort, wo es ohne Gefährdung der internationalen Lage geht.

Staatsrechtlich denkt man sich diese Ordnung als Bildung von „schappen“ — einer Art Korporationen. Also „Kohlenschaff“, „Transportschaff“, usw. Alle Betriebe eines Wirtschaftszweiges schließen sich zu einer „schap“ zusammen, geführt von einem Korporationsrat, in der Arbeitern, Unternehmern und Staat je ein Drittel der Sitze zufällt. Ein besonderes Wahlsystem garantiert, daß nicht eine Gruppe von den zwei anderen überstimmt werden kann.

Über allen Räten steht ein nationaler Wirtschaftsrat, der sie alle kontrolliert, und selber die Kreditpolitik beherrscht. Der Wirtschaftsrat ist dem Parlament unterstellt.

a) *Industrie.* Ein System funktioneller Dezentralisierung wird angestrebt. Die innere Struktur der verschiedenen Korporationen wird stark differenziert gedacht, in Übereinstimmung mit Traditionen und konkreten Möglichkeiten in diesen Wirtschaftszweigen.

b) *Landwirtschaft.* Auf der Grundlage einer stark verbesserten Betriebsausstattung wird finanzielle Sicherung der Bauern und Gärtner angestrebt, durch ein System der Garantie für hochkultivierte Spezialprodukte. Am meisten soll die Produktion der Kleinbauern garantiert werden; kein Prämiensystem für die Faulheit der reichen Bauern; wer am reichsten ist, soll das größte Risiko tragen.

Saisonschwankungen gegenüber soll durch Reserveneubildung gutkonservierter Vorräte ein einheitliches Preisniveau gesichert werden. Dies ist bekanntlich ein uraltes und bewährtes System.

Paritätische Pachtkommissionen sind beauftragt, für jede Pachtperiode die Pachtpreise auf Grund der voraussichtlichen Ernte festzusetzen und später nach Maßgabe der tatsächlichen Einkünfte auszugleichen. So wird das Betriebsrisiko zwischen Pächtern und Pacht Herren verteilt.

Von einer Sozialisierung des Bodens ist nicht die Rede. Man verteidigt diese Nichtsozialisierung mit der Überlegung, daß in Holland mit seinen überwiegenden Klein- und Mittelagrarbetrieben keine wesentliche Trennung zwischen Kapital und Arbeit vorliegt. Diese Gedanken finden wir auch bei Hendrik de Man.

c) *Mittelstand.* Der Mittelstand wird vor allem als Distributionsgruppe behandelt. Ihre gründliche Sanierung tut not. Das Chaos ist ungemein groß. Ordnung soll hier heißen: System von Konzessionen und der planvollen Kreditverleihung. Die an sich nicht sehr große Bedeutung der Konsumvereine wird hierdurch kaum beeinflußt.

Wie überall ist eine Lebenssicherung dieser Gewerbeschichte auch politisch notwendig, weil sie psychologisch am meisten für den Faschismus anfällig ist.

d) *Baubetriebe.* Der Bau neuer Wohnungen ist in der Krise ungeheuer gesunken, obwohl die Bevölkerungsvermehrung ungefähr gleich blieb. Das Chaos verdankt sein Entstehen der Tatsache, daß man zuletzt fast nur Mittelstandswohnungen baute, so daß eine Wohnungsnot proletarischer Wohnungen besteht: Erwerbslose mit etwa 13 Gulden Einkommen bezahlen in Großstädten oft für Miete etwa 8 Gulden. Es gilt diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen. Der Plan beabsichtigt starke Erniedrigung der Miete, aber zweitens den Bau von Arbeiterwohnungen, bei einer starken Verringerung der ricsigen Erwerbslosigkeit in diesem Betriebszweige. Der Gedanke des Krisenplanes: Inangriffnahme großer öffentlicher Arbeiten in Zeiten der Depression, schließt sich hierbei an.

e) *Textil.* Die holländische Textilindustrie ist durch die bewährte chaotische Planlosigkeit der Textilherren und in dieser Krise durch die japanische Konkurrenz genau zur Hälfte umgebracht. Der Plan fordert beschleunigte Rationalisierung; Auffindung neuer Absatzmärkte für Qualitätsprodukte außerhalb Europas. Die trotzdem für immer ausgestoßenen Textilarbeiter will man umschulen und in andere Betriebszweige unterbringen. Für den Absatz der Textilprodukte wird eine relative Autarkisierung angestrebt. Man rechtfertigt dies mit der Begründung, daß die Importländer hier auf demselben technischen Niveau stehen wie Holland und auch ihre Rohstoffe aus Kolonialgebieten beziehen.

f) *Transport.* Die absolute Notwendigkeit einer Koordinierung des gesamten Transportwesens hat schon zu wichtigen Ordnungsmaßnahmen seitens der halbstaatlichen Eisenbahnen geführt. Die Konkurrenz zwischen Autos und Eisenbahnen ist in diesem kleinen Lande mörderisch und verlangt eine bindende Ordnung. Es scheint fast überflüssig, nochmals zu bemerken, daß geordnete Verkehrsverhältnisse Grundbedingung für jedes wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenwirken sind.

Dies gilt in starkem Ausmaß von der Binnenschifffahrt; der Seeverkehr ist teilweise kartelliert und schon mehr oder wenig geordnet. Die Ordnung der Frachtfahrt ist nur möglich bei internationalen Frachtverträgen.

3. *Industrialisierung.* Eine weitere Industrialisierung darf als berechtigt angesehen werden, erstens wegen der ständigen Bevölkerungszunahme, und zweitens durch die natürliche Weiterentwicklung der Bevölkerungsbedürfnisse. Bei planloser und unbeschränkter Industrialisierung droht die Gefahr einer gewissen Autarkisierung. Neuindustrialisierung soll also vorsichtig und verhältnismäßig langsam zustande kommen.

Als vierter Teil und Anhang besteht ein *Plan für Indonesien* (die holländischen Kolonien). Das Wichtigste an diesem nicht sehr bedeutsamen Anhang ist die generelle Richtung: nicht eine stärkere Bindung des malaiischen Reiches an Holland, sondern bewußtes Anstreben der nationalen und kulturellen Unabhängigkeit unter Beibehaltung und Sicherung des ökonomischen Verkehrs. Wirtschaftsankurbelung, Industrialisierung, finanziell ermöglicht durch eine zinsfreie Hundertmillionenleihe sind die hauptsächlichsten Mittel. Auch diese Anleihe bleibt recht dürftig für eine Sechzigmillionenbevölkerung. Im Vergleich aber mit den 25 Millionen der heutigen Regierung ist es schon recht viel.

Bei einer kursorischen Betrachtung des Planes möge unsere erste Feststellung sein, daß, soweit wir wissen, unter allen europäischen Plänen der holländische Plan der einzige ist, der mit Erfolg versucht hat „à la hauteur des principes“, auf der Höhe der modernen ökonomischen Wissenschaft zu sein. Nur er hat unseres Erachtens den neueren wirtschaftstheoretischen Lehren fortwährend Rechnung getragen.

Um so schärfer tritt der Gegensatz ins Auge zwischen diesen oft ausgezeichneten ökonomischen Betrachtungen und der politischen Begründung. Die politische Vergangenheit der holländischen Sozialdemokratie ist wohl der Grund, daß sie sich über die Machtfrage gar keine — oder wohl gar zu viele? — Sorgen macht. Sie hat überhaupt keine Regierungserfahrung; ihre Praxis war restlos reformistisch; die kurze revolutionäre Welle im ersten Nachkriegsjahr war sowohl praktisch wie geistig ein Mißerfolg. Für absehbare Zeit hat sie überdies rein quantitativ keine Chance, mehr als etwa 25% der Bevölkerung zu gewinnen. Die Verwirklichung ihres Planes ist nur denkbar als Koalitionsprogramm und — in Etappen. Nun sagen viele: weil die propagandistischen Möglichkeiten die parteipolitischen kaum in irgendeinem relevanten Maße überschreiten werden, soll unsere Hauptpropaganda auf die mehr oder weniger freischwebende Intelligenz gerichtet sein. Haben wir die, so folgen ihre politischen Nachläufer zum Teile nach. Auf diese Weise könnte eine konstruktive Planpolitik in einer Koalition durchgeführt werden, womit der Grund für — angeblich notwendige — weiterschreitende Unzufriedenheit und deshalb auch Massenfaschisierung beseitigt sein würde. Dieser Gedanke gründet sich auf die unleugbare Tatsache, daß innerhalb gut bürgerlicher und halbädlicher christlichkonservativer Kreise der Ordnungsgedanke und die Planidee sichtbar vorwärts drängen. Auf der Konstanz dieses, auf protestantischen Traditionen beruhenden Gesinnungswandels gründet nun die hiesige Sozialdemokratie ihren Koalitions glauben. Sie ist der Meinung, daß die — übrigens in der Praxis eben erst zu beweisende — innere Superiorität des Plangedankens allein schon die lebendigen Geister erobern wird. Sie vergißt, daß es keinen Sieg irgendwelcher Idee gibt ohne bewußt gewollte machtvoll aktualisierte menschliche Tat, ohne konkrete Entscheidung und ohne einschüchternde Massenwirkung auf die Reaktion. In sozialdemokratischen Kreisen herrscht fast allgemein eine grundsätzlich falsche Anschauung über die heutige, überall sehr beschränkte Demokratie. Man lebt durchaus in einer liberalen Gedankenwelt, die von gesellschaftlichen Kollektivbildungen und soziologischer Standortgebundenheit jeglichen politischen Denkens nichts weiß. Die jüngsten Ereignisse in Frankreich und Belgien sollten uns ein für allemal lehren: nur wenn eine drohende Massenbewegung vor den Toren steht, geben die Herren nach. Das gilt genau so von den Machtpositionen innerhalb einer Koalition als in einem Wahlkampf. Nur eine tägliche sich aktualisierende, das heißt die Massen ergreifende Macht schafft Demokratie und Recht. Wir lehren sonst diesen Aberglauben an die Herrschaft der Vernunft als eine Art schlechte Metaphysik ab und betonen vielmehr den ethischen Gedanken einer Vernunft der planenden sozialistischen Herrschaft.

Amsterdam, Juli 1936.

H. A. Wijkriet.

## Polen

### Nationale und soziale Probleme in Polnisch-Schlesien.

Durch den Abschluß des deutsch-polnischen Freundschaftspaktes schien es für kurze Zeit, als ob die Diskussion über Oberschlesien vom internationalen Forum verschwinden sollte. Die oberschlesischen Beschwerden der deutschen Minderheit an den Völkerbund stellten dieses industriereichste Gebiet Polens immer wieder ins Lampenlicht der Weltpolitik und erinnerten so an einen der wunden Punkte des Versailler Friedensvertrages. Das deutsch-polnische Abkommen vom Januar 1934 nun enthält gewisse Abmachungen, die bisher nur wenig diskutiert wurden: den Verzicht Deutschlands auf die Gestaltung der oberschlesischen Industrie im polnischen Gebiet und die erledigung von Minderheitsbeschwerden auf direktem Wege. Die

Vereinbarung blieb allerdings intern ohne jede Auswirkung, denn die Entdeutschung des Gebietes dauert an und die untergeordneten Organe sowohl im polnischen als auch im deutschen Bereich kümmern sich herzlich wenig um die Vereinbarungen der Regierungen in Warschau und Berlin. Wohl aber wiesen die Berliner Stellen ihre Organisationen in Polen mit Nachdruck an, daß in Hinblick der Völkerbund auf keinen Fall mit irgend welchen Beschwerden angegangen werden solle, da dies die deutsch-polnischen Beziehungen nur unnütz belasten würde, was man gerade im ersten Stadium der Freundschaft zwischen Warschau und Berlin verhindern wollte.

In den amtlichen polnischen Statistiken wird Schlesien als das am besten durchpolonisierte Gebiet bezeichnet, da es nur sieben Prozent nichtpolnischer Bevölkerung enthält, darunter nur sechs Prozent, die sich zum Deutschtum bekennen. Nach einem so durchschlagenden Erfolg der „Polonisierung“ sollte man annehmen, daß die Behörden durch freie Wahlen diesen Tatbestand unter Beweis stellen. Aber obgleich seit drei Jahren in den Gemeinden Neuwahlen fällig sind, vertagt man sie immer wieder, weil inzwischen eine Wandlung in der Bevölkerung eingetreten ist: sie erwartet irgendeine „Erlösung“ von dem herrschenden System. Naturgemäß ist innerhalb der deutschen Minderheit der Glaube genährt worden, daß insbesondere Ostoberschlesien durch Adolf Hitler, wie das Saargebiet, „befreit“ wird, also eine Rückgliederung an Deutschland erfolgt.

So ist also die beherrschende Fragestellung: wird Hitler Polnisch-Schlesien für sich erobern oder wird es dem polnischen Staat gelingen, die Stimmung der breiten Volksmassen für sich zu gewinnen?

Die Antwort muß für die zwei Gebiete, die zusammen Oberschlesien ausmachen, also für Teschen-Schlesien und für Ostoberschlesien, gesondert gegeben werden, entsprechend ihrer Verschiedenheit in nationaler und sozialer Bewußtseinsentwicklung, die wiederum von der seinerzeitigen Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn resp. zum Deutschen Reich beeinflußt wird.

In Teschen-Schlesien ist die polnische Idee durchaus gefestigt und die nationale Scheidung tritt deutlich zutage. Aber dieses Gebiet war auch schon während der Zugehörigkeit zu Österreich überwiegend polnisch, bis auf wenige Städte, die heute restlos polonisiert sind. Andererseits stand von jeher die deutsche und polnische Arbeiterschaft in einer Front gegen die Behörden und ihre Ausbeuter; deutsche und polnische Arbeiter sind in einer sozialistischen Klassenkampforganisation vereinigt und führen bis in die letzte Zeit gemeinsame und erfolgreiche Aktionen. Das nationale Bewußtsein ist beiderseits entschieden, aber der Haß, wie er in Oberschlesien zwischen „Deutsch“ und „Polnisch“ besteht, ist aus den Reihen der Arbeiterschaft längst verschwunden. Was noch an Nationalismus übrig blieb, lebt im Kleinbürgertum, während die deutschen Besitzenden längst ihren Frieden mit den heutigen Machthabern geschlossen haben und durch ihr Verhalten reichlich zur Polonisierung beitragen. Das geschah allerdings nicht zuletzt aus Haß gegen die geeinigte sozialistische Arbeiterschaft, die sich im dortigen Gebiet eine machtvolle Position erobert hat. Zwar gelang es während der ersten Jahre der Pilsudski-Ära einigermaßen, die sozialistische Bewegung zu zerreißen und ihr Niederlagen beizubringen. Aber in den letzten Monaten ist hier wieder eine Konsolidierung eingetreten; Streiks wurden mit Erfolgen abgeschlossen, so daß diese voraussichtlich alte Festung bei kommenden Neuwahlen wieder zurückerobert wird. Es bewährt sich hier die alte österreichische sozialistische Schnur. Wie tief auch der Eindruck der Niederlage der Wiener Arbeiter war, man zweifelte keinen Augenblick an ihrem Wiederaufstieg und man sieht die sozialistische Entwicklung ganz im Sinne des „Austro“-Marxismus — wenn von diesem heute noch die Rede sein kann.

Als der deutsche Nationalfaschismus nach Hitlers Machtantritt im Dritten Reich auch im teschen-schlesischen Gebiet Einzug hielt, so blieb er auf die Kleinbürger beschränkt und hat kaum Fuß in der Arbeiterschaft fassen können. Freilich werden die indifferenten Massen vom Anschluß an die sozialistische Bewegung zurückgehalten. Aber fest und zäh verfolgen die deutschen sozialistischen Arbeiter ihre national-kulturellen Ziele, führen einen harten Kampf um die deutsche Schule und

finden in den Reihen der polnischen Klassengenossen ein weitgehendes Verständnis. Man kann nicht sagen, daß hier die Not oder die Arbeitslosigkeit geringer wäre als im oberschlesischen Gebiet; die gesetzlich garantierten Sozialbedingungen in Ostoberschlesien sind sogar weit vorteilhafter. Aber hier hat die erfolgreiche Schulung der sozialistischen Bewegung es verhindert, daß die Arbeiterklasse den Nazis verfiel, wie dies im hochindustriellen Ostoberschlesien fast ohne Widerstand geschah.

Es ist vor allem festzustellen, daß Ostoberschlesien ausschließlich — auch in der nationalen Entwicklung — ein soziales Problem geblieben ist, so wie es dies schon während der Abstimmungszeit in den Jahren 1920—1922 war. Wenn damals breite Arbeitermassen für Polen stimmten, so nicht zuletzt, weil deutscherseits die nationale und polnischerseits mehr die soziale Frage in den Vordergrund geschoben wurde. Als letzten Endes mit französischer Hilfe die Entscheidung durch Aufstände herbeigeführt wurde, gab die Arbeiterschaft den Ausschlag. Wie immer man im Verlauf der Jahre die Statistik zugunsten der einen oder anderen Seite in nationaler Hinsicht anwendete, die nationale Gesinnung der Bevölkerung ist mehr als zweifelhaft und heute gibt es Stimmen selbst im polnischen Lager, die mit einem Erfolg Hitlers rechnen, wenn es zu einer Abstimmung käme.

Die sozialistische Bewegung in Ostoberschlesien war von jeher schwach und durch die nationalen Gegensätze gespalten. Nach der Teilung dieses Gebiets gelang es der polnischen sozialistischen Bewegung nicht, bald in einen festen Kontakt mit der deutsch-sozialistischen Bewegung zu kommen. Beide Parteien konnten nach den heftigen Abstimmungskämpfen nicht so rasch die internationale Plattform finden; die Verbundenheit mit ihrem nationalen Bürgertum war stärker als das Bewußtsein als Klasse und die sozialistischen Ideale. Als die Verständigung zwischen deutschen und polnischen Arbeitern bei den Kommunalwahlen 1929 und später bei den Sejmwahlen 1930 kam, befand man sich schon in der ersten Krisenperiode, die auf die nationale Gestaltung nicht ohne Wirkung blieb. Der deutsche Arbeiter konnte noch immer Beschäftigung jenseits der polnischen Grenze in der deutschen Industrie finden und das polnische Lager war bemüht, möglichst viele Deutsche aus den Betrieben zu entfernen, um den polnischen Arbeitern die Brotstelle zu sichern. Das nationale und das Klassegefühl innerhalb der Arbeiterschaft war sehr schwankend; zahlreiche deutsche Arbeiter waren zugleich Mitglieder deutscher und polnischer Organisationen, einerseits, um die Brotstelle nicht zu verlieren, andererseits, um den Anschluß im deutschen Lager nicht zu verpassen. Dazu kommt, daß es innerhalb der oberschlesischen Familien gar nicht so selten ist, daß ein Mitglied fanatisch deutsch, ein anderes wieder radikal polnisch ist, während die Eltern um des lieben Familienfriedens willen einfach nur Oberschlesier sein wollen. Familiäre und verwandtschaftliche Beziehungen jenseits der Grenzen lassen eben das nationale Bewußtsein sich nicht festigen und je nach der politischen und wirtschaftlichen Situation in beiden Gebieten ist man bald polnisch, bald deutsch. Freilich, gebildet durch den Aufschwung der polnischen Organisationen, die zuweilen durch Zwang ihre Mitgliedschaft erwarben, ist es nur zu natürlich, daß man sich an behördlichen Stellen von den „Polonisierungserfolgen“ täuschen läßt, zumal auch bei den Betriebsratswahlen die deutschen Gewerkschaftslisten fast ganz ausblieben, weil die deutschen Arbeiter durch die Aufstellung eigener Listen sich nicht der Gefahr der Entlassung aussetzen wollten.

In einem solchen Chaos nationaler Bestrebungen und Unterdrückungen konnte sich naturgemäß das sozialistische Bewußtsein kaum entwickeln und den sozialistischen Parteien ist nur ein bescheidener Erfolg beschieden gewesen. Die nationalen Organisationen beider Lager unterstützten mit reichlichen Geldmitteln ihre „Bestrebungen“ und in der Zeit so gewaltiger Not, wie sie hier die Wirtschaftskrise brachte, konnten sie weit ins Lager der sozialistischen Parteien vorstoßen. Dazu kam die Niederlage der reichsdeutschen Arbeiterschaft mit ihren Rückwirkungen auf die polnische sozialistische Bewegung, dann die Niederlage der Wiener Arbeiter und schließlich die Riesenpropaganda Hitlers durch das Radio und seine Organisationen auf polnischem Gebiet. So sahen große Teile der Arbeiterschaft, auch der sozialistischen, dort ihre Befreiung, was durch den Erfolg Hitlers an der Saar noch verstärkt wurde. Die stärkste Ursache war die Krise und Arbeitslosigkeit, die sich

in Ostoberschlesien von Tag zu Tag noch verstärken, während auf deutscher Seite von der Hitlerpropaganda ein Erfolg nach dem anderen ausposaunt wurde, denn die polnischen Bestrebungen nichts Gleichwertiges entgegenzustellen hatten.

Die deutschen Organisationen dieses Gebietes waren mehr oder weniger auf die Subventionen reichsdeutscher Quellen oder ihrer Stammorganisationen im Reich angewiesen; so ist es nicht weiter überraschend, daß bis auf die deutsche sozialistische Bewegung und die deutschen Katholiken sich die Gleichschaltung, selbst der sogenannten freien Gewerkschaften, so reibungslos vollzog. Das wurde im ersten Stadium sogar polnischerseits begrüßt, weil man es nun mit den „Hitlers“ allein zu tun haben werde. Faktisch sind die deutschen Sozialisten und der Rest der deutschen Katholiken gegenüber der gleichgeschalteten nationalsozialistischen Bewegung ohne Bedeutung, da sie sowohl ihrer Presse, als auch jeglicher finanzieller Basis beraubt wurden. Was sie noch an Mitgliedern haben, rekrutiert sich ausschließlich aus Arbeitslosen, so daß sie einen Abwehrkampf gegen den Hitlerismus zu führen gar nicht in der Lage sind. Die polnisch-sozialistische Bewegung hat mit ihrem Nationalismus selbst genug zu tun, dazu mit dem Antisemitismus, so daß auch sie dem Eindringen des Nationalsozialismus keine Schranken setzen kann, ganz davon zu schweigen, daß sie durch soziale Kämpfe einen Vorstoß in die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie verhitelt ist, unternehmen könnte.

Die „Perle Polens“, wie Oberschlesien in Warschau bezeichnet wird, da es finanziell reichlich die Kassen der Warschauer Herren stärkt, befindet sich wirtschaftlich im Verfall, selbst, wenn man mit noch so gigantischen Ziffern bezüglich des Aus- und Aulbaus aufwarten kann. Straßenbauten, Flußregulierungen, Arbeiterkolonien, Wohnhausbauten, umfangreiche Kommunalinvestitionen können die Tatsache nicht hinwegleugnen, daß offiziell 103.000 Arbeitslose registriert werden, von denen kaum die Hälfte eine Monatsunterstützung von 2 Zloty bis 24 Zloty (bei 7 Köpfen) aus sogenannten Hilfsfonds bezieht. Gegen 50.000 Arbeitslose sind überhaupt nicht registriert, wozu noch die schulentlassene Jugend kommt, die auf 25.000 beziffert werden kann und die oft bis zum Eintritt in den Militärdienst keinerlei Beschäftigung findet. Im deutschen Lager wird die Zahl der Arbeitslosen, die sich zur deutschen Minderheit bekennen, auf etwa 60.000 geschätzt. Die meisten davon sind wieder entlassen worden, weil sie sich weigerten, ihre Kinder aus der deutschen in die polnische Schule umzumelden. Zu alledem kommt, daß im Bergbau von etwa 68.000 Personen — bei der Übernahme dieses Gebiets durch Polen hatten die hiesigen Gruben 125.000 Belegschaft — 15.000 Bergarbeiter ständig im Turnusurlaub sind und die übrigen wiederum kann mehr als durchschnittlich 15 von 23 Schichten im Monat verfahren. Nicht anders sieht es in den Eisenhütten aus; diese haben allerdings in den letzten Monaten durch die Aufrüstungsbestrebungen in der ganzen Welt eine Belebung erfahren, wobei die Zahl der neu aufgenommenen Arbeiter heute noch keine Schätzung zuläßt. Eine solche Notlage findet naturgemäß ihre Auswirkung in nationaler Richtung, weil die weitaus größte Zahl der Arbeitslosen glaubt, nur der nationalen Überzeugung oder der politischen Einstellung wegen brotlos zu sein. Und da der „Aufbruch des Dritten Reichs“ nicht kontrolliert werden kann, fand der Nationalsozialismus willige Gefolgschaft, die sogar weit in das polnische Lager hinübergreift.

Dies hat kürzlich ein Prozeß gegen die geheime Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterbewegung bewiesen, wo einer der Angeklagten dem Gerichtsvorsitzenden zur Antwort gab: „Man versprach mir Arbeit und da war es mir gleich, ob ich auf Hitler oder jemand anderen geschworen habe.“ Abgesehen davon, daß der ganze Prozeß von beiden Seiten sehr schlechte Spitzelarbeit war, bewies er zugleich, daß Deutschland gar nicht daran denke, Ostoberschlesien für immer aufzugeben. Diese geheime Naziorganisation wurde von reichsdeutschen Stellen unterstützt und geleitet. Ihr Wahlspruch war jene Rede des deutschen Wirtschaftsdiktators Schacht, der in Beuthen im Februar 1935 erklärte, daß man nicht ungestraft Wirtschaftsgebiete teile und daß ein Teil zum anderen immer wieder zurückstrebe. Auf diese provokatorische Rede hat wohl die polnische Presse, nicht aber der polnische Außenminister reagiert. Wenn nun innerhalb der oberschlesischen Bevölkerung der Glaube laut wurde, daß

Ostoberschlesien wieder ans Reich zurückgegliedert wird, so haben es die Warschauer Machthaber in erster Linie der Freundschaft mit Berlin selbst zuzuschreiben.

Diese Flüsterpropaganda aber hindert jede aktive Gegenwirkung, da die meisten Menschen mit der Grenzveränderung rechnen und sich nicht für irgend eine bestimmte Richtung engagieren wollen, solange die Entscheidung nicht gefallen ist. Dabei hat das polnische Lager noch dadurch Glück, daß innerhalb der Hierorganisationen selbst ein heftiger Kampf um den hundertprozentigen Nationalsozialismus tobt und immer neue nationalsozialistische Organisationen entstehen läßt. Zwar glaubt man polnischerseits, dem Hitlerismus mit Polizeimitteln und Verboten des Hakenkreuzes und der reichsdeutschen Methoden beizukommen, vermag aber weder Arbeitsstellen zuzuwiesen, noch die soziale Not zu lindern. Wohl hat Polnisch-Schlesien durch seine Autonomie noch weit größere Möglichkeiten, dieser Not zu steuern, als es die Warschauer Zentralregierung vermag; aber auch hier wirkte sich die Krise auf die Einnahmen der Wojewodschaft (von 150 Millionen Zloty im Jahre 1930 auf 78 Millionen im Jahre 1936) aus — auch hier spiegelt sich darin die Größe der Not und des Elends. Vor allem aber: die Lösung aller dieser wirtschaftlichen und sozialen Probleme wird von der Entwicklung im übrigen Polen bestimmt.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die sozialistische Bewegung Polens in den letzten Monaten eine große Belchung erfahren hat. Zahlreiche Streiks wurden mit einem Erfolg beendet, wenn er auch mit großen Blutopfern in Krakau und Lemberg, in Czenstochau und Posen und anderwärts erkaufte worden ist. Von der Industrie greift die Bewegung auf die Bauernschaft über, die eine lebhaft Aktivität entwickelt und sich nicht auf einige Forderungen beschränkt, sondern einen Vorstoß gegen das ganze Sanierungssystem unternimmt. Hier haben die Arbeiterparteien vorgearbeitet, indem sie auf einer gemeinsamen Konferenz in Warschau am 3. Mai 1936 eine Plattform schufen, die eine grundlegende Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Polens zum Ziele hat. Es werden Neuwahlen nach einer neuen Wahlreform zum Sejm und Senat gefordert, die resloose Beseitigung des heutigen Regierungssystems, sowie Planwirtschaft auf Grund der Erfahrungen in der Sowjetunion. Darüber hinaus ist die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Kommunisten offen, wenn sie sich auf die Politik Polens beschränken und Direktiven aus Moskau ablehnen. An dieser Konferenz waren Polen, Deutsche, Ukrainer und Juden beteiligt, die Aussprache vollzog sich ohne Differenzen. Allerdings unterschrieben die Ukrainer später die Plattform nicht, weil sie in der Frage der Diktatur des Proletariats und der Ziele der „Arbeiter- und Bauernregierung“ Einwände erheben, die erst die Parteitage der beiden ukrainischen Sozialistischen Parteien bereinigen sollen. Bis auf die Kommunisten ist aber eine Einheitsfront im polnischen Proletariat auf dem Marsch. Wenn zu dieser, was sehr möglich ist, die Bauern stoßen werden, ist eine Volksfront der Arbeiter und Bauern ermöglichlicht. Wenn auch der Weg zur Volksfront noch sehr schwierig sein wird, so kann doch sie allein die Ablösung des heutigen Systems vornehmen, so stark dieses mit der militärischen Deckung auch erscheinen mag. Sein Verfall zeigt sich in zahlreichen Korruptionsaffären täglich immer deutlicher und es ist kein Geheimnis, das gerade im Interesse der polnischen Außenpolitik die militärischen Träger des heutigen Regierungssystems Anschluß an die Bauern und Arbeiter suchen müssen. Es soll in diesem Zusammenhang die polnische Außenpolitik nicht untersucht werden, doch sei davor gewarnt, zu glauben, daß Polen reslos von Berlin eingefangen ist. Es will durch die deutsche Freundschaft seinen Großmachtsgedanken festigen, aber sicherlich keinen Angriff auf Sowjetrußland mitmachen und hält auch als Deckung an der französischen Freundschaft fest. Freilich fordert die polnische Opposition von den heutigen Machthabern eine klare Entscheidung und die ist nur in der Front gegen Deutschland zu suchen. Gerade der Danziger Konflikt wird beweisen, daß Polen keinesfalls geneigt ist, Berlin in irgend einer Form Zugeständnisse bezüglich geplannter Revisionen, zu machen. Wir wollen hierbei nicht leugnen, daß bisher die Tatsachen selbst fast dagegen sprechen; aber letzten Endes wird sich die polnische Außenpolitik nicht von den Berliner Freunden ins Schlepptau nehmen lassen.

Vor einigen Wochen erst haben die Bauern in einer Riesenkundgebung, die auf

etwa 150.000 Teilnehmer beziffert wird, in Nowosielec dem Obersten Armeeführer Rydz-Śmigły eine Resolution übergeben, in welcher die Rückkehr der emigrierten Bauernführer, mit Witos an der Spitze, sowie Verfassungsreform, Neuwahlen und die Beseitigung des heutigen Regierungssystems gefordert wird, da das Polen der Bauern nicht ohne die Bauern regiert werden kann und der Bauer die Massen innerhalb der polnischen Armee stellt. Ist auch durch den Premierminister Ślawoj-Skiłackowski erst vor kurzem eine Absage an die Nationaldemokraten, an die Polnische Sozialistische Partei und an die Bauern erfolgt, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen eine rasche Kurswendung erfordert. Und Staatspräsident und Armeeführer, die beiden politischen Träger des Piłsudski-Staates, sind bestrebt, den Weg des Ausgleichs zwischen Opposition und Regierungslager zu finden. Das mag noch geraume Zeit auf sich warten lassen, wobei die Tuchfühlung mit den Bauern schon in absehbarer Zeit folgen muß. Und dies zwangsläufig, weil die Risse und Kämpfe im Regierungslager selbst der breiten Öffentlichkeit nicht mehr verheimlicht werden können, die große Garnitur der Piłsudskitreuen unter Oberst Ślawek mit dem Wirtschaftsdiaktor Matuszewski abgewirtschaftet hat, bzw. beide von der regierenden Elite beiseitegeschoben wurden, um eben bei der Opposition mehr Geneigtheit zum Kontakt zu erlangen.

Von der Gestaltung der Ereignisse im übrigen Polen hängt nun wieder die Entwicklung über die sozialen und politischen Verhältnisse in Polnisch-Schlesien ab. Wird in Polen der demokratische Kurs siegen, so kann dies auch hier nicht ohne Auswirkung auf die Einstellung der breiten Massen sein. Aus der proletarischen Situation heraus kann Gewinner nur die sozialistische Bewegung werden, um so mehr, als die steigende Not und politische Unterdrückung im Dritten Reich schließlich doch auf manchen Anhänger in Ostoberschlesien einwirken muß. Bisher hat das polnische Lager die deutsche Minderheit von jedem Einfluß auf die Gesamtgestaltung ausgeschlossen, mit ihrer Ausrottung gerechnet und in der Schaffung der Hitlerorganisationen sogar das Mittel gesehen, der Polizei die Liquidierung des Deutschtums zu überlassen. Eine demokratische Entwicklung in Polen aber kann auch der deutschen Minderheit in Oberschlesien eine Änderung ihrer Lage bringen, dadurch die irredentistischen Bestrebungen liquidieren und die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen schaffen. Gewiß kann man diese Betrachtungen als fromme Wünsche bezeichnen, wenn man sich von den augenblicklichen Verhältnissen leiten läßt. Aber wer vorurteilslos die Dinge überprüft und manche Niederlage als selbstverständlich in die Verwirklichungsmöglichkeit einsetzt, der wird kaum daran zweifeln, daß durch soziale Maßnahmen auch ein neues nationales Bewußtsein geschaffen und zwischen Deutschen und Polen eine Verständigung herbeigeführt werden kann, die die breiten Massen der Arbeiterschaft auch ihr Klassenbewußtsein erkämpfen läßt.

Katowitz, Anfang Juli 1936.

Johann Kowoll.

## Tschechoslovakien

### Der Wirtschaftsplan der tschechoslovakischen Sozialdemokratie.<sup>\*)</sup>

Die tschechoslovakische Sozialdemokratie ist am 29. Mai mit einem Memorandum hervorgetreten, welches zur ökonomischen Situation der Republik Stellung nimmt. In diesem Memorandum nimmt die Partei zum erstenmal den Standpunkt des sozialdemokratischen Abgeordneten Macek ein, welcher schon einige Jahre eine durchaus gegensätzliche Geldpolitik betreiben will, als sie beide bisherigen Gouverneure der Nationalbank, Dr. Pospíšil und Dr. Engliš, und auch der ehemalige Finanzminister Dr. Trajstl betrieben haben. Dr. Macek sucht Anlehnung an den Sterlingblock

<sup>\*)</sup> Die aktuellen politischen Probleme dieses Landes werden im Artikel von J. Fischer (S. 1 ds. Nr.) behandelt. Das Folgende ist keine Kritik, sondern eine Darstellung des Wirtschaftsplanes. Vgl. dazu auch „Die tschechoslovakische sozialistische Literatur“.

Ann. d. Red.

und will sich vom Beispiel der nordeuropäischen Staaten, besonders Schweden, leiten lassen. Die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei ist nunmehr auf 565.000 gesunken, aber auch so ist sie, nun von der staatsfinanziellen Seite betrachtet, immer noch viel größer, als für den Staat auf die Dauer tragbar ist, und es gilt, für diese Hunderttausende Brot und Erwerb zu finden.

In dem Memorandum wird ausgeführt, daß sich die Partei seit Jahren bemühte, das Los der Arbeitslosen zu mildern durch positive Bemühungen zur Belebung des Arbeitsmarktes, die instande wären, die innere Konsumfähigkeit anzuregen und den Außenhandel zu beleben. Es wird unterstrichen, daß sich die Partei allem widersetze, was dazu führen würde, die Krise mittels undemokratischer Mittel zu lösen. Dies geschah in der Annahme, daß die Voraussetzungen zur internationalen Verständigung in nationalökonomischer Hinsicht und in Währungsfragen doch rascher reifen würden. Dies war aber nicht der Fall. Es ist deshalb notwendig, die Bemühungen zur Bekämpfung der Krise im eigenen Rahmen der tschechoslowakischen Wirtschaft zu verdoppeln.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat immer alle Bestrebungen abgewehrt, welche schädliche inflationistische Folgen haben und eine weitere Herabsetzung des Lebensstandards der Bevölkerung zur Folge haben könnten. Aber es sei undenkbar, daß man die jetzigen Zustände weiter andauern lassen könnte, unter denen übermäßige Not herrscht. Die Partei ist überzeugt, daß es notwendig und möglich sei, genug Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Da die private Organisation versagt, müssen der Staat, die Gemeinden und die übrigen öffentlichen Körperschaften die Initiative übernehmen.

Dazu sei es notwendig, die öffentliche Verwaltung umzubauen und genug Geld und Kredit für Investitionsarbeiten zu beschaffen. Der Geldmarkt muß mit billigem Geld gespeist werden, damit der Kredit verbilligt werde. Das ist eine organisatorische Aufgabe, denn das Geld ist nicht eine Wertsache, die an und für sich wertvoll wäre, sondern nur ein Mittel, welches den Umtausch dessen, was der Eine schafft, für das, was Andere schaffen, ermöglicht. Es ist nicht notwendig, daß eine Nation des Geldes wegen Not leide; Geld kann im Umlauf ohne inflationistische Folgen vermehrt werden. Der Stand des Umlaufgeldes in der Tschechoslowakei ist unverhältnismäßig niedrig und eine Folge deflationistischer Geldpolitik. Die Partei verlangt deshalb eine Reform der Nationalbank, die ermächtigt werden soll, Operationen auf offenem Markt vorzunehmen, um auf diese Weise dem Staat und den Gemeinden das für die Investitionstätigkeit erforderliche Geld herbeizuschaffen.

Spätestens binnen drei Monaten soll ein breitangelegter Plan von Investitionsarbeiten vorbereitet werden, welche die außerordentlichen militärischen Aufgaben mit-inbegriffen würden. Zur Beschaffung von Geldmitteln soll ein spezieller Kreditfonds angelegt werden, für welchen die Mittel mittels Kreditoperationen und Ausgabe von Arbeitswechseln beschafft werden könnten, die bei der Nationalbank zu eskomptieren wären.

Es wird notwendig sein, sich damit abzufinden, daß die Budgets des Staates und der öffentlichen Korporationen unter diesen Umständen trotz größter Sparsamkeit und größtem Scharfblick nicht jedes Jahr ausgeglichen sein werden. (Das Staatsbudget ist in der Tschechoslowakei so wie so nie ausgeglichen; es wird zwar ausgeglichen vorgelegt, aber nie eingehalten. Ann. d. Ver.) Da es momentan keine Reserven gibt, muß man zum Kredit auf Konto zukünftiger wirtschaftlicher Belohnung greifen. Öffentliche Investitionen müssen die fehlende privatwirtschaftliche Unternehmertätigkeit ersetzen.

Im Außenhandel soll man trachten, das Bewilligungsverfahren und die Devisengebundenheit nach und nach abzustellen. Das Verhältnis der Krone zum Golde wäre aufzulösen, weil sich ein fixes Verhältnis der Geldeinheit gegenüber dem Golde als unglücklich erwies. Deshalb haben die meisten Staaten dieses Verhältnis bereits revidiert. Auch die tschechoslowakische Währung soll eine freie Währung werden, die mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten dirigiert wäre. Damit eine richtige Konkurrenzbasis für den Exporthandel geschaffen werde, wird die Angliederung der tschechoslowakischen Währung an den Kurs der englischen Wäh-

rung verlangt. Den Umrechnungskurs des Goldes könnte später, je nach den Ergebnissen, eine internationale Währungskonferenz bestimmen.

Die Partei verlangt auch die Errichtung eines Amtes für den Außenhandel, in welchem die gesamte, die Ausfuhr und Einfuhr betreffende Tätigkeit vereinigt werden könnte und welchem auch das bereits bestehende Exportinstitut anzugliedern wäre.

Es ist bemerkenswert, daß dieses Memorandum der tschechoslovakischen Sozialdemokratie von der tschechischen nationalsozialistischen Partei mit keiner besonderen Begeisterung aufgenommen wurde, da diese in der Geldpolitik sehr stark von der ehemaligen Nationaldemokratie, heutzutage Nationalen Vereinigung (einer ausgesprochen großkapitalistischen Gruppe), und von den Banken (besonders von der Zivno) beeinflusst wird. Dagegen fand dieses Memorandum eine viel bessere Aufnahme in der offiziellen Tagespresse der Agrarierpartei, bei der eine Richtung allerdings seit Jahren reinen Inflationstendenzen unterliegt. Die „Lidové Noviny“, Organ des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Stránský, entschlossen sich, eine wahre Kampagne dagegen zu eröffnen, in welcher man sogar zu ungewohnten Mitteln griff: es kam so weit, daß in dieser Zeitung, die doch sonst alles eher als marxistisch ist, einige Artikel eines Sozialdemokraten veröffentlicht wurden, in welchen an Hand — leider falscher — Zitate aus Marxens Kapital nachgewiesen werden sollte, daß die neue Geldpolitik der tschechoslovakischen Sozialdemokratie, durch Abgeordneten Dr. Macek beeinflusst, unmarxistisch sei, und daß Dr. Engliš (der Verfechter der deflationistischen Währungspolitik), als langjähriger Antagonist Dr. Maceks bekannt, ein „Marxist“ wäre. Eine Zumutung, die wohl Dr. Engliš selbst wenig gefallen dürfte.

Dieses Wirtschaftsprogramm der tschechoslovakischen Sozialdemokratie ist vom Standpunkte der Arbeiterbewegung deshalb besonders interessant, weil es eine Wendung in der Parteiprogrammatik zu einer von bestimmten planwirtschaftlichen und währungspolitischen Vorstellungen ausgehenden Initiative bedeutet. Es wird nicht die unwichtigste Wirkung sein, wenn in diesem Zusammenhang auch die Auseinandersetzung über die modernen Wirtschaftstheorien und den Standpunkt der lebendigen marxistischen Methode innerhalb des Sozialismus unseres Landes einen Anstoß erhält.

Prag, Juli 1936.

Míla Grimmichová.

## Schweiz

Die Lage in der Schweiz wird nach wie vor\*) gekennzeichnet durch die anhaltende, sich sogar verschärfende Wirtschaftskrise und die vergeblichen Versuche, sich mit den alten Methoden der Neutralität durch die wachsenden außenpolitischen Schwierigkeiten durchzuwunden. Die Haltung dieses kleinen Landes ist dabei so durchaus charakteristisch für eine gewisse bürgerliche europäische Politik, daß es sich lohnt, sie zu analysieren.

Die Schweiz ist von der gegenwärtigen Rüstungskonjunktur nicht erfaßt. Während der Weltindex der Arbeitslosigkeit im Mai einen Rückgang gegen das Vorjahr von 15% aufwies, ist sie in der Schweiz in diesem Zeitraum um 20% gestiegen. Dieser Anstieg geht fast ausschließlich zu Lasten des Baugewerbes und verwandter Industrien. Das ist einerseits Folge der starken Einkommenschrumpfung, sodann aber auch der starken Unsicherheit auf dem Kapitalmarkt. Eine der Sachlage entsprechende reale Bilanzierung, welche die verlorenen Summen abschriebe, würde für eine Reihe von Banken Liquidierung unvermeidlich machen; das vermeidet man und schleppt sich mit illusorischen Posten. Die dadurch hervorgerufene Unsicherheit besteht aber auch auf anderen Gebieten. Werte, die durch die Krise zu Wasser geworden sind, werden nur teilweise abgeschrieben. Der hohe Zinsendienst belastet die Produktion über ihre Tragfähigkeit hinaus. Das Musterbeispiel dieser Art ist die Bundesbahn, deren Überbelastung, schon seit der Verstaatlichung, welche mit sehr überwerteten Entschädigungen praktiziert wurde, in den Jahren der Prosperität nicht evident wurde, heute aber

\*) Vgl. Nr. 1 der „S. T.“, Länderbericht Schweiz, S. 92 f.

zu einem permanenten Defizit führt. Konvertierungen und Zinsherabsetzung sind vom Bundesrat als „gegen Treu und Glauben verstößend“ abgelehnt worden. Aus den Regierungsparteien ertönt dafür immer lauter der Ruf nach Reprivatisierung, die man unter Berufung auf die hohe Verschuldung natürlich für ein Ei und Butterbrot erstrebt.

Auf dem Baumarkt, wo seit dem Kriege eine sehr starke, aber auch sehr über-  
teuerte Produktion herrschte, hat der Einkommenschwund zu einer völlig katastrophalen Lage geführt. Die Schweiz ist zweifellos das europäische Land (vielleicht mit Ausnahme von Schweden), das, abgesehen von einigen Gebirgsgebieten wie Wallis, Tessin, Berner Oberland, die besten, aber auch die teuersten Wohnverhältnisse hat. Bisher war es durchaus keine Seltenheit, daß sich ein junges Arbeiterhepär eine moderne Dreizimmerwohnung für 100 Fr. monatlich mietete. Für den Beamten und mittleren Angestellten schwankten beispielsweise in Zürich die Wohnungspreise um 200 Fr. monatlich für eine Normalfamilie von 2—4 Köpfen. Diese Verhältnisse sind nicht mehr zu halten unter der starken Welle des Einkommenabbaus. Die Folge ist ein wahrer Sturz gerade der modernen teuren Wohnungen, ein totales Absterben der privaten Bautätigkeit, das zusammenfällt mit dem Abstoppen der sehr starken kommunalen Bauproduktion, und damit eine Krise, welche besonders in den größeren Städten sich katastrophal auswirkt. Zürich, das kommunal und privat als Bauzentrum führte und gerade an Bauarbeitern in den letzten 15 Jahren einen gewaltigen Zugang hatte, leidet darunter besonders schwer und die Masse der fast hoffnungslos arbeitslosen in dieser größten Schweizer Stadt sind nicht nur eine auf die Dauer untragbare wirtschaftliche Belastung, sondern auch ein Herd steter politischer Unruhe (die frontistische Bewegung ebenso wie vielfältige und zumeist ziellose Kämpfe in den sozialistischen Parteien sind für Zürich charakteristisch). Sehr bezeichnend für die Stellung der Regierung diesen Problemen gegenüber ist, daß von dieser Seite als Ursache der Baumarktkatastrophe die überhöhten Löhne und als einzige Sanierungsmaßnahme Lohnabbau bezeichnet wurde, und dies trotzdem, die Vertrustung des Baumaterialienmarktes und daraus resultierende Verteuerung der Baustoffe eine allbekannte Tatsache ist.

Die Lage erleidet eine Versteifung dadurch, daß der Hypothekemarkt unter dieser Situation gänzlich brach liegt, Hypotheken auch gegen erste Sicherheiten kaum zu erlangen sind und vergebens häufig gekündigt werden, sogar von den gut fundierten kantonalen Hypothekenbanken.

Ist die Lage des Innenmarktes durch die Katastrophe des Baugewerbes und analoge, wenn auch nicht so ausgesprochene Schrumpfung auf andern Gebieten gekennzeichnet, so gibt der Export kaum ein besseres Bild. Einige Industrien wie die Uhrenindustrie weisen eine Besserung auf, die verursacht ist durch die bessere Wirtschaftslage in USA. und England, welche diese Länder wieder für Qualitätswaren aufnahmefähig macht. Dagegen führen die Schwierigkeiten mit Deutschland, einem Hauptkunden der Schweiz, anscheinend direkt in einen Wirtschaftskrieg hinein, der verheerend wirken muß, besonders weil er das ohnehin schwer niederliegende Hotelgewerbe mit trifft.

Dieser Lage gegenüber zeigen die Regierung wie die führenden Parteien eine geradezu stupende Taten- und Planlosigkeit. Man scheint sich verschworen zu haben, nichts zu tun, vielmehr die Dinge sich soweit und solange verschlimmern zu lassen, bis die schärfsten Abbaumaßnahmen widerstandslos getragen werden. Der Abbau ist schon erheblich weit fortgeschritten. Da er in der Schweiz so wenig wie anderwärts die Rentabilität wieder herstellt, wird seit langem und immer wieder mit dem Gedanken der Abwertung gespielt. Allerdings stößt er bei dem Sparervolk der Schweizer immer noch auf heftigsten Widerstand, und so wird bisher immer wieder der ausgesandte Versuchsballon eingezogen. Letztlich wurde er von Gewerkschaftsseite hochgelassen. Wahrscheinlich sprach hier uneingestanden der Gedanke mit, daß die Arbeiterschaft den schwarzen Lohnabbau einer Devaluation leichter tragen werde als den offenen. Aber die Lage bleibt unhaltbar und wird früher oder später Abwertungsmaßnahmen unvermeidlich machen, wenn das Steuer nicht radikal herumgeworfen wird.

Dazu aber besteht keine Aussicht. Die Mehrheitsparteien, Liberale und Katholiken, und der aus ihnen gebildete Bundesrat sind zu keiner noch so geringen Konzession an sozialistische oder gewerkschaftliche Forderungen bereit. Ihre Einstellung wird schlagartig beleuchtet durch das vom eidgenössischen Staatsanwalt ausgesprochene Verbot eines Vortrags von Jouhaux in Genf. Ein Bericht über die ungesetzlichen französischen Streiks, hieß es in der Begründung, würde die Sicherheit der Schweiz gefährden.

Das kennzeichnet gleichfalls die außenpolitische Lage. Es ist auffällig, wie auch die linksdemokratischen Zeitungen mit höchstem Unbehagen die französischen und spanischen Vorgänge verfolgen und aus dieser ersten Hoffnung für Europas Zukunft das schwärzeste Unheil befürchten. Der Bolschewistenschreck wirkt hier noch immer, wie ja auch die standhafte Weigerung des Bundesrats beweist, die diplomatischen Verbindungen mit Rußland wieder anzuknüpfen. „Volksfront“ wäre aber auch für den linken Flügel des Bürgertums unvorstellbar. Ja, der Kommunistenschreck geht bis in die Reihen der Sozialdemokratie. Er wird freilich gefördert durch die Kommunisten selber. Auch im Zeitalter des Radios setzen sich Neuigkeiten hier sehr langsam durch. Und es ist den schweizerischen Kommunisten bis heute noch verborgen geblieben, daß die sowjetrussische Außen- (und Innen-) Politik eine Schwenkung vollzogen hat.

Im ganzen gesehen, ist aber die Haltung des Schweizer Bürgers, auch wenn er Linksradikaler zu sein glaubt, den Sozialisten aller Färbungen gegenüber nicht verschieden von der des reichsdeutschen wilhelminischen Bürgers. Es wird weitgehender Erschütterungen von außen bedürfen, sie zu ändern, und wahrscheinlich wird die erste Reaktion solchen Erschütterungen gegenüber die Flucht in einen spezifisch schweizerisch abgewandelten Faschismus sein.

Dessen Züge zeichnen sich schon heute deutlich ab. Es ist die typische Haltung des seine Unterlegenheit fürchtenden Kleinen, der Fremdenhaß, der die Stelle des deutschen Antisemitismus vertritt, und schweizerischer Lokalpatriotismus, der dem übrigen Europa am liebsten sagen würde: „Du kannst mir...“

In der Tat treibt diese Einstellung die sonderbarsten Blüten: so den Glauben, daß eine bewaffnete Neutralität innerhalb eines sich bekriegenden Europas der Schweiz den Frieden sichern werde. Märchenhafte Vorstellungen von einem modernen Seppach und Morgarten werden dabei gepflegt. Und mit besonderem Nachdruck wird betont, daß diese Neutralität allseitig sei und sich gegen jeden präsumptiven Angreifer kehre. Gleichzeitig aber zeigen nicht nur die wenigen Berufsoffiziere, bei denen die deutschen Karrierechancen natürlich faszinierend wirken, sondern das Offizierskorps überhaupt einigermaßen befremdliche Vorliebe für den wahrscheinlichen Angreifer der Zukunft, für das Dritte Reich.

Irgend eine Vorstellung davon, daß nur eine klare europäische Front gegen das Dritte Reich und seine Satelliten Europa und damit die Existenz der Schweiz retten kann, irgend ein Bewußtsein von der Aufgabe und Verantwortung der Schweiz innerhalb einer solchen Front besteht erst im Keim und erst in den kleinsten Kreisen.

Kurzum, die außenpolitische Rat- und Ziellosigkeit wetteifert mit der innenpolitischen und die außenpolitische Aktivität beschränkt sich, abgesehen von den Demonstrationen gegen Sowjetrußland (und Volksfrontländer) und den heftigen Bemühungen, mit dem widerborstigen deutschen Kunden auf einen besseren Fuß zu kommen, in fremdenpolizeilichen Maßnahmen, mit denen auch der unglückliche Negus als unerwünschter Ausländer bereits bedroht wurde.

Das Bild der Schweizer Politik dürfte typisch sein für ein Bürgertum, das sich nach Generationen des Wohlergehens und Wohlstandes im Schatten des aufsteigenden europäischen Imperialismus zum erstenmal bewußt bedroht sieht. Die bis dahin leicht bewahrte, weil nie in Versuchung geführte demokratische Jungfräulichkeit wird zum erstenmal auf die Probe gestellt. Es gilt zum erstenmal die Wahl zwischen den geliebten Festtags- und Festmahl-Grundsätzen und der Verführung einer „architektonisch-hierarchischen Ordnung“, wie die Nachbarländer sie bieten. Es wäre zuviel verlangt von einem konservativen, kleinstaatlich verhätschelten und an eine bequeme Vorzugstellung gewöhnten Bürgertum, daß es in einer solchen Lage sich für „den strengen Dienst der Freiheit“ entscheiden werde.

Bildet sich, wie zu hoffen steht und zu erstreben ist, eine kontinentale Volksfront gegen das Dritte Reich mit Frankreich und Sowjetrußland als den Achsen, so wird die Schweiz ebensowenig in dieser Front zu finden sein wie eine Reihe anderer, gleich ihr bedrohter Länder. Dies um so weniger, als auch die Arbeiterschaft zu den Erkenntnissen, die eine europäisch aktive Haltung fordern, bei weitem noch nicht gereift ist.

Über sie, ihre inneren und äußeren Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung soll eine weitere Rundschau berichten.

Zürich, Ende Juni 1936.

Fr. Mark.

## POLITISCHE LITERATUR

### M. M.: Ziel und Methode des Sozialismus in der Krise.

Otto Bauers „Zwischen zwei Weltkriegen?“

Das neue große Buch Otto Bauers<sup>\*)</sup> ist zunächst eine politische Handlung. Durch die Rolle Bauers als geistiger Führer einer Gruppe innerhalb der SAI, und durch seine Position als Führer einer der durch den Faschismus vernichteten sozialdemokratischen Massenparteien Mitteleuropas — und zwar jener, deren Ende ein gewaltiger und gewaltsamer Kampf war, deren Erbe noch in der faschistischen Illegalität aktivierend wirkt — erhält, was er als Zwischenbilanz des Sozialismus und als neue Zielsetzung aufstellte, seine besondere internationale Bedeutung. In drei taktischen Fragen hat Bauer immer wieder, zum Teil schon vor der Katastrophe seiner Partei, innerhalb der SAI, um die Durchsetzung seines Standpunktes gekämpft: in der Frage der positiven Einstellung zur Sowjetunion, in der Frage der positiven Einstellung zu einer Einheitsfront mit den kommunistischen Parteien, in der Frage der internationalen Arbeiterpolitik in der Kriegssituation. Nun stellt er seine Forderungen in den allgemeinen Rahmen einer marxistischen Analyse der Nachkriegsgesellschaft in der Krise. leitet er sie aus der Darstellung der geschichtlichen Widersprüche und Notwendigkeiten ab, ohne sie inhaltlich zu verändern. Sie werden so zu einem Teil der sozialistischen Neukonzeption, der Überwindung der Spaltung durch einen neuen revolutionären Marxismus, den Bauer „integralen Sozialismus“ nennt, weil er, was Krieg und Nachkriegskrise differenziert hat, wieder „integrieren“ soll. Dem Nachweis, daß dieser integrale Sozialismus, diese Synthese der demokratischen und revolutionären Elemente des Sozialismus auf einer höheren Ebene, geschichtlich notwendig und geschichtlich möglich ist, dient im Grunde das ganze Buch.

Um die starr und steril gewordenen Dogmengebäude sowohl des Komintern-Kommunismus wie des demokratischen und trade-unionistischen Sozialismus zu erschüttern, die heute formal und geistig die Bildung der „einen integralen revolutionären sozialistischen Kraft“ verhindern, sucht Bauer den Nachweis zu führen, daß die Entstehung beider Richtungen seinerzeit geschichtlich unvermeidlich war und daß nun ihr Gegensatz infolge der gesellschaftlichen Krisenentwicklung geschichtlich überholt wird. Im Laufe dieses Nachweises gelangt Bauer zu der Feststellung, daß der Reformismus selbst in der kapitalistischen Periode, der er adäquat war und in der er bleibende Leistungen setzte (der Periode also, in der der Mechanismus des Krisenzyklus ungestört funktionierte), eine gesellschaftlich-konservative Kraft war. Aus seiner Darstellung der „Krise der Demokratie“ folgt nun die Unvermeidlichkeit des Kampfes um eine politische Macht, welche stark und dauernd

<sup>\*)</sup> Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Eugen Prager-Verlag, Bratislava 1936. 355 Seiten.

genug sein muß, um den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Ordnung durchzuführen — so definiert Bauer die „Diktatur des Proletariats“, die allerdings die verschiedensten Formen von der „Demokratie in einer revolutionären Situation“ bis zur „totalitären Diktatur“ annehmen kann und in jedem Falle nur die Voraussetzungen zur Überwindung ihrer selbst zu schaffen hat.

Die Demokratie in ihren humanistischen Bestandteilen, in den Formen geistiger Freiheit, Sicherung des Individuums vor Willkür und formalen Anteils aller an den öffentlichen Fragen, also in den aus dem revolutionären Klassenkampf des Bürgertums stammenden „Errungenschaften“, tritt in Widerspruch zu dem gesellschaftlichen Inhalt und dem politischen System, in einem Zeitpunkt, wo die herrschenden Klassen im Kampf um eine bedrohte Profitrate beides, die historischen Menschheitsleistungen der eigenen Klasse und das nicht mehr funktionierende System, über Bord zu werfen bereit sind. Wenn der proletarische Sozialismus die Elemente, die als Voraussetzungen seiner eigenen künftigen kulturellen Freiheit unerlässlich sind, aufnimmt und den Funktionswechsel der Demokratie unter dem Druck des Faschismus versteht, dann löst sich auch der bisherige Gegensatz der Vorstellungen von Diktatur und Demokratie. Er löst sich vor allem durch die Doppeltatsache, daß der revolutionäre Sozialismus die Demokratie verteidigen muß, um für den Sozialismus kämpfen zu können, und daß der demokratische Sozialismus für den Sozialismus kämpfen wird müssen, um die Demokratie zu retten oder vielmehr zu erreichen. Von der anderen Seite her aber haben die von der strengen Parteidiktatur erzielten Erfolge der Industrialisierung und Kollektivisierung in Rußland eine innere Demokratisierung durch die Verbreiterung der sozialen Basis der Diktatur möglich und notwendig gemacht.

Die spezifische Form der Nachkriegskrise hat durch die Auflösung der Weltwirtschaft in sich immer mehr autark entwickelnde Gebiete auch die Differenzierung der proletarischen Bewegung in ihren konkreten Formen verstärkt. Diese Verschiedenartigkeit und Eigengesetzlichkeit hat man zur Kenntnis zu nehmen — hier versagt die kommunistische Schematik, die aus einer einmaligen historisch-soziologischen Situation, aus einer falschen subjektiven Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfte ein internationales Organisationsprinzip abgeleitet hat. In Erkenntnis der historischen Relativität, also in Erkenntnis der historischen Einheitlichkeit der Gefahren und der Aufgabe wie der historischen Verschiedenheit der Kampfformen und Ideologien, soll der „demokratische Sozialismus des Westens“ und der „revolutionäre Sozialismus des Ostens“ zur Kooperation gelangen, wobei der neu sich formierende revolutionäre Sozialismus der faschistischen Länder als Erbe beider eine Brücke bilden kann. Hierin sieht Bauer auch die besondere Aufgabe der österreichischen Bewegung, aus der er selbst die Konzeption seines integralen Sozialismus geschöpft und deren illegaler Partei, den „Revolutionären Sozialisten“, er sein Buch gewidmet hat.

Es ist zu wiederholen: Bauers Buch ist zunächst eine politische Handlung. Es soll einen Anstoß zur geistigen Vorbereitung auf die neuen Aufgaben im Gefolge eines unvermeidlichen Krieges geben, es will eine Veränderung der politischen Zielsetzung und des politischen Denkens in der internationalen Arbeiterbewegung anregen und beeinflussen. Diesem Zwecke dient eine neue Geschichtskonzeption, in deren Zentrum als „das wichtigste Faktum der Nachkriegsgeschichte“ „das Faktum der sieghaften Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion“ steht. Unter dem Einfluß der Erlebnisse der letzten Jahre, des siegreichen Faschismus und der Kriegsgefahr, hat Bauer seine Formulierungen geändert, manche Urteile und Begriffe revidiert, die Entwicklung, deren Teil er gewesen ist, als Fehlentwicklung, allerdings als notwendige und unvermeidliche erkannt. Damit hat er etwas getan, was kein einziger der anderen Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in aller Öffentlichkeit und als politischen Schritt zu tun bereit war, und er hat es in der Form der ersten marxistischen Queranalyse durch die gesamte Nachkriegsgesellschaft getan. So würde die politische Handlung eine theoretische marxistische Leistung.

Aber wenn man das richtig einschätzt, wenn man also Bauers Hervortreten und seine Zielsetzungen als unter den gegebenen Verhältnissen innerhalb der sozialdemokratischen internationalen Arbeiterbewegung vorwärtstreibenden Faktor wertet, dann gelangt man erst zu der Aufgabe, die Bauer selbst als Maßstab fordert: zur Fest-

stellung der Rolle dieses Buches in der Bildung eines revolutionär-marxistischen Denkens, das instande sein soll, die Überwindung der Spaltung und die Politik der sozialistischen Revolution zu verwirklichen.

Dabei ist die Auseinandersetzung mit den einzelnen Urteilen, Darstellungen und Theorien Bauers zunächst minder entscheidend, obzwar dieses Buch, weil es eine umfassende Darstellung ist, auf allen Gebieten des „Unterbaus“ und „Oberbaus“ zur Überprüfung der Zusammenhänge herausfordert. Das Schwergewicht liegt vielmehr in der Frage der Methode, die Bauer anwendet. Es ist kein Zufall, daß alle uns bis jetzt bekannten Kritiken von einem „Fatalismus“ Bauers sprechen, und zwar sowohl rückwärts gewendet, also bei der Darstellung der Zwangsläufigkeit der Entwicklung, wie in der Perspektive. Dieser fatalistische Zug wird meistens oberflächlich darin gesucht, daß Bauer den Krieg und offenbar auch den Faschismus in den meisten Ländern für unabwendbar hält — nun es ist aber an sich durchaus gerechtfertigt, eine Unabwendbarkeit festzustellen, wenn man gegenüber den gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die in eine bestimmte Richtung gehen, keine gesellschaftlich wirk-same Gegenkraft zu sehen glaubt. Die Gegenkraft gegen diese furchtbare Automatik, die zum Krieg treibt, kann Bauer eben in einer gespaltenen, nicht von einer einheitlichen, einer „integralen“ Konzeption getragenen Arbeiterbewegung nicht sehen. So wendet er sich zur Vorarbeit für diese Konzeption als zu einer gegebenen Form des Kampfes gegen die gesellschaftliche Automatik. Nicht darin liegt der Fatalismus; das ist eine Frage der Einschätzung der Kräfte.

Andererseits steckt in dem Verzicht (der mindestens als Eindruck dieses Buchs zurückbleibt) auf die Herausarbeitung der Elemente einer neuen revolutionären Konzeption im konkreten und differenzierten Kampfe gegen Krieg und Faschismus, in der Verschiebung der Entstehung der neuen Bewegung auf die von den fremden Faktoren Faschismus—Krieg geschaffene nächste revolutionäre Situation tatsächlich ein fatalistisches Abwarten. Freilich genügt es da nicht, eine aktivistische Politik zu verlangen; wenn man nicht den Ausweg wählt, die ungeheure Wucht der zum Krieg treibenden Kräfte und die innere Schwäche der Gegenkräfte einfach zu leugnen, handelt es sich um die Frage, wie die Erkenntnis aller Realitäten in ein die Wirklichkeit veränderndes politisches Handeln umgesetzt werden kann. Gerade da nun ist die große Lücke dieses Buches. Das wird sehr klar bei Bauers Handhabung der historischen Analyse.

Der Vorwurf, daß Bauer bei der Darstellung der Kriegs-, Revolutions- und Nachkriegsentwicklung des deutschen Sozialismus und des Bolschewismus aus bewußten politischen Gründen in einem Fall alle Fehler aus der Notwendigkeit und Zwangsläufigkeit, im anderen Fall ebenso die Führungsrolle beim Siege wegerklärt hat, ist zweifellos ungerecht und oberflächlich, Bauer sieht dies tatsächlich als zwangsläufigen geschichtlichen Ablauf. Er erblickt die Rolle der Partei im Eingreifen in von anderen Triebkräften schon geformte Prozesse, er sieht ihre Handlungen als Zwangszüge. Das aber heißt: er gehört geistig selbst zu jener Richtung innerhalb der durch die Kriegskrise zum Abschluß gelangten Periode der Arbeiterbewegung, die er den „Attentismus“ nennt und die wir radikal-demokratischen Sozialismus nennen. Freilich, diese Theorie des „Abwartens“ war unter Bebel, Guesde und dem damals noch nicht eindeutig gewordenen Kautsky inhaltlich ganz anders, eine „Verknüpfung der reformistischen Praxis der Gegenwart mit einer revolutionären Zukunftsperspektive“, nach Bauers Worten. Er selbst sieht nun durch die Weltwirtschaftskrise der reformistischen Tätigkeit auch die Möglichkeit wirksamer Praxis entzogen. Trotzdem behält Bauer — und das ist schließlich kein Zufall, denn er stammt geistig aus dem Bereiche Kautskys, Bebels, Viktor Adlers, und politisch aus der österreichischen Bewegung, deren Austromarxismus die aktivistische Form des Attentismus war \*) — durchaus die Methode dieser Richtung bei der Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklung. Man vergleiche mit Bauers Perspektive der revolutionären Situation aus einem Krieg seine Charakteristik des Vorkriegs-Atten-

\*) Es wird bei anderer Gelegenheit notwendig sein, den „Austromarxismus“ ausführlicher zu analysieren, vor allem: als politisch-theoretische Methode, die aus den besonderen Kampf-formen der deutschen Arbeiterbewegung in der österreichischen Monarchie erwachsen ist.

tismus: „Aber man erwartete, daß das Wachstum der Arbeiterbewegung in diesem Alltagskampf schließlich die herrschenden Klassen selbst zu Gegenmaßregeln treiben würde, die eine neue revolutionäre Situation schafften, dem Proletariat die Aussichten des Sieges in einem gewaltsamen Kampf gegen den gewaltsamen Angriff der herrschenden Klassen geben werden.“ (S. 246.) Bauer selbst erklärt, wie der marxistische Attentismus zwar im Gegensatz zum Reformismus wie zum revolutionären Syndikalismus gestanden sei, wie er aber ihnen nichts entgegenzusetzen hatte als die Reinerhaltung der Partei für die künftige revolutionäre Aufgabe, die Freiheit von der Korruption durch Koalitionen usw. (Hier drängt sich die Erinnerung an das Linzer Programm auf.) Aber Bauer stellt diesen Mangel fest, ohne die Denkmethode, die Ideologie, der er entspringt, in ihre Elemente aufzulösen.

Die vielleicht charakterischste Stelle scheint mir dafür jene, wo Bauer sehr wirksam die historischen, also nicht von „Schuld“ und „Verrat“ oder „Genie“ und „Klassenbewußtsein“ der Führer abhängigen Unterschiede im Verlaufe der russischen und der deutschen Revolution erklärt. Nachdem er die gesellschaftlichen Strukturunterschiede, vor allem die verschiedene Rolle der Bauernschaft darstellt, sagt er (S. 273): „Die Verschiedenheit des Verlaufes der beiden Revolutionen ist vielmehr auch und vor allem aus der Tatsache zu begreifen, daß die russische Revolution während des Krieges ausgebrochen ist und sich entwickelt hat, während die deutsche nach dem Kriege gefolgt ist.“ Aber — gerade der Zeitpunkt des Ausbruches war zwar historisch erklärbar, dennoch nicht zwangsläufig, wenn man nicht auch das Verhalten der Arbeiterschaft und ihrer Parteien einfach als gegebene und unveränderliche Größe einsetzt. Daß die russische Arbeiterschaft und die Bauernmassen, daß das russische Heer im Kriege noch in Gärung geriet, daß der Ausbruch erfolgte und der ungeheure Druck der friedenshungrigen und landhungrigen Millionen über die bürgerliche Revolution hinaustrieb, das hat noch nicht die Gewißheit geschaffen, daß der politische Führungskader, daß die bolschewistische Partei diese revolutionäre Situation gestalten werden. Die Revolution hat sich wohl auch unter den Händen von Lenin anders entwickelt, als er sie voraus sah; aber seine Gruppe griff systematisch und zielbewußt in Prozesse ein, die noch nicht abgeschlossen waren, in denen noch die Möglichkeit der anderen Entwicklung lag. In Deutschland aber, wo aus historischen Gründen, die aber der marxistischen Partei nicht in jedem Moment ihres Handelns die Verantwortung ersparen, der revolutionäre Parteikern innerhalb der hungernden, kriegsmüden, dann sogar durch Rußland befeuerten Massen nicht vorhanden war — in Deutschland und Österreich, wo neben dem Reformismus und seiner Selbstidentifizierung mit dem bestehenden System nur der „Attentismus“, der Radikalismus einer Linken mit revolutionär-demokratischen Zielen ausgebildet bestand, mußte der Krieg zusammenbrechen, ehe die „Revolution“ kam, weil der subjektive Träger der Revolution fehlte. Damit kein Mißverständnis aufkommt, sei festgestellt, daß mit dem subjektiven Träger in Deutschland natürlich nicht einfach eine noch so zielbewußte Kaderngruppe gemeint sein kann (diese war im deutschen Proletariat in kleinen Ansätzen — um Rosa Luxemburg herum — ja vorhanden), sondern eine marxistische Massenpartei, die in ihrer eigenen Formierung auch das Proletariat verändert. Kein Zweifel, diese Massenpartei ist in Deutschland aus einem Zusammentreffen historischer Entwicklungsreihen nicht entstanden. Die bestehenden Parteien waren etwas anderes; aber das vermindert nicht ihre negative Bedeutung. Wenn man eine Methode des marxistischen Erkennens und Handelns für die Arbeiterpolitik erzielen will — das will Bauer —, dann ist es entscheidend, ob man die Nicht-Veränderung von Tatsachen nur auf die objektiven Ursachen oder auch, mit ihnen, auf die subjektive Ursache zurückführt, d. h. ob man durch die Darstellung der nicht realisierten Chancen zur Fähigkeit der Einschaltung in die Wirklichkeit, die man verändern will, erzieht. Dann aber kann man den „Ausbruch der deutschen Revolution“ nicht wie eine Naturkatastrophe behandeln, deren Ausbruchstermin von unbeeinflussbaren Kräften bestimmt wird. Daß „die Arbeiterschaft“ so und nicht anders handelte, bestätigt nur die in Wechselwirkung damit stehende Nicht-Wirksamkeit der Partei.

Gleich bedenklich ist der Begriff des Gleichgewichts der Klassenkräfte, den Bauer öfters und seit jeher verwendet. Die Situation des Gleichgewichts, in der er

seinerzeit in bestimmten Zeitabschnitten die Gelegenheit oder vielmehr den Zwang zu einer Kooperation mit den Bürgerlichen erblickte, ist für ihn auch diejenige, in der die dritte Macht, der Faschismus, sich der Lage bemächtigt und dadurch das Gleichgewicht verschiebt. Nun gibt es sicherlich immer wieder Situationen eines politischen Gleichgewichts, aber eines labilen; und gerade da ist die Vorstellung, daß es sich nun um eine festgefrorene Sache handle, geeignet, bei der Arbeiterpartei das zu lähmen, was die Entscheidung bringen kann, nämlich die Initiative. In der Darstellung Bauers verschiebt sich ihm, zum Teil in Reaktion auf die läppischen Vorstellungen vom bewußten Verrat der Führer als der alleinigen Ursache aller Fehler, die Entscheidung immer von der Partei weg auf andere Kräfte, zumindestens auf „die Arbeiter“. Aber in jeder durchorganisierten, hochindustriellen Arbeiterschaft ist es wiederum eine Abart des Attentismus, auf die proletarische Spontaneität von der Art der russischen oder seinerzeit der bürgerlichen französischen Revolutionen zu warten; denn aus einem Prozeß heraus, der hier nur behauptet, nicht abgeleitet werden kann, ist die Spontaneität auf dieser Stufe abgefangen in den Arbeiterorganisationen, macht sich durch diese geltend. So geht es fehl — als ein Beispiel angeführt — wenn Bauer von der italienischen Fabriksbesetzung 1920 spricht und sagt: „... wagten es die Arbeiter nicht, von den besetzten Fabriken aus ihrerseits die bewaffnete Macht des Staates anzugreifen, steigerte sich die Betriebsbesetzung nicht zum Kampf um die Staatsmacht selbst und mußte sie daher nach wenigen Wochen ergebnislos abgebrochen werden.“ Daß sich der Kampf nicht steigerte und abgebrochen werden mußte, ist an sich eine Tatsache, ebenso wie die Feststellung, daß damals ein „gutes Drittel“ der Arbeiter selbst unter nicht-sozialistischer, unter klerikaler Führung stand. Aber die Arbeiter, um die es sich da handelte, waren Metallarbeiter, unter denen die sozialistischen Gewerkschaften und Gruppen die entscheidende Autorität besaßen; nach ihrer Struktur und Tradition konnten sie nicht mehr „wild“ über die erste Aktion hinausgehen. Gerade bei Darstellung dieses Abschnitts mußte das Schwergewicht auf die mangelnde Klarheit und Initiative der Arbeiterorganisationen fallen, was erst die Haltung der Arbeiter erklärt. In der Kausalkette Bauers fehlt da der für uns entscheidende Faktor.

Denn Arbeiterklasse und Partei, Arbeiterschaft und Führung sind nicht nebeneinander wirkende, feststehende Begriffe, sondern sie entwickeln sich in gegenseitiger Abhängigkeit, wobei es entscheidend ist, ob der eine Teil — er kann der Sache nach nur das bewußt arbeitende Kollektiv, die Organisation sein — unter Anwendung der marxistischen Methode selbst diese Entwicklung mitbestimmt. Wenn man die Komintern-Dogmatik und die mehr oder minder untheoretischen, aber nicht weniger dogmatischen Formen der konservativen Arbeiterorganisationen überwinden will, wenn man zu etwas Neuem, das Elemente von beidem enthält, gelangen will, ist es notwendig, auch die gemeinsamen Fehlerquellen beider Teile zu erkennen und zu überwinden. Sie liegen vor allem, wenigstens dort, wo nicht die Abwesenheit einer revolutionären Zielsetzung entscheidend ist und erst durch eine Veränderung in der Bewußtseinsstruktur der Klasse gesprengt werden kann, in der gleichartigen Einstellung zur Rolle der Partei in der geschichtlichen Entwicklung. Wenn man will, kann man das auch theoretisch fassen und als Ideologie der Automatik, des mechanischen Determinismus bezeichnen.

Diese Ideologie selbst ist in die Entwicklung des „Überbaus“ einzureihen, sie gehört in den Zeitabschnitt des bürgerlichen Weltbildes, in dem die naturwissenschaftliche Begriffsbildung von Kautsky auf die Gesellschaftswissenschaften übertragen wurde. Die marxistische Dialektik dagegen war immer die des gesellschaftlichen Bewußtseins, die der Menschen, die ihre Geschichte machen.

Es gehört nun freilich zu den schwierigsten Dingen, sich selbst als gesellschaftliches Individuum zugleich frei und gebunden, zugleich determiniert und Entscheidungen treffend, zugleich als subjektiven und als objektiven Faktor zu sehen. Auf die proletarische Partei übertragen, wird es durch den Kollektivcharakter erleichtert, eine Selbstanalyse durchzuführen. Aber zugleich die Bedingungen und die Verantwortlichkeit des Handelns zu sehen, zugleich die Wirklichkeit anzuerkennen und zu verändern, diese Aufgabe des revolutionären Sozialismus ist mit den Mitteln eines mechanistischen Weltbildes nicht zu erfüllen. Der Reformismus hat es da leichter.

Er bewegt sich immer auf der gleichen gesellschaftlichen Ebene und seine Veränderungen sind quantitative, nicht qualitative, seine Entscheidungen gehen in die Richtung der stärksten herrschenden Tendenzen: daher wird immer der Reformismus eine Analyse der gesellschaftlichen Triebkräfte, die die Widersprüche und Spannungen aufzeigt, als feindselig empfinden, weil sie seine geradlinige Tätigkeit in Widersprüche zerreißt und er eine andere Tätigkeit nicht annehmen kann. Der kommunistische Subjektivismus wieder projiziert seine Vorstellung von der gesellschaftlich-revolutionären Entwicklung auf das Proletariat, von dessen Automatik er dann alles erwartet, oder auf sich selbst, was zum Putschismus führt, oder auf die Nationalrevolution usw. Beide Formen des Subjektivismus und des Automatismus sind unzureichend für die schwerste aller Aufgaben, für die der Veränderung der Gesellschaft über eine bestehende Stufe hinaus. In der Aufstiegsperiode des Kapitalismus und des Reformismus war der Arbeiterpartei die Vorstellung von der historischen Notwendigkeit, vom Gleichlauf zwischen der eigenen Tätigkeit und der Entwicklung eine stärkende und bestätigende, also eine gemäße (wenn auch nicht die einzig mögliche) Weltanschauung. Jetzt, wo die reformistische Tätigkeit in Widerspruch gerät zu der gesellschaftlichen Wirklichkeit, löst sich die Bindung an den Kautskyanismus in seinen verschiedenen Formen auf. Ein Teil der nichtmarxistischen Sozialisten wird von dem beherrscht, was an mystischen Elementen von der neuen Physik und Philosophie herkommt, in der der Gegensatz zwischen Determinismus und Indeterminismus sich auflöst. Bauer sieht gerade diese ideologische Gefahr sehr scharf, er sieht aber in dieser Stufe der geistesgeschichtlichen Entwicklung nur das „müd-Skeptische“, den Verzicht auf die Lösungen, auf die Zielsetzungen, nicht den Anstoß zum neuen funktionalen Denken. So kann er zwar die Resultate der vergangenen Periode kritisieren und die Gefahren der jetzigen sehen, bleibt aber für sich, um mit seinen Worten zu sprechen, in den „Denkmitteln und Wertungen der Vorkriegszeit“, mit denen er nun die neuen Tatsachen zu lösen versucht. Bauer selbst — daran liegt eine wirkliche Größe — sagt aus diesem Gefühl heraus, daß er ein Erbe an die neue Generation zu übergeben habe, die „ihr eigenes sozialistisches Ideengebäude bauen muß“.

Und tatsächlich ist das Weltenerlebnis unserer Generationen so verschieden von dem Bauers, wie die Physik Plancks und Heisenbergs von der Helmholtz'. In der Auflösung der „Naturnotwendigkeit“ in Reihen von Bedingtheiten, Funktionen, Chancen sehen wir eine Bestätigung unserer eigenen Chancen zur Verwirklichung gesellschaftlicher Tendenzen, die gegen überwältigende Kausalreihen der ganzen bisherigen Welt zu kämpfen haben. Die neue sozialistische Konzeption, die marxistisch ist, muß für uns nicht nur die Resultate und Dogmen, sondern auch die Methode jener verschiedenen sozialistischen Richtungen überwinden, welche sich nicht zum durch die konkrete Analyse begründeten Eingreifen in Prozesse, die noch nicht abgelaufen, noch nicht entschieden sind, ergozen haben.

Die neue sozialistische Kraft, die Otto Bauer integraler Sozialismus nennt, wird nicht als Resultat einer schon vollzogenen revolutionären Entwicklung, nicht als Produkt des „Cours des Krieges“ oder der Härte der faschistischen Wirklichkeit, sondern im Ringen der verschiedenen Ansätze bewußter Arbeiterpolitik während des Kampfes gegen einen kommenden Krieg, gegen einen drohenden Einbruch des Faschismus in die Arbeiterschaft sich bilden, also in einem Prozeß, nicht nach Abschluß eines Prozesses. Wie das zu geschehen hat, dafür hat Bauer in seinem Buch zu einem Teil die Antwort gegeben, wenn er den Wesenskern der dialektischen Methode in ihrer Anwendung auf die Gesellschaft definiert: „In der Entwicklungsphase von heute den Kern zu entdecken, der, indem er seine Hüllen sprengt, die Entwicklungsphase von morgen sein wird, in den Gegensätzen von heute die Synthese von morgen aufzufinden, den ‚zweischlächtigen Charakter‘ der sozialen Phänomene zu begreifen, die die Vergangenheit zunächst in antagonistischer Form überwinden, um, indem sie diese antagonistische Form sprengen, über die Gegenwart hinauszustürmen...“ Daran fügt sich aber die Ergänzung, die in sich eine Kritik der Bauerschen Methode trägt: sich selbst als subjektiven Faktor in diese Entwicklung, von der man ein Teil ist, einschalten, und durch sein Erkennen dazu kommen, die Richtung der Veränderung zu beeinflussen, von den antagonistischen Kräften derjenigen Kraft, die in sich die Chance des Gesellschaftlich-Revolutionären trägt, bewußte Wirksamkeit geben.

Wir haben uns hier hauptsächlich mit der Methode auseinandergesetzt. Aber das Buch Bauers verlangt in Wahrheit ein Eingehen auf viele seiner Bestandteile. In der wirtschaftlichen Theorie ist es vor allem die Frage der Zusammenhänge zwischen Goldproduktion und Krise, die zum Widerspruch herausfordern. In dem Kapitel über die Krise der Demokratie ist die Darstellung des italienischen Faschismus einseitig auf Silone basiert; die Darstellung der Zusammenhänge zwischen der Konjunktur und den revolutionären Wellen der Arbeiterschaft in Deutschland scheint uns zu schematisch und zieht nicht in Betracht, daß durch die Dauerarbeitslosigkeit dieser Zusammenhang auch teilweise umgekehrt werden kann. Die Anwendung der Kriegstheorie — Revolutionen nur im Gefolge von Kriegen — ist in dieser Verallgemeinerung ein Teil der Automatikvorstellung. In der Darstellung der russischen Entwicklung wird die Zwangsläufigkeit an Hand von Einzelheiten zu bestreiten sein, ebenso an der österreichischen. Die Kaderfrage, mit der sich Bauer beiläufig auseinandersetzt, wird von ihm nur technisch-historisch, nicht als Bewußtseinsproblem, als Problem der Organisation in der Arbeiterklasse gesehen.

Es ist leicht, noch eine Liste von Punkten aufzustellen, die die Diskussion herausfordern. Aber das beweist nur, daß Einzeluntersuchungen notwendig sind. Jedenfalls wird jede internationale Diskussion über die Probleme, die Bauer angeschnitten hat, und über die historischen Phasen, die er behandelt, sich mit seinem Standpunkt auseinandersetzen müssen. Ganze Problemgruppen werden nun erst in der Diskussion auftauchen, weil Bauer sie zuerst in seinen logischen Ketten eingefangen hat. Die große Leistung, die in der Spannweite dieses Buches liegt, wird nicht vermindert, nur in eine geistige Entwicklung eingereiht, wenn man erkennt, daß Bauer hier keinen Abschluß, sondern eine Zwischenbilanz gegeben hat. Faktisch regt er uns alle an, das, was wir an Stücken neuer Konzeption gewonnen zu haben glauben, in einen größeren Zusammenhang zu stellen und zur Konfrontation mit ihm anzuwenden. Otto Bauer hat vor allem durch die unmittelbare politische Zielsetzung seines Buches in die Meinungsbildung eines wichtigen Sektors der sozialistischen Arbeiterbewegung vorwärtstreibend eingegriffen — und so ist die Tat dieses Buches nichts weniger als fatalistisch.

## Auf der Flucht vor dem Marxismus.

Das Weltbild des marxistischen Sozialismus wird von zwei geschichtlichen Erkenntnissen bestimmt: die Geschichte der menschlichen Gesellschaft ist eine Geschichte von Klassenkämpfen; das gesellschaftliche Sein des Menschen bestimmt sein Bewußtsein. Von diesen beiden Erkenntnissen geht der historische Materialismus aus. Die Analyse der Geschichte bringt ihm den Nachweis, daß diese gesellschaftlichen Bewegungen in sich widerspruchsvoll sind, daß der Widerspruch in der Wirklichkeit neue, qualitativ anders geartete Wirklichkeiten hervorbringt. Die Gesamttendenz der gesellschaftlichen Bewegung und der in ihr gegeneinander ringenden Wirklichkeiten ist aber, die vielfältigen, einander kreuzenden Widersprüche zu vereinfachen, bis sie ihrem Inhalt nach zu einem Gegensatzpaar einander ausschließender geschichtlicher Tendenzen geworden sind. Diesen an sich wertfreien Feststellungen verleiht der Marxismus eine sittliche Rangordnung, indem er sich nicht damit begnügt, das geschichtliche Geschehen zu deuten, sondern sich in dieses bewußt hineinstellt, um es durch sein Wollen, nach seiner subjektiven, als möglich erkannten Zielsetzung zu verändern. Wie in allem Sein erkennt der Marxismus auch im menschlichen Willen eine Realität, die aber fähig ist, der von ihr subjektiv gewählten, objektiv vorhandenen gesellschaftlichen Tendenz die geschichtliche Kraft zu verleihen, ihre Gegentendenz zu überwinden. Das ist die besondere geschichtliche Funktion, die der Marxismus dem menschlichen Wollen, der menschlichen Erkenntnisfähigkeit, den Menschen, die „ihre Geschichte machen“, zuschreibt. Seine Zielsetzung ist, die Schranken aufzuheben, die dem menschlichen Wollen durch seine Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Materie gezogen sind: der Mensch soll nicht durch seine gesellschaftlichen Beziehungen, son-

dem die gesellschaftlichen Beziehungen durch den Menschen bestimmt werden. Der Marxismus geht also von den Menschen aus, er untersucht ihre Beziehungen und Bindungen, die ihnen die gesellschaftliche Realität auferlegt, um so die Form und die Methode zu finden, die das „Reich der Freiheit“ des Wollens herstellt. Seinem philosophischen Inhalt nach ist darum der Marxismus realistischer Humanismus.

Neben allen objektiven Schwierigkeiten stehen der praktischen Anwendung der marxistischen Methode zwei in der menschlichen Bewußtseinsstruktur begründete Hemmnisse entgegen. Das sozialistische Weltbild, die marxistische Zielvorstellung ist in die Zukunft gerichtet. Es knüpft an keine vergangene Gesellschaftsform an, weil es etwas grundsätzlich Neues schaffen will — die klassenlose Gesellschaft. Es zwingt darum den Marxisten, in seinem Kopf den „Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ zu vollziehen, ehe er in der Wirklichkeit getan worden ist. Die andere, nicht geringere Schwierigkeit ist, daß der Marxismus rationalistische Lehre ist. Er erklärt nicht, daß alles, was ist, vernünftig ist. Aber er erklärt, daß alles, was ist, mit den Mitteln des Denkens erkannt werden kann und muß, um es zu verändern. Folgerichtig erkennt er und wertet auch die Tatsache des menschlichen Bewußtseins selbst nach der rationalistischen Methode. Der Marxismus erwartet jede Veränderung in die Richtung seines gewollten Zieles nur von seiner Analyse prinzipiell zugänglichen gesellschaftlichen Vorgängen, in die auf Grund eben dieser Analyse als subjektiver Faktor der Veränderung das sozialistisch zielbewußte gesellschaftliche Wollen eingeschaltet ist. Dem Wunderglauben, der die gewollten Veränderungen von Kräften erhofft, die außerhalb seines Willens, seines Denkens und Begreifens liegen, gibt er keinen Raum. Darum aber schreibt er sich in der gegenwärtigen Gesellschaft keine Souveränität des Willens zu, wie er sie für die künftige anstrebt, sondern weiß, daß sein Denken die gegenwärtigen Realitäten nicht nur kennen, sondern als Voraussetzung seiner willensmäßigen Betätigung auch anerkennen muß, wenn er sie überwinden will. Der Marxismus klagt darum nicht an, sondern er untersucht; er erkennt in jeder Realität ihre einander widersprechenden Tendenzen; er lehnt keine Realität ab, sondern sucht mit seinem Wollen jene ihr innewohnende Tendenz zu stärken, die er von seinem subjektiven Standort in der Gesellschaft für die fortschrittliche hält.

In dieser inneren Geschlossenheit, in der Härte, die für Wunschträume keinen Platz hat, in der psychologischen Notwendigkeit, jedes subjektive Erlebnis, jeden Affekt in den Kreis der objektiven gesellschaftlichen Analyse einzubeziehen, liegen die geistigen Schranken, die der Ausbreitung des Marxismus gesetzt sind. Hier liegt die psychologische Ursache, warum er als Massenideologie zum ökonomischen Mechanismus verflacht ist, warum selbst die Theorie in ihrer Mehrheit die geistigen Hilfen des Positivismus oder des Apriorismus nicht entbehren kann — Nachhilfen, die in Wahrheit nur Zusicherungen an den eigenen Intellekt sind, daß der Sozialismus doch kommen muß, auch wenn sich die Marxisten als unzulänglich erweisen. Da aber der so verflachte und seines bestimmenden Inhaltes entkleidete theoretische Marxismus notwendigerweise unzulänglich sein muß, hat er eben in jener Krise, in der er sich zu bewähren und beweisen hätte, nicht jene geistigen Angriffs- und Widerstandsfähigkeiten entwickelt, die die Voraussetzung seines Erfolges in der Meisterung der gesellschaftlichen Realitäten sind.

Aus dieser Erkenntnis zieht der Marxist den Schluß, daß auch die Krise des Marxismus nur durch die Anwendung der marxistischen Methode überwunden werden kann. Für den Formal-Marxisten, der in seinem Denken die Entartung der Theorie mitgemacht und nicht überwunden hat, gibt es den Weg des konservativen Beharrens, die Krise und ihre neuen Erkenntnisse von sich abzuwehren, oder den anderen Weg, die Enttäuschung am Marxismus, an der rationalistischen Methode zu proklamieren und die neuen Erkenntnisse außerhalb des Marxismus zu suchen.

Nicht Marxist zu sein, heißt gewiß noch nicht Antisozialist zu sein. Man kann — die Vergangenheit hat es hundertfach bewiesen — auch als Gegner der marxistischen Lehre der Arbeiterbewegung Wichtiges und Unentbehrliches geben. Anders steht es aber in einer Periode, in der die antikapitalistischen Stimmungen in der Gesellschaft schon so stark geworden sind, daß sich auch die Verteidiger des Kapitalismus ihrer bedienen müssen, wenn sie ihn erhalten wollen. In der Zeit, in der sich die brutalste

Form kapitalistischer Klassenherrschaft „sozialistisch“ nennt, ist es notwendig, mit diesem Wort einen scharf umrissenen sozial-ökonomischen Inhalt zu verbinden, wenn man nicht dem faschistischen Gegner objektiv Vorschub leisten soll.

Der Widerspruch der gegenwärtigen Entwicklung liegt eben darin, daß die unerhört starken antikapitalistischen Stimmungen in allen nicht-kapitalistischen Klassen auf eine sozialistische Bewegung gestoßen sind, die infolge ihrer theoretischen und ideologischen Unzulänglichkeit praktisch unfähig war, diese Stimmungen in revolutionäre Kraft umzusetzen. Selbst eine dem Anschein nach so eindeutige Realität wie die der antikapitalistischen Massenstimmungen trägt, wie die Erfahrung beweist, die beiden geschichtlichen Tendenzen in sich, von denen sich, weil der Sozialismus als subjektiver Faktor versagt hat, die reaktionäre Tendenz mit ungeheurer Wucht durchgesetzt hat. Daraus folgt, daß es nicht nur darauf ankommt, den antikapitalistischen Stimmungen an sich Rechnung zu tragen, sondern daß es entscheidend ist, welche Tendenz man ihnen verleiht. In einem Proletariat, in einer Gesellschaft, die am Kapitalismus verzweifelt, aber gleichzeitig vom Versagen der sozialistischen Arbeiterbewegung enttäuscht ist, muß die geistige Bereitschaft entstehen, jedem Wunderglauben, jedem Wunderrezept zum Opfer zu fallen, wenn es nur an die eigene antikapitalistische Stimmung anknüpft und dabei durch neue sprachliche Formen den Gegensatz zur traditionellen Arbeiterbewegung sinnfällig macht. Das ist der Weg, auf dem die faschistische Ideologie von außen her auch in die Arbeiterschaft eingebrochen ist.

Unter dem Druck des sziereichen mitteleuropäischen Faschismus zeigen sich nun aber Symptome einer ähnlichen, nicht minder gefährlichen Entwicklung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung dieses Bereiches. Die Niederlage erleichtert nicht, sondern erschwert die Bedingungen für die Erneuerung der marxistischen Theorie und Methode. Auf der anderen Seite aber wird der Druck der faschistischen Ideologie auch auf die Massen innerhalb der sozialistischen Organisation immer stärker. Die Notwendigkeit, dem Nationalsozialismus eine starke geistige Gegenkraft entgegenzusetzen, und die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten für die Anwendung der marxistischen Methode verbinden sich mit dem Bedürfnis, in der Massenarbeit am Punkt des geringsten Widerstandes zu wirken, zum Versuch einer „neuen Sprache“, zur „Sprache des XX. Jahrhunderts“, für die sozialistische Bewegung. Dem Inhalt nach ist dies der Versuch, den irrationalen Wunderglauben des Nationalsozialismus durch einen anders gefärbten, in der Terminologie eindeutiger sozialistischen Wunderglauben zu bekämpfen. Jene, die das unternehmen, ohne ihren Standort in der Arbeiterbewegung aufzugeben, wie etwa Jaksch, bedenken offenbar nicht, daß die Terminologie notwendig auch den Inhalt verändert, daß die faschistische Tendenz in der Massenstimmung durch jedes terminologische Zugeständnis in der Ausdrucksweise nur verstärkt werden kann.

Daneben aber finden sich in jeder Arbeiterbewegung Menschen, die unabhängig von deren äußerem Zustand für sich selbst die geistige Entwicklung vom Marxismus weg zu irgend einer Form des Irrationalismus vollziehen. Sie sind in der Vergangenheit geistig am Rande der Bewegung gestanden und waren nicht fähig, deren Entwicklung zu bestimmen. Anders aber ist es heute. Wenn die geistige Disposition in den Massen vorhanden ist; wenn aus den verschiedensten Motiven die Widerstandskraft innerhalb der sozialistischen Bewegung gegen das Wachsen einer faschistoiden Ideologie in ihren eigenen Reihen zusammenschrumpft; dann beginnen diese Ideologen eine wichtige und gefährliche Rolle zu spielen. Dann sind sie fähig, zu bedrohen, worauf es letztlich ankommt, — die geistigen Kräfte, aus denen sich die Arbeiterbewegung erneuern und den Faschismus überwinden wird.

Im Zusammentreffen dieser Umstände liegt die politische Bedeutung eines Buches, das Dr. Emil Franzel, Redakteur des politischen sowohl wie auch des theoretischen Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslovakei geschrieben hat. („Abendländische Revolution“, Eugen Prager-Verlag, Bratislava 1936.)

Franzel löst die gesellschaftliche Entwicklung Europas in kultursoziologische Räume auf, die auf prinzipiell verschiedenen geistigen Grundlagen beruhen; die Mittelmeerkultur, der byzantinische Kulturkreis — zu dem Rußland gehört —, der angelsächsische „Amerikanismus“ und Asien folgen anderen geschichtlichen Tendenzen als das

„wirkliche Europa“, das den Kulturkreis des „Abendlandes“ bildet. Wo dieses wirkliche Europa geographisch zu suchen ist, wird nicht recht klar. Sein Zentrum verlegt er wohl ins heutige, von Rhein, Elbe und Main abgegrenzte Süddeutschland, dem er noch die böhmisch-mährischen Länder zurechnet. In diesem Bereich ist der „Geist des Abendlandes“ entstanden. Aus der Vereinigung der christlich-lateinischen Kultur der späten Antike mit der ursprünglichen germanischen „Stammesdemokratie“ der germanischen Eroberervölker entstammt, schafft und formt dieser abendländische Geist die Gesellschaftsordnung des frühen Mittelalters. Die mittelalterliche Gesellschaft sieht Franzel als solidarisch, sozialistisch und planwirtschaftlich geordnet. Arm und Reich waren in ihr keine Gegensätze, sondern notwendige gesellschaftliche Funktionen. Der abendländische Geist war statisch und harmonisch, als der Geist einer geordneten, in sich ausgeglichenen Ruhe. Darum war auch die mittelalterliche Gesellschaft die Ordnung „der Vielheit in der Einheit“. Die höchste Form findet der Geist des Abendlandes in der ritterlichen Kultur, in der Ritterschaft, die gegen geringe und leicht erträgliche Gegenleistungen einer zufriedenen Bauernschaft den Schutz der Schwachen besorgt. Sie und die Kirche, der „Lehrstand“ der mittelalterlichen Gesellschaft, verkörpern den „gotischen Menschen“, zu dem wir zurückfinden müssen, wenn Europa nicht zu einem geographischen Begriff werden soll, zu einem Badestrand des Amerikanismus oder zu einer russischen Konsumgüterfabrik. Die Staatsform des Abendlandes ist das „Gottesreich“, umgesetzt in die geschichtliche Wirklichkeit durch die germanische Reichsidee, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, zuerst geahnt von Theoderich, dem italienischen Herrscher der Ostgoten. Es ist das Reich der Karolinger, Sachsenkaiser und Hohenstaufen, das in der Reichsidee der Habsburger seinen letzten Abglanz findet. So erklärt sich die deutliche Zuneigung Franzels zur ehemaligen Monarchie, die ihn alle Geschichtslegenden dieser Dynastie unkritisch übernehmen läßt (bis zur Bewertung der Sonderfriedenspolitik der habsburgischen Familie während des Weltkrieges).

Dem Abendland erwächst der böse Feind im Prinzip des Materialismus. Die Geldwirtschaft bricht mit der Entstehung der Städte in die geordnete Ruhe des Mittelalters vernichtend und zersetzend ein. Sie zerstört die planwirtschaftlich-solidarische Naturalwirtschaft, die Franzel sozialistisch nennt. In der Entstehung der Städte, nicht in der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise sieht er die soziale Revolution, die das Primat der Wirtschaft über den Geist geschaffen hat. Der Materialismus wählt in seinem Vorwärtsschreiten die verschiedensten Formen. Der Humanismus, die Reformation, das Preußentum, der Liberalismus, der amerikanische Monopolkapitalismus, das preußisch-heidnische Kaiserreich, der Nationalsozialismus und schließlich — trotz aller Verbeugungen und Marx-Zitate — auch der Marxismus sind der gleichen Geisteshaltung entsprossen. Dem Marxismus billigt er allerdings an, daß er das Primat der Wirtschaft, den ökonomischen Materialismus aller Verkleidungen enthüllt und damit die abendländische Menschheit zu seiner Überwindung befähigt hat.

Die Überwindung muß sich durch die Rückkehr zum abendländischen Geist vollziehen. Die Menschen der kapitalistischen Gesellschaft, einschließlich des Proletariats, sind bürgerlich geworden: die Enbürgerlichen des Abendlandes, die Rückkehr zum gotischen Menschen — wobei Franzel immerhin die moderne Technik zu erhalten wünscht — ist die gesellschaftliche „Gegenrevolution“, die er sinngemäß „konservative Revolution“ nennt und in der er die Verwirklichung des Sozialismus erblickt. Sie soll sich in der „sozialistischen Völkergemeinschaft“ Pan-Europas vollziehen, eines Pan-Europa ohne England und Rußland, die Träger des Liberalismus und des Byzantinismus. Gegen die übrige Welt, die von anderen Gesetzen regiert wird, will er sein neu entstandenes Abendland absperren. Da das Abendland das „Gottesreich“ wieder herstellen soll, so ist der sich aufdrängende Schluß aus Franzels Darlegungen, daß sein Pan-Europa der Staatsform nach die universalistische katholische Monarchie sein müßte, in der er den konkreten Inhalt seiner germanischen Reichsidee erblickt. Da aber dieses sogenannte Abendland geschichtlich nur im Bereiche des heutigen Deutschlands bestanden hat, so wird ein freies Deutschland „dem Abendland das Brot des Lebens reichen: den ordnenden Geist des Sozialismus“.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß Franzel die germanisierten

Slaven und Litauer, aus denen Preußen entstanden ist, als Deutsche ablehnt. So bleibt für sein „Freies Deutschland“ konkret West- und Süddeutschland nebst den Ländern der böhmischen Krone übrig. Jene Länder also, die nach der Schlacht vom Weißen Berge Teile oder Einflußgebiet der Habsburgermonarchie waren. So rundet sich das Bild, das Franzel teilweise mit starken Strichen zeichnet, teilweise nur unmißverständlich andeutet.

Das Weltbild Franzels ist das der katholischen Philosophie des Mittelalters. Seine Definitionen der mittelalterlichen Gesellschaft entnimmt er fast wörtlich Thomas von Aquino; seine Dialektik, die keine qualitative Fortentwicklung der Wirklichkeit, sondern nur den Kampf außerhalb der Natur stehender geistiger Prinzipien kennt, die die Wirklichkeit nach ihrem Bilde formen, ist die Philosophie des scholastischen Nominalismus. Seine gesellschaftliche Zukunftsvorstellung, die in den Städten die Wurzel alles Übels erblickt, ist das Zukunftsbild des Franziskanismus, der das Heil der Welt in einer klösterlichen Gesellschaft gesucht hat. Seine staatsrechtlichen Theorien entnimmt er den von den dominikanischen Juristen fortgebildeten Lehren des Augustinus. Seine Methode, auch die gegnerische Ideologie und ihre realen Kräfte der eigenen Zielsetzung einzugliedern, indem sie ihres tatsächlichen Inhaltes entkleidet werden, entspricht dem methodischen Opportunismus der jesuitischen Geschichtsschreibung. So ist Franzels Weltbild innerhalb des katholischen Rahmens ein eklektisches, aber es ist in allen wesentlichen Bestandteilen katholisches Denken und katholische Geschichtsauffassung.

Schlimmer noch: gleichgültig ob er vor ihm bestehende Geschichtslegenden übernimmt oder neue prägt, die Methode, nach der er verfährt, ist klerikale Geschichtsklitterung. Franzel redet von der germanischen Reichsidee, er läßt sie an der einbrechenden Geldwirtschaft scheitern; aber er erklärt nicht den Widerspruch, daß in dem früheren Mittelalter, in dem doch die deutschen Stämme die Träger dieser Idee gewesen sein sollen, die deutsche Kaisermacht keinen schlimmeren Feind gehabt hat als die unabhängigen deutschen Stämme. In dem mystischen Drang der deutschen Kaiser nach Rom sieht er die Bekräftigung des Dranges nach dem „Gottesreich“, von der sehr realen Anziehungskraft Italiens auf die deutschen Kaiser, von den Steuereinnahmen aus den oberitalienischen Handelsstädten, um die sie mit den Päpsten gerungen haben, spricht er kein Wort. Franzel vertreibt die Legende der reinen Naturalwirtschaft bis ins deutsche Hochmittelalter. Schon die Kenntnis der Literatur dieser Periode, von den Ergebnissen der ökonomischen Quellenforschungen ganz zu schweigen, hätte ihn über die ungeheure Bedeutung des Gold- und Schatzbesizes für das mittelalterliche Leben belehren können. Franzel läßt Städte und Marktwirtschaft „aus wilder Wurzel“, also plötzlich, anorganisch im XIII. Jahrhundert entstehen. Schon die Lektüre des von ihm zitierten Lanprecht — von Dopsch ganz zu schweigen — hätte ihm beweisen müssen, daß es kein Jahrhundert des frühen Mittelalters gegeben hat, in dem nicht die Beherrschung der Marktplätze das wichtigste Ziel aller Kämpfe gewesen ist; daß die Städte organisch aus den Märkten entstanden sind, sobald das Ende der Normannen- und Ungarncinfälle die ungestörte städtische Entwicklung garantiert hat. So leistet er es sich, von angeblichen Bauernaufständen für Heinrich IV. zu reden, aber den historisch zweifelsfreien Aufstand der nieder-rheinischen Städte für diesen Kaiser am Ende des XI. Jahrhunderts einfach zu verschweigen.

Er spricht von der christlichen Latinität, die die Trägerin der klassischen Geistigkeit ins Mittelalter gewesen ist. Er erwähnt nicht, daß die wirklichen Bewahrer der antiken Kultur die arabischen Gelehrten waren, daß die griechischen Philosophen von den Mönchen des XII. Jahrhunderts aus dem Arabischen ins Lateinische rückübersetzt wurden. Ebensovienig erwähnt er, daß die Hochblüte seines „gotischen Geistes“, ritterliche Kultur und Lebensformen ihr Vorbild an den maurischen Fürstenhöfen Spaniens gefunden haben, von wo aus sie über die Provence allmählich die mitteleuropäischen Fürstenhöfe erreichten, so wie bis zum X. Jahrhundert die byzantinische Kultur das formende Vorbild des Abendlandes war, wofür die Dokumente der karolingischen Periode zeugen. Schreibt so einerseits Franzel der Kirche eine geistige Funktion zu, die sie in jener Periode nicht erfüllt hat, so verschiebt

er dafür ihre Rolle als Trägerin der materiellen Kultur der Antike im frühen Mittelalter. Er spricht von der Dreifelderwirtschaft, dem Wein- und Obstbau, weil das in das Bild paßt, das er von der Kirche — den Klöstern besonders — entwerfen will. Er spricht aber kein Wort von der überragenden Rolle der Kirche im Siege der Geldwirtschaft über die Naturalwirtschaft. Er erwähnt nicht die Rolle der Kirche im Kampfe um die Verwandlung der Naturalabgaben in Geldabgaben; nichts von der konkreten Ursache des Investurstreites, der Frage nämlich, ob die Bischöfe ihre Gebühren für ihre Einsetzung an den Kaiser oder an Rom abzuführen haben; nichts von der rationellen Ertragswirtschaft, die im Gegensatz zur feudalen Bedarfleckungswirtschaft seit dem IX. Jahrhundert auch in den deutschen Klöstern heimisch zu werden begann. Ebenso erwähnt er nicht, daß die Kirche die Begriffe, auf denen sich der moderne Kapitalismus aufbaut, unverändert aus der römischen Geld- und Kreditwirtschaft ins Mittelalter übernommen hat: die kameralistische Buchhaltung, das Pfand- und Wechselrecht, die Handelsgesellschaft und schließlich das römische Zivilrecht überhaupt mit seiner Verdinglichung des Leistungsbegriffes: die ersten katholischen Universitäten waren Juristenschulen, nicht Theologenschulen! Es ist daher auch nicht weiter zu verwundern, daß Franzel nicht von der Rolle des päpstlichen Hofes in Avignon im XIV. Jahrhundert als internationalen Bankier und Wucherer spricht, und daß er von Thomas von Aquino offenkundig nur vergessen hat, daß eben dieser die erste bürgerliche Nationalökonomie des Marktes, des Preises und der Ware geschrieben hatte.

Was hat nun, nach alledem, Franzels Buch mit dem sozialistischen Kampfe der modernen Arbeiterbewegung zu schaffen? Auf die konkrete Frage nach dem sozialökonomischen Inhalt der neuen Gesellschaftsordnung gibt er die für jeden Marxisten selbstverständliche und in dieser Form inhaltsleere Antwort, daß sie keine proletarische, sondern eine sozialistische Welt sein soll. Zu den Fragen, um die es heute wirklich geht: Erkämpfung der klassenlosen Gesellschaft, Beseitigung der gesellschaftlichen Grundlagen der Ausbeutung und des Ungeistes, nimmt Franzel überhaupt nicht Stellung, es sei denn, seine gesellschaftlichen Ansichten seien durch das Idealbild seiner mittelalterlichen „solidarischen“ Gesellschaft, in der „Arm und Reich“ notwendige gesellschaftliche Funktionen einnehmen, genügend gekennzeichnet. Es bleibt also übrig eine Verwendung des Wortes Sozialismus für politisch-gesellschaftliche Auffassungen, die mit der Zielsetzung und dem notwendigen Inhalt der sozialistischen Arbeiterbewegung nichts zu tun haben. Aber in der heutigen Zeit hat es eine besondere Bedeutung, wenn so durch eine mystisch gerichtete Geschichtsauffassung eine sehr unmystische gesellschaftliche Kraft gerechtfertigt wird, deren Realität für uns die Kanonen und Henker des österreichischen Februar, des asturischen Oktober sind und deren subtilere geistige Tätigkeit die faschistischen Staaten gegen den „ bolschewistischen“ Feind stützt.

Die subjektiven Motive des Autors mögen unanfechtbar, seine Blickrichtung eine gänzlich andere sein; objektiv aber ist sein Buch der Versuch, von einem organisatorischen Standort in der Arbeiterbewegung aus eine faschistische Ideologie, die nationalsozialistische, durch eine andere, logisch im ständigen Faschismus wüthende zu ersetzen. Aber hat man einmal auf der Flucht vor marxistischem Realismus den Sprung in die mystischen, irrationalen Gedankengänge, in eine nach rückwärts gerichtete Kulturphilosophie ohne konkreten gesellschaftlichen Inhalt getan, dann ist der Weg vom Geismythos zum Blutmythos schon ungleich weniger schwierig — und für das politische Ergebnis nicht einmal unbedingt notwendig. Deshalb ist die Ideologie dieses Buches, weil es in einer Arbeiterbewegung wirkt, die heute eine Schlüsselstellung im Kampfe gegen den Faschismus hält, eindeutig zu bekämpfen vom Standpunkt zwar nicht der „abendländischen“, aber der sozialistischen Revolution.

Paul Marosch.

## Nationalismus und Sozialismus in Indien.

Für die Kenntnis des englischen Herrschaftssystems in Indien — also für die Prognose des britischen Weltreichs und der innerenglischen Umschichtung — und für das Verstehen der sozialen, politischen und ideologischen Entwicklung des indischen

Nationalismus — also für die Erforschung des Nationalismus überhaupt — ist ein Buch von höchster Bedeutung, das vor kurzem in englischer Sprache veröffentlicht wurde und sogar in England selbst einigermaßen die Kruste der traditionellen Kritikalosigkeit durchbrochen hat. Jawaharlal Nehru, lange Zeit Sekretär des Allindischen Nationalkongresses, als dieser von Gandhi beherrscht war; siebenmal — bisher — von der indischen Regierung in langer Kerkerhaft gehalten; von den Kommunisten oft als bourgeois Nationalist, von den bourgeois Nationalen mit allerdings weit größerem Recht als radikal-sozialistischer Einzelgänger getadelt; außer Gandhi der Mann mit dem größten Masseneinfluß in der indischen Freiheitsbewegung, aber nicht wie jener mit religiöser, sondern durchaus vernunftgemäßer Propagandamethode; einsam in seinem Lande durch seine englische Universittserziehung und jetzt noch viel stärker durch seine Selbsterziehung zum bewußten Marxismus; dieser Mann, der vor kurzem aus eigener Stärke wieder zum Präsidenten des Allindischen Kongresses gewählt wurde und dort die Rede des kommenden indischen Sozialismus gehalten hat, schrieb in seinem letzten Kerker eine Selbstbiographie.\*)

Die Form der Selbstbiographie verhindert eine systematische Behandlung des geschichtlichen Ablaufs, aber sie erlaubt Ausflüge in alle Problemgebiete, die eine Rolle im geistigen Leben des Verfassers gespielt haben, also vor allem eine Darlegung seiner Meinungen. Wer eine Tatsachendarstellung über die indische Freiheitsbewegung der letzten 40 Jahre sucht, wird darüber in Nehrus Buch wichtiges Material, doch nicht mehr finden. Aber Nehru gibt etwas mindestens so Wesentliches: er stellt an seiner eigenen Entwicklung die ideologische und politische Entwicklung und Differenzierung innerhalb der indischen Nationalbewegung dar. Daß dabei das Bild der eignen Persönlichkeit mit einer ehrlichen und unbefangenen Selbsterforschung dargestellt wird, macht den Eindruck der intellektuellen und moralischen Stärke, der klaren und gebändigten Intensität des Mannes um so großer. Allerdings, es ist das nicht ein Buch der Lebensbeichte, sondern ein höchst politisch-pädagogisch angelegtes Werk. Es richtet sich wohl vor allem an die nationalrevolutionären jüngeren Generationen Indiens, an jene Generationen, in denen Nehru aus den sozialen Widersprüchen der Nationalentwicklung seines Landes gewisse faschistische Tendenzen auftauchen sieht und die er selbst zur sozialistischen Konzeption erziehen will. Viele Wiederholungen, viele Betrachtungen des Buches wirken, als ob sie Niederschriften der stummen und sorgsam aufgebauten Reden wären, die jeder politische Gefangene in seiner Zelle an „die draußen“ hält. Aber gerade diese Erörterungen an die Adresse eines nicht genannten Gegners machen das Ringen deutlicher, das das ganze Buch durchzieht: Nehrus historische Auseinandersetzung mit Gandhi.

Mit großer Eindringlichkeit stellt Nehru dar, wie Gandhi zwar als Person eine mit gewöhnlichen Maßstäben nicht zu messende, aus der Einheitlichkeit seines Wesens und der Reinheit seines Willens fließende Wirkung auf die ihm Nahestehenden hat, wie aber seine ungeheure Massenwirkung durchaus nicht mit mystischen oder religiösen Qualitäten zusammenhängt, durchaus nichts Geheimnisvolles an sich hat. Gandhi ist für ihn der Mann, der in genialer Obersteigerung das Denken des indischen Bauern reproduziert, der in seiner neueren Struktur identisch mit diesen Bauern ist, wie sie eben heute sind, daß er die Wandlungen in der Massenstimmung im vorhinein unglaublich erfhlt und in durchaus bäuerlich-rechnende Realpolitik mit einem bewußten Oberbau religiöser Mystik umsetzt. Gandhi ist für ihn derjenige, der die indische nationalistische Bewegung zuerst zu einer Massenkraft gemacht hat. Aber nicht, weil er ein Übermensch ist, sondern weil seine Taktik, seine Ideologie in einer ganz konkreten Entwicklungsphase nach dem Krieg mit einer tiefgehenden, aus der wirtschaftlichen Strukturveränderung fließenden sozialen Unrast zusammenfiel und weil damals seine Lehre des gewaltlosen Widerstandes verständlich, durchführbar und die einzige zusammenfassende und dabei mobilisierende Politik war.

Die Führung der indischen nationalen Bewegung vor Gandhi, in der der Vater Nehrus, Pandit Motilal Nehru, eine hervorragende Rolle spielte, hatte den gemäßigten Charakter, die unfanatische und unreligise Färbung einer großbourgeois Be-

\*)Jawaharlal Nehru, An Autobiography, John Lane The Bodley Head, London 1936. 307 Seiten.

wegung. In Nehrus Worten: „Eine Handvoll an der Spitze ohne Föhlung mit den Massen, ohne die Fähigkeit, in wirtschaftlichen Begriffen zu denken, es sei denn in den Begriffen des neuen Großbürgertums (oberen Mittelklasse, wörtlich), welches Raum für seine Expansion und kleine soziale Reformen wollte, die das Kastensystem schwächen und die das Wachstum hindernden alten sozialen Formen beseitigen sollten.“ Gegenüber dieser Richtung waren die radikalen Nationalisten durch ihre stärkere religiöse Betonung sozial-reaktionär. In der bengalischen Bewegung, die im Zentrum der neuen Industrie 1906 unter Tilaks Führung mächtig wurde, war zum ersten Mal das „politische Monopol der Bourgeoisie“ durch das Kleinbürgertum durchbrochen. Die gewaltigen Strukturveränderungen durch den Krieg, die Verselbständigung und Industrialisierung, behandelt Nehru nur an Hand ihrer Wirkungen, als nach dem Krieg die große Periode der sozialen Unruhe einsetzt: Unruhe in den Mittelschichten, die nach der Kriegskonjunktur einen größeren Sektor darstellen und nach Selbstbestimmung drängen, Unruhe unter den Bauern durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft, durch die Zwangsrekrutierungen, Unruhe unter der Bourgeoisie, deren wirtschaftliche Selbständigkeit gestiegen ist, der politische Macht von der englischen Regierung in Aussicht gestellt wurde. Der Allindische Kongreß steht hilflos vor der Radikalisierung, die Nehru selbst mitgerissen und auch seinen Vater beeinflusst hat. In dieser Situation, die noch querspalten ist durch das bekannte und schwierige Problem der Religionsgemeinschaften, der konfessionellen Gegensätze zwischen Hindus und Mohammedanern, verkündet Gandhi die allgemeine Taktik des „bürgerlichen Ungchorsams“. Dabei steht hinter ihm die aus der Agrarkrise heraus spontan entstandene Bauernbewegung, die in ihren praktischen Formen Bewegung gegen Steuern und Abgaben sein muß — da kann vor allem die Parole der Gehorsamsverweigerung wirken. Das ist das Jahr 1920, das Jahr des berühmten Massakers von Amritsar. Dieser Zusammenstoß mit dem englischen Gewaltapparat bringt Gandhi dazu, sich formell in den Kongreß einzureihen und dort die Führung an sich zu reißen; seine Taktik der gewaltlosen Nicht-Zusammenarbeit mit der Fremdherrschaft wird zur Gesamtpolitik einer Nationalbewegung, die uneinheitlich immer nur eine dünne Schicht der gewaltigen und nicht nationalbewußten oder revolutionären Masse mobilisiert und sich viel zu schwach fühlt, eine revolutionäre Steigerung politischer Kämpfe durchzuführen. So erklärt Nehru die Annahme der religiös begründeten Taktik Gandhis aus gänzlichen unreligiösen, sozial-ideologischen Gründen, und zwar ebenso die Annahme dieser Taktik durch den Allindischen Kongreß, wie durch die dumpf vorwärtsflutende Bauernschaft, wie durch ihn selbst und seinen liberal-rationalistischen Vater, der für diese non-cooperation ist, weil sie eine Form wirksamer Aktion und offenbar die derzeit einzige solche ist. Jawaharlal Nehru aber erlebt in diesem Jahre 1920 die für ihn entscheidende Begegnung mit den unterdrückten Massen der Bauernbewegung, in der er von nun ab, mit seinem leidenschaftlichsten Anteil tätig, zum Sozialrevolutionär wird. Er selbst sagt von sich, daß er bis dahin ein Bourgeois mit vagen, utopisch-sozialistischen Vorstellungen gewesen sei, und er betont immer wieder, daß er sich durchaus seiner Verschiedenheit — der Verschiedenheit des hochkastigen Brahmanen, des in England erzogenen intellektuellen Einzelgängers, des gesicherten Bürgers — von diesen Massen bewußt ist, die ihm vertrauen lernen und deren Führer in sozialen Kämpfen er zu werden beginnt. Er sagt zu Ende des Buches einem seiner Kritiker: „Er hat vollkommen recht, zu sagen, daß ich das Massenfühlen nicht vertrete.“ Er ist freilich nicht Massenführer in der Art Gandhis, der doch gerade nach Nehrus Auffassung „der symbolische Ausdruck der verworrenen Wünsche des Volkes ist“. Der Nehru selbst bewußte Bewußtseinsunterschied, seine bewußt sich gestaltende Zielvorstellung macht ihn vielmehr zum revolutionären Führer, als die nächste Periode der großen Agrarkrise im Gefolge des Preisfalls der Weltkrise von 1929 kommt.

Inzwischen aber ist es noch Gandhi, dem sich auch der junge Nehru unterordnet, ohne je die religiös-mystische Begründung seines Handelns für sich zu akzeptieren. Gandhis Wirkung ist zunächst eine tatsächlich vorwärtstreibende. Der Nationalkongreß von 1921/22 ist schon eine Vertretung der unteren Mittelschichten, mit beginnendem ländlichen Einschlag; das Englische wird als Verkehrssprache vom Hindostani abgelöst, die englische Tracht vom selbstgesponnenen Kadhi. Diese gandhistische

Uniform ist übrigens ein nicht bedeutungsloses äußeres Mittel, die rasch wachsenden Klassenunterschiede in der neuen Bewegung zu verwischen, ein Einheitsgefühl herzustellen. Vor allem aber gibt der erfolgreiche Boykott der Privilegienwahlen, die erfolgreiche und sichtbare Massenbewegung dieser Nicht-Zusammenarbeit mit den Engländern der Massen ein neues Selbstgefühl, der englischen Herrschaft den empfindlichen Eindruck verlorenen Prestiges. Die Initiative ist in dieser Zeit beim Nationalkongress. Dagegen reagieren die englischen Beamten allmählich mit hysterischen Akten, die vor allem aus der neuen Unsicherheit und dem gänzlichen Unverständnis für die unentrinnbare Entwicklung entspringen. Diese Beamten, die Engländer überhaupt „machen nie einen Versuch, diesen etwas banalen und sehr ungeheimnisvollen Menschen, den Orientalen, zu verstehen“, weil sie von den Gedanken des Geheimnisvollen ausgehen und sich nicht vorstellen wollen, daß die psychologischen und gesellschaftlichen Grundgesetze für beide Teile gleich gelten. Viel eher neigen sie dazu, das Wirken von Geheimgesellschaften hinter der „Flotte“ zu suchen, was folgerichtig zu den unzähligen Verhaftungen führen mußte.

Andererseits war tatsächlich die indische Bewegung in diesem entscheidenden Abschnitt nicht konsistent. „Da war eine seltsame Mischung von Nationalismus, Politik, Mystizismus, Fanatismus. Hinter alledem waren Agrarunruhen und in den Großstädten eine aufsteigende Arbeiterbewegung, Nationalismus und ein vager, aber intensiver, das Land umspannender Idealismus versuchte alle diese verschiedenartigen, einander oft ausschließenden Mißstimmungen zusammenzuspannen und dies gelang ihm in einem bemerkenswerten Grad. Aber dieser Nationalismus selbst war eine zusammengesetzte Kraft und hinter ihm konnte man einen Hindu-Nationalismus, einen mohammedanischen Nationalismus (der zum Teil über die Grenzen Indiens zielte) und, mehr in Übereinstimmung mit der Zeitströmung, einen indischen Nationalismus unterscheiden. Im gegebenen Zeitpunkt überdeckten sie sich und zogen alle in einer Richtung.“ Die mitreibende Kraft dieses „vagen Idealismus“ oder vielmehr der hinter ihm wirkenden Kräfte förderte freilich eine klare Selbstkritik nicht und selbst Nehru, der immer Kritische, scheint sich damals willig den Stimmungen hingeben zu haben: „Wir vergaßen, daß ohne eine bewußte Ideologie und Zielsetzung die Energie und Begeisterung der Massen sich weitgehend in Rauch auflösen muß.“ Während Gandhi „herrlich unbestimmt von der Selbstherrschaft sprach“, warfen sich die Jungen ausschließlich in die Agitations- und Organisationsarbeit des Tages, gingen aufs Dorf wie die russischen Frührevolutionäre und wurden durch die „Orgie von Verhaftungen und Verurteilungen“, mit denen die indische Regierung den Besuch des Prinzen von Wales feierte, aufs tiefste in Verwirrung gebracht. Und während zehntausend der aktivsten Kongresspolitiker und Massenföhler im Gefängnis saßen, hob Gandhi — noch in Freiheit — nach einem blutigen, seiner Religion der Gewaltlosigkeit widersprechenden Dorfzwischenfall plötzlich den „bürgerlichen Widerstand“ auf, der die aktive Ergänzung der „Nichtzusammenarbeit“-Politik im Rahmen der gewaltlosen Methode gewesen war. Damit fiel die Bewegung in sich zusammen, die Regierung zog die Initiative an sich und verhaftete, als äußeren Ausdruck dafür, Gandhi. Das war im Jahr 1922.

Es scheint mir der Mühe wert, den Untersuchungen Nehrus an dieser Stelle nachzugehen, denn der Schock dieses Rückschlages war ihm zugleich der Anlaß für die Überprüfung der politischen Methoden. Es wird aus dem vorliegenden Buche nicht ganz klar, wie weit Nehru und sein Kreis damals schon eine bewußte Analyse versuchten. Dieses Abblasen der Gehorsamsverweigerung erklärt Nehru bei Gandhi daraus, daß dieser den richtigen Instinkt für das Nachlassen in den Massen selbst und für die unvermeidlichen Folgen gehabt, und daß er das alles nur mit wenig überzeugenden religiösen Argumenten begründet habe. Die Kongresspartei und die revolutionäre Jugend aber hatte Gandhis Prinzipien aufgenommen als eine „dynamische“, eine wirksame Methode, als eine politische Taktik zu bestimmten Zwecken, nicht als Religion. Von dieser Seite begann ihre Argumentation. Da gewalttätige Einzelfälle immer wieder kommen mußten, durften sie entweder die Anwendbarkeit der Methode nicht stören — oder sie machten die Methode unanwendbar bis zu dem utopischen Zeitpunkt, wo die dreihundert und etlichen Millionen Indicus zu neuen gewaltlosen Menschen gemacht worden wären. Die religiöse Begründung Gandhis entfremdete ihn

so offenbar einen Teil der politisch denkenden Aktivisten. Dagegen sieht Nehru von einem gänzlich anderen Standpunkt aus den Abbruch der Widerstandsbewegung dennoch für berechtigt an. Die Kongreßbewegung war infolge der Verhaftungen desorganisiert, die Massen ohne Kader und ohne klares Bewußtsein. Eine Serie von Gewalttätigkeiten war unvermeidlich, ebenso deren blutige Unterdrückung durch die Regierung und der folgende Terror. Ein solcher Rückschlag hätte nicht zu einer Klärung und Versteifung der Bewegung geführt, weil sie damals nur eine Massenstimmung für ein unbestimmtes „Swaraj“ (Selbstherrschaft) war ohne klare Ideologie, aber mit einer bestimmten gewaltlosen Kampftechnik. War so der Abbruch der Kampfhandlungen berechtigt, so war ihre Begründung gefährlich und brachte eine gewisse Demoralisierung: das Ventil war versperrt, die Spannungen machten sich durch die Aktionen der reaktionären Religionsgemeinschaften Luft. Der Verfall der einigenden Kongreßbewegung setzte die einander widerstrebenden Sonderinteressen frei. In dieser Betrachtungsweise zeigt sich schon Nehrus neue analytische Methode an.

Als Nehru im Jahre 1923 das Gefängnis verließ, war die Freiheitsbewegung in verschiedenen Richtungen zersplittert, die Frage der Beteiligung an den parlamentarischen Körperschaften stand — in Reaktion gegen die gescheiterte direkte Aktion — auf der Tagesordnung. Wenn sich Nehru damals zum Haupt der Stadtgemeinde Allahabad machen ließ und für Jahre in die kommunale Arbeit stürzte, so betrachtet er das selbst im nachhinein als eine Flucht vor quälender Unklarheit, vor seinem Zweifel an Gandhis Führung und vor seiner Unsicherheit gegenüber den „neuen Ideen“, den sozialistischen Problemen. Innerhalb des Allindischen Kongresses, dessen Sekretär Nehru bald wurde, bildeten sich zwei neue Gruppen, von denen die eine konservativ-gandhistisch für Boykott, die andere, die Swarajisten, für eine „Opposition von innen“ in den legalen Körperschaften war. Während Nehrus selbst für die volle indische Unabhängigkeit eintrat, rückten die Liberalen immer weiter zu einer Begeisterung für die britische Reichsidee ab. Nehru betont bei seinem Bericht über die damaligen Differenzen zwischen Gandhi und der swarajistischen Richtung seines Vaters, daß es bis heute falsch sei, von einem Abnehmen der Popularität Gandhis bei den Massen zu sprechen, daß es aber ein Auf und Ab in dessen Einfluß auf die Intelligenz gäbe. Noch immer habe er einen überragenden Einfluß, zum Teil allerdings, weil kein anderes wirksames Programm vorhanden sei: „Das sozialistische Programm ist noch wenig bekannt und es erschreckt die bourgeois Mitglieder des Kongresses.“

Nehrus eigene politische Entwicklung wird — was man freilich in seinem Buch nicht lesen, nur herauslesen kann — von steigender Bedeutung in der tiefen Verwirrung, die die indische Freiheitsbewegung in der Periode zwischen den beiden Wirtschaftskrisen beherrscht. Immer deutlicher wird es, daß die volle nationale Unabhängigkeit bei den bürgerlichen Nationalisten keineswegs ein Ideal ist, das sie nicht abkaufen lassen. Vielmehr wird die Selbstverwaltung innerhalb des britischen Imperiums für sie eine verlockende Vorstellung in dem Maße, als das formale Ziel nationaler politischer Freiheit unter dem Druck der sich formierenden Arbeitergruppen und unter dem Einfluß der einzigen politischen Neukonzeption, nämlich der sozialistischen, sozialrevolutionären Inhalt anzunehmen droht. Die andere Konzeption, die Gandhis, — der sich höchst bezeichnend auf rein religiöse Propaganda zurückzieht — ist als politische Kraft, wenn auch nicht als Ideologie, zerschlagen worden durch den ersten großen Zusammenbruch der gewaltlosen Aktion, und kann auf die Dauer die einigende Funktion nicht zurückgewinnen, da die soziale und klassenmäßige Differenzierung der nationalen Partei, des Allindischen Kongresses, schon zu weit fortgeschritten. Der „Kommunalismus“, das System der starren Religionsgemeinden der Hindus und Moslem, wird ein Ventil für verschleierte soziale Konflikte; die „kommunalistischen“ Führer, diese bewußt reaktionäre Schicht, gewinnt neuen Einfluß nicht ohne englische Hilfe. Terroristische Gruppen tauchen auf, sie schaffen tapferste Märtyrer, aber auch für ihre Wirksamkeit ist die Klassenbewegung schon zu weit fortgeschritten, die Möglichkeit anderer Politik zu groß. Die Arbeiterbewegung selbst ist keine geschlossene Kraft, sie hat keine einheitliche sozialistische Ideologie entwickelt. Die Gewerkschaften sind gespalten bzw. zerfallen, in Zeiten, wo die organisatorische An-

näherung durchgeführt ist, in reine Trade-Unionisten nach englischem Muster und in radikale Gruppen, bei denen kommunistischer Einfluß in der Führung vorwiegt. Sozialistisches Denken, das sich in Intellektuellenkreisen langsam und unklar, durch Anregung vom Marxismus her, regt, hat keinen organisatorischen Träger. Dazu kommt, daß die soziale Umwälzung in Indien notwendig eine Agrarrevolution vor allem anderen sein muß, daß sie die Bauern bewegen und mit dem Kader der Arbeiter zusammenschließen müßte — die selbst noch kein Kader sind. Nehru hat sich in diese Arbeit eingeschaltet, nachdem er sehr starke sozialistische Anregungen und Eindrücke auf einer Europa- und Sowjetrußlandreise empfangen hat. Im Jahre 1928, im gleichen Jahre, wo ihn in einem typischen Manöver Gandhi zum Präsidenten des Allindischen Kongresses machen läßt, wird er auch vom Kongreß der Indischen Gewerkschaften zum Präsidenten gewählt. Er empfindet diese Wahl zwiespältig. Einmal, weil er im inneren Kampf der Gewerkschaften den Standpunkt des revolutionären (mehr oder minder kommunistisch beeinflussten) Flügels für richtiger hält, selbst aber von den Gemäßigten gegen einen Arbeiterkandidaten vorgeschlagen wird und sich an sie durch die guten gewerkschaftlichen Qualitäten mancher ihrer Funktionäre gebunden fühlt; dann aber auch, weil er als Außenseiter und Intellektueller eine Rolle spielt, die in Wahrheit die Unselbständigkeit der Arbeiterbewegung beweist. Aber er übernimmt die Funktion mit dem Konzept, die Arbeiterbewegung „dem nationalen Kampf einzuliedern“ und den Nationalkongreß „sozialistischer, proletarischer“ zu machen. Was immer für Illusionen Nehru in diesem Stadium gehabt haben mag, die Krisenperiode, die von 1929 an auch Indien erschütterte, hat den Differenzierungsprozeß in der nationalen Bewegung beschleunigt und diese Illusionen zerstört. Nehru ging aus seinen nächsten Kerkerjahren mit der Überzeugung heraus, daß die nationale Befreiung nur eine soziale, eine sozialistische Revolution sein kann.

Widerum brachte die Agrarkrise und die Industriekrise eine Welle politischer Aktivität und wiederum nahm sie die Form des „bürgerlichen Ungehorsams“ und des „gewaltlosen“ Drucks an. Wieder begann die Bewegung als nationale Einheitsbewegung unter Gandhis Führung, der diesmal die Durchbrechung der Salzgesetze zur zentralen Parole erhob und neuerlich die Atmosphäre mystischer Begeisterung zu schaffen verstand. Als Nehru, wieder einmal aus dem Gefängnis kommend, die Wirkungen des Preissturzes auf die Landwirtschaft erkennt, leitet er in der Bauernschaft seiner Provinzen eine Steuerstreikbewegung ein, auf die seine neuerliche Verhaftung zunächst nur stimulierend wirkt. Diese Steuerverweigerung ist „in der Theorie keine Klassenparole“, da sie an die Besitzenden und die armen Pächter gleichmäßig gerichtet ist. Aber nur die Pächter halten durch; das macht aus der Forderung „keine Steuern“ das klassenmäßige „keine Pacht“. Diese wachsende Bewegung verlegt das Schwergewicht der Gesamtbewegung von den Mittelschichten der Städte weg auf das flache Land, vom politischen auf das soziale Gebiet. Der Nationalkongreß gerät unter den Druck der Massen.

Diese Periode fällt zusammen mit der ersten sogenannten Round Table-Konferenz, in der die britische Regierung — die zweite Labourregierung — die Besitzenden und konservativen Führungsschichten Indiens zur Beratung der indischen Verfassungsänderung berufen hatte. Während in Indien die Revolutionäre eingesperrt wurden, fanden sich zwischen den indischen Vertretern und der englischen Indien-Bürokratie genügend Berührungspunkte, um eine Annäherung an den Dominionstatus beider Indiens erstrebenswert erscheinen zu lassen. Die herrschenden Schichten Indiens „wünschten, daß die Engländer in Indien als entscheidender Faktor bleiben sollten, um die bestehende Gesellschaftsordnung und die bestehenden Besitzinteressen zu sichern“. Die Freiheitsbewegung freilich fühlte — in Wahrheit durch den Druck der sozialen Gärung — so sehr ein Bewußtsein zunehmender Kraft, daß sie zunächst in allen Teilabmachungen Chancen für die Weiterentwicklung sah. So konnte Gandhi den bekannten Delhi-Pakt mit dem Vizekönig abschließen, wobei die indische Regierung Verhandlungen über eine neue Verfassung versprach und dafür die politische Ungehorsamsbewegung abgebrochen wurde. Auf Seite der englischen Bürokratie in Indien wurde selbst das als Prestige-Verlust angesehen. Aber die indische Bewegung geriet in Unordnung. Was war nun das politische Ziel? Die Agrarunruhen

gingen weiter. Nehru selbst drückte auf der nächsten Tagung des Nationalkongresses Resolutionen durch, die, nach seiner eignen Meinung, „einen sehr kleinen Schritt in sozialistischer Richtung durch die Stellungnahme für eine Nationalisierung der Schlüsselindustrien“ enthielten. Aber es fehlte die Konzeption für die weitere politische Aktion. Die Konfessionsstreitigkeiten wuchsen. Die soziale Unrast wuchs. Die englischen Beamten hielten den Waffenstillstand nicht und warteten ihrerseits den indischen Revolutionären bei jedem sozialen Konflikt dasselbe vor. 1930 war wiederum für eine gewisse Zeit die nationale Bewegung mit den „wachsenden sozialen Kräften zusammengefallen“, war die aus nationalistisch-politischen Gründen beschlossene Bewegung des „Ungehorsams“ ein Ausdruck für die tiefe Gärung in dem Agrarsystem geworden. Aber die komplizierten Verhandlungen, die 1931 bei der zweiten Round Table-Konferenz in London begannen, zeigten neuerlich die Spannung zwischen dem politischen Bewußtsein der führenden nationalen Gruppen und den unklaren revolutionären Kräften. Zu dieser Konferenz fuhr Gandhi. Aber sie fand unter ungünstigsten Umständen statt. Es wird schon so gewesen sein, daß die Agrarunruhen und die in der Luft liegenden sozialrevolutionären Ideen dazu halfen, daß auf dieser Konferenz die englische Reichsbürokratie systematisch den Weg einschlug, jene neue Verfassung vorzubereiten, in der sie in gegenseitiger Hilfe mit den reaktionärsten Gruppen Indiens und in Bestätigung der schamlos mittelalterlich regierenden indischen Fürsten den bestehenden Zustand sichern zu können glaubt. Die Konferenz selbst verlief im Sand. Noch ehe Gandhi nach Indien zurückgekehrt war, brachen Unruhen aus und der Waffenstillstand endete in einer Verhaltungswelle, bei der Nehru eines der wichtigsten Opfer war. Der Nationalkongreß und seine Bewegung wurden in die Illegalität gedrängt. Die wieder aufgellammte Ungehorsamsbewegung verlief.

In seinen Kerkerjahren, die ihn von äußerer Aktivität fernhielten, studiert nun Nehru den marxistischen Sozialismus systematischer als bisher und fixiert seinen Standpunkt. Er ist revolutionärer Sozialist, Kommunist im Sinne des kommunistischen Manifestes; er lehnt den Reformismus ab, wenn er sich auch Freiheit der Kritik gegenüber Sowjetrußland (das er dennoch als die größte Hoffnung ansieht) und vor allem gegenüber dem dogmatischen Kominternkommunismus bewahrt. Die Anwendung der Methode des dialektischen Materialismus gibt ihm allein die zureichende Erklärung gerade der Erlebnisse der Weltkrise und der Richtung, in der die eigene Arbeit einzusetzen hat. Solange in Indien nicht politische Freiheit erreicht wurde, wird der Nationalismus die beherrschende Triebkraft bleiben, bis dahin leiden sie alle an der vergiftenden Krankheit des Nationalismus. Gandhis Bewegung ist trotz dieses Führers rückständiger Ideologie, trotz der vage bourgeoisen Gesamteinstellung objektiv revolutionär gewesen. Die orthodoxen indischen Kommunisten haben eine falsche — die übliche — Verratschorie und analysieren die sozialen Kräfte nicht. Sie unterschätzen die aufrüttelnde und organisierende Wirkung der Kongreßparteien auf die Bauernschaft. Die bewußten Kapitalisten Indiens haben sich schon gegen die Kongreßbewegung losgelöst. Diese ist also im gegebenen Zustand der stärkste gesellschaftliche Motor; „künftiger Fortschritt, sei es ideologisch oder in der Aktion“, muß daran anknüpfen und sich nicht davon isolieren. Derzeit heißt Kongreßbewegung auch Gandhi. Aber es wird später eine Entwicklung nach schärferen Klassenlinien kommen. Dann wird sogar eine Spaltung des Kongresses ein Fortschritt sein, wenn eine straffe Gruppe, Minorität oder Majorität, ein zielbewusstes Programm der sozialen Umwälzung besitzt.

Mit dieser Erkenntnis hat Nehrus Selbstdarstellung den entscheidenden Punkt erreicht. Es kann hier nicht wiedergegeben werden (was typisch für seine pädagogische Art wie für die Ideologie seines Publikums ist), mit welchem vorsichtigen Takt, in wieviel Reflexionen, menschlichen Würdigungen, Darstellung seiner inneren Kämpfe Nehru diese seine neue und gegen so ungeheure ideologische Widerstände im Nationalismus kämpfende Auffassung einbettet. Was an Darstellung der indischen Ereignisse folgt, ist minder wichtig. Der Gegensatz zu Gandhi verschärfte sich sachlich vom Gefängnis aus. Gandhi beginnt seine religiös begründete Agitation gegen das System der „Unberührbaren“, eines jener Übel, das von der englischen Regierung aus Angst, konservative Widerstände zu erwecken (Angst vor dem Erwecken revolutionärer Widerstände pflegt sie nicht zu haben, da hier die Gewaltmittel gegeben erscheinen),

nicht bekämpft wurde und das, wie andere soziale Reformen, von einer Bewegung nicht wirksam bekämpft werden konnte, in der alles sich auf die Lösung des nationalen Problems konzentriert. Gandhi schuf damit eine diesmal deutlich religiöse Massenbewegung; sein Fasten und Beten erzeugte die Stimmung, in der man auf seine „Wunder“ wartete — eine Stimmung, die das Gegenteil von politischer Aktion begünstigt. Tatsächlich hatte sich auch Gandhi immer mehr gegen jeden „Umsturz“ abgegrenzt und auf die Erneuerung des indischen Menschen zurückgezogen. Damit aber begann er zu einer konservativen Kraft zu werden (was Nehru nicht mit diesen Worten, sondern als sich aufdrängende Konsequenz seiner immer neu wiederholten sozialen und massenpsychologischen Analyse ausdrückt). Die Beratungen der indischen Parteien zu dieser Zeit (1933), in der das bekannte folgenreiche Weißbuch mit seinen Vorschlägen für die jetzt schon gültige indische Verfassung herausgekommen war, zeigten eine tiefe Ratlosigkeit. Gleichzeitig verschärfte die indischen Behörden ihre Unterdrückungsmethoden — die in ihren Einzelheiten im Laute von Nehrus Erzählung noch um vieles schlimmer, weil methodischer, erscheinen, als man sie sich gemeiniglich vorstellt. Eine Einzelheit: die Berichte über die Nazibrutalitäten wirkten kurios auf die britischen Behörden; „neue Maßstäbe und Rekorde waren von den Nazi aufgestellt worden“, man hielt den indischen Revolutionären vor, daß es unter den Nazi noch schlimmer für sie wäre, und man fühlte sich in allem gerechtfertigt. Als in dieser Atmosphäre Nehru wieder einmal für eine Zeitspanne aus dem Gefängnis herauskam, konzentrierte er sich darauf, „die Aufmerksamkeit der Leute auf die sozialistische Theorie und die Weltlage zu lenken“. Dabei stieß er vor allem auf den Mangel an einem sozialistischen Zentrum. Salonsozialisten und -kommunisten herrschten vor, die Gandhi einfach als klerikalen Erzreaktionär abtaten und nicht sahen, wie tief er selbst noch in seinen letzten religiösen Kreuzzügen die eigentliche Orthodoxie erschüttert, wie sehr er revolutionäre Kräfte entfesselt hatte. So versperrten sich diese Ideologen den Weg zu den Massen. Für manche von ihnen war die „hohe Theorie“ ein Mittel zur Flucht in die Untätigkeit; und für alle gilt, daß der europäische Sozialismus die Indien beherrschenden Fragen, Nationalismus und bäuerliche Wirtschaft, nicht zureichend untersucht hat, also in seiner automatischen Anwendung als Doktrin, nicht freilich als Methode versagt. Die konkrete marxistische Analyse ist für Indien erst zu leisten.

In seinem nächsten, bis jetzt letzten Kerker macht Nehru das nächste und letzte Stadium seiner Überwindung des Gandhismus durch: er reiht ihn seiner Ideologie nach zu „quadagesimo anno“ ein. Er prüft seine Einstellung zu den konkreten Fragen von Streik bis zu den indischen Prinzipen, und findet überall die gleiche Anerkennung des Bestehenden, den Rückzug auf die Überredung. Dagegen nun bekennt er sich in dieser Selbstbiographie, die das Werk seiner letzten Kerkermonate ist, zum Kampf mit allen seinen Konsequenzen für eine klassenlose Gesellschaft, zum Kampf um die sozialistische Gestaltung Indiens.

Im Jahr 1935 wurde Nehru frei. Im Frühjahr 1936 wurde er, nicht mehr von Gandhis Gnaden, sondern aus eigener Kraft zum Präsidenten des Allindischen Nationalkongresses gewählt. Er hielt seine Rede nicht mehr als Vertreter der nationalistischen Bewegung, sondern als Führer des beginnenden indischen Sozialismus, der nun im Doppelkampf gegen den britischen Imperialismus und indischen Kapitalismus sich formen muß.

Dieses Buch ist also auf jeden Fall eine historische Tatsache und Leistung, wie immer man die einzelnen Darstellungen und Ideen bewerten möge. Es ist das Buch eines Marxisten, der durch seine politische und praktisch kämpferische Tätigkeit sich selbst zur theoretisch begründeten dialektischen Methode erzogen hat. Es muß durch die Darstellung der individuellen Entwicklung viele junge indische Intellektuelle zwingen, eine Analyse vorzunehmen, die ihnen neu ist, ob sie nun nationalistische oder kommunistische Dogmatiker sind. Dieses Buch hat aber meiner Überzeugung nach auch eine wichtige Funktion für uns europäische Sozialisten — abgesehen davon, daß dieses Stück neuer Marxismus, diese Überwindung eines sehr starken und hochstehenden religiös-nationalen Mystizismus ein wahrhaft ermutigendes Beispiel setzt.

In zwei Fragen liegt die Bedeutung des Buches für die europäische Arbeiterpolitik. Erstens darin, daß das Problem des „Indian Civil Service“, des englischen Staats-

apparats in Indien so aufgerollt wird, daß man den Kampf dieses gewaltigen Apparats um seine Existenz erkennt. Aber dieser Kampf um die Selbsterhaltung, das heißt, um die Aufrechterhaltung des britischen Empire in der heutigen Gestalt, mit Indien als Angelpunkt, wirkt viel mehr, als wir uns klarmachen, auf England und dessen Staatsmaschine zurück. Heute schon haben sich nicht nur Methoden, sondern auch Ideologie der englischen Herrschaft in Indien faschisiert. Wenn von innen (durch die unüberwindliche indische Verselbständigung) und von außen (im Mutterlande durch eine nicht-imperialistische Politik) die Existenz dieser Klasse, die sich ständig aus England ergänzt, bedroht wird — und sie fühlt sich schon bedroht — dann wirkt sich das aus in einer politischen und geistigen Umstellung, die die faschistische Gefahr in England selbst in freilich ungewohnter Form real macht. Die britische Reichspolitik beginnt ohnehin eine immer deutlichere Rolle in der internationalen Politik zu spielen. Diese Zusammenhänge zu untersuchen und in der englischen Arbeiterbewegung als Erkenntnis wirksam zu machen, ist von höchster praktischer Bedeutung. Zweitens aber: Nehru ist kein Parteikommunist und doch muß er sich jener Internationale viel näher fühlen, die nicht für die britische Reichspolitik mitverantwortlich ist. Die Brüsseler antiimperialistische Konferenz 1927 war, wie wir alle nicht zweifeln, eine der geschickt getarnten Propagandakonferenzen der Komintern — von unserem Standpunkt. Vom Standpunkt der nationalrevolutionären Bewegungen in den Ländern, deren Eigenleben von der Herrschaft eines fremden kapitalistischen Staates vergiftet und verzerrt wird, in denen jeder soziale Kampf durch das alles überragende Interesse an der nationalen Befreiung überdeckt wird, vom Standpunkt dieser Bewegungen war die Brüsseler Konferenz wenigstens ein Anfang, eine Ermutigung, eine Gelegenheit zur Klärung — das hat Nehru eindeutig in Erinnerung gerufen. Damals hat die sozialdemokratische Bewegung im Grunde das alles als etwas empfunden, was sich außerhalb ihrer Interessensphäre vollziehen muß. Es ist aber gar nicht so, daß die Komintern-Methoden in den kolonial-sozialistischen Ansätzen, von denen doch die Gestaltung einer entscheidenden Umwälzung abhängt, allein angemessen sind. Sie verhindern, Nehru deutet das höflichst an, sogar die Untersuchung der besonderen Eigengesetzlichkeiten und die Entwicklung eigener Methoden. Aber sie sind die einzige Form, in der doch Sozialismus hinkommt, da ein demokratischer Reformismus mit allen Gegebenheiten dieser Bewegung unvereinbar ist. Den revolutionären Marxismus — wie schon gesagt, den Kommunismus des Kommunistischen Manifests, der nie zur Schablone werdenden Analyse — hat sich Nehru selbst erarbeitet und die europäische sozialistische Theorie und Politik hat ihn dabei im Stiche gelassen.

Wir haben aber nicht nur mit europäischen Problemen, mit einem europäischen Faschismus zu kämpfen. Am Horizont zeichnen sich schon die Machtkämpfe ab, die aus der Krise der Weltwirtschaft entstehen und in denen der soziale Inhalt und die bewußte Führung der nationalen Freiheitskämpfe mit einer entscheidenden Rolle spielen werden. Da liegt eine Aufgabe, die der internationale Sozialismus außerhalb der Komintern nicht straflos weiter mit konservativen Begriffen und Formeln lösen kann.

M. M.

## Die tschechoslovakische sozialistische Literatur.

Die tschechische sozialistische Literatur besitzt keine großen originellen theoretischen Werke. Vor dem Weltkrieg war es die Aufgabe der Aufklärung der Arbeitermassen, der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und um die Autonomie der tschechoslovakischen Partei in der sozialdemokratischen Bewegung der österreichischen Monarchie, die die Theoretiker und Journalisten in der politischen Praxis absorbierte. Nach dem Weltkrieg konzentrierte die Sozialdemokratie alle ihre Kräfte auf die mit dem Aufbau der Republik verbundenen praktischen Probleme. Die internationale sozial-

demokratische Literatur wurde allerdings in der Bewegung aufmerksam gelesen, viele grundlegende Werke wurden vor dem Kriege herausgegeben. Die theoretisch-wissenschaftliche Revue „Akademie“ erscheint seit dem Jahre 1897, geführt durch eine Intellektuellengruppe, deren Mitarbeiter dann zum größten Teil in der Republik zu ihren führenden Staatsmännern wurden.

Viele Untersuchungen wurden bei uns darüber angestellt, warum der Marxismus in unserer Arbeiterbewegung nicht Wurzel gefaßt hat, in dem Sinn nämlich, daß er eine eigene literarische Produktion angeregt hätte. Eine der Ursachen liegt darin, daß Marx an Hand von Masaryks „Sozialer Frage“ (1898) studiert wurde und dadurch der Marxismus durch Masaryks Kritik als überholt erschien, bevor er in seinen Originalschriften noch richtig gekannt wurde. Noch heute — besonders stark kommt dies im wissenschaftlichen Universitätsbetrieb zum Ausdruck — heggen wir sehr oft der Auffassung von der Überwindung Marxens durch Masaryk; obwohl die weitere marxistische Forschung notwendig eine starke Korrektur an den Behauptungen Masaryks brachte und obwohl Masaryk selbst später einige seiner Einwände gegen Marx anders formulierte. Wir können sogar zwischen Masaryk und Marx manche Berührungspunkte finden und in Masaryks Konkrektismus und Realismus fruchtbare Einflüsse des Marxismus feststellen. Aus der unmittelbaren Teilnahme Masaryks an den Kämpfen der Arbeiterschaft können wir auch die Sympathie und die Begeisterung in der tschechischen Arbeiterbewegung für Masaryk erklären: Masaryk als Programm war gewissermaßen die nächste siegreiche Etappe des Arbeiterkampfes. Die Neigung der tschechischen Arbeiter zu realistischer Kleinarbeit, ihre Erfolge in der wachsenden Bewegung lenkten die Aufmerksamkeit von der theoretischen Produktion ab und entzogen ihr so den lobendigen Boden. Organisatorisch fehlte auch ein großes, initiativ wirkendes Verlagzentrum; der Verlag der Partei beschäftigte sich vorwiegend mit agitatorischen Aufgaben und auch die Dělnická Akademie, die Bildungszentrale der Arbeitervereine, hatte vor allem extensive Aufgaben zu erfüllen.

Wie ist die heutige Form der sozialistischen literarischen Produktion? Die Bewegung ist gewachsen, sie hat die Folgen der kommunistischen Spaltung im Jahre 1920 völlig überwunden, die Parteipresse hat im Zusammenhang mit ihrem Wachstum einen Stock geschulter Mitarbeiter gewonnen und bedeutenden Anteil an allen Zweigen des wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens der Republik genommen. Aber der Mangel an einem wissenschaftlichen Verlagzentrum dauert weiter an. Das Arbeiter-Forschungsinstitut bei der Dělnická Akademie in Prag steht in seinen Anfängen und ist aus finanziellen Gründen nur auf Quellenforschung beschränkt. Der Verlag der Partei ist in einem fortschreitenden ideellen Verfall ohne Führung, andere Verlagsversuche schlagen keine Wurzeln aus vielen Gründen (nicht zuletzt aus Mangel an Betriebskapital). Die Tschechische Sozialistische Partei (Tschechische Nationalsozialisten) hat den größten Presse- und Verlagskonzern der Republik, führt ihn aber nach rein kommerziellen Gesichtspunkten. Die kommunistische Partei schließlich hat einige Verlagsanstalten miteinander vereinigt, in welchen wir noch am ehesten auf theoretische sozialistische Literatur stoßen. Der größte Teil der bei uns herausgegebenen sozialistischen Literatur hat Gelegenheitscharakter, dient der Information und der historischen Betrachtung. Ökonomische und sozialpolitische Schriften — dies ist bemerkenswert — schreiben dabei hauptsächlich Sozialdemokraten. Sie geben sie in allen möglichen fortschrittlichen Verlagsanstalten heraus. In der Sozialdemokratie scheint, was als neue Erscheinung zu registrieren ist, in der letzten Zeit auch Aufmerksamkeit für die Geschichte und Persönlichkeiten der Bewegung wach zu werden. Das Problem Wirtschaftsplanung fand ein Echo in einigen Schriften, welche sich auf die Frage der Behebung und Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschränken. Die volkswirtschaftliche Kommission der Sozialdemokratischen Partei hat ein Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus veröffentlicht, welches Gegenwartsfragen unter Ausschaltung der grundsätzlichen sozialistischen Lösungen behandelt. Es konzentriert sich auf die Probleme der Währungsfrage, der Handelspolitik, der Konsumhebung, der Agrarwirtschaft, der Steuerreform und der öffentlichen Investitionen, mit Vorschlägen für deren Finanzierung. Auf dieser letzteren Frage liegt das Schwergewicht der gesamten Publikationen. Zur Popularisierung dieses Programms wurde eine weitere Schrift veröffentlicht: „Um die wirt-

schäftliche Erneuerung des Staates" (Za hospodářskou obnovu státu). Unter dem Titel „Was die Sozialisten wollen" (Co chtějí socialisté) erschien bisher in drei Auflagen der Entwurf eines Aktionsplans, ausgearbeitet von einer Gruppe volkswirtschaftlicher, sozialpolitischer, kulturpolitischer Mitarbeiter bei der Arbeiter-Forschungsstelle. Der Parteiöffentlichkeit wurde in dieser Schrift ein Forderungsprogramm vorgelegt, welches der Resignation und der Panik entgegenzutreten sollte, die in weite Kreise der Bewegung nach den deutschen und österreichischen Ereignissen eingetroffen waren. Man kann sagen, daß diese Zielsetzung des Entwurfes erreicht worden ist und daß er dem sozialistischen Denken durch eine Reihe von Anregungen und klar formulierten Schlußfolgerungen frischen Auftrieb brachte.

Einzelne Autoren analysieren in ihren Publikationen eine Reihe konkreter begrenzter wirtschaftlicher Fragen. Der Abgeordnete und Universitätsprofessor Josef Macek veröffentlicht seinen „Weg aus der Krise" (Cesta z krize) als eine ausführliche Untersuchung der Ursachen und Folgen der Krise. Die Lösung sieht er in einer neuen Währungs- und Finanzpolitik, in der Loslösung der Währung vom Golde und in „Operationen auf dem freien Markt". Ingenieur Jaromír Nečas, derzeit Minister für soziale Fürsorge, hat in dem Buch „Um Arbeit für Hunderttausende!" (Za práci statisčů) die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit mittels großzügiger öffentlicher Arbeiten vorgeschlagen, zu deren Finanzierung er gleichzeitig eine konkrete Methode angibt. Dr. Evžen Štern behandelt in seinem Buch „Krise und Arbeitslosigkeit" (Krise a nezaměstnanost) die Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei, die praktische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter. Ähnlichen Inhalt hat seine Publikation „Technischer Fortschritt, Arbeitszeit und Löhne" (Technický pokrok, pracovní doba a mzdy). Theodor Pistorius ist in der tschechischen volkswirtschaftlichen Literatur ein Vorkämpfer der Konsumpolitik. In seinem Buch „Was bedeutet der Verbrauch für das Wirtschaftsleben" (Co znamená spotřeba pro hospodářský život) stellt er das Verhältnis zwischen Konsum und Produktion fest, er belegt statistisch die Gesetze des Konsums und formuliert grundlegende Leitsätze für die sozialistische Konsumpolitik. Der frühere tschechoslowakische Gesandte in Wien, Zdeněk Fierlinger, behandelt in seinem Buch „Arbeit und Kapital" (Práce a kapitál) die Funktion des Geldes und Jar. Nebosád konfrontiert in „Neue Wege des Kredits" (Nových cestách úvěru) die Krisentheorien vom zentralen Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er fordert eine reine Kreditfinanzierung der öffentlichen Investitionen, d. h. ohne Mitwirkung des Sparkapitals im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Die marxische Krisentheorie ist der Ausgangspunkt für Jar. Čecháček in seinem Buch „Marx und die Theorie der Wirtschaftskrisen" (Marx a teorie hospodářských krisí). Er zeichnet darin das Profil der Wirtschaftskrise und ihre strukturellen Merkmale, und kommt zu dem Schlusse, daß die gegenwärtige Krise nicht das Ende des Kapitalismus bedeutet, selbst nicht bei gleichzeitiger Verschärfung der Klassengegensätze.

Die politische Literatur enthält vor allem aktuelle Broschüren über den Faschismus (eine gute Schrift ist „Internationaler Faschismus" [Mezinárodní fašismus], eine Kollektivarbeit, die eine Analyse des Faschismus, die Wertung als Ideologie und Faktor im wirtschaftlichen und politischen Kampf um die Macht liefert), über die Vorgänge in Deutschland und Österreich; eine Menge Agitationsliteratur wurde im vergangenen Jahr anlässlich der Parlamentswahlen veröffentlicht. Mit Broschüren arbeiten auch die Trotzlisten. Die Probleme der Sowjetunion werden in einer Großzahl propagandistischer und kritischer Literatur behandelt, Zdeněk Fierlinger hat bei uns die erste originelle und umfassende Untersuchung über den Aufbau der Sowjetunion veröffentlicht. In seiner Arbeit, die unter dem Titel „Sowjetrußland auf neuen Bahnen" (Sovětské Rusko na nové dráze) erschienen ist, deutet er als die Entwicklungslinie die Umgestaltung der Sowjetverfassung zur proletarischen Demokratie an. Instruktive, aber nicht gleichmäßig kritische und gleichmäßig wertvolle Arbeiten sind die Hefte der „Monografie SSSR", die unter Mitarbeit vieler tschechischer Fachleute erscheinen. Selbstverständlich erscheinen überdies die wichtigsten fremdsprachlichen sozialistischen Publikationen in tschechischer Sprache, die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki's Geschichte der russischen Literatur; neben

seinen älteren Schriften wurde vor kurzem auch Kautskys Briefwechsel mit Engels ins Tschechische übersetzt, usw. Die Kommunisten bringen überdies eine Fülle popularisierender Literatur über den Marxismus und die Sowjetunion heraus.

Unter den geistig selbständigen soziologisch-gesellschaftstheoretischen Werken ist in erster Linie J. J. Fischer mit seiner Kritik des Kapitalismus und seiner Theorie der Gesellschaftsstufung zu erwähnen. Ferner Čecháček mit seinem Buch „Die Auflehnung der Mittelschichten“ (Vzpouřa středního stavu), das eine Analyse der Lage der Mittelschichten in der kapitalistischen Gesellschaft und eine Darstellung ihrer „Rettungsfunktion“ gegenüber dem Kapitalismus enthält; die Lösung des Problems der Beziehungen zwischen Sozialismus und Mittelschichten scheint allerdings unbefriedigend. František Kraus behandelt in seiner Schrift „Die soziale Funktion des Rechts“ die Unterschiede zwischen den marxistischen Anschauungen und der reinen Rechtstheorie. Zu nennen sind hier ferner L. Svoboda (Philosophie in der USSR) und B. Koutník mit Studien über Religion und Sozialismus. Zu diesem Thema haben eben jetzt auch Fr. Fajfr und J. Popelová im sechsten Heft der sozialistischen Revue „Dělnická Osvěta“ eine Studie über die Einflüsse der sozialistischen Weltanschauung auf die tschechische Philosophie veröffentlicht. Der publizistische Repräsentant der tschechischen religiösen Sozialisten, die sich auf die Schriften des Schweizer J. Ragaz stützen, ist Fr. Linhart.

Unter den historisch-politischen Arbeiten muß erwähnt werden Jar. Koudelka mit seiner „Spaltung des Sozialismus“ (Rozkoly v socialismu), in dem er nach Untersuchung der objektiven und subjektiven Spaltungsmomente zu dem Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten gelangt. Ferner Jar. Voska mit seiner interessanten Biographie des tschechischen Arbeiterführers Josef Steiner.

Die literarische Kritik, Kritik, Geschichte und Theorie der Kunst besitzen eine übergroße Literatur. Den Zusammenhang mit den Problemen der sozialistischen Weltanschauung stellen die Schriften Teigeš, Diskussionen über Surrealismus und sozialistischen Realismus, her. Bedřich Václavěk hat ein Werk über die tschechische Literatur des 20. Jahrhunderts veröffentlicht, J. M. Píša schrieb eine Monographie über die einheimische proletarische Literatur.

Das Schwergewicht der tschechischen sozialistischen Literatur liegt sonst größtenteils in den Aufsätzen in den überaus zahlreichen Revuen und Zeitungen. Vor einigen Jahren wurde hier eine heftige Diskussion um De Man geführt, an der sich besonders die Gegner der marxistischen Theorie mit großer Vehemenz beteiligten. In den sozialistischen Zeitungen wurde 1930 das neue Programm der Sozialdemokratischen Partei diskutiert, im vergangenen Jahr bestimmte die Diskussion anlässlich ihres Parteitagess das geistige Gesicht der kommunistischen Presse. Die gänzliche Ideenlosigkeit dieser Diskussion führte aber dazu, daß das theoretische Organ der KPC, „Plamen“, das aus diesem Anlaß begründet worden war, schon nach zwei Nummern wieder eingestellt wurde. In den Zeitschriften erscheinen die Ergebnisse der marxistischen Kritik, Literatur über die Gefahr des Krieges und die Diskussionen über die Einheitsfront. Die Übersicht über den Stoff und den Problemkreis liefern die Jahrbücher „Bibliographie des Sozialismus“ (Biografie socialismu), welche von der Dělnická Akademie in Prag herausgegeben werden. In diesen Jahrbüchern werden alle grundlegenden Aufsätze zusammengefaßt, die in den Revuen, Zeitschriften und Tageszeitungen erscheinen. Dies ist eine literarische Einrichtung, mit der der tschechoslovakische Sozialismus der internationalen Arbeiterbewegung um einen Schritt voraus ist. Auf der anderen Seite aber bedeutet die Konzentrierung des geistigen Lebens in den Zeitschriften, Revuen und der Tagespresse eine Erschwerung der Buchpublikation, die überdies, wie schon eingangs gesagt, entscheidend gehemmt wird durch das Fehlen des Zentrums, das systematisch die sozialistischen Klassiker, die wichtigsten Werke der internationalen sozialistischen Literatur herausgeben und so das selbständige Schaffen in der tschechischen sozialistischen Literatur anregen und ermöglichen würde.

Václav Běhounek.

# Neubelebte Reichswehrlegende.

Der Reichstagsbrand und der 30. Juni sind heute kein sensationeller Stoff mehr für zeitgeschichtliche Abhandlungen. Der Tatbestand steht im wesentlichen fest. Die Aufklärung des einen oder des anderen Details vermag hieran nur wenig oder nichts zu ändern. Durch den Nachweis seiner kriminellen Komponenten ist der Faschismus — dies hat auch der Fall Matteotti in Italien erwiesen — ebensowenig aus dem Sattel zu heben, wie durch Feststellungen über seine barbarischen Begleiterscheinungen oder das Fehlen politischer Ethik. Die sogenannte „zivilisierte“ Welt beunruhigt sich nicht um moralisch-kultureller Schönheitsfehler willen, sondern wägt machtpolitische Bedeutung, allenfalls handelspolitische Vor- oder Nachteile. Daher vermögen zeitlich verspätete Anklagen, wie sie das neuerdings von einem anonymen konservativen Reichswehroffizier publizierte Buch „Ich kann nicht schweigen...“<sup>\*)</sup> bringt, nicht sonderlich viel Interesse zu wecken. Zudem bringen diese Anklagen an sich eigentlich nichts wesentlich Neues zur Vorgeschichte des deutschen Faschismus; außer einigen, durchaus glaubhaften, Details und persönlichen Eindrücken. Von diesen sind u. a. bemerkenswert die Schilderung einer Besichtigung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin nach der berühmten Sensationsmeldung von den dort gefundenen „Katakomben“. Außerdem wird noch einmal bestätigt, daß Torgler sich, von seinem Anwalt beraten, der Polizei stellte, was für die letztendlich unpolitische Bewußtseinsverfassung auch des kommunistischen Sektors der deutschen Arbeiterbewegung symptomatisch ist; daß der Kommunist Köhnen noch am 27. Februar 1933 mit der Polizei wegen Herausgabe von Wahlmaterial aus dem Liebknecht-Haus verhandelte... und es auch erhielt.

Im übrigen jedoch ist die Schrift nicht so sehr, wie ihr Titel vermuten ließe, Protest gegen verletztes Recht oder untragbare Barbarei, als Ausdruck des Ressentiments cliquenmäßig besiegt konservativer Zirkel in- und außerhalb des Reichswehrministeriums in der Bendlerstraße. So wird aus den Kellern des Kolumbiahauses zwar über die Folterung der „linken“ Häftlinge nebenbei einiges bemerkt, doch der Hauptakzent der Beobachtungen des Verfassers, der am 30. Juni ebenfalls verhaftet worden war, liegt darauf, daß man unerhörterweise diesem oder jenem ehrwerten blaublütigen Herren oder verdienstvollen Ministerialrat in der Haft, man denke, den Kopf geschoßen habe. Als Reaktion auf solch unerträgliche Greuel beschlossen die rechtsstehenden Junihäftlinge: „Der Führer muß von diesen Schandtaten erfahren.“ Woraus sich die politische Standortlosigkeit dieser angeblichen konservativen Opposition, auf die man vielerorts viel Hoffnungen aufbaute und noch aufbaut, wieder einmal jäh erhellt.

Eine Auseinandersetzung mit dieser Schrift wäre daher überflüssig, wenn der Verfasser nicht zum Schluß die dezidierte Behauptung aufstellen würde, daß „die Reichswehr“ bzw. ihre Generalität sozusagen eine dem Nationalsozialismus feindliche politische Macht gewesen und noch derzeit sei; daß diese Generalität mit Blomberg eine „Rechnung in Ordnung zu bringen“ habe; daß es geheime Offiziersberatungen nach dem 30. Juni gab und der Tag sich näherte, an dem „ein Mann der Reichswehr mit klugem Wirklichkeitssinn und Entschlossenheit nach innen zuzugreifen“ habe. Der Verfasser begründet, nicht sehr überzeugend, warum die Reichswehr die Bartholomäusnacht nicht verhinderte, und behauptet, es gäbe eine Art latenten Kriegszustand zwischen der Armee und den bewaffneten Korps des Regimes. Damit wird der Eindruck hervorgerufen, daß es in Deutschland wirklich einen in Rechnung zu stellenden regimefeindlichen Faktor Reichswehr gibt.

Gibt es ihn wirklich? Wer politisch wertet und die Grundlagen dieser seiner Wertung nicht auf einer Mischung von Wunschtraum und Hintertreppeneuthüllungen aufzubauen gewillt ist, wird die von dem Verfasser angeführten Daten schwerlich als Beweis hierfür ansehen. Es soll nicht bestritten werden, daß es unzufriedene Generale und Offiziere gibt, denen einst Heines und andere plebejische Konkurrenz auf die

<sup>\*)</sup> Europa-Verlag, Zürich 1936. Die Identität des Verfassers wird durch die faksimilierte Erklärung eines schweizerischen Rechtsanwaltes beglaubigt.

Nerven ging, und die auch heute etwas auszusetzen haben. Aber sie als „die Reichswehr“ auszugeben, ihnen politischen Willen und politische Aktionsfähigkeit zu unterstellen ist — günstigstenfalls — Ausfluß einer Wunschtraumstimmung, in der an der Tatsache vorbeigesehen wird, daß die faschistische Konterrevolution südlich und nördlich der Alpen nur mit dem Generalstab siegen konnte und siegte; daß das Wesen der faschistischen Machtergreifung eben darin besteht, das Hasardspiel zu wagen, das zu spielen beamtete Generale einer, nicht in ihrer Funktion, wohl aber in ihrer Willenspotenz unpolitischen Armee nicht in der Lage sind. rw.

*Handwritten notes in cursive script, including the name 'J. L. Schwan' and other illegible text.*

---

### Inhalt der „Sozialistischen Tribüne“, Nr. 2:

- Otto Scholz: Kriegsgefahr und Kriegsproblem  
Catin-Marklew-Gaitskell: Die englische Arbeiterpartei in der internationalen Krise  
Philipp Knapp: Zur Industriepolitik des deutschen Faschismus  
Gledalac: Die kroatische Frage  
Die deutsche Diskussion  
Paul Maresch: Die Wiedergeburt der deutschen Arbeiterbewegung  
Ottokar Puls: Volksfront — Planismus — Einheitsfront — in Deutschland?  
Friedrich Mark: Die neue Mittelklasse  
M. C. Rauer: Die deutsche Betriebsarbeiterschaft unter der Diktatur  
Länderberichte: Italien — Frankreich — Holland — Österreich — Spanien — Tschechoslovakei — Ungarn  
Politische Literatur

---

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Max Běláček, Brno, Vaňkova 1

Druck- und Verlagsplatz: Karl Procházka Buchdruckerei m. b. H., Český 1632a

Printed in Czechoslovakia

**PETER HAUkamp: Zur Agrarpolitik in Deutschland . . .**

Die nationalsozialistische Agraragitation — Die Agrargesetzgebung des Nationalsozialismus — Die Agrarbürokratie des Nationalsozialismus — Die Tendenzen der nationalsozialistischen Agrarpolitik — Die Entwicklung der deutschen Eigenversorgung — Sozialistische Agrarpolitik als Aufgabe der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung

**MARTIN BERGMANN: Die Lage der deutschen Bergarbeiter**

Arbeits- und Lebensbedingungen — Neue Lebensformen — Die deutsche Arbeitsfront — Bewußtseinsentwicklung — Widerstandshandlungen

**PAUL MAREsch: Kader, Partei, Klasse . . . . .**

Der subjektive Faktor — Theorie und Methode — Die funktionelle Analyse des Kadern — Der Anstoß von innen — Die Kaderqualifikation — Die Organisationstheorie — Die Funktion der Theorie — Gruppen und Kader — Die praktischen Aufgaben der Kadervorstufe — Die demokratische Kaderstruktur

**Länderberichte:**

- Holland (H. A. Wijkniët) . . . . . 114
- Der Plan der Arbeit . . . . . 118
- Polen (Johann Kowoll) . . . . . 123
- Nationale und soziale Probleme in Polnisch-Schlesien
- Tschechoslowakei (Mila Grimmichová) . . . . . 125
- Der Wirtschaftsplan der tschechoslowakischen Sozialdemokratie
- Schweiz (Fr. Mark) . . . . . 128

**Politische Literatur:**

- M. M.: Ziel und Methode des Sozialismus in der Krise . . . . . 128
- Otto Bauers „Zwischen zwei Weltkriegen?“ . . . . . 134
- Auf der Flucht vor dem Marxismus (Paul Maresch) . . . . . 139
- Nationalismus und Sozialismus in Indien (M. M.) . . . . . 147
- Die tschechoslowakische sozialistische Literatur (Václav Běhounek) . . . . . 151
- Neubelebte Reichswehrlegende (rw) . . . . .